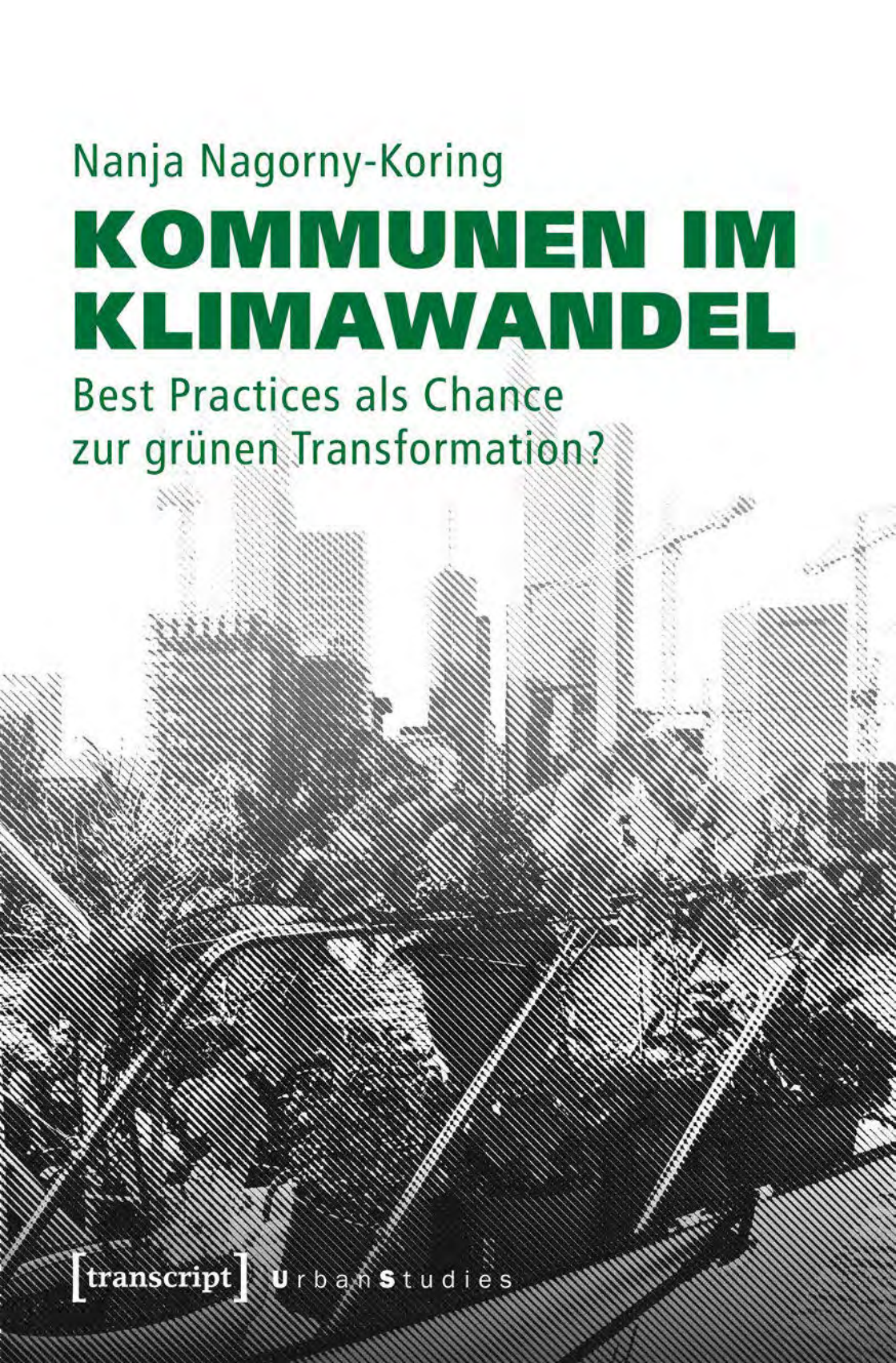
Nanja Nagorny-Koring

# KOMMUNEN IM KLIMAWANDEL

## Best Practices als Chance zur grünen Transformation?



[transcript] UrbanStudies

Nanja Nagorny-Koring
Kommunen im Klimawandel

**Urban Studies**

*Im Anfang war das Wort und das Wort war bei Gott und das Wort war Gott. Dieses war im Anfang bei Gott. Alles ist durch das Wort geworden und ohne es wurde nichts, was geworden ist. In ihm war Leben und das Leben war das Licht der Menschen. Und das Licht leuchtet in der Finsternis und die Finsternis hat es nicht erfasst. (Joh. 1, 1-5)*

*Für Papi*

**Nanja Nagorny-Koring** (Dr. phil.), geb. 1988, betreut an der Provadis Hochschule im Zentrum für Industrie und Nachhaltigkeit als Projektleiterin europäische Bildungsprojekte im Klimabereich. Zuvor hat die Wirtschaftsgeographin am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt a.M. zu Fragen der Energiegeographie, der Ökonomisierung der internationalen Klimapolitik und dem kommunalem Klimaschutz geforscht.

Nanja Nagorny-Koring

# Kommunen im Klimawandel

## Best Practices als Chance zur grünen Transformation?

[transcript]

Das Promotionsprojekt wurde gefördert durch das Doktorandenprogramm des EIT Climate-KIC, einer Initiative der Europäischen Union.

Unter dem Titel „Kommunen im (Klima-)Wandel? Das Praxisregime ‚kommunaler Klimaschutz': Regieren durch Best Practices" im Jahr 2018 als Dissertationsschrift am Fachbereich 11 Geowissenschaften/Geographie der Goethe-Universität zu Frankfurt am Main eingereicht und am 9. Mai 2018 verteidigt.

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.




Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de
Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de
Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

**© 2018 transcript Verlag, Bielefeld**

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld
Umschlagabbildung: © Nanja Nagorny-Koring, Frankfurt am Main, 28. August 2014
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
Print-ISBN 978-3-8376-4627-6
PDF-ISBN 978-3-8394-4627-0
https://doi.org/10.14361/9783839446270
D30

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Besuchen Sie uns im Internet: *https://www.transcript-verlag.de*
Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: *info@transcript-verlag.de*

# Inhalt

**Abkürzungsverzeichnis** | 7

**Danksagung** | 9

**Das Prinzip der Nachahmung** | 11
Forschungslücke und Fragestellung | 16
Aufbau der Arbeit | 21

**Kommunen im Klimawandel** | 25
Problematisierung: Vom Phänomen zum Problem | 27
Klimawandel als Politikproblem | 32
Klimawandel als kommunales Aufgabenfeld | 38
Klimapolitik als Multi-Level-Governance-Problem | 48
Die Stadt als Ursache, Betroffene und Lösung für das Klimaproblem | 54
Klimawandel als ökonomisches Problem | 61
Klimawandel als Problem kommunaler Praxis | 65

**Den guten Praktiken auf der Spur** | 71
Begriffsgeschichte und Definition | 73
Kritik und Positionalität | 78
Best Practice-Forschung | 82
Projektdesign | 90

**Die Kunst, den Klimawandel zu regieren** | 115
Gouvernementalität | 116
Klima-Gouvernementalität | 126
Das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“ | 132

**New Public Climate Management** | 141
Politische Rationalitäten | 142
Klima\Wandel ist regierbar | 145
Politische Programme | 162
Die Regierungsrationalität des Klimaschutzmanagements (1):
Vom Projekt zum Prinzip | 172
Die Regierungsrationalität des Klimaschutzmanagements (2):
Das Rad nicht neu erfinden | 179
Implikationen einer besonderen Form des Klimaschutzes | 186

**Best Climate Practices** | 189
Rationalitäten und Technologien | 191
„Mit Ideen und Beispielen zum Erfolg“!? | 194
„Gebt uns gute Beispiele!“ | 215
Reflexion | 227

**„Best Practice ist eine Geschichte“** | 235
Zur Performativität von Best Practices | 239
Zum transformativen Potenzial von Best Practices | 249
Fazit: „Klimaschutz leicht gemacht – von Erfolgsbeispielen lernen“? | 260

**Literatur** | 275
**Anhang** | 315

# Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---|---|
| ANT | Akteur-Netzwerk-Theorie |
| BMBF | Bundesministerium für Bildung und Forschung |
| BMU | Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1986-2013) |
| BMUB | Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (seit Dezember 2013) |
| BNE | Bildung für nachhaltige Entwicklung |
| BPR | Best Practice Research |
| C40 | Cities Climate Leadership Group |
| CDM | Clean Development Mechanism |
| Climate-KIC | Climate-Knowledge and Innovation Community |
| $CO_2$ | Kohlenstoffdioxid |
| COP | Conference of the Parties |
| DIFU | Deutsches Institut für Urbanistik |
| DStGB | Deutscher Städte- und Gemeindebund |
| EU | Europäische Union |
| G7 | Gruppe der sieben bedeutendsten Industrienationen |
| GTM | Grounded Theory Methodik |
| GW | Gigawatt = 1 Mio. Watt |
| ICLEI | International Council for Local Environmental Initiatives |
| IFEU | Institut für Energie- und Umweltforschung |
| IPCC | Intergovernmental Panel on Climate Change |
| ISOCARP | International Society of City and Regional Planners |
| KPI | Key Performance Indicator |
| LED | Lichtemittierende Diode |
| LK | Landkreis |
| MLG | Multi-Level-Governance |
| MLP | Multi-Level-Perspective |
| MPK | Masterplankommune |

| | |
|---|---|
| NGO | Non-governmental Organisation |
| NKI | Nationale Klimaschutzinitiative (BMUB) |
| NPM | New Public Management |
| OECD | Organisation for Economic Co-operation and Development |
| ÖPNV | Öffentlicher Personennahverkehr |
| PDCA | Plan – Do – Check – Act |
| PIK | Potsdam Institut für Klimafolgenforschung |
| Ppm | Parts per million (= $10^{-6}$) |
| PtJ | Projektträger Jülich |
| PwC | PricewaterhouseCoopers, Unternehmen für Wirtschaftsprüfung, Steuer- und Unternehmensberatung |
| R20 | Regions of Climate Action |
| SK:KK | Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz |
| SMART | Akronym für Specific (spezifisch), Measurable (messbar), Accepted (ansprechend), Realistic (realistisch), Time Bound (terminiert) |
| STS | Science and Technology Studies |
| SWOT | Akronym für Strengths (Stärken), Weaknesses (Schwächen), Opportunities (Chancen) und Threats (Risiken) |
| TC | Transition Cities |
| THG | Treibhausgas/e |
| TM | Transition Management |
| TMN | Transnational Municipal Network |
| UN/O | United Nations / Organisation |
| UNFCCC | United Nations Framework Convention on Climate Change |
| UN-Habitat | United Nations Human Settlements Programme |
| WBGU | Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen |

# Danksagung

Das Projekt „Promotion“ stand zu Anfang unter keinem guten Stern, denn ich sah mich mit zahlreichen, einschneidenden Erlebnissen konfrontiert: Vier Tage vor Abgabe des Förderantrags verstarb vollkommen überraschend mein Vater und ich wusste überhaupt nicht mehr, was ich machen sollte. Ich reichte die Projektskizze ein wie sie war und einige Monate später kam die Ablehnung. Doch einige Zeit später kam ein Bewilligungsbescheid: Es war ein Fehler unterlaufen, die Projektnummern waren vertauscht worden; meine Skizze gehörte sogar zu den fünf besten.

Nachdem das erste chaotische Jahr halbwegs überstanden war, erreichte mich während einer Konferenz in den USA die nächste Hiobsbotschaft: Meine Mutter war zum zweiten Mal an Krebs erkrankt. Mein Leben war wieder auf den Kopf gestellt und die Promotion während der letzten drei Jahre eigentlich immer Nebensache. Jetzt, so kurz vor der Fertigstellung, glaube ich, dass das eigentlich gar nicht so schlecht war: Ich habe nie gezweifelt oder mir übermäßig Sorgen um das Gelingen gemacht, es gab ja schließlich immer Wichtigeres; das hat es mir irgendwie auch leichter gemacht.

Aber es waren auch die Menschen in meinem privaten und beruflichen Umfeld, die es mir leicht machten. Die vielen Menschen, mit denen ich mich austauschen durfte, die mir Einblick in ihre Arbeit gaben, die mich ganz praktisch unterstützten oder einfach für mich da waren und zuhörten. Ihnen allen gilt mein Dank.

Besonders dankbar bin ich Hannes Utikal, der es mir ermöglichte und mich darin bestärkte, meine Rolle als Mitarbeiterin der Provadis Hochschule neu zu definieren und von der Projektmanagerin zur Doktorandin zu werden – ein Wunsch, den ich schon direkt nach dem Studium hegte, aber aufgrund unattraktiver Arbeitsbedingungen hintenangestellt hatte. Die großzügige finanzielle Förderung des Climate-KIC trug schließlich dazu bei, dass ich außergewöhnlich gute und komfortable Forschungsbedingungen hatte, was ich sehr zu schätzen weiß – auch das machte mir meine Promotion leicht.

Peter Lindner möchte ich herzlich für seine uneingeschränkte Betreuung und Unterstützung, das Vertrauen in mich und meine Arbeit, sein offenes Ohr und die „Einquartierung“ im Institut für Humangeographie danken, ohne die eine Fertigstellung unmöglich gewesen wäre. Der ganzen AG Lindner – hier insbesondere Iris Dzudzek und Alexander Vorbrugg – sowie Sarah Nagel, Colin Nolden und Johannes Klassen danke ich für das konstruktive Feedback in umfangreichen Besprechungen und Diskussionen meiner Kapitel und Artikel. Anna Goldmann, Mara Linden und Clara Labuhn sei sehr herzlich für ihre Hilfe bei den Interviewtranskriptionen und der Auswertung der Best Practice-Datenbanken gedankt, was mir vieles erleichterte.

Ganz besonders dankbar bin ich außerdem dafür, dass ich durch das Climate-KIC Doktorandenprogramm mit Saveria Boulanger, Timea Nochta, Shirley Kempeener, Maryam Alih und Dimitra Mamali weitere wunderbare Wissenschaftlerinnen kennenlernen durfte, mit denen ich nicht nur gemeinsam veröffentlichte und/oder zusammenarbeitete, sondern wo teilweise auch echte neue Freundschaften entstehen konnten.

Ein besonderer Dank gilt Arne Riedel vom ecologic Institut in Berlin, der mir durch den Gastaufenthalt den Zugang zum Feld eröffnete; Lothar Eisenmann und Kollegen vom IFEU Institut, sowie dem Referat für kommunalen Klimaschutz des BMUB, die mir diesen Zugang weiter ermöglichten. Auch meinen zahlreichen Interviewpartnern möchte ich danken, die mir und meiner Forschung stets großes Interesse und Hilfsbereitschaft entgegenbrachten und mir so einen offenen Einblick in die Welt des kommunalen Klimaschutzes gaben. Dadurch hatte ich stets das Gefühl, dass meine Forschungsarbeit relevant und interessant ist, sodass Zweifel kaum aufkommen konnten.

Geborgenheit, Zuversicht und innere Zufriedenheit schenkt mir mein Mann jeden Tag mit seiner Liebe; dafür, dass er vor acht Jahren in mein Leben getreten ist und mich seitdem begleitet und unterstützt, bin ich endlos dankbar. Meiner Mutter möchte ich für ihre Kämpfernatur, ihren Glauben und ihre bedingungslose Liebe danken, ohne die ich nicht da stehen würde, wo ich heute bin. Zu guter Letzt danke ich meinen besten Freundinnen – Christina, Eva, Tina und Verena – für mehr als 20 Jahre intensive Freundschaft, auf die ich mich jederzeit verlassen kann, egal was kommt.

# Das Prinzip der Nachahmung

> Ideas are the oxygen of growth in the zero carbon economy, and organisations need to be fed with these big, scalable, commercially-viable ideas to be able to address climate change.
> *(Climate-KIC 2015)*

Brüssel im Dezember 2014: Es ist nasskalt und die wochentägliche Blechlawine durch das Europaviertel hüllt alles in eine trübe Dunstglocke. Unweit des Europaparlaments, in den unscheinbaren Büroräumlichkeiten des Climate-KIC[1], findet eine Veranstaltung zum Thema „Making Transitions Happen" statt, an der etwa 80 „Klimafunktionäre"[2] teilnehmen; ich bin eine von ihnen. Als Klimafunktionäre bezeichnet einer meiner kommunalen Interviewpartner sowohl die (vom Bund geförderten)

1 Als EU-Programm fördert das Climate-KIC (KIC steht für Knowledge and Innovation Community) seit 2010 in 15 europäischen Ländern Innovationsprojekte, Start-ups und Studenten im Bereich Klimawandel. Mit mehr als 250 Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft sowie Kommunen und Zivilgesellschaft arbeitet das Climate-KIC an sogenannten „skalierbaren Innovationen" für den Klimaschutz.

2 Die deutsche Sprache ermöglicht es uns – im Gegensatz zu anderen Sprachen – mit ihren drei Artikeln und dem Anhängen einer anderen Endung aus einem „Klimafunktionär" eine „Klimafunktionärin" zu machen. Im Deutschen werden jedoch traditionell gemischtgeschlechtliche Gruppen mit der männlichen Pluralform bezeichnet. Mit meinem Entschluss zur Verwendung dieses generischen Maskulinums ziele ich nicht darauf ab, patriarchale Strukturen durch meinen Sprachgebrauch zu zementieren, sondern vielmehr gebietet mir meine Liebe zur Ästhetik der Sprache, nicht von „Klimaschutzmanager*innen" oder „Masterplanumsetzungsmanager*innen" zu schreiben. Wenn in dieser Arbeit also von Bürgern, Politikern, Klimaschutzmanagern und Verwaltungsmitarbeitern die Rede ist, sind auch Bürger*innen, Politiker*innen, Klimaschutzmanager*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen mit gemeint. Alle Personen jeglichen Geschlechts werden dafür um Verständnis gebeten.

Klimaschutzmanager als auch die „Leute, die von der EU bezahlt werden“ (IK-3, 2015: 12).[3] Dieser Begriff ist in meinen Augen überaus passend und spiegelt gut die Herausbildung eines „Klimaschutzmanagements“ als eigene Disziplin mit eigener Sprache, eigenen Praktiken und eigenen Akteuren wider.

Klimafunktionäre befassen sich mit der „Gestaltung des Unplanbaren“ (WBGU 2011); also mit der Frage, wie sich die „große Transformation“ (ebd.) hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft – die Wende zur nachhaltigen Wirtschaftsweise – verwirklichen lässt. Sie tun dies hauptsächlich mit Fördergeldern: bspw. von der EU, von einem Nationalstaat, einer Stiftung oder anderen privatwirtschaftlichen Akteuren. Denn Klimaschutz ist im Gegensatz zum Umweltschutz keine Pflichtaufgabe, weder für Unternehmen, noch für Kommunen oder gar Bürger. Klimaschutz basiert auf Freiwilligkeit und ohne Förderprogramme und Projektgelder lassen sich keine Maßnahmen umsetzen. Klimafunktionäre sind somit die professionellen Geldeinwerber und Projektrealisierer einer globalen Klimaschutzindustrie. Ihr Ziel ist es, transformativen Wandel anzustoßen. Dafür sind neben neuen Technologien auch tiefgreifende Änderungen von Infrastrukturen, Produktions- und Steuerungsprozessen, Geschäftsmodellen, Regulierungssystemen und Lebensstilen notwendig. Das kostet nicht nur viel Geld, sondern erfordert sogenannte „Change Agents“, die den Wandel vorantreiben und Einfluss auf eben diese Felder nehmen können: die gebaute Umwelt, unsere Verkehrsinfrastruktur, die Ver- und Entsorgung, das Mobilitätsverhalten, Aus- und Weiterbildung, die Sanierungsraten und sogar unser Ernährungsverhalten.

Städte und Kommunen werden zunehmend als zentrale Orte und Motoren des Wandels gesehen – zum einen, da die sich weiterhin dynamisch entwickelnde Urbanisierung unseres Planeten ein wesentlicher Treiber der wachsenden Energienachfrage ist. Zum anderen bringt die Schaffung neuer urbaner Räume bzw. deren Ausdehnung neue langlebige Infrastrukturen mit sich, die maßgeblich den zukünftigen Energieverbrauch und die Lebensstile beeinflussen werden (WBGU 2011). Dabei ist die Kommune auch die politische Ebene, die den Bürgern und lokalen Unternehmen am nächsten ist und somit nicht nur Infrastruktur, sondern auch Prozesse und Verhalten beeinflussen kann. Deshalb hängt laut Bundesregierung die Transformation zu einer lebenswerten, nachhaltigen Gesellschaft besonders von den Städten ab (BMBF 2015). Daraus folgt der simple Schluss: „If we can’t make cities sustainable, we can’t make the world sustainable.“ (F-150707-Coventry)

3 Die Zitierweise, Erhebung und Auswertung des eigenen empirischen Materials wird in Kapitel #Projektdesign ausführlich erläutert.

Doch wie kann man Städte so effektiv und so schnell wie möglich klimafreundlich umgestalten? Mit dieser zugegeben komplexen Frage kommen wir zurück nach Brüssel, wo auf der eingangs erwähnten Veranstaltung eine scheinbar einfache Antwort gegeben wurde: „Sharing and improving knowledge between cities as well as the replication of good practices is key for making the transition happen." (F-141202-Brüssel)

Städte gelten als Knotenpunkte lokaler Partizipation und globaler Ausbreitung eben solcher Good Practices[4] (Barber 2014) und der Glaube an das „Prinzip der Nachahmung"[5] begegnete mir regelmäßig, seit ich im Sommer 2013 als Projektmanagerin für das Climate-KIC zu arbeiten begann: in der alltäglichen Projektarbeit mit Kommunen, Beratern, (Auftrags-)Forschern und Unternehmen, auf Workshops und Konferenzen von Städtenetzwerken oder Forschungs- und Beratungsinstituten sowie in allerlei politischen und wissenschaftlichen Publikationen (u.a. Rösler 2011; Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz 2012a; Kind et al. 2013; Institut dezentrale Energietechnologien 2014; SK: KK 2015a). Schreurs (2008: 346) sieht dementsprechend enormes transformatives Potenzial in Städten, sofern gute Praktiken im großen Stil entwickelt und verbreitet werden: „To the extent that best practices diffuse among them [cities], there is considerable potential for rapid improvements to be made in energy efficiency, public transport, use of renewables, greening of cities, and the like."

Auch Brand (2007: 619) stellt fest, dass das Gelingen kommunaler Umweltpolitik zunehmend mit der erfolgreichen Adaption von Best Practices, die in internationalen Programmen und Netzwerken verbreitet werden, gleichgesetzt wird: „Progress towards urban sustainability became a question of the adoption of good practice, to be promoted through international programmes and city networks, and measured through indicators, supported by a now huge literature on sustainable urban development."

Insgesamt scheint es so, dass im Rahmen des allgemeinen Trends zur Transnationalisierung in der Politikgestaltung das Regieren durch Best Practices zu einer zunehmend akzeptierten, wenn nicht unentbehrlichen Regierungstechnik geworden ist (Simons 2016). Das ist insofern nicht weiter verwunderlich, als insbesondere viele EU-Förderprogramme – auch außerhalb von Klimaschutz und Stadtentwicklung –

4 Unter „Good" bzw. „Best Practices" – zu Deutsch: „gute Praxisbeispiele" – verstehe ich im Rahmen dieser Arbeit praktisch erfolgreiche Lösungen, Prozesse oder Methoden, die vorhandenen Leitbildern, strategischen Zielen und anerkannten Werten entsprechen und bestehende Standards beachten oder widerspiegeln, um Verbesserungen zu erzielen. Siehe dazu ausführlich Kapitel #Begriffsgeschichte und Definition.

5 Der Ausdruck stammt von einem Masterplanmanager, der ihn während einer Präsentation benutzte (F-150313-Rheine).

explizit auf dem Ansatz des Wissens- und Maßnahmentransfers aufbauen (Radaelli 2004; Vettoretto 2009; Tedesco 2010; Stead 2012; Boulanger und Nagorny 2018). Dies schlägt sich in der zunehmenden Förderung von Leuchtturmprojekten nieder mit dem Ziel, dass erfolgreiche Beispiele viele Nachahmer finden und so zum gewünschten Systemwandel beitragen. Das „Prinzip der Nachahmung" soll verhindern, dass das Rad immer wieder neu erfunden werden muss. Schließlich sehen sich alle europäischen Regionen im Kampf gegen den Klimawandel mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Warum soll also jeder seine eigenen Lösungen entwickeln, wenn es schon ausreichend gute Beispiele gibt, die nur übertragen werden müssen? Die Übernahme erfolgreicher Praktiken an möglichst vielen verschiedenen Orten, so der Glaube, führt zu Skaleneffekten und so zu signifikanten Einsparungen von Zeit, Geld und Personal.

Besonders intensiv konnte ich diese Logik beim Climate-KIC Innovationsprojekt „Transition Cities" beobachten, in dem ich selbst für das Arbeitspaket „Bildung, Verbreitung und Kommunikation" zuständig war. Seit Anfang 2014 arbeiten in diesem Projekt acht Kommunen aus sechs europäischen Regionen zusammen daran, die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft unter anderem mithilfe von sogenannten „Experimenten" zu beschleunigen. Dabei hatte man sich anfänglich das Ziel gesetzt, bis Ende 2016 18 innovative Pilotprojekte (die sogenannten Experimente) in den Bereichen Energie, Gebäude und Mobilität zu testen und diese erfolgreichen Experimente dann mindestens 18 Mal an anderen Orten zu replizieren (Transition Cities 2013). Dafür standen jedem Partner jährlich bis zu 50.000 EUR an Fördergeldern zur Verfügung. Ein *Key Performance Indicator* (KPI) – also eine Leistungskennzahl, durch die der Projektfortschritt hinsichtlich seiner Zielsetzungen gemessen werden soll – des Transition Cities-Projekts sollte zeigen, dass zwischen den Projektpartnern konkrete Nachahmungsprozesse stattfinden (F-161107-Frankfurt). Replikationsprozesse aufzuzeigen war politisch extrem wichtig, um den jährlichen Mittelzufluss zu sichern und ein Anschlussvorhaben zu ermöglichen (F-150629-Breslau). Doch in der Praxis stellte sich schnell heraus, dass das Kopieren und Übertragen erfolgreicher Beispiele schwieriger ist als gedacht (F-150417-Birmingham). Auch verschiedene Studien zu Best Practices zeigen, dass nur in den wenigsten Fällen Maßnahmen tatsächlich übertragen werden. Man spricht daher auch von einer „internal stickiness" (Szulanski 1996) oder „local stickiness of best practices" (Bulkeley 2006) bzw. „sticky experiments" (Webber 2015). Auch im Transition Cities-Projekt gab es bis heute nur einen einzigen Versuch der Replikation eines erfolgreich durchgeführten Experiments (ein weiterer ist aktuell in Planung), sodass die Bilanz eher ernüchternd ausfällt: „Learning between the cities didn't take place so far." (F-161107-Frankfurt)

Diese und weitere Eindrücke, die ich während meiner beruflichen Tätigkeit sammelte, führten dazu, dass ich mich stärker mit dem Thema Best Practices im kommunalen Klimaschutz auseinandersetzte und in mir die Idee reifte, die Rolle solcher guten Beispiele im alltäglichen Regieren von Klimawandel auf kommunaler Ebene wissenschaftlich zu untersuchen. Die Tatsache, dass auch andere in diesem Bereich Tätige ähnliche Beobachtungen machen und den Best Practice-Ansatz ebenfalls kritisch betrachten, bestärkte mich zusätzlich in meinem Interesse.

„The notion of best practice has become the de facto approach of choice. It is far from clear, however, that best practice thinking is inherently beneficial to the effective development, implementation and evaluation of transport policies. There is a pressing need to understand how this preoccupation with best practice has arisen, how and why it is used, and what implications this usage has for the viability of future decision-making." (Macmillen und Stead 2014: 80)

Genau wie Macmillen und Stead (2014) wollte auch mir nicht einleuchten, warum am Glauben an das „Prinzip der Nachahmung" und dem transformativen Potenzial von guten Beispielen festgehalten wird, obwohl eine ganze Reihe an Fragen weiterhin ungeklärt bleibt: Wie entstehen Best Practices? Nach welchen Kriterien werden sie selektiert? Was geschieht mit den Best Practices nach ihrer Aufbereitung und Streuung? Was ist der bestimmende Faktor für einen erfolgreichen Transfer? Sind es tatsächlich die guten Beispiele, die schlussendlich zum Wandel anregen, oder sind dies andere Einflussfaktoren wie ein Regierungswechsel, die Einführung neuer politischer Rahmenbedingungen, eine Naturkatastrophe oder eine Änderung der Marktpreise? Trotz dieser anwendungsbezogenen Unklarheiten gibt es kaum einen Bericht, eine Veranstaltung, ein Netzwerk oder einen Onlineauftritt im Bereich des kommunalen Klimaschutzes, in dem es nicht um die Darstellung guter Beispiele geht. Und so fließen auch weiterhin Unsummen an Arbeitszeit und Steuergeld stetig in die Aufbereitung und Verbreitung sogenannter Best Practices, ohne zu wissen, wie, ob und von wem welche Beispiele aufgegriffen und übernommen werden.[6]

„[T]here is substantial merit in carrying out more detailed examinations of the transferability of spatial planning methods, techniques, operating rules, instruments, programs, and so on. Detailed, systematic work is lacking in this area and research in this area would provide an interesting contribution to debates in both academia and in practice." (Stead 2012: 113)

6 Auch Bruno (2009: 263), die mit dem Best Practice-Ansatz verwandte Managementmethode „Benchmarking" untersucht, stellt fest, dass trotz mangelnder positive Ergebnisse an der Regierungstechnik festgehalten wird: „[…] even though practitioners and observers have recorded disappointing results, the method has not been abandoned, but has become the object of attempts for improvement through the ‚streamlining' of implementation."

Der Nachfrage nach guten Beispielen tut dies offenbar keinen Abbruch: Sie wächst weiter und wird unter anderem damit begründet, dass die regionalen und kommunalen Akteure vor immer komplexeren Aufgaben stünden. Der Bedarf an Informationen und Unterstützung auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadtgesellschaft werde dabei immer größer. Insbesondere der Austausch und das Voneinander-Lernen durch übertragbare Erfolgsbeispiele würden daher zunehmend von den Kommunen nachgefragt (Institut dezentrale Energietechnologien 2014).

## FORSCHUNGSLÜCKE UND FRAGESTELLUNG

Doch nicht nur in der klimapolitischen Praxis bleiben viele Fragen offen. Auch in der Wissenschaft ist trotz der schier unendlichen Anzahl an guten Beispielen, Fallstudien und Demonstrationsprojekten im kommunalen Klimaschutz und darüber hinaus bisher wenig über Best Practices als Regierungstechnik bekannt (Bulkeley 2006; Vettoretto 2009; Stead 2012; Moore 2013; Macmillen und Stead 2014; Webber 2015; Montero 2017): „[W]e actually still know very little about the details […] and the mechanisms through which ‚local' policies, practices and programmes are constructed as ‚models'." (Ward 2006: 71)

Das Best Practice-Konzept ist trotz seiner dreißigjährigen Geschichte bis heute untererforscht und kann daher auch als atheoretisch bezeichnet werden (Francis und Holloway 2007; Veselý 2011). Gute Praktiken werden allgemein als gegeben hingenommen und ihre Produktion, Verbreitung und Konsumption werden von den beteiligten Akteuren als quasi-natürlich aufgefasst (Vettoretto 2009). Dies zeigt sich auch darin, dass sich der Großteil der Studien mit der praktischen Anwendung von Best Practices als Managementwerkzeug im politischen wie unternehmerischen Kontext und deren Limitationen auseinandersetzt (Bardach 1994, 2003, 2012; Wolman et al. 1994; Szulanski 1996, 2011; Allison et al. 2000; Hartley und Allison 2002; Myers et al. 2004; Radaelli 2004; Tedesco 2010; Veselý 2011; Ammons und Roenigk 2014). Weitaus weniger Arbeiten befassen sich hingegen mit einer stärker konzeptionellen Kritik an Best Practice-Ansätzen und enttarnen diese als technokratisch, reaktionär und undemokratisch in ihrer Funktion als Instrumente des Stadtmarketings sowie als Ausdruck der Neoliberalisierung des Städtischen (z.B. als „technological fix") (Angotti und Irazábal 2017). Auch die Nähe einer angewandten Best Practice-Forschung zu post-bürokratischen Reformen wird problematisiert (Overman und Boyd 1994). In beiden Fällen befasst man sich nicht mit den zugrundeliegenden Logiken, Wissensformen, Produktionsbedingungen, Wirkmächtigkeiten und Funktionen in den alltäglichen Steuerungsprozessen, in denen Best Practices zur Anwendung kommen. Das Instrument Best Practice konnte sich so als weitgehend unhinterfragte Steuerungstechnik etablieren. Zu den Ausnahmen zählen Arbeiten wie die von Vettoretto

(2009), Macmillen und Stead (2014) und Stead (2012), die basierend auf empirischen Erhebungen Charakteristika und Funktionen von Best Practices als populäres Werkzeug von EU-Politiken und damit verstärkt die Prozesse der Entstehung und tatsächlichen Nutzung dieser Regierungstechnik in den Fokus rücken. Ein stärkeres theoretisch fundiertes Zusammendenken von Machtbeziehungen, Rationalitäten und Regierungspraktiken leisten die Analysen zu Best Practices von Bulkeley (2006) aus gouvernementaler Perspektive; von Moore (2013), die mit gouvernementalen Konzepten arbeitet und diese mit Ansätzen aus der Akteur-Netzwerk-Theorie verbindet; von Webber (2015), die einen Policy Mobility-Rahmen nutzt und von Montero (2017), der das Konzept des *Worlding*[7] ebenfalls mit dem Policy Mobility-Ansatz verbindet.

Eine Untersuchung von Best Practices im Politikfeld des kommunalen Klimaschutzes bietet sich dabei vor allem deshalb an, da es sich zum einen um ein relativ neues Politikproblem handelt und gute Beispiele immer dann besondere Relevanz bzw. Aufmerksamkeit erhalten, wenn sich neue Herausforderungen stellen. Zum anderen gibt es laut Okereke und Kollegen (2009), die in ihrem Artikel eine Rekonzeptualisierung der Klimagovernance-Forschung fordern, einen besonderen Bedarf an theoretisch-konzeptioneller Entwicklung in den Bereichen (1) Machtverständnis, (2) Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Autorität, (3) Dynamiken zwischen Struktur und Handlung sowie (4) Rationalitäten und Praktiken der Governance. Die große Mehrheit der Studien zur Klimagovernance, die sich allgemein mit Institutionen, Akteuren und Prozessen der politischen Steuerung des Klimawandels befasst, beschäftigt sich bisher hauptsächlich mit Fragen der Entstehung des internationalen Klimaregimes und der Umsetzung der erzielten Einigungen (z.B. Grubb und Yamin 2001; Babiker et al. 2002; Yamin und Depledge 2004; Biermann 2005; Barnett 2008; Oberthür 2011; Bäckstrand und Elgström 2013; Kirton und Kokotsis 2015; Chan et al. 2016; Torney 2016).

In den vergangenen Jahren gab es insbesondere Weiterentwicklungen zum Verhältnis von öffentlicher und privater Autorität, was mit einem Fokus auf die Akteurslandschaft und den Einfluss nicht-staatlicher Akteure im Klimaregime einherging (z.B. Jagers und Stripple 2003; Bäckstrand 2008; Dombrowski 2010; Schroeder et al. 2013; Hoppe und Wesselink 2014; Leventon et al. 2015; Nasiritousi et al. 2016). Prozesse, Praktiken und Techniken des Regierens traten dabei in den Hintergrund (Sending und Neumann 2006). Auch die städtische Klimagovernance-Forschung behandelt hauptsächlich die sich ändernde Rolle subnationaler Akteure in der Multi-Level-Klimagovernance (z.B. Bulkeley und Betsill 2005; Betsill und Bulkeley 2006; Emelianoff 2014; Jörgensen et al. 2015; Lee und Koski 2015; Keskitalo et al. 2016),

7 Unter *worlding* verstehen Roy und Ong (2011) „die Kunst, global zu sein“. Eine solche Perspektive untersucht die Verbindungen, Knotenpunkte und Produkte global zirkulierender Wissens-, Politik-, Subjekt- und Objektformationen.

wobei besonders die Entstehung und der Einfluss sogenannter *Transnational Municipal Networks* (TMN) im Zentrum steht (z.B. Betsill und Bulkeley 2004; Toly 2008; Gustavsson et al. 2009; Zeppel 2013; Giest und Howlett 2013; Lee 2013; Hakelberg 2014). Eine Erforschung des *Wie* in der Klimagovernance, die sich mit den tatsächlichen praktischen und technischen Prozessen des Regierens auseinandersetzt, blieb bisher marginal. Bestehende Arbeiten zu Regierungspraktiken befassen sich nahezu ausschließlich mit der Entstehung und den Charakteristika sogenannter „urban climate governance innovations" (Bai et al. 2010; Castán Broto und Bulkeley 2013; Karvonen und van Heur 2014; McGuirk et al. 2015; van der Heijden 2016).[8] Daraus resultiert in der aktuellen Forschungslandschaft eine Überbetonung „experimenteller" Steuerungsmechanismen (Boyd und Ghosh 2013; Bulkeley und Castán Broto 2013; Cloutier et al. 2014; Smedby 2016). Weiter verbreitete, aber weniger öffentlichkeitswirksame Governance-Instrumente wie Best Practices oder auch Modelle der strategischen Planung, die maßgeblich den Umgang mit dem Klimawandel seitens der Kommunen und deren Stakeholder zu beeinflussen versuchen, geraten dadurch aus dem Blickfeld.

Folglich kann eine Analyse der Herstellungsprozesse, der regierungspraktischen Nutzung und der breitenwirksamen Verteilung von Best Practice-Beispielen im Politikfeld des kommunalen Klimaschutzes in mehrerer Hinsicht dazu beitragen, einige der aufgezeigten Forschungslücken zu schließen:

1. Erstens soll diese Arbeit einen Beitrag zur kritischen Best Practice-Forschung leisten, indem Best Practice-Beispiele nicht als neutrale Hilfsmittel eines effektiven Managementprozesses, sondern als Ausdruck des Zusammenspiels von Rationalitäten und Praktiken der Klimagovernance konzipiert werden. Damit soll das Best Practice-Konzept stärker theoretisch verankert werden. Statt rein normativ Best Practices als Werkzeug der Effizienzsteigerung in Steuerungsprozessen zu propagieren oder zu kritisieren, soll diese Arbeit dazu beitragen, die unsichtbaren Herstellungs-, Verbreitungs- und Nutzungsprozesse von Best Practices aufzudecken. Damit rücken die Wirkmächtigkeiten der Regierungstechnik „Best Practice" sowie die wechselseitigen Machtbeziehungen zwischen Best Practice-Produzenten und -Konsumenten in den Fokus.
2. Zweitens kann eine gouvernementale Perspektive, die mithilfe des Analyserahmens des Praxisregimes stärker praxeologisch ausgerichtet ist, dazu beitragen, die bis dato in der Klimagovernance-Forschung vernachlässigten Pro-

8 Beispielhaft für diese Ausrichtung der städtischen Klimagovernance-Forschung ist das aktuelle Buch von Hughes et al. (2018) „Climate Change in Cities: Innovations in Multi-Level Governance".

zesse, Praktiken und Techniken des Regierens in den Mittelpunkt der Untersuchung zu stellen und so zu neuen Erkenntnissen führen: Statt Fragen zur Mobilität oder Effektivität von Best Practice-Beispielen zu behandeln, beleuchte ich die sozialen Praktiken der Hervorbringung, Verbreitung und Nutzung eben dieser Beispiele, die in der Best Practice-Forschung bisher nur wenig beachtet wurden. Dadurch wird nicht nur erkennbar, welche Implikationen die Fixierung auf Best Practices in der kommunalen Klimapolitik hat – das heißt, wie sich Best Practices auf die Problemdefinition, die Regierungsweisen und die Entscheidungsfindung im kommunalen Klimaschutz in Deutschland auswirken – sondern auch die Bedeutung von Hintergrund- und Erfahrungswissen in Form von Best Practice-Beschreibungen für das Lösen alltäglicher Regierungsprobleme wird besser verständlich.

3. Drittens kann das sich dynamisch entwickelnde Sub-Feld der *Urban Climate Governance* durch einen solchen Beitrag nicht nur konzeptionell, sondern auch thematisch weiter diversifiziert werden, indem mit Best Practices auch Governance-Mechanismen außerhalb von Städtenetzwerken und experimentellen Ansätzen untersucht werden.

Leitfrage zur Bearbeitung der Forschungslücken ist, wie auf kommunaler Ebene versucht wird, Klimawandel mithilfe von Best Practice-Beispielen regierbar zu machen. Diese Leitfrage umfasst zwei zentrale Aspekte: Zum einen die Frage nach der gouvernementalen Wirkweise von Best Practices in der kommunalen Klimapolitik und zum anderen die Frage nach den spezifischen Funktionsweisen der Regierungstechnik „Best Practice“. Damit beide Aspekte gleichsam bearbeitet werden können, ist eine Gliederung in folgende vier Teilfragestellungen sinnvoll:

1. Um die Rolle von Best Practices für das Regieren des Klimawandels auf kommunaler Ebene überhaupt untersuchen zu können, muss man zunächst verstehen, wie das Politikfeld „Kommunaler Klimaschutz“ entstand. Die erste Frage lautet daher: *Wie und warum wird Klimawandel zu einem Problem lokaler Regierung gemacht?*

Zur Bearbeitung dieser Frage bedarf es einer Perspektive, die es vermag, die Zusammenhänge zwischen Wissen und Macht aufzudecken, die dazu beitragen, Klimawandel als ein eigenständiges Handlungsfeld zu konstituieren, das politisch gestaltet werden kann. Dazu bediene ich mich an Konzepten und Begrifflichkeiten der Gouvernementalitätsstudien. Im nachfolgenden Kapitel #Kommunen im Klimawandel nutze ich das Analysewerkzeug der Problematisierung, um zu rekonstruieren, wie sich der kommunale Klimaschutz als eigenständiges Politikfeld entwickelt hat und welche zentralen Ereignisse und dominanten Argumentationen diese Entwicklung antreiben. Denn damit etwas zum Ziel von Regierungsaktivitäten werden kann, muss zunächst

ein bestimmtes Phänomen als Problem identifiziert und artikuliert werden. Erst danach können geeignete Problembearbeitungsmechanismen formuliert und konstruiert werden.

2. Um herauszufinden, wie Klimawandel in Kommunen als Problem charakterisiert wird und welche Lösungsansätze damit einhergehen, stellt sich die Frage, *in wessen Interesse und gemäß welcher Regeln das Problem Klimawandel „gemanagt" wird, das heißt auf welchen politischen Rationalitäten dieses Praxisregime beruht und welche politischen Programme daraus abgeleitet werden, um das Problem „Klimawandel" in Kommunen regierbar zu machen.*

In den Gouvernementalitätsstudien wird zur Analyse von Regierungspraktiken zwischen *Rationalitäten* und *Technologien* der Regierung unterschieden[9]. Dabei sorgen Rationalitäten dafür, dass nur bestimmte Technologien und Praktiken als geeignet erscheinen, um einem Regierungsproblem zu begegnen. Mithilfe diverser Regierungstechnologien sollen dann die dominanten Regierungsrationalitäten und ihre politischen Programme umgesetzt werden (Miller und Rose 1990). Im Kapitel #New Public Climate Management wird daher aufgezeigt, welche Denkformen und Strategien und welches Fach- bzw. Praxiswissen in Regierungspraktiken zur Anwendung kommen. Mit dem „kommunalem Klimaschutzmanagement" und dem „Prinzip der Nachahmung" werden zwei zentrale Regierungsrationalitäten des kommunalen Klimaschutzes in Deutschland dargestellt, die dazu beitragen, dass Best Practices als wirksame Regierungstechnik propagiert werden.

3. Im Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" wird der Regierungstechnologie Best Practice eine herausragende Bedeutung zugewiesen, um das Problem Klimawandel regierbar zu machen. Das wirft die Frage auf, *wie und warum sich Best Practices als eine hegemoniale Regierungstechnologie im kommunalen Klimaschutz etablieren konnten*. Dazu ist es notwendig, die Prozesse und Praktiken hinter den Erfolgsgeschichten genauer zu betrachten: *Wie werden Best Practices identifiziert und selektiert? Welches (Praxis-)Wissen wird durch welche Akteure zu einer „Best Climate Practice" gemacht? In welchen Situationen finden Best Practices Anwendung im kommunalen Klimaschutz und welche Funktionen nehmen sie beim Regieren des Klimawandels in deutschen Kommunen ein?*

---

9 Das Zusammenspiel von Problematisierungen, Rationalitäten, Programmen und Technologien wird im Rahmen dieser Arbeit als Praxisregime bezeichnet (vgl. Abbildung 1). Für eine intensive Auseinandersetzung mit dem Begriff siehe Kapitel #Das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz".

Das „Funktionieren“ von Best Practices wurde bisher vornehmlich dahingehend untersucht, wie man den Transfer von guten Beispielen optimieren kann, welche Rahmenbedingungen von Nöten sind oder die Gründe für das Scheitern eines Übertrags zu analysieren. Dem gegenüber soll im Kapitel #Best Climate Practices die Konzeptualisierung von Best Practices als Regierungstechnologie die bisher weitgehend im Dunkeln liegenden Funktionen und Interessen von und an sogenannten Best Practice-Beispielen beleuchten. Mithilfe einer stärker praxeologischen Ausrichtung stehen sowohl die Praktiken der Konstruktion und Selektion von Best Practices als auch deren alltägliche Nutzungs- und Verbreitungspraktiken im kommunalen Klimaschutz im Fokus des Forschungsinteresses. Dadurch sollen die Rolle und die Bedeutung von Best Practice-Beispielen für die Regierbarkeit des Klimawandels in Kommunen besser bewertet werden können.

4. Da die Regierungstechnologie Best Practice in dieser Arbeit nicht nur als Ausdruck einer bestimmten Rationalität aufgefasst, sondern ihr eine eigene Logik zugesprochen wird, durch welche sie für unterschiedliche Ziele eingesetzt werden und verschiedene Bedeutungen annehmen kann, ist es wichtig zu fragen, *wie die sogenannten „Best Climate Practices“ politisch wirkmächtig werden und welche politischen Effekte sie zeitigen.*

Ziel eines Best Practice-Ansatzes ist es, aus der Summe einzelner guter Praktiken allgemeingültige Prinzipien abzuleiten. Indem bestimmte Praktiken als vorbildlich und nachahmenswert verbreitet werden, wird durch sie gesellschaftliche Realität produziert. Best Practices können sich zu einem Standard weiterentwickeln und dadurch bestehende Regierungsrationalitäten entweder stabilisieren oder aber infrage stellen und Veränderungsdruck aufbauen. Im Kapitel #„Best Practice ist eine Geschichte“ befasse ich mich deshalb zum einen aus performativitätstheoretischer Perspektive damit, wie Best Practices eine bestimmte soziale Wirklichkeit des Klimaschutzmanagements erst (re-)produzieren, und zum anderen betrachte ich die depolitisierenden Effekte von Best Practices, die aus der diskursiven Verknüpfung von bestimmten Praktiken mit der Bezeichnung „best“ oder „good“ resultieren.

## AUFBAU DER ARBEIT

Als Hinführung zum Thema skizziere ich im folgenden Kapitel – #Kommunen im Klimawandel – die Entstehung des Politikfeldes „kommunaler Klimaschutz“. Ich befasse mich also mit der Beantwortung der Frage, wie und warum Klimawandel zu einem Problem lokaler Regierung wurde. Mithilfe der Foucault’schen Analysekate-

gorie der Problematisierung gelingt es zu zeigen, wie eine „Klimawahrheit“ – basierend auf naturwissenschaftlichen Erkenntnissen – entstand und wie dies zur Formation des Politikfeldes Klimawandel führte, im Zuge dessen die Erderwärmung und ihre Konsequenzen als Problem anerkannt wurden, das es zu lösen gilt. Die Reskalierung der Klimapolitik auf die kommunale Ebene lässt sich dabei als langjähriger Prozess darstellen, der sich seit 1990 in drei Phasen weiterentwickelte. Neben der Aufarbeitung des historischen Entstehungsprozesses rekonstruiere ich zudem, wie die Artikulation von Klimawandel als Multi-Level-Governance-Problem und als eng verflochten mit einer anhaltenden Urbanisierung sowie als wirtschaftliche Chance dazu führte, dass der kommunalen Ebene im Klimaschutz eine Schlüsselfunktion zugeschrieben wird. Abschließend verlasse ich die analytische Ebene und die dazugehörigen historisch zentralen Dokumente und Institutionen, um die alltäglich-praktischen Problematisierungen zu betrachten, wodurch ersichtlich wird, wie die das Politikfeld prägenden Argumentationslinien in die kommunalpolitische Praxis übersetzt werden.

In Kapitel #3 – *Den guten Praktiken auf der Spur* – setze ich mich zunächst detailliert mit der Managementmethode „Best Practice“ als Problemlösungsmechanismus auseinander. Nach einer kurzen Begriffsgeschichte sowie einem Versuch der Definition folgt eine umfassende Rezeption des Standes der kritischen Auseinandersetzung mit dieser Managementmethode, wobei ich meine eigene kritische Position in der Debatte verorte. Anschließend stelle ich die verschiedenen dominanten Ansätze in der Erforschung von Best Practices dar. Dabei konzentriere ich mich auf die klassische manageriale Best Practice-Forschung und die Policy Transfer- bzw. Policy Mobility-Forschung. Der erste Teil des Kapitels #Den guten Praktiken auf der Spur endet mit einem kurzen Zwischenfazit, in dem ich grob meinen eigenen konzeptionellen Zugang – eine gouvernementale Perspektive mit besonderem Fokus auf den konkreten Regierungspraktiken –vorstelle. Im zweiten Teil des Kapitels mache ich den hinter dieser Arbeit liegenden Forschungsprozess transparent. Als methodische Hauptaufgabe sehe ich die Skizzierung eines Ansatzes, der nicht nur darauf abzielt, herauszufinden, was und warum etwas getan wird, sondern auch, wie etwas gemacht wird; das heißt, wie die Regierungsarbeit im kommunalen Klimaschutz mithilfe von Best Practices in der Praxis funktioniert. Dazu beschreibe ich meinen Umgang mit Fragen der Methodologie, des Samplings, der Datenerhebung sowie der Datenauswertung. Außerdem führe ich erstmals meine Fallbeispiele ein und reflektiere am Ende des Kapitels meine eigene Position im Feld.

In Kapitel #4 – *Die Kunst, den Klimawandel zu regieren* – umreiße ich das Konzept der Gouvernementalität und erläutere die Besonderheiten einer Regierungsanalyse aus gouvernementaler Perspektive. Durch die Auseinandersetzung mit den zentralen Begriffen der Regierung und der Macht-Wissen-Komplexe kann am Ende des Kapitels ein Vokabular definiert werden, das mir im Laufe dieser Arbeit hilft, die

praktischen Probleme zu erfassen, die beim Regieren durch Best Practices im kommunalen Klimaschutz eine zentrale Rolle spielen. Bevor ich mit der Konzeption des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz" einen theoretischen Analyserahmen für die Untersuchung alltäglicher Regierungspraktiken aufspanne – bestehend aus den Kategorien der Problematisierung, der Regierungsrationalitäten und der Regierungstechnologien –, beschreibe ich das noch junge Forschungsfeld der Klima-Gouvernementalität und seinen aktuellen Stand der Forschung.

In Kapitel #5 – *New Public Climate Management* – widme ich mich den Regierungsrationalitäten des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz". Das Hauptinteresse gilt dabei der Frage, auf welchen politischen Rationalitäten das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" beruht und welche politischen Programme daraus abgeleitet werden, um das Problem „Klimawandel" in Kommunen regierbar zu machen. Dazu stelle ich zunächst mit dem *New Public Management* und dem *Transition Management* zwei einflussreiche politische Rationalitäten vor, um dann anhand meiner beiden Fallbeispiele – dem deutschen Förderprogramm „Masterplan 100% Klimaschutz" und dem EU-Förderprojekt „Transition Cities" – detailliert zu zeigen, wie diese Rationalitäten in politische Programme übersetzt wurden. Daraufhin widme ich mich ausgiebig der aktuell dominanten Regierungsrationalität des kommunalen Klimaschutzmanagements, die die Umsetzung der politischen Programme wesentlich beeinflusst. Abschließend reflektiere ich in einem kurzen Zwischenfazit die Implikationen dieser besonderen Form des kommunalen Klimaschutzes.

In Kapitel #6 – *Best Climate Practices* – beschäftige ich mich umfassend mit der Managementmethode Best Practice als Regierungstechnologie des kommunalen Klimaschutzes. Zur Beantwortung der Fragen rund um die Entstehung und Funktionsweisen von Best Practices werden die Prozesse und Praktiken hinter den Erfolgsgeschichten genauer betrachtet. Ich befasse mich mit den Erwartungen, die an das Managementwerkzeug Best Practice gestellt werden; analysiere die Identifikations- und Selektionsprozesse, durch die Maßnahmen, Technologien und Kampagnen zu Best Practices gemacht werden; identifiziere die zentralen Akteure, die an der Erarbeitung von Best Practices beteiligt sind; untersuche die Inhalte und das Wissen, das durch Best Practice-Beispiele verbreitet wird; skizziere die Situationen, in denen Best Practices zur Anwendung kommen, um Klimawandel besser regierbar zu machen und arbeite schließlich die verschiedenen polit-strategischen Funktionen heraus, die Best Practices im Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" einnehmen. In einem weiteren Zwischenfazit reflektiere ich am Ende des Kapitels die Bedeutung der Nachahmung für Regierungspraktiken anhand der empirisch gewonnenen Erkenntnisse.

Kapitel #7 – *„Best Practice ist eine Geschichte"* – setzt sich eingehender mit Fragen der Macht auseinander und betont den ambivalenten Charakter von Best Practices als (anti-)politische Werkzeuge. Es geht also um die Wirkmächtigkeiten und die politischen Effekte von Best Practices und damit um die Frage, wie gute Praxisbei-

spiele ihre Wirkung entfalten. Dazu greife ich konzeptionell auf Arbeiten der Performativitätsstudien und Überlegungen zu Phänomenen der Depolitisierung zurück. In engem Zusammenhang damit steht auch die Bewertung des transformativen Potenzials von Best Practices, das heißt zu erfassen, inwiefern durch sie wirklich Wandel und Veränderung angeregt werden können. Abschließend rekapituliere ich das Ziel der vorliegenden Arbeit und fasse die Haupterkenntnisse zusammen, woraufhin ein kritisches Resümee gezogen wird. Das Kapitel endet mit einem Ausblick, der offene Fragen aufzeigt und somit Potenzial für weitere Forschung identifiziert.

# Kommunen im Klimawandel

> The key to meeting the global challenge of climate change is to respond locally, and build impact through sharing solutions – especially cities and regions with similar environmental, social and economic impacts.
> *(Climate-KIC 2016)*

Nachdem im Dezember 2015 in Paris unter Freudentränen bei vielen Beteiligten das globale Klimaabkommen zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius beschlossen und bereits wenige Monate später, im April 2016, von 175 Staaten unterzeichnet wurde, verkündete der neue US-amerikanische Präsident Donald Trump im Juni 2017, das Abkommen aufzukündigen. Als Reaktion darauf ratifizieren 70 weitere Staaten das Paris-Abkommen. Am 7. November 2017, während der COP 23 in Bonn, verkündete schließlich Syrien, ebenfalls dem Pariser Klimaschutzabkommen beitreten zu wollen. Die USA sind damit in der globalen Klimapolitik isoliert. Auch innerhalb der USA regt sich schnell Widerstand: Schon kurz nach der Ankündigung des Austritts aus „Paris" reagierten hunderte US-Unternehmen mit einem offenen Brief an den Präsidenten[1], in dem sie sich für mehr Klimaschutz aussprachen; und auch 14 US-Bundesstaaten sowie mehr als 200 US-amerikanische Städte bekannten sich prompt zu den Zielen des Abkommens (America's Pledge on Climate 2017; Climate Mayors 2017; New York State 2017). Bestätigt sich hier also, wie Barber (2014, 2017) beschrieb, dass die Welt nur noch zu retten ist, wenn Städte zu ihrem wichtigsten politischen Motor werden? Selbst in der „Tagesschau" vom 12. November 2017[2] wird erstmals über regionale Initiativen und die besondere Rolle von Städten und Regionen für den Klimaschutz berichtet. Darin werden Kommunen als Klimaschützer bezeichnet und erstmals als eigener Block und offizieller Teil der

1 Online verfügbar unter: https://www.c2es.org/nyt/

2 Online verfügbar unter: http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-346049.html

COP dargestellt. Doch haben Kommunen wirklich ein größeres Potenzial als die vermeintlich gelähmten Nationalstaaten? (Rühle 2017) Stimmt es – wie mir von unterschiedlichen Seiten aus eingeschärft wurde –, dass Nationalstaaten nur verhandeln und heiße Luft produzieren, während Städte und Kommunen längst handeln und THG-Emissionen real senken?

Das Kernargument von Barber (2014, 2017) und anderen Verfassern „urbaner Manifeste" (Chakrabarti 2013; Katz und Bradley 2013) lautet, dass die Nationalstaaten unter Globalisierungsbedingungen politische Handlungsmacht einbüßten und somit nicht mehr in der Lage seien, in einer vernetzten und von gegenseitigen Abhängigkeiten geprägten Welt für Problemlösungen zu sorgen. Im Gegensatz zu Nationalstaaten seien Städte und deren globale Netzwerke (TMN) geradezu prädestiniert, globale Probleme effektiv zu lösen, da sie eine ideale „Kombination aus lokaler Integrationskraft und globaler Handlungskompetenz" böten (Kieselbach 2017: 19). Infolgedessen wird auch der Ruf nach kooperativen und realistisch-pragmatischen Problemlösung lauter, was wiederum Best Practices als Steuerungsinstrument besonders attraktiv erscheinen lässt.

Bevor ich mich dem Problemlösungsmechanismus „Best Practice" widme, setze ich mich zunächst damit auseinander, wie und weshalb sich Klimaschutz überhaupt als kommunales Politikproblem etablierte. Ich will hinterfragen, warum sich die Vorstellung, dass in den Städten dieser Welt die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft entschieden wird, durchgesetzt hat und sich Städte so zu den Orten entwickeln konnten, in denen scheinbar tagtäglich die Welt gerettet wird. Auf den folgenden Seiten versuche ich Antworten auf diese Fragen zu geben, indem ich die Entstehungsgeschichte des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz" nachzeichne. Dabei zeige ich auf, warum und mit welchen Argumenten Städte als Schlüsselorte und Kommunen als Schlüsselakteure des globalen Klimaschutzes thematisiert werden und welche Argumentationslinien und Akteure dabei marginalisiert werden. Der zentrale Ausgangspunkt einer solchen ‚Regierungsanalyse ist die Identifikation und Untersuchung von spezifischen Situationen, in denen die etablierte Regierungsführung in Frage gestellt wird; also die Momente und Situationen, in denen die Regierung ein *Problem* wird (Dean 1999). Dies ist für meine Arbeit insofern von großer Bedeutung, als dass die Art und Weise, wie ein soziales, politisches oder natürliches Phänomen als Problem wahrgenommen wird, sowohl die politischen Rationalitäten des Regierens als auch die Regierungstechnologien, die zu deren Realisierung eingesetzt werden, maßgeblich beeinflusst.

## PROBLEMATISIERUNG: VOM PHÄNOMEN ZUM PROBLEM

> Government is a problematizing activity: […] Indeed, the history of government might well be written as a history of problematizations, in which politicians, intellectuals, philosophers, medics, military men, feminists and philanthropists have measured the real against the ideal and found it wanting.
> *(Rose und Miller 1992: 181)*

Nicht alles, was in einer Gesellschaft passiert, ist ein politisches Problem. Armut ist bspw. kein Problem für eine Gesellschaft, die glaubt, dass die „Armen halt dazu gehören" – oder dass sie genau das bekommen, was sie verdienen. Armut wird erst durch bestimmte Grundsätze zu einem Problem: Die Armen sind arm, weil sie ungerecht behandelt wurden, oder die Gesellschaft sollte generell auf eine größere Gleichheit abzielen. Ebenso ist die Inflation kein Problem an sich. Inflation bedeutet nur, dass die Preise steigen. Das ist zunächst ein Zustand und noch kein Problem. In manchen Kontexten kann die Inflation sogar eher als Abhilfe denn als Schwierigkeit angesehen werden – z.B. als Weg zur Verringerung der öffentlichen Schuldenlast. Inflation wird erst dann zu einem politischen Problem, wenn Preisinstabilität als schlecht aufgefasst wird, weil sie etwa das Vertrauen der Anleger negativ beeinflusst, weil sie bestimmte Formen von Privateigentum gefährdet oder weil sie Reichtum auf gesellschaftlich unerwünschte Weise umverteilt. Kurz gesagt ist ein politisches Problem ein gesellschaftlicher Zustand, der bestimmte Logiken oder Rationalitäten nicht erfüllt (Anderson 1978: 19).

Wie und weshalb sich die globale Erderwärmung zu einem kommunal zu regelnden und regierenden *Problem* entwickelte, ist daher eine wichtige Ausgangsfrage, denn die Art und Weise, wie und warum Klimawandel zu einem Problem lokaler Regierung gemacht wird, bestimmt darüber, welche Formen der Problemlösung ermöglicht werden. Damit etwas regiert werden kann, muss zuerst ein aktuelles Phänomen als Problem identifiziert und artikuliert werden, weshalb Rose und Miller (1992) sowie auch Lemke (2011) Regieren als eine *problematisierende* Aktivität beschreiben, die untrennbar mit den Problemen verbunden ist, um die sie kreist, deren Defizite sie zu beheben sucht und deren Übel sie heilen will. Das heißt, mit jedem Regieren geht zunächst ein Problematisieren einher; oder wie Anderson (1978: 20) treffend beschreibt: „Public problems are not just ‚out there' waiting to be dealt with. Policy-making is not simply problem-solving. It is also a matter of setting up and defining the problem in the first place."

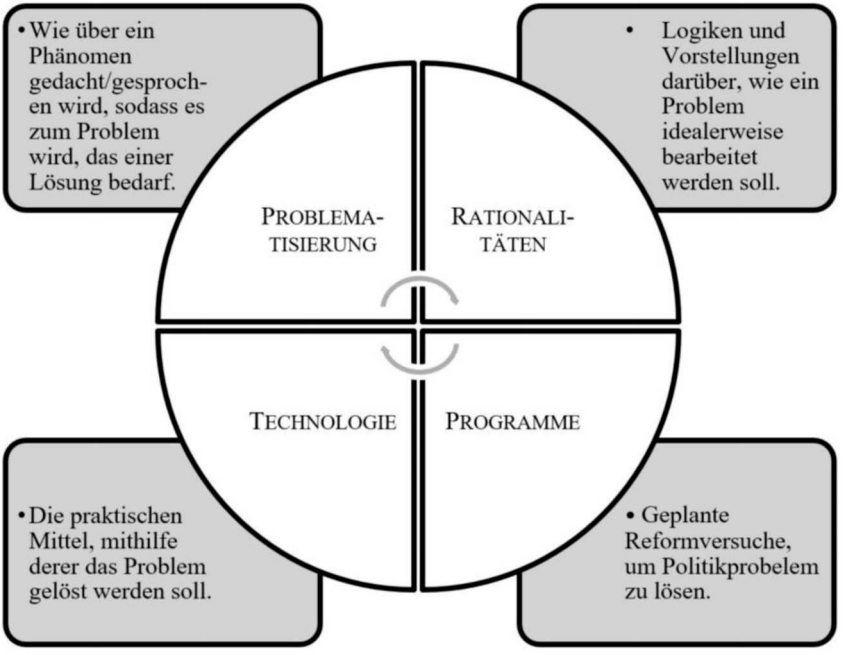
Erst danach können geeignete Problembearbeitungsmechanismen formuliert und konstruiert werden (wie z.B. Best Practice-Beispiele) und damit schließlich auch zur Anwendung kommen. Das bedeutet, wenn die Auswirkungen des physikalischen Phänomens Klimawandel nicht als Problem für die gegenwärtige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung verstanden würden, käme es auch nicht zu einer Ausarbeitung geeigneter (politischer) Problembearbeitungsmechanismen, deren Umsetzung zur Problemlösung führen sollen.

Die Art und Weise, wie Kommunen, Staaten oder internationale Institutionen ihre gegenwärtigen Klimaprobleme rahmen und damit bestimmte Formen ihrer Bearbeitung möglich machen, lässt sich vor diesem Hintergrund gut mit Foucaults Konzept der *Problematisierung* fassen. Foucault (1996b: 178) „[…] versuchte von Anfang an, den Prozess der ,,Problematisierung' zu analysieren – was heißt: Wie und warum bestimmte Dinge (Verhalten, Erscheinungen, Prozesse) zum Problem wurden." Insbesondere in seinen späten Schaffensjahren wurde die Analyseperspektive der Problematisierung für Foucault zentral, als er sich zunehmend damit beschäftigte, wie in Regierungsprozessen unterschiedliche Lösungen für ein Problem hervorgebracht werden und inwiefern diese Lösungen mit spezifischen Problematisierungsformen zusammenhängen (Foucault 2005b). Foucault (2005b: 733) selbst beschreibt sein Konzept wie folgt:

„Die Problematisierung […] arbeitet […] die Bedingungen heraus, unter denen mögliche Antworten gegeben werden können; sie definiert die Elemente, die das konstituieren werden, worauf die verschiedenen Lösungen sich zu antworten bemühen. Diese Ausarbeitung einer Gegebenheit zu einer Frage und diese Umwandlung einer Gesamtheit an Hemmnissen und Schwierigkeiten in Probleme, worauf die verschiedenartigen Lösungen eine Antwort beizubringen versuchen, konstituieren den Punkt einer Problematisierung und die spezifische Arbeit des Denkens."

Problematisierungen konstituieren Probleme somit auf eine spezifische Art und Weise und machen sie dadurch zu Objekten der Regierung. Dzudzek (2016: 41) beschreibt den Vorgang der Problematisierung daher auch als „[…] Arbeit der diskursiven Rahmung gesellschaftlicher Veränderungen sowie ihrer Artikulation als spezifisches durch Regierungshandeln zu bearbeitendes Problem. Damit stellt sie einen wichtigen diskursiven und gesellschaftlichen Übersetzungsakt dar, der bestimmte Rationalitäten und Technologien seiner Bearbeitung wahrscheinlicher macht als andere."

*Abbildung 1: Zum Verhältnis und Verständnis von Praxisregime, Problematisierung, Rationalitäten, Programmen und Technologien.*




Quelle: Eigene Darstellung.

Die Analyseperspektive der Problematisierung nimmt somit die Beziehungen zwischen Denk- und Handlungsweisen des Regierens in den Fokus (Lemke 1997). Sie bildet die Schnittstelle zwischen Rationalitäten – den mehr oder weniger systematischen Logiken und Denkweisen darüber, wie regiert werden sollte – und Technologien des Regierens; den unterschiedlichen Mitteln, mithilfe derer Regierungspraktiken ausgeführt werden. Wie Blok (2014: 49) hervorhebt, geht es bei Problematisierungen nicht nur darum, neue Wahrheitsbedingungen im Denken zu konstituieren, sondern auch ganz entscheidend um einen Prozess des kollektiven Experimentierens mit und an vollständig materiellen und praktischen Objekten, die von politischem Interesse sind. Das Verhältnis von Problematisierungen, Rationalitäten, Programmen und Technologien ist somit als interdependent und zirkulär zu verstehen (Abbildung 1).

Es geht folglich weder darum, im Sinne eines „Henne-Ei-Problems" herauszuarbeiten, ob erst eine bestimmte Form der Rationalität zu bestimmten Problematisierungen führt oder umgekehrt, noch geht es darum, eine lineare Wirkungskette von einer spezifischen Problematisierung zu einer bestimmten Rationalität, die wiederum

passende Programme und Regierungstechnologien hervorbringt, abzuleiten. Problematisierungen, wie auch Rationalitäten, Programme und Technologien, entspringen vielmehr einem Zusammenspiel von Sprach-, Denk- und Wissensformen sowie Techniken, Analyse- und Bewertungsinstrumenten. Damit sind alle vier Analysekategorien – Problematisierungen, Rationalitäten, Programme und Technologien – sowohl Teil von als auch konstitutiv für ein spezielles Praxisregime[3], das ein System von Ideen, Standards, Diskursen und Praktiken bildet und für die beteiligten Akteure verständlich und plausibel ist (Dean 1999).

Problematisierung bedeutet dabei nicht die beschreibende Darstellung eines bereits existierenden Objekts. Ebenso wenig wird durch diesen Prozess ein nicht existierendes Objekt diskursiv erst erschaffen. Die Gesamtheit der diskursiven und nichtdiskursiven Praktiken lässt vielmehr ein Problem „[…] ins Spiel des Wahren und des Falschen eintreten und konstituiert es als Objekt für das Denken“ (Foucault 2005a: 826). Das heißt, Problematisierungen bilden Probleme nicht einfach ab. Für ein und dasselbe Problem kann es verschiedene und sogar widersprüchliche Lösungen geben. Foucault (2005b: 732) beschreibt diesen diffusen Charakter von Problematisierungen wie folgt:

„In Wirklichkeit muss, damit ein Handlungsbereich und ein Verhalten ins Feld des Denkens eintritt, eine gewisse Anzahl von Faktoren ihn oder es unsicher gemacht, ihm seine Vertrautheit genommen oder in dessen Umfeld eine gewisse Anzahl von Schwierigkeiten hervorgerufen haben. Diese Elemente unterliegen sozialen, ökonomischen oder politischen Prozessen. Aber sie spielen darin nur eine Rolle als Hinweis. Sie können existieren und ihre Aktionen über eine sehr lange Zeit hinweg ausüben, bevor es zu einer wirklichen Problematisierung durch das Denken kommt. Und wenn diese eintritt, nimmt sie nicht eine einzige Form an, die das direkte Ergebnis oder der notwendige Ausdruck dieser Schwierigkeiten wäre; sie ist eine oft vielgestaltige, mitunter sogar in ihren verschiedenen Aspekten widersprüchliche, eigentümliche oder spezifische Antwort auf diese Schwierigkeiten, die für sie durch eine Situation oder einen Kontext definiert sind und die einer möglichen Frage gleich gelten.“

Eine Problematisierung stellt somit stets einen individuellen Antwortversuch dar; eine mögliche Lösung für ein Problem, für das es weitere, alternative Problembearbeitungsmechanismen geben kann, die von den vorherrschenden Regierungsrationalitäten innerhalb des Praxisregimes jedoch verdeckt werden. Das Konzept der Problematisierung kann dabei aufzeigen, dass bestimmte Probleme, die als naturgegeben und objektiv erscheinen, in Wirklichkeit als Effekt historischer Prozesse, Praktiken

3 Als Praxisregime wird das relativ organisierte und systematisierte Vorgehen – die Regierungsweise – innerhalb eines bestimmten Handlungsfeldes bezeichnet.

und Strategien zu verstehen sind. Auf diese Weise wird der Fokus auf den gesellschaftlichen Konstruktionsprozess von Problemen gelegt, der so hinterfragbar wird und in den als Konsequenz auch interveniert werden kann (Klöppel 2010). Eine solche Herangehensweise ermöglicht es dem Forscher, sowohl aktuelle Regierungsprobleme zu verstehen als auch das Regierungshandeln kritisch zu hinterfragen.

In diesem Kapitel wird herausgearbeitet, wie und warum Klimawandel an einem spezifischen Zeitpunkt durch eine bestimmte institutionelle Praxis und einen bestimmten Erkenntnisapparat problematisiert wurde (Foucault 2005a). Die Aufgabe einer kritischen Analyse ist daher, diese stabilen und als selbstverständlich betrachteten Problemdefinitionen und Lösungsansätze des (kommunalen) Klimaschutzes zu (re-)problematisieren (Barnett 2013). Im Kontext des Städtischen beschreibt Barnett (2013) das Forschungsinteresse dementsprechend wie folgt:

„First, it implies that rather than thinking of the contemporary problematization of urban processes as a response to externally generated threat (such as ‚climate change') or shock (the fiscal crisis of 2007 onwards), the focus should be upon the ways in which urban processes help to generate problematizations in so far as they come to disrupt, disturb or interrupt existing patterns of problem-formation and problem-solving. Second, therefore the fundamental task is to ask what domains of action are unsettled, rendered difficult, so that ‚the city' or ‚the urban' emerges as a problematic cause or potential solution to pressing contemporary issues. Another way of asking this question is to inquire not into how cities are defined or what ‚the urban' is, but rather to inquire into what it is that ‚cities' or other figures of the urban are presumed to be able to do."

Unter der Prämisse, dass Regierungshandeln eine zielgerichtete Antwort auf soziale, wirtschaftliche, politische oder natürliche Veränderungen darstellt, die durch eine vorhergehende Problematisierung kanalisiert wird, ermöglicht die Perspektive der Problematisierung ein vertieftes Verständnis durch Beobachtung und (Re-)Konstruktion von Regierungsprozessen als Problematisierungen und Bearbeitungen eben dieser Problematisierungen (Dzudzek 2016). Dabei sind Problematisierungen etwas relativ Seltenes. Sie haben spezifische Zeit- und Örtlichkeiten und treten nur in bestimmten Lokalitäten, Institutionen oder Organisationen auf.

Mit dem Konzept der Problematisierung als Denkschablone ist es möglich zu zeigen, wie sich Klimawandel (1) als Schauplatz von Regierungsintervention etabliert; (2) wie er als Problem beschrieben wird, das gemanagt, geregelt und regiert werden muss und (3) wie man das gegenwärtige Regierungshandeln und die dominanten Diskurse kritisch beleuchten kann. Im ersten Schritt dieses Kapitels wird dieser Schablone folgend zunächst nachgezeichnet, zu welchem Zeitpunkt der Klimawandel zum ersten Mal als ein Problem die politische Bühne betritt und wie sich das Thema im weiteren Zeitverlauf als Problem der Regierung etabliert. Dabei gilt es aufzuzeigen, wie der Klimawandel seit dem Eintreten in die politische Arena zunehmend als ein

spezifisch städtisches Problem konstruiert wird. Im zweiten Schritt rücken die Argumentationen in den Blick, die beschreiben, wie und warum Klimawandel ein städtisches Problem darstellt, das eines Regierungshandelns und Managements in Kommunen bedarf. Diese dominanten Argumentationslinien führen dazu, dass bestimmte Handlungsfelder betont werden und somit einige Regierungsweisen wahrscheinlicher gemacht werden als andere. Als Modus der Kritik sollen so die alternativen Problematisierungen in den Fokus gerückt und scheinbare Sachzwänge hinterfragbar werden. Dominante Formen von Regierungshandeln erscheinen dann nicht mehr als „einzig denkbar oder einzig rational", sondern werden als *eine* mögliche Lösung von vielen erkennbar, der Alternativen entgegengesetzt werden können (Dzudzek 2016). Im dritten Schritt geht es darum, sich von der analytisch-diskursiven Ebene der zentralen, institutionellen Dokumente zu lösen und von diesen hegemonialen Argumentationssträngen zu abstrahieren. Der Wechsel auf die stärker materiell-praktische Ebene des alltäglichen Problematisierens von Klimawandel auf kommunaler Ebene verdeutlicht, wie Klimawandel konkret zu einem politischen Handlungsfeld in den untersuchten Kommunen wurde. So wird sichtbar, wie dominante Problematisierungen auf die kommunale Ebene übersetzt werden und wie dabei auch alternative Problematisierungen zum Vorschein kommen.

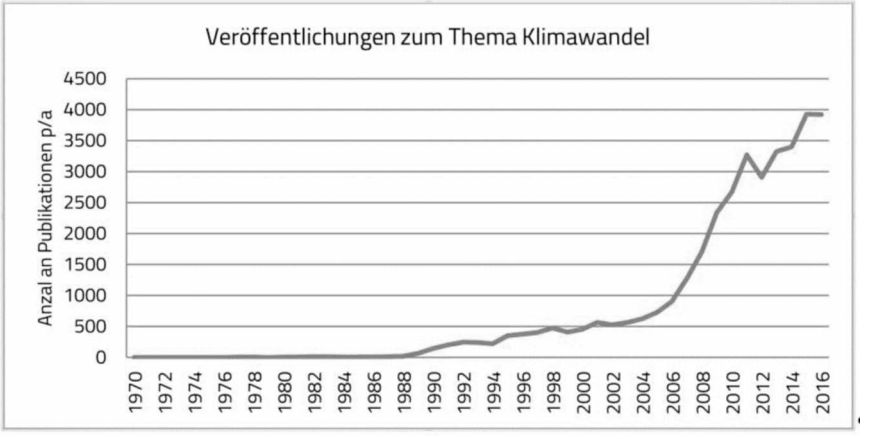
## KLIMAWANDEL ALS POLITIKPROBLEM

> […] what was unknown has become fully knowable; what was mysterious is now readily imaginable; and the whole has become eminently governable.
> *(Peace 2002: 536f. zit. nach Rutherford 2007: 298)*

Über ein Phänomen Bescheid zu *wissen*, sodass es regiert werden kann, ist keine spekulative Tätigkeit; es erfordert vielmehr spezifische Darstellungs- und Notationsweisen, Wege zum Sammeln und Darstellen von Informationen sowie deren Weiterleitung an Machtzentren, wo daraufhin Berechnungen, Urteile und Entscheidungen erfolgen. Durch solche Prozesse der Inskription werden die problembehafteten „Objekte" bzw. Phänomene wie der Klimawandel in eine bestimmte begriffliche Form gegossen und so zugänglich gemacht für eine politische Intervention und Regulation (Miller und Rose 1990). Im Folgenden befasse ich mich daher erstens mit der Frage, wie das Klima mit seinen atmosphärischen Prozessen wie dem Kohlenstoffzyklus zu einem sozialen und politischen Objekt wurde und zweitens, welche zentralen Ereignisse als materielle Ausgangspunkte von Problematisierungen dazu beigetrugen, den Klimawandel als Objekt der kommunalen Regierung zu etablieren. Als Ereignisse

sind dabei Veränderungen in den Machtgefügen, sei es in globalen oder lokalen Kontexten, zu verstehen. Problematisierungen spiegeln diese Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen wider, indem sie einerseits an bestehende Macht-Wissen-Komplexe (siehe Kapitel zu #Gouvernementalität) anknüpfen und andererseits versuchen, die veränderten Umstände zu integrieren, indem sie diese unter einer bestimmten Fragestellung synthetisieren, interpretieren und neu ausrichten. Somit ist eine „Problematisierung […] immer etwas Schöpferisches" (Foucault 1996b: 179), da mithilfe diverser Techniken neues Wissen über das zu regierende Problem generiert wird, damit es regierbar werden kann.

*Abbildung 2: Die Entstehung einer Klimawissenschaft. Anzahl der Publikationen in der Datenbank „Web of Science" mit dem Begriff „Climate Change" im Titel (1970-2017).*




Quelle: Eigene Darstellung.

Heutzutage ist der Klimawandel allgegenwärtig in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft: Die Vorstellung, dass der Mensch das physikalische Klimasystem des Planeten durch sein kollektives Handeln verändert, wurde zu einer wirkmächtigen – wenn auch nicht gänzlich unumstrittenen – Idee, die im einfachen Sprachzusammenhang „Klimawandel" erfasst ist. Diese Vorstellung ist in den heutigen sozialen Diskursen ebenso allgegenwärtig und mächtig wie die Ideen der Demokratie, des Terrorismus oder des Nationalismus (Hulme 2011: 322). Doch dem war nicht immer so (Abbildung 2): Der natürliche Treibhauseffekt wurde bereits 1824 von Jean Baptiste Fourier (1824) entdeckt und erstmals 1861 von John Tyndall (1861) gemessen. Auch die Bedeutung des vom Menschen emittierten $CO_2$ für das Weltklima wurde schon 1895 durch Berechnungen von Svante Arrhenius (1896) bekannt. Dieser sagte bereits für

den Fall der Verdopplung der $CO_2$-Konzentration in der Atmosphäre einen Temperaturanstieg von vier bis sechs Grad Celsius voraus. Damals wurde eine mögliche Erderwärmung jedoch noch als durchweg positiv bewertet, da so neue Eiszeiten verhindert würden (siehe u.a. Arrhenius 1896; Callendar 1938). Ende der 1930er Jahre schließlich wertet Guy Callendar (1938) Temperaturdaten der letzten 50 Jahre von 200 meteorologischen Stationen aus und stellt eine statistisch signifikante globale jährliche Erwärmungsrate von 0,005 Grad Celsius fest, die nicht allein auf eine natürliche Klimafluktuation zurückzuführen sei. 1941 beschreibt Herrmann Flohn (1941) ganz explizit „[d]ie Tätigkeit des Menschen als Klimafaktor" und warnt bereits vor den unvorhersehbaren Folgen: „Damit wird aber die Tätigkeit des Menschen zur Ursache einer erdumspannenden Klimaänderung, deren zukünftige Bedeutung niemand ahnen kann." In den 1950er Jahren kommen erstmals Computer und in den 1960er Jahren auch Satelliten zur Berechnung der zu erwartenden Erderwärmung zum Einsatz. Bereits zu diesem Zeitpunkt sagt man durch die steigenden $CO_2$-Emissionen einen Anstieg der mittleren Temperatur um ein Grad Celsius voraus, der mit dem Abschmelzen des Grönlandeises und der arktischen Eisfelder einhergehe, was zu einem Meeresspiegelanstieg von bis zu 50m führen könne (Thompson und O'Brien 1966). Da die globalen Durchschnittstemperaturen bis Mitte der 1970er Jahre jedoch fielen und nicht stiegen, herrschte weiter Skepsis und Uneinigkeit in der Klimaforschung.

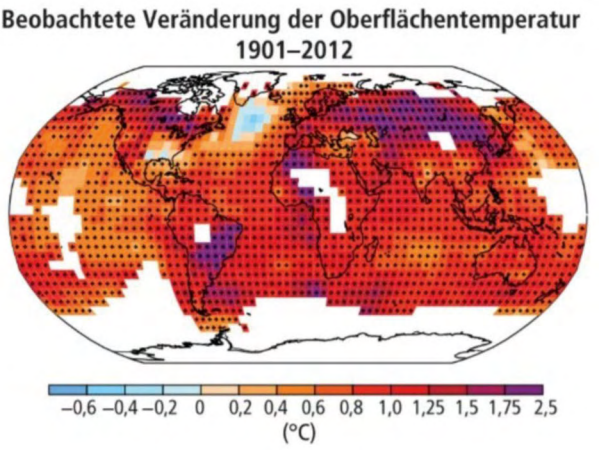
Auf Initiative des Klimaforschers Herrmann Flohn und des Geophysikers und Wissenschaftsberaters der US-Regierung Frank Press wurde 1979 die erste Weltklimakonferenz einberufen, um durch ein Expertengremium Klarheit über die Bedrohungen durch einen Klimawandel zu erlangen. Erst mit dieser ersten Weltklimakonferenz in Genf, der Veröffentlichung des Brundtland-Berichts[4] (1987) und schließlich der Gründung des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) im Jahr 1988 wurde der Klimawandel mit seinen atmosphärischen Prozessen von einem rein wissenschaftlichen Objekt auch zu einem politisch anerkannten sozialen Problem.

„From 1988 onwards, the problem of climate change has been constructed as a risk caused by excessive human greenhouse gas emissions that requires humanity to reduce emissions to a tolerable level that science is to define. […] the IPCC was charged with defining the problem of climate change, clarifying if climate change was real and already happening […] and determining whether it was caused by human activity […]. The nature of the problem definition

4 Im Jahr 1983 gründeten die UN die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Ihr Auftrag war die Erstellung eines Perspektivberichts zu langfristig tragfähiger, umweltschonender Entwicklung im Weltmaßstab bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus. Die Kommission veröffentlichte 1987 den Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft", der die internationale Debatte über Entwicklungs- und Umweltpolitik maßgeblich beeinflusste.

provided by the IPCC strongly influenced the heuristic framework for policy responses in the realm of mitigation and adaptation.“ (Oels 2013: 21f.)

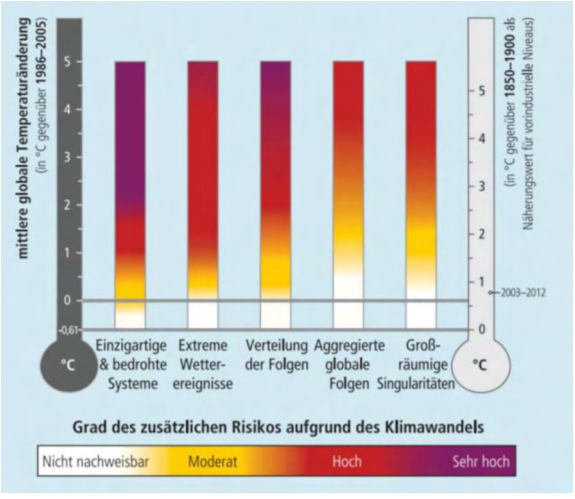
*Abbildung 3: Weltkarte der beobachteten Temperaturveränderung von 1901 bis 2012, abgeleitet vom Temperaturtrend.*




Quelle: Pachauri und Mayer (2015: 41).

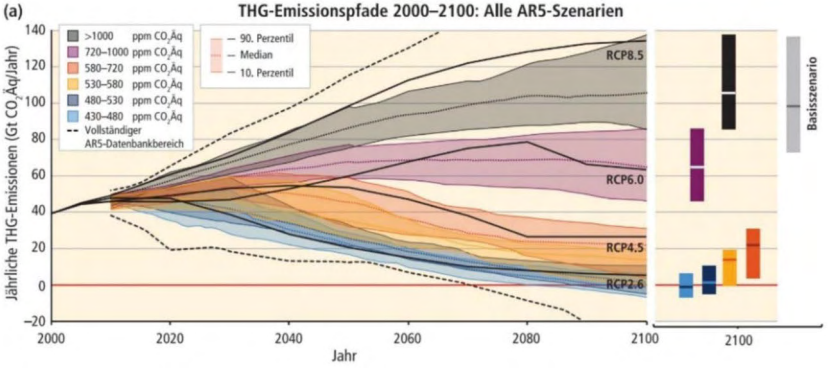
Die Gründung des IPCC und seine Klimaforschung, deren Ergebnisse regelmäßig in Berichten veröffentlicht werden, sorgten maßgeblich dafür, dass sich überhaupt eine *Klimawahrheit* etablieren konnte – denn die IPCC-Berichte trugen dazu bei, das Weltklima als ein globales System zu verstehen, das einer internationalen Lösung bedarf. Indem die Berichte bestimmte Aspekte der Realität sichtbar und diagnostizierbar machen, sorgen sie einerseits dafür, dass ein Denken und Handeln am Phänomen Klimawandel möglich wird und andererseits für die (Re-)Produzierbarkeit bestimmter Sinnsysteme. Die IPCC-Berichte sind daher als eine Art intellektuelle Maschinerie für Regierungen zu verstehen. Wissenschaftliche Klassifikationen und Statements, wie sie in den IPCC-Berichten geleistet werden, sind demnach als epistemologische Aktivität aufzufassen, die für die Konstruktion sozialer Ordnung wesentlich ist (Lövbrand et al. 2009). Zusätzlich führten die Arbeit und die Vorgehensweise des IPCC dazu, dass sich bspw. globale Klimamodelle, Diagramme und Szenarien als Methode zur Konstruktion von Klimawandel als globales Politikproblem etablierten, wodurch gleichzeitig alternative Ansätze marginalisiert wurden (Abbildung 3, Abbildung 4, Abbildung 5 sowie Mahony 2015).

*Abbildung 4: IPCC „Burning Embers"-Diagramm. Visualisierung von Klimawandelrisiken.*




Quelle: Pachauri und Mayer (2015: 75).

*Abbildung 5: Globale Treibhausgasemissionen (Gigatonnen $CO_2$-Äquivalente pro Jahr) in Basis- und Minderungsszenarien für unterschiedliche langfristige Konzentrationsniveaus.*




Quelle: Pachauri und Mayer (2015: 87).

Insbesondere sichtbare Objekte wie Tabellen, Listen, Karten oder Typologien sind nicht einfach Transkriptionen eines existierenden Diskurses, sondern sind als Vektoren zu verstehen, die neue Äquivalente, Bewertungen und Einschätzungen kreieren. Die Abbildungen 3 bis 5 zeigen, wie – das heißt, mithilfe welcher Indikatoren und

durch welche Arten der Visualisierung – Klimawandel durch den IPCC kommuniziert und wie damit wissenschaftliche Erkenntnis politisch mobilisiert wird. Die Dominanz einer roten Farbgebung etwa (Abbildungen 3 und 4) symbolisiert den Klimawandel als Bedrohung; als Hauptindikator dienen dabei stets die Temperatur(-änderung) oder die $CO_2$-Konzentrationen, wodurch suggeriert wird, dass sich Klimawandel messen und darstellen lässt.

„The negotiation of scientific credibility and political relevance is thus immanent to the production, framing – colouring, even – of knowledge in the textual networks of IPCC report preparation." (Mahony 2015: 164)

Abbildung 5 hingegen zeigt die klassischen Emissionsszenarien und symbolisiert einerseits die große Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Entwicklung, andererseits hebt sie gleichzeitig die Wichtigkeit politischen Handelns hervor, das die zukünftige Entwicklung durch Maßnahmen der Emissionsminderung nachhaltig beeinflussen könne. Die Ungenauigkeiten in allen Abbildungen wie auch die Farbverläufe in Abbildung 4 lassen hingegen Spielraum für unterschiedliche Interpretationen.

Aufgrund des ersten IPCC-Berichts von 1990 wurde auf dem Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) verabschiedet. Diese besagt, „dass die internationale Gemeinschaft Anstrengungen unternehmen soll, um eine für den Menschen gefährliche Klimaveränderung zu verhindern" (Neu 2011: 1198). Klimawandel wird durch die UNFCCC als Veränderung des Klimas definiert, die „direkt oder indirekt auf menschliche Aktivitäten zurückgeführt wird und die die Zusammensetzung der globalen Atmosphäre verändert und die zusätzlich zur natürlichen Klimavariabilität über vergleichbare Zeiträume beobachtet wird" (United Nations 1992, Übersetzung der Autorin). Diese Entwicklung und Entstehung neuer Institutionen verdeutlichen die starke Verzahnung von Wissenschaft, Wahrheit und Macht in der Klimapolitik. Stripple und Bulkeley (2014a: 3) betonen dabei, dass „[…] scientific advice was expected to provide ‚truth' for ‚power', climate change became regarded as a transboundary scientific problem that required an international solution."

Der zweite IPCC-Bericht verkündete dann, man sei erstmals in der Lage, einen erkennbaren menschlichen Einfluss auf das Weltklima zu beweisen (IPCC 1995). Auch der Diskurs über die Anpassung an den Klimawandel, der in den frühen 1980er Jahren wurzelt, wurde erst 2001 mit Adressierung durch den dritten IPCC-Bericht (IPCC 2001) zu einem politischen Thema (Oels 2013).

Statt die Arbeit und die Ergebnisse der Klimawissenschaft als losgelöste Reflexion der „Wirklichkeit" zu verstehen, hilft eine Gouvernementalitätsperspektive dabei, die Klimawissenschaft als sozial eingebettete Praxis zu betrachten, die eng mit Regierung und Macht verwoben ist. Fasst man Regierung als Erkenntnisdomäne, dann sind die Wissensformen, die die zu regierenden Objekte und Phänomene wie

den Klimawandel begründen, von zentraler Bedeutung für eine Analytik der Regierung (Lövbrand et al. 2009). Denn Wahrheit ist im heutigen Zeitalter oft gleichbedeutend mit wissenschaftlicher oder quasi-wissenschaftlicher Erkenntnis und entfaltet auf diese Weise ihre Macht (Weir 2008: 367). Foucault (Foucault und Faubion 2000: 132), für den das Konzept der Wahrheit stets ein Schlüsselthema war, hebt in diesem Zusammenhang die Beziehung von Wahrheit und Macht besonders hervor: „‚Truth' is linked in a circular relation with systems of power that produce and sustain it, and to effects of power which induce and which extend it – a ‚regime' of truth."

Das Phänomen Klimawandel musste also zunächst in einer bestimmten Art und Weise dargestellt, beschrieben und geordnet werden, ehe es mittels unterschiedlicher Strategien regierbar gemacht werden konnte (Stripple und Bulkeley 2014a). Wachsende Forschung und neues Wissen sowie deren politische Mobilisierung durch Institutionen wie UNFCCC, IPCC und die COPs trugen so schließlich dazu bei, dass die Erderwärmung als ein politisches, ökonomisches, ökologisches und auch soziales Problem diskutiert wird: „[…] global warming has today emerged as the ultimate case of new techno-scientific knowledge […] rendering global economic and public life extremely problematic" (Blok 2014: 43). Neben den Naturwissenschaften spielt interessanterweise die Disziplin der Ökonomik eine privilegierte Rolle in der Bewertung und Quantifizierung projizierter Gewinne und Verluste, die auf verschiedene Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre zurückzuführen sind, wodurch die Identifizierung eines „tolerierbaren" Klimawandels ermöglicht werden soll (vgl. Nagorny 2014).

## KLIMAWANDEL ALS KOMMUNALES AUFGABENFELD

> Local climate policy is a voluntary task of local governments. Absent a legal requirement to fulfil this task, office-holders have to justify costly climate-related actions such as mitigation of adverse effects and adaptation to changing conditions.
> *(Benz et al. 2015: 319)*

Anschließend an die Frage, wie der physikalische Prozess des Klimawandels zu einem polit-gesellschaftlichen Problem wurde, bleibt jedoch nach wie vor offen, wie und warum sich der Fokus im Klimadiskurs von einer internationalen Lösung zu vielen kleinen kommunalen Lösungen hin verschob und sich der kommunale Klimaschutz als neue, eigenständige Arena, bestehend aus spezifischem Wissen, Methoden und Praktiken sowie Materialien, in der Klimagovernance etablieren konnte. Schon

bevor der Klimawandel in den 1980er Jahren zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem wurde, definierte man Umweltfragen als kommunales Aufgabenfeld, weil die Ursachen zunehmender Luftverschmutzung, die die urbane Lebensqualität stark einschränken, hier zu finden seien. Bereits während der UN-Konferenz 1972 „Über die Umwelt des Menschen" in Stockholm und anschließend auf der ersten Habitat-Konferenz (1976) wurden Städte als strategische Orte positioniert, an denen die komplexen Beziehungen zwischen ökonomischer Organisation, ökologischen Konsequenzen und sozialer Organisation optimal gesteuert werden könnten (Hodson und Marvin 2014b).

Die Notwendigkeit, Umweltprobleme auf lokaler Ebene anzugehen, wurde 1987 verbindlich im bereits erwähnten Brundtland-Report festgehalten, der ein spezifisches Kapitel zu Umweltproblemen in Städten enthält. Dort wird argumentiert, dass der Großteil der Weltbevölkerung in Zukunft in Städten leben wird und Städte deshalb zentral seien auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung (Brundtland 1987: 235-258). Angestoßen durch die Welt-Umweltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro, Brasilien, entwickelte sich das Motto „Global denken – lokal handeln!" zum Leitbild der Umweltbewegung, da die Agenda 21 – das Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung – den Kommunen als kleinster politischer Organisationseinheit eine besondere Rolle bei deren Umsetzung zuwies. Bis heute ist dies eine dominante Begründung dafür, warum Kommunen als Motoren und Arenen des Wandels hin zu einer klimafreundlichen Gesellschaft aufzufassen seien (Vereinte Nationen 1992; siehe auch Abschnitt #Die Stadt als Ursache, Betroffene und Lösung für das Klimaproblem).

In diesem Zusammenhang wurde auch in der neu entstandenen Klimapolitik die Annahme immer populärer, nicht Nationalstaaten, sondern Städte seien die geeignetsten Politikarenen, um erfolgreichen Klimaschutz zu betreiben. Schon seit der ersten jährlichen Konferenz der Vertragsstaaten (*Conference of the Parties* [COP]) 1995 in Berlin, dem zentralen Prozess der internationalen Klimapolitik, sind lokale Regierungen auch in die nationalstaatlichen Verhandlungen involviert; allerdings nur als Beobachter im Rahmen der zugelassenen NGO-Delegationen. Doch diese Gruppe nimmt schon früh eine gewichtige Rolle ein: Bereits seit 1993 finden in unregelmäßigen Abständen gesonderte „Klimakonferenzen" lokaler Regierungen statt (sogenannte *Municipal Leaders Summit on Climate Change* bzw. *World Mayors Summit on Climate Change*).

Auch in Deutschland findet das Thema Klimawandel ab den 1980er Jahren zunehmend Eingang in den medialen und politischen Diskurs.[5] Dies führte 1987 zur

5 Beispielhaft dafür steht das Titelbild der Zeitschrift „Spiegel" von 1986 (Ausgabe 33), die einem im Wasser versinkenden Kölner Dom zeigt und titelt: „Ozon-Loch, Pol-Schmelzen, Treibhaus-Effekt: Forscher warnen: Die Klima-Katastrophe".

Einsetzung der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ und 1990 zum Grundsatzbeschluss der deutschen Bundesregierung zur 25-prozentigen $CO_2$-Emissionsreduktion bis zum Jahr 2005 (Basisjahr 1987) (Deutscher Bundestag 1991). Zur selben Zeit Anfang der 1990er reagieren erste Vorreiterkommunen wie Frankfurt am Main, Hannover, Freiburg und Heidelberg auf den nationalen Beschluss: Sie setzen sich eigene Klimaziele, gründen kommunale Energieagenturen und treten transnationalen Städtenetzwerken wie dem *Klima-Bündnis* oder *Energy Cities* bei, die sich in diesem Zeitraum gründen (vgl. Tabelle 1). Heute sind etwa 500 deutsche Kommunen Mitglied eines solchen städtischen Klimaschutznetzwerks (TMN). Das bedeutet, dass mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung in Gegenden lebt, in denen die lokale Regierung für den kommunalen Klimaschutz engagiert (Busch 2015).

Im Jahr 1997 – das Jahr, in dem auch das Kyoto-Protokoll[6] beschlossen wird – legt die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel den 600 Seiten starken Leitfaden „Klimaschutz in Kommunen“ (Fischer und Kallen 1997) vor[7]. Unter „kommunalem Klimaschutz“ werden dabei alle Maßnahmen und Strategien verstanden, die von kommunalen Akteuren ergriffen werden, um anthropogene Treibhausgasemissionen zu minimieren und/oder die zu einer verbesserten Anpassung an die negativen Folgen des Klimawandels führen. „‚Kommunal‘ meint hier die unterste politische Ebene, die von der subnationalen, nationalen und internationalen Ebene abgegrenzt werden kann: also Landkreise, Städte und Gemeinden (Sennekamp 2013). Schon hierbei identifiziert die Bundesregierung Kommunen als zentrale Akteure für die Erreichung des damaligen nationalen $CO_2$-Minderungsziels von 25 Prozent bis 2005, was allerdings verfehlt wurde. Der von Frau Merkel geplante neue Förderschwerpunkt „Kommunaler Klimaschutz“ tritt erst 10 Jahre später in Kraft – doch schon damals zielte die angestrebte Förderung schon darauf ab, „Projekte zur Minderung klimaschädlicher Emissionen aus der Energienutzung, insbesondere im Strom- und Wärmebereich mit Mustercharakter für Städte, Kreise und Gemeinden zu unterstützen“ (BMU 1997). Dabei ist hervorzuheben, dass gute Praxisbeispiele von Beginn an eine zentrale Bedeutung als Regierungstechnologie im kommunalen Klimaschutz einnehmen, wie schon diese erste Publikation verdeutlicht.

Lokale Regierungen engagieren sich also bereits seit den 1990er Jahren im Klimathema, eine Dynamisierung dieses Prozesses ist aber erst seit Mitte der 2000er erkennbar (Bulkeley 2013). Durch die lange Zeit stockende internationale Klimadiplomatie und den nachlassenden Ehrgeiz der Nationalstaaten in Sachen Klimazielen

6 Das Kyoto-Protokoll trat jedoch erst am 16. Februar 2005 in Kraft und legte erstmals völkerrechtlich verbindliche Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen in den Industrieländern fest. Es lief 2012 aus.

7 Eine Neuauflage erschien 2011.

gerät der kommunale Klimaschutz stärker in den Blickpunkt. Ein Klimaschutzmanager erklärt sich den zunehmenden Fokus auf den kommunalen Klimaschutz wie folgt:

„[…] vor dem Hintergrund, dass natürlich bei diesen Klimakonferenzen immer wieder *wenig* nur raus kommt und *wenig* passiert im Anschluss, dass sich schon auch zunehmend die Erkenntnis durchsetzt, der Klimaschutz, den wir alle wollen, der muss am Ende vor Ort in den Kommunen gemacht werden" (IK-1, 2015: 52).

Bei der COP 8 2002 in Neu Delhi stellte die Gruppe der lokalen Regierungen klar: Während die Nationen endlos darüber debattierten, wie der Klimawandel aufzuhalten sei, übernähmen die Kommunen bereits heute die Führung bei der Implementierung realer Maßnahmen vor Ort, die sowohl das globale Klima als auch die lokale Umwelt schützten. Auf der COP 13 in Bali fünf Jahre später stellte die Gruppe der lokalen Regierungen bereits die zweitgrößte Delegation der gesamten COP. Parallel zur „Bali Roadmap"[8] verabschiedete diese Gruppe eine „Local Government Climate Roadmap" als Antwort darauf, dass weder die UNFCCC noch das Kyoto-Protokoll bis dahin in irgendeiner Art und Weise Bezug auf die Rolle von Städten genommen hatten (Local Government Climate Roadmap Secretariat 2016).

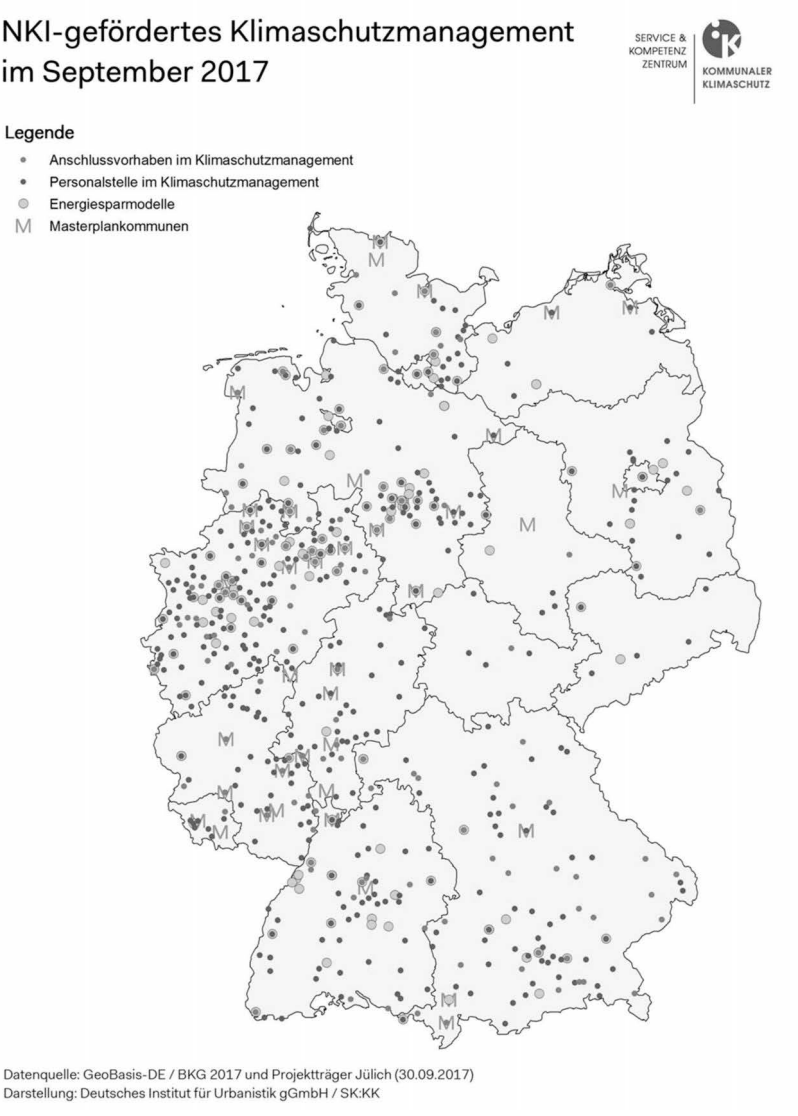
Ab Mitte der 2000er erkennt auch die Bundesregierung Kommunen als tragende Säule für den nationalen Klimaschutz an, indem sie 2008 im Rahmen der Nationalen Klimainitiative (NKI) mit der „Kommunalrichtlinie"[9] ein umfassendes Förderprogramm für kommunale Klimaschutzprojekte ins Leben ruft. Seitdem wurden rund 3000 Kommunen in knapp 9000 Projekten darin unterstützt, THG-Emissionen zu reduzieren und Klimaschutzmaßnahmen vor Ort umzusetzen (BMUB 2016a: 4; Abbildung 6). Die Bundesregierung ist mittlerweile überzeugt, dass Klimaschutz nur mit aktiver Unterstützung durch die Städte und Gemeinden gelingen kann:

„Die Bundesregierung hat sich anspruchsvolle klima- und energiepolitische Ziele gesetzt. Die Treibhausgasemissionen sollen bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent und bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 gemindert und die Energiewende erfolgreich umgesetzt werden. Kommunen und Landkreise nehmen bei der Zielerreichung im Klimaschutz eine wichtige Rolle ein: Der Erfolg hängt auch maßgeblich davon ab, ob sie in den nächsten 35 Jahren ihre Emissionen annähernd auf Null reduzieren." (BMUB 2015c: 1)

8 Die „Bali Roadmap" ist das zentrale Ergebnis der UN-Klimakonferenz von 2007. Im weiteren Sinne werden damit alle Abschlussdokumente dieser Konferenz bezeichnet, die den Fahrplan festlegen, nach dem eine Nachfolgeregelung für das Ende 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll erarbeitet werden sollte.

9 Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative.

*Abbildung 6: Durch die NKI geförderte Aktivitäten im kommunalen Klimaschutz in Deutschland.*




Quelle: Facebook-Post des SK:KK vom 21.12.2017.

Als Eigentümer und Nutzer öffentlicher Liegenschaften, als Besteller von Waren und Dienstleistungen und mit ihren planerischen Aufgaben und ihrer Vorbildrolle für Bürger sind die rund 12.000 Kommunen in Deutschland wichtige Akteure im Klimaschutz, weil ihr Handeln auch die nationale Emissionsbilanz spürbar beeinflusst (Kind et al. 2013). Auch international erfuhr der Prozess der Reskalierung (Sassen 2009; Andonova und Mitchell 2010) besonders nach dem „Kopenhagen-Desaster“[10] von 2009 eine entscheidende Dynamisierung (Blok 2014). Auch ein von mir befragter Experte eines Think Tanks sieht hier einen Schlüsselmoment: „Die Kopenhagen-Sache hat das nochmal beschleunigt. Da ist das Lokale noch mehr in den Fokus geraten. Also, das große Scheitern und dann hieß es, wir müssen weg von den Verhandlern hin zu den Implementierern, zu den Umsetzern. So kamen die Kommunen auf die Agenda“. (IB-3, 2015: 13)

Dies führte 2010 in Cancún (COP 16) dazu, dass erstmals in der Abschlusserklärung festgehalten wurde, dass lokale und subnationale Regierungen als „governmental stakeholders“ anzuerkennen sind – ein Meilenstein in diesem Prozess (Local Government Climate Roadmap Secretariat 2016). 2016 reagiert der IPCC auf Forderungen einer Gruppe von TMNs und anderen städtischen Akteuren nach einem Sonderbericht über den Einfluss des Klimawandels auf Städte und deren Herausforderungen und Potenziale im Bereich der THG-Minderung und Klimaanpassung. Es wurde der Entschluss gefasst, dass im kommenden 6. IPCC-Bericht (2018) die Bewertung der Auswirkungen des Klimawandels auf Städte und deren Potenziale im Klimaschutz und in der Klimaanpassung stärker berücksichtigt werden sollen; dies soll insbesondere in Kapiteln geschehen, die sich mit regionalen Fragen und (städtischen) Siedlungen befassen. Dafür will man vermehrt mit Experten und Praktikern aus dem städtischen Kontext zusammenarbeiten. Hier sieht man, dass sich die Beziehung von Urbanisierung und Klima und damit auch der kommunale Klimaschutz als aktuelles Top-Thema in der Klimaforschung und der Klimapolitik etabliert haben.

Vom 5. bis 7. März 2018 findet passend dazu die erste „Cities and Climate Change Science Conference: Fostering new scientific knowledge for cities based on science, practice and policy“[11] statt. Im Zyklus des 7. IPCC-Berichts (2023-2028) soll es den geforderten Sonderbericht geben, der das Potenzial von Politik- und Finanzinstrumenten zur Unterstützung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in städtischen Gebieten – in denen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt und 70 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs erzeugt werden – klarstellt (Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) 2016).

---

10 Der Klimagipfel von Kopenhagen ist als Desaster in die Geschichte eingegangen, weil sich die Vertragsstaaten nicht auf eine verbindliche Verpflichtung zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen einigen konnten, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen.

11 https://citiesipcc.org/

Hier zeigt sich erneut, wie das Wahrheitsregime im Spiel zwischen Wissen und Macht kontinuierlich neu verhandelt und ausgestaltet wird. Die Problematisierung des Klimawandels als kommunale Aufgabe soll aber nicht nur als Top-down-Prozess verstanden werden. Einige subnationale Akteure versuchen schon seit den 1990er Jahren, ein Politikproblem, welches bis heute vornehmlich als global verhandelt wird, neu zu definieren und dadurch an Einfluss zu gewinnen (Bulkeley 2005). Diese parallele Bottom-up-Bewegung spiegelt sich insbesondere in der Gründung und dem stetigen Wachstum von TMNs wie dem Klima-Bündnis oder ICLEI wider. Bezogen auf die Bedeutung von Kommunen als Orte der Problematisierung stellen Andonova und Mitchell (2010: 260) fest, dass sich eine signifikante Reskalierung in der Klimagovernance erkennen lässt, die subnationale Einheiten wie Provinzen und Kommunen zu zentralen Orten und Akteuren dieses Politikfeldes macht. Diese Reorganisation bringt dabei die Verschiebungen im Ausmaß, in der Komplexität und in der Vernetzung der globalen Umweltprobleme zum Ausdruck. Zusätzlich beeinflusst sie auch die Art und Weise, wie Menschen diese Probleme verstehen und darauf reagieren; das heißt, die anhaltenden Reorganisationsprozesse haben auch Auswirkungen auf die Praxis und das Studium der globalen Umwelt- und Klimapolitik.

In einem Zeitraum von dreißig Jahren hat sich so das Thema „kommunaler Klimaschutz" von einem Randthema, das von einigen wenigen Pionieren freiwillig vorangetrieben wurde, zu einem etablierten Teil der formal-globalen Klimagovernance entwickelt und wird heute international, national und regional explizit gefördert. Ergebnis ist ein „[…] re-cast multi-level governance system that had key roles for the ‚global', a ‚re-emergent city' and the national state" (Hodson und Marvin 2014b: 8).

Die zentralen Momente der Problematisierung wurden bisher anhand von zentralen (gesellschafts-)politischen Dokumenten sowie der Entstehung neuer Institutionen in Bezug auf den Klimawandel herausgearbeitet. Diese Momente der Problematisierung habe ich in drei Phasen zusammengefasst und in die drei wesentlichen Maßstabsebenen – die globale bzw. internationale, die nationale (Deutschland) und die kommunale Ebene – unterteilt. Diese historische Entwicklung bildet Tabelle 1 ab, bei der es sich um eine Beobachtung zweiter Ordnung handelt, da durch diese die Entstehung von Expertisen und Autoritätsformen selbst zum Gegenstand der Analyse werden. So lassen sich drei Phasen der Problematisierung erkennen[12]: In der Initiierungsphase ab 1990 etabliert sich das zunächst nur wissenschaftlich behandelte Phänomen des Klimawandels als Politikproblem sowohl im internationalen Kontext im Rahmen der UN-Institutionen als auch in Deutschland. Von Beginn an beteiligen sich

12 Sturm und Mattissek (2018) kommen in ihrer Diskursanalyse zur Relevanz klimapolitischer Ziele in der Stadtentwicklung der vergangenen 15 Jahre in Deutschland zu ähnlichen Ergebnissen.

kommunale Akteure aktiv an der Gestaltung des Politikfeldes, was sich in der Organisation von Städtenetzwerken ausdrückt. Die Zeit von 2006 bis 2008 markiert eine erste Hochzeit des Klimathemas, ausgelöst vor allem durch den 4. IPCC-Bericht, was sich in verstärkten Aktivitäten auf allen Politikebenen niederschlägt. Auf diese erste Wachstumsphase folgt ein anhaltender Bedeutungsverlust des Politikfelds Klimaschutz, hauptsächlich ausgelöst durch das Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz von 2009, was allerdings gleichzeitig zu einer Aufwertung der subnationalen Klimaschutzaktivitäten führt. Seit 2014 lässt sich demgegenüber wieder eine verstärkte Problematisierung des Klimawandels feststellen: In die zweite Wachstumsphase fallen der 5. IPCC-Bericht, die Ziele für nachhaltige Entwicklung (insbesondere zu nachhaltigen Städten und Klimaschutz), der G7-Gipfel von 2015 und die Enzyklika des Papstes, die alle den Klimawandel als zentrales Thema behandeln. Im selben Zeitraum erhält das Thema Urbanisierung besondere Aufmerksamkeit; international durch die dritte UN Habitat-Konferenz und national durch den aktuellen WBGU-Hauptbericht. In der Klimapolitik geht die erfolgreiche Klimakonferenz von 2015 in Paris auch als „Städtegipfel“ in die Geschichte ein, da erstmals der Klimaschutzbeitrag der nichtstaatlichen Akteure gewürdigt wurde, insbesondere der Städte und Regionen, die ca. 70 Prozent der klimapolitischen Beschlüsse umzusetzen haben.

*Tabelle 1: Momente der Problematisierung von Klimawandel als (kommunales) Politikproblem.*

| **Maßstab** | **Initiierungsphase (~ 1990)** | **1. Wachstumsphase (~ 2007)** | **2. Wachstumsphase (~ 2015)** |
|---|---|---|---|
| Global | - 1. IPCC Bericht (IPCC 1990/1992)<br>- Klimarahmenkonvention UNFCCC (1992)<br>- Kyoto-Protokoll (1997 [beschlossen]; 2005 [ratifiziert]) | - Stern-Report (Stern 2006)<br>- 4. IPCC Bericht (Bernstein 2008)<br>- Friedensnobelpreis für IPCC und Al Gore (2007)<br>- EU verpflichtet sich zu „202020-Ziel“ = Reduzierung der THG-Emissionen um 20 Prozent, Senkung des Energieverbrauchs um 20 Prozent, Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien | - 5. IPCC Bericht (Pachauri und Mayer 2015)<br>- Übereinkommen von Paris (Begrenzung der Erderwärmung auf unter 2°C, 2015 [beschlossen]; 2016 [ratifiziert])<br>- Sustainable Development Goals (United Nations 2015) |

| | | | |
|---|---|---|---|
| | | auf 20 Prozent bis 2020 (2007) | - Enzyklika des Papstes zum Klimawandel (Franziskus et al. 2015)<br>- UN Habitat III (2016) |
| National (DE) | - Grundsatzbeschluss zum Klimawandel (1990)<br>- Gründung des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK, 1992) | - Wort des Jahres: „Klimakatastrophe“ (2007)<br>- Integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm (2007)<br>- Nationale Klimaschutz Initiative (NKI, 2008) | - G7-Präsidentschaft → Dekarbonisierung der Weltwirtschaft (2015)<br>- WBGU-Hauptbericht zur transformativen Kraft der Städte (2016) |
| Kommunal | - Gründung der transnationalen Städtenetzwerke Klima-Bündnis, Energy Cities und ICLEI (alle 1990)<br>- Aalborg Charta der europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit (EU und ICLEI 1994) | - COP 13: Erstellung der Local Government Climate Roadmap (2007)<br>- 1. Klimakonferenz des DStGb (2007)<br>- Leipzig Charta der nachhaltigen europäischen Stadt (BMUB 2007)<br>- Gründung der europäischen Initiative „Konvent der Bürgermeister“ (2008)<br>- Förderschwerpunkt Kommunaler Klimaschutz (Kommunalrichtlinie, 2008) | - COP 21 in Paris als „Städtegipfel“ (2015)<br>- Ausweitung des Konvents der Bürgermeister zu einer globalen Initiative (2015)<br>- Pakt von Amsterdam: Städteagenda für die EU (2016)<br>- IPCC Sonderbericht für Städte in Planung (2018) |

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

In den nachfolgenden Abschnitten befasse ich mich mit den zentralen Argumentationssträngen, die diese Reskalierung beförderten. Dazu zählen:

1. die Rahmung von Klimapolitik als *Multi-Level-Governance-Problem*, was die Verflechtung und Abhängigkeiten der verschiedenen Regierungsebenen betont, gleichzeitig partizipative, vernetzte und manageriale Formen der Regierungsführung propagiert und das Akteursspektrum auf Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Zivilgesellschaft ausweitet;
2. die Identifikation von *Urbanisierung als Megatrend* zukünftiger Gesellschaftsentwicklung. Sowohl die Potenziale als auch die Herausforderungen globaler Entwicklung konzentrieren sich im Zuge einer fortschreitenden Urbanisierung zunehmend in Städten – so die Annahme. Insbesondere Großstädte werden dabei sowohl als Verursacher wie auch als Betroffene und Lösung für den Klimawandel angesehen. Neue Formen der Regierungsführung fokussieren sich daher zunehmend auf die lokale Ebene;
3. dem apokalyptischen Bild der Klimakatastrophe wird vermehrt die Vorstellung von *Klimaschutz als Quell lokaler Wertschöpfung* und „grünem Wachstum" entgegengesetzt. Klimaschutz zahle sich aus: für Kommunen, für private Verbraucher, für Unternehmen und öffentliche Einrichtungen. Kommunen, die $CO_2$-Emissionen senken, entlasten die öffentlichen Haushalte, kurbeln die kommunale Wirtschaft an, steigern die Lebensqualität und bringe so viele „Co-Benefits" mit.

Im Folgenden zeige ich auf, wie diese drei Argumentationslinien wesentlich dazu beitrugen, den Klimawandel als ein Problem und Klimaschutz als eine Aufgabe kommunaler Regierung zu artikulieren. Sicherlich gibt es weitere Diskurse, die das Thema aufgreifen – die von mir hier aufgezeigten werden aber sowohl im wissenschaftlichen als auch im politischen Kontext aufgenommen und finden sich außerdem in meinen eigenen empirischen Daten wieder.

## KLIMAPOLITIK ALS MULTI-LEVEL-GOVERNANCE-PROBLEM

> Solche Ziele [80- bis 95-prozentige THG-Emissionsreduktion bis 2050] können erst erreicht werden, wenn sich alle Institutionen auf den unterschiedlichen Ebenen am gleichen Ziel orientieren und dementsprechend agieren. Bund, Länder und Kommunen müssen dazu entsprechend ihrer Kompetenzen zusammenarbeiten.
> *(Ziesing 2010: 8)*

Das obige Zitat aus einem Strategiepapier im Auftrag des BMUB verdeutlicht die aktuell dominante Artikulation effektiver Klimapolitik:

1. Klimawandel kann systematisch gesteuert werden (Problemlösungsorientierung);
2. Klimawandel kann nur gemeinsam bekämpft werden (Kooperation);
3. Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe (Koordination).

Zusammengefasst erfordern Klimaschutzstrategien und ihre Implementierung also koordiniertes Handeln auf allen Ebenen durch unterschiedlichste Stakeholder, um alle sozialen Gruppen zu mobilisieren, damit gemeinsam effektive Lösungen entwickelt werden können. Dieses vorherrschende Verständnis von (globaler) Klimapolitik stützt sich im Wesentlichen auf das Konzept der *Multi-Level-Governance* (MLG).

Schon in den 1980ern wurde der Governance-Begriff in den Politikwissenschaften und der Organisationstheorie eingeführt und gewann seitdem zunehmend an Popularität im wissenschaftlichen Diskurs. Diese Popularität liegt weniger darin begründet, dass durch ihn eine neue Regierungsform oder ein neues Steuerungsmodell hervorgebracht wurde, sondern vielmehr darin, dass althergebrachte Steuerungsformen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme, wie der Staat bzw. das Hierarchiemodell oder der Markt, in der heutigen Zeit selbst als Problem angesehen werden. Dies hat zwar weder zum Niedergang der Nationalstaaten noch zu einer umfassenden Abkehr vom Markt geführt, dafür aber zur weiten Verbreitung des Governance-Begriffs mit dem Ziel, die komplexe politische und soziale Wirklichkeit besser zu verstehen, ihre Probleme zu analysieren und adäquate Lösungen zu finden (Benz et al. 2007). Dabei dient Governance als Obergebegriff für sämtliche Strategien, Prozesse, Prozeduren oder Programme zur Steuerung und Regulierung von Problemen zwischen

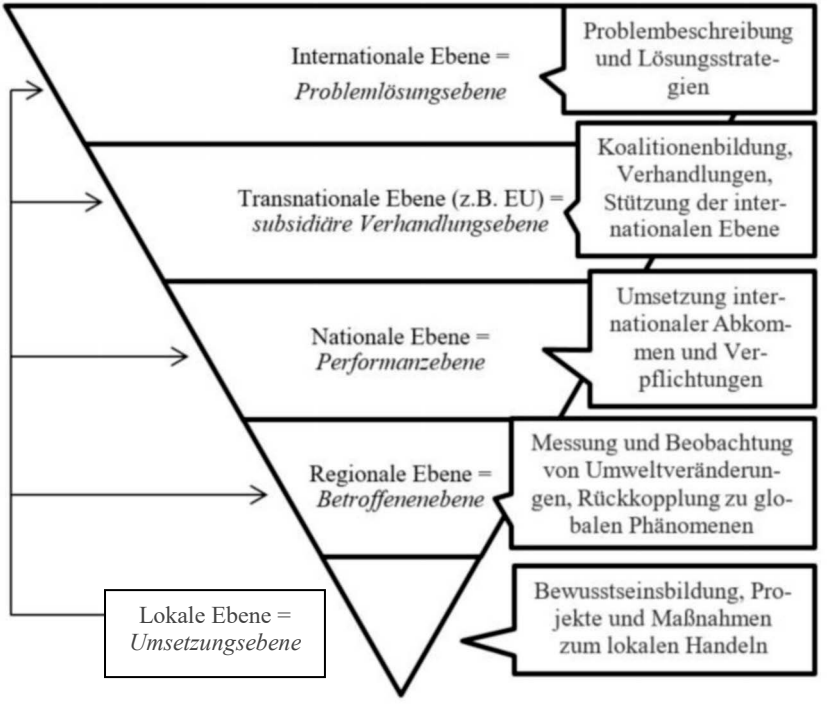
Staaten sowie zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren auf globaler, nationaler, lokaler oder organisatorischer Ebene (Lemke 2011). Hierarchie oder Markt sind dann nur ein Muster neben anderen. Die Verwendung des Governance-Begriffs verweist auf eben dieses „erweiterte Spektrum von Möglichkeiten des koordinierten kollektiven Handelns“ (Benz et al. 2007: 14). Governance beschreibt damit einen Regierungsstil, der sich durch strategische Steuerung statt durch gesetzliche Kontrolle auszeichnet; Partnerschaften autoritärer Vollstreckung vorzieht; Vernetzung anstelle von Bürokratisierung propagiert und Regierung als Praxis und nicht als eine Reihe von Institutionen (der Nationalstaat, die EU, die UNO) versteht (Walters 2012: 65). „Governance als Realität nicht-hierarchischer, netzwerkförmiger oder kooperativer Politik“ (Benz et al. 2007: 15) gilt zwar insbesondere im internationalen Kontext als weit verbreitet, ist aber auch auf subnationaler Ebene – wie eben auch in der Klimapolitik – zu beobachten. Damit verschob sich in der Governance-Forschung die analytische und theoretische Ausrichtung weg von Institutionen hin zu Regelprozessen außerhalb formal-politischer Institutionen („from government to governance“). Das Forschungsinteresse richtet sich daher auf die wachsenden Interdependenzen zwischen politischen Organen und anderen sozialen und wirtschaftlichen Akteuren als wichtige Mechanismen der sozialen Regulation. Besonderes Interesse gilt dabei der Erfassung von neuen Netzwerken und öffentlich-privaten Partnerschaften, die aus den Wechselwirkungen zwischen zivilgesellschaftlicher und politisch-administrativer Sphäre entstehen (Walters 2012).

Der spezifischere Begriff „Multi-Level-Governance“ (MLG) wurde in den 1990er Jahren vom US-amerikanischen Politologen Gary Marks (1993) in der Politikwissenschaft als Konzept zur Analyse und Beschreibung der EU-Politik entwickelt. Der Begriff und das Konzept sollen – im Unterschied zu sogenannten staatszentrierten Ansätzen, welche die EU-Staaten bzw. deren Regierungen als die zentralen und alles entscheidenden Akteure betrachten – deutlich machen, dass in der EU kein politisches Zentrum und keine Hierarchie im klassischen Sinne existieren. Die unterschiedlichen Ebenen sind nach dem Verständnis von MLG erst durch die enge Zusammenarbeit und die Mitwirkung aller Ebenen zu effizienten Problemlösungen in der Lage (Bache und Flinders 2004; Piattoni 2010).

Das Konzept der MLG hat sich seit den 1990er Jahren nicht nur in der EU-Forschung etabliert, sondern findet auch darüber hinaus in vielen weiteren Forschungsfeldern Beachtung. Dies ist insbesondere in der Umwelt- und Klimapolitik der Fall, die als zunehmend komplex und verbunden im Hinblick auf die verschiedenen Level der Governance (Abbildung 7), den Umfang der beteiligten Akteure und die Verbindungen zu anderen Themenbereichen beschrieben wird (Fairbrass und Jordan 2004; Brunnengräber und Walk 2007). Es ist daher nur folgerichtig, dass die Entstehung der MLG-Forschung auch in die Initiierungsphase der Kommunalisierung bzw. Reskalierung der Klimapolitik fällt und die ersten Arbeiten zur Klimagovernance in der ersten Wachstumsphase um 2007 entstanden (vgl. Tabelle 1), denn Prozesse der

Machtverschiebung und -verflechtung zwischen den einzelnen Ebenen werden in der Klimagovernance besonders deutlich. Wie im vorhergehenden Abschnitt ausgearbeitet wurde, unterliegt die globale Klimapolitik aktuell signifikanten Reorganisationsprozessen und zwar zum einen vertikal „nach unten“ auf die Ebene regionaler und kommunaler Regierungen sowie „nach oben“ auf die Ebene supranationaler Regime (Abbildung 7). Zudem wird auch eine horizontale Reorganisation konstatiert, nämlich zwischen regionalen und sektoralen Organisationen und Netzwerken sowie zwischen neuen Themen (z.B. Klimawandel und Sicherheit, Klimawandel und Migration, Klimawandel und Handel) (Andonova und Mitchell 2010).

*Abbildung 7: Klimapolitik als Multi-Level-Governance-Prozess.*




Quelle: Eigene Darstellung nach Weber 2007.

Die Problematisierung von Klimapolitik als MLG-Prozess trug wesentlich dazu bei, den *glokalen*[13] Problemcharakter des Klimawandels in den Fokus zu rücken. Kommunen gelten dabei als Übersetzer des globalen Problems des Klimawandels auf die lokale Ebene (Abbildung 7). Der subnationalen Ebene kommt eine zentrale Bedeutung zu dadurch, dass sie internationale und nationale Problemformulierungen und Wissen in spezifisches lokales Verhalten übersetzt. Gerade in der Klimagovernance findet daher eine Lokalisierung und Regionalisierung globaler Politiken statt. Es wird zunehmend klar, dass Nationalstaaten aktuell nicht in der Lage sind, ihre internationalen Klimaschutzzusagen zu erfüllen – solange sie subnationales Handeln nicht expliziter fördern. THG-Emissionen entspringen spezifischen Orten und oft wird argumentiert, die lokale Ebene sei der geeignete Zuständigkeitsbereich, um notwendige THG-Reduktionen in die Tat umzusetzen. Doch lokale Regierungen antworten nicht nur auf vordefinierte Politikziele von Nationalstaaten oder internationaler Regime, sondern handeln vermehrt eigeninitiativ in diesem Bereich (Betsill und Bulkeley 2006: 141f.).

Auch in der sozialwissenschaftlichen Klimaforschung hat sich daher der MLG-Ansatz als populäre Analyseperspektive durchgesetzt. Zahlreiche Studien befassen sich mit den von mir skizzierten Reorganisationsprozessen, wobei häufig ein besonderer Fokus auf die Rolle von (Groß-)Städten und Städtenetzwerken (TMNs) in der Klimapolitik gelegt wird (u.a. Bulkeley und Betsill 2005; Betsill und Bulkeley 2006; Bulkeley und Kern 2006; Gupta 2007; Schreurs und Tiberghien 2007; Bäckstrand 2008; Andonova et al. 2009; Gustavsson et al. 2009; Kern und Bulkeley 2009; Andonova und Mitchell 2010; Keskitalo 2010; Bulkeley 2013; Bulkeley et al. 2013; Bulkeley und Betsill 2013; Castán Broto und Bulkeley 2013; Jörgensen et al. 2015). Solche Studien, die MLG als Analysekategorie nutzen, beschäftigen sich bspw. mit der Frage, wie klimapolitische Verantwortung in unterschiedlichen Ländern zwischen den verschiedenen Maßstabsebenen verteilt ist, wie die Interpretation und Implementierung von städtischen Klimapolitiken durch Governance-Prozesse auf anderen Politikebenen geformt wird oder auch damit, wie nichtstaatliche Akteure (Unternehmen, NGOs, Kommunen) zunehmend an Einfluss gewinnen. Dieser Forschungsschwerpunkt erklärt sich durch die Fokussierung auf „die wachsende Bedeutung nicht-hierarchischer Formen der Koordination von Politik und deren Effektivität und Legitimität“ in der Governance-Forschung (Benz et al. 2007: 16), was sich in zahlreichen Studien zu neuen Netzwerkstrukturen in der Klimapolitik niederschlägt.

13 *Glokal* bzw. *Glokalisierung* ist eine begriffliche Synthese aus global und lokal bzw. Globalisierung und Lokalisierung und deutet darauf hin, dass globale Phänomene, wie z.B. der Klimawandel, konkrete lokale Auswirkungen haben und dass es daher zur Lösung globaler Probleme auch lokaler Interventionen bedarf.

Zu Beginn dieses Abschnitts habe ich verdeutlicht, dass Klimawandel als kooperativ-steuerbare Querschnittsaufgabe problematisiert wird, die einer systematischen Problemlösung bedarf. In dieser Interpretation wird aus dem analytischen Governance-Begriff ein normativ-praktisches Konzept: die Beschreibung eines Modells des guten Regierens oder Verwaltens, mit dem es gelingt, die Herausforderungen des Klimawandels effektiv anzugehen.[14] Ein gutes Beispiel aus der Praxis finden wir im EU-geförderten Projekt „ARTS" (*Accelerating and Rescaling Transitions to Sustainability*), das sich mit der Frage auseinandersetzt, wie sich die Transformation zu einer nachhaltigen Stadtgesellschaft beschleunigen lässt. Einige der Empfehlungen des letzten „Factsheets" (ARTS 2016) dazu lauten:

1. Schaffung von institutionellen Räumen, die verschiedene städtische „Change Agents" zusammenbringen und *sektorübergreifende Partnerschaften* für städtischen Wandel zur Nachhaltigkeit ermöglichen.
2. Engagement gemeinsam mit lokalen Transformationsinitiativen, um eine *Kultur der Zusammenarbeit* für einen städtischen Wandel zur Nachhaltigkeit zu fördern.
3. Pflege einer *Urban Governance*, die sich die soziale Vielfalt zunutze macht, damit die verschiedenen Fähigkeiten und Leidenschaften der lokalen Bevölkerung geweckt werden können.
4. Entwicklung von Kapazitäten, um die spezifischen *Multi-Level-Governance-Kontexte*, in denen lokale Nachhaltigkeitsaktivitäten stattfinden, navigieren zu können.

Das Beispiel zeigt, dass die Etablierung von Klimawandel als Problem kommunaler Regierung sowie als Ziel der Transformation zur Nachhaltigkeit zu neuen politisch-administrativen Praktiken und ethisch-normativen Vorstellungen führt. Eine bestimmte Form der Governance wird so zu einem geeigneten Problembearbeitungsmechanismus stilisiert, dessen konsequente Umsetzung zur Problemlösung führen soll. Damit wird MLG zu einer Regierungstechnik gemacht und kann somit nicht mehr als Analyseperspektive dienen, sondern muss vielmehr selbst als Effekt von Lösungsversuchen im Kontext bestimmter Problematisierungen aufgefasst werden. MLG ist demnach nicht als ein neutraler Steuerungsmodus zu verstehen. Die Aufgabe einer kritischen Analyse muss daher sein, diese als selbstverständlich betrachteten Problemdefinitionen und Lösungsansätze des kommunalen Klimaschutzes zu

14 In der kommunalen Verwaltung rückt die effektive Klimagovernance unter dem Begriff „Klimaschutzmanagement" auch schnell in die Nähe des New Public Management-Paradigmas (vgl. dazu ausführlich Kapitel #New Public Climate Management).

reproblematisieren, um die Konstruktion von Klimawandel als MLG-Problem als nur einen möglichen Antwortversuch unter vielen zu erklären.

Die Problematisierung von Klimapolitik als Multi-Level-Governance-Problem führt zur Priorisierung von technokratischen Steuerungs- und Managementmodellen, die mit einem Fokus auf politischem Konsens, kollektiver Problemlösung sowie Koordination und Kooperation einhergehen. Dadurch wird ein Weltbild erschaffen, in dem es möglich erscheint, die großen zivilisatorischen Probleme – wie den Klimawandel – zu lösen, indem alle relevanten Partner an einen Tisch gebracht werden (Lemke 2011; Walters 2012). Das ist illusorisch, denn MLG ist bei weitem nicht so konfliktfrei, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Das Primat einer kollektiven Problemlösung durch Koordination und Kooperation der verschiedenen Governance-Level führt nämlich auch dazu, dass sich die einzelnen Akteure jeweils relativ einfach ihrer Verantwortung entziehen können, wie die folgenden beiden Zitate exemplarisch zeigen. Das BMUB verweist bspw. auf die zentrale Rolle der Bundesländer und Kommunen:

„Hier in Deutschland, oder auch in den anderen europäischen Mitgliedsstaaten, wird es so gehandhabt: um unsere internationalen Ziele erreichen zu können, müssen wir auf allen Ebenen etwas machen, also auch in den Kommunen. Als Bundesministerium versuchen wir Förderprogramme für die Kommunen aufzusetzen; mehr können wir aufgrund der Zuständigkeiten in finanzieller Hinsicht für die Kommunen nicht machen. Das ist ja dann auch Ländersache. […] Umso besser, wenn es jetzt in einigen Bundesländern Klimaschutzgesetze gibt, in denen kann einiges festgeschrieben werden, was auf kommunaler Ebene umgesetzt werden kann. Wir sind wie gesagt nur auf finanzielle Hilfen beschränkt. […] Wenn die Kommunen da aber nicht mitmachen, und nicht im Rahmen ihrer Kompetenzen etwas machen, dann kommen wir als Bund an dieser Stelle auch nicht weiter.“ (IP-1, 2015: 18)

Während die Kommunen wiederum stabile Rahmenbedingungen auf allen übergeordneten Ebenen fordern, damit eigenes Handeln überhaupt möglich wird; und stellen sich ihrerseits als äußerst beschränkt in ihren Handlungsspielräumen dar:

„Allein auf der Ebene der Kommune und der Region kann die notwendige umwälzende Veränderung der Energieversorgung und die Verringerung des Energieverbrauchs um 50 Prozent nicht bewältigt werden. Eine wesentliche Voraussetzung zur Realisierung des Zielentwicklungspfades im Masterplan ist die Umsetzung der von der Bundesregierung gesetzten Klimaschutzziele auf Bundesebene.“ (Stadt Osnabrück 2014: 29)

Klimaschutz ist ein politisches Projekt und die Erreichung der gesetzten Klimaziele erfordert radikale Änderungen des existierenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Die Problematisierung des Klimawandels als MLG-Problem führte allerdings

dazu, dass klare Zuständigkeiten und die Notwendigkeit stabiler Rahmenbedingungen, wie bspw. Gesetze und Verordnungen, in den Hintergrund traten. Die aktuelle Problemlösungsstrategie hat sich zudem bisher wenig erfolgreich gezeigt: Die durch fossile Energieträger induzierten $CO_2$-Emissionen der letzten Jahre folgen einem Trend, der noch negativer ist, als vom IPCC im 4. Sachstandsbericht (Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) 2007) für das *Worst Case*-Szenario vorhergesagt. Im Jahr 2016 wurde mit konstant über 400ppm der höchste Kohlendioxidgehalt in der Atmosphäre seit mehreren hunderttausend Jahren gemessen. Deutschland wird seine Klimaschutzziele bis 2020 – mit ca. 30 statt 40 Prozent Emissionsreduktion – deutlich verfehlen. In den Sondierungsgesprächen von Union und SPD (Januar 2018) wird daher diskutiert von diesem Ziel gänzlich abzurücken. Zum einen sind die Emissionen in Deutschland seit 2009 nicht mehr signifikant gesunken (und der Großteil der erreichten minus 27 Prozent bis 2016 sind auf den Kollaps der DDR zurückzuführen) (Nitsch 2016); zum anderen ist das Klimaziel, den $CO_2$-Ausstoß bis 2005 um 25 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, bereits gescheitert (bzw. wurde erst 2010 erreicht). Trotz dieses Wissens wird an dem eingeschlagenen Pfad festgehalten und die Notwendigkeit eines politisch gesteuerten System- und Wertewandels verschwiegen: „Wann ist man in Berlin endlich mutig genug zu sagen, dass die Emissionen im Moment nicht sinken und endlich bereit alternative Strategien einzuleiten?“ (F-150424-Dresden)

## DIE STADT ALS URSACHE, BETROFFENE UND LÖSUNG FÜR DAS KLIMAPROBLEM

> In der Stadt treffen alle globalen Probleme zusammen, ob das nun Klimawandel, Energie- oder Nahrungsmittelversorgung oder Fragen von Zuwanderung und Bildung sind.
> *(Johanna Wanka, Bildungsministerin in WeltN24 GmbH 2015)*

Das 21. Jahrhundert wird als das Jahrhundert der Städte bezeichnet (Hajer 2016). Seit 2008 leben erstmals mehr Menschen in Städten als im ländlichen Raum (UNFPA 2007). Urbane Räume werden somit zur zentralen Organisationsform nahezu aller menschlichen Gesellschaften. Die anhaltenden Urbanisierungsprozesse prägen Dynamiken in Wirtschaft und Gesellschaft, die Lebensqualität der Menschen, die Zukunft der Demokratie sowie den globalen Ressourcen- und Energieverbrauch und damit die Zukunft der Erde insgesamt. Gleichzeitig wird die Stadt als Keimzelle für

kulturelle, soziale und wirtschaftliche Weiterentwicklung sowie für die Erhöhung von Ressourcen- und Energieeffizienz angesehen (WBGU 2016). Der Fokus auf die Stadt war schon in der Initiierungsphase der Reskalierung der Klimapolitik, bspw. im Brundtland-Bericht, angelegt und etablierte sich gleichzeitig mit der ersten Wachstumsphase des Klimathemas um 2007 als Megatrend (vgl. Tabelle 1). Der Grund dafür liegt nicht nur darin, dass seit dieser Zeit die Mehrheit der Weltbevölkerung in urbanen Räumen lebt, sondern erklärt sich unter anderem auch mit dem Glauben daran, dass in Städten viele soziale, wirtschaftliche, kulturelle und technische Innovationen ihren Ausgangspunkt haben (Vettoretto 2009; Nevens et al. 2013). Städte werden weltweit als Spitzenreiter aufgefasst oder auch als „Experimentierfelder" neuer Politiken und Maßnahmen, die weit ambitionierter sind, als es Nationalstaaten sein können oder wollen (Bulkeley und Castán Broto 2013; Castán Broto und Bulkeley 2013; McGuirk et al. 2014b; Bulkeley et al. 2015).

Doch es gibt zwei Seiten dieser Medaille: Urbane Prozesse werden sowohl als Auslöser von zahlreichen, aktuellen Problemen – von Klimawandel bis Fettleibigkeit und von Finanzkrise bis zu sozialer Ausgrenzung – als auch als Schlüssel zur Lösung eben dieser Probleme angesehen. Auf der einen Seite werden städtische Aktivitäten somit als Quell von Risiken, Krisen und Gefahren identifiziert; bspw. in Argumenten zu den städtischen Wurzeln der globalen Finanzkrise von 2008 oder in Diskursen über den negativen Umwelteinfluss anhaltender Urbanisierungsprozesse weltweit. Auf der anderen Seite werden kommunale Institutionen, Infrastrukturen und Interessensvertretungen aber auch als besonders befähigte Organe angesehen, um diesen multiplen Herausforderungen kreativ begegnen zu können; bspw. durch experimentelle Raumplanung, Transition Town-Bewegungen, kommunale Klimainitiativen oder technologische Smart City-Lösungen, um komplexe urbane Interaktionen effizienter zu überwachen und zu managen. Kurz gesagt gibt es eine Reihe an Argumentationen, die spezifische Probleme städtischen Ursachen zuschreiben und urbane Praktiken gleichzeitig als geeignet propagieren, passende Lösungsoptionen zu entwickeln (Barnett 2013). Städte werden dadurch zu Motoren der Transformation stilisiert. Nevens und Kollegen (2013: 111) fassen zusammen: „As such, cities are the locations where most of the (un)sustainability issues find their origin. At the same time, cities are the basic units for policies that have significant environmentally beneficial consequences (both local and global) […]."

Dabei findet eine Problematisierung der Stadt als Schlüssel zum Gelingen der Transformation auf allen Ebenen statt: Auf der Makroebene wird Urbanisierung als Megatrend des globalen Wandels identifiziert, der zu tiefgreifenden Veränderung in Weltgesellschaft und -wirtschaft sowie dem gesamten Erdsystem führen wird. Auf der Mesoebene gelten Bereiche der Stadtentwicklung wie Mobilität, gebaute Umwelt, Energieproduktion und -versorgung, Infrastruktur usw. als zentrale Handlungsfelder mit signifikanten Hebelwirkungen für eine urbane Transformation zur Nachhaltigkeit. Auf der Mikroebene bietet die Stadt Raum für innovative Pilotprojekte

und sogenannten „Change Agents“, die die Transformation „von unten“ vorantreiben (WBGU 2016: 8), denn die ambitioniertesten Emissionsmanagementstrategien seien bisher auf lokaler Ebene umgesetzt worden (McGuirk et al. 2014b). Durch konkrete Maßnahmen wird Klimaschutz vor Ort sichtbar, sodass weitere Akteure für den Klimaschutz gewonnen werden können – so die Hoffnung. Beispielhafte kommunale Klimaschutzmaßnahmen sollen dann auf andere Städte und Gemeinden übertragen werden oder als Anregung für eigene, neue Lösungen dienen. Erfolgreiche kommunale Klimaschutzprojekte könnten sogar auf nationale Ebene übertragen werden und als Blaupause dienen, wenn sie durch Förderprogramme oder Gesetze flächendeckend eingeführt werden (vgl. #Das Prinzip der Nachahmung und #New Public Climate Management).

Die Notwendigkeit, Umweltprobleme auf lokaler Ebene anzugehen, ist jedoch – wie bereits im Abschnitt #Klimawandel als kommunales Aufgabenfeld dargelegt – keineswegs neu: Schon 1987 wurde im Brundtland-Report argumentiert, dass der Großteil der Weltbevölkerung in Zukunft in Städten leben wird und Städte deshalb eine zentrale Rolle spielen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit (Brundtland 1987: 235-258). So wurde schon vor 30 Jahren die Annahme populär, dass nicht Nationalstaaten, sondern Städte die geeignetsten Politikarenen seien, um erfolgreiche Umwelt- und Klimapolitik zu betreiben. Dies spiegelt sich auch in der Agenda 21 von 1992[15] wider, wo ebenfalls der umweltpolitische Fokus auf Städte festgeschrieben wurde:

„Da so viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen ihre Wurzeln in Aktivitäten auf örtlicher Ebene haben, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der Agendaziele. Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, stellen die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften auf und wirken an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle dabei, die Öffentlichkeit aufzuklären und zu mobilisieren und im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf ihre Anliegen einzugehen.“ (Vereinte Nationen 1992: 291)

15 Auf der Rio-Konferenz 1992 wurde die Agenda 21, die mit ihren 40 Kapiteln alle wesentlichen Politikbereiche einer umweltverträglichen, nachhaltigen Entwicklung anspricht, von über 170 Staaten als Aktionsprogramm mit konkreten Handlungsaufträgen für das 21. Jahrhundert verabschiedet. Ziel war, einer weiteren Verschlechterung der Situation des Menschen und der Umwelt entgegenzuwirken und eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen sicherzustellen.

Diese Argumentation trifft speziell auf den Klimawandel als einem dezidiert glokalem Phänomen zu, das der Beziehung zwischen städtischer und globaler Ebene nochmals eine besondere Bedeutung verleiht (Swyngedouw 2004; Bulkeley 2005; Andonova und Mitchell 2010): Der globale Klimawandel wird maßgeblich durch lokale Aktivitäten hervorgebracht und wirkt sich wiederum insbesondere auf lokaler Ebene aus, bspw. in Form von Extremwetterereignissen, von denen dicht besiedelte Räume oft besonders betroffen sind. Viele der größten Metropolen weltweit sind zudem Küstenstädte und daher besonders betroffen von steigendem Meerwasserspiegel, Sturmfluten und Orkanen. Auch die vermehrt auftretenden Hitzewellen treffen dichtbesiedelte Orte stärker als ländliche Regionen, da diese sich zusätzlich aufheizen und dort die Luftzirkulation eingeschränkt ist (OECD 2010; UN-Habitat 2011).

Die folgende Begründung wird daher im Klimadiskurs quasi ubiquitär herangezogen (u.a. OECD 2008; Hoornweg 2011; Bulkeley 2013; Evans und Karvonen 2013; Hodson und Marvin 2014a; Voytenko et al. 2016) und wurde hier exemplarisch aus der Rede des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker (2015) zur Lage der EU entnommen: „With cities accounting for 70 per cent of greenhouse gas emissions caused by human activities, and 75 per cent of the world's population living in urban environments by 2050 – the potential for climate action by cities is huge."

Städten wird hier eine sehr hohe Klimawirkung zugeschrieben. Gleichzeitig wird in Städten das Potenzial zur Treibhausgasminderung besonders deutlich, was eine schnellere Implementierung von konkreten Maßnahmen – oft mithilfe nationaler oder europäischer Gelder – befördern soll (Bulkeley et al. 2012). Zudem haben viele lokale Regierungen insbesondere in Deutschland einen erheblichen Einfluss auf die Raumplanung und Entsorgung und spielen eine wichtige Rolle bei Fragen der Mobilität sowie der Energieproduktion und -versorgung. Dies alles sind zentrale Stellhebel für Minderungspolitiken, das heißt zur Einsparung von THG-Emissionen (Betsill und Bulkeley 2006). Hier offenbart sich erneut die Annahme, dass im urbanen Raum die drängendsten Umweltprobleme auf das größte Potenzial für deren effektive Lösungen treffen.

Betsill und Bulkeley (2006: 143) fassen die vier wesentlichen Gründe für die Problematisierung des Klimawandels als ein Problem lokaler Regierung daher wie folgt zusammen:

1. In einer hoch urbanisierten Welt sind Städte die primären Orte des Energieverbrauchs und der Abfallproduktion. Der Einfluss lokaler Regierungen auf diese Prozesse variiert, kann aber zentrale Funktionen wie Energieversorgung und -management, Transport, Raumplanung, Bauvorschriften und Abfallmanagement umfassen.
2. Kommunen beschäftigen sich bereits seit den frühen 1990er Jahren mit nachhaltiger Entwicklung im Rahmen der Lokalen Agenda 21 in einer solchen Art und Weise, dass dies Auswirkungen auf die Minderung des Klimawandels hat.

3. Lokale Regierungen können die Klimaschutzbemühungen anderer Akteure durch die Förderung von Partnerschaften mit relevanten Stakeholdern, die Beteiligung der Öffentlichkeit und das Lobbying auf nationalstaatlicher Ebene erleichtern.
4. Einige Kommunen haben bereits große Erfahrung im Umgang mit Umweltauswirkungen in Bereichen wie Energiemanagement, Mobilität und Planung. Um den negativen Effekten entgegenzuwirken, haben zahlreiche Städte schon viele innovative Maßnahmen und Strategien in Form von Demonstrationsprojekten oder Experimenten durchgeführt, die für Klimaschutzmaßnahmen genutzt werden können.

Doch zwei wesentliche Aspekte werden durch die starke Fokussierung auf die transformative Kraft der Städte ausgeblendet: Erstens führte die dominante Problematisierung um die herausragende Rolle der Städte in Bezug auf den Klimawandel dazu, dass kleine und mittlere Kommunen sowie ländliche Räume im Diskurs nur wenig Beachtung erfahren. Dies zeigt sich stark am aktuellen Stand der Forschung. Arbeiten, die sich mit subnationalen Prozessen der Klimagovernance auseinandersetzen, konzentrieren sich stark auf Großstädte und Metropolen sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden – insbesondere auf solche, die sich in TMNs organisieren (u.a. Bulkeley 2010; Bulkeley und Schroeder 2012; Castán Broto und Bulkeley 2013; Bulkeley und Castán Broto 2013; Bulkeley 2013; Acuto 2013; Johnson et al. 2015). Häufig wird dabei der Untersuchungsmaßstab der Stadt als erklärende Kategorie – als Explanans – herangezogen, statt das Städtische als das zu erklärende Phänomen – als Explanandum – zu verstehen. Eine solche Problematisierung führt zu einer Ontologisierung des Städtischen als Untersuchungsmaßstab und ländliche Gemeinden bzw. Regionen werden als Orte der Klimagovernance ausgeblendet. Dies ist fatal, hält man sich vor Augen, dass von den 11.000 Kommunen in Deutschland über 98 Prozent weniger als 50.000 Einwohner zählen und somit als kleine und mittlere Kommunen gelten.[16] Zur Erreichung der nationalen Klimaziele sind sie daher ebenso relevant wie die großen Städte und Kreise. Busch (2015) hat in seinen Untersuchungen außerdem gezeigt, dass der Großteil der klimaaktiven Kommunen, die in Deutschland in TMNs organisiert sind (314 von 488), weniger als 50.000 Einwohner haben. Auch die deutsche Bundesregierung hat dies erkannt und spricht in ihren Förderprogrammen wie der *Kommunalrichtlinie* nicht ausschließlich von Städten oder urbanen Räumen, sondern von „Kommunen und Landkreisen“ (BMUB 2015c). Auch ich spreche daher im Rahmen dieser Arbeit vornehmlich von Kommunen statt von Städten und von kommunalem oder lokalem statt urbanem oder städtischem Klimaschutz, um die Diversität der Akteure und Maßnahmen nicht zu verschleiern. Aktuell stehen

16 Dies entspricht 25 Prozent der Gesamteinwohner Deutschlands.

jedoch in der Forschung (zu) oft Metropolen oder Ballungszentren im Mittelpunkt, wenn es darum geht, gelungene Klimaschutzmaßnahmen aufzuzeigen (Krampe et al. 2015).

Zweitens täuscht die starke Betonung der transformativen Kraft der Städte für die Lösung der Klimakrise darüber hinweg, dass sich die breite Masse der Kommunen in Deutschland nur deshalb im Klimaschutz engagiert, weil dafür umfangreiche Förderprogramme der Bundesregierung zur Verfügung stehen (siehe auch Abschnitt #Klimawandel als Problem kommunaler Praxis) – wie mir während meines ersten Forschungspraktikums in Berlin erklärt wurde: „Erst das BMUB schuf eine nationale Szene für den kommunalen Klimaschutz durch die Kommunalrichtlinie." (F-150316-Berlin)

Die Artikulation des Klimawandels als MLG-Problem hebt zwar die Wichtigkeit und Abhängigkeit der verschiedenen Ebenen hervor, doch die weiter an Popularität und Einfluss gewinnende Problematisierung der Stadt als Lösung für das Klimaproblem unterminiert die Bedeutung nationalstaatlicher Politiken. Sowohl die Problematisierung der Stadt als Lösung für das Klimaproblem als auch die Vorstellung, Klimaschutz als wirtschaftliche Chance zu begreifen (im folgenden Abschnitt #Klimawandel als ökonomisches Problem) suggerieren, dass die meisten Kommunen aus Eigenantrieb Klimaschutz betreiben. Zum einen, um zur Lösung eines globalen Menschheitsproblems beizutragen; zum anderen, um sich einen Standortvorteil im internationalen Städtewettbewerb zu verschaffen. Ob Kommunen tatsächlich so viel ambitionierter sind als Nationalstaaten, ist jedoch zweifelhaft. Fakt ist, dass kommunaler Klimaschutz in Deutschland fast ausschließlich über regionale, nationale oder europäische Förderprogramme läuft, da es sich nicht um eine kommunale Pflicht handelt, sondern um eine freiwillige Aufgabe. Abgesehen von einigen Pionierstädten, die bereits seit Anfang der 1990er im Klimaschutz aktiv sind, sind die mehr als 3000 Städte, Gemeinden, Landkreise und Dörfer, die bisher Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland umgesetzt haben (BMUB 2015a), keine reinen Überzeugungstäter: Die ökonomischen Anreize durch die unterschiedlichen Fördertöpfe sind oft ein gewichtiger Grund für Kommunen, aktiv zu werden. Kommunaler Klimaschutz als „Trend" wurde daher stark von der Bundesregierung gesetzt und gestaltet: „Fast alle Stellen und Projekte im kommunalen Klimaschutz sind vom Bund oder Land gefördert, wenn diese Förderung wegfallen würde, würde ein Großteil der Aktivitäten brach fallen." (F-150312-Rheine)

Erst explizite Förderung des Klimaschutzes (und z.B. nicht die der Energiewende oder der Klimaanpassung) durch die Bundesregierung hat dazu geführt, dass heute so viele Kommunen in Deutschland Klimaschutz betreiben. Kommunaler Klimaschutz als eigene Disziplin entwickelte sich somit hauptsächlich deshalb, weil die Kommunalrichtlinie existiert. Pragmatismus und Opportunismus überwiegen dabei oft umweltpolitische Ambitionen und „Weltrettungs-Bestrebungen": Fördermittel werden häufig zur Hauptdaseinsberechtigung für kommunale Klimaschutzleitstellen.

Kommunen und Landkreise verfügen deshalb mittlerweile nicht nur über ein breites Klimaschutz-Fachwissen, sondern insbesondere über Wissen darüber, wie möglichst viele Fördermittel aktiviert werden können (Riedel et al. 2014a: 5). Eine Schlüsselkompetenz ist dabei, solche Projekte mit Fördergeldern zu finanzieren, die man ohnehin schon auf der Agenda hatte – auch wenn dahinter nicht in erster Linie Klimaschutz als Hauptmotivation steht. Dabei werden die bereits geplanten Projekte so an die Förderbedingungen angepasst, dass sie als Klimaschutzmaßnahmen durchgehen. Frei nach dem Motto: Wir machen das, was gefördert wird. Nicht im Klimaschutz aktiv zu sein bedeutet dann, auf moderne Beschlüsse, Strukturprogramme und Förderprogramme verzichten zu müssen, wie ein Klimaschutzmanager erklärt:

„Also diese ausgewählte Klimaschutzmaßnahme, da haben wir es ja wieder, die Maßnahme, die wir da jetzt umsetzen, da würde man, wenn man jetzt fachfremd ist, jetzt nicht unbedingt gleich diesen direkten Bezug zum Klimaschutz sehen, wobei im Rahmen der Erneuerbaren Energien oder Ausbau dieser ist das durchaus Klimaschutz. Natürlich, man kann sich das immer so hin basteln und es gibt so viele Fördertöpfe und so, wie es mir kommuniziert wurde, ist es ja auch gewollt, dass man diese ausschöpft einfach nur und in dem Falle hat sich das einfach – es war ja genau das, was gefördert wurde, und das hat sich bei uns halt angeboten und wie gesagt, normal würde man wahrscheinlich nicht sofort auf das Thema Klimaschutz kommen, aber es ist Klimaschutz.“ (IK-10, 2016: 39)

Kommunaler Klimaschutz ist daher weder Ergebnis des Bewusstseins der Städte, als eine Hauptursache des Klimawandels zu gelten, noch eine Reaktion auf die besondere Betroffenheit vieler Kommunen durch den Klimawandel. Das heißt auch, dass die Maßnahmen weniger systematisch und integriert angegangen werden, als es auf den ersten Blick aussieht. Der Wegfall der Förderprogramme würde in einigen Fällen auch den kompletten oder teilweisen Wegfall von kommunalen Klimaschutzaktivitäten bedeuten (F-150311-Bensheim). Das Verschweigen dieser Hintergründe lässt die transformative Kraft der Kommunen größer erscheinen, als sie tatsächlich ist, und unterminiert gleichzeitig die Notwendigkeit und den Einfluss nationalen Handelns.

## KLIMAWANDEL ALS ÖKONOMISCHES PROBLEM

> […] don't think of climate change as an environmental threat at all, instead you should think of it as a market transition.
> *(Hoffman und Woody 2008: 1)*

Ähnlich wie die Stadt wird auch der Klimawandel selbst nicht nur als Herausforderung oder gar Katastrophe problematisiert. Stattdessen wird Klimaschutz vermehrt als Chance für die regionale Entwicklung und als Motor der lokalen Wertschöpfung vermarktet. „Das wichtigste praktische politische Argument für eine aktive Klima- und Energiepolitik ist der Gleichklang der Ziele von Klimaschutz, Energieautonomie und nachhaltiger Regionalentwicklung." (Landkreis Osnabrück 2014: 14)

Auch über den städtischen Kontext hinaus hat heute der Glaube an die Kompatibilität von ökologischem Bewusstsein und Wirtschaftswachstum in einem marktwirtschaftlich-liberalen internationalen Ordnungssystem einen nahezu hegemonialen Status erlangt (Bakker 2010). Ökonomie und Ökologie würden sich nicht länger gegenseitig behindern, sondern gingen im Gegenteil sogar Hand in Hand. Ein wichtiger Anstoß für diesen Diskurs war der sogenannte „Stern-Report" (Stern 2006), benannt nach dem ehemaligen Weltbank-Vizepräsidenten Nicholas Stern. Der Report fällt in die erste Wachstumsphase des Klimathemas, zusammen mit einer ganzen Kaskade an weiteren ökonomischen Studien im Umwelt- und Klimabereich (vgl. Nagorny 2014; siehe auch Tabelle 1). Darin bezeichnet Stern den Klimawandel als das „größte Marktversagen, das es je gegeben hat". Den Kosten des Klimawandels stellt der Stern-Report die Kosten des Klimaschutzes gegenüber – und kommt so zu dem Schluss, dass sich Klimaschutz rechnet. Durch diese Preisungsstrategie vermittelt Stern (2006: viii), dass es sich bei Klimaschutzmaßnahmen um eine nachhaltige „Pro-Wachstumsstrategie" handelt. Auch in seinem Buch „A Blueprint for a Safer Planet: How to manage Climate Change and create a new Era of Progress and Prosperity" plädiert Stern (2009) für einen „Global Deal". Das bisherige Wachstumsmodell, welches uns in die Klimakrise geführt habe, solle durch ein neues Wachstumsparadigma ersetzt werden, das die Klimakrise lösen werde. Stern nimmt an, dass auch komplizierten Variablen wie dem Klimasystem ein adäquater monetärer Wert zugeschrieben werden kann, der, wenn er korrekt gewählt ist, Effizienz und Innovation generieren und so die Wirtschaft dekarbonisieren wird, gleichzeitig aber Struktur und Funktion der Wirtschaft zu erhalten vermag. Es geht somit kaum mehr um eine Lösung der Klimakrise, sondern um neue Wachstumschancen durch „accumulation by decarbonization". So sollen in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrisen (insbeson-

dere seit 2008) neue Wachstumsquellen durch Produktivitätssteigerung, Innovationen und neue Märkte erschlossen werden (Unmüßig et al. 2012). Lösungen für die Klimakrise sind auch Lösungen für die Wirtschaftskrise, so die Logik. Der Ausbau erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Entwicklung von $CO_2$-armen Technologien werden daher nicht nur in Deutschland als Schlüssel zum Erreichen der Klimaziele gesehen. Klimaschutz soll so zum zentralen „Wachstumstreiber des 21. Jahrhunderts" (BMU 2011) werden und langfristigen wirtschaftlichen Erfolg sicherstellen. Diese Problematisierung macht Klimaschutz zu einer Innovations- und Wirtschaftsstrategie und stellt die potenziellen Chancen über die potenziellen Gefahren des Klimawandels (Janković und Bowman 2014). Ein Mitarbeiter des Frankfurter Energiereferats verdeutlicht dies:

„Man muss ganz klar sagen, dass die Energiewende ‚eine Wettbewerbsstrategie der Bundesregierung ist […]. Man hat das natürlich zusammen gebracht, eine Gesellschaft, die mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz fordert, aber ich glaube, auf nationaler Ebene ist der viel stärkere Treiber diese Wettbewerbsschiene." (IK-15, 2016: 33)

Eng verflochten mit den beiden zuvor eingeführten Problematisierungssträngen (Klimawandel als MLG-Problem und die Stadt als Ursache, Betroffene und Lösung des Klimaproblems) wird argumentiert, dass die Synergien zwischen Klimaschutz- und Wachstumszielen auf kommunaler Ebene besondere Wirkung entfalten könnten (Herrschel 2013). Zum einen könnten auf lokaler Ebene innovative Lösungen ausprobiert werden, die an die spezifischen Probleme vor Ort angepasst bzw. dort besonders wirksam seien. Städte und Gemeinden könnten damit zu „Saatbeeten" (Geels 2013: 22) von Veränderungen werden. Zum anderen bestünden auf lokaler Ebene mehr Möglichkeiten, einander ergänzende umwelt- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zu ergreifen, da diese auf lokaler Ebene stärker integriert seien als auf nationaler Ebene (Hammer et al. 2011). Investitionen in Gebäudesanierungen, erneuerbare Energien, intelligente Zähler und die Entwicklung von neuen Speichertechnologien, die gleichermaßen dem Klima und der Wirtschaft durch neue Arbeitsplätze, verringerte Energiekosten und geminderte THG-Emissionen dienen sollen, könnten nur vor Ort in den Städten implementiert werden.

„Regionale Kreislaufwirtschaftsprozesse werden angeregt, Innovationen gefördert, langfristige Organisations- und Managementprozesse in Gang gesetzt und durch die Optimierung der regionalen Energie-, Finanz- und Stoffströme wird Wertschöpfung in der Region generiert. Davon wird insbesondere der regionale Mittelstand als ein bedeutender Träger von Innovationen profitieren." (Hansestadt Rostock 2013: 5)

Diese spezifische Problematisierung erklärt, warum sich Klimaschutz hauptsächlich auf zwei Pfeiler stützt: den Ausbau der erneuerbaren Energien, der als kommunale Einnahmequelle und Jobmotor dient, sowie die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz, die den kommunalen Haushalt durch Einsparungen entlastet. Beide erhalten den scheinbaren Gleichklang der Ziele von Klimaschutz, Energieautonomie und nachhaltiger Regionalentwicklung aufrecht. Kommunaler Klimaschutz wird so zu einem „socio-institutional fix", der hilft, die alten Wachstumspfade in der aktuellen Situation der Finanz- und Klimakrise zu sichern (While et al. 2004). Daher sind Klimaschutzmaßnahmen für politische und wirtschaftliche Eliten nur dann denkbar, wenn sie auch wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen. Was zählt, sind gesteigerte lokale Wertschöpfung oder die Höhe an Investitionen, die aus ihnen generiert werden können; die eingesparten Tonnen an CO2 sind da meist nur schmückendes Beiwerk (Janković und Bowman 2014). Klimaschutz muss über „Co-Benefits" vermarktet werden, also positive Nebeneffekte – und das sind in erster Linie Kosteneinsparungen und die Steigerung der regionalen Wertschöpfung, wie die Leiterin der Klimaschutzleitstelle einer Masterplankommune betont: „Wir müssen uns immer fragen: Welche Vorteile hat die regionale Energiewende für unsere Stadt und die Region? Ich rede dabei weniger über Klimaschutz und warum wir das machen müssen, sondern wir reden mehr über regionale Wertschöpfungsketten" (IK-8, 2015: 8).

Die OECD (Hammer et al. 2011: 34) fasst zusammen, wie die Fusion von städtischem Wachstum und Klimaschutz aussehen kann:

„Urban green growth means fostering economic growth and development through urban activities that reduce negative environmental externalities, the impact on natural resources and the pressure on ecosystem services. The greening of the traditional urban economy and expanding the green urban sector can generate growth (through increased supply and demand), job creation and increased urban attractiveness. These effects are in part the result of stronger interactions at the urban level among economic efficiency, equity and environmental objectives."

So wird eine klimaneutrale Stadtentwicklung zum Kern städtischer Wettbewerbsfähigkeit gemacht, die mithilfe neuer Stadtentwicklungsprojekte, die Fragen der Umwelt- und Lebensqualität ins Zentrum stellen, neue Räume und Möglichkeiten der Kapitalakkumulation eröffnet (Tretter 2013). Bei effizienter Umsetzung hofft man, die innerstädtische Wertschöpfung zu erhöhen, nötige Finanzmittel in der Stadt zu halten und das städtische Klima nachhaltig zu verbessern: „Städte mit nachhaltigen Strukturen bieten eine höhere Lebensqualität und steigern ihre Wettbewerbsfähigkeit." (Stadt Rheine 2013: 111). Die verbesserte Lebensqualität wiederum führt zu einem Imagegewinn und einer Attraktivitätssteigerung der Kommune, sodass sie ihre interkommunale Wettbewerbsfähigkeit insgesamt erhöht. Kommunale Leitbilder der Klimaneutralität können daher nicht als ökologische Rationalität oder gar alternative Politik verstanden werden, sondern vielmehr als ein integraler Teil der räumlichen

Transformation und sozialen Regulierung innerhalb einer neoliberalen Urbanisierung.

Ergebnis dieser Problematisierung ist eine neue *glokale* Klimapolitik, errichtet auf den Prinzipien der ökologischen Modernisierung und einer partiellen „Begrünung" des Kapitals. Dabei zeigt sie auch auf, wie die Verantwortung für eine wachsende Anzahl an nationalen und internationalen Umweltverpflichtungen sowie die Lösung potenzieller Konflikte mit anderen Prioritäten und Zielen (wie hier dem Wirtschaftswachstum) auf die subnationale Regierungsebene übertragen wird (While et al. 2004) und so zur Formierung von Klimawandel als einem Problem lokaler Regierungen beiträgt.

Die Problematisierung von Klimaschutz als lokale Wirtschaftsförderung zeichnet dabei einen evolutionären Transformationspfad vor. Technische Innovationen gepaart mit intelligenten Finanzierungsstrategien wandeln die große Herausforderung Klimawandel in eine Win-win-Situation um, die schließlich sogar neue Wachstumschancen bietet. Dass eine Transformation radikale Änderungen des existierenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems erfordert, wird ausgeblendet. Verschwiegen wird dabei auch, dass das Festhalten am Wachstumsgedanken sowie der Glaube an Effizienz und technische Innovation bisher wenig Erfolg zeigt. Zwar scheint es seit 2013 möglich zu sein, Treibhausgasausstoß und Wirtschaftswachstum zu entkoppeln – während die Weltwirtschaft in den vergangenen Jahren um je etwa drei Prozent wuchs, stagnierten die $CO_2$-Emissionen. Doch selbst PwC (2012) geht davon aus, dass, um das Zwei-Grad-Ziel noch zu erreichen, eine Verfünffachung der aktuellen Dekarbonisierungsrate nötig wäre – was in etwa den Emissionsraten der Rezessionen von 1974/1975 und 1982/1983 (Ölkrisen) entspricht. Historisch gesehen sind drastische Dekarbonisierungsraten also eng mit Wirtschaftsrezessionen und damit Phasen der wirtschaftlichen Schrumpfung oder Stagnation verknüpft. Solche Aspekte werden von der dominanten Problematisierung des „grünen Wachstums" jedoch übertönt. Die Attraktivität des Konzepts erklärt sich gerade durch den Glauben daran, dass technologischer Fortschritt durch Innovation und ein Strukturwandel ausreichend seien, um Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Die Einführung neuer Technologien und Infrastrukturen stellt eben nicht vorherrschende Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsweisen in Frage. Alternative Problematisierungen, wie es sie noch 1972 im Rahmen der UN-Konferenz in Stockholm gab und zu denen Werke wie „Die Grenzen des Wachstums" des Club of Rome (Meadows et al. 1972), „Blueprint for Survival" (Goldsmith und Allen 1972), „Small is Beautiful"[17] (Schumacher 1973) und „Toward a Steady-State Economy" (Daly 1973) gehören, fristen

17 Titel der deutschen Ausgabe: Es geht auch anders: Jenseits des Wachstums – Technik und Wirtschaft nach Menschenmaß.

heute ein Nischendasein. Erst in den letzten zehn Jahren im Nachgang der einschneidenden Wirtschaftskrise von 2008 entwickelt sich allmählich wieder eine wissenschaftliche und gesellschaftliche Debatte unter dem Schlagwort „Degrowth“ (siehe dazu u.a. Latouche 2010; Levallois 2010; Schneider et al. 2010; Cattaneo et al. 2012; Kallis et al. 2012; Saed 2012; Victor 2012; D'Alisa et al. 2015).

## KLIMAWANDEL ALS PROBLEM KOMMUNALER PRAXIS

In den vorherigen Abschnitten – #Klimawandel als Politikproblem bis #Klimawandel als ökonomisches Problem – habe ich gezeigt, wie sich der kommunale Klimaschutz als ein Politikfeld etablierte und wie der Klimawandel diskursiv zu einem Problem lokaler Regierung gemacht wird. Durch die Perspektive der Problematisierung war es mir zum einen möglich, die Zeitpunkte herauszuarbeiten, die kritische Momente der Themenformation repräsentieren. Zum anderen konnte ich über die Diskurse zu MLG, Urbanisierung und grüner Ökonomie die spezifischen Argumentationselemente herausarbeiten, die das Problemfeld „kommunaler Klimaschutz“ definieren und so die Grundlage für verschiedene Lösungsansätze schaffen. Verlässt man nun die analytische Ebene und die dazugehörigen historisch zentralen Dokumente und Institutionen und betrachtet stattdessen die alltäglich-praktischen Problematisierungen, die ich in Gesprächen und Beobachtungen einfangen konnte, wird ersichtlich, wie die das Politikfeld prägenden Argumentationslinien in die kommunalpolitische Praxis übersetzt und angepasst werden.

Obwohl Klimaschutz in der kommunalen Aufgabenstruktur zu den freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben gehört – was bedeutet, dass die Kommunen selbst darüber entscheiden, ob und wie sie Klimaschutzziele verfolgen und Maßnahmen umsetzen wollen –, begannen einige Kommunen bereits Anfang der 1990er Jahre damit, Klimaschutz als kommunale Aufgabe zu definieren. Auch wenn sie nicht dazu verpflichtet sind, diskutieren immer mehr deutsche Städte, Gemeinden und Kreise konkrete Klimaschutzziele, gehen Selbstverpflichtungen zur THG-Minderung ein und erarbeiten Klimaschutzkonzepte. So haben sich bspw. mehr als 7.700 europäische Kommunen (Stand Januar 2018) im Rahmen des Konvents der Bürgermeister freiwillig zu einer Emissionsreduktion von mindestens 20 Prozent bis 2020 verpflichtet. Selbst Städte wie Oberhausen – eine der am höchsten verschuldeten Kommunen Deutschlands (Pagel 2012) – bekennt sich als Mitglied im Klima-Bündnis zum Klimaschutz mit einer eigenen Koordinierungsstelle Klimaschutz, einem Klimaschutzkonzept und zwei Klimaschutzmanagern. Das erfordert eine Menge an Finanz- und Personalressourcen und das für ein Thema, welches oft als negativ aufgefasst wird, weil es zu wissenschaftlich, zu komplex, zu politisch und wirtschaftlich umstritten ist, als dass sich damit bei der breiten Bevölkerung punkten ließe. Im Zuge meiner

Gespräche mit mehr als zwanzig kommunalen Klimaschutzmanagern zeigte sich, dass die Problematisierung des Klimawandels in der kommunalen Praxis anders artikuliert wird als im politisch-wissenschaftlichen Diskurs (vgl. auch Benz et al. 2015; Heinelt und Lamping 2015; Zimmermann et al. 2015; Mattissek und Sturm 2017; Sturm und Mattissek 2018). Zwar finden sich alle drei von mir identifizierten Hauptargumentationslinien auch in der kommunalen Praxis, deren Gewichtung und Interpretation weichen zum Teil jedoch stark ab.

Die Problematisierung des Klimawandels als MLG-Problem ist auch in der kommunalen Praxis sehr präsent. Klimawandel wird als (kommunale) Querschnittsaufgabe gesehen, die systematisch gesteuert und nur gemeinsam mit weiteren (kommunalen) Akteuren angegangen werden kann. Je nach individueller Interessenlage der Kommune wird die Artikulation von Klimawandel als MLG-Problem flexibel dazu genutzt, entweder die Kommune oder Region als Handlungsebene qualitativ aufzuwerten – das heißt, die eigene politische Ebene als Schlüssel zur Problemlösung darzustellen –, oder den Bedarf an unterstützenden Rahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zu unterstreichen und den eigenen Handlungsspielraum im komplexen MLG-Geflecht herunterzuspielen. Gleichzeitig ist die Ausgestaltung der Klimapolitik als MLG-Problem einer der Hauptgründe, warum viele Kommunen überhaupt im Klimaschutz aktiv werden, da diese Form der Problematisierung zur Einrichtung von Förderprogrammen auf übergeordneten politischen Ebenen führte, die lokale Regierungen zum Handeln animieren sollen und auch tun.

Weniger starke Rezeption in der kommunalen Praxis erfährt die Problematisierung des Zusammenhangs zwischen Klimawandel und Urbanisierung. Verständlicherweise greifen nur wenige Kommunen die Argumentation der Stadt als Ursache für den Klimawandel auf. Insbesondere frühe Pioniere des kommunalen Klimaschutzes und besonders klimaaktive Kommunen begründen hierin jedoch ihre herausragende Verantwortung für einen ambitionierten Klimaschutz. Andere, oft Großstädte, argumentieren, dass sie bereits die negativen Auswirkungen des Klimawandels spüren und erklären so ihre Klimaschutzaktivitäten. Das Problemlösungspotenzial von Städten in Bezug auf den Klimawandel wird von den kommunalen Akteuren selbst hingegen nicht so offensiv kommuniziert. Stattdessen wird meist auf die MLG-Problematik verwiesen. Da Deutschland insbesondere von kleinen und mittleren Kommunen geprägt ist, wird die dominante Problematisierung der Urbanisierung in der kommunalen Praxis teilweise als kontraproduktiv zurückgewiesen, da die Bedeutung von ländlichen Räumen und kleinen Kommunen dadurch marginalisiert werde.

Die dominanteste Form der Problematisierung in der kommunalen Praxis ist die Artikulation von Klimawandel als ökonomisches Problem bzw. Chance. Hauptargument für einen aktiven Klimaschutz in Kommunen sind wirtschaftliche Vorteile; sei es in Form von positiven Effekten für die regionale Wertschöpfung, in Form von (Energie-)Kosteneinsparungen oder in Form von zusätzlichen Fördermitteln. Ohne

eine Ökonomisierung des Klimawandels und das Denken in Kosten-Nutzen-Dimensionen wäre das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“ in seiner aktuellen Ausgestaltung nicht vorstellbar. Soziale oder ökologische Aspekte des Klimawandels werden oft lediglich als Co-Benefit betrachtet und nur am Rande problematisiert.

Im Licht der unterschiedlichen Formen der Problematisierung und deren Übersetzung und Neuinterpretation in der kommunalen Praxis lassen sich zusammenfassend folgende fünf Gründe auf der praktisch-alltäglichen Betrachtungsebene – im Gegensatz zur zuvor diskutierten analytischen Betrachtungsebene (Abschnitte #Klimapolitik als MLG-Problem – #Klimawandel als ökonomisches Problem) – als ursächlich für ein kommunales Klimaschutzengagement ableiten, wobei ökonomische Faktoren eindeutig im Vordergrund stehen.

1. *Politisches Setting und zentrale Persönlichkeiten*: Voraussetzung dafür, dass eine Kommune im Klimaschutz aktiv wird, ist ein stabiles und klimafreundliches politisches Umfeld. „Kommunaler Klimaschutz ist immer ein politisches Thema. Es gibt Kommunen, da ist die politische Führung nicht interessiert, dann tut sich da auch nichts. Es gibt aber auch Kommunen, da ist die politische Spitze das Zugpferd, die das Thema vorantreibt. Man kann sagen, dass kommunaler Klimaschutz ohne Unterstützung aus der Politik nicht möglich wäre“ (IK-5, 2015: 3). Politikwechsel können so auch dazu führen, dass Klimaschutzaktivitäten wieder gänzlich aufgegeben werden. Auch engagierte Einzelpersonen in Politik (z.B. Bürgermeister, Landrat oder Dezernent), Wirtschaft, Wissenschaft, Bürgerschaft und Verwaltung (z.B. die Leitung der Energieagentur) sind oft wesentliche Auslöser und Treiber für kommunale Klimaschutzaktivitäten.
2. *Finanzielle Förderung durch übergeordnete Politikebenen*: „Der erste Grund, warum wir überhaupt eine Klimainitiative haben, ist aus meiner Sicht die Kommunalrichtlinie und dass kommunaler Klimaschutz halt gefördert wird“ (IK-3, 2015: 8). Wie im Abschnitt #Klimawandel als MLG-Problem bereits verdeutlicht wurde, ist der kommunale Klimaschutz in erster Linie das Ergebnis nationaler und internationaler Förderprogramme. „[…] [G]anz pragmatisch: Wie kriegen wir die Kohle von der EU in unseren Landkreis? Was fördert die EU? Klimaschutz! Also machen wir das. So, und das wird dann als Regionalentwicklung verkauft und da sind wir auch recht findig. […] [W]enn man dann das mit dem Klimaschutz z.B. verpennt, dann kann man die modernen Beschlüsse, Struktur- und Förderprogramme gar nicht mehr abgreifen.“ (IK-3, 2015: 14). Für viele Kommunen liegt die Motivation also schlicht im finanziellen Anreiz. Es gibt extra Geld für Vorhaben, die man vielleicht so ähnlich ohnehin durchführen wollte – also etikettiert man diese als Klimaschutz.

3. *Einsparung und Wertschöpfung*: Der Einstieg ins Klimathema erfolgt für viele Kommunen über das Thema Energieeinsparung und Kostensenkung. Maßnahmen zur Energieeinsparung tragen zur Senkung von Treibhausgasen bei und wirken sich positiv auf den kommunalen Haushalt aus. Doch wie im Abschnitt #Klimawandel als ökonomisches Problem gezeigt, zielt man mit Klimaschutzmaßnahmen nicht nur auf Einsparungen ab, sondern auch auf zusätzliche Einnahmen: „Also warum machen wir das? Nochmal, wir machen es, um hier die regionale Wertschöpfungskette zu fördern. […] Wir haben ausgerechnet, dass wir im Jahr 2010 für Benzin, Wärme und Strom in der Region Hannover 2,6 Milliarden Euro ausgegeben haben, das entspricht pro Kopf 2.300 Euro Und mit dieser doch beeindruckenden Zahl bin ich mit dem Strategiepapier des Masterplans in die Politik gegangen und auch deswegen haben wir wieder einen einstimmigen Beschluss bekommen, uns gemeinsam auf den Weg zur klimaneutralen Stadt und Region zu machen." (IK-8, 2015: 8)
4. *Stadtmarketing und Lebensqualität*: In den Augen vieler Kommunen sind Klimaschutzmaßnahmen geeignet, um die Lebensqualität in der Kommune zu verbessern und so die Attraktivität des Standorts zu erhöhen, was sich positiv auf das Image der Kommune auswirken kann. „Wenn man als Kommune z.B. einen sehr guten öffentlichen Nahverkehr zu bieten hat und dazu noch fahrradfreundlich ist, auch auf dem Land, dann fördert das auch den Zuzug, weil die Leute sagen, da kann ich leben, da hab ich Zukunft, da komm ich überall hin, da brauche ich nicht für jedes bisschen ein Auto […], sondern da kann man auch ohne Auto leben und kann gut und günstig leben und hat dann zusätzlich auch noch ein gutes Gewissen […]. Und da kann man sich in diesem Zug, wenn die Gebäude saniert werden, wenn die Infrastruktur daraufhin verbessert wird, doch wirklich einen Standortvorteil gegenüber anderen Regionen erarbeiten." (IK-11, 2016: 6). Klimaschutz dient so auch der Profilierung der Kommune im überregionalen Standortwettbewerb.
5. *Umweltbewegung und Verantwortung*: In einigen Kommunen entwickelte sich das Engagement im Klimaschutz auch aus der Zivilgesellschaft heraus, die z.B. in Form einer starken Agenda 21-Bewegung oder im Nachhaltigkeitsbereich aktiver Unternehmen Klimaschutzmaßnahmen seitens der Kommune einforderten (Neumarkt, Rostock). Gerade für Pionier-Kommunen, die bereits seit den 1990ern Klimaschutz betreiben, war auch die Motivation, auf lokaler Ebene Verantwortung für ein globales Problem zu übernehmen, zentral: „Wenn wir diese Erde retten wollen vor der Klimakatastrophe, dann müssen wir etwas tun, dann muss jeder etwas tun." (IK-16, 2016: 16). Viele, insbesondere Großstädte, erleben zudem bereits die negativen Effekte des Klimawandels wie vermehrte Hitzewellen oder Starkregen, wodurch langfristige Daseinsvorsorge ein triftiger Grund für kommunalen Klimaschutz sein kann.

Jede Kommune kann dabei unterschiedliche Antworten auf scheinbar ähnliche Probleme geben, weil sie das Problem „Klimawandel“ in verschiedenen Bereichen des politischen Diskurses lokalisieren. Das heißt, die Identifizierung und Lösung von Problemen unterscheiden sich insbesondere in den verschiedenen Problematisierungen der politischen Argumentation (Anderson 1978).

***

Regierung ist eine Antwort auf ein bestimmtes Ereignis oder Problem. Wie diese Antwort ausfällt, hängt daher stark davon ab, wie das Problem wahrgenommen und artikuliert wird. Eine Analytik der Regierung zielt dementsprechend darauf ab, die kontextuellen Umstände zu erforschen, die ein Regieren ermöglichen.

„To study the logic of public policymaking one must look at the language of political discourse – the way public actions are argued, explained, and justified. […] If we are to investigate the logic of political evaluation we have to begin to attend closely to the nature of political argument and the language of political discourse in which the consideration and resolution of public issues is embedded.“ (Anderson 1978: 33f.)

Ziel dieses Kapitels war zum einen zu zeigen, wie Klimawandel im historischen Verlauf zu einem kommunalpolitischen Problem gemacht wurde, und zum anderen, die dahinterliegenden zentralen Argumentationsweisen aufzudecken. Dabei ging es darum offenzulegen, welche Aspekte im Akt der raum-zeitlichen Problematisierung ein- bzw. ausgeschlossen werden und wie sich Klimawandel dadurch als ein Regierungsobjekt konstituierte. Es wurde deutlich, dass der Klimawandel ausgehend von der Wissenschaft heute auch in Politik und Gesellschaft, insbesondere in seiner ökonomischen Dimension, als komplexes Problem wahrgenommen wird, welches aber als lös- und steuerbar gilt. Gleichzeitig hat sich eine Problematisierung durchgesetzt, die Kommunen als geeignete Maßstabsebene definiert, um den Klimawandel zu bekämpfen. In diesem Abschnitt wurde ein erster Einblick in die Implikationen gegeben, die diese dominanten Formen der Problematisierung für ein Regieren des Klimawandels in den Kommunen selbst bedeuten. Wie ein Regieren im Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“ vor dem Hintergrund der Konzeptualisierung als MLG-Problem, der Betonung der transformativen Kraft der Städte und einer Ökonomisierung des Klimadiskurses funktioniert und welche Implikationen diese Problematisierungen auf die Regierungsweise innerhalb des Praxisregimes haben, wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit diskutiert. Dabei geht es um die Priorisierung von technokratischen Steuerungsmodellen mit einem Fokus auf politischem Konsens, kollektiver Problemlösung sowie Koordination und Kooperation (Kapitel #New Public Cli-

mate Management) und die zunehmende Verbreitung und Nutzung von Best Practice-Beispielen als favorisierte Lösungsstrategie der Bekämpfung des Klimawandels auf kommunaler Ebene (Kapitel #Best Climate Practices).

# Den guten Praktiken auf der Spur

> Der Politik […] muss eine breite Informationspalette zur Verfügung gestellt werden, durch die sichergestellt wird, dass die Vorteile und Chancen, aber auch die Risiken, die sich aus 100% Klimaschutz ergeben, klar und transparent dargestellt werden. Dabei sollte neben Zahlen, Daten, Fakten und Szenarien für Rheine auch ein breites Angebot an sehr konkreten Beispielen aus anderen, vergleichbaren Kommunen zur Verfügung gestellt werden.
> *(Stadt Rheine 2013: 123)*

Juni 2016 in Berlin: Die Messe in Berlin ist für zwei Tage Treffpunkt für Kommunen, Verwaltung, Forschung und Unternehmen aus aller Welt, um im Rahmen von Ausstellungen, Konferenzsessions und Workshops Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung aufzuzeigen. Dreh- und Angelpunkt der „Metropolitan Solutions"-Messe ist die Präsentation und Verbreitung sogenannter Best Practice-Beispiele; sei es in Vorträgen, Workshops oder durch Informations- und Verkaufsstände. So preist bspw. die Firma Doppelmayr, unterstützt von UN-Habitat, in der Ausstellungshalle seine Seilbahnen als die nachhaltige Verkehrsinfrastrukturlösung an und der internationale Verband der Stadt- und Regionalplaner (ISOCARP) bietet mit dem Workshop „Best practices for sustainable cities – Towards the City We Need 2.0" insbesondere Akteuren aus dem Privatsektor und Stadtplanern die Möglichkeit, ihre Produkte und Best Practice-Beispiele zu präsentieren. Konferenzen, Tagungen und Messen – sogenannte „microspaces of globalization" (McCann 2011: 120) – spielen eine wichtige Rolle bei der Übertragung von politischen oder technologischen Blaupausen, da sie als Austauschplattform zentral sind für die Wissensproduktion und den Prozess des Lernens über Politiken und Techniken.

Veranstaltungen wie diese Messe in Berlin und deren Inhalte sind folglich nicht die Ausnahme, sondern die Regel: Die Praxis der Identifizierung, Nutzung und Verbreitung von guten Praktiken, die sich bewährt haben, ist sowohl im öffentlichen als

auch im privaten Sektor weit verbreitet. Kein einziges politisches Feld scheint ohne Best Practice-Beispiele auszukommen: Wohlfahrtspolitik, Stadterneuerung, Raumplanung, lokale Wirtschaftsentwicklung, Umwelt- und Klimapolitik, städtische Nachhaltigkeit, Regionalplanung usw. Man kann vielleicht sogar sagen, dass kein anderes politisches Instrument bei Politikern und Praktikern so beliebt und so weit verbreitet ist wie die Best Practices; sie finden sich auf allen Regierungsebenen – von der kommunalen bis zur supranationalen – und in allen räumlichen Kontexten und Maßstäben (Vettoretto 2009). Gerade weil Klimaschutz inzwischen in vielen Kommunen zum Aufgabenspektrum gehört und zahlreiche Prozesse angestoßen und Maßnahmen umgesetzt wurden, stehen die kommunalen Akteure vor immer komplexeren Aufgaben, da viele verschiedene Fachbereiche und Sektoren von Klimaschutzmaßnahmen betroffen sind. Der Bedarf an Informationen und Unterstützung auf dem Weg zu einem nachhaltigen, klimafreundlichen Systemwandel wächst dabei stetig. Insbesondere der Austausch und das Voneinander-Lernen durch übertragbare Erfolgsbeispiele werden von den Kommunen zunehmend nachgefragt. Es gibt daher auch akademische Artikel, in denen Wissenschaftler bestimmte Best Practice-Ansätze empfehlen (im Klimaschutz z.B. Demeritt und Nobert 2014; Schechtman 2015), Konferenzsessions, die die „zehn Best Practices für eine nachhaltige Stadtentwicklung“ aufzeigen (F-160601-Berlin), Nichtregierungsorganisationen wie bspw. transnationale Städtenetzwerke (TMNs) im Klimabereich, die Best Practice-Guides (z.B. C40) herausgeben oder Best Practice-Internetdatenbanken (z.B. Energy Cities) pflegen. Die Bundesregierung finanziert Klimaschutzmodellprojekte, die Dritte zur Nachahmung anregen sollen (BMUB 2016a); die EU-Städteagenda (EU 2016) konzentriert sich explizit auf die Finanzierung von Pilotprojekten mit dem Ziel, diese innerhalb der EU zu replizieren und die *Lessons Learnt* unter den Mitgliedsstaaten zu verbreiten (vgl. Vettoretto 2009; Tedesco 2010; Stead 2012; Boulanger und Nagorny 2018). Auch supranationale Institutionen wie die Weltbank oder die OECD haben sich zum Ziel gesetzt, Best Practices zu identifizieren und zu verbreiten (vgl. Radaelli 2004; Schedler und Proeller 2011; OECD 2012; Webber 2015; Courtright 2004).

In diesem Kapitel widme ich mich daher der Managementmethode „Best Practice“, die als kommunaler Problemlösungsmechanismus insbesondere in Bezug auf eine grüne Transformation zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Obwohl das Best Practice-Konzept kein neues oder besonders aktuelles Phänomen ist, sondern im Gegenteil ein breit akzeptiertes, unhinterfragtes Governance-Instrument mit einer umfangreichen Historie, bleibt zumeist offen, was genau unter einer Best Practice zu verstehen ist. Eine eindeutige Definition gibt es weder in der Wissenschaft noch in der Praxis. Im Folgenden befasse ich mich daher mit diesen Fragen:

1. Woher kommt der Begriff „Best Practice“?
2. Was ist unter dem Begriff zu verstehen?
3. Welche Kritik wurde bisher am Best Practice-Ansatz geübt?
4. Wie sieht der aktuelle Forschungsstand zu Best Practices aus?

Aus der Beantwortung dieser Fragen heraus argumentiere ich mein eigenes Forschungsinteresse und begründe die Wahl meines Forschungsansatzes anhand einer kritischen Auseinandersetzung mit dem aktuellen Forschungsstand und den vorherrschenden theoretischen Zugängen. Bevor ich mich der ersten Frage widme, halte ich es für den weiteren Verlauf dieser Arbeit zunächst jedoch für notwendig, zwischen den oft austauschbar verwendeten Begriffen Praxis und Praktiken zu unterscheiden. In der Praxisforschung stellt der Ausdruck Praxis nur einen emphatischen Begriff dar, um das gesamte menschliche Handeln – im Gegensatz zu Theorie und bloßem Denken – zu beschreiben. Praktiken meint aber etwas anderes: Eine Praktik ist eine routinierte Art des Verhaltens, die aus mehreren Elementen besteht, die miteinander verbunden sind. Zu diesen zählen bspw. Formen körperlicher und geistiger Aktivitäten, die Verwendung von Dingen, Hintergrundwissen in Form von Verständnis, Know-how oder auch Emotions- und Motivationswissen. Oder wie Schatzki (1996: 89) pointiert: „[Practice is] a temporarily unfolding and spatially dispersed nexus of doings and sayings.“ Als fundamentale theoretische Kategorie stellt eine Praktik also zusammengefasst eine routinierte Art und Weise dar, durch die Körper sich bewegen bzw. bewegt werden, Objekte und Artefakte gehandhabt, Subjekte behandelt, Dinge beschrieben werden und die Welt an sich verstanden wird (Reckwitz 2002).

## BEGRIFFSGESCHICHTE UND DEFINITION

Eine umfassende Genealogie des Best Practice-Begriffs und seiner historischen Entwicklung wäre zwar ein interessantes, aber den Rahmen dieser Arbeit sprengendes Unterfangen. Nichtsdestotrotz ist es sinnvoll, einen Überblick über die Entstehung des Begriffs und der dahinterliegenden Denkweisen zu geben.

Als geistiger Vater der Best Practice-Philosophie gilt Frederick W. Taylor, Begründer der wissenschaftlichen Betriebsführung und des Prinzips des *Taylorismus*.[1] Über 70 Jahre vor der Etablierung von Best Practice in den 1980ern als feststehender

1 Das Kernprinzip des Taylorismus sieht vor, industrielle Produktionsprozesse in ihre einfachsten, standardisierbaren Einzelschritte aufzubrechen und diese in koordinierte und überwachbare Sequenzen zu übersetzen. Ziel des Taylorismus war es, die Produktionseffizienz insgesamt zu erhöhen, indem der individuelle Tätigkeitsbereich der Arbeiter reduziert und so die Leistung optimiert wird (Gertler 2009).

Begriff des betrieblichen Managements formulierte Taylor bereits die These, dass zur Steigerung der industriellen Effektivität die jeweils optimale Lösung für ein bestehendes Problem identifiziert und übernommen werden müsse – wie das folgende Zitat verdeutlicht:

„Unter diesen verschiedenen Methoden und Werkzeugen , die für eine einzelne, elementare Operation in irgendeinem Gewerbe im Gebrauch sind, gibt es immer nur eine Methode und ein Werkzeug, schneller und besser als die übrigen, und diese eine beste Methode und das beste Werkzeug kann nur durch systematisches Studium und durch Prüfung aller Methoden und Werkzeuge, die im Gebrauch sind, gefunden werden […]." (Taylor [1913] 1995: 25)

Damit etablierte sich bereits Anfang des 20. Jahrhunderts die Annahme, dass es (1) einen besten Weg gibt, etwas zu tun; (2) es möglich ist, diesen Weg zu identifizieren und zu kodifizieren, wie dieser Weg aussieht; (3) es möglich ist, relevante Akteure von diesem besten Weg zu überzeugen und diesen umzusetzen und (4), dass es auch wünschenswert ist, dass dies getan wird (Snowden 2003). Der Best Practice-Begriff selbst setzte sich jedoch erst in den 1980er Jahren im Zuge einer vermehrten Anwendung von Benchmarking als populäre Managementpraktik zur Verbesserung von Produktionsprozessen durch (Montero 2017). Benchmarking gilt daher auch als Schwesterbegriff von Best Practice und bezeichnet den kontinuierlichen Vergleich von Produkten, Dienstleistungen sowie betrieblichen Prozessen und Methoden mit dem Ziel, die Leistungslücke zum besten Unternehmen systematisch zu schließen (Brannan et al. 2008; Bruno 2009; Ammons und Roenigk 2014).[2] Damit setzte sich ausgehend von der angloamerikanischen Betriebswirtschaftslehre die Managementmethode „Best Practice" weltweit durch und kommt heute sowohl in der Wirtschaft als auch zunehmend in der politischen Administration zur Anwendung, um Verwaltungs- oder Produktionsprozesse zu verbessern (Veselý 2011).

Im städtischen Kontext gewannen Best Practices seit Mitte der 1990er Jahre insbesondere durch Aktivitäten und Publikationen von UN-Habitat im Rahmen des „Best Practices and Local Leadership Programme"[3] an Bedeutung (Bulkeley 2006;

2 Zur Geschichte der Managementmethode „Benchmarking" empfiehlt sich die Studie von Bruno (2009), die Benchmarking als neoliberale Regierungstechnik analysiert.

3 Ziel des Programms ist es, politische Entscheidungsträger für kritische soziale, ökonomische und ökologische Fragen zu sensibilisieren und sie besser über die praktischen Mittel und politischen Optionen zur Verbesserung des Lebensraums zu informieren. Dies sollte hauptsächlich durch die Identifizierung, Verbreitung und Anwendung von Best Practices geschehen. Zu den wichtigsten Ergebnissen des Programms zählen dokumentierte und peer-reviewed Best Practices, Good Policy-Beispiele, Fallstudien und Transfer-Methoden. Diese Produkte stehen weltweit online über eine Best Practices-Datenbank zur Verfügung,

Angotti und Irazábal 2017; vgl. auch Tews et al. 2003). UN-Habitat (1997) schreibt Best Practices eine herausragende Rolle für die nachhaltige Stadtentwicklung zu und versteht Best Practices als „[…] actions that have made a lasting contribution to improving the quality of life and the sustainability of cities and communities". Die gesteigerte Popularität von Best Practice-Ansätzen in den lokalen Verwaltungen erklärt sich auch mit einer zunehmend unternehmerischen Rationalität kommunaler Politik im Allgemeinen. Das mit dem Best Practice-Konzept verwandte Reformparadigma wird auch als „New Public Management" (NPM) bezeichnet und entstand bereits Mitte der 1980er Jahre im Zuge neoliberaler Reformprozesse (Overman und Boyd 1994). Mit den Regierungs- und Denkweisen des NPM und dem Bezug zur Managementmethode „Best Practice" setze ich mich intensiv im Kapitel #New Public Climate Management auseinander.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass (1) die betriebswissenschaftliche Logik, auf der die Best Practice-Methodik beruht, schon über 100 Jahre alt ist; (2) dass sich der Best Practice-Ansatz mit einem feststehenden Begriff in den 1980ern zunächst als Managementpraktik im unternehmerischen Kontext etablierte und dann (3) in den 1990ern Jahren zunehmend in der öffentlichen Verwaltung – insbesondere auf kommunaler Ebene – durch die Förderung von Best Practice-Ansätzen seitens internationaler Organisationen wie UN-Habitat, Weltbank oder OECD und aufgrund weltweiter neoliberaler Reformen städtischer Verwaltungsstrukturen zur Anwendung kam.

Woher das Best Practice-Konzept stammt und wie es sich verbreitet hat, ist damit nachvollziehbar, doch was eine Best Practice ausmacht, ist noch nicht geklärt. Es herrscht ein erstaunlicher Mangel an begrifflicher Klarheit, der im krassen Gegensatz zur weit verbreiteten Anwendung der Methode steht – oder auch gerade darin begründet ist, da vermeintlich jeder „weiß", was unter dem Begriff zu verstehen sein sollte. Daher hat man nur äußerst selten das Glück, in Publikationen eine überzeugend formulierte Definition von „Best Practice" zu finden. Da es sich um einen englischen Ausdruck handelt, liegt nahe, zuerst das *Oxford English Dictionary* (Oxford University Press) zu konsultieren. Hier heißt es, bei Best Practice handele es sich um „[…] commercial or professional procedures that are accepted or prescribed as being correct or most effective".

Schaut man sich weitere Definitionsversuche an, stellt man zwei unterschiedliche Schwerpunkte fest. Erstens Definitionen, die sich auf die *Funktionalität und Prozesse* konzentrieren. Liem und McInerney (2008: 3) schreiben bspw.:

---

die bislang über 4000 bewährte Lösungen für gemeinsame soziale, ökonomische und ökologische Probleme aus 140 Ländern enthält (UN-Habitat 1997).

„Best practice refers to the most efficient and effective way of accomplishing a task, based on repeatable procedures that have proven themselves over time. It is efficient because they require minimal amount of resources (i.e., time and effort) and it is effective as they promise solid, evidence-based, and state-of-the-art work in a particular field that has proven to reliably lead to a desired outcome."

Als eine Best Practice gilt dann die bestmögliche bereits erprobte Methode oder Maßnahme zur Durchführung oder Umsetzung eines Ziels mit dem Potenzial der Reproduktion. Daraus folgt, dass es bei Best Practice um die Akkumulation und Anwendung von spezifischem Wissen geht; nämlich darum, was in welchen Situationen und Kontexten funktioniert und was nicht. Diese Art der Definition rückt die *Lessons Learnt* sowie kontinuierliches Lernen, Feedback, Reflexion und Analyse der Fragen was, wie und warum etwas funktioniert, ins Zentrum (Bendixsen und Guchteneire 2003). Der Fokus richtet sich somit auf bereits etablierte Praktiken, die sich „am Markt" durchgesetzt haben und potenziell zum Standard werden können.

Demgegenüber stehen zweitens Definitionen, welche die *Innovationskraft* von Best Practices betonen. Demnach stellt eine Best Practice eine herausragende innovative, nachhaltige und kreative Lösung in Bezug auf ein zuvor definiertes Problem dar, die zudem Replikationspotenzial besitzt (Bendixsen und Guchteneire 2003: 679). Brannan et al. (2008) stellen fest, dass Best Practice und Innovation eng miteinander verwobene Konzepte sind, die in der Literatur sogar häufig synonym verwendet werden. In beiden Fällen liegt der Sinn der Beschreibung und Verbreitung erfolgreicher Praktiken unter dem Label „Best Practice" in ihrer Funktion als inspirierende Richtlinie, insbesondere in Bezug auf (politische oder unternehmerische) Entscheidungsprozesse. Best Practices sollten keinesfalls als ultimative Wahrheiten oder „Goldstandards" aufgefasst werden. Der Begriff Best Practice soll stattdessen darauf hinweisen, dass eine Maßnahme bezüglich bestimmter Kriterien erfolgreich ist. Die Darstellung des Fallbeispiels soll zeigen, dass die „Best Practice" besser ist als viele vergleichbare Praktiken; keinesfalls aber als absolut beste Lösung überhaupt zu verstehen ist (Bendixsen und Guchteneire 2003).

In Abwesenheit einer allgemeingültigen Definition (Myers et al. 2004: 4) können vorerst folgende Punkte als Schlüsselelemente des Best Practice-Ansatzes bezeichnet werden:

- der Verzicht auf den Versuch, die beste Lösung selbst entwickeln zu müssen und stattdessen
- systematisch zu prüfen, welche Lösungen bereits in anderen Institutionen zur Verfügung stehen
- und ob diese in den eigenen Kontext zu übertragen sind.

Es besteht also weitgehend Einigkeit darüber, dass – wenn sich eine besonders gute oder erfolgreiche Praktik (im Unternehmen oder der Verwaltung) gefunden hat –, es Sinn macht, diese zu verbreiten und zu kopieren. Speziell für Kommunen bedeutet das, dass die Behörde auf der Suche nach Lösungen für ein spezifisches Problem auf bereits existierende Maßnahmen anderer Kommunen zurückgreifen sollte, um aus diesen zu lernen oder diese direkt zu übernehmen. So soll vermieden werden, das Rad ständig neu zu erfinden, sowie Kosten und Arbeitszeit eingespart werden, die für eine von Grund auf neue Entwicklung einer eigenen Lösung erforderlich gewesen wären (Brannan et al. 2008). Die Popularität einer Steuerungstechnik wie der Best Practice-Methodik wird von der risiko-aversen Natur des öffentlichen Sektors und dem gleichzeitigen Druck der kontinuierlichen Verbesserung befördert, sodass die Anpassung und Übernahme von bewährten Maßnahmen gegenüber dem Experimentieren mit neuen Ideen bevorzugt wird. Regieren durch Best Practices heißt also auch Wissensausbeutung statt Exploration neuen Wissens (Ammons und Roenigk 2014).

Nach der Prüfung verschiedener Definitionsversuche bleibt jedoch weiterhin unklar, was genau für *Praktiken*, *Prozeduren* und *Lösungen* hier gemeint sind, die als Best Practice bezeichnet werden. Im Rahmen dieser Arbeit sind damit konkrete technische, regulatorische, strategische, informative, finanzielle oder restrukturierende (Einzel-)Maßnahmen gemeint, die Kommunen umsetzen, um ihre Klimaschutzziele zu erreichen. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich explizit *nicht* um allgemein akzeptierte Methoden wie interkommunale Vernetzung, $CO_2$-Bilanzierung, die Einführung von Projektmanagementmethoden oder Beteiligungsverfahren, die auch als Best Practice im kommunalen Klimaschutz bezeichnet werden können. Gemeint sind hier indes die meist von externen Akteuren (z.B. TMNs, Forschungsinstituten, Beratungsunternehmen oder Ministerien und deren untergeordneten Behörden) identifizierten Beispielprojekte, die als vorbildlich bewertet und daher als Best Practice kommuniziert wurden mit dem ausdrücklichen Ziel der Nachahmung durch andere Kommunen. Oft haben diese Beispielmaßnahmen ein innovatives oder kreatives Moment, es gibt aber auch Best Practice-Beispiele, die sich bereits als Standard etabliert haben.

Beispiele sogenannter Best Practices aus dem Bereich des kommunalen Klimaschutzes sind etwa die Sanierung der Innenbeleuchtung von öffentlichen Einrichtungen (wie z.B. Schulen, Rathäusern oder Schwimmbädern), der Austausch von Heizungsumwälzpumpen in Einfamilienhäusern oder die „Stadtradeln-Kampagne“[4] des Klima-Bündnisses zur Radverkehrsförderung. Die Varianz reicht dabei von rein technischen Maßnahmen (z.B. die Inbetriebnahme eines geothermischen Heizkraftwerks oder die Umrüstung der Beleuchtung auf LED), über sozio-technische Interventionen

4 Weiterführende Informationen: www.stadtradeln.de

(z.B. Energieeinsparungsmaßnahmen an Schulen mit Bewusstseinsbildung zur Verhaltensänderung[5]), Öffentlichkeitsarbeit und partizipative Maßnahmen zur Aktivierung der Bevölkerung bis hin zu innovativen Finanzierungslösungen, rechtlichen Neuerungen oder Änderungen in der Verwaltungsstruktur (z.B. die Gründung eines neuen Fachbereichs oder einer neuen Stabsstelle „Klimaschutz").

Neben Best Practice wird häufig auch von „Good Practice" oder „Smart Practice" gesprochen. Good Practice greift die Kritik an Best Practice auf, nach der es unmöglich sei, die beste Praktik zu identifizieren. Dazu müssten wirklich alle Praktiken, die eine Lösung für ein bestimmtes Problem bieten, analysiert werden. Hinzu kommt, dass Best Practice relativ zur Ausgangssituation der Kommune zu bewerten ist: Was für die eine Kommune völlig neu ist, kann in der anderen Kommune bereits überholt sein. Daher ziehen viele Akteure der Praxis und auch Wissenschaftler vor, statt von Best Practice von Good Practice zu sprechen. Ich verwende die Begriffe in dieser Arbeit synonym, da der Begriff Best Practice trotz aller Kritik stärker verbreitet und etabliert ist und ich zudem der Meinung bin, dass der Austausch des Adjektivs weder die dahinterliegende Logik verändert, noch die angebrachte Kritik gänzlich aufzulösen vermag. Bardach (2012) schlägt darüber hinaus vor, statt von Best oder Good besser von Smart Practice zu sprechen, da seiner Meinung nach jede Praktik, der man besondere Beachtung schenkt, interessante Ideen oder Aspekte beinhaltet, die es zu analysieren und zu übertragen lohnt. Da ein solcher Ansatz allerdings eher auf (Politik-)Lernen abzielt und das Best Practice-Konzept weiter verwässert, halte ich diesen Begriff im Rahmen meines Forschungsinteresses für ungeeignet.

## KRITIK UND POSITIONALITÄT

Als einer der weitverbreitetsten und populärsten Steuerungsmechanismen im betrieblichen wie verwaltungstechnischen Kontext erfuhr die Best Practice-Methodik bereits aus unterschiedlichen Richtungen zahlreiche Kritik. Bevor ich mich mit den verschiedenen theoretischen Zugängen befasse, die in der Erforschung von Best Practices vorherrschend sind, gebe ich im Folgenden zunächst einen schlaglichtartigen Überblick über die Hauptkritikpunkte am Best Practice-Ansatz. Dabei kann man zwischen einer eher pragmatischen Kritik und einer stärker konzeptionellen Kritik unterscheiden. Erstere adressiert vornehmlich die praktische Anwendbarkeit und deren Limitationen. Letztere beleuchtet stärker die negativen Begleiterscheinungen und

5 Ein weitverbreitetes Best Practice-Beispiel ist in diesem Zusammenhang das „Fifty/Fifty"-Modell für Schulen: www.fifty-fifty.eu

Folgen einer unreflektierten Anwendung von Best Practices als Steuerungsmechanismus. Im Laufe dieser Arbeit komme ich an verschiedenen Stellen auf einige dieser Punkte zurück und vertiefe sie entsprechend.

### Pragmatische Kritik

1. Die Existenz von Best Practices an sich wird zurückgewiesen, weil der Erfolg von Maßnahmen extrem kontextabhängig sei. Die Vorstellung, dass es eine „beste" Praktik gibt, die man identifizieren und beschreiben kann, sei ein Irrglaube. Was an einem Ort funktioniere und dort als Best Practice zu bezeichnen wäre, müsse nicht notwendigerweise auch an einem anderen Ort gut funktionieren; im Gegenteil könne die Praktik dort sogar negative Auswirkungen haben. Gleiches gelte für die Ausgangssituation: Für eine Kommune, die gerade erst aktiv wird im Klimaschutz, mag der Austausch der Heizungsanlage im Rathaus als Best Practice kommuniziert werden. In einer Kommune, die schon viele Jahre Klimaschutz betreibt, ist das aber schon Selbstverständlichkeit und damit eher Must-have statt Best Practice (Wolman und Page 2002; Bardach 2003; Radaelli 2004; Francis und Holloway 2007; Macmillen 2010; Veselý 2011; Stead 2012; Macmillen und Stead 2014; Montero 2017).
2. Es wird bemängelt, dass die Identifizierung von Best Practices auf keiner einheitlichen Methode oder Systematik beruht. Es sei deshalb kaum nachvollziehbar, wie eine gute Praktik zu einer Best Practice (gemacht) wird; sie seien daher nicht „valide". Ebenso wird die mangelnde Evaluation der selektierten und als Best Practice ausgelobten Praktiken kritisiert. Viele Akteure sind daher skeptisch, ob es sich bei den Maßnahmen tatsächlich um eine Best Practice oder nicht eher nur um besonders erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit handelt (Overman und Boyd 1994; Wolman et al. 1994; Wolman und Page 2002; Myers et al. 2004; Wolman et al. 2004; Bretschneider et al. 2005; Bulkeley 2006; Francis und Holloway 2007; Veselý 2011; Stead 2012, 2013; Macmillen und Stead 2014).
3. Oft kritisiert wird auch der einseitige Fokus auf Erfolgsgeschichten. Viele Kritiker sind der Meinung, dass das Lernen aus Fehlern viel effektiver sei als das Lernen aus reinen Erfolgsgeschichten. Der Fokus auf Best Practices sei deswegen kontraproduktiv. Außerdem finde durch Best Practices eine zu starke Vereinfachung und Dekontextualisierung statt, sodass Lernen zusätzlich erschwert werde: Denn statt explizitem, verallgemeinerbarem Wissen seien Praktiker vielmehr an implizitem Erfahrungswissen (sogenanntem *tacit knowledge*) interessiert, um Maßnahmen erfolgreich nachzuahmen oder anzupassen (Wolman et al. 1994; Snowden 2003; Radaelli 2004; Wolman und Page 2002; Veselý 2011; Bardach 2012; Macmillen und Stead 2014).

4. Ein wesentlicher Kritikpunkt an der Best Practice-Methodik lautet, dass sich der theoretisch erhoffte Transfer empirisch nur in den seltensten Fällen beobachten lasse. Da die Kontextabhängigkeit eine Generalisierung und Ableitung allgemeiner Prinzipien erschwere (siehe Kritikpunkt #1), seien – gemessen an der Anzahl der kommunizierten Praxisbeispiele – nur wenige Best Practice-Beispiele hochmobil (Overman und Boyd 1994; Szulanski 1996; Wolman und Page 2002; Bulkeley 2006; Elwyn et al. 2007; Macmillen 2010; Veselý 2011; Stead 2012, 2013; Webber 2015).
5. Die Identifikation, Dokumentation und Verbreitung von Best Practices wird als viel zu zeitintensiv und damit auch zu teuer kritisiert. Dies konterkariere die vermeintliche Effizienzsteigerung, die man sich durch die Nutzung von Best Practices erhofft. Zudem bestehe in vielen Politikbereichen mittlerweile ein Überangebot an Best Practice-Beispielen, was die Entscheidungsfindung durch Überinformation eher erschwere statt erleichtere (Szulanski 1996; Bardach 2003; Snowden 2003; Wolman und Page 2002; Elwyn et al. 2007; Francis und Holloway 2007; Macmillen und Stead 2014; Stead 2012).
6. Kritisiert wird außerdem, dass die Verbreitung und Nachahmung von Best Practice-Beispielen statt zu Innovation und Exzellenz zu Angleichung, Standardisierung und Mittelmäßigkeit führe. Statt politischen und gesellschaftlichen Wandel anzuregen, trügen Best Practices eher dazu bei, den aktuellen Status quo zu reproduzieren (Radaelli 2004; Bulkeley 2006; Francis und Holloway 2007; Vettoretto 2009; Veselý 2011; Moore 2013; Ammons und Roenigk 2014).
7. Einige Kritiker sind zudem der Meinung, dass die Rolle und der Einfluss von Best Practices auf die politische Steuerung und Entscheidungsfindung allgemein stark überschätzt würden, was ihr transformatives Potenzial zusätzlich zum vorigen Kritikpunkt #6 beschränke (Wolman und Page 2002; Stead 2012, 2013; Vreugdenhil et al. 2012).

### Konzeptionelle Kritik

1. Recht fundamental wird die Best Practice-Methodik als atheoretisch, deskriptiv und normativ kritisiert. Sie basiere auf keinem theoretischen Fundament und sei rein anwendungsorientiert, indem sie meist in umfangreichen Fallstudien bestimmte Maßnahmen und Vorgehensweisen als vorbildlich und nachahmenswert preise und dadurch bestimmte Vorstellungen und Ideale optimierten Managements verbreite (Overman und Boyd 1994; Myers et al. 2004; Radaelli 2004; Vettoretto 2009; Veselý 2011; Schedler und Proeller 2011).

2. Diese propagierten Ideale orientierten sich meist an den Prinzipien des „New Public Management“ (NPM; siehe dazu Kapitel #New Public Climate Management), indem bspw. häufig Public-Private-Partnerships (öffentlich-private Partnerschaften) als Best Practice dargestellt werden. So trügen Best Practices auch zur Neoliberalisierung des Städtischen bei. Sie förderten somit eine zunehmend projektbasierte, desintegrierte Regierungsweise, was eine langfristige, systematische Steuerung behindere (Overman und Boyd 1994; Veselý 2011; Moore 2013; Peck und Theodore 2015; Angotti und Irazábal 2017).
3. Weiterhin wird der Best Practice-Methodik vorgeworfen, ein technokratischer und undemokratischer Steuerungsmechanismus zu sein. Produzenten und Verbreiter sogenannter Best Practice-Beispiele stellten zumeist ein (globales) Berater- und Expertentum ohne demokratische Legitimation dar, die so wesentlichen Einfluss darauf nehmen könnten, was in bestimmten Politikfeldern als vorbildliche Problemlösungsstrategie gilt und was nicht (Overman und Boyd 1994; Courtright 2004; Bulkeley 2006; Webber 2015; Angotti und Irazábal 2017; Montero 2017).
4. Als wesentlicher Kritikpunkt an der Regierungstechnik Best Practice wird die Beschneidung der politischen Debatte genannt. Zu häufig blieben Best Practices unhinterfragt und gelten als gut an sich. Eine solche Naturalisierung bestimmter Maßnahmen, die als Best Practice bezeichnet werden, dränge alternative Ansätze in den Hintergrund. Wenn die Vielfalt an Maßnahmen, die als Best Practices akzeptiert sind, zu stark eingeschränkt werde, dann gebe es in der Konsequenz auch weniger Möglichkeiten der Inspiration und Diskussion. Ergebnis sei eine zunehmende Depolitisierung ganzer Politikfelder (Courtright 2004; Radaelli 2004; Vettoretto 2009; Stead 2012; Moore 2013; Macmillen und Stead 2014; Angotti und Irazábal 2017).
5. Best Practices werden von einigen Autoren als *self-fulfilling prophecies* kritisiert. Oft trage die Selektion und Analyse eines Beispiels als Best Practice erst dazu bei, dass diese Maßnahme als vorbildlich oder herausragend angesehen werde (vgl. Kapitel #„Mit Ideen und Beispielen zum Erfolg!“ und #Zur Performativität von Best Practices). Durch vermehrte (politische) Aufmerksamkeit sei es für solche Projekte einfacher, Gelder einzuwerben, was das „Funktionieren“ zusätzlich erleichtere (Overman und Boyd 1994; Wolman et al. 2004; Vettoretto 2009; Veselý 2011; Stead 2012, 2013; Moore 2013).
6. Kritiker weisen darauf hin, dass Wissen in Form von Best Practices nie neutral sein könne, sondern stattdessen stets als Ausdruck eines Konflikts um Macht und Kontrolle verstanden werden müsse (vgl. Kapitel #Gouvernementalität). Das Best Practice-Konzept sei hingegen blind für Machverhältnisse und verschleiere (politische) Kämpfe in deren Produktionsprozessen (Overman und

Boyd 1994; Wolman und Page 2002; Vettoretto 2009; Moore 2013; Stead 2013; Webber 2015).

7. Als problematisch wird zudem erachtet, dass viele Best Practice-Beispiele aus dem „Westen“ bzw. dem Globalen Norden kommen und dem „Osten“ bzw. dem Globalen Süden zur Nachahmung empfohlen würden. Best Practices würden so die globale Hegemonie eurozentristischer Sichtweisen zementieren (Macmillen und Stead 2014; Angotti und Irazábal 2017).

### Eigene Position

Meine eigene kritische Grundhaltung lässt sich zwischen diesen beiden „Extrempositionen“ verorten. Grundsätzlich halte ich alle sieben Kritikpunkte aus der eher pragmatischen, anwendungsorientierten Perspektive für gerechtfertigt und wichtig, wenn man sich mit der Rolle und Wirkung sogenannter Best Practice-Beispiele in Regierungsprozessen auseinandersetzt. Gleichzeitig greift eine Kritik, die sich nur auf die praktische Anwendbarkeit und deren Limitationen beschränkt, aber zu kurz. Denn sie ignoriert, dass Best Practices keine objektiven Managementinstrumente sind, sondern im Gegenteil aktiv an der Schaffung, Veränderung und Mobilisierung von politischer Autorität, politischen Subjekten und Objekten, die sie adressieren, beteiligt sind. Anstatt nun jedoch den Best Practice-Ansatz aus einer eher theoretisch-konzeptionellen Perspektive pauschal abzulehnen oder allgemein als technokratisch, undemokratisch, neokolonial oder neoliberal zu kritisieren, halte ich es für sinnvoller und fruchtbarer, die Best Practice-Methodik als ein weitverbreitetes und einflussreiches Regierungsinstrument zu akzeptieren und eine kritische Analyse der Praktiken und Prozesse hinter den Best Practice-Beispielen in den Vordergrund zu stellen. Eine Erforschung des Funktionierens von guten Praxisbeispielen sollte dann auch deren politische Wirkmächtigkeiten und Effekte in den Blick nehmen und davon ausgehend eine kritische Bewertung der Regierungstechnologie „Best Practice“ ermöglichen.

## BEST PRACTICE-FORSCHUNG

Die sogenannte Best Practice Research (BPR) entstand in den 1990er Jahren im Rahmen der postbürokratischen Reformbewegung. Als Methode der Public Management-Forschung hat BPR zum Ziel, induktiv durch die Beobachtung und Untersuchung diverser erfolgreicher Einzelpraktiken ein verallgemeinerbares Prinzip herauszuarbeiten und dadurch zur Verbesserung und Effizienz von Verwaltungsprozessen beizutragen. BPR bringt daher Forscher und Praktiker zusammen und ist an handlungsrelevanten Erkenntnissen interessiert (Overman und Boyd 1994: 69): „[…] the

selective observation of a set of exemplars across different contexts in order to derive more generalizable principles and theories of [public] management."

Bis heute ist das Hauptziel des Best Practice-Forschungsprogramms vornehmlich die Identifikation innovativer Best Practices und daran anschließend deren Transfer und Anpassung an andere Kontexte. Methodisch dominieren dabei zwei Vorgehensweisen: der quantitativ-mikro-ökonomische Ansatz und der qualitative *Case Study*-Ansatz (Myers et al. 2004; Veselý 2011). Vertreter des quantitativen Ansatzes verfolgen das Ziel, so viele Beispiele wie möglich zu einem spezifischen Problem zu sammeln, um dann mithilfe einer statistischen Analyse die „beste" Praktik zu identifizieren (Bretschneider et al. 2005). Vertreter des qualitativen Ansatzes hingegen machen sich zunächst auf die Suche (in Literatur, im Feld, in Datenbanken, durch Expertengespräche etc.) nach Beispielen, die als Best Practice angesehen werden und leisten dann eine möglichst dichte Beschreibung der Maßnahmen und ihrer spezifischen Kontexte mit dem Ziel, daraus ein vereinfachtes Prinzip abzuleiten, das in andere Kontexte übertragen werden kann (Myers et al. 2004; Veselý 2011). Ein weiteres Augenmerk liegt auf der Entwicklung von Konzepten und Handlungsempfehlungen, wie gute Praktiken am besten genutzt und übertragen werden können und welche Hindernisse dabei auftreten können (Bardach 2003, 2012).

Es lassen sich grob zwei verschiedene Ziele einer solch deskriptiv-analytischen Vorgehensweise unterscheiden. Erstens gibt es eine Reihe von Arbeiten, die eine Nation oder eine Stadt in bestimmten Politikbereichen als vorbildlich identifizieren und diese Steuerungspraktiken dann beschreiben. Dabei handelt es sich zumeist um umfangreiche Fallstudien (bspw. Borins 1998; Boston et al. 1998; Mix und Herweijer 1996). Zweitens gibt es eine Reihe von Studien, die verschiedene Steuerungspraktiken und Maßnahmen eines Politikbereiches international vergleichen und diese anhand bestimmter Kriterien und Ziele bewerten. Auf dieser Grundlage wird festgelegt, welche Gestaltungen und Verfahrensweisen am besten zur Zielerreichung beitragen. Diese werden dann zur Nachahmung empfohlen. Ein solcher Ansatz wird insbesondere von internationalen Organisationen wie der Weltbank oder der OECD verfolgt (z.B. Roseberry 1996; OECD 2002, 2012; OECD und International Energy Agency 2012; World Bank Group 2012; Webber 2015; Getz und Goldberg 2016; Courtright 2004).

Die BPR ist dabei rein anwendungsorientiert und wird daher auch als atheoretisch kritisiert (Francis und Holloway 2007). Eine generelle theoretische Konzeptualisierung des Best Practice-Ansatzes an sich und damit eine kritische Analyse dieses Konstrukts bleiben bei einem solchen Vorgehen marginal. Aufgrund der starken Verbindungen der Best Practice-Methodik zu Themen wie *Imitation*, *Transfer*, *Diffusion* und *Innovation* kristallisieren sich zwei sehr unterschiedliche Perspektiven zur Erforschung von Best Practices heraus.

Zum einen sind Konzepte zur Erforschung der Diffusion, des Transfers und der Transformation von Politiken, Innovationen bzw. Politikinnovationen zu nennen, die sich insbesondere für eine stärker theoretisch-konzeptionelle Auseinandersetzung mit der Steuerungstechnik Best Practice anbieten. Die Mehrheit sozialwissenschaftlicher Arbeiten bezieht sich dementsprechend u.a. auf Konzepte des Politiktransfers bzw. der Politikdiffusion in der Erforschung von Best Practices (Brannan et al. 2008; Macmillen und Stead 2014; Montero 2017; Radaelli 2004; Stead 2012; Vreugdenhil et al. 2012; Webber 2015; Wolman und Page 2002). Das Haupterkenntnisinteresse dieser Art von Arbeiten liegt darin zu verstehen, wie und weshalb sich bestimmte Best Practices global stark verbreiten (oder eben nicht) und welche Akteure und Prozesse eine Schlüsselrolle im Diffusionsprozess einnehmen.

Zum anderen sind Theorien des Wissensmanagements und des organisationalen Lernens in Bezug auf Best Practice- und Benchmarking-Methoden weit verbreitet. Diese stehen stärker in der Tradition der Managementforschung; sei es im unternehmerischen oder im polit-administrativen Kontext (Szulanski 1996, 2011; Hartley und Allison 2002; Snowden 2003; Elwyn et al. 2007; Francis und Holloway 2007; Ammons und Roenigk 2014). Solche Arbeiten fokussieren sich auf die Frage, wie und mithilfe welcher Prozesse Lernen innerhalb einer Organisation oder zwischen verschiedenen Organisationen optimiert werden kann.

Letzterer Zugang spielt im Rahmen dieser Arbeit eine untergeordnete Rolle, da es mir weniger darum geht aufzuzeigen, welche Methoden der Wissensvermittlung besonders geeignet sind, ein effektives Lernen zwischen Kommunen zu befördern oder Erfolgsfaktoren bzw. Barrieren zu identifizieren, die die Replikationsfähigkeit von Best Practices fördern bzw. behindern (siehe dazu stattdessen Boulanger und Nagorny 2018). Nichtsdestotrotz geben Arbeiten wie die von Ammons und Roenigk (2014), Francis und Holloway (2007), Elwyn et al. (2007), Snowden (2003) sowie Hartley und Allison (2002) wertvolle Einblicke zu Funktionsweisen und praktischen Herausforderungen bei der Anwendung von Best Practice- und Benchmarking-Methoden.

### Politiktransfer, Politikdiffusion, Politiklernen und Policy Mobility

Da sich das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit auf das Prinzip der Nachahmung und das Konstrukt Best Practice an sich im Politikfeld des kommunalen Klimaschutzes richtet, erachte ich es für sinnvoll, sich genauer mit dem Stand der Forschung zu Politiktransfer und -diffusion auseinanderzusetzen. Bereits seit den 1960er Jahren befassen sich soziologische und politikwissenschaftliche Studien mit Fragen der Diffusion von (Politik-)Innovationen. Sie gehen dabei der Frage nach, wie Politiken, Programme und Ideen innerhalb einer größeren Staatengruppe übertragen werden. Diffusion wird hier als Mechanismus verstanden, durch den Politikinnovationen

kommuniziert werden. Als Klassiker der Diffusionsforschung gelten Arbeiten wie die von Walker (1969) und Gray (1973), die sich damit auseinandersetzen, wie sich Politikinnovationen zwischen den US-Staaten verbreiten und warum einige Staaten schneller Innovationen adaptieren als andere. Den Grundstein für diese Art der Diffusionsforschung legte (Rogers [1962] 1995), der Diffusion als einen Kommunikationsprozess beschreibt, durch den eine Innovation (eine neue Idee, Praktik oder Technologie) in einem bestimmten Zeitraum über bestimmte Kanäle zwischen den Mitgliedern eines sozialen Systems verbreitet wird. Dabei regt die Innovationsdiffusion sozialen Wandel an, da sie existierende Strukturen und Funktionen sozialer, politischer oder technischer Systeme verändert. Die Diffusionstheorie versucht dementsprechend zu erklären, wie, warum und mit welcher Rate sich Innovationen verbreiten. Diffusion wird so zu einer abgrenzbaren Gruppe von Kausalfaktoren, die nationalen Wandel und internationale Politikkonvergenz vorantreiben. Sowohl Rogers ([1962] 1995) als auch Walker (1969) und Gray (1973) sind daher an der Erklärung bestimmter Übernahmesequenzen von Innovationen interessiert und identifizieren spezifische Übernahmemuster und Ausbreitungskurven von Innovationen. Auch aktuellere Studien, wie z.B. die von Kern (2000) zur Diffusion umweltpolitischer Innovationen in den USA; die von Tews et al. (2003) zur Diffusion marktbasierter bzw. freiwilliger umweltpolitischer Instrumente in der EU; oder die von Rave (2016) zur deutschen Energiewende, untersuchen, wie und warum sich (politische) Innovationen in bestimmten Räumen verbreiten.

Eine Wiederbelebung erfuhr die Diffusionstheorie mit der Etablierung der Politiktransferforschung als eigenständige Disziplin der vergleichenden Politikwissenschaften in den 1990er Jahren. Ausgehend vom Phänomen der Politikkonvergenz – also der zu beobachtenden internationalen Angleichung politischer Institutionen und Maßnahmen – zielt die Politiktransferforschung darauf ab, Prozesse des Politikwandels, der durch Beispiele und Ideen aus anderen Orten und Politiksphären herbeigeführt wird, zu verstehen. Laut der vielzitierten Definition von Dolowitz und Marsh (1996) ist unter Politiktransfer ein Prozess zu verstehen, durch den Wissen über Politiken, administrative Arrangements, Institutionen und Ideen aus einem (vergangenen oder aktuellen) politischen System für die Entwicklung von Politiken, administrativen Arrangements, Institutionen und Ideen in einem anderen politischen System genutzt wird. In umfangreichen qualitativen Fallstudien wird zumeist ein bestimmtes politisches Programm untersucht, das von einem Land in ein anderes übertragen wird. Der Fokus liegt daher mehrheitlich auf der nationalstaatlichen Ebene (Wolman 1992; Dolowitz 1997; Holzinger et al. 2007). Politiktransferstudien beleuchten im Zuge dessen insbesondere Inhalt und Entscheidungsprozesse von Politiktransfers, indem sie sich mit den Akteuren des Transfers (wie z.B. Politikern und politischen Parteien, Verwaltungsangestellten und Beamten, Interessenverbänden und Lobbygruppen, politischen Beratern und Experten sowie supranationalen Institutionen) befassen; die Gründe für den Transfer (dabei insbesondere, ob er freiwillig oder zwanghaft ist)

untersuchen; analysieren, was übertragen wird (z.B. politische Ziele oder Visionen; politische Instrumente oder administrative Techniken; Institutionen; Ideologien; Ideen, Einstellungen und Konzepte) und ergründen, woher die übernommenen Lösungen stammen (Dolowitz und Marsh 1996, 2000). So werden auch verschiedene Grade des Transfers unterschieden – von Kopie über Emulation und Hybridisierung zu Synthese und Inspiration – sowie Barrieren und Treiber des Politiktransfers identifiziert (Rose 1991, 1993; Dolowitz und Marsh 1996, 2000).

Bei Best Practices geht es jedoch nicht nur um den Transfer oder die Diffusion an sich, sondern auch darum, was man aus den Beispielen lernen kann, selbst wenn man das Beispiel nicht direkt übernehmen oder anpassen kann. Zeitgleich und eng verknüpft mit Fragen des Politiktransfers entwickelte sich eine Reihe an Studien zum Thema des Politiklernens.[6] Best Practices werden hier als Technik des Politiklernens verstanden (Radaelli 2004) und Macmillen (2010) ist sogar der Ansicht, Best Practices seien de facto zum Synonym von Politiklernen geworden. Lernen, so die Argumentation, dient der verbesserten Zielerreichung in Regierungsprozessen; oder wie Hall (1993: 278) beschreibt: „[…] we can define social learning as a deliberate attempt to adjust the goals or techniques of policy in response to past experience and new information. Learning is indicated when policy changes as the result of such a process."

Kernelemente dieser Konzeptualisierungen sind „rationale Akteure" oder zumindest rationale Entscheidungsprozesse, durch die versucht wird, zu lernen und Best Practices zu identifizieren (Rose 1991, 1993; Dolowitz und Marsh 1996). Dabei werden Politiken als Werkzeuge behandelt, die übertragen und dann auf ähnliche Probleme an anderen Orten angewendet werden können. Dieser Perspektive liegt die Vorstellung zugrunde, dass die Unzufriedenheit der politischen Entscheidungsträger mit dem Status quo in die Suche nach effektiven Politiklösungen für ein zuvor identifiziertes Politikproblem mündet mit dem Ziel, aus diesen zu lernen oder diese vor Ort direkt zu kopieren bzw. anzupassen (Rose 1993; James und Lodge 2003; Peck und Theodore 2015). Rose (1991) bezeichnet diese Suche, die zunächst in der eigenen Organisation beginnt und sich dann auf ähnliche bzw. vertraute Organisationen ausweitet, auch als „Lesson-Drawing". Es handelt sich also um einen Prozess, der systematisch verschiedene Lösungen betrachtet, diese auf Grundlage von Erfolg, Vertrautheit und Angemessenheit gegeneinander abwägt und die passendste Maßnahme übernimmt und an den lokalen Kontext anpasst. Die dahinterliegende Logik, wie sie Rose (1991: 4) beschreibt, ähnelt dabei stark der Best Practice-Methodik: „[…] confronted with common problems, policy-makers in cities, regional governments, and nations can learn from how their counterparts elsewhere respond. More than that, it

6 Teilweise wird Politiktransfer auch als Subdisziplin des Politiklernens dargestellt.

raises the possibility that policy-makers can draw lessons that will help them deal better with their own problems."

Wissen und Lernen sind damit zentrale Faktoren der Politikgestaltung. Dabei geht es den Vertretern dieser Forschungsrichtung jedoch nicht um Fragen zum Verhältnis von Wissen und Macht (siehe dazu Kapitel #Gouvernementalität), sondern – weitaus pragmatischer – um die Erforschung der Rolle von Wissen in politischen Steuerungsprozessen durch die Beantwortung von Fragen mit ähnlichem Erkenntnisinteresse wie dem der Politiktransferstudien: Wer lernt? Was wird gelernt? Welche Effekte übt das Lernen auf die resultierenden Politiken aus? Und welche Bedingungen und Umstände begünstigen einen erfolgreichen Maßnahmentransfer? (Bennett und Howlett 1992). Bei diesen Fokussierungen werden dem sozialen und ideologischen Kontext der Regierungsprozesse, der Politik der Wissensproduktion oder den weniger offensichtlichen Arenen der politischen Praxis und Implementierung wenig Beachtung geschenkt (Peck und Theodore 2015).

Durch die kritische Auseinandersetzung mit der Policy Transfer-Forschung etablierte sich seit etwa 2008 in der Humangeographie eine Forschungsrichtung unter dem Begriff „Mobile Policies" (McCann 2008). Im Gegensatz zum ganzheitlichen, intakten *Transfer* zwischen inerten institutionellen Landschaften betonen neuere Arbeiten der Mobile Policy-Forschung insbesondere die *Transformation* von Politiken, die auf ihren Reisen ständigen Veränderungen, Neuformierungen und Rekonfigurationen unterworfen seien (Peck 2011). Damit soll eine Reifizierung bestimmter Politiken und deren spezifischer Gestaltungsmerkmale vermieden werden (Peck und Theodore 2015). Ein besonderes Interesse gilt dabei der Ausbreitung neoliberaler Ideen und ihrer Manifestation in konkreten Politikstilen und Programmen (McCann und Ward 2011). Im Zuge dessen werden auch Fragen danach gestellt, anhand welcher Kriterien Modelle als erfolgreich angesehen bzw. andere Ideen als nicht-übertragenswert dargestellt werden oder wie sich bestimmte Interessen bei der Übernahme erfolgreicher Politiken durchsetzen und damit andere Visionen für die zukünftige Ausrichtung von lokaler Politik verdrängt werden (Ward 2011).

Hinzu kommt, dass nicht der wissend-rationale Akteur als Ausgangspunkt des Politiktransfers gesehen wird, sondern den Akteursnetzwerken zwischen lokalen Politikern, übergeordneten Institutionen (z.B. EU, Ministerien etc.) und Experten (meist privaten Beratern), die bestimmte Ideen vorstellen und bewerben, eine zentrale Bedeutung zugeschrieben wird. Diese Netzwerke stellten die Mobilität von Politiken durch Fixierung der Modelle und Transferierung derselben erst her (McCann 2011). Laut McCann (2008, 2011) spielt bei der Expansion bestimmter Politiken neben den lokalen politischen Akteuren besonders die „global consultocracy" (McCann 2011: 114), die Erfolgsgeschichten an Interessierte weitertragen und damit wichtige Informationen zwischen Städten verbreiten, eine zunehmende Rolle. Deren Hauptaufgabe sieht vor, Wissen über bestimmte Best Practices, erfolgreiche Städte und andere neue

Ideen zu sammeln, aufzubereiten und vor einem bestimmten Publikum zu präsentieren (Cook 2008).

„The increasing globalisation of communication via international organisations, transnational advocacy coalitions or global scientific discourse offers channels for the diffusion of knowledge, best practice, perceptions of problems or the creation of common needs and beliefs." (Tews et al. 2003: 572)

Über Akteure hinaus spielen auch, wie eingangs am Beispiel der Berliner Messe „Metropolitan Solutions" verdeutlicht, Konferenzen, Tagungen und Messen – sogenannte „microspaces of globalization" (McCann 2011: 120) – eine wichtige Rolle bei der Übertragung von Politikmustern, da sie eine Austauschplattform bieten. Sie sind zentral für die Wissensproduktion und den Prozess des Lernens über Politiken. Dies betont die Bedeutung von Infrastrukturen der Informationsbereitstellung, in denen Ideen und Konzepte über Politiken ausgetauscht und angeboten werden. Hierzu zählen neben politischen Organisationen auch Medien wie Internetplattformen, die den Zugriff auf Wissen erleichtern, wodurch erfolgreiche Politikmuster für viele Städte erst attraktiv werden.

## Regieren durch Best Practices

Eine vom Mobile Policy-Ansatz inspirierte Arbeit würde das Reisen von Best Climate Practices sowie deren Bewertung und Selektion in bestimmten Akteursnetzwerken ins Zentrum der Untersuchung stellen (vgl. Montero 2017). Dabei stünden Fragen nach der Mobilität bzw. der Immobilität von guten Praktiken sowie deren strategische Rolle für die produzierenden Institutionen im Zentrum des Forschungsinteresses (vgl. Webber 2015). Oft fokussieren sie jedoch vorrangig den direkten, bewussten Import von relativ klar umrissenen Politikmodellen; dadurch gerät aus dem Blick, „wie global zirkulierende Ideen bisweilen nur langsam und diffus […] in lokale Politikdiskurse aufgenommen werden, wie sie in Identitäten und lokale Praktiken übersetzt werden und welche lokalen Verschiebungen von Kräfteverhältnissen dem Transfer vorausgehen und darauf folgen" (Künkel 2015: 13). Nur selten sind mobile Politikmodelle Pakete mit einem klar definierten Inhalt; häufiger handelt es sich um eine breite Spanne an Produkten, die den städtischen Verwaltungen angeboten werden. Die Vorstellung, mobile Politiken kämen einfach an bestimmten Orten „an", ist daher irreführend: Dieses Ankommen setzt eine spezifische Rahmung in einem konkreten lokalen Kontext, ein Anpassen an bereits etablierte Machtverhältnisse sowie ein Einpassen in die vorhandenen Rationalitäten der kommunalen Regierung voraus (vgl. Heinelt und Lamping 2015; Mattissek und Sturm 2017). Das Forschungsinte-

resse sollte sich deshalb zum einen verstärkt auf den spezifischen Kontext der Einschreibung und zum anderen auf die heterogenen Elemente, die sich in einem mobilen Politikmodell gruppieren, richten (Dzudzek und Lindner 2015). Dies erfordert eine Verschiebung des Analyseschwerpunkts auf die gleichzeitige Transformation von Politikmodellen sowie der kommunalen Settings, in welche sie intervenieren und durch die sie wirken. Insbesondere neuere Arbeiten aus der Policy Mobility-Forschung nehmen daher verstärkt die Veränderung der Politikmodelle auf ihrer Reise bzw. die Anpassungsprozesse bei deren Implementierung vor Ort in den Blick (z.B. Dzudzek und Lindner 2015; Robinson 2015; Kortelainen und Rytteri 2016).

Anstatt sich aber ausschließlich auf das Reisen von bestimmten Politikpaketen wie Best Practices und deren Wandel zu fokussieren, erachte ich es darüber hinaus für dringend notwendig zu verstehen, wie die Fixierung auf Best Practices in der politischen Praxis entstand, wie Best Practices als Regierungstechnik verwendet werden, warum sie verwendet werden und welche Implikationen diese Nutzung für die Problemdefinition, Regierungsweisen und Entscheidungsfindung in der kommunalen Klimapolitik in Deutschland hat. Das heißt, der Fokus liegt weder auf einem spezifischen Politikmodell und seinem Reisen durch verschiedene Orte noch auf seiner Transformation; denn der Transfer von Best Practices ist nicht nur eine Frage von Politikexperimenten, die von einem Kontext in einen anderen übertragen werden. Vielmehr geht es mir um die Analyse der Hervorbringung und Nutzung eines Regierungsinstruments, das die klassischen Fragen wie die nach den Wissensformen und der -produktion oder die nach der Politikevaluation und den Regulierungsweisen mehr oder weniger radikal neu definiert (Vettoretto 2009). Somit stehen der strategische Einsatz von Best Practices als Regierungstechnologie, deren politische Wirkmächtigkeit und ihre transformativen Effekte im Zentrum der Untersuchung, weshalb sich für die Analyse der Rolle von Best Practices im Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“ eine Regierungsperspektive anbietet. Dazu arbeite ich mit den Kategorien der Problematisierung (Kapitel #Problematisierung: Vom Phänomen zum Problem), der Regierungsrationalitäten (Kapitel #Politische Rationalitäten) und der Regierungstechnologien (Kapitel #Rationalitäten und Technologien). Im folgenden Kapitel – #Die Kunst, den Klimawandel zu regieren – schlage ich daher einen Gouvernementalitätszugang zur Erforschung von Best Practices als Regierungstechnologie im kommunalen Klimaschutz vor.

## PROJEKTDESIGN

Bevor ich das Konzept der Gouvernementalität als eine Perspektive zur theoretischen Weiterentwicklung des Best Practice-Begriffs vertiefe, lege ich im zweiten Teil dieses Kapitels zunächst meine eigenen Forschungspraktiken, die sich an einer pragmatischen Grounded Theory-Methodik anlehnen, offen. Ausgehend von der besonderen Bedeutung, die Räumlichkeit und Zeitlichkeit sowie Körperlichkeit und Materialität bei der Nachahmung von Praktiken einnehmen, folge ich im Rahmen dieser Forschungsarbeit den „besten" Praktiken durch Raum und Zeit (vgl. Anhang A). Dazu untersuche ich die vielfältigen Beziehungen zwischen den Nachahmungen, wie das zitierende Aufgreifen von Best Practices, Aneignungsprozesse von Best Practices sowie deren Verbindungen zu stabilisierenden Artefakten wie Broschüren oder Datenbanken. Diese Hinwendung zur Praxis als Herzstück der theoretisch-empirischen Analyse bedeutet gleichzeitig auch die Abwendung eines „scholastischen" Theorieverständnisses (Alkemeyer und Buschmann 2016: 116). Mir geht es in dieser Arbeit explizit nicht um die Entwicklung neuer abstrakter oder formallogischer Theoriegebäude zur Erklärung sozialer Wirklichkeit, sondern ich konzentriere mich mithilfe einer Verbindung von praxeologischer Feldforschung und dokumentarischer Textanalyse auf jene Handlungen, Prozesse, Beziehungen und Kontexte, durch die die gewöhnliche, wirkliche und alltägliche Welt konstituiert wird (Jones und Murphy 2011). Damit möchte ich eine „Intellektualisierung" des sozialen Lebens – die Tendenz von Sozialwissenschaftlern, Intentionen, Motivationen, Gründe oder Ursachen in Handlungen und Verhalten hineinzulesen, oder in anderen Worten: eine theoretische Überinterpretation – vermeiden (Everts et al. 2011). Hauptziel ist stattdessen, bestimmte praktische Phänomene und Zusammenhänge zunächst überhaupt sichtbar zu machen und ihre empirische Erforschung anzuregen (Reckwitz 2016).

Wie in der Einleitung bereits geschildert, ergab sich die Idee und Motivation für dieses Promotionsprojekt direkt aus meiner beruflichen Tätigkeit beim Climate-KIC zwischen Juli 2013 und November 2014. Das heißt auch, dass meine Forschungsarbeit ein Problem aus der Praxis behandelt. Das Ziel liegt dementsprechend stets darin, „[…] dafür offen zu bleiben, was tatsächlich passiert und nicht darin, Daten mittels vorgefasster Hypothesen und Vorlieben zu filtern. Es geht darum, zuzuhören, zu beobachten und so die zentrale Problemstellung der Teilnehmenden im Feld zu *entdecken* sowie deren Art und Weise der Problemklärung." (Glaser 2011: 148) Wie Alkemeyer und Buschmann (2016: 127) betonen, liegt ein soziales Geschehen allerdings nie einfach offen zu Tage, „sondern muss durch die Einrichtung einer Analyse-Optik methodisch beobachtbar gemacht werden". In einem an Praktiken orientierten Forschungsprogramm ist deshalb die Genese von Erklärungsmustern niemals ohne empirische Arbeit möglich. Gleichzeitig erfordert die empirische Arbeit aber auch ein theoretisches Instrumentarium, mithilfe dessen erst bestimmt werden kann, was

überhaupt untersucht werden soll. Zudem bedarf es einer wissenschaftstheoretischen Reflexion, die es ermöglicht, die eigene Forschungspraxis kritisch zu beleuchten und zu hinterfragen, um die Erfahrungswirklichkeit sozialer Akteure adäquat einfangen und interpretieren zu können (Hillebrandt 2014). Das Projektdesign zeichnet sich daher durch eine umfassende Triangulation verschiedener Methoden der qualitativen Sozialforschung aus; nämlich teilnehmende Beobachtungen, Experteninterviews und Dokumentenanalysen, die durch eine quantitative Inhaltsanalyse von Best Practice-Beschreibungen ergänzt werden. Mein Vorgehen ist dabei inspiriert von Verfahren der Grounded Theory, die als gegenstandsnahe, datenbasierte und methodisch offene Forschungsstrategie mit ihrer Prozessorientierung, dem Kodieren und den stetigen Vergleichen ein geeignetes Ensemble von Methodenelementen anbietet, um die Rolle von Best Practices praxisnah zu untersuchen und Erklärungsmuster aufzudecken.

## Methodischer Zugang

Die Grounded Theory-Methodik (GTM) ist ein Verfahren sozialwissenschaftlicher Hermeneutik, welches in Zusammenarbeit der Soziologen Barney Glaser und Anselm Strauss in den 1960er Jahren (Glaser und Strauss 1967) entwickelt wurde. Die GTM ist eine Forschungslogik, die theoretische Konzepte und Modellierungen auf Basis empirischer Erfahrung entwickelt. Das Forschen mit der GTM zeichnet sich durch Prozessorientierung aus: Dies bedeutet, dass eine Verwebung von Datenerhebung und -analyse angestrebt wird. Gesammelte Daten sollten kontinuierlich durch eigene Reflexion und Rückkopplung an bereits existierende Literatur verglichen werden (Breuer 2010). Analyse und Theoriebildung beginnen bereits mit dem ersten erhobenen Datenmaterial und dienen als Startpunkt für eine fortlaufende Präzisierung der Forschungsfrage sowie der kontinuierlichen Theoriegenerierung (Mey und Mruck 2011: 23). Ziel ist die Aufdeckung und Genese spezifischer Erklärungsmuster für bestimmte soziale Erscheinungen oder Problemfelder, die aus den erhobenen empirischen Daten erarbeitet werden sollen.

Ich nehme der GTM gegenüber eine methodologisch flexible Haltung ein und sehe mich damit in der Nähe der pragmatisch inspirierten Variante der GTM von Strauss, der selbst postulierte, dass „Grounded Theory […] weniger eine Methode oder ein Set von Methoden, sondern eine Methodologie und ein Stil [ist], analytisch über soziale Phänomene nachzudenken“ (Strauss 2011: 74). Dabei orientiere ich mich an den drei Kernelementen der GTM – dem Kodieren, dem theoretischen Sampling und den konstanten Vergleichen –, die Strauss (2011: 74f.) wie folgt beschreibt:

„Erstens die *Art des Kodierens*. Das Kodieren ist theoretisch, es dient also nicht bloß der Klassifikation oder Beschreibung der Phänomene. Es werden theoretische Konzepte gebildet, die einen Erklärungswert für die untersuchten Phänomene besitzen. Das Zweite ist das *theoretische*

*Sampling.* […] Ich habe sehr früh begriffen, dass es darauf ankommt, schon nach dem ersten Interview mit der Auswertung zu beginnen, Memos zu schreiben und Hypothesen zu formulieren, die dann die Auswahl der nächsten Interviewpartner nahe legen. Und das Dritte sind die *Vergleiche*, die zwischen den Phänomenen und Kontexten gezogen werden und aus denen erst die theoretischen Konzepte erwachsen. Wenn diese Elemente zusammenkommen, hat man die Methodologie. […] Wenn die genannten drei Essentials beachtet werden, ist es Grounded Theory, wenn nicht, ist es etwas anderes." (eigene Hervorhebungen)

Das Ziel einer an GTM orientierten Analyse ist die Entwicklung einer „Theorie" durch das Verstehen und Beschreiben von sozialen Phänomenen – im vorliegenden Fall der Rolle von Best Practices im kommunalen Klimaschutz – mittels Kodieren, theoretischem Sampling und stetigen Vergleichen. Fallauswahl, Erhebungs- und Kodierphasen sowie sukzessive „Theoriekonstruktion" durch das Schreiben von Memos[7] verlaufen dabei nicht linear, sondern parallel bzw. zyklisch. Ausgehend von ersten empirischen Ergebnissen und Erfahrungen im Feld durch Kodieren und Memoschreiben werden neue Überlegungen zum Sampling angestellt, die wiederum zu neuen Daten führen, die nach mehreren Schleifen zur Modellbildung führen. Die zu entwickelnde „Theorie" entsteht dadurch in erster Linie aus den erhobenen Daten, das heißt, sie soll in den Daten begründet sein, woraus sich auch der Begriff Grounded Theory ableitet.

Ich halte den Theoriebegriff in diesem Zusammenhang für potenziell irreführend und möchte daher näher darauf eingehen. Mit „The Discovery of Grounded Theory" (1967) machten Glaser und Strauss eine Kampfansage an die damals in der nordamerikanischen Soziologie dominanten *grand theories* und das hypothesenbasierte, deduktive Modell. Im Gegensatz dazu ist die Theorie der GTM ein generalisierter und systematisierter Teil praxisrelevanten Wissensbestandes; sie soll Wissenslücken durch empirische Sozialforschung schließen. Es handelt sich somit um einen pragmatischen Theoriebegriff. Der Theoriebegriff kann daher unpassend wirken[8], insbesondere, da er eine Verallgemeinerbarkeit und Prognosefähigkeit suggeriert, die im

7 Memos werden ab Forschungsbeginn geschrieben und können erste Kategorien und Ideen enthalten. Sie dienen der Dokumentation des internen Dialogs des Forschers, notieren den Analyseverlauf und helfen, den Forschungsprozess zu strukturieren. Memos repräsentieren so den Weg von den Daten zur Entdeckung des Erklärungsmusters, indem sie den theoretischen Reflexionsprozess fördern.

8 Passender erscheint da Glasers (Mey und Mruck 2011: 57) Begriff der „latenten Muster", die im Zuge der Forschung zu entwickeln seien und die statt einer Beschreibung auch eine Erklärung sozialer Phänomene leisten würden. Im Folgenden vermeide ich daher den Begriff der „Theorie" und spreche stattdessen von Erklärungsmustern oder Erklärungsansätzen.

Widerspruch zu den eigentlichen Grundsätzen der GTM stehen. Dahingehend erweisen sich die Arbeiten von Charmaz (2000, 2005, 2006) als sinnvoll, da sie zwischen einer sogenannten „objektivistischen" GTM, wie sie insbesondere von Glaser propagiert wird, und einer „konstruktivistischen" GTM unterscheidet. Damit stellt sich Charmaz gegen die Vorstellung, es sei möglich, durch neutrale, unvoreingenommene Beobachtung eine „Wahrheit" in einer äußeren Wirklichkeit zu entdecken. Sie betont stattdessen die Positionalität des forschenden Beobachters und stellt damit die Exaktheit von Beobachtungen und die „Wahrheit" von Interviewaussagen in Frage. Stattdessen definiert Charmaz (2011) „Wahrheit" als „ortsgebunden, relativ, historisch, situativ und kontextuell".

Für problematisch erachte ich außerdem die umstrittene Rolle theoretischen Vorwissens und die Verwendung von Literatur in der GTM. Einerseits bedarf es laut Vertretern der GTM einer großen „theoretischen Sensibilität", das heißt, „[der] Fähigkeit […] zu konzeptualisieren und zu organisieren, abstrakte Bezüge herzustellen, zu visualisieren und multivariat zu denken" (Glaser 2011: 148), um überhaupt in der Lage zu sein, relevante Phänomene in den Daten zu identifizieren. Andererseits wird die Idee gestärkt, der Forschende solle sich seinem Feld möglichst ohne theoretisches Vorwissen nähern, damit den Daten kein theoretisches Konzept „aufgezwungen" werde und so die Analyse zu sehr beeinflusst würde. „Eine umfassende Sichtung verfügbarer Literatur vor der Emergenz einer Kernkategorie" missachtet laut Glaser (2011: 149) „die grundlegende Prämisse der GTM, die lautet, dass Theorie aus den Daten emergieren und nicht aus bestehender Theorie abgeleitet werden soll". Ich halte diese Perspektive für falsch und orientiere mich hier stattdessen an Strübing (2008), der dagegenhält, dass Konzepte und Kategorien zur Genese von Erklärungsmustern nicht einfach aus den Daten *emergieren*, sondern in einem aktiven und kreativen Prozess vom Forschenden durch die *abduktive*[9] Neuschöpfung von Bedeutungen und Zusammenhängen erzeugt werden. Dazu müssen im Sinne einer theoretischen Sensibilität von Beginn an möglichst viele verschiedene theoretische Perspektiven miteinbezogen und befragt werden. Erklärungsansätze entstehen dann aus den Beziehungen zwischen den vom Forschenden erzeugten Konzepten immer in Bezug auf die bestehende(n) theoretische(n) Perspektive(n). Die Genese von Erklärungsmustern beruht damit nicht allein auf der Datenanalyse, sondern bezieht theoretisches Vorwissen explizit mit ein (Strübing 2008). Mit dem Offenheitsprinzip der GTM kann daher keine „absolute Offenheit" im Sinne einer Tabula rasa-Voraussetzung gemeint sein, da eine präkonzeptfreie Erkenntnis prinzipiell nicht möglich ist. Es kann somit lediglich auf eine „relative" und „reflektierte Offenheit" verweisen, wobei wir uns als Handelnde, Erkennende und Forschende darum bemühen, unsere

9 „[…] *abduction* refers to an inferential creative process of producing new hypotheses and theories based on surprising research evidence" (Timmermans und Tavory 2012: 170).

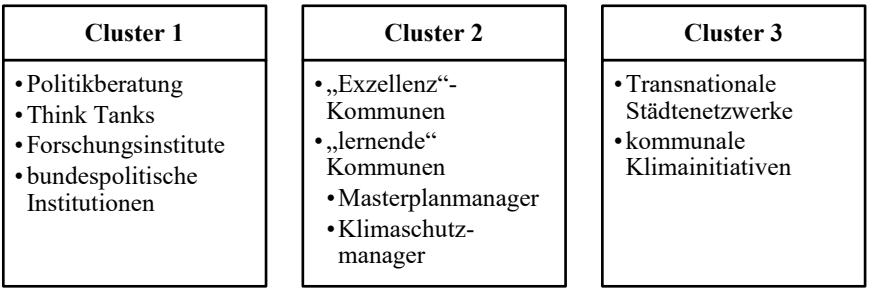
Präkonzepte möglichst bewusst, reflexiv, (selbst-)kritisch und flexibel zu handhaben und sie in unsere Forschungspraxis miteinzubeziehen (Breuer 2010: 29).

## Empirischer Zugang

Analog zu den Prinzipien der GTM verstehe ich Forschung nicht als linearen, sondern zyklischen Erkenntnisprozess, in dem Datenerhebung und Dateninterpretation parallel erfolgen. Schon die Wahl der Gesprächspartner, der Beobachtungssettings und der zu analysierenden Dokumente stellt eine erste Stufe der Interpretation durch den Forscher dar, denn dadurch wird bereits bestimmt, wer bzw. was als relevant für die Untersuchung des interessierenden Phänomens angesehen werden soll. Eine weitere Interpretationsstufe erfolgt in der Datenerhebung mit Gestaltung des Leitfadens für die zu führenden Interviews, der Auswahl der Variablen oder durch die Entscheidung, was in den Feldnotizen festgehalten wird. Im Fall der Datenerhebung durch Interviews kommt zusätzlich die Interpretation meiner Fragen durch die Befragten hinzu. Dies wird z.B. insbesondere dann deutlich, wenn Befragte im Nachhinein davon berichten, dass sie bei einigen Fragen „überlegen" mussten, bevor sie antworteten; oder wenn Interviewte im Vorfeld um den Leitfaden bitten, um „sich vorzubereiten". Die letzten beiden Interpretationsstufen erfolgen wieder durch den Forscher, und zwar durch die Auswertung der Daten und die folgende (schriftliche) Darstellung der Erkenntnisse. Schon mit dem Sampling der Daten erfolgen also erste Interpretationen durch den Forscher, weshalb man in der GTM auch – im Gegensatz zum statistischen Sampling – von *theoretischem* Sampling spricht, da weder Grundgesamtheit noch Merkmalsverteilung bekannt sind und insofern auch vorab keine Stichprobe definiert werden kann. Einzubeziehende Fälle müssen stattdessen entlang des sich entwickelnden Wissens während des Forschungsprozesses definiert werden, die Auswahl wird also durch die Ergebnisse der kontinuierlichen Datenauswertung getroffen (Mey und Mruck 2011).

Analog zu Glasers provokanter These „all is data" (Glaser 1998: 8) habe ich jegliches Material, das in meinen Augen relevant war für die Generierung von Erklärungsansätzen, zur Auswertung herangezogen. Die Auswahl der zu berücksichtigenden Datenquellen erfolgte mit dem Ziel, Personen (für Interviews), Orte und Situationen (zur Beobachtung) und schriftliche Dokumente (zur Analyse) zu finden, welche die größte Chance boten, relevante Daten über das zu untersuchende Phänomen – Best Practices im kommunalen Klimaschutz – zu generieren. Das Sampling wurde so lange durchgeführt, bis keine neuen, bedeutsamen Daten im Hinblick auf die Fragestellung mehr auftauchten und die sogenannte „theoretische Sättigung" eintrat (Breuer 2010).

*Abbildung 8: Systematik der relevanten Zielgruppen für die Datenerhebung.*




Quelle: Eigene Darstellung.

Mögliche Gesprächspartner, Beobachtungssettings und relevante Dokumente wurden wesentlich durch Beobachtungen und Gespräche auf Workshops und Tagungen, durch die Arbeit als Climate-KIC-Projektmanagerin in Form von persönlichen Kontakten sowie während zweier Forschungspraktika in Berlin identifiziert (siehe Abschnitt #Teilnehmende Beobachtung). Im Zuge der parallelen Datenerhebung und Dateninterpretation wurde nach und nach eine Systematik der relevanten Zielgruppen zur Erforschung der Rolle von Best Practice-Beispielen im kommunalen Klimaschutz erkennbar (Abbildung 8). In Bezug auf die Erwartungen an, die Entstehung von sowie die Inhalte von Best Practice-Rezepten sind insbesondere solche Akteure zentral, die an der Ausgestaltung und Implementierung von politischen Programmen (vgl. Kapitel #Politische Programme) beteiligt sind. Dazu zählen neben EU-Institutionen, Bundes- und Landesministerien auch Akteure wie Forschungsinstitute, Think Tanks und Politikberatungsunternehmen, die oft im Auftrag der politischen Einrichtungen agieren (Cluster 1). Ausgehend von den Hauptakteuren der beiden Förderprogramme, die als Fallbeispiele dienen, wurden weitere Gesprächspartner im Forschungsprozess durch „Weitervermittlung" in einer Art Schneeballsystem identifiziert. Will man mehr über die Anwendung und Funktionen von Best Practice-Beispielen im kommunalen Klimaschutz erfahren, liegt es nahe, direkt mit deren Nutzern in Kontakt zu treten. Die zweite wichtige Zielgruppe meiner Untersuchungen waren daher Klimaschutzmanager als Hauptnutzer von Best Practices. Dabei habe ich sowohl sogenannte „Exzellenz"-Kommunen oder „Pioniere" befragt, die als Quellen von Best Practice-Beispielen fungieren, als auch „lernende" Kommunen, die noch am Anfang ihrer Klimaschutzaktivitäten stehen und daher besonders von der Nutzung von Best Practice-Rezepten profitieren sollen (Cluster 2). Als Sonderfall haben sich transnationale Städtenetzwerke und andere kommunale Klimaschutzinitiativen herausgestellt, die sich als wichtige Akteure in der Klimagovernance etabliert haben und sehr aktiv in der Aufbereitung und Verbreitung von Best Practice-Beispielen sind (Cluster 3). Hier wurden von mir sechs der prominentesten Netzwerke ausgewählt

und befragt, die sowohl in der Produktion als auch bei der Verteilung guter Praxisbeispiele involviert sind. Insgesamt wurden 37 qualitative Interviews geführt (Anhang B), 22 Settings teilnehmend beobachtet (Anhang A), 368 Best Practice-Beschreibungen quantitativ ausgewertet (Anhang C) und 140 weiterführende Dokumente wie Klimaschutzpläne, Sitzungsprotokolle, Kurzberichte, Politikdokumente, Praxisbroschüren u.ä. mit Bezug zu den Fallbeispielen analysiert (Anhang D), um sowohl Rationalitäten als auch Praktiken eines Regierens durch Best Practices im Vollzug zu untersuchen.

Bevor ich im Anschluss näher auf die von mir gewählten Fallbeispiele eingehe, ist zunächst noch das von mir verwendete Zitationssystem in Bezug auf die empirischen Daten zu erläutern: Interviewmaterial ist mit dem Großbuchstaben „I“ gekennzeichnet, gefolgt von den Buchstaben „B“ für „Berater“, „K“ für „Kommune“, „N“ für „Netzwerk“ und „P“ für „Politik“. Daraufhin folgen die Nummer des Interviews in der jeweiligen Kategorie sowie das Jahr und der betreffende Paragraf des Interviews. „IK-5, 2015: 5“ steht dann bspw. für das fünfte Interview mit einer Kommune, durchgeführt im Jahr 2015 und konkret wird sich auf den fünften Paragraf des Transkripts bezogen. Erkenntnisse aus teilnehmender Beobachtung wurden im Rahmen von Feldnotizen verschriftlicht und festgehalten. Beobachtungsmaterial ist mit dem Großbuchstaben „F“ für „Feldnotiz“ gekennzeichnet, gefolgt von dem Datum und dem Ort der Aufzeichnung. „F-141202-Brüssel” steht so z.B. für eine Beobachtung, die am 2. Dezember 2014 in Brüssel gemacht und verschriftlicht wurde.

## Fallbeispiele

Die Wahl der Fallbeispiele erfolgte aus pragmatischen Gründen aufgrund meiner vorhergehenden Arbeit als Climate-KIC-Bildungsmanagerin, wodurch bereits Beobachtungen durchgeführt und Beziehungen zu zentralen Akteuren der gewählten Beispiele aufgebaut werden konnten. Das heißt, ich habe nicht ausgehend von Beobachtungen zum „Prinzip der Nachahmung“ passende Fallbeispiele recherchiert, sondern vielmehr wurde im Zuge meiner beruflichen Aufgaben das „Prinzip der Nachahmung“ in verschiedenen Projekten und Veranstaltungen sichtbar. Die folgenden beiden Fallbeispiele erschienen mir für die Bearbeitung der Forschungsfrage als besonders geeignet.

### Fall 1: Masterplan 100% Klimaschutz

Bei dem Programm „Masterplan 100% Klimaschutz“ handelt es sich um eine Initiative des deutschen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). Seit 2012 unterstützt das BMUB im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) 19 ausgewählte Kommunen und Landkreise (vgl. auch Ab-

bildung 9). Bei diesen für die vierjährige Förderung ausgewählten Kommunen handelt es sich um Städte und Gemeinden unterschiedlicher Größe und Struktur (Tabelle 2). Die jeweils geförderten Vorhaben sollen modellhaft für unterschiedliche Siedlungsstrukturen aufzeigen, wie der Wandel zur Klimaneutralität aussehen kann.

*Tabelle 2: Teilnehmende Kommunen des Förderprogramms „Masterplan 100% Klimaschutz“ (2012-2016/18).*

| **Kommune** | **Einwohner** | **Bundesland** |
|---|---|---|
| Stadt Bensheim | ~ 43.000 | Hessen |
| Biosphärenzweckverband Bliesgau (Leitung Stadt St. Ingbert) | ~ 95.000 (36.000) | Saarland |
| Gemeinde Burbach | ~ 14.000 | NRW |
| Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn | ~ 7.000 | Rheinland-Pfalz |
| Stadt Flensburg | ~ 86.000 | Schleswig-Holstein |
| Stadt Frankfurt am Main | ~ 730.000 | Hessen |
| Stadt Göttingen | ~ 117.000 | Niedersachsen |
| Stadt und Region Hannover | ~ 514.000 (Stadt); ~ 1,13 Mio. (Region) | Niedersachsen |
| Stadt Heidelberg | ~ 150.000 | Baden-Württemberg |
| Stadt Herten | ~ 62.000 | NRW |
| Stadt Kempten (Allgäu) | ~ 62.000 | Bayern |
| Landkreis Marburg-Biedenkopf | ~ 253.000 | Hessen |
| Gemeinde Nalbach | ~ 9000 | Saarland |
| Stadt Neumarkt i. d. Oberpfalz | ~ 39.000 | Bayern |
| Landkreis Osnabrück | ~ 357.000 | Niedersachsen |
| Stadt Osnabrück | ~ 162.000 | Niedersachsen |
| Stadt Rheine | ~ 76.000 | NRW |
| Stadt Rostock | ~ 206.000 | Mecklenburg-Vorpommern |
| Kreis Steinfurt | ~ 443.000 | NRW |

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen/masterplan.

Auf diesen ersten Fall wurde ich durch meine Arbeit als Projektleiterin der Climate-KIC Doktoranden Summer School in Frankfurt aufmerksam, die 2013 und 2014 jeweils den Masterplanprozess in der Stadt Frankfurt zum Thema hatte. Dort ergaben sich wertvolle Einsichten in die Arbeit der Stadt Frankfurt und erste Kontakte zur wissenschaftlichen Begleitforschung des ecologic Institut. Durch seinen expliziten Fokus auf Erfahrungsaustausch und das Testen guter Praktiken sowie sein Ziel der interkommunalen Übertragbarkeit stellte sich das Masterplan-Programm als ideales Fallbeispiel für das Promotionsprojekt heraus.

Masterplan-Kommunen (MPKs) verpflichten sich, ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 um 95 Prozent gegenüber 1990 zu senken und ihren Verbrauch an Endenergie im selben Zeitraum zu halbieren. Das BMUB wünscht explizit, dass MPKs auf weitere Kommunen ausstrahlen, die von den MPKs lernen und sich an ihnen orientieren sollen. Es handelt sich somit um eine Exzellenzinitiative: Mit dem Förderprogramm „Masterplan 100% Klimaschutz" sollen Strategien zur Verwirklichung der Emissionsfreiheit in der Praxis unterschiedlicher Kommunen getestet werden. Diese praktischen Erfahrungen der Pionierkommunen sollen anderen Städten und Gemeinden deutschlandweit helfen, zukünftig einen ähnlichen Weg zu gehen, um die deutschen Klimaziele zu erreichen und die Energiewende zu ermöglichen (BMU 2012).

Das BMUB stellt für das Programm insgesamt rund 9,5 Millionen EUR bereit. Die 19 MPKs erhalten über einen Zeitraum von vier Jahren (2012-2016) eine Zuwendung von 80 Prozent zur Erarbeitung einer kommunalen Strategie für die Senkung der $CO_2$-Emissionen um 95 Prozent bis zum Jahr 2050.[10] In gleichem Maße gefördert wird die Einstellung eines Klimaschutzmanagers, der diesen Prozess begleitet und die Umsetzung des „Masterplans 100% Klimaschutz" koordiniert. Ferner besteht die Möglichkeit der Realisierung einer beispielhaften investiven Klimaschutzmaßnahme mit Modellcharakter, die mit 50 Prozent durch das BMUB bezuschusst wird (max. Zuwendung: 200.000 EUR). Zusätzlich stehen für Öffentlichkeitsarbeit und den Anstoß eines zivilgesellschaftlichen Prozesses im Rahmen der Masterplanumsetzung jeweils 20.000 EUR zur Verfügung (BMU 2012).

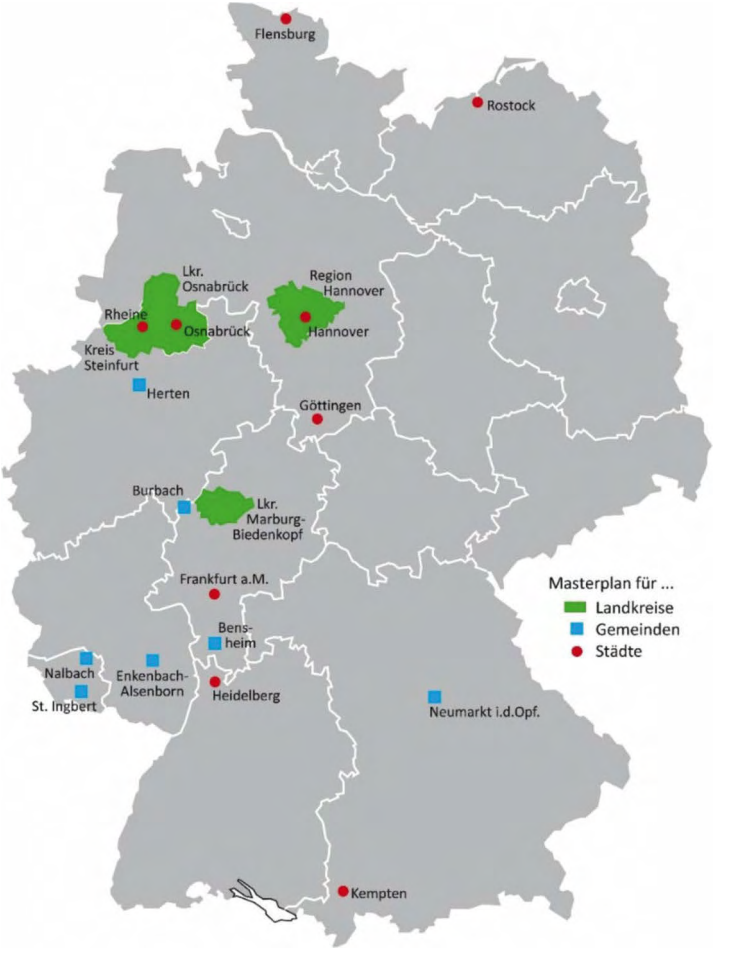
Seit dem Sommer 2016 fördert das BMUB eine zweite Runde an MPKs[11] bis 2020. Jede neue MPK bildet zusammen mit einer alten MPK ein „Tandem". Ziel ist

10 2015 wurde eine zweijährige Anschlussförderung bis 2018 bewilligt.

11 Amt Eggebeck (Flensburger Umland), Schleswig-Holstein; Stadt Kiel, Schleswig-Holstein; Stadt Greifswald, Mecklenburg-Vorpommern; LK Hameln-Pyrmont, Niedersachsen; Gemeinde Flecken Steyerberg, Niedersachsen; Stadt Emden, Niedersachsen; LK Lüchow-Dannenberg, Niedersachsen; Zweckverband Großraum Braunschweig, Niedersachsen; Stadt Potsdam, Brandenburg; Stadt Magdeburg, Sachsen-Anhalt; Kreis Lippe, NRW; Stadt Rietberg, NRW; Stadt Beckum, NRW; Stadt Münster, NRW; LK Gießen, Hessen; Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen, Rheinland-Pfalz; Stadt Mainz, Rheinland-Pfalz;

es, dass die alten MPKs insbesondere ihre Erfahrungen bei der Erstellung und Umsetzung des Masterplans an die neuen Kommunen weitergeben und Maßnahmen übertragen werden, um die Zielerreichung zu beschleunigen. Die programmatischen Rationalitäten und Logiken dieses Fallbeispiels werden intensiv im Kapitel #New Public Climate Management behandelt.

*Abbildung 9: Masterplankommunen 100% Klimaschutz (Förderzeitraum 2012-2018).*




Quelle: Kartographie Elke Alban.

LK Cochem-Zell, Rheinland-Pfalz; Stadt Kaiserslautern, Rheinland-Pfalz; Stadt Stuttgart, Baden-Württemberg; LK Oberallgäu, Bayern.

### Fall 2: Climate-KIC Innovationsprojekt „Transition Cities“

Das Innovationsprojekt „Transition Cities“, gefördert durch die EU-Initiative Climate-KIC, zielt darauf ab, die Resultate der diversen europäischen Klimaprojekte besser mit der übergeordneten EU-Klimapolitik zu verzahnen. Dazu arbeiten acht Kommunen aus sechs europäischen Regionen zusammen (siehe Tabelle 3).[12] Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren (2014-2016) und verfügt über ein Fördervolumen von etwa 5 Millionen EUR. Auch auf diesen Fall wurde ich durch meine berufliche Tätigkeit aufmerksam, da ich selbst über den gesamten Förderzeitraum Teil des Projektteams und dabei zuständig für Bildungsprogramme und die Kommunikation der Ergebnisse war.

Die Kernbereiche von Transition Cities liegen in Aktivitäten zu Energie, Gebäuden und Mobilität. Diese Themenfelder waren im Vorläuferprojekt „Pioneer Cities“ (2012-2013) als Schlüsselbereiche identifiziert worden, in denen gezieltes Lernen einen grundlegenden Wandel beschleunigen kann, um signifikante Emissionsreduktionen in Städten zu realisieren. Das Transition Cities-Projekt initiiert Pilotprogramme und Experimente in diesen Feldern, unterstützt Start-ups, holt zusätzliche Gelder durch andere EU-Fonds ein (z.B. Horizont 2020) und unterstützt seine Mitglieder dabei, neue institutionelle und unternehmerische Modelle zu testen, um Emissionsreduktionen zu maximieren sowie dafür zu sorgen, dass die gewonnenen Erkenntnisse in relevanten europäischen Netzwerken gestreut und verbreitet werden.

*Tabelle 3: Partnerstädte im Climate-KIC Transition Cities-Projekt (2014-2016).*

| Kommune | Einwohner | Region | Land |
|---|---|---|---|
| Birmingham | ~ 1,1 Mio. | West Midlands | Großbritannien |
| Bologna | ~ 386.000 | Emilia-Romagna | Italien |
| Breslau | ~ 631.000 | Niederschlesien | Polen |
| Budapest | ~ 1,7 Mio. | Zentralungarn | Ungarn |
| Castellón | ~ 174.000 | Valencia | Spanien |
| Frankfurt am Main | ~ 730.000 | Hessen | Deutschland |
| Modena | ~ 185.000 | Emilia-Romagna | Italien |
| Valencia | ~ 786.000 | Valencia | Spanien |
| [Helsinki | ~ 630.000 | Helsinki-Uusimaa | Finnland] |

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach http://www.climate-kic.org/projects/transition-cities/.

Hauptgrund für diese zweite Fallauswahl ist, dass ein Kernziel dieses Projektes die Replizierung erfolgreicher Pilotprojekte zwischen den teilnehmenden Kommunen darstellt und diese Replizierung auch als Kennzahl zur Messung des Projekterfolgs

12 Seit 2015 ist zudem die Stadt Helsinki, Finnland, in das Projekt eingebunden.

dienen sollte. Im Laufe des Projekts stellte sich jedoch heraus, dass der Maßnahmenübertrag eine sehr große Herausforderung darstellte und daher nur in einem Fall tatsächlich stattfand. Die Mitarbeit in diesem Projekt und meine Beobachtungen dort waren unter anderem zentraler Auslöser und Motivation zur Durchführung dieses Promotionsprojektes (siehe auch Kapitel #Das Prinzip der Nachahmung).

## Erhebungsverfahren

Für meine Forschung waren drei unterschiedliche Erhebungsverfahren zentral: (1) die *teilnehmende Beobachtung*, die zum einen zur Entwicklung der Fragestellung führte und zum anderen im Interesse an Steuerungsroutinen, interkommunaler Vernetzung, informellem Erfahrungsaustausch sowie einem Erleben der „Szene" des kommunalen Klimaschutzes in Form von Konversationen, Verhalten, Arbeitsweisen und Sprachgebrauch begründet war; (2) *qualitative, leitfadengestützte Experteninterviews*, die es ermöglichen, tiefere Einblicke über die Sichtweisen, das Verständnis, die Erfahrungen und Interpretationen der Praktiker zur Rolle von guten Praxisbeispielen im kommunalen Klimaschutz, die sich nicht direkt beobachten lassen, zu erlangen; und (3) eine *Dokumentenanalyse*, die darauf abzielt, Best Practice-Beschreibungen und Politikprogramme in den Blick zu nehmen, die das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" formen und beeinflussen – also maßgeblich zu dessen Konstruktion beitragen. Da jede Methode unterschiedliche Aspekte empirischer „Realität" aufdeckt, ist eine solche methodische Triangulation mehrerer Erhebungsverfahren sinnvoll und führt gleichzeitig auch zu einer größeren Varianz in den erhobenen Daten (Patton 2002: 247).

## Teilnehmende Beobachtung

> To understand a world you must become part of that world while at the same time remaining separate, a part of and apart from.
> *(Patton 2002: 259)*

Wie bereits in der Einleitung beschrieben, begann mein Forschungsprozess zunächst als neue Mitarbeiterin der Climate-KIC-Initiative der EU. Durch Teilnahme, Zuhören, Beobachtungen und Gespräche in verschiedenen Projekten und Events formten sich Fragen und Probleme, die ich nun als Forscherin untersuche und in dieser Arbeit festhalte. Doch auch als aktive Forscherin war die teilnehmende Beobachtung ein wichtiges Erhebungsinstrument. Dies hängt damit zusammen, dass aussagekräftiges Wissen meiner Ansicht nach kaum ohne Beobachtung erzeugt werden kann, da nicht

jede Form von Wissen allein durch Interviews artikulierbar und konstruierbar ist (Mason 2002). Während Interviewverfahren Verhaltensweisen und Einstellungen lediglich aus den Angaben der Befragten erschließen, vermag die teilnehmende Beobachtung soziales Handeln in vivo zu erfassen und zu dokumentieren. Das ermöglicht eine synchrone Begleitung von Sinnbildungsprozessen, die nicht erst aus Erzählungen, Interpretationen, Kommentaren etc. erschlossen werden müssen, in denen Teilnehmer über ihre Praxis berichten (Mattissek et al. 2013). Daher halte ich eine Interaktion mit Menschen im beobachteten Feld und die Teilnahme an den zu untersuchenden Prozessen sowie deren Beschreibung für äußerst relevant.

Aus diesem Grund absolvierte ich im Rahmen meiner Dissertation zwei Forschungsaufenthalte in Berlin. Vom 9. März bis zum 10. April 2015 kam ich zunächst als „Gastwissenschaftlerin“ zum ecologic Institut. Ecologic ist ein gemeinnütziges, privates Forschungsinstitut, welches hauptsächlich nationale und internationale Politikinstitutionen berät. Der Grund meines Forschungsaufenthalts dort war die Tatsache, dass ecologic zu diesem Zeitpunkt zuständig war für die „wissenschaftliche Begleitforschung“[13] des BMUB-Förderprogramms „Masterplan 100% Klimaschutz“. Da der Erfahrungsaustausch und die Erarbeitung von übertragbaren Modellen zentrale Anliegen dieses Förderprogramms sind, eignete es sich gut als zu bearbeitendes Fallbeispiel.

Ohne diese intensive teilnehmende Beobachtung als Gastwissenschaftlerin bei ecologic wäre es mir kaum möglich gewesen, das Masterplan-Programm so umfassend zu verstehen und zu erfassen. Ich durfte persönliche Evaluationsgespräche in zwei Kommunen (Bensheim und Rheine) begleiten; nahm an einem regionalen Klimagipfel in Rheine teil, der von vier Masterplankommunen organisiert wurde und auf dem der geladene Staatssekretär eine zweijährige Anschlussförderung des Programms verkündete; ich war bei einem Arbeitstreffen der Masterplan-Landkreise mit dem BMUB dabei; erhielt Zugang zu den Protokollen und Kurzberichten zum Stand des Projekts; schrieb selbst einen Evaluationsbericht zum Masterplan der Stadt Osnabrück; bereitete das für Mai 2015 angesetzte Vernetzungstreffen aller Masterplankommunen vor (an dem ich dann auch selbst teilnehmen konnte) und schließlich durfte ich bei den Abstimmungen zwischen BMUB, PtJ[14], IFEU und ecologic für die

13 Seit 2016 leitet das IFEU in Heidelberg die wissenschaftliche Begleitforschung. Das Institut agiert dabei als Mittler zwischen BMUB und geförderten Kommunen, übernimmt die Organisation der Vernetzungstreffen und evaluiert in Vor-Ort-Besuchen die erzielten Fortschritte. Die Kommunen wiederum tragen Anliegen und für sie wichtige Themen an das Institut heran, die dann ans BMUB weitergegeben werden.

14 Der Projektträger Jülich (PtJ) wickelt im Auftrag des BMUB alle Förderlinien der Nationalen Klimainitiative (NKI) ab und entscheidet mit über Bewilligung und Ausschüttung der Fördermittel.

Überarbeitung des Merkblatts (die neue Richtlinie war bereits beschlossen) für die neue Förderrunde der Masterplankommunen (2016-2020) dabei sein und war auch an den verschiedenen Korrekturschleifen beteiligt. Dadurch konnte ich in die Sprache des Programms eintauchen (von „Masterplanumsetzungsmanagern" über „Reallabore" und „Regio-Twinning"); konnte bestimmte Bedeutungsnuancen erfassen lernen (wie genau wird etwas formuliert, damit man einerseits möglichst konkrete Vorgaben hat, andererseits aber noch genügend Spielraum für individuelle Lösungen lässt); Hintergründe entdecken (z.B. dass der politische Konsens für den Beschluss in den Kommunen ein Förderkriterium war, genauso wie das Thema regionale Wertschöpfung ein Schlagwort aus der Förderrichtlinie und damit praktisch zur Behandlung vorgegeben war) und nicht zuletzt die informelle Natur und eingeschworene Gemeinschaft der Masterplancommunity erfahren. Über das Forschungspraktikum hinaus war es mir im Nachgang außerdem möglich, weitere Events und Vernetzungstreffen des Masterplanprogramms als „wissenschaftliche Beobachterin" zu begleiten.

Von Anfang September bis Ende November 2015 verbrachte ich drei weitere Monate in Berlin als reguläre Praktikantin in der Abteilung „Urbane Transformation" bei adelphi, einem Think Tank und Beratungseinrichtung für Klima, Umwelt und Entwicklung. Auftraggeber sind – ähnlich wie bei ecologic – internationale Institutionen, nationale und internationale Regierungen, Parlamente, Ministerien und angeschlossene Durchführungsorganisationen, Unternehmen, Verbände, wissenschaftliche Einrichtungen, Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen sowie Umwelt- und Naturschutzverbände. Adelphi ist besonders aktiv bei der Frage, wie nationale Förderprogramme so optimiert werden können, dass Kommunen in ihren Klimaschutzbemühungen unterstützt werden. Zudem gibt es einen starken Fokus auf Dialogprozesse, Erfahrungsaustausch, Partizipation und Stakeholdermanagement. Speziell der Fokus auf interkommunales Lernen und Dialogprozesse ist für meine Forschung relevant, um Einblicke in Politikprogramme außerhalb des „Masterplan 100% Klimaschutz"-Programms zu erhalten. Die teilnehmende Beobachtung bei adelphi verschaffte mir daher Kontextwissen insbesondere zur Fragestellung, wie sich kommunaler Klimaschutz überhaupt als Politikfeld etabliert hat und wie die verschiedenen Level der Governance interagieren (vgl. dazu Kapitel #Kommunen im Klimawandel). Durch den relativ langen Aufenthalt von drei Monaten war es mir außerdem möglich, Verhalten und Dinge zu sehen, die den Gesprächspartnern selbst zu sehr Routine geworden sind, als dass sie noch darüber berichten würden; ich erfuhr dort von Sachverhalten, die in einem formalen Interview kaum zur Sprache gekommen wären.

Beobachtungen und Eindrücke sowie Inhalte informeller Unterhaltungen wurden in Form von Notizen in drei Feldtagebüchern niedergeschrieben. Dabei versuchte ich, den direkten Wortlaut von für mich interessanten Aussagen festzuhalten. Nur selten dokumentierte ich auch eigene Gefühle oder Wahrnehmungen bezüglich der Umge-

bung; stattdessen machte ich manchmal Fotos auf den Veranstaltungen. Meine Aufzeichnungsaktivitäten während der Beobachtungen stießen bei den Feldmitgliedern nicht auf negative Reaktionen, da das Mitschreiben während Meetings und Konferenzen sowie auch das gelegentliche Fotografieren kein ungewöhnliches Verhalten darstellen. Weitere teilnehmende Beobachtungen über die Praktika hinaus wurden in einer Reihe weiterer Veranstaltungen, Konferenzen und Workshops durchgeführt, die an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden sollen. Im Anhang A befindet sich eine Liste aller Beobachtungssettings.

### Qualitative Interviews

> Interviewing is rather like a marriage: everybody knows what it is, an awful lot of people do it, and yet behind each closed door there is a world of secrets.
> *(Oakley 1981: 41 in Patton 2002: 340)*

Der Zweck von Interviews ist es, mehr über bestimmte Sachverhalte und Zusammenhänge zu erfahren, die man nicht direkt beobachten kann. Persönliche Erfahrungen, Meinungen und bestimmte Handlungsweisen lassen sich nur durch Gespräche erfassen. Dahinter steht die Annahme, dass die Perspektive Anderer aussagekräftig und darstellbar ist (Mason 2002). Welche Funktionen Best Practices bspw. im alltäglichen Regierungshandeln von Kommunen haben, welches „transformative" Potenzial ihnen zugesprochen wird und was Klimaschutzmanager unter einem guten Praxisbeispiel verstehen, lässt sich nur im Gespräch herausfinden. Als Erhebungsmethode dienten mir dabei sogenannte leitfadengestützte Experteninterviews. Als Experten verstehe ich hier Menschen, die ein besonderes Wissen über soziale Sachverhalte besitzen. In diesem Fall also Klimaschutzmanager, Berater und Vertreter von Städtenetzwerken, die regelmäßig mit guten Praxisbeispielen arbeiten, diese nutzen oder gar erstellen. Mein Interesse gilt also dem Wissen über die sozialen Kontexte bzw. die Funktionskontexte, in denen die befragten Personen agieren. Experteninterviews sind dabei eine Methode, dieses Wissen zu erschließen (Gläser und Laudel 2006: 10). Experten sind hier also nicht im klassischen Sinn als Personen wie bspw. Wissenschaftler, Politiker oder Gutachter zu verstehen, die über ein „besonderes" Wissen verfügen, welches sie auf Anfrage weitergeben oder zur Lösung bestimmter Probleme einsetzen.

(Experten-)Interviews sind wahrscheinlich die am meisten genutzte Methode qualitativer empirischer Sozialforschung (Mason 2002) und zeichnen sich durch ihren relativ informellen Stil aus, der eher einem Gespräch oder einer Diskussion zu einem bestimmten Thema ähnelt. Ziel ist es, themenspezifisches Wissen dialogisch

zu rekonstruieren. Der Einsatz eines Interviewleitfadens sichert dabei die strukturierte Ansprache und Vergleichbarkeit bestimmter Themenkomplexe. Damit der Leitfaden seiner Aufgabe als Checkliste für die Interviewführung, die Erzählgenerierung und die Interviewstrukturierung gerecht werden kann, muss er sich an der Problemstellung der Untersuchung orientieren. Entscheidend für das Gelingen des Interviews ist eine flexible, unbürokratische Handhabung des Leitfadens als „thematisches Tableau" statt im Sinne eines standardisierten Ablaufschemas. Je nach Verlauf der Konversation können Fragen ausgelassen, zusätzliche Fragen gestellt und die Reihenfolge der Leitfragen individuell an die Gesprächssituation angepasst werden, um eine Offenheit gegenüber unerwarteten Themen und eine möglichst natürliche Gesprächssituation sicherzustellen (Bogner et al. 2009: 54).

*Tabelle 4: Schwerpunkte und Themenkomplexe der Leitfäden nach Zielgruppen.*

| **Politik & Berater (Cluster 1)** | **Kommunen (Cluster 2)** | **Netzwerke (Cluster 3)** |
|---|---|---|
| Entstehung des Politikfeldes „kommunaler Klimaschutz" | Entstehung und Rolle des Politikfeldes „kommunaler Klimaschutz" vor Ort | Entstehung des Politikfeldes „kommunaler Klimaschutz" |
| Verbreitung von Best Practices | Arbeitsweisen | Erarbeitung von Best Practices |
| Evaluation von Best Practices | Funktionen von Best Practices | Verbreitung von Best Practices |
| Funktionen von Best Practices | Verständnis von Best Practices | Evaluation von Best Practices |
| Potenzial von Best Practices | Hindernisse | Funktionen von Best Practices |

Quelle: Eigene Kategorisierung.

Aufgrund des langen Erhebungszeitraums von über zwei Jahren und der Parallelität von sowie dem ständigen Wechsel zwischen Datenerhebung und -analyse sind die Leitfäden der geführten Interviews nicht umfassend miteinander vergleichbar. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Fragestellung und Verschiebungen in der thematischen Schwerpunktsetzung spiegeln sich auch in den Leitfäden wider. Zudem wurden Gespräche mit Experten aus drei unterschiedlichen Bereichen geführt – Kommunen, Städtenetzwerken und Politikberatern –, die jeweils auf die Rekonstruktion verschiedenen Wissens abzielten. So ähneln sich die Leitfäden zwar, insbesondere, wenn sie zeitlich nah beieinander liegen, die behandelten Themen und Schwerpunkte unterscheiden sich jedoch je nach Fokusgruppe (vgl. Tabelle 4).

Insgesamt wurden 37 Interviews mit 39 Personen geführt, wenn möglich persönlich bei den Interviewten vor Ort, andernfalls per Telefon oder Skype. Die Interviews dauerten zwischen 20 und 110 Minuten. Jedes Interview wurde mit Genehmigung des Interviewten mittels eines digitalen Aufnahmegeräts aufgezeichnet. Nach jedem Interview wurde ein Transkript angefertigt. Nur wenige Gesprächspartner wollten genauer wissen, in welcher Form das Interviewmaterial weiterverwendet wird, oder wollten das Interviewtranskript gar lesen und verwendete Zitate freigeben. Dies war eher bei älteren Experten, die bspw. eine Leitungsposition innehatten, der Fall. Da es bei den geführten Interviews in erster Linie um thematische Informationsgewinnung ging, waren aufwendige Notationssysteme überflüssig. Sprache und Satzkonstruktionen wurden daher teilweise geglättet. Im Anhang B findet sich eine Liste aller geführten Interviews.

### Dokumentenanalyse

Um ein kompetenter Beobachter und Interviewer sein zu können, muss man umfassend mit dem Untersuchungsobjekt an sich und seinen Kontexten vertraut sein. Wenn ich also Experten zu Best Practices im kommunalen Klimaschutz, zu der Nutzung oder Entwicklung solcher Beispiele befrage oder auf Veranstaltungen und Vernetzungstreffen beobachte, wie diese Beispiele vorgestellt und diskutiert werden, ist es ratsam, (a) zu wissen, was die gängigen Darstellungsformen und Distributionskanäle von Best Practices sind, (b) verbreitete Inhalte zu kennen und (c) darüber informiert zu sein, wie der Ansatz der Verbreitung und Replizierung von erfolgreichen Praxisbeispielen durch verschiedene praktisch-politische Publikationen, Strategiepapiere und Richtlinien artikuliert wird. Um dieses Wissen aufzubauen, führte ich daher ergänzend zu den teilnehmenden Beobachtungen und Experteninterviews eine Dokumentenanalyse durch. Dokumente wie die von mir analysierten Best Practice-Broschüren, Klimaschutzkonzepte bzw. Masterpläne, Handbücher, Praxisleitfäden, Wettbewerbsdokumentationen, Richtlinien und Merkblätter, Flyer, (Jahres-)Berichte und Best Practice-Internetdatenbanken tragen dazu bei, das Politikfeld „kommunaler Klimaschutz“ zu formen. Sie sind damit nicht nur wesentliche Bestandteile des Praxisregimes, sondern bringen es auch mit hervor. Ich verstehe diese Dokumente – insbesondere die Best Practice-Beschreibungen, die durch diese Dokumente vermittelt werden – daher nicht nur als passiven Ausdruck oder Repräsentation der sozialen Welt des kommunalen Klimaschutzes, sondern als aktive Co-Konstrukteure ebendieser. Die explizite Einbeziehung von programmatischen Dokumenten wie Klimaschutzkonzepten, Strategiepapieren, Richtlinien und Förderprogrammen hilft bei der Rekonstruktion politischer Rationalitäten und insbesondere der Beantwortung der Teilfragestellung, durch welche Arten der Regierungsführung, Maßnahmen und Argumentationen sich das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“ auszeichnet. Miller und Rose (1990) betonen, dass politische Rationalitäten oft in Veröffentlichungen mit programmatischem Charakter zum Ausdruck kommen und hierüber der Analyse

zugänglich werden. In Anhang D findet sich ein Überblick über die Art und Anzahl der analysierten Dokumente.

## Auswertungsverfahren

### Kodieren nach GTM

Eine Besonderheit eines von GTM inspirierten methodischen Vorgehens ist, dass Erhebung und Auswertung der Daten gleichzeitig erfolgen. Die Zwischenergebnisse, die man als beschreibende und/oder erklärende Codes aus der Auswertung der ersten Interviews, Feldnotizen oder Dokumente erarbeitet, können im nächsten Interview oder Beobachtungssetting als Orientierung dienen, sodass man sich gezielt diesen als relevant erachteten Kategorien zuwenden kann. Dieser Vorgang wird in der GTM als *Kodieren* bezeichnet und stellt das zentrale Auswertungsverfahren dar. Strauss und Corbin (1996: 39) beschreiben das Kodieren als eine Vorgehensweise, „[…] durch die die Daten aufgebrochen, konzeptualisiert und auf neue Art zusammengesetzt werden. Es ist der zentrale Prozeß [sic!], durch den aus den Daten Theorien entwickelt werden." Ziel ist es, aus dem erhobenen Datenmaterial und vor dem Hintergrund der theoretischen Sensibilität des Forschers anhand der Charakterisierung einer Textstelle bestimmte Codes zu (er-)finden und auszuarbeiten, um diese anschließend in einem theoretisch unterfütterten Erklärungsmodell wieder zusammenzufügen (Breuer 2010: 70). Kodieren ist also theoretisch; es dient nicht bloß der Klassifikation oder Beschreibung der Phänomene, sondern es werden Muster und Konzepte gebildet, die einen Erklärungswert für die untersuchten Phänomene besitzen. Auf Grundlage des empirischen Materials sollen so „einzelfallübergreifende, verallgemeinernde, typisierende Konzepte destilliert und benannt werden" (Breuer 2010: 71), die im weiteren Forschungsverlauf aussichtsreiche Kandidaten für die Bildung von Erklärungsmustern darstellen.

In der GTM werden drei wesentliche Arten des Kodierens unterschieden: (1) das offene Kodieren, eine assoziative Entwicklung neuer Codes aus den Daten, ähnlich eines Brainstormings; (2) selektives Kodieren, die Zusammenführung bereits existierender Codes, dadurch Entwicklung eines roten Fadens und Strukturierung des Materials und (3) das axiale Kodieren, welches zum Ziel hat, die vorhandenen Codes zu einem Modell zu ordnen (Entdeckung des „latenten Musters") (Mey und Mruck 2011: 39). Kernprozedur dieses Kodierprozesses sind stetige Vergleiche von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den empirischen Daten, zwischen Daten und Codes sowie zwischen den Codes selbst. Vergleiche finden während des gesamten Forschungsprozesses und auf allen Ebenen der Analyse statt. Zentral für einen an der GTM orientierten Forschungsstil ist außerdem, das Kodieren regelmäßig zu unterbrechen und die Auswertungsschritte in sogenannten *Memos* festzuhalten. Sowohl Glaser als auch Strauss weisen Memos, die den Forschungsstand dokumentieren und

kontinuierlich fortschreiben, „[…] eine zentrale Rolle im Prozess der Theoriegenerierung zu, da nur so Lücken identifiziert werden können, die dann wesentlich sind für die weitere Fallauswahl“ (Mey und Mruck 2011: 26).

*Tabelle 5: Gruppierung der ausgewerteten Textdaten und Anzahl der Codes.*

| **Dokumentengruppe** | **Anzahl der Codes** |
|---|---|
| Berater | 536 |
| Kurzberichte | 154 |
| Klimaschutzmanager | 1131 |
| Masterpläne | 204 |
| Netzwerke | 276 |
| Politik | 198 |
| Vernetzungstreffen | 350 |
| Wettbewerbe | 38 |

Quelle: Eigene Datengrundlage.

Mittels der Analysesoftware MAXQDA gruppierte ich nach und nach alle vorliegenden Textdaten (Interviewtranskripte, Feldnotizen, Protokolle, Richtlinien, Klimastrategien, Berichte, Leitfäden usw.) und sichtete sie zunächst in einer Phase des offenen Kodierens und entwickelte erste Codes (Tabelle 5). Denn anders als bei der Nutzung von qualitativen Daten zur Prüfung von Theorien und Hypothesen, bei der vorliegendes Material bereits verfügbaren Kategorien zugeordnet wird, werden in der GTM Kategorien erst am Datenmaterial gewonnen. Dazu wird das empirische Material in Sinneinheiten zerlegt, für die dann Codes vergeben werden, „deren konzeptueller Gehalt über eine beschreibende Zusammenfassung“ (Mey und Mruck 2011: 24) der Daten hinausgeht. Diese von den Daten angeregten Konzepte überprüfte ich im weiteren Forschungsprozess. Manche Codes wurden daraufhin wieder fallengelassen. Folgende Fragen leiteten meinen Kodierprozess:

- Wie ist das Politikfeld „kommunaler Klimaschutz“ entstanden (global, national und vor Ort)?
- Durch welche Argumente wird der Klimaschutz „kommunalisiert“?
- Auf welchen Logiken basiert der kommunale Klimaschutz?
- Welche Regierungsweisen dominieren im kommunalen Klimaschutz?
- Was ist eine Best Climate Practice und welche Eigenschaften sollte sie haben?
- Wie entstehen Best Climate Practices?
- Welche Erwartungen werden an Best Climate Practices gestellt?
- Welche Funktionen haben Best Practices beim Regieren des kommunalen Klimaschutzes und wie werden sie angewendet?

- Welche Probleme und Gefahren werden mit Best Practices im kommunalen Klimaschutz assoziiert?
- Wie ist das transformative Potenzial von Best Practices zu bewerten?

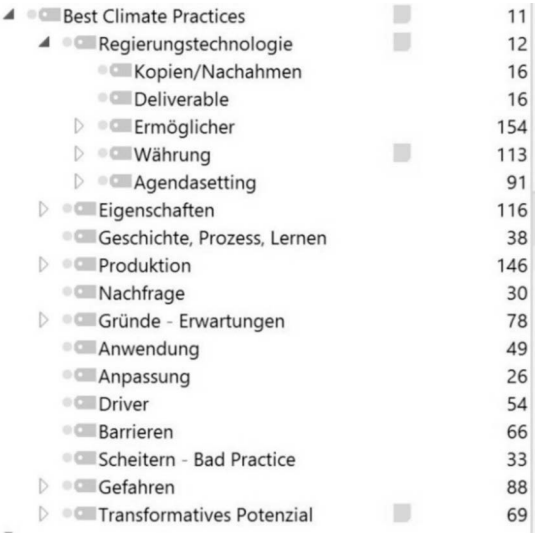
Mit fortschreitender Entdeckung bzw. Entwicklung eines Erklärungsmusters versah ich nicht nur Textstellen mit Codes, sondern verknüpfte die Codes selbst miteinander und fasste sie zu übergeordneten Kategorien zusammen (Abbildung 10 und 11). So bündelte ich thematisch vergleichbare Textpassagen aus den verschiedenen Quellen nach der Logik der zuvor vorgenommenen Kodierung zum Zweck des thematischen Vergleichs. In der letzten Auswertungsstufe arbeitete ich die Codes theoretisch auf. So können die empirischen Ergebnisse aus einer theoretisch informierten Perspektive dargestellt und analysiert werden.

*Abbildung 10: Kategorienbildung (1).*




Quelle: Eigene Auswertung und Darstellung mit MAXQDA.

*Abbildung 11: Kategorienbildung (2).*




Quelle: Eigene Auswertung und Darstellung mit MAXQDA.

### Quantitative Best Practice-Auswertung

Parallel zu dieser Kodierprozedur führte ich im Sinne einer methodischen Triangulation eine quantitative Auswertung sechs verschiedener Best Practice-Sammlungen durch (Tabelle 6). Grund dafür war, wie im Abschnitt zuvor bereits angedeutet, dass ich es für sinnvoll erachte, im Gespräch und bei Beobachtungen darüber Bescheid zu wissen, wie Best Practice-Beschreibungen im kommunalen Klimaschutz aufbereitet sind und welche Inhalte vermittelt werden. Insgesamt wurden so 368 Best Practice Beschreibungen untersucht (Überblick zur Auswertung in Anhang D). Ziel dabei war es, einen Überblick über folgende Variablen zu erhalten:

1. Welche Städte werden häufig als Quelle guter Praxisbeispiele dargestellt? Lässt sich eine „räumliche Konzentration“ von Best Practices feststellen?
2. Welche Maßnahmen werden beschrieben?
   - Handelt es sich bei Best Practices eher um Einzelmaßnahmen oder ganzheitliche Ansätze?
   - Handelt es sich um technische, nicht-technische oder sozio-technische Maßnahmen?

3. Wie detailliert ist die Beschreibung und welche Inhalte werden transportiert?
   - Wird die Übertragbarkeit der Maßnahme thematisiert?
   - Werden Zahlen und Fakten genannt?
   - Gibt es eine Kontaktperson?
   - Handelt es sich um eine reine Erfolgsgeschichte oder werden auch Hindernisse und Probleme adressiert?

*Tabelle 6: Übersicht über die Fälle der quantitativen Best Practice-Analyse.*

| **Name** | **Herausgeber** | **Art der Sammlung** | **Anzahl der analysierten Fälle** | **Filter** |
|---|---|---|---|---|
| Good Practice Guides | C40 (TMN) | Schriftenreihe | 86 | - |
| Best Practices | Energy Cities (TMN) | Online-datenbank | 18 | Deutsche Beispiele |
| Benchmarks für Exzellenz | Konvent der Bürgermeister (TMN) | Online-datenbank | 65 | Deutsche Beispiele |
| Erfolgreich $CO_2$ sparen in Kommunen | Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz | Broschüre | 20 | - |
| 16 Wege für Kommunen im Klimaschutz | Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz | Broschüre | 21 | - |
| Praxisbeispiele von A-Z | Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz | Online-datenbank | 156 | - |

Quelle: Eigene Datengrundlage.

Die Analyse ist statistisch nicht repräsentativ und die Stichprobe bildet nicht die Grundgesamtheit ab. Daher wurden auch keine weiterführenden statistischen Auswertungen mit dem Material durchgeführt. Die Daten vermitteln stattdessen einen groben Überblick über die Vielfalt und den Charakter unterschiedlicher Best Practice-Sammlungen und -Beschreibungen; so werden Tendenzen erkennbar, die mit den Interviewdaten und Beobachtungen abgeglichen werden können.

## Methodische Reflexion

Forschen ist eine Praxis, eine menschliche Tätigkeit. Daraus ist zu schlussfolgern, dass das Ergebnis dieser Tätigkeit ein „persönlich-subjektiv geprägtes Produkt“ ist (Breuer 2010). Das heißt, der persönliche Arbeitsstil und die individuellen Entscheidungen des Forschers wirken sich bedeutend auf den Erkenntnisprozess und das „Erkenntnisprodukt“ aus. Jeder Forscher verfügt über eine eigene „epistemologische Perspektivität“, die ihn die soziale Welt durch ein spezifisches Bezugssystem erkennen lässt. Oft werden diese individuell-subjektiven Voraussetzungen des Forschenden – die persönlichen Eigenschaften, konkreten Vorstellungen und Präkonzepte über den eigenen Untersuchungsgegenstand – in der wissenschaftlichen Arbeit jedoch ausgeblendet. Um meinen Forschungsprozess möglichst transparent zu machen, reflektiere ich im Folgenden meine Themenwahl, meine Position und meine Interaktion im Feld.

### Themenwahl und Fokussierung

Meine Themenwahl war stark von meinem vorherigen beruflichen Kontext beeinflusst, der zum einen die Fokussierung auf kommunalen Klimaschutz anstelle von nationaler oder internationaler Klimapolitik mit sich brachte und zum anderen dem Instrument Best Practice eine besondere Bedeutung zuwies. Da das Climate-KIC nicht nur mein ehemaliger Arbeitgeber, sondern auch aktueller Fördermittelgeber ist, liegt die Themenwahl insbesondere in der praktischen Relevanz begründet. Schlussendlich hoffe ich, durch meine Forschung auch eine Veränderung im praktischen Umgang mit Best Practices im kommunalen Klimaschutz anzuregen und so aktuelle Regierungsrationalitäten zu problematisieren und Regierungsweisen zu verbessern. Die persönlichen, größtenteils negativen Erfahrungen mit dem Transfer guter Praxisbeispiele führen zu einer gewissen emotionalen Involviertheit und prägten auch meine eigenen Denk- und Herangehensweisen bzw. meine kritische Grundhaltung in Bezug zum Thema. Kritische Äußerungen in Beobachtungen und Gesprächen zogen mich daher stärker an als positive – was zum Teil auch das Sampling beeinflusste, indem ich insbesondere kritische Akteure befragte oder beobachtete. Nichtsdestotrotz blieb ich offen für Dynamiken in der Themenfokussierung im Verlauf des Forschungsprozesses, was bspw. beim Vergleich der Leitfäden von früheren und späteren Interviews deutlich wird.

### Position und Interaktion im Feld

Das Untersuchungsfeld betrat ich im Fall von Transition Cities als Projektmitarbeiterin. Die anderen Projektmitarbeiter wussten über meine Doppelrolle als Projektpartnerin und Forscherin Bescheid, nahmen mich aber primär in meiner beruflichen Tätigkeit wahr, außer, wenn ich offizielle Interviews mit ihnen führte. Im Fall des

Masterplan-Programms betrat ich das Feld über den beruflichen Kontakt zur Stadt Frankfurt und deren Weitervermittlung an die wissenschaftliche Begleitforschung zum ecologic Institut in Berlin. Bei meinem Aufenthalt als Gastwissenschaftlerin dort wurde ich als Kollegin aufgenommen und so auch externen Akteuren vorgestellt – manchmal mit dem Nebensatz, dass ich „die wissenschaftliche Begleitforschung beforsche". Der Eintritt über ecologic in das Ökosystem des Masterplans wurde vom Untersuchungsfeld sehr offen und positiv aufgenommen. Dies lässt sich damit erklären, dass sich die Projektteilnehmer als Exzellenzinitiative verstehen, deren Aufgabe und Pflicht darin besteht, erworbenes Wissen weiterzugeben. Daher sind die teilnehmenden Kommunen wissenschaftliches Forschungsinteresse gewohnt. Außerdem besteht das Untersuchungsfeld aus vielen Akteuren in meinem Alter, oft auch mit geographischem Fachhintergrund; so ergab sich zu vielen Beteiligten gleich ein guter Draht und ich fühlte mich als Teil der „community of practice". Von der offiziellen Begleitforschung und anderen Beratungsinstituten wurde ich als „Expertin" wertgeschätzt, sodass sich sogar eine Situation ergab, in der ich selbst interviewt wurde zur Frage, wie man im Programm mit dem Wunsch nach konfektionierten Maßnahmen umgehen solle. Auch viele von mir Interviewte zeigten großes Interesse an meiner Forschung, stellten aktiv Rückfragen und erkundigten sich nach bisherigen Ergebnissen oder wollten wissen, „was die anderen so gesagt haben". Zum Teil wird mir von den Feldmitgliedern eine zu starke theoretische Orientierung zurückgespiegelt, was mich selbst verwundert, da ich meine Orientierung eher als stark praktisch empfinde. So hatten Befragte manchmal Angst, die Fragen nicht oder nicht kompetent genug beantworten zu können; sie baten um den Leitfaden zur Gesprächsvorbereitung oder entschuldigten sich, wenn sie sich ihrer Meinung nach nicht ausreichend vorbereitet hatten. Ich versicherte ihnen stets, dass ich an ihren persönlichen und alltäglichen Erfahrungen interessiert sei, sodass eine Vorbereitung nicht nötig sei und es keine „falschen" Antworten oder gar Wissenslücken geben könne.

***

Den guten Praktiken auf die Spur zu kommen heißt aber nicht nur sie methodisch einzufangen und praktisch nachzuvollziehen, sondern auch einen Weg zu finden sich ihnen konzeptionell zu nähern und theoretisch verstehbar zu machen. Nachdem ich also in diesem Kapitel sowohl kritische Begriffsarbeit geleistet und den Forschungsstand rekapituliert habe, als auch mein methodisches Vorgehen transparent gemacht habe, lege ich im folgenden Kapitel – #Die Kunst, den Klimawandel zu regieren – mein theoretisches Instrumentarium dar, mithilfe dessen meine gewonnenen Erkenntnisse erklärbar gemacht werden sollen.

# Die Kunst, den Klimawandel zu regieren

> […] the art of governing is a complex business, operating though [sic!] assemblages to produce the governable and the normalized.
> *(Rutherford 2007: 296)*

Im Kapitel #Kommunen im Klimawandel habe ich bereits mithilfe des Konzepts der Problematisierung gezeigt, wie Klimawandel durch unterschiedliche Argumentationsweisen als Problem kommunaler Regierung reartikuliert wird. Interessiert man sich jedoch für die Rolle der Managementpraktik „Best Practice" innerhalb des Regierungsfeldes des kommunalen Klimaschutzes, dann reicht diese diskursive Analyseebene nicht aus. Um zu verstehen, wie in der kommunalen Praxis durch Best Practices regiert wird, sind weitere Analysekategorien nötig, damit erkennbar wird, wie gute Praxisbeispiele zu einer Regierungstechnik wurden, mithilfe derer ein optimiertes Steuern des Klimaproblems in Kommunen ermöglicht werden soll; wie Best Practices überhaupt entstehen und welche Machtbeziehungen hinter diesem wissensgenerierenden und -transferierendem Prozess stehen und welches Verständnis von gutem Klimaschutz aus dem wechselseitigen Zusammenspiel von programmatischen Logiken und Best Climate Practices resultiert.

Foucaults Konzept der Gouvernementalität bietet als Analyseperspektive Antworten auf Fragen wie diese, indem sie die verschiedenen Denkweisen identifiziert; deren Entstehungsbedingungen aufdeckt; die Prinzipien und Wissensformen, auf denen sie beruhen, aufspürt; die Praktiken bestimmt, aus denen sie bestehen und mithilfe derer sie Wirkung entfalten; zeigt, wie diese umgesetzt werden, und dabei gleichzeitig sensibel ist für die Auseinandersetzungen und Allianzen, die sie mit anderen Regierungsweisen eingehen (Rose et al. 2006). Dieses Kapitel befasst sich daher mit der wachsenden Forschungslandschaft der *Klimagouvernementalität*, die sich mit jenen Regierungskünsten auseinandersetzt, mit denen Klimaschutz auf verschiedenen Maßstabsebenen betrieben wird. Nach einer kurzen Einführung in das Konzept der Gouvernementalität im Allgemeinen gehe ich detaillierter auf den zentralen Begriff der Regierung sowie das Konstrukt der Macht-Wissen-Komplexe ein, bevor ich

die Besonderheiten einer gouvernementalen Analyseperspektive darlege. Daran anschließend gebe ich einen Überblick zum aktuellen Stand der Forschung im Bereich der „Öko- bzw. Klimagouvernementalität“, bevor ich dann meinen eigenen, auf Regierungspraktiken fokussierten und um Erkenntnisse aus der Praxistheorie ergänzten Zugang mit seinen zentralen Untersuchungskategorien erläutere.

## GOUVERNEMENTALITÄT

> „[G]overnmentality“ […] deals with how we think about governing, with the different mentalities of government.
> *(Dean 1999: 16)*

Das Konzept der Gouvernementalität wurde Ende der 1970er Jahre vom französischen Philosophen Michel Foucault in seiner Rolle als Professor für „Geschichte der Denksysteme“ im Rahmen einer Vorlesungsreihe („Sécurité, Territoire, Population“ und „La Naissance de la Biopolitique“) am *Collège de France* in Paris entwickelt. Der Begriff kann zum einen als Neologismus aus den französischen Wörtern „gouverner“ (= regieren) und „mentalité“ (= Denkweise) oder auch als Ableitung vom französischen Adjektiv „gouvernemental“ (= die Regierung betreffend) verstanden werden (Lemke 2007). Im Allgemeinen befasst sich die Gouvernementalitätsforschung also damit, wie und warum bestimmte Denk- und Handlungsweisen im Prozess der Regierung zur Anwendung kommen. Foucault (2012: 46) spricht daher von Gouvernementalität auch als der „Kunst des Regierens“. Aufgrund seines frühen Todes 1984 blieben Foucaults Ausführungen zur Gouvernementalität allerdings recht fragmentarisch. Foucault (2012: 64) selbst verstand

> „[u]nter Gouvernementalität […] die Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat“.

Erst Anfang der 1990er Jahre hielt die Kategorie der Gouvernementalität Einzug in die englischsprachige Forschungsgemeinschaft durch Herausgabe des Buches „The Foucault Effect: Studies in Governmentality“ (Burchell et al. 1991), welches neben einer Serie von Essays zur Gouvernementalität auch Übersetzungen von zwei Vorle-

sungen und einem Interview mit Foucault enthält.[1] Eine breitere Rezeption und Weiterentwicklung des Konzepts findet daher erst seit den frühen 1990er Jahren durch Autoren wie Miller und Rose (1990; Rose und Miller 1992), Lemke (1997; Lemke et al. 2012) sowie Dean (1999) statt. Aufgrund der zwanzigjährigen Geschichte von Gouvernementalitätsstudien sowie inzwischen zahlreichen und umfangreichen Einführungen in die Thematik sowohl auf Englisch als auch auf Deutsch möchte ich an dieser Stelle auf eine tiefergehende Explikation des Gouvernementalitätsbegriffs verzichten und stattdessen auf einführende Werke, wie die bereits erwähnten von Burchell et al. (1991), Lemke (1997) und Dean (1999), verweisen. Dies begründet sich auch darin, dass ich zwar Erkenntnisse und Begrifflichkeiten des Gouvernementalitätskonzepts für meine Arbeit nutzbar mache, ohne jedoch das sehr umfassende theoretische Konstrukt und den Kernbegriff selbst zu verwenden. Stattdessen setze ich Gouvernementalität und ihre begrifflichen Instrumentarien als Analyseperspektive ein (siehe Abschnitt #Das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“).

Für zentral erachte ich an dieser Stelle allerdings, dass sowohl Foucault selbst als auch nachfolgende Vertreter der Gouvernementalitätsstudien den Begriff teilweise recht unterschiedlich einsetzen, was einen Überblick über die verschiedenen Nutzungen erfordert. Dabei lassen sich im Wesentlichen drei verschiedene Verwendungen des Gouvernementalitätsbegriffs ausmachen:

1. In seinen Vorlesungen 1978-1979 entwickelte Foucault mit Gouvernementalität zunächst einen Begriff, der es ihm erlaubte, die Entwicklung westlicher Gesellschaften seit dem 16. Jahrhundert historisch-empirisch zu beschreiben, indem er den Unterschied zu den früher vorherrschenden Formen der souveränen und disziplinarischen Macht hervorhob. In seinen Ausführungen zeigt Foucault (2012), wie der Staat zunehmend auf *Regierungs*techniken statt auf Herrschafts- bzw. Disziplinierungstechniken angewiesen war und sich ein „moderner“ Verwaltungsstaat herausbildete, wie wir ihn heute kennen: „Schließlich glaube ich, dass man unter Gouvernementalität den Vorgang oder eher das Ergebnis des Vorgangs verstehen sollte, durch den der Gerechtigkeitsstaat des Mittelalters, der im 15. und 16. Jahrhundert zum Verwaltungsstaat geworden ist, sich Schritt für Schritt ‚gouvernementalisiert‘ hat.“ (Foucault 2012: 65)

1 Wiederum erst über zehn Jahre später folgte die Veröffentlichung und Systematisierung von Foucaults Vorlesungsskripten mithilfe von Audioaufnahmen und deren Übersetzung ins Englische (Foucault et al. 2007; Foucault und Senellart 2008).

2. Eng verbunden mit diesem historischen Ansatz ist ein Verständnis von Gouvernementalität, das man als nahezu austauschbar mit dem (Neo-)Liberalismus bezeichnen kann. Dies mag damit zusammenhängen, dass Foucault (2012: 50) in seiner Vorlesung zur Gouvernementalität (1978) über die „Kunst, die Macht in der Form der Ökonomie auszuüben", spricht und die politische Ökonomie „als Hauptwissensform" der Gouvernementalität identifiziert. Infolgedessen setzt sich ein wesentlicher Teil der Gouvernementalitätsstudien mit dem Neoliberalismus als politische Rationalität und deren Regierungstechniken auseinander, die eine Ökonomisierung des Sozialen zum Ziel haben (Bröckling et al. 2012; siehe auch Dean 1999 [hier insbesondere Kapitel 8]).
3. Als analytische Perspektive auf Macht und das Regieren von Gesellschaft erweiterte Foucault mit dem Konzept der Gouvernementalität schließlich auch sein Forschungsinstrumentarium, um das Verhältnis von Subjektivierungsprozessen zu Herrschaftsformen besser fassen zu können (Lemke 2001). Als spezifischer Untersuchungsstil dient Gouvernementalität hier der Analyse von Regierungsversuchen und den Techniken und Wissensformen, auf denen sie aufbauen, indem sie ein Set an methodologischen und konzeptionellen Richtlinien bereitstellt (Walters 2012). Als wesentliches Ziel einer gouvernementalen Regierungsweise definiert Foucault die Selbstführung der Subjekte. Der Aspekt der „Führung zur Selbstführung" unterscheidet die Gouvernementalität von anderen Formen der Machtausübung. Die zu lösenden Probleme werden in diesem Zusammenhang nicht mittels Zwang angegangen, sondern gouvernementales Regieren heißt, das Verhalten der Menschen so zu gestalten, dass sie Verantwortung für ihr eigenes Handeln übernehmen. Die Regierungssubjekte sollen dazu ermutigt werden, ihren eigenen freien Willen auszuüben – vorausgesetzt, dies geschieht in verantwortungsvoller Weise. Führung bedeutet dann „Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit von Verhalten zu nehmen" (Foucault 2005c: 256).

Ich verwende Gouvernementalität in dieser Arbeit in erster Linie als eine analytische Werkzeugkiste (analog zu Punkt 3), die mir mit den Kategorien der Problematisierung, der Regierungsrationalitäten und der Regierungstechnologien neue geeignete Perspektiven auf den Klimaschutz als politischen Raum eröffnen kann, indem oft unhinterfragte und etablierte Denk- und Handlungssysteme, die bestimmte Regierungsstrategien quasi-natürlich erscheinen lassen, kritisch hinterfragbar werden.[2] Als

2 Der Aspekt der „Führung zur Selbstführung" spielt in meiner Arbeit hingegen nur eine untergeordnete Rolle.

Analysekategorie ermöglicht Gouvernementalität nämlich die Verschiebung des Untersuchungsfokus von staatlichen Akteuren, Institutionen und Prozessen auf all jene Institutionen, Prozeduren, Reflexionen, Kalkulationen und Taktiken, die die Ausübung von Regierung im weiteren Sinne ermöglichen (Foucault und Sennelart 2004: 162). Bevor ich aber genauer auf Gouvernementalität als Untersuchungsperspektive eingehe und schließlich am Ende dieses Kapitels meinen eigenen konzeptionellen Zugang ausführe, expliziere ich zunächst, was in diesem Zusammenhang unter „Regierung" zu verstehen ist, um dann auf die besondere Bedeutung der „Macht-Wissen-Komplexe" in den Gouvernementalitätsstudien einzugehen.

## Regierung

> Regieren [heißt,] das mögliche Handlungsfeld anderer zu strukturieren.
> *(Foucault 2005c: 286f.)*

Das Konzept der Gouvernementalität ist für Foucault untrennbar mit einer spezifischen Vorstellung von Regierung verbunden, die er in seiner vierten Vorlesung zu „Sicherheit, Territorium, Bevölkerung" am 1. Februar 1978 (Foucault 2012: 64f.) beschreibt:

„Zweitens verstehe ich unter ‚Gouvernementalität' die Tendenz oder die Kraftlinie, die im gesamten Abendland unablässig und seit sehr langer Zeit zur Vorrangstellung dieses Machttypus, den man als ‚Regierung' bezeichnen kann, gegenüber allen anderen – Souveränität, Disziplin – geführt und die Entwicklung einer ganzen Reihe spezifischer Regierungsapparate einerseits und einer ganzen Reihe von Wissensformen andererseits zur Folge hatte."

Der Begriff der Regierung bzw. des Regierens entwickelte sich im Folgenden zu einer zentralen Kategorie von Foucaults Spätwerk. Unter dem Begriff „Regierung" versteht Foucault (1996a: 118) ziemlich umfassend „[…] die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, mittels deren man die Menschen lenkt, von der Verwaltung bis zur Erziehung". Potentiell fällt somit jeder Gesellschaftsbereich und jede Tätigkeit in die Zuständigkeit von Regierung, sei es im familiären, schulischen, militärischen oder verwaltungspolitischen Kontext (Lemke 2001). Regierung ist daher bei Foucault nicht gleichbedeutend mit staatlicher Regierungsmacht, sondern bezieht sich vielmehr allgemein auf die Selbst- bzw. Fremdführung von Menschen im Sinne ihrer Lenkung, Kontrolle und Leitung. Spezifische Regierungsweisen können somit nicht nur in Gesetzen und Institutionen, sondern in einer prinzipiell unbegrenzten Zahl wei-

terer Steuerungsapparate zum Ausdruck kommen, wie bspw. in verinnerlichten Risikoszenarien oder moralischen Werten sowie auch in architektonischen oder räumlichen Konfigurationen (Füller und Marquardt 2009).

„Der Kontaktpunkt, an dem die Form der Lenkung der Individuen durch andere mit der Weise ihrer Selbstführung verknüpft ist, kann nach meiner Auffassung Regierung genannt werden. In der weiten Bedeutung des Wortes ist Regierung nicht eine Weise, Menschen zu zwingen, das zu tun, was der Regierende will; vielmehr ist sie immer ein bewegliches Gleichgewicht mit Ergänzungen und Konflikten zwischen Techniken, die Zwang sicherstellen, und Prozessen, durch die das Selbst durch sich selbst konstruiert und modifiziert wird." (Foucault 1993 zit. nach Lemke et al. 2000: 29)

Regieren heißt daher nicht, sich selbst oder andere zu etwas zu zwingen und sie so in ihrer Handlungsfreiheit einzuschränken, sondern muss stattdessen als eine subtile Kombination aus interner und externer Lenkung verstanden werden, die das mögliche Handlungsfeld strukturieren und so die Wahrscheinlichkeit bzw. (Un-)Möglichkeit verschiedener Verhaltensweisen beeinflussen (Foucault 2005c). Das Ausüben von Macht durch Regierungshandeln wird damit zu einem „Management der Möglichkeiten" (Lemke 2011: 18). Regierung

„[…] ist ein Ensemble aus Handlungen, die sich auf mögliches Handeln richten, und operiert in einem Feld von Möglichkeiten für das Verhalten handelnder Subjekte. Sie bietet Anreize, verleitet, verführt, erleichtert oder erschwert, sie erweitert Handlungsmöglichkeiten oder schränkt sie ein, sie erhöht oder senkt die Wahrscheinlichkeit von Handlungen, und im Grenzfall erzwingt oder verhindert sie Handlungen, aber stets richtet sie sich auf handelnde Subjekte, insofern sie handeln oder handeln können. Sie ist auf Handeln gerichtetes Handeln." (Foucault 2005c: 286)

Dabei will Foucault vordergründig nicht zeigen, dass bzw. wie sich Formen der Regierung in allen Gesellschaftsbereichen ausweiten, sondern es geht ihm um die Identifizierung spezifischer Regierungsrationalitäten, „die es ermöglichen, ihre unterschiedlichen Gegenstandsbereiche zu ordnen und sie an verschiedenen Zwecken auszurichten" (Lemke 2001: 112). Dies erfordert eine Analyse der unterschiedlichen Regierungskünste, das heißt, der „[…] Gesamtheit von Prozeduren, Techniken, Methoden, welche die Lenkung der Menschen untereinander gewährleisten […]" (Foucault 1996a: 118f.). Regierung bezieht sich dabei jedoch nur auf solche Machtverhältnisse, die auf rational-kalkulierten Programmen oder Wissensformen beruhen und die von Techniken der Steuerung und Regulierung menschlichen Verhaltens begleitet werden. Es handelt sich bei Regierung somit um mehr oder weniger systematisierte, geregelte und reflektierte Techniken, die über eine spontane Machtausübung hinausgehen, indem sie einer bestimmten Form des Denkens (Rationalität) folgen, die auch

das letztendliche Ziel definiert (Lemke 2011: 20). Dean (1999: 209) leistet eine gute Zusammenfassung des gouvernementalen Regierungsbegriffs:

„Any more or less calculated and rational activity, undertaken by a multiplicity of authorities and agencies, employing a variety of techniques and forms of knowledge, that seeks to shape our conduct by working through our desires, aspirations, interests and beliefs, for definite but shifting ends and with a diverse set of relatively unpredictable consequences, effects and outcomes. Agencies of government, in this sense, can be local, regional, national, international or global; they can be philanthropic, for profit or public."

Beim gouvernementalen Regierungsbegriff handelt es sich demnach um die diversen und oft divergierenden Maßnahmen, durch die das Leben in liberalen Gesellschaften im Angesicht von Krisen und Handlungsdruck gemanagt und reguliert wird. Wird in der vorliegenden Arbeit vom Regieren des Klimawandels auf kommunaler Ebene gesprochen, so ist damit in erster Linie die Tätigkeit der Koordination, Information und Vernetzung von politischen, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren zu verstehen, die hauptsächlich von sogenannten „Klimaschutzmanagern" geleistet wird. Diese kommunale Regierungsarbeit folgt dabei sowohl eigenen als auch bundespolitischen Logiken (meist in Form von Förderprogrammen) und Zielsetzungen. Des Weiteren findet ein Regieren des Klimawandels in Städten und Gemeinden bekanntermaßen auch außerhalb der kommunalen Verwaltung statt, z.B. in Unternehmen, Stiftungen, Bürgerinitiativen, Bildungseinrichtungen oder auch auf individueller Ebene. Diese Regierungspraktiken stehen jedoch nicht im Fokus dieser Arbeit – sie sollten aber mitgedacht werden.

### Macht-Wissen-Komplexe

> Wissen ist Macht – Macht ist Wissen
> *(Liebknecht [1872] 2012)*

Schon 1597 prägte Francis Bacon den Satz „Wissen ist Macht", der bis heute in der Alltagssprache weit verbreitet ist. Auch Foucault, dessen Kernthema seiner intellektuellen Arbeit die Machtanalyse war, beschäftigt sich intensiv mit dem Zusammenspiel von Macht und Wissen. Ausgehend von seiner Annahme, dass Macht im Gegensatz zu Herrschaft nicht repressiv, sondern produktiv-ermöglichend wirkt, kommt Foucault zu dem Schluss, dass sich Macht und Wissen wechselseitig bedingen und steigern:

„We must cease once and for all to describe the effects of power in negative terms: it ‚excludes', it ‚represses', it ‚censors', it ‚abstracts', it ‚masks', it ‚conceals'. In fact, power produces; it produces reality; it produces domains of objects and rituals of truth. The individual and the knowledge that may be gained of him belong to this production." (Foucault 1995: 194)

Macht und Wissen sind für Foucault somit nicht das Gleiche; er interessiert sich vielmehr für die komplexen Beziehungen zwischen den beiden Elementen: „[…] power and knowledge directly imply one another; that there is no power relation without the correlative constitution of a field of knowledge, nor any knowledge that does not presuppose and constitute at the same time power relations" (Foucault 1995: 27). Machtmechanismen wie z.B. Evaluierung, Monitoring und Controlling oder klassische Personenkontrolle und Überwachung bringen neues, detaillierteres Wissen hervor, das wiederum dazu genutzt wird, die Wirksamkeit der Machtmechanismen zu steigern oder neue Kontrollmöglichkeiten zu schaffen.

Im selben Abschnitt spricht Foucault deshalb auch von „power-knowledge relations" [pouvoir-savoir], die im Deutschen auch als *Macht-Wissen-Komplexe* bezeichnet werden. Die Fähigkeit, Wissen über die zu regierende Umwelt zu produzieren, muss daher als Schlüssel zur Definierung der geeigneten Managementmechanismen angesehen werden. $CO_2$-Bilanzen, Klimaszenarien und auch Best Practice-Beispiele tragen zur Etablierung eben solcher Macht-Wissen-Komplexe bei, deren Charakteristika gemessen, bewertet, evaluiert und verwaltet werden können. Das Klima zu regieren ist also eng gekoppelt an die Konstruktion bestimmter Klima-Wahrheiten (vgl. Kapitel #Klimawandel als Politikproblem) und deren Verbreitung durch bestimmte Techniken, Methoden, Praktiken und Diskurse, an der eine Vielzahl an Akteuren und Institutionen beteiligt sind. Betrachtet man die Überlegungen zu Gouvernementalität, Regierung, Macht und Wissen zusammen, so handelt es sich bei der gouvernementalen Regierungsweise um eine subtile Form der Macht, die inhärent mit der Konstruktion von Wissen verbunden ist.

Um Visionen, Strategien und Konzepte zur Gestaltung kommunaler Wirklichkeiten entwickeln zu können, sind die kommunalen Akteure auf Wissen, das durch Instrumente wie Karten, Statistiken, Modelle oder eben Best Practices generiert wird, angewiesen. Daraus ist für mein Forschungsinteresse – dem kommunalen Klimaschutz und der Rolle von Best Practices – zu schlussfolgern, dass das städtische bzw. lokale Klima keine fixe Entität ist, die auf eine objektive Beschreibung wartet, sondern dass diese erst durch das Zusammenspiel von Wissen und Macht als ein verständliches und regierbares Phänomen konstruiert wird. Wissensformen wie Best Practices sollten daher nicht als neutrale „Shortcuts" kommunaler Realität missverstanden werden. Stattdessen muss berücksichtigt werden, dass es sich immer nur um selektive und auch machtvolle Interpretationen dieser Realität handelt. Verschiedene analytische Wissensformen, von denen Best Practices nur eine mögliche Darstel-

lungsform sind, können dementsprechend kommunale Realität auf sehr unterschiedliche Art und Weise sichtbar machen (vgl. Kapitel #Zur Performativität von Best Practices).

Ziel dieser Arbeit ist es, durch die Erforschung von Best Practices als wissensproduzierende und -transferierende Regierungstechniken die Reziprozitäten zwischen ebensolchen Technologien und ihren politischen Rationalitäten kritisch zu hinterfragen, indem die dahinterliegenden Macht-Wissen-Komplexe aufgedeckt werden. Insbesondere in einem so langfristigen und transformativ angelegten Politikfeld wie dem (kommunalen) Klimaschutz ist es zentral, Wissenserzeugung durch Instrumente wie Best Practices als Versuch zu verstehen, potenziell konflikthafte Situationen unter Kontrolle zu bringen. Dadurch, dass einzelne Interventionen in den Beschreibungen von ihren Störfällen, Problemen und Konflikten befreit werden und stattdessen als ein Zusammenspiel von sicheren, reibungslos zusammenpassenden Komponenten dargestellt werden, können sie in stabile, nachahmenswerte Situationen umgewandelt werden. Gleichzeitig bieten Politiken der Wissensproduktion und ihre Werkzeuge aber auch die Möglichkeit, alternative statt stabilisierende Visionen hervorzubringen, wodurch bestehende Systeme oder Realitäten schließlich gestört und verändert werden können. Schlussendlich ist aus einer normativen Perspektive entscheidend, ob die wissensbildenden Prozesse, die die Formulierung politischer Rationalitäten untermauern, so konfiguriert sind, dass gesellschaftlicher Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz nicht nur sichtbar, sondern auch realisierbar gemacht wird (vgl. Kapitel #Zum transformativen Potenzial von Best Practices).

## Analytik der Regierung

> An analytics of government attempts to show that our taken-for-granted ways of doing things and how we think about and question them are not entirely self-evident or necessary.
> *(Dean 1999: 21)*

Nachdem kurz zentrale Begrifflichkeiten und Denkweisen der Gouvernementalitätsstudien eingeführt wurden, gehe ich zum Abschluss dieses in die Thematik einleitenden Abschnitts auf die Besonderheiten einer gouvernementalen Analyseperspektive ein. Aus den vorhergehenden Ausführungen kann man ableiten, dass sich durch die Kategorie der Gouvernementalität, die Regieren und Denkweisen semantisch zu einer Regierungskunst verbindet, ein neues Instrument zur Untersuchung der zuvor erklärten Macht-Wissen-Komplexe ergibt (Lemke 2001).

Als analytische Perspektive ist Gouvernementalität weder als eine Theorie der Macht, der Autorität oder der Governance, noch als historisch und räumlich klar identifizierbares Phänomen zu verstehen. Stattdessen handelt es sich um eine spezifische Art der Fragestellung zu unterschiedlichen Ereignissen, die zu erklären und zu verstehen sind. Antworten auf Fragen wie: wer oder was regiert wird, warum etwas regiert wird, wie es regiert wird, nach welchen Logiken regiert wird, mithilfe welcher Techniken und mit welchem Ziel regiert wird, können nur durch empirische Untersuchungen präzise beantwortet werden (Rose et al. 2006).

Insbesondere Dean (1999) überführte die Vorteile einer Gouvernementalitätsperspektive in eine „Analytik der Regierung", die zu einem prominenten Ansatz der Gouvernementalitätsforschung geworden ist. Eine solche Analyse befasst sich mit den Regierungsakteuren, den Wissensformen, den verwendeten Techniken und (kalkulativen) Methoden der Regierung, dem Phänomen, das es zu regieren gilt, und wie dieses wahrgenommen wird sowie mit den angestrebten Regierungszielen, den Ergebnissen und Konsequenzen von Regierungshandeln. Besonderer Aufmerksamkeit wird dabei jenen Praktiken zuteil, mittels derer versucht wird, die Entscheidungen, Wünsche, Bestrebungen, Bedürfnisse und Lebensstile von Individuen oder Gruppen zu gestalten, zu formen und zu mobilisieren. Fragen von Regierung, Politik und Verwaltung werden so zu Fragen menschlich-körperlicher Tätigkeiten (= Praktiken, vgl. Abschnitt #Das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz") (Dean 1999: 11f.). Neben Praktiken spielen – wie vom Gouvernementalitätskonzept ausgehend zu erwarten – Denkweisen eine zentrale Rolle in der Regierungsanalytik. Untersucht wird dabei jenes Denken, das in (politischen) Programmen zur Lenkung oder Änderung des Verhaltens festgehalten ist. Eine Auseinandersetzung mit Denkweisen erfolgt also nur insofern, als diese eingebettet und verbunden sind mit Techniken zur konkreten (Um-)Gestaltung von Verhaltensweisen, Praktiken und/oder Institutionen. Regierungsrationalitäten zu analysieren heißt in diesem Zusammenhang also, Denkweisen zu analysieren, die ins Praktische und/oder Technische übersetzt wurden (Dean 1999: 18). Eine Analytik der Regierung untersucht damit in erster Linie Regierungs*praktiken* und ihre komplexen und variablen Beziehungen zu wiederum jenen heterogenen sozialen, kulturellen und politischen Praktiken, die eine spezifische „Wahrheit" hervorbringen. Wahrheit betrifft hier die Frage, nach welchen Ansichten (wer wir sind und welche Aspekte unserer Existenz ein Eingreifen mit welchen Mitteln und welchem Ziel erfordern), die wir als wahr empfinden, wir uns selbst und andere lenken. Gleichzeitig entstehen durch eben diese Art und Weise, wie wir andere und uns selbst regieren, neue, verschiedene Wege der Wahrheitsproduktion.

Zur Analyse dieser Macht-Wissen-Komplexe, die sich in Praxisregimen artikulieren, schlägt Dean (1999: 30f.) vier zentrale Untersuchungskategorien vor: (1) Wissensformen, (2) Handlungsweisen (Techniken und Praktiken), (3) Formen der Sichtbarkeit und (4) Identitäten/Subjekte.

1. *Wissensformen*: Eine Gouvernementalitätsperspektive geht davon aus, dass sich (neue) Wissensformen sowohl aus der Tätigkeit des Regierens selbst ergeben als auch die Grundlage für ebendiese Tätigkeit darstellen. Daher ist wichtig herauszufinden, welche Denkformen, Strategien oder Rationalitäten und welches Fach- bzw. Praxiswissen in Regierungspraktiken zur Anwendung kommen. Zentrale Fragen sind dabei, wie diese Wissensformen Regierungspraktiken beeinflussen oder sogar transformieren; wie daraus spezifische Wahrheiten erwachsen und wie bestimmte Wissensformen und Rationalitäten versuchen, bestimmte Themen, Domänen und Probleme regierbar zu machen (vgl. Kapitel #New Public Climate Management).
2. *Techniken und Praktiken*: Diese Dimension befasst sich mit den Mitteln, Mechanismen, Verfahren, Instrumenten, Taktiken, Techniken und Vokabeln (bspw. ökonomische Modelle), durch die Autorität erzeugt und Vorschriften erfüllt werden. Der Fokus auf Regierungstechniken erklärt sich durch die Annahme, dass die Regierung, wenn sie Ziele erreichen will oder versucht, Werte zu verwirklichen, stets auch „technische" Mittel einsetzen muss (vgl. Kapitel #Best Climate Practices).
3. *Sichtbarkeit*: In dieser Kategorie geht es darum zu erfassen, wie Regierungsobjekte, -subjekte und -ziele (bildlich) dargestellt werden und wie diese in Raum und Zeit (bspw. mithilfe von Diagrammen oder Grafiken) in Programmen geordnet und strukturiert werden (vgl. Kapitel #Klimawandel als Politikproblem und #Politische Programme).
4. *Identitäten und Subjekte*: Neben den Sichtbarkeiten, Praktiken und Rationalitäten des Regierens gilt es auch, die Personen, durch die ein Regieren operierbar wird, ebenso wie ihre Fähigkeiten und Positionen sowie ihre Rechte und Pflichten zu analysieren.

Gouvernementalitäten zu analysieren bedeutet also zum einen, die verschiedenen Denkweisen, ihre Entstehungsbedingungen sowie die Prinzipien und Wissensformen, auf denen sie beruhen und die sie hervorbringen, zu identifizieren. Zudem sollen die Praktiken, aus denen sie bestehen, die Art und Weise, wie sie durchgeführt werden, sowie ihre Konflikte und Allianzen mit anderen Regierungskünsten verstanden werden (Rose et al 2006: 84). Man kann also sagen, dass Gouvernementalität als analytisches Konzept die Regierungsweisen erfasst, die durch eine spezifische (politische) Rationalität mit einer entsprechenden Gruppe von (politischen) Technologien ermöglicht werden, die die (Selbst-)Steuerung der Subjekte oder die Verwaltung zuvor definierter Probleme zum Ziel hat.

Schließlich soll die Selbstverständlichkeit des Regierens im wahrsten Sinne des Wortes *auseinandergenommen* werden, indem ihre historische Kontingenz und Verankerung in den sozialen, politischen, ökonomischen, kulturellen und nicht-menschlichen Kontexten aufgedeckt wird, die diese Natürlichkeit erst hervorgebracht haben.

So wird es möglich, den Staat als absoluten Sitz der Macht zu dezentrieren und stattdessen zu zeigen, wie Macht in jeglichen sozialen Körpern zu finden ist, sodass ein Regieren an unendlich vielen Orten stattfinden und durch unzählige Techniken ausgeführt werden kann (Rutherford 2007). Eine gouvernementale Analyse ist damit stets auch eine Form der Kritik, indem sie die den Regierungsweisen inhärenten Rationalitäten expliziert; die Art, wie wir uns wahrnehmen und die Art, wie von uns erwartet wird, dies zu tun, demonstriert sowie die Verbindungen aufzeigt zwischen dem, wie wir uns selbst kennen und verstehen und dem, wie wir lenken und gelenkt werden. Diese Aufdeckung ermöglicht die Überwindung des selbstverständlichen Charakters von Regierungspraktiken. Der Sinn davon ist nicht, eine Veränderung dieser Praktiken als unvermeidlich darzustellen oder zu vereinfachen. Stattdessen soll ein Raum geschaffen werden, in dem es möglich ist, erstens, darüber nachzudenken, wie man Dinge anders machen kann und Alternativen aufzuzeigen; zweitens, die Wendepunkte hervorzuheben, wo Widerstand und Konflikte eine Dringlichkeit zur Transformation mit sich bringen und drittens, auch sichtbar zu machen, in welchem Maße und an welcher Stelle sich Wandel als schwierig erweisen könnte (Dean 1999: 36; vgl. Kapitel #„Best Practice ist eine Geschichte“).

## KLIMA-GOUVERNEMENTALITÄT

> Foucauldian-inspired governmentality literature is becoming an increasing popular and productive resource for attempts to theorize, analyse and critique contemporary environmental and climate governance.
> *(Death 2014: 77)*

Natur und Umwelt gehörten nie zu den Themen, für die sich Foucault besonders interessierte (Darier 1999; Rutherford 2007); doch genauso wie Wahnsinn, Sexualität oder Kriminalität existieren Umweltprobleme nicht einfach „da draußen“ in einer reinen und unvermittelten Form, sondern erst verschiedene Techniken, Prozeduren und Praktiken konstruieren und produzieren „die Umwelt“ und deren Zerstörung durch den Menschen in solch einer Art und Weise, dass sie sowohl zu einem Wissensobjekt als auch zu einem Regierungsobjekt gemacht werden (Bäckstrand 2004). Ungeachtet von Foucaults Desinteresse an Umweltthemen begannen schon wenige Jahre nach der ersten Rezeption des Gouvernementalitätsbegriffs einige Wissenschaftler (z.B. Luke 1995; Darier 1999) damit, als Antwort auf den wahrnehmbaren Mangel an Foucault’schen Analysen zu Natur und Umwelt das Gouvernementalitätskonzept auf

die Analyse von Mensch-Umwelt-Beziehungen zu übertragen. Unter den Labeln „Environmentality" bzw. „Ecogovernmentality" entstanden so eine Reihe an Studien, die sich damit befassen, wie unterschiedliche Regierungsstellen (Behörden, UN-Institutionen, NGOs usw.) in Kombination mit Produzenten von Expertenwissen (Forschungsinstitute, politwissenschaftliche Einrichtungen wie bspw. IPCC oder der „Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services") „die Umwelt" als Interventionsfeld konstruieren (Luke 1995; Agrawal 2005; Lockwood und Davidson 2010; Turnhout et al. 2014).

Ab Mitte der 2000er lässt sich eine Begriffsverschiebung von Öko-Gouvernementalität hin zur „Grünen Gouvernementalität" beobachten. Dies lässt sich mit der steigenden Bedeutung von Konzepten wie der „Grünen Ökonomie", „Grünem Wachstum" oder auch der „Grünen Stadt" erklären. Der Diskurs im Umweltbereich verlagerte sich in dieser Zeit von Nachhaltigkeit und Naturschutz hin zu Synergien von Umwelt und Wirtschaft (vgl. auch Kapitel #Klimawandel als ökonomisches Problem und Nagorny 2014). Arbeiten wie die von Bäckstrand und Lövbrand (2006), Brand (2007) und Kusno (2011) setzen sich daher verstärkt kritisch mit Tendenzen der Neoliberalisierung umweltpolitischer Steuerung auseinander (vgl. dazu Abschnitt #Gouvernementalität).

Etwa zeitgleich gewann der Gouvernementalitätsansatz auch in der sozialwissenschaftlichen Klimaforschung an Bedeutung und wissenschaftlicher Rezeption (siehe Oels 2005, 2013; Bäckstrand und Lövbrand 2006; Rutland und Aylett 2008; Methmann 2010, 2013; Keskitalo et al. 2012). Traditionell fokussierten sich sozialwissenschaftliche Studien zum Klimawandel bis dahin entweder auf internationale Beziehungen und Global Governance, insbesondere im Rahmen des UNFCCC-Prozesses, oder auf individuelles Handeln und Bewusstseinsänderungen von Akteuren (vgl. Kapitel #Das Prinzip der Nachahmung und #Klimawandel als MLG-Problem). Seit Mitte der 2000er jedoch hat sich das Feld stark diversifiziert und viele verschiedene Perspektiven (u.a. Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT), Science and Technology Studies (STS), Gouvernementalität, kritische Theorie, diskursive Ansätze) fanden Eingang in die sozialwissenschaftliche Klimaforschung. Stripple und Bulkeley (2014a: 8) fassen deren gemeinsames Forschungsinteresse wie folgt zusammen:

„What is starting to emerge across these diffuse perspectives is a problematization of the nature of the political with regard to climate change, through rethinking the nature of power, a renewed attention to the ways institutions are produced and maintained and a thorough engagement with the processes and practices around climate change and carbon – as a materiality and a social and cultural artefact."

Im Fokus des Interesses von Studien speziell zur Klima-Gouvernementalität stehen, wie zu erwarten, die Prozesse, durch die Klimawandel regierbar gemacht wird. Es geht also um die Ausweitung und Vertiefung des Verständnisses darüber, wie Klimawandel zu einem aktuellen sozialen, kulturellen und politischen Phänomen wurde. Stripple und Bulkeley (2014a: 14) erklären die Nützlichkeit einer gouvernementalen Perspektive auf das Thema Klimawandel daher wie folgt:

„[…] the concept of governmentality provides a means through which to engage with how governing climate change operates through both the strategic and the prosaic, and to offer an explanation for how and why particular forms of authority, knowledge and practice have come to dominate the climate change field".

Diese Studien zur Klima-Gouvernementalität richten dabei ihre Aufmerksamkeit folgerichtig in erster Linie auf Fragen des „Wie" in der Klimagovernance. Dabei wird z.B. danach gefragt, wie eine Klimagovernance praktisch und technisch bewerkstelligt wird oder wie Akteure und Subjekte durch Praktiken der Klimagovernance konstituiert werden (Lövbrand und Stripple 2014) oder auch, wie die heterogenen sozio-politischen Elemente – etwa Praktiken, Texte, materielle Form, Machttechniken und Wege der Problematisierung – zusammenhängen und wie diese in eine relativ stabile raum-zeitliche Regierungsweise münden (Blok 2014). Bisherige Arbeiten zur Klima-Gouvernementalität lassen sich grob in vier Kategorien einordnen, deren Forschungsstand in der folgenden Auflistung schlaglichtartig dargestellt wird:

1. *Untersuchungen, die sich mit der Konstruktion von Klimawandel als Regierungsobjekt auf unterschiedlichen Maßstabsebenen befassen.* Ein Großteil der sozialwissenschaftlichen Forschung zum Klimawandel, die mit einer gouvernementalen Perspektive operiert, beschäftigt sich mit der Frage, wie Klimawandel zu einem politischen Objekt gemacht wurde, das sich regieren lässt. Rutland und Aylett (2008) arbeiten bspw. heraus, wie Klimawandel zu einer politischen Priorität in Portland (USA) wurde. Lövbrand et al. (2009) zeichnen die wissenschaftlichen Praktiken nach, die zur Konstitution der Analysekategorie „Erd- bzw. Klimasystem" führten, wodurch das planetarische Klima beobachtbar, messbar und regierbar gemacht wurde. In einer vergleichenden Studie zeigen Keskitalo et al. (2012), wie unterschiedliche politische Rationalitäten in Großbritannien, Finnland und Schweden zu ganz unterschiedlichen Regierungstechniken führen, mithilfe derer Anpassung an den Klimawandel erfolgen kann. Oels (2013) nutzt das Gouvernementalitätskonzept, um zu zeigen, wie sich die Konstruktion und Darstellung von globalen Klimarisiken zwischen 1988 und 2010 maßgeblich gewandelt hat. McGuirk et al. (2014a) arbeiten am Beispiel von $CO_2$-Governance-Initiativen in verschiedenen aust-

ralischen Städten heraus, welche Ziele eine städtische $CO_2$-Governance verfolgt, wie $CO_2$ zu einem kommunalen Regierungsproblem gemacht wird und mit welchen Mitteln versucht wird, das $CO_2$-Problem handhabbar zu machen. Dieser Art von Untersuchungen ist gemein, dass sie sich stärker auf Akte der Problematisierung und Regierungsrationalitäten fokussieren, statt auf konkrete Regierungstechnologien oder Subjektivierungsprozesse.

2. *Arbeiten, die sich kritisch mit Neoliberalisierungstendenzen in der Multi-Level-Klimagovernance auseinandersetzen.* Anknüpfend an ein Verständnis, das Gouvernementalität im Wesentlichen mit Neoliberalismus gleichsetzt, gibt es einen Korpus an Studien, der sich mit neoliberalen Regierungstechniken, Regierungsrationalitäten und neuen Akteurskonstellationen befasst. Dazu zählen bspw. die Einführung von $CO_2$-Märkten, Public-Private-Partnerships oder partizipatorische Steuerungsformen. Oels (2005) wie auch Methmann (2013) identifizieren beide ein „advanced liberal government of the climate" (bspw. in Form des Kyoto-Protokolls und seines *Clean Development Mechanism*), das heißt, Klimawandel wird vermehrt als ökonomisches Problem artikuliert, das marktbasierte und kosteneffiziente Lösungen erfordert. Dowling (2010) hingegen zeigt, wie die hegemoniale neoliberale Logik im Klimaschutz zu neuen Subjektformationen und Identitäten führt (am Beispiel von verändertem Konsum- und Ernährungsverhalten). Lovell (2010, 2013, 2015) setzt sich schließlich intensiv mit der Vielzahl an neuen Praktiken, Regeln und Handlungsweisen auseinander, die zu einer aktiven Konstruktion sogenannter „low-carbon economies" führten.
3. *Analysen, die verstärkt spezifische Regierungstechniken und die daraus resultierenden Subjektivierungsprozesse behandeln.* Zu den ersten gouvernementalen Arbeiten, die sich mit konkreten, alltäglichen Regierungspraktiken der Klimagovernance befassten, zählt die von Paterson und Stripple (2010). Anhand von Beispielen wie der „$CO_2$-Fußabdruckberechnung" oder Maßnahmen zur „Klimakompensation" zeigen die Autoren, wie Klimawandel durch kalkulative Praktiken regierbar gemacht wird und welche Prozesse der Subjektivierung daraus erwachsen. Auch Eden (2014) sowie Turnhout et al. (2015) beschäftigen sich in ihren Untersuchungen explizit mit Techniken der $CO_2$-Kalkulation und zeigen, wie diese Regierungstechnologien nicht nur darauf abzielen, das Verhalten der involvierten Subjekte zu verändern, sondern auch deren interne Rationalitäten, Identitäten und die Vorstellung darüber, was diese unter „normalem" Verhalten verstehen. Am Beispiel der Einführung von sogenannten „Smart Metern" in britischen Haushalten verdeutlicht Hargreaves (2014) zudem, dass sich $CO_2$ als Regierungsrationalität auf Haushaltsebene nicht durchsetzen kann und die Regierungstechnik „Smart Meter" auf signifikanten Wiederstand und sogar teilweise Ablehnung seitens der zu regierenden Subjekte trifft.

4. *Eine Reihe an Studien, die sich durch eine diskurstheoretische Auseinandersetzung mit Klimawandel als Regierungsobjekt auszeichnen.* Bäckstrand und Lövbrand (2006) setzen sich kritisch mit der politischen Rhetorik zur Treibhausgasminderung durch Aufforstung auseinander, die im Kyoto-Protokoll durch den Clean Development-Mechanismus verankert wurde. Methmann (2010) hingegen arbeitet diskurstheoretisch heraus, wie sich Klimaschutz international zwar als ein wichtiges Politikziel etablierte, aber inhaltlich nur zu wenigen Veränderungen führte und dass außerdem kaum tatsächliche Effekte beobachtbar sind. Klimaschutz wird daher von Methmann (2010) als „Empty Signifier" kritisiert. Mattissek und Sturm (2016, 2017; Sturm und Mattissek 2018) befassen sich diskurstheoretisch mit der Diskrepanz zwischen politischer Rhetorik und tatsächlich stattfindendem Regierungshandeln. Dabei vergleichen sie Prozesse in den Städten Münster und Dresden. Sie kommen zu dem Schluss, dass nationale Klimaziele und -strategien nicht einfach übernommen, sondern in lokalen Aushandlungsprozessen neu verhandelt, transformiert und angepasst werden.

Auch wenn sich die meisten dieser Arbeiten nicht vollkommen einseitig nur auf Rationalitäten, Technologien oder Subjektformationen beziehen, kann man doch feststellen, dass ein systematisches Zusammendenken der Regierungstechnologien sowie ihrer Wissensformen und Rationalitäten, die sie mit hervorbringen und auf die sie angewiesen sind, noch am Anfang steht (Lövbrand und Stripple 2014). Neuere Arbeiten, wie z.B. der Sammelband von Stripple und Bulkeley (2014b), versuchen daher verstärkt, diese Lücke zu schließen. Ein weiteres Beispiel in dieser Richtung ist auch ein Artikel von Braun (2014): Mithilfe des Foucault'schen Dispositiv-Begriffs zeigt er zum einen, wie sich Klimaschutz als eine neue Form der städtischen Regierungsführung etablierte, die sich als ein Set aus spezifischen Diskursen, Praktiken, baulichen Strukturen, Regulierungen, Gesetzen und Wissen artikuliert. Zum anderen verdeutlicht er am Beispiel von zwei konkreten Regierungstechniken – der Einführung eines Tools zur Messung des Echtzeit-Kraftstoffverbrauchs in PKWs und der visuellen Darstellung von infrastrukturellen Klimawandelanpassungsmaßnahmen in Manhattan, NYC –, wie sich städtische Regierungsführung in Zeiten des Klimawandels verändert. So zeichnet er ein Bild von Regierung, die von einem singulären System mit einer einheitlichen Rationalität weit entfernt ist. In seiner Darstellung der sich verändernden Regierungsrationalität bleibt er jedoch relativ vage und hebt lediglich zwei Beobachtungen hervor: Erstens zielten Regierungsweisen heutzutage vermehrt auf das Steuern des urbanen Lebens ab (vgl. auch Kapitel #Die Stadt als Ursache, Betroffene und Lösung für das Klimaproblem) und zweitens gehe damit eine signifikante Veränderung in den angewandten Regierungstechniken einher.

Exemplarisch für ein Zusammendenken von Rationalitäten und Technologien des Regierens ist zudem ein früher Artikel von Bulkeley (2006), in dem sie passenderweise die Rolle von Best Practices für städtische Nachhaltigkeitspolitiken untersucht und feststellt, dass Best Practices gleichzeitig zu einer politischen Rationalität über eine angemessene, lokale Zukunft werden und zu einer Regierungstechnologie, durch die Umweltprobleme regierbar gemacht werden. Bulkeley schreibt Best Practices eine Doppelfunktion zu: Einerseits setzen sie Normen, Standards und Kriterien. Andererseits sollen sie Wissenstransfer, Lernen und Handlung befördern. Ein solches Vorgehen und der thematische Fokus auf Best Practices machen Bulkeleys Ausführungen richtungsweisend für die vorliegende Arbeit. Allerdings stimme ich nicht mit ihr darin überein, Best Practices sowohl als Rationalität als auch als Technologie zu verstehen. Ich bin der Ansicht, dass es sich bei Best Practices um eine Regierungstechnik handelt, die im Rahmen bestimmter politischer Programme als besonders geeignet angesehen wird, Klimawandel in Kommunen effizienter managen zu können.

Meine Überlegungen setzen dennoch genau hier an: Mit der vorliegenden Arbeit möchte ich programmatische Rationalitäten und Technologien konsequenter zusammendenken, indem ich die Gründe für die ausgeprägte Nutzung und Verbreitung von Best Climate Practices im Licht einer kommunenspezifischen Re-Problematisierung von Klimawandel untersuche, um herauszuarbeiten, wie das Risiko Klimawandel in Kommunen durch die Herstellung, Nutzung und Verbreitung guter Praxisbeispiele erkannt, konstruiert und schlussendlich regiert und damit als sozio-politisches Handlungsfeld definiert wird. Politik- und Wissenstransfer als Regierungstechnologie in Form von Best Climate Practices ist daher als tief verwoben mit den politischen Rationalitäten des Politikproblems Klimawandel und den akzeptierten Lösungsoptionen, mithilfe derer es angegangen werden soll, zu verstehen. Die Frage ist also, wie Best Practices innerhalb des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz“ konstruiert und praktiziert werden, sowie welche Konsequenzen sich daraus für die Regierung von Klimawandel ergeben. In diesem Zusammenhang sind zum einen die spezifischen Rationalitäten der Definition des Politikproblems „Klimawandel“ und die damit einhergehenden Politikziele und zum anderen die spezifischen Technologien der Regierungsführung, durch welche diese Ziele in konkrete Maßnahmen an verschiedenen Orten übersetzt werden, von besonderem Interesse (Bulkeley 2006: 1034).

Es ist demnach nicht nur von wissenschaftlicher, sondern auch von besonderer gesellschafts-politischer Relevanz, zu zeigen, wie Umwelt und Klima in krisenhaften Zeiten als Politikproblem konstruiert werden; wie Wissen über sie generiert wird; wer dazu auserkoren wird, sie zu retten, und welche Lösungsansätze und Schutzmaßnahmen als geeignet angesehen werden. So kann ein vertieftes Verständnis darüber erlangt werden, wie Klima-Wahrheiten erschaffen und regiert werden, was eingefahrene Denk- und Handlungsweisen hinterfragbar und gegebenenfalls erneuerbar macht. Das Analyseinstrumentarium eines Gouvernementalitätsansatzes bietet, wie

ich auf den vorhergehenden Seiten zu zeigen versucht habe, eine produktive Ressource, um die „think-ability and criticize-ability“ aktueller Klimagovernance zu fördern (Walters 2012). Ich bin davon überzeugt, dass eine solche Perspektive neue Einblicke in den politischen Raum des kommunalen Klimaschutzes ermöglicht, indem etablierte Denk- und Verhaltensmuster – die bestimmte Steuerungsstrategien wie bspw. Best Practices bis dato als quasi-natürlich erscheinen lassen –, (re-)problematisierbar gemacht werden. In Bezug auf das kommunale Klimaschutzmanagement können wir so hoffentlich besser verstehen, wie die Regulierung des Klimawandels vor Ort funktioniert, indem wir Erklärungen dafür finden, wie und warum bestimmte Formen von Macht, Wissen und Praxis den kommunalen Klimaschutz dominieren.

Im letzten Abschnitt dieses Kapitels gehe ich noch einmal genauer auf meine begrifflichen Werkzeuge ein, die ich nutze, um das zuvor erläuterte Ziel des systematischen Zusammendenkens der programmatischen Rationalität des kommunalen Klimaschutzmanagements und der Regierungstechnik Best Practice zu erreichen. So soll gezeigt werden, wie die soziale Ordnung „Klimaschutz“ in deutschen Kommunen durch das praktische Zusammenspiel von Klimaschutzmanagern, Städtenetzwerken, Beratern, politischen Förderprogrammen und Best Practice-Beispielen aus anderen Kommunen erzeugt, aufrechterhalten und verändert wird.

## DAS PRAXISREGIME „KOMMUNALER KLIMASCHUTZ”

> An analytics of government examines the conditions under which regimes of practices come into being, are maintained and are transformed.
> *(Dean 1999: 21)*

Wie ich im vorherigen Kapitel (#Projektdesign) verdeutlicht habe, verfolge ich in dieser Arbeit das Ziel, das, was in Bezug auf die Entwicklung, Nutzung und Verbreitung von Best Practices im kommunalen Klimaschutz praktisch geschieht, zu beschreiben, zu erklären und zu hinterfragen. Um dies tun zu können, braucht es nicht nur methodische, sondern auch analytische Werkzeuge, damit die sozialen Geschehen, die untersucht werden sollen, beobachtbar gemacht werden können. Das theoretische Instrumentarium trägt gleichzeitig dazu bei, zu definieren, wo überhaupt das Erkenntnisinteresse liegt. Die Absicht dieser Arbeit liegt somit nicht darin, eine neue „Theorie“ zu entwickeln oder soziale Praxis zu „intellektualisieren“, sondern vielmehr darin, erkennbare Erklärungsmuster aufzudecken und praxisorientiert zu interpretieren, um eine theoretische Überinterpretation zu vermeiden.

Der Gouvernementalitätsansatz bietet dabei mit den Analysekategorien der *Problematisierung* (Kapitel #Problematisierung: Vom Phänomen zum Problem), der *Regierungsrationalitäten* (Kapitel #Politische Rationalitäten) und *Programme* (Kapitel #Politische Programme) sowie der *Regierungstechniken* (Kapitel #Rationalitäten und Technologien) ein geeignetes Rahmenwerk, um die Versuche von Kommunen, ihre Klimaziele zu erreichen, indem sie Wissen in Form von Best Practices herstellen, verbreiten und nutzen, zu untersuchen. Dabei orientiere ich mich an einer „governmentality in action" (Murdoch 2004), wobei mir der Begriff des Praxisregimes als übergeordnetes Konzept dient, der laut Dean (1999) ein relativ kohärentes Set von Aktivitäten und Techniken bezeichnet, die sich stets auf ein bestimmtes (Politik-)Problem bzw. eine bestimmte Problematisierung beziehen.

„The term ‚regime of practice' refers to […] historically constituted assemblages through which we do such things as cure, care, relieve, punish, educate, train and counsel." (Dean 1999: 30)
"Regimes of practices can be identified whenever there exists a relatively stable field of correlation of visibilities, mentalities, technologies and agencies, such that they constitute a kind of taken-for-granted point of reference for any form of problematization. In so far as these regimes concern the direction of conduct, they form the object of an analytics of government." (Dean 1999: 27)

Mit der Fokussierung auf eine „governmentality in action" (Murdoch 2004) und der Konzeptualisierung von kommunalem Klimaschutz als Praxisregime möchte ich mich mit meiner Arbeit von gouvernementalen Studien abgrenzen, die vornehmlich auf der Ebene der Rationalitäten und Programme operieren (z.B. Bröckling 2007; Mattissek 2008; Wolf 2013; Schipper 2013). Besonders umfassende Forschung zum kommunalen Klimaschutz in Deutschland wurde im DFG-Projekt „Lokale Generierung handlungsrelevanten Wissens – am Beispiel lokaler Strategien und Maßnahmen gegen den Klimawandel" der TU Darmstadt geleistet (u.a. Heinelt und Lamping 2015; Zimmermann et al. 2015). Doch auch hier hat man sich am Beispiel von Frankfurt am Main, München und Stuttgart an „Wissensordnungen" und Epistemologien abgearbeitet, um unterschiedliche kommunale Klimaschutzstrategien und -maßnahmen zu erklären und damit zu einem verbesserten Verständnis der Bedeutung von Wissen, Ideenaustausch und Lernen in der Stadtpolitik zu kommen. Solche empirischen Fallstudien privilegieren in ihrer Analyse die Kategorie der politischen Rationalitäten und Programme gegenüber den Regierungstechnologien und -praktiken, obwohl diese beiden Kategorien untrennbar miteinander verbunden sind (Miller und Rose 1990). Diese Überbetonung der Rationalitäten gegenüber den Technologien führt häufig zu einer Überabstraktion und Überintellektualisierung, der ich gezielt entgegenwirken möchte, indem ich mich mit meiner Arbeit in einen Korpus von Studien einreihe (z.B. Füller und Marquardt 2010; Methmann 2014; Dzudzek 2016), die neben Rationalitäten und Programmen eben auch Regierungspraktiken explizit in den

Blick nehmen. So soll einer Verwechslung von Regierungsrationalitäten und ihren Machteffekten vorgebeugt werden, um Fehleinschätzungen ihrer sozial-räumlichen Wirkung zu vermeiden.

Das Analysetool des Praxisregimes ist für ein solches Vorhaben besonders geeignet, weil es sich zum einen aus routinierten und ritualisierten Praktiken, die sich an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten institutionalisieren, und zum anderen aus Rationalitäten, die als diskursive Felder die am besten geeigneten Handlungsweisen für verschiedene Sektoren der Gesellschaft definieren, zusammensetzt. Andere Autoren haben versucht, die Ebene der Praktiken mithilfe des Foucault'schen Dispositiv-Begriffs gezielter in den Blick zu nehmen (z.B. Bührmann und Schneider 2008; Braun 2014; Methmann 2014). Dabei werden Praktiken jedoch häufig als nicht-diskursiv konzeptualisiert und so eine starke Trennung zwischen Praxis und Diskurs vorgenommen. Doch auch bei Sprache handelt es sich um eine Praktik, einen sogenannten Sprechakt (vgl. Kapitel #Zur Performativität von Best Practices), und auch Texte sowie Dokumente sind das Ergebnis von Praktiken. Der Begriff des Praxisregimes erscheint mir daher geeigneter, um zu verdeutlichen, dass Handeln und Sprechen nicht zu trennen sind. Durch den Untersuchungsgegenstand „Best Practice" wird besonders deutlich, dass eine dichotome Gegenüberstellung von Diskursen auf der einen und Praktiken auf der anderen Seite nicht zielführend ist. Reckwitz (2002: 259) fasst Ziel und Erkenntnisinteresse einer Praxisforschung treffend wie folgt zusammen:

„In fact, it seems that practice theory revises the hyperrational and intellectualized picture of human agency and the social offered by classical and highmodern social theories. Practice theory ‚decentres' mind, texts and conversation. Simultaneously, it shifts bodily movements, things, practical knowledge and routine to the centre of its vocabulary."

Ziel meiner Analyse des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz" ist es, „das, was praktisch geschieht, möglichst angemessen beschreiben und analysieren zu können" (Hillebrandt 2014: 7). Mein Hauptinteresse gilt hier jedoch nicht den Alltagspraktiken, sondern dem kommunalen Klimaschutz als Organisations- bzw. Regierungsform, die jedoch als Konstellation von Praktiken verstanden werden soll (Schatzki 2016). Im Rahmen dieser Arbeit soll so durch eine stärker praxiszentrierte gouvernementale Perspektive auf das Politikfeld „kommunaler Klimaschutz" „empirisch sichtbar gemacht werden, wie soziale Ordnungen im praktischen Zusammenspiel von Körpern, Dingen und Artefakten erzeugt, aufrechterhalten und verändert werden" (Alkemeyer und Buschmann 2016: 116). Sinn und Ziel der Analyse eines spezifischen Praxisregimes ist schließlich (1) herauszufinden, wie dieses Regime entstanden ist, (2) die verschiedenen Elemente zu untersuchen, aus denen es besteht, und (3) den verschiedenen Prozessen und Beziehungen zu folgen, durch die diese Elemente zu relativ stabilen Organisationsformen zusammengefasst werden. Wie bereits erwähnt,

geht damit die Untersuchung einher, wie das Praxisregime einerseits zur Entstehung bestimmter Wissensformen beiträgt und andererseits auch abhängig von diesen ist und so zum Ziel verschiedener politischer Reformprogramme wird. Besondere Bedeutung kommt der technischen bzw. technologischen Dimension von Praxisregimen zu; jenen charakteristischen Techniken, Instrumenten und Mechanismen, durch die Praxisregime „funktionieren"; durch die sie versuchen, ihre Ziele zu erreichen und durch die sie ihre Wirkung entfalten (Dean 1999).

Übertragen auf das vorliegende Forschungsinteresse heißt das zu zeigen, wie die soziale Ordnung „Klimaschutz" in deutschen Kommunen durch das praktische Zusammenspiel von Klimaschutzmanagern, Städtenetzwerken, Beratern, politischen Förderprogrammen und Best Practice-Beispielen aus anderen Kommunen erzeugt, aufrechterhalten und verändert wird. Dabei ist mir wichtig zu zeigen, dass neben den Praktiken auch die Wissensformen und Wahrheiten, die das Handlungsfeld und die Wissensbereiche der Praxisregime definieren, eine gewichtige Rolle in der Analyse von Praxisregimen spielen – denn es geht darum, herauszufinden, wie sich verschiedene Rationalitäten und Wissensformen in (Regierungs-)Praktiken herausbilden. Praxisregime, also zum Beispiel die Art und Weise, wie eine Gesellschaft mit dem Thema Klimawandel umgeht, werden nämlich stets von mannigfaltigen politischen Programmen durchdrungen, die versuchen, das jeweilige Praxisregime zu steuern und/oder zu reformieren. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass sich eine Untersuchung von Praxisregimen nicht nur auf die materiellen Praktiken beschränken darf, sondern sich auch mit Denkweisen beschäftigen muss, wenn es gilt, die Logiken von Praktiken zu erkennen.

Für das Politikfeld „kommunaler Klimaschutz" wurden in der Literatur zwar bereits verschiedene Regierungsweisen identifiziert und beschrieben (Tabelle 7), jedoch erscheinen diese als relativ isolierte Mechanismen oder Steuerungsphasen. In der frühen Klimagovernance-Forschung identifizieren Bulkeley und Kern (2006) zunächst vier wesentliche Formen der kommunalen Steuerung in Bezug auf Klimawandel, und zwar (1) die Selbstverwaltung, (2) die Einführung neuer Gesetze und Verordnungen, (3) Regieren durch die Bereitstellung von spezifischer Infrastruktur und (4) Regieren durch Kapazitätsaufbau und Befähigung relevanter Zielgruppen. Später fügten Bulkeley und Kollegen (Evans 2011; Bulkeley 2013; Bulkeley und Castán Broto 2013; Bulkeley et al. 2015; Evans et al. 2016) dem noch ein „Regieren durch Experimente" hinzu. Anstelle von integrierten und geplanten Ansätzen zur Bewältigung des Klimawandels würden zunehmend stückweise Antworten auf Ad-hoc-Basis gegeben, wenn sich entsprechende Gelegenheiten böten (wenn z.B. neue Mittel akquiriert wurden). Dieser projektbasierte Regierungsmodus, der „No-regret-Maßnahmen" bevorzugt, wird aktuell als dominierende verwalterische Interventionsform im kommunalen Klimaschutz angesehen. Konzeptionell wird das Experimentieren dann nicht als einzelne Ad-hoc-Antworten oder einfach als Zufall verstanden, sondern als

spezifischer Regierungsmodus, um dem politischen Problem des Klimawandels auf kommunaler Ebene zu begegnen.

Weitere Autoren untersuchten darüber hinaus konkretere Regierungstechniken wie etwa das Regieren durch kalkulative Praktiken, z.B. in Form von $CO_2$-Bilanzierungen oder Städterankings (Kitchin et al. 2015; Shore und Wright 2015; Meijer und Bolívar 2016), durch Bürgerbeteiligung (Rosol 2010, 2015), durch Vernetzung und Wissenstransfer (Hakelberg 2011, 2014) oder durch die Definition konkreter Ziele (Morseletto et al. 2017). Statt ein Regieren durch Best Practices jetzt nur als weiteren Punkt in diese Reihe der Regierungsweisen aufzunehmen, halte ich es für gewinnbringender, kommunalen Klimaschutz in Gänze als Praxisregime zu fassen und die verschiedenen Regierungsweisen und deren Zusammenspiel als Elemente eben dieses Praxisregimes zu verstehen. Denn alle diese Regierungsmodi lassen sich mehr oder weniger stark ausgeprägt in allen klimaaktiven Kommunen beobachten, da sie in der Logik des Klimaschutzmanagements als geeignete Regierungstechniken akzeptiert sind.

Durch Best Practices werden dann „die besten" Beispiele dieser unterschiedlichen Regierungsweisen verbreitet: Es gibt Praxisbeispiele für eine vorbildliche „grüne" Beschaffung (Selbstverwaltung); der Frankfurter oder Heidelberger Passivhausstandard zirkuliert als Best Practice („Recht und Ordnung"); die klimafreundliche Wärmeversorgung durch Fernwärme, wie sie z.B. in Flensburg oder Anklam bereitgestellt wird, gilt als nachahmenswert (Versorgung); als Blaupause wird der „Stromspar-Check" vom BMUB gefördert, damit sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen Beratung zum Stromsparen erhalten (Ermöglichung); als erfolgreiches Praxisbeispiel wird auch der Wettbewerb „Stromfresser gesucht" der Stadt Rheine zur Bürgerbeteiligung propagiert (Beteiligung); das $CO_2$-Kompensationsmodell der Landeshauptstadt Kiel, wo ein System zur Bewertung des Energieverbrauchs bei neuen Bauvorhaben entwickelt wurde (Kalkulation und Evaluation), wird als vorbildlich kommuniziert; in der Region Hannover gibt es eine „Leuchtturmförderung" für innovative und beispielhafte Klimaschutzprojekte, die dann öffentlichkeitswirksam verbreitet werden (Experimentieren); die Bildung von Netzwerken im kommunalen Klimaschutz, wie z.B. der Zusammenschluss der Stadt Rheine, der Stadt Osnabrück, dem Landkreis Osnabrück und dem Kreis Steinfurt zu einer „Masterplanregion", gilt als Best Practice (Diffusion in Netzwerken); und nicht zuletzt wird insbesondere die Entwicklung und Festschreibung spezifischer Klimaziele durch Klimaschutzkonzepte als vorbildlich und nachahmenswert in zahlreichen Praxisbeispielen beschrieben (Ziele).

Ein Regieren durch Best Practices sollte daher nicht einfach als zusätzlicher Regierungsmodus in die Liste (Tabelle 7) aufgenommen werden, sondern stattdessen als zentrales Vehikel verstanden werden, das dafür sorgt, dass sich die Vorstellungen eines „guten" Klimaschutzes innerhalb des Praxisregimes verbreiten und manifestieren und das Problem Klimawandel so regierbar gemacht werden kann. Die Analyse

der Rolle von Best Practices im Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“ bedarf daher einer detaillierten empirischen Untersuchung darüber, wie erstens unterschiedliche Praktiken durch bestimmte Akteure mittels Vereinheitlichung, Rationalisierung und Routinierung zu Best Climate Practices gemacht werden und zweitens, wie sie mit aktuellen Zielen und Diagnosen sozialer, ökonomischer, ökologischer und politischer Probleme sowie existierender Erklärungen und Rezepte für notwendige Reformen und Veränderungen zusammenhängen (Moore 2013).

*Tabelle 7: Überblick über die in der Literatur bisher identifizierten Regierungsweisen im kommunalen Klimaschutz.*

| Regierungsweise | Erklärung | Beispiel(e) | Literatur |
|---|---|---|---|
| **Selbstverwaltung** | Die Fähigkeit von Kommunen, ihre eigenen Aktivitäten zu regieren. | Klimaneutrale Landesverwaltung (z.B. Ziel in Hessen und Baden-Württemberg): Mobilität, Beschaffung, IT, Ernährung, Liegenschaften. | Bulkeley und Kern 2006; Bulkeley 2013 |
| **„Recht und Ordnung“** | Die Verwendung von traditionellen Formen der Autorität wie Regulierungen, Verordnungen, Gesetze. | Frankfurter Passivhausstandard (2007). | Bulkeley und Kern 2006; Bulkeley 2013 |
| **Versorgung** | Regieren durch die Bereitstellung von Infrastruktur, Dienstleistungen und Ressourcen. | Bereitstellung einer Ladestruktur für E-Mobilität, Aufbau eines Fernwärmenetzes, Einrichtung öffentlicher Energieberatungszentren etc. | Bulkeley und Kern 2006; Bulkeley 2013 |
| **Ermöglichung** | Koordination und Förderung von Maßnahmen im Rahmen von Partnerschaften mit privatwirtschaftlichen und/oder zivilgesellschaftlichen Akteuren. | „Frankfurt spart Strom“: Initiative in Kooperation mit dem Caritas-Verband zur Information, Beratung und finanziellen Unterstützung privater Haushalte in Frankfurt mit dem Ziel der Energieeinsparung. | Bulkeley und Kern 2006; Bulkeley 2013 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| **Beteiligung** | Regieren durch partizipative Prozesse der Bürgerbeteiligung. | „Klimabotschafter“: Engagierte Bürger tragen als Vorbild die Botschaft weiter, das Klima zu schützen, um andere zu motivieren. Im LK und der Stadt Osnabrück oder in der „Klima-Werkstatt“ Göttingen erfahren Bürger-Projektideen Unterstützung und Coaching von Fachleuten. | Rosol 2010, 2015 |
| **Kalkulation und Evaluation** | Wissensproduktion und Steuerung von Städten durch die Generierung von (urbanen) Indikatoren. | $CO_2$-Bilanzierung, Erstellung von Klimaszenarien, Städterankings, Smart City-Konzepte. | Miller 2001; Kitchin et al. 2015; Meijer und Bolívar 2016; Shore und Wright 2015 |
| **Experimentieren** | Städte als „Reallabore“: Regieren durch Demonstrationsprojekte, Leuchtturmmaßnahmen etc. | „Ideenwettbewerb Klimaschutz“ (Frankfurt): Finanzielle Unterstützung für kreative, innovative Ideen und Lösungen von jungen Unternehmern sowie Start-up-Förderung. | Bulkeley und Castán Broto 2013; Bulkeley et al. 2015 |
| **Diffusion (in Netzwerken)** | Regieren durch (transnationale) kommunale Städtenetzwerke, insbesondere durch Erfahrungsaustausch. | Klima-Bündnis, C40 (Good Practice-Guidelines), Energy Cities (Good Practice-Datenbank), ICLEI (Case Study-Serie). | Hakelberg 2011, 2014 |
| **Ziele** | Die Entwicklung und Festschreibung spezifischer | Ziel der Klimaneutralität (z.B. Heidelberg, Düsseldorf, Flensburg), UNFCCC Zwei-Grad-Ziel, | Morseletto et al. 2017 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| | (Klima-)Ziele als zunehmend wichtiges Regierungsinstrument. | UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung. | |

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Welche politischen Rationalitäten Best Practices kommunizieren, wie sie praktisch eingesetzt werden, um das Problem Klimawandel in Kommunen managen zu können, und welche politischen Effekte und Wirkmächtigkeiten sie zeitigen, wird in den folgenden Kapiteln #New Public Climate Management, #Best Climate Practices und #"Best Practice ist eine Geschichte" ausgeführt. Zur Beschreibung und Erklärung des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz" greife ich in den weiteren Kapiteln im Wesentlichen auf die folgenden vier Analysekategorien zurück:

1. *Problematisierung*: Regierung ist eine Antwort auf ein bestimmtes Ereignis oder Problem. Wie genau diese Antwort bzw. Lösung aussieht, hängt stark davon ab, wie das Problem wahrgenommen wird. Die Kategorie der Problematisierung zielt infolgedessen darauf ab, die kontextuellen Umstände zu erforschen, die ein Regieren ermöglichen. Im Zentrum des Erkenntnisinteresses steht somit die Frage danach, welche Aspekte im Akt der raum-zeitlichen Problematisierung ein- bzw. ausgeschlossen werden. Im Kern geht es darum, zu zeigen, wie sich ein Regierungsobjekt konstituiert hat. Im Kapitel #Kommunen im Klimawandel habe ich so mithilfe des Problematisierungsbegriffs offengelegt, wie sich zunächst eine „Klimawahrheit" herausgebildet und sich schließlich die Vorstellung von Klimawandel als einem Multi-Level-Governance-Problem durgesetzt hat, was mit einer zunehmenden Betonung der Rolle von Kommunen einherging.
2. *Regierungsrationalitäten*: Regierungsrationalitäten setzen fest, was als angemessene Regierungsweise angesehen wird, und decken die Wissensformen und Argumentationen auf, aus denen diese Einschätzungen und Ansichten abgeleitet werden. Eine Regierungsrationalität kann somit als eine Art von Diskurs verstanden werden, der sich bspw. in Form eines Politikprogramms niederschlägt und die Grenzen des Regierungsfeldes absteckt, indem er die Regierungssubjekte, -objekte und -praktiken definiert und gleichzeitig die geeigneten Mittel, mithilfe derer regiert werden soll, festlegt. Die Analysekategorie der Regierungsrationalität nutze ich im folgenden Kapitel #New Public Climate Management, um zu zeigen, was im kommunalen Klimaschutz als denkbar, vernünftig, angemessen, praktikabel und machbar erscheint in Bezug auf die effektive Steuerung des Klimas in (deutschen) Kommunen.

3. *Politische Programme*: Praxisregime sind stets mit expliziten Programmen assoziiert und stellen deren „Regierungsobjekte“ dar. Programme sind dabei als ein spezifischer Aspekt von Regierungsrationalitäten zu verstehen, denn eine Analytik der Regierung beschäftigt sich insbesondere mit jenen Logiken, die in politischen Programmen zur Steuerung und Reform des Verhaltens eingebettet sind. Wie viele andere gouvernementale Analysen, befasst sich meine Arbeit damit, wie bestimmte Aspekte von Praxisregimen durch politische Programme in Frage gestellt (oder problematisiert) werden und nimmt sich zur Aufgabe, die intrinsische Logik des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz“ zu rekonstruieren (Kapitel #New Public Climate Management), die sich jedoch nicht einfach aus bestimmten Programmen, Theorien und Reformpolitiken ablesen lässt, wie im Folgendem noch deutlich wird. Die strategische Logik eines Regimes von Praktiken kann nämlich nur konstruiert werden, indem man ihre Funktionsweise als eine intentionale Zusammenstellung aller Elemente – Problematisierungen, Rationalitäten, Programmen und Technologien – versteht (Dean 1999).
4. *Regierungstechnologien*: Um von „Regierung“ sprechen zu können, muss eine politische Rationalität in politische Praxis überführt werden. Zentrale Dimension einer Regierungsanalyse sind daher jene Praktiken und Instrumente, durch die Rationalitäten der Regierung operationalisiert werden und die in tatsächlichen Regierungsprogrammen zur Anwendung kommen. Regierungstechnologien – Strategien, Techniken und Prozeduren, durch die Regierungsakteure und Institutionen Regierungsprogramme umsetzen – sind das zentrale Untersuchungswerkzeug, um verschiedene Rationalitäten eines Praxisregimes erkennen zu können (Rose 1996). Anhand des Beispiels „Best Practice“ verdeutliche ich im Kapitel #Best Climate Practices, wie das Prinzip der Nachahmung als prägendes Element einer politischen Rationalität des Klimaschutzmanagements durch die Aufbereitung, Verbreitung und Nutzung guter Praxisbeispiele operationalisiert werden soll.

Die Kategorien der Sichtbarkeit und der Subjektformation, die Dean (1999) ebenfalls für eine Analyse von Praxisregimen vorschlägt, werden in dieser Arbeit nur peripher behandelt. Das Thema der Sichtbarkeit geht in der Analyse von politischen Programmen und Best Practices als Regierungstechnik auf, da Sichtbarkeit bzw. Sichtbarmachung eine zentrale Funktion guter Praxisbeispiele ist, wie ich im Kapitel #Best Climate Practices zeige. Subjekte und Subjektformationen spielen zum einen in der Analyse der programmatischen Rationalität eine wichtige Rolle, da es „Change Agents“ bzw. Klimaschutzmanager braucht, um Klimawandel effektiv steuern zu können – so die Logik. Ebenso wichtig sind sie bei der Analyse von Best Practices als Regierungstechnik, die nämlich auch als ein Werkzeug der Selbststeuerung verstanden werden können, das zu Subjektivierungsprozessen führt.

# New Public Climate Management

> […] das Entscheidende […] ist, dass Kommunen und Unternehmen einiges, aber nicht alles gemeinsam haben.
> *(IB-4, 2015: 26)*

Berlin im Juni 2016: Nachdem der Staatssekretär am Vormittag die neuen Masterplankommunen (MPKs) begrüßt hat, finden sich am Nachmittag in den Räumen des Bundesumweltministeriums ca. 80 Klimafunktionäre aus alten und neuen MPKs sowie Berater und Begleitforschung zusammen, um den Neulingen zu erklären, was sie erwartet und wie sie am besten vorgehen, damit der Masterplanprozess für sie zum Erfolg wird. Der Erfolg des Ganzen ist für das BMUB nicht nur deshalb wichtig, weil große Summen bereitgestellt werden, sondern auch, weil die MPKs als Labor für andere Kommunen innerhalb und außerhalb Deutschlands Pionierarbeit leisten und zeigen sollen, dass die Transformation zur Klimaneutralität gelingen kann. Dafür sind die Masterplankommunen die „Piloten", deren gute Ansätze gefördert werden sollen. Sie sollen erfahrbar machen, mit welcher Kreativität, Originalität und Innovationskraft Städte und Gemeinden den Klimaschutz voranbringen.

Doch welche Vorstellungen eines erfolgreichen kommunalen Klimaschutzes sind vorherrschend und wie soll man vorgehen, um diese zu erfüllen? Das heißt, nach welchen Handlungsmaximen soll das Problem „Klimawandel" in Kommunen geregelt werden? Der Idealprozess sieht laut einem Masterplanmanager wie folgt aus: (1) Potenziale ermitteln, (2) Zielgruppe(n) definieren, (3) Projekte und Maßnahmen planen, (4) Partner suchen und einbinden, (5) Ergebnisse aus anderen Zielgruppen, Sektoren und Orten übertragen (F-160614-Berlin). Dieses Vorgehen wird auch als „Klimaschutzmanagement" bezeichnet. Übergeordnetes Ziel ist dabei, durch die Reduktion von Treibhausgasen, die Steigerung der regionalen Wertschöpfung und die Stärkung der regionalen Identität durch Akzeptanz und Teilhabe der Bevölkerung das Klima zu schützen. Ausgangspunkt der Regierungskunst des Klimaschutzmanagements ist ein Klimaschutzkonzept, in dem die zentralen Fragen – wo stehen wir? Wo wollen wir hin? Wie sieht die Entwicklung aus? – adressiert werden. Hauptakteur ist

der Klimaschutzmanager, der Klimaschutzmaßnahmen konzipiert und umsetzt, Handlungsempfehlungen für Entscheidungsträger und Bürger erarbeitet, als Schnittstelle zwischen Kommune, Verwaltung, Bürgern, ortsansässigen Unternehmen, Vereinen, Verbänden und Institutionen fungiert, Netzwerke bildet und Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten von EU, Bund und Land ausschöpft. Klimaschutzmanager bündeln also Informationen und zeigen Klimaschutzpotenziale auf, bringen Bürger, Verwaltung und Unternehmen an einen Tisch und koordinieren die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. So tragen sie dazu bei, den Klimaschutz in den Kommunen als eigenes Handlungsfeld zu verankern. Mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit sollen sie außerdem für den Klimaschutz werben und zum Mitmachen motivieren. Die Organisation des kommunalen Klimaschutzes in der Stadtverwaltung soll dabei insgesamt schlank und umsetzungsorientiert gestaltet sein. Dies erfordere einen systematischen Ansatz. Kernelement eines wirkungsvollen Klimaschutzmanagements sei daher die kontinuierliche Analyse, Überwachung und Dokumentation der Prozesse. Mithilfe von Qualitätsmanagementsystemen und der Einführung eines Monitorings nach dem PDCA-Zyklus (Plan, Do, Check, Act) soll der kommunale Klimaschutz überwacht und optimiert werden, damit die gesteckten Ziele erreicht werden.

Dass es sich beim Klimaschutzmanagement um eine spezifische Logik bzw. eine Kunstform handelt, wird in diesem Kapitel veranschaulicht. In den nachfolgenden Abschnitten befasse ich mich mit der Frage, gemäß welcher Regeln das Problem Klimawandel in Kommunen „gemanagt" wird. Anschließend an meinen theoretisch-konzeptionellen Rahmen lege ich dar, auf welchen politischen Rationalitäten das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" beruht und welche politischen Programme daraus abgeleitet werden, um das Problem „Klimawandel" in Kommunen regierbar zu machen.

## POLITISCHE RATIONALITÄTEN

> Problems could not be dissociated from the framework of political rationality within which they appeared and developed their urgency.
> *(Foucault und Rabinow 1997: 73)*

Für Foucault (2005: 33 zit. nach Lemke 2007: 41) kann es keine Regierungspraxis geben ohne bestimmte Regime der Rationalität, die deren Natur bestimmen. Rose und Miller (1992) empfehlen daher eine Analyse von Praxisregimen – also der Regierungsweisen, aufbauend auf unterschiedlichen Problematisierungen, Logiken und Techniken – mit der Untersuchung ihrer politischen Rationalitäten zu beginnen. Dean

(1999: 210f.) beschreibt politische Rationalitäten als eine Subkategorie von Rationalitäten der Regierung, die er wiederum allgemein als relativ systematische Art des Denkens über Regierung bezeichnet. Dies umfasst und betrifft z.B. die Repräsentationsformen des zu regierenden Problems, Einrichtungen und Institutionen der Regierung sowie die Ziele, die erreicht werden sollen. Bestandteile von Regierungsrationalitäten sind unter anderem theoretisches Wissen, praktisches Know-how oder Strategien und Programme, die auf jedwede Form der Regierung einwirken. Bei politischen Rationalitäten handelt es sich spezifischer um jene Arten und Weisen des Denkens über dezidiert politische Aktivitäten, also solche Tätigkeiten, die auf die Beeinflussung, die Aneignung, die Umverteilung, die Zuteilung oder die Aufrechterhaltung der Regierungsbefugnisse des Staates oder anderer Regierungsorganisationen (auf unterschiedlichen Maßstabsebenen) abzielen; damit beeinflussen sie wesentlich die politische Machtausübung (Dean 1999).

Eine politische Rationalität ist dabei keine neutrale Erkenntnis, die schlicht die „regierte Realität" repräsentiert. Denn es handelt sich hierbei nicht um eine Art äußere Instanz des Regierens, sondern eine politische Rationalität ist selbst ein Element der Regierung, das dazu beiträgt, ein diskursives Feld zu schaffen, durch das die Ausübung der Macht *rational* erscheint. Das Konzept der Gouvernementalität transportiert damit die Idee, dass nicht nur zu prüfen ist, ob eine solche Rationalität eine adäquate Repräsentation der Gesellschaft ist, sondern auch, wie sie als „Wahrheitsregime" fungiert, indem neue Formen des Wissens erzeugt und verschiedene Begriffe und Konzepte hervorgebracht werden, die ein Regieren neuer Domänen der politischen Regulation und Intervention ermöglichen (Lemke 2002). Rose und Miller (1992) charakterisieren politische Rationalitäten daher auch als ein sich veränderndes diskursives Feld, welches das Vokabular der Machtausübung festlegt; die moralischen Rechtfertigungen für bestimmte Formen der Machtausübung durch verschiedene Autoritäten legitimiert; die Begrifflichkeiten für die als angemessen angesehenen Formen, Objekte und Grenzen von politischer Intervention fixiert und so letztlich auch darüber entscheidet, wie bestimmte politische Aufgaben zwischen den Sektoren (kulturell, geistlich, militärisch, familiär, wirtschaftlich etc.) verteilt werden. Innerhalb dieses diskursiven Feldes entstehen so idealisierte Schemata, die die soziale Wirklichkeit abbilden, analysieren und verbessern sollen. Diese Schemata gilt es durch eine Erforschung der politischen Rationalitäten zu erfassen, indem die Bewertungsmaßstäbe, an denen sich politisches Handeln orientiert, in ihrer Relationalität, Kontingenz und Normativität sichtbar gemacht werden. Es geht also darum, herauszufinden, was zu einer gegebenen Zeit als (politisch) *rational* verstanden wird, um ein zuvor definiertes Problem zu lösen. Politische Rationalitäten bringen nämlich die Konstellationen hervor, in denen bestimmte politische Handlungen nahegelegt und andere unwahrscheinlich gemacht werden, ohne dabei einen direkt präskriptiven Charakter zu haben (Mattissek 2008: 39). Eine politische Rationalität zeichnet sich laut Rose und Miller (1992: 178f.) genauer durch folgende Funktionen aus:

1. Sie bestimmt darüber, wie Aufgaben zwischen den verschiedenen Institutionen verteilt werden; also bspw. darüber, ob und wie Klimaschutz in einer Kommune als Aufgabe zwischen öffentlichen, privatwirtschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Institutionen aufgeteilt wird und welche Institutionen überhaupt als geeignet angesehen werden, Klimaschutz zu betreiben. Damit haben politische Rationalitäten eine charakteristisch *moralische* Form, indem sie Befugnisse und Pflichten der Regierungsorgane festlegen.
2. Sie fixiert jene Ideale oder Prinzipien, an denen sich die Regierung ausrichten soll, z.B. Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Verantwortung, ökonomische Effizienz, Wohlstand, Wachstum, Nachhaltigkeit usw. Für den kommunalen Klimaschutz können Prinzipien der Messbarkeit, der ökonomischen Effizienz, der Kooperation, der Nachahmung oder des Experimentierens als exemplarisch angesehen werden.
3. Sie legt fest, was in einem spezifischen Kontext als natürlich und unveränderbar erscheint. Damit hat eine politische Rationalität auch einen *epistemologischen* Charakter. So wird Klimaschutz zum Beispiel meist in erster Linie mit $CO_2$-Reduktion gleichgesetzt.
4. Sie bestimmt ferner darüber, welche Personen(-gruppen) durch konkrete Maßnahmen Ziel von Regierung sein sollen. Im kommunalen Klimaschutz also bspw. Hauseigentümer, Verwaltungsmitarbeiter, Schüler oder energieintensive Unternehmen.
5. Sie gestaltet Realität in solch einer Weise, dass sie an bereits existierende Denk- und Handlungsmuster anschlussfähig ist. Dies zeigt sich exemplarisch darin, wie versucht wird, Klimaschutz mithilfe von Marktmechanismen zu betreiben.

Diese Funktionen erfüllen sich, indem politische Rationalitäten mit einem bestimmten Set an Begrifflichkeiten und Vokabeln operieren. Dieses spezifische Vokabular ist dabei mehr als reine Rhetorik. Man kann sich diesen politischen Diskurs besser als eine Art intellektuelle Maschinerie vorstellen, die die Realität auf eine solche Art und Weise denkbar macht, dass infolgedessen politische Intervention möglich wird. Vereinfacht gesagt, sind politische Rationalitäten jene kontextuellen Denkweisen, auf denen bestimmte Regierungsweisen – wie kommunaler Klimaschutz – aufbauen. Oder wie Lövbrand und Stripple (2014: 32f.) schreiben: „‚Rationalities of government' refers to the collective and taken for granted body of knowledge and styles of thinking that render aspects of reality thinkable and governable."

Politische Rationalitäten sind somit das relationale Bezugssystem, in dem Bedeutungen kodiert und Regierungsweisen mit normativen Wertungen aufgeladen werden. Bezüglich des Klimaproblems spezifizieren Stripple und Bulkeley (2014a: 14)

wie folgt: „[…] the notion of rationalities enables us to engage with the ways particular logics are produced and serve to structure and orchestrate the social order and the continual process of positioning that takes place across the climate change field."

Das Erkenntnisinteresse einer Analyse von politischen Rationalitäten des kommunalen Klimaschutzes richtet sich dementsprechend (1) auf die Denkweisen und Logiken, die die sich verändernden kommunalen Regierungsversuche in Bezug auf den Klimawandel untermauern, (2) auf die mannigfaltigen Vokabeln und Begrifflichkeiten, durch die kommunaler Klimaschutz denkbar und beschreibbar gemacht wird, (3) auf die Rolle (intellektueller) Technologien der Theorie- und Modellbildung sowie deren Einschreibung in den politischen Diskurs und (4) auf die Schlüsselrolle, die Fachwissen und Expertentum dabei einnimmt (Miller und Rose 1990: 11). Ziel der folgenden Abschnitte ist daher, die das Politikfeld kommunalen Klimaschutzes prägenden Rationalitäten zu spezifizieren und zu differenzieren – und zwar in Bezug auf ihre jeweiligen diskursiven Mittel, durch die Regierbarkeit artikuliert bzw. suggeriert wird. Besondere Aufmerksamkeit liegt dabei auf (1) den Theorien, die in der Diskussion über einen geeigneten kommunalen Klimaschutz als Referenzpunkte dienen, (2) der Sprache(n), durch die die Regierungsobjekte und -ziele gedeutet werden, (3) der „Grammatik" der Richtlinien und Verordnungen und (4) den Vokabeln und Begrifflichkeiten in den politischen (Förder-)Programmen, durch die das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" legitimiert wird.

## KLIMA\WANDEL IST REGIERBAR

> [The] discourse of limits implies […] its manageability: the resources of the earth can be rationalized, indexed, measured, assessed and made better through the application of various technologies and modalities of rule.
> *(Rutherford 2007: 298)*

Mit der Etablierung von Klimawandel als einem Problem kommunaler Regierung verändern sich sowohl die politischen und administrativen Praktiken als auch die ethisch-normativen Vorstellungen darüber. Es stellt sich somit die Frage, in wessen Interesse und gemäß welcher Regeln das Problem Klimawandel in deutschen Kommunen „gemanagt" wird. Im Folgenden geht es mir daher um die Ausarbeitung, auf welchen politischen Rationalitäten das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" beruht und welche politischen Programme aus diesen abgeleitet werden, um das Problem Klimawandel in Kommunen regierbar zu machen.

Dass Sprache bei der Analyse politischer Rationalitäten eine zentrale Rolle spielt, ist mittlerweile deutlich geworden. Begriffe, Theorien und Modelle sind allerdings nicht aufgrund ihrer Bedeutungen und der Inhalte, die sie hervorbringen, so wichtig; sondern ihre Rolle als intellektuelle Technologien – indem sie Phänomene auf eine bestimmte Art und Weise denkbar und handhabbar machen – macht sie so interessant. So lässt sich der Einfluss verschiedener Arten der Beschreibung, Bezeichnung und Berechnung nachvollziehen und offenlegen (Miller und Rose 1990: 27). Politische Rationalitäten entstehen und manifestieren sich in enger Beziehung zu einer allgemein anerkannten, geteilten Auffassung über die aktuelle Realität und deren Problemlagen. Dies entspricht im Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“ im Wesentlichen den drei Problematisierungen, die ich im Kapitel #Kommunen im Klimawandel dargestellt habe: Klimawandel ist ein Multi-Level-Governance-Problem, wobei durch anhaltende dynamische und globale Urbanisierungsprozesse der lokalen Ebene eine wachsende Bedeutung und Verantwortung zur Problemlösung zugewiesen wird. Gleichzeitig bietet ein engagierter Klimaschutz Kommunen auch ökonomische Chancen und Einsparungen oder die Generierung neuer Wettbewerbsvorteile. Aus diesen dominanten Problematisierungen folgt der Schluss, dass der Klimawandel zwar ein großes Problem darstellt und daher ein transformativer Wandel unseres Gesellschaftssystems erforderlich ist, dass dieses Problem aber doch steuerbar ist und der Klimawandel insbesondere auf lokaler Ebene nicht nur mit Risiken behaftet, sondern auch mit Chancen verbunden ist. Die Frage ist nun, wie eine effektive Steuerung dieses Klima\Wandels aussehen sollte. An dieser Stelle kommen die politischen Rationalitäten ins Spiel: Auf Basis bestimmter Wissensformen und theoretischer Modelle und Konzepte wird eine Vorstellung, eine Logik davon entworfen, wie das Problem des Klimawandels politisch gelöst werden sollte. Sie legen damit in enger und wechselseitiger Verknüpfung zu den Problematisierungen fest, wie eine sinnvolle, anerkannte und geeignete Regierungsweise aussehen sollte.

Wie bereits im Kapitel #Den guten Praktiken auf der Spur beschrieben, steht die Anwendung und Verbreitung von Best Practices und Benchmarking-Praktiken in der städtischen Verwaltung zum einen in engem Zusammenhang mit dem Reformparadigma des „New Public Management“ (NPM). Zum anderen breitet sich im Hinblick auf Nachhaltigkeits- und Klimapolitiken zunächst auf nationaler Ebene, nun aber auch zunehmend auf kommunaler Ebene, ein Reformparadigma aus, das unter dem Namen „Transition Management“ (TM) Eingang in die kommunale Verwaltung gefunden hat und im Wesentlichen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen des „System Thinking“ und der „Multi-Level-Perspektive“ beruht. In diese beiden übergreifenden politischen Rationalitäten lässt sich die Regierungskunst des kommunalen Klimaschutzmanagements einordnen, die ich im Abschnitt #Die Regierungsrationalität des Klimaschutzmanagements darstelle. Zuvor erläutere ich die beiden politischen Rati-

onalitäten des NPM (#New Public Management) und des TM (#Transition Management), bevor ich im nächsten Abschnitt (#Politische Programme) die Logiken und deren Einschreibung in konkrete politische Programme exemplifiziere.

## New Public Management

> [T]he politics, institutional dynamics and socio-spatial effects of neoliberalism at a specifically urban level [imply] the restructuring of local government and the introduction of private sector management techniques; [as well as] new forms of governance and the promotion of an enterprise culture.
> *(Brand 2007: 618)*

International beginnend in den 1980er Jahren konstituierte sich in den 1990er Jahren auch in Deutschland eine zunehmend ökonomisch-rationalisierte Verwaltungssteuerung. Die Wurzeln dieser bis heute andauernde Reformdynamik in den kommunalen Verwaltungen liegen in der dauerhaften finanziellen Krise der öffentlichen Haushalte, in der zunehmenden Kritik an einer ausufernder Bürokratisierung und in der Etablierung von effizienten und schlanken Verwaltungen als wesentlicher Standortfaktor des internationalen Städtewettbewerbs. Ziel des international unter dem Begriff „New Public Management" (NPM) bekannt gewordenen Reformparadigmas ist es, durch die Einführung unternehmerischer Steuerungsprozesse und Führungsmodelle die Effizienz, Effektivität und Qualität der öffentlichen Leistungserbringung zu steigern und so schlussendlich einen effizienteren und schlankeren Verwaltungsapparat zu schaffen (Silomon-Pflug und Heeg 2013). Schlüsselaspekt des NPM ist ein neues Verständnis staatlicher Aufgabenerfüllung: Dies betrifft sowohl das Verständnis der Art der öffentlichen Aufgaben (Inhalte/*policy*-Dimension) als auch die strukturelle und institutionelle Art und Weise der Aufgabenerledigung (*polity*-Dimension) sowie die Frage von Verfahren und Prozessen (*politics*-Dimension) (Kegelmann 2007). Laut Schedler und Proeller (2011: 54ff.) gibt es eine Reihe an Grundprämissen, die zentrale Annahmen und Vorstellungen aufzeigen, auf denen das NPM aufbaut:

1. *Optimistisches Menschenbild*: Akteure zeichnen sich durch eine intrinsische Motivation aus, gute Arbeit zu leisten; sie handeln eigenverantwortlich und verantwortungsbewusst, passen sich an neue Situationen an und wollen dazulernen.

2. *Staat und Verwaltung sind notwendig*: Der Staat und seine Verwaltung soll durch NPM in seinen Funktionen gestärkt werden: durch die Schaffung neuer Kompetenzen und schlankerer Strukturen.
3. *Hauptproblem der Verwaltung ist mangelnde Effizienz und Effektivität*: NPM kann nur dort ansetzen, wo ein demokratischer Staat bereits in seiner Grundform vorhanden ist und legitimiert handelt.
4. *Rationales Public Management ist möglich*: Erfahrungen aus der Privatwirtschaft lassen sich (teilweise) auf die öffentliche Verwaltung übertragen, da es sich bei beiden um komplexe soziale Systeme handelt. Managementinstrumente, die sich in Unternehmen bewährt haben, können daher auch in der Verwaltung nützlich sein.
5. *Wettbewerbsmechanismen sind effizienter und effektiver als Planungs- und Steuerungsinstrumente*: Die neoklassische Annahme, dass ein funktionierender Wettbewerb zu einer effizienten Verteilung knapper Mittel führt, wird bei NPM vorausgesetzt. Daher wird mittels NPM versucht, Marktmechanismen verstärkt im öffentlichen Sektor zu installieren.
6. *Politik und Verwaltung sind lernfähig*: Politik und Verwaltung werden als lernende Systeme verstanden, die sich an veränderte Umweltbedingungen anpassen können. Politische Abläufe und Strukturen sind also veränderbar.

Im idealtypischen Leitbild des NPM agiert die kommunale Verwaltung als Dienstleistungsunternehmen, wodurch unternehmerische Rationalitäten und Techniken Eingang in die kommunale Verwaltung finden. Mithilfe einer unternehmensähnlichen Organisationsstruktur sollen die Ausgaben gesenkt, die Bürger besser erreicht und die Qualität der erbrachten öffentlichen Leistungen gesteigert werden. Als NPM-Kernstrategien zur Zielerreichung gelten darum die folgenden fünf Punkte (Kegelmann 2007: 79f.; Schedler und Proeller 2011: 71ff.; Bardach 2012: 118):

1. *Kundenorientierung*: Die Verwaltung sollte sich ihren Bürgern gegenüber als qualitativ hochwertiger Dienstleister präsentieren sowie sich gegenüber den Anliegen und Bedürfnissen der Bürger öffnen und sich nach ihnen ausrichten.
2. *Leistungs- und Wirkungsorientierung*: An die Stelle einer Input-Steuerung (die Zuteilung von Input wie Finanzen, Personal und Ausstattung führt zu Verwaltungshandeln) tritt eine Output-Steuerung (die erbrachten Leistungen, Produkte und Wirkungen werden zum Maßstab des Verwaltungshandelns). Eine Steuerung der Leistungen und Wirkungen ist erst möglich, wenn diese messbar gemacht werden. Wichtige Messgrößen sind hierbei Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit. Der Einführung von Controlling-Instrumenten zur Ergebnissteuerung und Kosten-Nutzen-Berechnungen kommt damit

eine zentrale Bedeutung zu. Gleichzeitig erfordert eine stärkere Ergebnisorientierung auch ein entsprechendes Anreizsystem für die Verwaltungsmitarbeiter.

3. *Qualitätsorientierung*: Einführung von Standards (z.B. ISO) und Qualitätsmanagement zur Verbesserung verwaltungsinterner Abläufe und Strukturen.
4. *Wettbewerbsorientierung*: Systematischer Einbezug des Wettbewerbsgedankens in alle Bereiche staatlicher Tätigkeit und die Etablierung von Wettbewerbsmechanismen. Dazu gehört die Förderung von Privatisierungsmaßnahmen, öffentlich-privaten Partnerschaften sowie Contracting- oder Outsourcing-Lösungen.
5. *Dezentralisierung*: Verselbständigung sowie größere Autonomie der Verwaltungseinheiten und Schaffung von Querschnittsämtern.

Sinn dieses Abschnitts ist nicht eine umfassende Erklärung und Darstellung der Gründe und Konsequenzen neoliberaler Reformprozesse durch die Einführung von NPM-Maßnahmen. Daher sehe ich im Folgenden von einer weiteren, detaillierteren Beschreibung[1] und Kritik ab. Ich will an dieser Stelle stattdessen zeigen, wie NPM als politische Rationalität durch sein spezifisches Denken, das ihm eigene Vokabular und seine Grundannahmen das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" formt. Wesentliches Ergebnis der Regierungsrationalität des NPM ist das Leitbild der kommunalen Verwaltung als eine Art Dienstleistungsunternehmen. Die Generierung von und Orientierung an unternehmerisch-ökonomischem Wissen über Verwaltungshandeln und Werkzeugen zur Optimierung desselben sind dabei konstitutiver Teil des NPM. Wie sehr die NPM-Logik sich in das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" eingeschrieben hat, zeigt z.B. das folgende Zitat eines Klimaschutzmanagers:

„[…] ich finde diesen Ansatz, das Ganze als Management zu sehen und man hat einen PDCA-Zyklus, […] das macht ja absolut Sinn. Warum sollte man nicht die Expertise aus der Wirtschaftswissenschaft nutzen, um das auch im Klimaschutz anzuwenden? Nur so hat man, glaube ich, alles im Blick und kann eine effiziente Steuerung dann auch hinkriegen, die sich auch an der Realität gut anpasst. Letztendlich ist es ja im Klimaschutz dann auch nichts anderes als eine langfristige Unternehmensplanung." (IK-6, 2015: 31)

Das Zitat macht deutlich, dass öffentliche Verwaltung im Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" zunehmend als *Public Management* aufgefasst wird und Managementinstrumente aus dem unternehmerischen Kontext in die kommunale Verwaltung

1 Umfangreiche Einführungen in das Thema geben z.B. Schedler und Proeller (2011); Kegelmann (2007); Lane (2000).

übertragen werden. Eng damit verbunden ist die vermehrte Einführung von Controlling-Instrumenten zur Ergebnissteuerung; so soll jede Kommune darstellen, „welche Maßnahmen zur Zielerreichung (sowohl technische wie auch bewusstseinsfördernde und motivierende Maßnahmen) sie in diesem Bereich ergriffen hat und anhand eines entwickelten Monitoring-Systems auf[zeigen], welche Erfolge sie auf der Maßnahmenebene bereits erzielt hat“ (BMUB 2015b: 13). Die Ergebnisorientierung mit Fokussierung auf Leistung, Wirkung und Messung dieser Ergebnisse ist damit ein wesentlicher Bestandteil des Praxisregimes. Beobachtbar ist gleichfalls die Umgestaltung der kommunalen Verwaltung nach Prinzipien des NPM. Zum einen kommt es durch Vereinsgründungen vermehrt zu einer „Privatisierung der kommunalen Aufgabe[n] mit entsprechenden Eigeninteressen der Akteure […]“ (IK-6, 2015: 38). Zum anderen werden im Sinne einer Dezentralisierung auch komplett neue Ämter oder Verwaltungseinheiten geschaffen, die „direkte, operative Managementkompetenzen“ besitzen und eine „zentral vernetzte Anlaufstelle“ (Riedel et al. 2014a: 2) bieten.

Insgesamt ließen sich zehn Aspekte einer NPM-Logik – Projektmanagement, Effizienz und Effektivität, Controlling und Monitoring, Messbarkeit, Wettbewerb, Benchmarking, Privatisierung, innerorganisatorische Umgestaltung, Lernen und Standardisierung – mithilfe von Interviewmaterialien und zentralen Dokumenten identifizieren. Weitere Beispiele und Ankerzitate dafür, wie sich die NPM-Rationalität in der Sprache und dem Vokabular des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz“ niederschlägt, verdeutlicht (Tabelle 8).

*Tabelle 8: Sprache und Prinzipien des NPM im kommunalen Klimaschutz.*

| **Vokabular** | **Prinzip** | **Ankerzitat** |
|---|---|---|
| *Projekt- bzw. Prozessmanagement* | Managementinstrumente, wie z.B. Projektmanagementsysteme, die sich im unternehmerischen Kontext als sinnvoll und effektiv erwiesen haben, können in die kommunale Verwaltung übertragen werden und so das Regierungshandeln optimieren. | „[…] ich finde diesen Ansatz, das Ganze als Management zu sehen und man hat einen PDCA-Zyklus, ein Managementsystem und man kümmert sich laufend drum, […] das macht ja absolut Sinn. Warum sollte man nicht die Expertise aus der Wirtschaftswissenschaft nutzen, um das auch im Klimaschutz anzuwenden? Nur so hat man, glaube ich, alles im Blick und kann eine effiziente Steuerung dann auch hinkriegen, die sich auch an der Realität gut anpasst. Letztendlich ist es ja im Klimaschutz dann auch nichts |

| | | |
|---|---|---|
| | | anderes als eine langfristige Unternehmensplanung.“ (IK-6, 2015: 31) |
| *Effizienz und Effektivität* | Effizienz und Effektivität von Regierungshandeln als Grundprinzip; bspw. werden die Begriffe „Effizienz“, „effizient“, „Effektivität“ bzw. „effektiv“ in 69 analysierten Dokumenten 568 Mal genannt. | „[…] ein wichtiger Aspekt von Best Practice-Beispielen ist, dass die Hoffnung dahinter steckt, dass die eigene Arbeit dadurch effektiver wird.“ (IK-19, 2017: 16) |
| *Controlling und Monitoring* | Ein erfolgreiches Klimamanagement erfordert ständiges Monitoring und Controlling der Maßnahmen. | „Durch das Controlling der Umsetzung des Masterplans stellt die Kommune neben den entwickelten Indikatoren dar, welche Maßnahmen zur Zielerreichung (sowohl technische wie auch bewusstseinsfördernde und motivierende Maßnahmen) sie in diesem Bereich ergriffen hat und zeigt anhand eines entwickelten Monitoring-Systems auf, welche Erfolge sie auf der Maßnahmenebene bereits erzielt hat.“ (BMUB 2015b: 13) |
| *Messbarkeit* | Hauptaugenmerk von Klimaschutzmaßnahmen ist die Messbarkeit des (wirtschaftlichen) Nutzens. Ergebnisse müssen nachweislich messbar und (numerisch) darstellbar sein. | „I think before there has been more showing that you are doing something […], now it is like: what are the actual impacts of what you did? It is like: sure you have a sustainability plan, sure you have a climate action plan, but what is actually led to? And this increased focus now on performance measurement and assessment is I think very positive […] but also very challenging for cities to actually deliver on.“ (IN-5, 2016: 8) |
| *Wettbewerb* | Preise und Auszeichnungen im Rahmen von Wettbewerben sollen als Katalysator | „Vorbilder verdienen Anerkennung und Sichtbarkeit. Der Wettbewerb ‚Kommunaler Klimaschutz‘ […] |

| | | |
|---|---|---|
| | dienen, um inaktive Kommunen zu aktivieren und aktiven Kommunen Sichtbarkeit und Anerkennung zu verleihen. Wettbewerbsmechanismen fungieren hier als eine Art Anreizprinzip. | zeigt die Vielzahl und Vielfalt kommunaler Klimaschutzprojekte. […] Wir wollen damit weitere Kommunen ermutigen, sich der Herausforderung Klimaschutz zu stellen und die damit verbundenen Chancen zu nutzen.“ (SK: KK 2015a: 5) |
| *Benchmarking* | Kommunen stehen im ständigen Vergleich miteinander. Dies drückt sich bspw. in Städte-Rankings aus (z.B. *Green City Index* Siemens oder *Sustainable City Index* Arcadis). Klimaschutz und „grüne“ Politiken sind ein zunehmend wichtiger Faktor im (internationalen) Standortwettbewerb. | „[…] es kommt sehr stark darauf an, auf welcher Ebene, mit welchen Vergleichen muss ich mich positionieren? Osnabrück muss sich z.B. dann vielleicht im Verhältnis zu Münster positionieren, oder im Verhältnis zu Bielefeld […].“ (IK-2, 2015: 13) |
| *Privatisierung* | Eine Privatisierung kommunalen Klimaschutzes bspw. durch Vereins- oder Stiftungsgründungen soll zur Etablierung und Verstetigung des Klimaschutzes vor Ort führen. | „Der Klimapakt ist eine Privatisierung der kommunalen Aufgabe mit entsprechenden Eigeninteressen der Akteure […].“ (IK-6, 2015: 38) |
| *Innerorganisatorische Umgestaltung* | Reorganisation in der Verwaltung durch Schaffung neuer (Querschnitts-)Ämter oder Stabsstellen. | „Das Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit besitzt ‚direkte, operative Managementkompetenzen in den eigenen Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsprojekten des Kreises‘. Das Amt, das aus einem ‚Agenda 21‘-Prozess hervorgegangen ist, stellt unter den Masterplankommunen das bislang prominenteste Beispiel für eine klimapolitisch neuausgerichtete Verwaltungseinheit dar, und schafft eine zentral vernetzte Anlaufstelle.“ (Riedel et al. 2014a: 2) |

| | | |
|---|---|---|
| *Lernen* | Grundprinzip im kommunalen Klimaschutz ist Vernetzung und Kooperation, da davon ausgegangen wird, dass die Kommunen voneinander lernen und profitieren können. | „[…] es geht nicht so sehr darum, dass man gute Praxis zeigt und das war's, sondern dass man den Leuten die Kapazität und die Fähigkeit an die Hand gibt, aus Praxisbeispielen effektiv und effizient zu lernen." (IB-3, 2015: 48) |
| *Standardisierung* | Im kommunalen Klimaschutz sollen systematisch einheitliche Standards geschaffen werden, sodass die Aktivitäten der Kommunen besser zu vergleichen sind. | „Der Klimaschutzplaner […] als ein Bilanzierungs- und Planungstool, der ja auch mit ein paar Knopfdrücken relativ rasch einer Kommune ermöglichen soll, hier ihre $CO_2$-Bilanz und ihre Potentiale und Szenarien konkret abzubilden. […] Es sollte natürlich stark vereinfacht organisiert, strukturiert, umgesetzt werden können." (IB-4, 2015: 8) |

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

### Transition Management

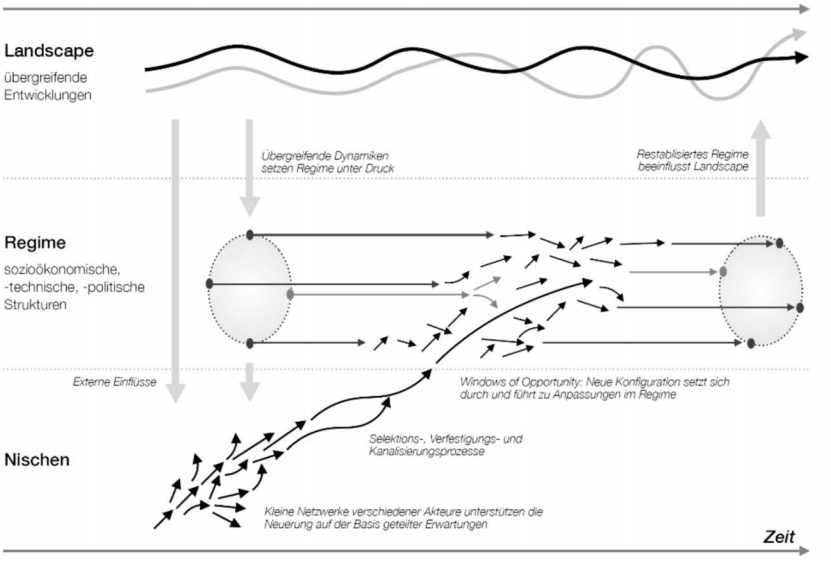
> If „we" can steer change, shape future development, and manage movement in desired directions, perhaps „we" can make the environment a better and more sustainable place in which to live.
> *(Shove und Walker 2007: 763)*

In der letzten Dekade hat der Begriff der „Transformation" im Politikfeld der Nachhaltigkeit zunehmend an Bedeutung gewonnen, vor allem in Bezug auf die Herausforderung der Dekarbonisierung der Gesellschaft. Die politischen Entscheidungsträger, der Privatsektor und Nichtregierungsorganisationen bejahen zunehmend die Notwendigkeit einer nachhaltigen bzw. klimafreundlichen Transformation in zahlreichen Bereichen von der Energieversorgung bis hin zur Mobilität und von der Nahrungsmittelproduktion hin zu alltäglichem Konsum. 2011 erarbeitete der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU 2011) Handlungs- und Forschungsempfehlungen für eine „große Transformation", das heißt für den weltweiten Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung

Nachhaltigkeit. Das Ausmaß dieser Transformation stehe der neolithischen und industriellen Revolution – den fundamentalen Transformationen unserer Weltgeschichte – in nichts nach.

Im Zuge dessen entwickelte sich auch eine neue Forschungsrichtung – die *Sustainability Transition Studies* –, die sich mit transformativem Wandel von Produktion, Konsum, Verhalten und Stadtentwicklung und deren strategischer Steuerung befasst. Ursprünglich konzentrierte sich diese Forschung auf die Analyse historischer Transformationen einzelner Technologien in spezifischen nationalstaatlichen Kontexten (Geels 2006a, 2006b, 2007, 2009; Verbong und Geels 2007; Verbong et al. 2008; Raven und Geels 2010; Berkers und Geels 2011; Turnheim und Geels 2012). Die Analyse von Transformationen bspw. des niederländischen Biogassektors (Geels und Raven 2006), der Wandel in der Abwasserentsorgung weg von Klärgruben hin zur Kanalisation (Geels 2006b) oder strukturelle Veränderungen in der britischen Kohleindustrie (Turnheim und Geels 2013) erfolgten dabei meist mithilfe der sogenannten „Multi-Level-Perspektive" (MLP) (Geels 2005). Diese wurde Anfang der 2000er von dem niederländischen Transformations-Forscher Frank Geels (2002) entwickelt und versteht sozio-technischen Wandel als evolutionäre Rekonfigurationsprozesse in komplexen Systemen, die sich auf drei Ebenen abspielen: (1) der Landschaftsebene (*Landscape-Level*), die übergeordnete gesellschaftliche oder natürliche Entwicklungen abbildet wie z.B. Urbanisierung, Klimawandel oder Globalisierung. Dabei handelt es sich um sehr langfristige und stabile Entwicklungen, die sich durch (plötzliche) Ereignisse (z.B. Katastrophen) aber auch verändern können. (2) Die Regimeebene (*Regime-Level*) repräsentiert die vorherrschenden und relativ stabilen sozioökonomischen, -technischen und -politischen Strukturen eines gesellschaftlichen Systems, die sich verändert haben (historische Analyse) oder verändert werden sollen (durch ein „Transition Management"). Ein Beispiel für ein Regime ist das Mobilitätssystem einer Stadt oder Region inklusive seiner Infrastruktur (Straßen- und Wegenetz, ÖPNV-Angebot etc.), den dominanten Technologien (Auto, Bus, Bahn etc.), politischen Anreizen und Interventionen (Parkgebührensystem, City-Maut, Umweltplaketten etc.) und den kulturellen Einstellungen der Bevölkerung (z.B. der Stellenwert individueller Mobilität). Zwar sind Regime relativ stabil, doch sowohl Entwicklungen auf der Landschaftsebene als auch Entwicklungen auf der dritten (3) Ebene der *Nischeninnovationen* können zum Entstehen von sogenannten „Windows of Opportunities" führen, die das dominante Regime destabilisieren und so zu systemischem Wandel führen können. Auf der Nischenebene agieren sogenannte „Change Agents" oder Pioniere, die in geschützten Räumen Innovationen erarbeiten und in kleinem Rahmen austesten. Erfolgreiche Experimente können sich etablieren und schließlich zur Neukonfiguration des Regimes führen (Abbildung 12).

*Abbildung 12: Multi-Level-Perspektive als Analyseinstrument historischer Transformationsprozesse.*

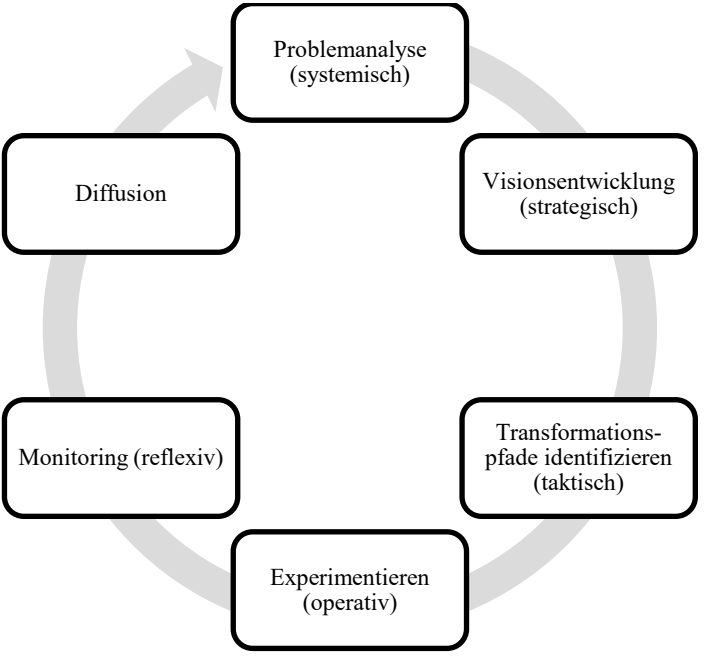



Quelle: Schrape (2014) nach Geels (2002: 1263) und Geels und Schot (2007).

Schon früh bildete sich innerhalb dieser Forschungsrichtung eine Strömung heraus, die die Idee einer aktiven Intervention in aktuelle Transformationsprozesse durch ein konkretes „Transition Management" (TM) verfolgt. TM verbindet die Erkenntnisse der *Sustainability Transition Studies* mit denen der „Theorie komplexer Systeme"[2] und Governance-Ansätzen (Voß et al. 2006; vgl. Kapitel #Klimawandel als kommunales Aufgabenfeld). Als ein praxisorientiertes Modell zur Beeinflussung laufender Transformationsprozesse soll TM als Steuerungsinstrument dafür sorgen, die Transformation zur nachhaltigen und klimafreundlichen Gesellschaft zu initiieren bzw. zu beschleunigen und systematisch zu regulieren (Rotmans et al. 2001; Rotmans und Loorbach 2009; Loorbach und Rotmans 2010; Loorbach 2007; Voß et al. 2009; Shove und Walker 2007; Kemp et al. 2007). Dazu werden Sektoren wie z.B. der Energiesektor, der Mobilitätssektor oder der Dienstleistungssektor als komplexe, adaptive soziale Systeme konzipiert; Management wird in diesem Zusammenhang als reflexiver und evolutionärer Governance-Prozess verstanden (Markard et al. 2012).

2 Komplexe Systeme bestehen aus einer Vielzahl von miteinander verbundenen und interagierenden Teilen, Entitäten und Akteuren.

*Abbildung 13: Transition Management-Zyklus.*




Quelle: Eigene Abbildung, ergänzt nach Loorbach (2010).

TM verspricht eine effektive und flexible Steuerung von sozio-technischem Wandel durch die zyklische Verknüpfung verschiedener Governance-Aktivitäten (Abbildung 13). Der erste Schritt eines TM ist zunächst die Problemanalyse und die Beschreibung des Status quo; es geht also um die Generierung von Systemwissen mit dem Ziel, das existierende sozio-technische System zu verstehen (systemische Ebene). Im zweiten Schritt geht es darum, gemeinsame Visionen davon zu erarbeiten, wie sich das betreffende System zukünftig entwickeln soll. Durch die Festlegung langfristiger Ziele wird Zielwissen produziert, das zeigen soll, was überhaupt möglich ist (strategische Ebene). Diese Visionen sollen als Rahmen für kurz- und mittelfristige (politische) Maßnahmen dienen. Um auch langfristige Ziele erreichen zu können, werden im dritten Schritt sogenannte „Transformationspfade" entwickelt (taktische Ebene). Dies geschieht im Wesentlichen durch das Setzen von Zwischenzielen und Meilensteinen durch *Backcasting*, ausgehend von der langfristigen Vision (Loorbach 2007). Die identifizierten Transformationspfade dienen dabei als Leitlinien für die Auswahl der kurzfristigen Maßnahmen. Im vierten Schritt sollen konkrete Veränderungen im System angestoßen und beobachtet werden. Dies geschieht mittels Durchführung sogenannter „Experimente" (operative Ebene). Die Experimente werden hinsichtlich ihres Potenzials zur Erreichung der strategischen Gesamtziele und ihrer Adaptabilität

an die identifizierten Transformationspfade ausgewählt. Dabei wird erwartet, dass sie die Vision und den Auswahlprozess für neue Experimente entweder bestätigen oder verändern, was zu einem Prozess sozialen Lernens führen soll („Learning by Doing" und „Doing by Learning"; Rotmans et al. 2001). Die Schaffung solcher Feedback-Schleifen macht Reflexivität zu einem zentralen Element der (politischen) Entscheidungsfindung, indem Mechanismen zur Verfügung gestellt werden, die neu entdecktes Wissen in den strategisch-taktischen Rahmen (Ziele, Visionen und Transformationspfade) inkorporieren. So stehen mit Schritt fünf kontinuierliche Evaluation, Monitoring und Anpassung im Zentrum des TM-Konzeptes – sowohl in Bezug auf den Prozess selbst als auch auf den Inhalt des Experimentierens (Kemp et al. 2007). Im letzten Schritt geht es darum, das durch Experimentieren gewonnene sowie durch Monitoring und Evaluation systematisch ausgewertete Transformationswissen zu verbreiten. Damit transformativer Wandel initiiert bzw. beschleunigt werden kann, müssen erfolgreiche Veränderungsmuster und Beispiele räumlich breit diffundiert und skaliert werden (z.B. durch Aufbereitung und Verbreitung von Best Practice-Beispielen). Gemäß dieser Interpretation wird das Regieren von Wandel zu einem strategischen Steuerungsprozess:

„The model of transition management tries to utilize innovative bottom-up developments in a more strategic way by coordinating different levels of governance and fostering self-organization through new types of interaction and cycles of learning and action for radical innovations offering sustainability benefits." (Kemp et al. 2007: 80)

Zunächst kam TM insbesondere in den Niederlanden, Belgien und Großbritannien in verschiedenen nationalen und regionalen Politikprojekten zum Einsatz (vgl. Avelino 2009; Loorbach und Rotmans 2010). Die Operationalisierung von TM erfolgte in diesen Projekten vor allem durch die Kombination von Problemstrukturierung und Visionsentwicklung in Multi-Stakeholder-Arenen, Koalitionenbildungen, Umsetzung durch Experimente und Pilotprojekte sowie Monitoring und Evaluierungsmaßnahmen (Markard et al. 2012). In jüngerer Zeit zieht TM zunehmend die Aufmerksamkeit von Kommunen auf sich, die in TM eine Möglichkeit sehen, städtischen Wandel effizienter zu steuern (Bulkeley et al. 2013; Bulkeley et al. 2015). Inspiriert von Elementen des TM begann eine Reihe von europäischen Städten damit, strategischere Ansätze zur Steuerung transformativen Wandels hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft zu nutzen (Nevens et al. 2013; Nevens und Roorda 2014; Porter et al. 2015; Loorbach et al. 2016; Voytenko et al. 2016; Nagorny-Koring und Nochta 2018).

Auch in den von mir betrachteten Fallbeispielen wird „Klimaschutz nicht als ein Umweltthema betrachte[t], sondern [als] ein integrierter Transformationsprozess, der notwendig ist" (IN-2, 2016: 15). Bei den Akteuren hat sich gleichsam ein systemisches Denken durchgesetzt, wie bspw. der Ausschnitt aus dem Masterplan des LK

Osnabrück (2014: 11) verdeutlicht: „Einzelthemen wie Windenergie, Mobilität oder Speicher werden sich zukünftig nicht mehr separat, sondern nur noch systemisch entwickeln lassen." (Landkreis Osnabrück 2014: 11)

Auch der Fokus auf Innovation und Experimentieren zeigt sich in den von mir erhobenen Daten. Der Mitarbeiter eines Forschungsinstituts beschreibt bspw. in diesem Zusammenhang den „kommunale[n] Klimaschutz [als] Kampf zu guten Ideen zu guten Produkten" (IB-4, 2015: 19) und betont so die Bedeutung von Innovation im Praxisregime. Im Referat für kommunalen Klimaschutz im BMUB wird die Entstehung des Förderprogramms „Masterplan 100% Klimaschutz" selbst als Experiment beschrieben: „[D]as BMU [hat] gesagt, also das zuständige Referat damals, komm, das probieren wir jetzt mal aus: Da sollen einfach mal Kommunen als Labor […] herhalten und wir fördern die dabei, einmal auszuprobieren, wie [Klimaneutralität] eigentlich funktioniert." (IP-1, 2015: 6)

Und auch bei den TMNs ist ein Denken in TM-Prinzipien erkennbar, wenn sie bspw. Diffusion, Replizierung und Upscaling von Maßnahmen und Methoden als wesentlich für einen effektiven kommunalen Klimaschutz bezeichnen: „A major factor is replicability because in some cases you might have a really innovative idea but then […] if it cannot be adapted anywhere else, it is much less useful […]." (IN-6, 2016: 24)

Tabelle 9 fasst nochmals alle zehn Aspekte der TM-Logik – Transformation, Change-Management, systemisches Denken, Innovation, Experimentieren, Reallabor, Diffusion, Visionen, Monitoring und „Change Agents" – zusammen, die sich anhand meiner erhobenen Daten aus den beiden Fallbeispielen darstellen ließen. Tabelle 8 verdeutlicht zudem mit weiteren Beispielen und Ankerzitaten, wie sich eine vom TM inspirierte Sprache mit dem zugehörigen Vokabular im Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" niederschlägt.

Abschließend zusammengefasst zeichnet sich TM als politische Rationalität im Wesentlichen durch den Optimismus aus, dass die Transformation zur klimaneutralen Gesellschaft mithilfe geeigneter Managementtechniken strategisch gesteuert werden kann. Experimente werden insofern als Sprungbretter für sozialen Wandel angesehen, als ihnen bei erfolgreicher Pilotphase das Potenzial zur Skalierung und Diffusion zugeschrieben wird (Geels und Raven 2006; Loorbach 2007; van den Bosch und Rotmans 2008; Loorbach und Rotmans 2010; van den Bosch 2010; van Doren et al. 2016). Die Förderung der Skalierung und Replikation erfolgreicher Experimente als Best Practices wird im TM als zentral erachtet, um transformativen Wandel zu erreichen und den Klimawandel kommunal effektiv steuern zu können. Die konkrete Anwendung von TM-Praktiken in der Regierung des Klimawandels, wie ich sie anhand meiner Fallbeispiele in diesem Kapitel noch weiter verdeutliche, illustriert, wie Regierungspraktik durch idealisierte Schemata geprägt wird.

*Tabelle 9: Sprache und Prinzipien des TM im kommunalen Klimaschutz.*

| **Vokabular** | **Prinzip** | **Ankerzitat** |
|---|---|---|
| *Transformation* | In vielen Bereichen sieht sich die Gesellschaft mit fundamentalen Problemen konfrontiert: Klimawandel, Verlust der Biodiversität, soziale Ungleichheit, Massenmigration. Weder einzelne Technologien noch individuelle politische Interventionen können diese Probleme lösen. Einzig eine integrierte, gesamtgesellschaftliche Transformation kann nachhaltigen Wandel ermöglichen. | „Dass wir eben Klimaschutz nicht als ein Umweltthema betrachten, sondern das ist ein integrierter Transformationsprozess, der notwendig ist.“ (IN-2, 2016: 15) |
| *Change-Management* | Sozio-technischer Wandel ist mithilfe eines Sets an reflexiven und zirkulär organisierten Governance-Instrumenten strategisch steuerbar (Abbildung 13). | „Positiv sticht dabei die Planung der Stadt Rheine heraus, ein professionelles ‚Change Management‘-Verfahren anzuwenden, um neue Ideen und Maßgaben zu integrieren und Akzeptanz im Rahmen der eigenen Verwaltung zu schaffen.“ (Riedel et al. 2014b: 4f.) |
| *Systemisches Denken* | Leitlinie des Transition Managements ist die Konzeptualisierung einzelner Sektoren wie z.B. Energieversorgung und -erzeugung oder Mobilität als komplexe, adaptive soziale Systeme. | „Zudem sollen im Masterplan nicht nur neue Einzelinformationen generiert werden, sondern auch Abhängigkeiten zwischen verschiedenen Bereichen, also Systemfragen beschrieben werden. Einzelthemen wie Windenergie, Mobilität oder Speicher werden sich zukünftig nicht mehr separat, sondern nur noch systemisch entwickeln lassen.“ (Landkreis Osnabrück 2014: 11) |
| *Innovation* | Wandel entsteht durch neue Technologien, Prozesse, Geschäftsmodelle, Politiken, Verhaltensweisen | „[…] dass kommunaler Klimaschutz der Kampf zu guten Ideen zu guten Produkten […] |

| | | |
|---|---|---|
| | usw. (sog. Nischeninnovationen), die Veränderungsdruck auf das bestehende sozio-technische System ausüben und dazu führen, dass sich das System entweder anpasst oder transformiert. Nischeninnovationen sind oft angewiesen auf „Windows of Opportunities“, günstige Gelegenheiten oder Ereignisse, die einen Wandel begünstigen, wie z.B. das Fukushima-Unglück, das die Energiewende einleitete. | ist, glaube ich dann schon.“ (IB-4, 2015: 19)<br>„Also das Problem ist eher, dass man ja sehr häufig bei solchen Sachen aufgefordert wird, *innovativ* zu sein. Das Wort mag ich schon wirklich gar nicht mehr.“ (IK-2, 2015: 56) |
| *Experimentieren* | Damit transformativer Wandel gelingen kann, muss es geschützten Raum (sog. Nischen) zum Ausprobieren innovativer Technologien, Prozesse oder Verhaltensweisen geben, damit Handlungsspielräume entstehen können. Durch die Experimente wird neues Wissen geschaffen, aus dem gelernt werden kann und das evtl. auch zur Anpassung der Visionen und Ziele führt. | „[…] das BMU [hat] gesagt, also das Referat damals, komm das probieren wir jetzt mal aus: Da sollen einfach mal Kommunen als Labor […] herhalten und wir fördern die dabei, das mal auszuprobieren, wie funktioniert [Klimaneutralität] eigentlich.“ (IP-1, 2015: 6) |
| *Reallabor* | Mithilfe einiger weniger Pioniere können durch Pilotprojekte innovative Maßnahmen getestet werden. Die ausgewählten Kommunen erhalten signifikante finanzielle Förderung und organisatorische Unterstützung, um als Reallabore zukunftsfähige Lösungen zu erproben. | „Begriffe, wo du sagtest, da gibt es eine Forschungsrichtung zu, die stehen immer drin, wenn es irgendwie darum geht, irgendwo Geld zu beantragen oder wenn man so Stichworte bringen muss, dann fallen die auch. Wir benutzen die auch. Also wir haben jetzt als Lieblingsvokabel Reallabor.“ (IK-3, 2015: 6) |
| *Diffusion* | Durch systematisches Auswerten von erfolgreichen Experimenten mithilfe eines kontinuierlichen | „A major factor is *replicability* because in some cases you might have a really innovative idea but then […] if it cannot |

| | | |
|---|---|---|
| | Monitorings und Evaluation sollen Veränderungsmuster identifiziert werden und z.B. in Form von Best Practice-Beispielen verbreitet werden, damit es zu Replikationen und Skalierung der Experimente kommt und so Transformationsprozesse realisiert werden können („vom Projekt zum Prinzip“). | be adapted anywhere else, it is much less useful […].“ (IN-6, 2016: 24) |
| *Visionen und Szenarien* | Mithilfe von gemeinsamen, langfristigen Visionen und Leitbildern wird das Ziel definiert. Die Analyse des Status quo und die Erstellung von Szenarien sollen dabei helfen, mögliche Transformationspfade zu identifizieren. | „Der 100%-Ansatz ist für uns ja eher eine Art von Vision, von Leitorientierung, um zu sagen: Hier bewegt sich eine Kommune, eine Zivilgesellschaft, ein Unternehmen in eine bestimmte Richtung, strukturiert sich und tauscht sich aus.“ (IB-4, 2015: 23) |
| *Monitoring, Evaluation, Lernen* | Durch Feedback-Schleifen wird Reflexivität als zentraler Baustein in das Entscheidungsfindungssystem eingeführt. Neue Erkenntnisse sollen ständig in den gesamten Managementprozess integriert werden. Kontinuierliches Monitoring und Evaluation der Maßnahmen sind daher Kern eines Transition Management, dessen zentrales Prinzip das Anstoßen von Lernprozessen ist. | „Ich denke schon, dass die Bundesregierung sich durch dieses Masterplan-Projekt ganz klar Ergebnisse erhofft. […] Die sind interessiert an den Erkenntnissen, die dabei rauskommen. […] Die […] erwarten positive Beispiele, aber ich gehe davon aus, die erwarten genauso eine ehrliche Kommunikation von Herausforderung oder von Stolpersteinen, damit das in Zukunft andere Kommunen vermeiden können. Oder dass in Zukunft Fördermittel anders verteilt werden sollten: Vielleicht braucht man mehr Geld für Öffentlichkeitsarbeit? Oder mehr Geld für Dienstreisen […]. Ich würde es Erkenntnisse nennen, […] wo |

| | | |
|---|---|---|
| | | man gemerkt hat, wir brauchen einfach mehr Zeit oder wir müssen da in eine andere Richtung gehen.“ (IK-5, 2015: 36) |
| *Change Agents* | Um Wandel initiieren und vorantreiben zu können, braucht man „Change Agents“, die sich für Veränderungen einsetzen. Meistens handelt es sich dabei zunächst um einzelne Personen oder kleine Gruppen. | „Es ist ein politisches System, was aus Menschen gemacht ist. Und wenn da einzelne Menschen die Möglichkeit haben, bestimmte Stellschrauben zu drehen, dann, und das auch noch tun, dann gibt es innerhalb kürzester Zeit einen sehr großen Wandel.“ (IB-7, 2016: 11) |

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

## POLITISCHE PROGRAMME

> We live in a world of often rivalrous programs but not in a programmed world, and programs could not simply be implemented, as technologies have their own characteristics and requirements.
> *(Rose et al. 2006: 86)*

Bei politischen Programmen handelt es sich um jene expliziten und geplanten Reformversuche, mittels derer Praxisregime in eine bestimmte Richtung gelenkt oder an bestimmten Zwecken neu ausgerichtet werden sollen, um (Politik-)Probleme zu lösen bzw. regierbar zu machen. Dabei verbinden Programme theoretisches Wissen, wie es durch politische Rationalitäten artikuliert wird, mit praktischen Belangen und Zielen (Dean 1999: 211). Ich verstehe Programme damit als einen wesentlichen Bestandteil von Rationalitäten, möchte aber gleichzeitig betonen, dass politische Programme weder einfach gleichzusetzen sind mit politischen Rationalitäten, noch eine Regierungstechnologie darstellen. Politische Programme sind keine Regierungstechnik an sich: Sie geben die programmatische Logik vor und bestimmen damit über die Maßnahmen und Methoden, mithilfe derer sie umgesetzt werden sollen. Politische Programme stellen daher für mich einen Zwischenschritt dar zwischen politischen Rationalitäten und ihrer sozio-technischen Umsetzung: Bevor politische Rationalitäten wirksam werden können, müssen sie in konkrete Politikprogramme übersetzt

werden, aus denen mithilfe von Regierungstechnologien konkrete Interventionen abgeleitet werden. Dies geschieht jedoch nicht durch eine simple Umsetzung von Rationalitäten in Programmen, sondern die Art und Weise, wie Programme artikuliert und ausgestaltet werden, geht mit Veränderungen und Anpassungen einher. So entsteht eine für das jeweilige Feld der Regierung eigene Wissensordnung, die bestimmte Aspekte betont, andere wiederum verschweigt oder manche Vorgehensweisen als geeignet und andere als ungeeignet erscheinen lässt. Damit sind politische Rationalitäten und Programme wichtige Elemente von Macht-Wissen-Komplexen (vgl. Kapitel #Gouvernementalität), da sie bereits definitorische Macht ausüben, bevor sie überhaupt im üblichen Sinn technisch implementiert werden (Dzudzek 2016).

Programme können von unterschiedlichen Akteuren wie lokalen, regionalen oder nationalen Regierungen, Unternehmen, Gewerkschaften, Stiftungen, internationalen Organisationen (wie z.B. Weltbank, UN-Organisationen oder IWF) ins Leben gerufen werden. Beispiele für politische Programme sind u.a. Förderprogramme und -initiativen, Regierungsberichte, Weißbücher, Grünbücher und Strategiepapiere (Rose und Miller 1992). Hinter Politikprogrammen steht stets der Glaube, dass die Gesellschaft bzw. bestimmte Gesellschaftsbereiche besser oder effektiver verwaltet werden könnten und dass Realität dadurch in gewisser Weise steuerbar („programmierbar“) ist. Die sprachliche Ausarbeitung von Politikprogrammen erfolgt in Förderrichtlinien oder anderen textbasierten Medien (Beispiele siehe oben) und bringt so die politischen Rationalitäten über das, was möglich oder unmöglich, wünschenswert oder unerwünscht ist, in Deckung mit den Plänen und Zielen zur Lösung der spezifischen Problematisierungen (Miller und Rose 1990). Miller und Rose (1990: 14) charakterisieren Regierungsprogramme daher wie folgt: „Programmes of government are idealized schema for the ordering of social and economic life. […] Programmes constitute a space within which the objectives of government are elaborated, and where plans to implement them are dreamed up.“ Im Folgenden illustriere ich mithilfe meiner beiden Fallbeispiele, wie die politischen Rationalitäten des NPM und des TM in konkrete Politikprogramme übersetzt wurden.

### Masterplan 100% Klimaschutz

In Unterkapitel #Fallbeispiele habe ich bereits die Eckpunkte des politischen Programms „Masterplan 100% Klimaschutz“ des Bundesumweltministeriums skizziert. An dieser Stelle zeige ich nun anhand des Merkblatts zur Masterplan-Richtlinie und des Strategiepapiers „Masterplan 100% Klimaschutz“, wie unterschiedliche Elemente der zuvor beschriebenen politischen Rationalitäten Eingang in dieses spezielle Förderprogramm gefunden haben. Im Strategiepapier (Ziesing 2010: 5f.) wird eine Masterplan-Kommune (MPK) zunächst wie folgt definiert:

„Eine Kommune mit einem Masterplan 100% Klimaschutz verfolgt das Ziel, innerhalb der politischen Gemarkung durch die Einführung eines systematischen Managementprozesses langfristig ökologisch und ökonomisch sinnvolle Maßnahmen zur Ausschöpfung der Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz, zum Energiesparen und zur Entwicklung eines nachhaltigen Lebensstiles, zur Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere aus regionalen Quellen, und zur Schließung von Stoffkreisläufen das ambitionierte Ziel des Klima- und Ressourcenschutzes voranzutreiben. Ziel ist es, THG-Emissionen bis 2050 um 95% gegenüber einem aktuellen Bezugsjahr zu reduzieren. Zusätzlich ist ein endenergiebezogener Zielpfad zu beschreiben (Reduzierung um mindestens 50%). Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein umfassender Strukturwandel erforderlich. Regionale Kreislaufwirtschaftsprozesse werden angeregt, Innovationen geschaffen, Organisations- und langfristige Managementprozesse in Gang gesetzt und durch die Optimierung der regionalen Energie-, Finanz- und Stoffströme wird Wertschöpfung in der Region generiert.“ (Hervorhebungen im Original)

Bereits in dieser allgemeinen Definition finden sich zentrale Elemente des NPM und TM:

1. Klima\Wandel kann gemanagt werden
2. Ausschöpfung von Effizienzpotenzialen führt zu optimierter Steuerung
3. Leistungs- und Wirkungsorientierung
4. Beschreibung von Zielpfaden strukturiert Regierungshandeln
5. Transformativer Wandel wird als notwendig erachtet
6. Innovationen und Wertschöpfung werden geschaffen

Laut Merkblatt (BMUB 2015b) zeichnet sich das Masterplan-Programm insbesondere durch seinen hohen Ziel-Anspruch und die Einführung eines langfristig angelegten Managementprozesses aus. Bei der Förderung handelt es sich zudem um eine Exzellenzinitiative, die für verschiedene Siedlungsstrukturen modellhaft zeigen soll, wie der Weg zur Klimaneutralität aussehen kann. Dabei sollen nur die besten Beispiele für kommunalen Klimaschutz gefördert werden. Als Leuchttürme des nationalen Klimaschutzes sollen die MPKs Beispiele zur Nachahmung für alle deutschen Kommunen schaffen. Zielgruppe des Masterplan-Programms sind daher im Klimaschutz stark engagierte und vernetzte Kommunen. Damit ein Förderantrag gestellt werden kann, muss bereits ein integriertes Klimaschutzkonzept vorliegen und ein großes inter- und intrakommunales Klimaschutznetzwerk bestehen. Zudem bedarf es eines Grundsatzbeschlusses des höchsten kommunalen Gremiums, das den ambitionierten Masterplan-Zielen zustimmt. Innerhalb des ersten Förderjahres soll unter Einbeziehung aller relevanten Akteure sowie der Zivilgesellschaft ein Masterplan erstellt und ein Masterplanmanager eingestellt werden. Dieser Masterplanmanager ist die Schlüsselfigur des kommunalen Transformationsprozesses und entspricht damit dem

„Change Agent“ der TM-Logik. Nach Fertigstellung ist ein erneuter Umsetzungsbeschluss des höchsten kommunalen Gremiums bezüglich der beschriebenen Maßnahmen erforderlich. In den nächsten drei Jahren folgen die Konkretisierung der sektoralen Zielsetzungen bis 2020, die Gründung eines Masterplan-Beirates (mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Zivilgesellschaft und Unternehmen) sowie die Umsetzung erster Maßnahmen. Mit Beginn der Umsetzungsphase ist ein umfassendes Masterplanmanagement mit kontinuierlichem Monitoring und Controlling zwingend notwendig.

Analog zum TM-Zyklus (Abbildung 13) spielt neben den zentralen Schritten der Problemanalyse und der Identifizierung von möglichen Transformationspfaden, die durch die Erstellung des Masterplans im ersten Jahr abgearbeitet werden, auch die Visionsentwicklung eine wichtige Rolle im Masterplan-Programm: Der Masterplan soll auch dazu dienen, das klimapolitische Leitbild der Kommune zu beschreiben. Dazu steht im Strategiepapier (Ziesing 2010: 20):

„Die zentrale Funktion des Leitbildes ist das Schaffen einer Vision, an deren Realisierung gearbeitet wird. Es ist ein verbindungsstiftendes, übergeordnetes Leitprinzip, das den geplanten, konkreten Aktionen Sinn verleiht, ihnen eine gemeinsame Richtung gibt. Es dient als Identifikationspunkt und hilft Motivation und Kräfte zu wecken und zu bündeln. Kommunale Leitbilder dienen insbesondere dazu, lokale Entwicklungspotenziale zu aktivieren, neue Verbindlichkeiten zwischen Akteuren herzustellen, eine aktive Bürgergesellschaft zu schaffen und Kommunen in die globale Verantwortung einzubinden. Die Einbindung der lokalen Akteure auf den verschiedenen Ebenen der Gemeinde ist dabei zentral, d.h. bei der Ausgestaltung der Realisierung sollten sowohl die politischen und institutionellen Akteure als auch die Bevölkerung beteiligt werden. […] Zudem sollte ein Leitbild robust und gleichzeitig flexibel gegenüber Veränderungen sein, es sollte Schwerpunkte setzen und anhand seiner Transparenz und Strukturiertheit komplexe Aufgaben leicht kommunizierbar machen und auf lange Sicht die Reduktion von $CO_2$-Emissionen in der Kommune vorantreiben.“

Diese Vision muss im nächsten Schritt mit einem Maßnahmenkatalog ergänzt und durch überprüfbare Zwischenziele konkretisiert werden. Die gewählten Maßnahmen sollen sich durch einen gewissen Innovationsgrad und eine gewisse Diversität auszeichnen, um unterschiedliche Wege der Zielerreichung aufzuzeigen. In diesem Sinne entsprechen die Maßnahmen dem Experimentieren im TM-Zyklus. Gemäß der gemeinsamen Vision und der abgesteckten Transformationspfade werden verschiedene innovative Einzelmaßnahmen ausgewählt, die zur Zielerreichung beitragen sollen. Der folgende Ausschnitt aus dem Strategiepapier (Ziesing 2010: 22) repräsentiert ein weiteres Element von TM und NPM: der Glaube an die Lernfähigkeit von Politik und Verwaltung, aus dem sich der Fokus auf Monitoring und Evaluation ableitet, was wiederum Lernprozesse und Reflexion anstoßen soll.

„Neben der Etablierung von Managementstrukturen und der Projektumsetzung ist die kontinuierliche Überprüfung und Weiterentwicklung der 100% Klimaschutzstrategie notwendig. Einerseits muss eine Überprüfung erfolgen, ob mit den umgesetzten Maßnahmen die definierten Ziele erreicht werden. Andererseits sind Anpassungen an sich verändernde Rahmenbedingungen notwendig. Durch gesetzliche Regelungen und durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse sowie Technologieentwicklungen entstehen neue Anforderungen oder Möglichkeiten der Optimierung. Erst eine kontinuierliche Erfolgskontrolle, Weiterentwicklung und Fortschreibung des Masterplans 100% Klimaschutz garantieren den dauerhaften Erfolg und ermöglichen die schrittweise Emissionsreduktion bis zum minus 95% Ziel. Hierzu muss der Managementprozess **regelmäßige Kontrollzyklen** […] vorsehen, in dessen Rahmen Maßnahmenempfehlungen überprüft und ggf. angepasst werden." (Hervorhebung im Original)

Die MPKs sollen also zunächst durch unterschiedliche Transformationspfade und verschiedene Maßnahmen (= Experimente) aufzeigen, wie und ob die ambitionierten Klimaziele erreicht werden können und welche Strategien und Maßnahmen dazu notwendig sind. So soll deutlich werden, wie sich der Zielpfad tatsächlich entwickelt und welche Stellschrauben für eine erfolgreiche Umsetzung und Einhaltung der Zielpfade zu berücksichtigen sind. Die MPKs fungieren dabei als Reallabore. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen an den Fördermittelgeber zurückgespielt werden, der seine Förderpraxis und Ziele entsprechend anpassen kann.

Besonders wichtig im Masterplan-Programm ist die obligatorische Nutzung eines Management- und Controllingsystems zur regelmäßigen Kontrolle der ergriffenen Maßnahmen. Gemäß der NPM-Logik soll dies einen Überblick über die Maßnahmenplanung und -umsetzung bieten. Anhand individueller Meilensteine für jede Maßnahme sollen der Fortschritt und die Einhaltung des Zielpfades gesichert werden. Zur Steuerung sollen differenzierte Indikatoren und Teilziele festgesetzt werden, sodass eine ständige Überprüfung der finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen möglich ist. Zwei weitere Elemente des NPM, die sich im Masterplan-Programm wiederfinden, sind zum einen die Reorganisation der kommunalen Verwaltung mit der Schaffung neuer Organisationsstrukturen und zum anderen die Einführung einheitlicher Standards.

MPKs sind sowohl dazu verpflichtet, einen Masterplanbeirat ins Leben zu rufen, der mit Akteuren aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Zivilgesellschaft und Unternehmen besetzt werden soll, als auch alle mit Klimaschutz befassten Einheiten innerhalb der Verwaltung zu vernetzen und die Ziele des Masterplans in alle anderen kommunalen Planungen zu integrieren. Zu diesem Zweck werden oft neue Klimaschutzleitstellen oder -ämter geschaffen. Mit Hilfestellung seitens des Fördermittelgebers durch die sogenannte „Begleitforschung" soll sichergesellt werden, dass die Ergeb-

nisse vergleichbar sind (Idee des Benchmarking), indem z.B. einheitliche Maßnahmenblätter und ein Handbuch zur Masterplan-Erstellung zur Verfügung stehen und ein einheitliches Bilanzierungstool verwendet werden soll.[3]

In Anlehnung an den TM-Zyklus (Abbildung 13) spielt der Aspekt der Diffusion eine wesentliche Rolle im Masterplan-Programm. Laut Merkblatt sollen MPKs als Leuchttürme eine Ausstrahlungswirkung auf andere Kommunen erzeugen mit dem Ziel, dass diese von den MPKs lernen und sich an deren Transformationspfaden orientieren können.

„Die Bundesregierung hat ein erhebliches Interesse daran, dass in Kommunen Leuchtturmmaßnahmen realisiert werden, die nicht nur zu Energieeinsparung und Reduktion von Treibhausgasen führen, sondern in besonderem Maße aufzeigen, dass die ambitionierten bundesweiten Klimaschutzziele erreichbar sind, und somit öffentlichkeitswirksam zur Nachahmung anregen können." (BMUB 2015b: 5)

Das Masterplan-Programm wird so zu einem Vehikel des BMUB zur Verankerung des Klimaschutzes vor Ort, indem Klimaschutz durch gute Ideen erfahrbar wird und zahlreiche Beispiele zur Nachahmung geschaffen werden (BMUB 2015a). Auch innerhalb des Masterplan-Programms spielen Diffusion und Nachahmung eine wichtige Rolle: Die zweite Runde der MPKs soll mittels Tandembildung, also dem Aufbau einer Städtepartnerschaft und eines umfassenden Wissenstransfers, aus den Erfahrungen der ersten Runde der MPKs lernen und so den Masterplan schneller erstellen können.

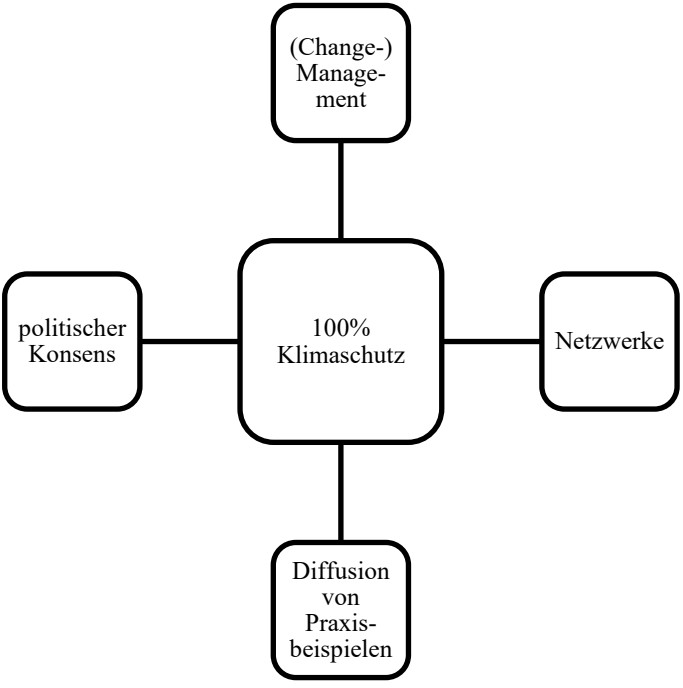
„Die neuen Masterplan-Kommunen können darüber hinaus bei der Erstellung des Masterplans von Erfahrungen aus den ersten Masterplan-Projekten und von vielen Projekten der Nationalen Klimaschutzinitiative profitieren. Durch diesen Vorteil sollen die Masterplan-Kommunen die Erstellung des Masterplans innerhalb eines Jahres abschließen." (BMUB 2015b: 9)

Es wird angenommen, dass die zweite Runde der MPKs nicht mehr als Labore mit verschiedenen Lösungen experimentieren muss, sondern stattdessen auf den Erkenntnissen und dem Fundus an guten Praxisbeispielen der ersten Runde aufbauen und so den Prozess viel effizienter gestalten und die Umsetzung signifikant beschleunigen kann. Modellhaftigkeit und das Potenzial zur Übertragbarkeit der gemachten Erfahrungen auf Kommunen mit ähnlichen strukturellen Bedingungen sind daher wichtige Förderkriterien des Masterplan-Programms. Somit lässt sich feststellen, dass sich na-

3 Standardisierte Hilfestellungen stehen erst der zweiten Runde der MPKs (2016) zur Verfügung.

hezu alle wesentlichen Grundannahmen von NPM und TM im Aufbau des Masterplan-Programms wiederfinden. Besondere Bedeutung kommt allerdings den vier Förderkriterien zu (BMUB 2016a, 2015b; vgl. auch Abbildung 14).

*Abbildung 14: Kernelemente des politischen Programms „Masterplan 100% Klimaschutz" des BMUB.*




Quelle: Eigene Darstellung.

Aus diesen Förderkriterien kann abgeleitet werden, dass transformativer Wandel in Kommunen hin zur Klimaneutralität nur gelingen kann, wenn (1) ein umfassendes Managementsystem in der kommunalen Verwaltung institutionalisiert wird, damit der Fortschritt des Transformationsprozesses stetig überprüft und Prozesse ggf. angepasst werden können; (2) politischer Konsens in der Kommunalpolitik offiziell bekundet wurde und somit die ambitionierten Ziele politisch nicht mehr angefochten oder Ziel (erneuter) politischer Diskussion werden können; (3) die Kommune über ein ausgedehntes Netzwerk zu anderen klimaaktiven Kommunen verfügt, das fachlichen Austausch und Zusammenarbeit ermöglicht, sodass das Regierungshandeln effektiver gestaltet werden kann. Unterstützt wird dies (4) von der Verbreitung guter

Ideen und Praxisbeispiele, die Nachahmungspotenziale schaffen und die Umsetzung von Klimaschutzmaßnamen beschleunigen und effizienter machen.

### Transition Cities

Das Climate-KIC Innovationsprojekt „Transition Cities" (TC) wurde bereits im Unterkapitel #Fallbeispiele eingeführt. Für eine Analyse politischer Rationalitäten und deren Übersetzung in ein Politikprogramm ist dieser Fall besonders interessant, da Ziel dieses Programms explizit– im Gegensatz zum Masterplan-Programm, in dem NPM- bzw. TM-Aspekte eher implizit deutlich wurden – war, die Transition-Theorie und das Systemdenken in Form von TM proaktiv auf den urbanen Kontext in Europa anzuwenden (Nagorny-Koring und Nochta 2018). Zugleich finden sich hier auch viele Elemente des NPM wie Wettbewerbsorientierung, Optimierung der kommunalen Steuerung, Förderung von Privatisierung und Unternehmertum sowie der Fokus auf Messbarkeit und Standardisierung. Im Projektantrag (Transition Cities 2013: 5) sind die Ziele des TC-Programms wie folgt beschrieben:

„Across the whole of Europe there are hundreds of imaginative and innovative low carbon projects underway. Yet currently the general picture is that these projects remain isolated initiatives, unrelated to each other, lacking in strategic coherence and with no agreed perspective on how to generalise and scale them up. A key policy task is to set out an approach, a methodology that will remedy this shortcoming and help towns, cities and regions to chart a path for successful low carbon transition. Drawing on the insights of systems innovation and transition management thinking pioneered by the Dutch Knowledge network for Systems Innovations and Transitions, Transition Cities will tackle this issue."

Als Ausgangsproblem wird – analog zu Annahmen des NPM – eine mangelnde strategische Kohärenz existierender kommunaler Klimaschutzinitiativen identifiziert, die zu Ineffizienz und Ineffektivität des kommunalen Klimaschutzes führen, was die urbane Nachhaltigkeitstransformation behindert. Anstelle von zahlreichen Einzelmaßnahmen, die bisher zu oft isoliert nebeneinander stünden, brauche es eine systemische Vision, die strukturiert die Maßnahmen gemäß den Zielen koordiniert und skaliert: „The scale and urgency of the challenge of climate change requires a new mode of innovation. It demands changes in systems of practice and provision not just single innovations in products and processes. It needs to be challenge-led rather than technology driven." (Transition Cities 2016: 5)

TC zielt somit darauf ab, innovative Klimaschutzmaßnahmen in Städten mittels der Entwicklung einer neuen Methodik der instrumentellen Systemanalyse zu fördern. Die TC-Methodik orientiert sich, wie bereits erwähnt, stark am TM-Zyklus (Abbildung 13) und umfasst folgende Aktivitäten:

1. *Problemanalyse*: Um den Status quo in den geförderten Kommunen zu erfassen, wurde zunächst ein Inventar aller Klimaschutzaktivitäten in den Partnerstädten erstellt. So wurden über 100 Maßnahmen katalogisiert und drei Schüsselbereichen zugeordnet: Gebaute Umwelt, Energie und Mobilität. Ausgehend von der Annahme, dass es sich bei den meisten Initiativen um unkoordinierte und kurzlebige Einzelmaßnahmen handelt, wurde von der wissenschaftlichen Begleitforschung des TM-Programms – die, anders als im Masterplan-Programm, keine praktische Unterstützung in der Vernetzung und dem Erfahrungsaustausch der Partner leistet – eine wissenschaftliche Analysemethode zur Abbildung der existierenden Maßnahmen in den Kommunen entwickelt. Basierend auf einer sozialen Netzwerkanalyse wurden alle involvierten Akteure und ihre assoziierten Maßnahmen in Form einer Netzwerkkarte abgebildet (entweder für die gesamte Kommune oder für die Schlüsselbereiche Gebaute Umwelt, Energie und Mobilität). Diese Karten repräsentieren das soziotechnische System, das transformiert werden soll. Mit ihrer Hilfe sollen sowohl Schlüsselakteure und potenzielle „Change Agents" als auch Stellen identifiziert werden, an denen es möglicherweise noch an Regierungshandeln mangelt. Diese Problemanalyse durch Netzwerk-Kartierung sollte eine systematische Darstellung der aktuellen Situation und der Problemlagen liefern und den Akteuren der kommunalen Verwaltungen zudem ermöglichen, ihre Perspektive über die eigene Expertise hinaus zu erweitern und die komplexen Zusammenhänge des zu ändernden Systems besser zu verstehen (Nevens et al. 2013).
2. *Visionsentwicklung*: Da die meisten Partnerkommunen bereits vor dem Programmstart Klimaziele bzw. -strategien definiert hatten, ging es im Laufe des TC-Programms vornehmlich darum, gemeinsam mit den relevanten Stakeholdern (Stadtwerke, lokale Unternehmen, Start-ups, zivilgesellschaftliche Akteure, Forschungseinrichtungen, Verbände, IHKs etc.), die durch die Netzwerk-Kartierung identifiziert wurden, eine Problemdefinition abzustimmen, um sich so die Unterstützung aller Akteure zu sichern (Koalitionenbildung). Durch regelmäßige Stakeholder-Workshops wurden die Ergebnisse der Netzwerk-Kartierung diskutiert und neue Handlungsfelder identifiziert.
3. *Transformationspfadentwicklung*: Auf Grundlage der Erkenntnisse aus der Netzwerk-Kartierung und dem Maßnahmeninventar identifizierten die Akteure der kommunalen Verwaltung gemeinsam mit den Stakeholdern und mit Unterstützung der wissenschaftlichen Begleitforschung mögliche Transformationspfade und -barrieren in den jeweiligen Schlüsselbereichen (Gebaute Umwelt, Energie, Mobilität). Dadurch sollte Raum für Nischeninnovationen sichtbar gemacht und relevante neue Maßnahmen (entweder auf Basis eigener Potenziale oder durch Nachahmung guter Beispiele von anderen Partnerkommunen) abgeleitet werden.

4. *Experimentieren*: Die TM-Logik unterstreicht die Notwendigkeit und Bedeutung von kleinmaßstäbigen Experimenten für einen erfolgreichen Transformationsprozess, da ihnen das Potenzial zugeschrieben wird, in Pilotprojekten neue Lösungen und Praktiken hervorzubringen. Gleichzeitig sollen sie Lernprozesse anregen und zukünftige Maßnahmen sowie die Skalierung von Maßnahmen erleichtern (Porter et al. 2015; Kivimaa et al. 2017). Ein Großteil der Förderung floss daher in die Finanzierung sogenannter Experimente. Diese Experimente wurden auf Grundlage ihrer Passung zu den strategischen Zielen der Kommune (Vision) und ihrem potenziellen Beitrag zur Realisierung der Transformationspfade in den jeweiligen sozio-technischen Systemen Gebaute Umwelt, Energie und Mobilität ausgewählt. Durch Abgleich mit den Netzwerk-Karten sollte der Innovationsgrad der gewählten Maßnahmen sichergestellt werden. Innovative Pilotprojekte sollten gemeinsam mit den neu geformten Kooperationen bzw. Koalitionen den Weg zur umfassenden sozio-technischen Transformation der betroffenen Systeme ebnen – so die Erwartung des Fördermittelgebers. Gefördert wurden sowohl kommunale Aktivitäten als auch Start-ups und Kleinstunternehmen, die innovative Dienstleitungen oder Produkte in den identifizierten Nischen anboten.
5. *Reflexion*: Ähnlich wie die MPKs fungieren auch die TC-Partnerkommunen als Reallabore, die neue Methoden zur Beschleunigung der urbanen Transformation austesten. Im Laufe des Programms wurde mit der Netzwerk-Kartierung eine neue Methodik entwickelt und von den TC-Kommunen auf Praktikabilität und Wirkung getestet, was zu stetigen Anpassungen führte. Gegen Ende des Projekts wurde das gesamte Konzept von einer weiteren Kommune (Helsinki, Finnland) angewandt, was zu neuen Erkenntnissen führte (bezüglich Zeitrahmen, Datenverfügbarkeit etc.). Darüber hinaus war ein wesentliches Ziel der Systemanalyse, durch die Katalogisierung und Kartierung bereits bestehender Maßnahmen daraus resultierende Lerneffekte zu maximieren und zu systematisieren. Die Annahme geht davon aus, dass sich Skaleneffekte durch eine bessere Informationslage und Übersicht über bereits existierende Aktivitäten besser identifizieren und erzielen lassen und durch eine bessere Datenlage das Lernen vereinfacht wird. Durch eine einheitliche Darstellung der sozio-technischen Systeme in den verschiedenen Partnerkommunen lassen sich Klimaschutzaktivitäten außerdem besser vergleichen; das Lernen voneinander soll so ebenfalls erleichtert werden.
6. *Diffusion und Replikation*: Die Verbreitung und Weitergabe der gewonnen Erkenntnisse innerhalb und außerhalb des TC-Partnernetzwerkes sollte ein Schlüsselelement des TC-Programms darstellen, was auch darin begründet ist, dass dies generell eine zentrale Förderbedingung von EU-Projekten ist (vgl. Boulanger und Nagorny 2018). Der Fördermittelgeber erwartete, dass durch die umgesetzten Experimente aufgezeigt wird, welche Ansätze funktionieren

> und welche nicht, und dass diese Ergebnisse mittels Erfahrungsaustausch zwischen den Projektpartnern verbreitet werden. Daneben sollte analysiert werden, welche Art von Experimenten auf welche Weise am besten zwischen den TC-Partnerkommunen repliziert werden können. Außerdem sollte mit der Netzwerk-Kartierung ein Mechanismus erarbeitet werden, der eine Übertragung und Skalierung der Experimente in Kommunen außerhalb des TC-Netzwerkes ermöglicht. Die Replizierbarkeit der Experimente war zudem ein wichtiger KPI, sodass Maßnahmen mit hohem Nachahmungspotenzial eher gefördert werden sollten.

Im TC-Programm manifestiert sich somit die Rationalität, dass sich Klima\Wandel rational managen lässt und die bisher ineffiziente und ineffektive kommunale Steuerung durch neue Informationen und die Umsetzung bestimmter Managementprozesse optimiert werden kann. Darüber hinaus wird im TC-Programm die Förderung von Privatisierung und Unternehmertum im kommunalen Klimaschutz deutlich, da im Rahmen des Programms signifikante Finanzmittel in die Förderung von Start-ups flossen. Interessant ist auch die Tatsache, dass sich im Laufe des Förderzeitraums in mehreren Partnerkommunen ein Wettbewerbsmechanismus zur Auswahl der förderfähigsten Experimente durchsetzte. Privatwirtschaftliche Akteure konnten in von der Kommune ausgerufenen Ideenwettbewerben in bestimmten Themenbereichen aus den Schlüsselsektoren Gebaute Umwelt, Energie und Mobilität ihre Lösungsvorschläge einreichen. Anhand von bestimmten Kriterien wählten die Kommunen dann die innovativsten Ansätze aus und stellten ihnen finanzielle Förderung (aus Projektmitteln) zur Umsetzung bereit. Auch die Messbarkeit der Projektergebnisse und die Erfüllung von KPIs waren relevante Kriterien – insbesondere zur Rechtfertigung der Förderfähigkeit gegenüber dem Fördermittelgeber. Es konnten außerdem Standardisierungsprozesse beobachtet werden, wie die Verbreitung des Ideenwettbewerbs innerhalb des Netzwerkes oder die Produktion eines allgemeinen Benutzerhandbuchs zur Verbreitung der Methodik der Systemanalyse.

## DIE REGIERUNGSRATIONALITÄT DES KLIMASCHUTZMANAGEMENTS (1): VOM PROJEKT ZUM PRINZIP

Ziel dieses Kapitels ist es, jene Wissensformen und Argumentationen aufzuzeigen, die darüber bestimmen, was als angemessene Regierungsweise angesehen wird, um Klimawandel in Kommunen zu steuern. Mit NPM und TM habe ich zwei miteinander harmonierende politische Rationalitäten dargestellt, die Regierungspraktik im Klimaschutz stark beeinflussen, was ich anhand der beiden politischen Programme

„Masterplan 100% Klimaschutz“ und „Transition Cities“ verdeutlichen konnte. Klar ist aber, dass es in diesem Rahmen unmöglich ist, alle politischen Rationalitäten zu identifizieren und zu beschreiben, die das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“ mitgestalten.[4] Ich lege daher den Fokus auf jene politischen Rationalitäten, die sowohl das Praxisregime in Gänze stark prägen als auch insbesondere dafür Sorge tragen, dass Best Practices als geeignete Regierungstechnik propagiert werden.

In diesem Abschnitt fasse ich die Erkenntnisse zusammen, die aus der Beschreibung der als besonders einflussreich einzuschätzenden politischen Rationalitäten des NPM und TM sowie deren praktischer Einschreibung in den gewählten Fallbeispielen gewonnen werden konnten. Dazu charakterisiere ich im Folgenden die neu entstandene Regierungskunst des Klimaschutzmanagements. Die Disziplin des kommunalen Klimaschutzmanagements entstand in Deutschland seit 2008 im Zuge der Förderung von Klimaschutzkonzepten und deren Umsetzung seitens des BMUB im Rahmen der NKI. Bis heute hat sich das kommunale Klimaschutzmanagement so weit etabliert, dass zertifizierte Weiterbildungen angeboten werden (z.B. vom Solar Energie Zentrum Stuttgart, dem Institut für Fortbildung und Projektmanagement Freiburg oder dem Umweltinstitut Offenbach GmbH). Damit ist das Klimaschutzmanagement zur vorherrschenden Logik darüber geworden, wie das Problem Klimawandel in Kommunen politisch gelöst bzw. regiert werden sollte. Diese Logik legt somit fest, wie eine sinnvolle, anerkannte und geeignete Regierungsweise auszusehen hat. Übergeordnetes Ziel des Klimaschutzmanagements ist es, Klimaschutz in Kommunen strategisch zu optimieren. Dabei ist die Diagnose leitend, dass sich kommunaler Klimaschutz aktuell dadurch auszeichnet, dass es in den Kommunen zwar bereits viele Klimaschutzprojekte und -maßnahmen gibt, diese aber meist als unverbundene Einzelprojekte nebeneinanderstehen und so nur eingeschränkt Wirkung entfalten können (Sinning et al. 2011).

„[…] wir müssen wegkommen von Projekt, Projekt, Projekt, sondern hin zu Prozessen. Also Bewusstseinsbildung, Netzwerken, solche Geschichten. Sonst verliert man sich in den einzelnen Projekten. Die stehen dann nebeneinander wie einzelne Türme, aber wir brauchen die Breite, die mitmacht. Dafür braucht man systematische Prozesse, um etwas zu verändern, statt da noch mal ein Projekt und hier noch mal ein Projekt.“ (IK-16, 2016: 57)

4 Ich meine damit nicht, dass es unendlich viele Rationalitäten im Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“ gibt – aber würde man andere Regierungstechnologien wie z.B. CO2-Bilanzierungen, Stakeholdermanagement, Bürgerpartizipation, Ideenwettbewerbe oder Kosten-Nutzen-Berechnungen anstelle von Best Practices genauer betrachten, würden möglicherweise andere oder weitere Theorien, Logiken und Denkweisen neben NPM und TM eine zentrale Rolle spielen.

Dies wird auch von der Bundesregierung als problematisch angesehen, da in einer relativ kurzen Zeitspanne ehrgeizige, durch die EU bzw. den Bund festgelegte THG-Minderungsziele erreicht werden sollen. Denn „[o]hne die Unterstützung der Kommunen sind die von der Bundesregierung gesetzten Ziele zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu 1990 sowie die Erhöhung des Energieanteils für Strom aus erneuerbaren Energiequellen von heute 20 Prozent bis 2020 auf mindestens 35 Prozent […] kaum erreichbar“ (Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz 2012a: 5).

Dies bedeutet im Umkehrschluss, „dass die Prozesse zum Erreichen der Klimaschutzziele qualitativ verbessert und effizienter gestaltet werden müssen“ (Sinning et al. 2011: 9). Bisher fehlt es in den unterschiedlichen kommunalen Verwaltungseinheiten bspw. oft an Bewusstsein über die Klimarelevanz der einzelnen Tätigkeiten. Aufgrund der Freiwilligkeit, Klimaschutz zu betreiben, und der daraus resultierenden niedrigen politischen Priorität mangelt es in vielen Kommunen zudem häufig an Finanzierung, Personal und Kompetenzen, politischer Unterstützung sowie an privatwirtschaftlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement für den Klimaschutz vor Ort.

„[…] [M]omentan ist es [Klimaschutz] noch eine freiwillige Aufgabe. Und so lange das nicht zur Pflichtaufgabe wird, können sich das die Kommunen nicht erlauben. Wir haben ein Beispiel aus der Nachbarkommune. Die würden sich super gerne im Klimaschutz engagieren […]. Ich glaube, die hätten 95 Prozent Förderung bekommen und die Kosten – das wären vielleicht noch 2000 Euro gewesen. Dann wurde im Rat diskutiert: Wenn die 2000 Euro dafür ausgegeben werden, dann kann die Dorfbibliothek nicht neu ausgestattet oder gehalten werden. Dann ist keine Frage, was gemacht wird. Dann ist es nicht Klimaschutz, sondern es ist etwas, was wirklich eine Pflichtaufgabe ist. Man kann nicht sagen: Keine Bücher mehr, aber dafür machen wir jetzt mal Klimaschutz. Da sieht man halt ganz krass, wie schwierig das für Kommunen mit wenig Geld ist. Die würden gerne, haben aber einfach keine finanziellen und zeitlichen Kapazitäten.“ (IK-5, 2015: 34)

Es stellt sich also die Frage, wie solche Probleme überwunden werden können und wie man die Qualität und Effizienz des kommunalen Klimaschutzes allgemein verbessern kann. Durchgesetzt hat sich die Idee, einzelne Steuerungsmodule aus der klassischen Betriebswirtschaft– wie z.B. Verwaltungshandeln an konkreten Zielen auszurichten, klare Produkte und Arbeitsabläufe zu definieren oder Qualitätsmanagement und Evaluierung zu betreiben – im kommunalen Klimaschutz einzuführen. Ein umfassendes Klimaschutzmanagement gilt daher als geeignete Lösungsstrategie, um von unsystematischen Aktionen und Einzelprojekten hin zu einem ganzheitlichen Prozess zu kommen, in dem bestehende Personal- und Finanzressourcen effizient eingesetzt werden und die Akteursmobilisierung und -vernetzung verbessert werden

kann (Sinning et al. 2011). Davon erhofft sich das BMUB als Fördermittelgeber und Programmgestalter messbare Emissionsminderung anstelle von vagen Absichtserklärungen sowie dauerhafte kommunale Aktivitäten mit fester institutioneller Verankerung statt einmaliger Aktionen (IP-1, 2015). Klimaschutzmanagement wird so zum Kernelement eines erfolgreichen kommunalen Klimaschutzes stilisiert. Dahinter steht die Überzeugung, dass die Initiierung und Etablierung eines Managementprozesses schrittweise zu einem systematischen, effektiven und effizienten Klimaschutz in jeder Kommune führen kann (Sinning et al. 2011). Durch die Kopplung von Fördergeldern an die Einführung und Umsetzung von Managementprozessen im kommunalen Klimaschutz fand das Modell schnell Eingang in die bestehende Regierungspraxis, wie auch an den Fallbeispielen deutlich wurde.

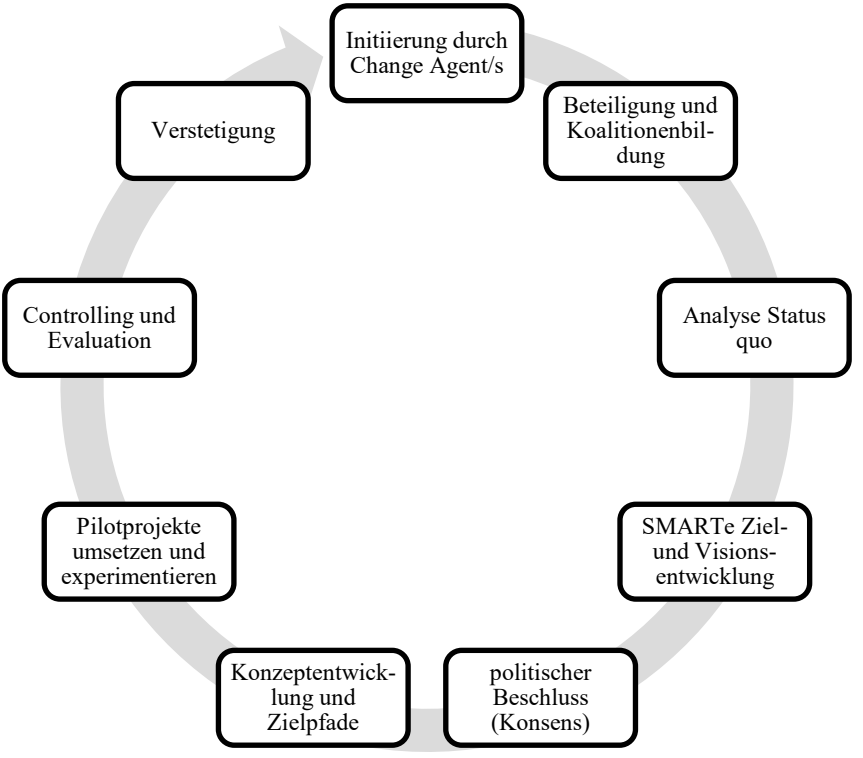
Kommunales Klimaschutzmanagement ist, wie andere Managementprozesse auch, idealtypisch als Zyklus angelegt. Dessen Kernelemente sind die Analyse des Status quo durch Erfassung, Aktualisierung und Auswertung zentraler Daten (z.B. $CO_2$-Bilanz, Energieverbrauch, Pendlerströme etc.) mittels Kennzahlen und Indikatoren; die Formulierung von Zielen und Maßnahmen (z.B. im „Masterplan 100% Klimaschutz“ oder anderen Klimaschutzkonzepten); die Maßnahmenumsetzung; das Monitoring der Aktivitäten sowie die Erfolgskontrolle der Maßnahmen (Abbildung 15). So soll der Informationsstand aktuell gehalten, die zahlreichen Aktivitäten und beteiligten Akteure im Netzwerk koordiniert, der Zielpfad eingehalten sowie der aktuelle Stand und die Ergebnisse zielgruppengerecht kommuniziert werden. Das strategische Management soll so potenzielle Fehlentwicklungen innerhalb der verschiedenen Prozesse und Abläufe erfassen, vermeiden und lenken, damit diese dann durch geeignete Korrektur- und Verbesserungsmaßnahmen optimiert werden können (Sinning et al. 2011).

„Wir brauchen einen systematischen Ansatz. Wir müssen erst wissen: Wo stehen wir? Daraus müssen wir politische Entscheidungen treffen: Wo wollen wir hin, was wollen wir machen? Und dann müssen wir gucken: Wie setzen wir das um? Und nicht einfach sagen, ich mache irgendetwas Unkoordiniertes.“ (IN-2, 2016: 19)

Ausgangspunkt für die Einrichtung eines kommunalen Klimaschutzmanagements ist in der Regel der Entschluss von Einzelpersonen oder Gruppen (meistens aus Politik und/oder Verwaltung), das Thema Klimaschutz (konsequenter) zu bearbeiten (vgl. Kapitel #Klimawandel als Problem kommunaler Praxis). Idealerweise werden gleich zu Beginn die für die Initiierung relevanten Akteure identifiziert und am Prozess beteiligt, um eine breite politische und zivilgesellschaftliche Unterstützung sicherzustellen. Nach Abschluss des Beteiligungsprozesses und der erfolgreichen Bildung von Koalitionen kann der eigentliche Managementzyklus mit der Analyse des Status quo durch die Sammlung und Auswertung aller Daten und Fakten beginnen. Diese Bestandsaufnahme soll außerdem transparent machen, auf welche Strukturen (wie

z.B. Netzwerke und Arbeitskreise) zurückgegriffen werden kann, welche relevanten Akteure noch fehlen, wo im bisherigen Akteursnetzwerk fachliche Lücken bestehen, welche Projektvorschläge und Maßnahmen erarbeitet wurden, welche sich in Realisierung befinden und welche noch nicht aufgegriffen werden konnten (vgl. Abschnitt #Transition Cities zur Logik des Mapping-Tools).

*Abbildung 15: Kommunaler Klimaschutz als zyklischer Managementprozess.*




Quelle: Eigene Darstellung.

Im Anschluss sollte die Kommune die Ist-Situation hinsichtlich der Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken für den weiteren Prozess auswerten (die sogenannte SWOT-Analyse). Die Leitvision mit ihrem Zielpfad und den erforderlichen Maßnahmen zur Zielerreichung soll in einem kommunalen Klimaschutzkonzept ausformuliert werden. Als Basis für den gesamten weiteren Steuerungsprozess sollen die hier festgelegten Ziele und Projekte Orientierung für die weitere Entwicklung geben. Über die Vision sollte im Konsens mit den Schlüsselakteuren abgestimmt werden. Außerdem sollten die Ziele im Sinne des Projektmanagements „SMART“, das heißt

spezifisch, messbar, akzeptiert, realistisch und terminiert sein. Um kräftezehrende Grundsatzdiskussionen zu vermeiden und den Rückhalt der politischen Vertreter in der Kommune für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes zu gewinnen, wird empfohlen, vor der konkreten Umsetzung einen formalen Beschluss des Klimaschutzkonzeptes herbeizuführen (vgl. Abschnitt #Masterplan 100% Klimaschutz; Sinning et al. 2011).

„Zur Antragsstellung brauchte man ja einen Stadtverordnetenbeschluss – 100 Prozent erneuerbarer Energien bis 2050 – und das […] ist eine sehr, sehr gute Grundlage, [um] zu arbeiten. Ich muss weder mit Fachleuten noch mit Bürgern noch mit sonst jemandem das Ziel diskutieren, weil das Ziel fest[gelegt] ist. Auch mit den Ämtern muss ich nicht diskutieren. Und es gibt ja Zielkonflikte, Straßenbau zum Beispiel, also Verkehrsbereich […], aber auch Städtebau ist ein Zielkonflikt, weil wir halt sehr, sehr viel zubauen. Es muss immer wieder an diesem Ziel ‚100 Prozent erneuerbar' angelehnt werden, und das ist für uns schon einmal sehr komfortabel." (IK-12, 2016: 8)

Um den angestoßenen Transformationsprozess weiter zu verstetigen, wird eine zügige Umsetzung erster Demonstrationsprojekte empfohlen. So sollen schnell erste konkrete Erfolge vorgewiesen werden können, damit die beteiligten Akteure vom Prozess überzeugt und engagiert bleiben. Das Klimaschutzmanagement hat daher die Aufgabe, die wirksamsten und strategisch sinnvollsten Projekte zu identifizieren (Sinning et al. 2011). Als geeignete Auswahlkriterien gelten dabei bspw. das (un-)mittelbare $CO_2$-Minderungspotenzial, das Kosten-Nutzen-Verhältnis oder Co-Benefits (z.B. die Steigerung der regionalen Wertschöpfung, Imagegewinn oder positive Beschäftigungseffekte). Eine wichtige Rolle wird auch besonders innovativen Leuchtturmprojekten zugewiesen. In einzelnen Stadtteilen oder Quartieren soll im Sinne eines Reallabors mit Leuchtturmprojekten experimentiert werden, die die Vision, Ziele und Methoden des kommunalen Klimaschutzkonzepts veranschaulichen und so öffentlichkeitswirksam verbreiten: „Besondere Bedeutung haben in diesem Zusammenhang „Leuchtturmprojekte". Sie können den Mitwirkenden als Ansporn dienen und gleichzeitig zeigen, welche Erfolge sich bereits durch eine einzelne Maßnahme erzielen lassen." (SK: KK 2015a: 51)

In Anlehnung an das TM-Modell ist ein Schlüsselelement des initiierten Veränderungsprozesses die stetige Evaluation der Maßnahmen. Dazu muss das Erreichte dokumentiert und mit den Zielen abgeglichen werden. Diese systematische Überprüfung soll Optimierungspotenziale aufzeigen und Lernprozesse anstoßen, indem deutlich wird, was gut funktioniert, wo Probleme bei der Implementierung auftreten und wo dementsprechend nachgesteuert werden muss: „Und alle fünf Jahre wird dann geschaut: Wie bewegen wir uns? Wie passt das zu dem Angenommenen, haben wir es auch wirklich geschafft? So kann man dann auch gut vergleichen: Wo stehen wir? Das ist unser Ziel." (IK-13, 2016: 17)

Ultimatives Ziel ist schließlich, das Klimaschutzmanagement von einem modellhaften Ansatz in eine kommunale Regelaufgabe zu überführen. Damit eine solche Verstetigung gelingen kann, muss geschultes Personal abgestellt, die Finanzierung gesichert, Öffentlichkeitsarbeit geleistet und Weiterbildung ermöglicht werden.

„Es gibt Kommunen, die setzen dann einen Mitarbeiter dahin, der muss Friedhofsverwaltung machen, der muss Baumsetzung machen, nebenbei macht er noch Klimaschutz. Und es gibt welche, die sagen, so und jetzt gucken wir, wir machen Förderanträge, wir wollen einen Klimaschutzmanager, wir wollen es voranbringen. Das ist oft der Unterschied. In dem Moment, wo eine Person den Kopf frei hat für Klimaschutz, passiert auch was." (IK-12, 2016: 20)

Zusätzlich sollten unterstützende Strukturen wie Klimabeiräte, verwaltungsinterne Netzwerke oder Vereine geschaffen werden: „[Zur Verstetigung des Klimaschutzmanagements schlägt] [d]ie Gemeinde […] eine zentrale Projektträgerschaft vor, die sich der organisatorischen Aktivitäten annehmen könnte. […] Als geeignete Organisationsformen werden Stiftungen oder Vereine vorgeschlagen." (Wenzel et al. 2014: 3). Entscheidend kann auch die Rückgewinnung von kommunalem Einfluss und Handlungsspielräumen sein (Sinning et al. 2011), z.B. durch die Rekommunalisierung der Energieversorgung, des ÖPNV oder der Bäderbetriebe.

Die Analyse hat gezeigt, dass die politischen Rationalitäten von NPM und TM gewichtigen Einfluss auf das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" und die Regierungsweise des Klimaschutzmanagements ausüben, aber nicht mit diesen gleichzusetzen sind. Hinter der Regierungsrationalität des Klimaschutzmanagements verbirgt sich ein ganzes Bündel an Strategien, Instrumenten und Methoden, die darauf abzielen, einen kontinuierlichen Verbesserungs- und Veränderungsprozess einzuleiten, der die Weiterentwicklung des kommunalen Klimaschutzes von losen Einzelprojekten hin zu einer ganzheitlichen Strategie ermöglichen soll. Das Problem „Klimawandel" wird dadurch als kommunal zu managen präsentiert und das Klimaschutzmanagement als jenes idealisierte Schema dargestellt, durch welches das Problem Klimawandel abgebildet, analysiert und optimiert werden soll. Somit gilt das Klimaschutzmanagement gleichzeitig als politisch-rationale Lösungsstrategie. Dieses Managementschema bestimmt, wie die Aufgaben zwischen den Akteuren und Institutionen idealerweise aufgeteilt werden (die Kommune als zentraler Koordinator erreicht ihre Ziele nur durch breiten Beteiligungsprozess), welche die geeigneten Zielgruppen sind und mit welchen Maßnahmen und Techniken (u.a. $CO_2$-Bilanzen, Leuchtturmprojekte) die Ideale und Prinzipien (u.a. Effizienz, Messbarkeit, Innovation) umgesetzt werden sollen.

# DIE REGIERUNGSRATIONALITÄT DES KLIMASCHUTZMANAGEMENTS (2): DAS RAD NICHT NEU ERFINDEN

> Und um wieviel mehr erneuern sich unsere Gesellschaften durch Arbeit, die das Zusammenwirken von einander nachgeahmten Handlungen ist, als durch Revolution!
> *(Tarde [1890] 2009: 30)*

Die sich gegenseitig verstärkenden politischen Rationalitäten – die zum einen eine Ineffizienz und Ineffektivität bestehender Regierungsweisen sowie einen Mangel an entscheidungsrelevanten Informationen konstatieren und zum anderen von einer grundsätzlichen Steuerbarkeit des Klimawandels durch Managementtechniken ausgehen – treffen auf eine kollektive Angst (vornehmlich diskursiver Natur) vor einer drohenden „Klima-Apokalypse", gepaart mit dem wachsenden politischem Druck, konkrete Erfolge im Klimaschutz vorweisen zu müssen. In diesem Umfeld erwuchs der weitverbreitete Glaube, Klimaschutz könne unter anderem mithilfe der Aufbereitung, Verbreitung und Umsetzung der Regierungstechnik Best Practices optimiert werden. Diesen Glauben habe ich in der Einleitung als „Prinzip der Nachahmung" beschrieben und führe ihn an dieser Stelle noch einmal aus, da das erklärte Ziel vieler aktueller politischer Programme (zu denen auch meine beiden Fallbeispiele zählen) und der meisten TMNs, das systematische Adaptieren von erfolgreichen, vorbildlichen Maßnahmen ist (F-150316-Berlin). Der Einsatz und die Promotion der Regierungstechnik Best Practice fußt somit auf dem Glauben, dass

1. Kommunen als „Lernräume" zu verstehen sind, die wie jede andere Organisation voneinander lernen und profitieren können, wenn sie miteinander kooperieren und Informationen bereitwillig weitergeben, bspw. in Form von Best Practice Beispielen: „[…] dieser Lernprozess einer Organisation, in dem Fall einer sehr großen Organisation, mit sehr, sehr vielen Beitragenden, wo man sich erhofft, möglichst schnell die positiven und negativen Erfahrungen zu machen und seine Schlüsse daraus zu ziehen; insbesondere im Hinblick auf die zeitkritische Komponente" (IK-6, 2015: 79);
2. durch den Vergleich und den Austausch mit anderen Kommunen ein Handlungs- und/oder Veränderungsdruck stimuliert wird, der zur Wirkungsmaximierung führt: „Sie [Best Practices] zeigen das enorme Potenzial, das in den Kommunen steckt, und sind zugleich eine Aufforderung an alle kommunalen Entscheidungsträger, ähnliche Vorhaben zu realisieren." (SK: KK 2011: 5)

Damit tritt neben der kooperativen Dimension auch ein kompetitives Element des Best Practice-Austauschs zu Tage, denn durch das ständige Vergleichen mit den „besten" Kommunen soll der Wille zu kontinuierlicher Verbesserung gestärkt werden;

3. sowohl Fehler vermieden als auch Kosten und Mühen gespart werden können, wenn das „Fahr*rad* nicht immer neu erfunden" (IP-2, 2017: 25) wird, sondern stattdessen Best Practices systematisch repliziert und adaptiert werden: „Also diesen Austausch, den halte ich für ganz zentral. Weil, wenn dann jede Kommune wieder bei null anfängt und versucht, erstmal das Rad neu zu erfinden, dann dauert das viel zu lange. Das ist auch viel zu ineffizient, […] da müssen wirklich die Best Practice-Beispiele […] möglichst schnell quer durch die Republik verteilt werden und dann noch übernommen werden, dass da auch ein effizientes Arbeiten gegeben ist." (IK-1, 2015: 58);
4. die Nachahmung von Best Practices schließlich zu gesellschaftlichem Wandel führen kann: „Es geht nicht ohne [Best Practices], es kann nicht jeder von Neuem anfangen, […] und deswegen geht es eigentlich nicht ohne den Austausch und die Zusammenarbeit mit den anderen." (IK-20, 2017: 60)

Bessere Vernetzung, mehr Erfahrungsaustausch, eine umfassende Informationsgrundlage sowie eine breite Streuung dieser Informationen sollten dann zu mehr Effizienz und mehr Effektivität sowie schlussendlich zu wirkungsoptimiertem Klimaschutz im Sinne eines systematischen Klimaschutzmanagements führen:

„Netzwerke bilden, Synergien nutzen und gegenseitig von den Erfahrungen anderer profitieren, sind wichtige Schritte auf dem gemeinsamen Weg zur Energiewende." (SK: KK 2013: 6)
„Umfassender Klimaschutz kann insbesondere durch Kooperation, Lernen, Erproben, Reflektieren und Vermitteln realisiert werden." (Landkreis Marburg-Biedenkopf 2013: 13)

Denn das „Pfund an Wissen ist da, man muss nicht immer wieder bei null anfangen" (F-170518-Flensburg). Wenn vorhandene, gut funktionierende Ideen und Materialien besser oder verstärkt genutzt und weiterentwickelt würden, „statt immer neu Säue durchs Dorf zu treiben" (F-161213-Bensheim), so die Annahme der Fördermittelgeber, dann können durch „Nachahmungseffekte die Emissionseinsparungen praktisch maximiert oder effektiver gemacht werden" (IP-2, 2017: 14) und schneller wirksame Maßnahmen entwickelt werden. Aufgrund dieses Glaubens an übertragbare Lösungen und schnelle Erfolge wurde die Replizierbarkeit von Maßnahmen zu einem Hauptförderkriterium der deutschen und europäischen Förderlandschaft (vgl. auch Boulanger und Nagorny 2018), wie die folgenden Zitate von Klimaschutzmanagern und Beauftragten des BMUB verdeutlichen.

„Das ist eigentlich […] eine der Förderbedingungen […], gerade […] auf der europäischen Ebene […], dass man immer auch eine Übertragbarkeit auf andere […] sicherstellen soll." (IK-9, 2015: 74)
„Ich merke […], wie stark dieses Argument ist. Also wenn man jetzt wirklich ‚einen Projektantrag schreibt, und da ist immer auch dieses Kapitel, ist einfach gewollt – egal ob auf nationaler oder internationaler Ebene –: Replikation und Skalierbarkeit." (IK-15, 2016: 9)
„[…] Einzelprojekte laufen ja normalerweise den Weg, dass Skizzen eingereicht werden, dann kommt ein Auswahlprozess und […] dafür ist es schon wichtig, dass das […] auf andere Situationen, auf andere Einrichtungen und so weiter übertragbar ist […]. Das kann man allerdings nicht immer bei der Skizze schon so richtig sehen, das heißt, wenn nachher die Anträge reinkommen, dann gucken wir im Rahmen der Antragsprüfung auch nochmal: Ist wirklich der Aufbau des Projektes so, dass andere davon lernen können, dass andere das nachahmen können." (IP-2, 2017: 7)

Erfahrungsaustausch durch Erstellung, Verbreitung und Nachnutzung von Best Practice-Beispielen wird also seitens der politischen Gestalter und Entscheider sowie auch seitens der kommunalen Netzwerke[5] als Schlüsselelement zur Erreichung der Klimaziele angesehen. „Nachahmung ist ausdrücklich erwünscht" (Difu 2016: 4), um dem hohen Zeit- und Handlungsdruck in einem relativ neuen und gleichzeitig komplexen kommunalen Politikfeld wie dem Klimaschutz effektiv begegnen zu können, so die Logik. Für die Gestalter politischer Programme und Netzwerke ist die Verbreitung von guten Praxisbeispielen demnach ein probates Mittel, um die Handlungsunsicherheit aller beteiligten Akteure zu minimieren.

„Einsparungen beim THG-Ausstoß und beim Energieverbrauch lassen sich nur steigern, wenn immer mehr Mitwirkende für den Klimaschutz gewonnen werden. Daher ist es wichtig, dass kommunale Klimaschutzaktivitäten zahlreiche Nachahmer finden – sowohl in anderen Kommunen als auch auf der Ebene der klimaschutzrelevanten Akteure und der privaten Haushalte in der eigenen Kommune." (Krampe et al. 2015: 46)

5 „[…] [D]as trifft dann auch für Städtenetzwerke […] zu und grade beim Konvent [der Bürgermeister] und auch beim Klima-Bündnis gibt es ein quantitatives Ziel […], was man erreichen will, und da ist auch der Austausch von Best Practice wichtig, um die Kommunen dabei zu unterstützen, dass sie das auch schaffen." (IN-4, 2016: 26)

**Exkurs: Überblick über klimapolitische Richtlinien und Förderprogramme auf Bundesebene (Stand März 2017)**

Zusammengestellt und gekürzt nach Projektträger Jülich (PtJ) (2017) und www.klimaschutz.de/förderung

### 1. Kommunalrichtlinie

Seit 2008 werden Kommunen durch die Kommunalrichtlinie bei ihren Aktivitäten im Bereich Klimaschutz und Energieeffizienz unterstützt. Gefördert wird bspw. der koordinierte Einstieg in das Thema Klimaschutz, die Erstellung strategischer Klimaschutz(teil)konzepte für eine strukturierte Bearbeitung ausgewählter Themenbereiche oder der Aufbau eines Klimaschutzmanagements zur Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen. Darüber hinaus gibt es eine Förderung für investive Maßnahmen, wie z.B. LED-Umrüstungen.

### 2. Innovative Klimaschutzprojekte

Innovative Klimaschutzprojekte sollen Akteure aus den Sektoren Kommune, Wirtschaft, Verbraucher und Bildung zu klimafreundlichem Verhalten aktivieren und so dabei helfen, zielgruppenspezifische Hemmnisse zur Hebung von Treibhausgasminderungspotenzialen abzubauen. Hauptziel innovativer Klimaschutzprojekte ist die Reduzierung von Treibhausgasen durch konkrete Maßnahmen, *die sich durch eine hohe Transferfähigkeit auszeichnen und Impulse für Nachahmungsprozesse setzen, um Einsparpotentiale in der Breite verfügbar zu machen. Durch ihren innovativen Ansatz sollen sie beispielgebend auf ihrem Gebiet sein und durch eine bundesweite Wirksamkeit zur Nachahmung anregen.*

### 3. Klimaschutz durch Radverkehr

Durch den *Bundeswettbewerb* „Klimaschutz durch Radverkehr“ können *modellhafte***,** investive Projekte zur Verbesserung der Radverkehrssituation in Wohnquartieren, Dorf- oder Stadtteilzentren gefördert werden. In den Projekten soll *vorbildhaft* demonstriert werden, dass die Umgestaltung des Straßenraums zugunsten des fließenden Radverkehrs und der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur einen wesentlichen Beitrag zur THG-Minderung und zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten können. Ziel ist es, neben der Einsparung von Treibhausgasemissionen auch einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort zu leisten sowie *durch Vorbildcharakter bundesweit zur Nachahmung anzuregen*. Die Modellhaftigkeit der Projekte soll sich durch eine unmittelbare THG-Minderung, umfassend und integriert geplante Maßnahmen, *Kosteneffizienz und Multiplizierbarkeit sowie ein hohes Maß an öffentlicher Sichtbarkeit und Übertragbarkeit* auszeichnen.

### 4. Kommunale Klimaschutz-Modellprojekte

Klimaschutz-*Modellprojekte* sind große, integrierte Investivprojekte im kommunalen Umfeld, die wesentlich zur THG-Minderung und langfristig zur Dekarbonisierung in Kommunen beitragen. Die Modellprojekte zeigen auf, dass auch ambitionierte Klimaschutzziele durch Investitionen in den Kommunen erreichbar sind. *Durch ihre deutliche Sichtbarkeit und bundesweite Ausstrahlungswirkung regen sie zur Nachahmung an*. Der Modellcharakter der Vorhaben soll sich durch eine hohe THG-Minderung im Verhältnis zur Vorhabensumme, einen besonderen und innovativen konzeptionellen Qualitätsanspruch, *die Übertragbarkeit bzw. Replizierbarkeit des Ansatzes sowie eine überregionale Bedeutung und deutliche Sichtbarkeit* auszeichnen.

### 5. Kurze Wege für den Klimaschutz

Durch die Förderung von Klimaschutzprojekten auf Quartiersebene sollen Energie und Ressourcen gespart werden, indem Anwohner motiviert und aktiviert werden, Klimaschutz mittels konkreter Angebote in ihr Alltagsleben zu integrieren. So soll gleichzeitig die Lebensqualität und der Zusammenhalt im Quartier gestärkt werden.

### 6. Klimaschutz im Alltag

Gefördert werden Projekte, die Angebote zur Unterstützung eines klimafreundlichen und nachhaltigen Alltags in städtischen Quartieren und ländlichen Nachbarschaften entwickeln und etablieren. Ziel ist es, konkrete Angebote zu entwickeln und *anschließend modellhaft zu erproben und zu verbreiten*. Eine besondere Bedeutung hat dabei die partizipative Erarbeitung der Angebote sowie die *Vernetzung* der lokalen Akteure.

### 7. Anpassung an den Klimawandel

Mithilfe der Förderung sollen frühzeitig Strategien und konkrete Maßnahmen für die Folgewirkungen des Klimawandels wie Hitzewellen und Starkregenereignisse oder aber die Verlängerung von Vegetationsperioden entwickelt werden. Folgende Förderschwerpunkte wurden dafür ins Leben gerufen: Anpassungskonzepte für Unternehmen, Entwicklung von Bildungsmodulen für die berufliche Bildung sowie *innovative kommunale Leuchtturmvorhaben*. Das Förderprogramm soll *Multiplikatorwirkung entfalten* und zielt deshalb auf Einrichtungen mit hoher gesellschaftlicher *Vorbildfunktion und Öffentlichkeitswirkung* ab. Im Mittelpunkt stehen lokale und regionale Vorhaben. Eine *große Breitenwirkung* wird darüber hinaus durch eine ausgewogene regionale Verteilung der Fördermittel angestrebt.

8. Klimaschutz in Masterplan-Kommunen (Fallbeispiel siehe auch Unterkapitel #Fallbeispiele und #Politische Programme)
Masterplan-Kommunen erhalten Förderung, um ihre THG-Emissionen bis 2050 um 95 Prozent zu reduzieren und gleichzeitig ihren Endenergieverbrauch zu halbieren. *Dabei erprobt eine Auswahl von Kommunen beispielhaft vor Ort, welche Strategien und Maßnahmen geeignet sind und welche Strukturen geschaffen werden müssen*, um den notwendigen gesellschaftlichen Wandel zur Erreichung dieser ambitionierten Ziele herbeizuführen. *Masterplan-Kommunen sollen als Leuchttürme im kommunalen Klimaschutz dienen und andere Kommunen zur Nachahmung anregen*.

Daraus ergibt sich eine Förderpraxis basierend auf dem „Prinzip der Nachahmung", die sich in einem Spannungsfeld von Kooperation und Wettbewerb bewegt und auf vier wesentlichen Säulen fußt:

1. *Information und Motivation*: Eine umfassende Information der Kommunen wird seitens des BMUB als zentral erachtet, damit Kommunen im Klimaschutz aktiv werden. Insbesondere durch das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) – eine Beratungsstelle beim Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) im Auftrag des BMUB – werden Kommunen über Fördermöglichkeiten im Klimaschutz informiert. Die Aufbereitung und Verbreitung guter Praxisbeispiele wird als zentrales Instrument erachtet, nicht nur, um Kommunen darüber zu informieren, welche Maßnahmen und Projekte von anderen bereits erfolgreich umgesetzt wurden, sondern sie sollen auch dazu beitragen, die Chancen des Klimaschutzes für Kommunen zu kommunizieren und so bisher untätige Kommunen motivieren, im Klimaschutz aktiv zu werden. In den zahlreichen themenspezifischen Veröffentlichungen, Handreichungen, Internetdatenbanken sowie Fach- und Vernetzungsveranstaltungen steht die Beschreibung von Best Practices häufig im Mittelpunkt (z.B. Rösler 2011; Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz 2012a; Krampe et al. 2015; Schumacher 2015; SK: KK 2015a).
2. *Austausch und Vernetzung*: Vernetzungstreffen und Austauschformate dienen aber nicht nur der Information und Motivation, sondern sollen – ganz im Sinne des Prinzips der Nachahmung – Veränderungs- und Lernprozesse beschleunigen, indem durch Austausch und Vernetzung aus Fehlern und Problemen, die andere Kommunen bereits bewältigt haben, Rückschlüsse gezogen werden, um Stolpersteine zu vermeiden und Hürden zu umgehen. Ganz nach der Logik: „[…] wenn der eine das schafft, dann schaffen die anderen das auch unter den gegebenen Bedingungen" (IK-18, 2017: 16).

3. *Wettbewerbe*: Wettbewerbe sind ein beliebtes Instrument der klimapolitischen Förderpraxis. Nicht nur das BMUB, auch zahlreiche Städtenetzwerke loben Preise für die „besten" Klimaschutzmaßnehmen in unterschiedlichen Bereichen aus. Die preisgekrönten Projekte sollen „als Inspiration oder sogar Blaupause für andere Kommunen dienen" (SK: KK 2015b: 7). „Die ausgezeichneten erfolgreichen Beispiele sollen andere Kommunen und Regionen zur Nachahmung anregen [und] [a]ls Modell- und Vorbildprojekte zeigen […], wie klimaschädliches $CO_2$ erfolgreich vermieden werden kann." (Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz 2012b: 7). Damit sind Klimaschutzwettbewerbe eine wichtige Quelle von Best Climate Practices.
4. *Exzellenzprogramme*: Ganz auf einer Linie mit dem Prinzip der Nachahmung ist auch die europaweit verbreitete Förderpraxis der Exzellenzprogramme. Das Fallbeispiel „Masterplan 100% Klimaschutz" ist ein solches Exzellenzprogramm. Der Fördermittelgeber will hier einzelnen, besonders ambitionierten Kommunen – oft als Pioniere bezeichnet –, eine umfassende Hilfestellung geben in der Hoffnung, dass sich daraus wiederum Distributionseffekte ergeben. Das heißt, dass durch Nachahmung erfolgreicher Lösungsansätze Klimaschutz kostengünstig und schnell in die Breite getragen wird (IB-3, 2015).

Das Prinzip der Nachahmung ist also fest verwoben mit den aktuell existierenden politischen Programmen des kommunalen Klimaschutzes in Deutschland sowie auf EU-Ebene. Dieses Prinzip ist aber auch fundamental von jenen wissensbildenden Aktivitäten abhängig, die soziale Realität in Form von klar definierten und regierbaren Objekten und Subjekten verständlich machen. Ohne Best Practices als Regierungstechnik, die über eine Beschreibung guter Praxisbeispiele z.B. definieren, wer die klimarelevanten Zielgruppen sind, wie diese am besten zu adressieren sind und welcher Ressourceneinsatz dazu nötig ist, gäbe es gar keine Wissensbasis – also überhaupt nichts, was systematisch und schnell nachgeahmt werden könnte. Erst durch Best Practices wird spezifisches Wissen erzeugt und Lösungen sichtbar gemacht, weshalb man dieser konkreten Regierungstechnik besondere Aufmerksamkeit schenken muss, will man das Prinzip der Nachahmung besser verstehen und hinterfragen.

## IMPLIKATIONEN EINER BESONDEREN FORM DES KLIMASCHUTZES

> […] policymaking [i]s a creative, intellectual, problem-solving activity, wherein goals, puzzles, and problems are defined by certain frameworks of reasoning.
> *(Anderson 1978: 36)*

Meine Ausführungen haben verdeutlicht, dass politische Rationalitäten, politische Programme und Regierungsrationalitäten ein komplexes Geflecht aus Theorien, Prinzipien, Begrifflichkeiten, Methoden und Strategien bilden, welche mitunter stark normativ aufgeladen sind, indem sie ein ideales Bild politischer Steuerung evozieren. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass politische Rationalitäten und deren Programme und Regierungskünste als hochgradig kontingent und veränderbar einzustufen sind: Die Einführung neuer Gesetze oder auch schon kleine Veränderungen in Richtlinientexten oder dem Design von Förderprogrammen können die Logiken und Rationalitäten signifikant verschieben und damit ganz andere Denk- und Handlungsweisen als politisch rational erscheinen lassen. Wird bspw. Klimaschutz durch eine Gesetzesänderung auf Länderebene zu einer kommunalen Pflichtaufgabe erkoren, ist denkbar, dass die unternehmerisch-inspirierte Regierungskunst Klimaschutzmanagement von einer alternativen, stärker auf die Daseinsvorsorge abzielenden Regierungsrationalität abgelöst wird. Fest steht, dass politische Rationalitäten und Programme neue Formen von Realität schaffen, indem sie durch Sprache und Texte Wahrheitseffekte erzielen und damit bestimmte Probleme, Objekte und Phänomene wie den Klimawandel in den Bereich der (kommunalen) Regierung übersetzen und diese so als „denk-, lenk- und veränderbar konstituieren“ (Dzudzek 2016: 39). Um nachvollziehen zu können, wie öffentliche Probleme bewertet und Politiken analysiert werden, muss man verstehen, wie die Logiken des Regierens als strukturierte Diskurssysteme funktionieren. Diese Rationalitäten spiegeln nicht einfach Überzeugungen, Werte, Meinungen, Einstellungen und Erkenntnisse wider, sondern stellen eine grundlegende Analyseeinheit der politischen Entscheidungsfindung dar.

Wie eng verwoben, interdependent und ko-konstitutiv Problematisierungen, Rationalitäten und Technologien innerhalb eines Praxisregimes sind, zeigt sich darin, wie sich die von mir im Kapitel #Kommunen im Klimawandel dargestellten Problematisierungsformen in den Rationalitäten des NPM und TM artikulieren und so zu neuen politisch-administrativen Praktiken und ethisch-normativen Vorstellungen im kommunalen Klimaschutz führen. Die Problematisierung des Klimawandels als

MLG-Problem drückt sich auch im Klimaschutzmanagement in Form der Problemlösungsorientierung sowie der Bevorzugung netzwerkförmiger oder kooperativer Steuerungsmechanismen aus. Mit den Rationalitäten des NPM und TM wird „Governance" von einer Analyseperspektive zu einer Regierungsrationalität, die daher als Effekt von Lösungsversuchen im Kontext bestimmter Problematisierungen aufgefasst werden muss. Die Rahmung des Klimawandels als systematisch steuerbares Problem führt außerdem dazu, dass technokratische Steuerungs- und Managementmodelle, die mit einem Fokus auf politischem Konsens, kollektiver Problemlösung sowie Koordination und Kooperation einhergehen, priorisiert werden.

Auch die Problematisierung des Städtischen in Bezug auf den Klimawandel als Schlüssel zum Gelingen der Transformation zeigt sich insbesondere in der TM-Logik. Kommunen werden hier als besonders befähigte Organe angesehen, die als Keimzelle für kulturelle, soziale und wirtschaftliche Weiterentwicklung in der Lage sind, den multiplen Herausforderungen des Klimawandels durch kleinmaßstäbige Experimente kreativ zu begegnen. Im TM artikuliert sich ausdrücklich der Glaube daran, dass Wandel durch soziale, wirtschaftliche, kulturelle und technische Innovationen angeregt wird und dass diese Innovationen ihren Ausgangspunkt zumeist in Städten haben, da auf lokaler Ebene innovative Lösungen am besten ausprobiert werden können.

Die dominante Problematisierung des Klimawandels unter ökonomischen Gesichtspunkten zeigt sich insbesondere im NPM-Paradigma. Die Reduzierung des Klimawandels auf ein vornehmlich ökonomisches Problem – artikuliert als das „größte und weittragendste Versagen des Marktes, das es je gegeben hat" (Stern 2006: i) – führt zu einer verstärkten Ausrichtung des Klimaschutzes an ökonomischen und unternehmerischen Prinzipien und Methoden, wie sie sich im Klimaschutzmanagement wiederfinden. Durch die Einführung und Anwendung von Managementmethoden soll die Verwaltung effizienter und effektiver gestaltet sowie Innovationen generiert werden, um die Wirtschaft zu dekarbonisieren, wobei die aktuelle Struktur und Funktion der Wirtschaft jedoch beibehalten werden kann. Klimaschutz ist damit kein politisches, gesellschaftliches, kulturelles oder soziales Projekt, sondern eine Innovations- und Wirtschaftsstrategie.

Im Zusammenspiel von Problematisierungen und politischen Rationalitäten wurde so eine ganz besondere Form des Klimaschutzes auf kommunaler Ebene hervorgebracht: das Klimaschutzmanagement mit seiner eigenen Sprache und seinen eigenen Methoden und Techniken. Klimaschutz wird gemäß dieser Regierungsrationalität, beeinflusst durch Denkweisen des NPM und des TM, als komplexes System verstanden, welches es durch unternehmerische Methoden effektiv zu steuern und zu überwachen gilt, um größtmögliche, messbare Wirkung zu entfalten. Eine solche Aus- bzw. Zurichtung des Klimaschutzes führt jedoch teilweise auch dazu, dass andere relevante Aspekte wie Verhaltensänderungen, Kulturwandel, Suffizienz und Schrumpfung, radikale Neuerungen oder nicht bzw. nur schlecht quantifizierbare

Maßnahmen des Klimaschutzes ausgeblendet oder benachteiligt werden. Die Tatsache, dass umfassende Transformationen eigentlich radikale Änderungen des existierenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems mit sich bringen müssen, wird beim Klimaschutzmanagement-Paradigma vernachlässigt, und die bisher unzureichenden Ergebnisse der Ausrichtung an Effizienz und technischer Innovation werden ebenfalls ausgeklammert.

Der Klimaschutzmanagement-Ansatz wird immer dann problematisch, wenn Klimaschutzmaßnahmen für politische und wirtschaftliche Eliten nur denkbar sind, insofern sie wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen – wenn Klimaschutz also auf den Ausbau der erneuerbaren Energien (als Einnahmequelle) sowie die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz (zur Kosteneinsparung) beschränkt wird und wenn stets die technischen Aspekte im Fokus des kommunalen Klimaschutzes stehen, während für die kulturellen und sozialen Herausforderungen keine Lösungsansätze erarbeitet werden. Klimaschutzmanagement wird auch dann problematisch, wenn eine langfristige Verstetigung des Klimaschutzes scheinbar nur noch durch Privatisierung oder öffentlich-private Partnerschaften, z.B. in Form von Stiftungen, denkbar und realisierbar ist. So würde dem Klimaschutz auf der kommunalen Ebene seine demokratisch-legitimierte Grundlage entzogen und das Thema verließe den politischen Einflussbereich oder gar den Raum der politischen Debatte überhaupt.

In der Logik des Klimaschutzmanagements wird auch übersehen, dass die Übersetzung von unternehmerischen Methoden in die kommunale Verwaltung insbesondere in Bezug auf ihre zeitliche Dimension an Grenzen stößt: Langfristige Planung bedeutet im unternehmerischen Kontext in der Regel einen Zeithorizont von fünf bis zehn Jahren. Im Transformations- oder Klimaschutzmanagement arbeitet man hingegen in Zeitspannen, die mehrere Jahrzehnte oder Generationen umfassen. Zudem ist das von TM und NPM inspirierte Klimaschutzmanagement nicht frei von Widersprüchen: Wie lassen sich bspw. Freiräume zum innovativen Experimentieren mit systematischen Steuerungsprozessen sowie dem Denken und Entscheiden aufgrund ökonomischen Outputs vereinbaren?

Zentraler konzeptioneller Ausgangspunkt meiner Arbeit ist die Annahme, dass sich innerhalb eines Praxisregimes Formen der Problematisierung und der Rationalität, wie ich sie im Kapitel #Kommunen im Klimawandel und in diesem Kapitel beschrieben habe, in Praktiken oder Systemen von Praktiken niederschlagen, die wiederum auf die Rationalisierungen und Problematisierungen einwirken. Im Zuge meiner Analyse des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz“ wende ich mich im folgenden Kapitel #Best Climate Practices daher konkret der Regierungspraktik der Nachahmung und Anpassung von Best Practices zu, die eine von vielen weiteren Regierungstechnologien ist, die im kommunalen Klimaschutzmanagement als geeignetes Werkzeug propagiert werden und die bisher noch untererforscht ist, wie ich in den Kapiteln #Das Prinzip der Nachahmung und #Den guten Praktiken auf der Spur dargelegt habe.

# Best Climate Practices

> [D]ie Gesellschaft [kann] nicht ohne einen Vorrat an Routine, an Nachäffungen und einen unergründlichen Herdentrieb, der sich ständig über die Genrationen vergrößert, leben, fortschreiten und sich verändern.
> *(Tarde [1890] 2009: 97)*

Wenn wir etwas Neues machen sollen, schauen wir oft danach, wie andere ein ähnliches Problem gelöst haben. Jeder hat sich vermutlich schon mit Situationen und Aufgaben konfrontiert gesehen, bei denen er oder sie nicht auf Anhieb wusste, wie man am besten genau vorgehen sollte: Wir fangen also an zu *googeln,* fragen eine erfahrene Kollegin um Rat oder rufen einen Bekannten an. Es ist somit ein recht natürliches Vorgehen, dass wir versuchen, in unbekannten Situationen auf das Erfahrungswissen von anderen zurückzugreifen oder deren Lösungswege nachzuahmen. Schon 1890 stellte der französische Soziologie Tarde ([1890] 2009: 78) daher fest, dass „der soziale Mensch instinktiv nachahmt".

Klimaschutz ist in der kommunalpolitischen Sphäre und Verwaltung eine relativ neue Herausforderung, die auch noch mit einem zeitkritischen Faktor belegt ist: Sind bestimmte Punkte erst einmal überstritten – sogenannte *Tipping Points*[1] –, dann ist der ungebremste Klimawandel nicht mehr aufzuhalten; so die Annahme (Lenton et al. 2008). Das heißt, es sollte schnell zu erfolgreichem Handeln kommen. Politiker und Verwaltungsangestellte, die mit der Implementierung neuer Klimaschutzmaßnahmen betraut sind, beziehen sich deshalb häufig auf Best Practices, um Indikatoren und Rezepte abzuleiten, wie die eigene Kommune klimaneutral werden kann (Mössner 2016). Neue Aufgaben und Probleme, gepaart mit einem gewissen Zeitdruck, führen nun dazu, dass Best Practice-Beispiele im Politikfeld „kommunaler Klima-

1 Dazu zählen z.B. das großflächige Abschmelzen des Grönlandeises, die Veränderung bzw. der Kollaps des Golfstroms oder das Auftauen des sibirischen Permafrostbodens.

schutz“ als besonders attraktive und effektive Art des Regierens oder der Problemlösung angesehen werden, insbesondere deshalb, weil Städte und Kommunen deutschlandweit scheinbar vor ganz ähnlichen Herausforderungen stehen: „[…] es ist auf den ersten Blick schon trivial, dass man sagt, man hat Städte, die sind ähnlich, und die haben ähnliche Probleme und man kann voneinander lernen“ (IK-15, 2016: 5).

Dieses Kapitel nimmt daher die Verbreitung und Nutzung von Best Practice-Beispielen als eine favorisierte Lösungsstrategie zur Bekämpfung des Klimawandels auf kommunaler Ebene in den Fokus. Die zentrale Frage dabei ist, wie und warum sich Best Practices als hegemoniale Regierungstechnik im kommunalen Klimaschutz etabliert haben. Bisher wurde das „Funktionieren“ von Best Practices hauptsächlich dahingehend untersucht, wie man den Transfer von guten Beispielen optimieren kann, welche Rahmenbedingungen es dafür braucht oder die Gründe ausgemacht, warum eine Replikation nicht funktioniert. Eine Konzeptualisierung als Regierungstechnologie beleuchtet dagegen die bisher weitgehend im Dunkeln liegenden Funktionen und Interessen von und an sogenannten Best Practice-Beispielen, indem alltägliche Nutzungs- und Verbreitungspraktiken im kommunalen Klimaschutz analysiert werden. Dies ermöglicht eine bessere Bewertung der Rolle und Bedeutung von Best Practice-Beispielen für die Regierbarkeit des Klimawandels in Kommunen. Dazu konzeptualisiere ich zunächst Best Practices als Regierungstechnologie (Abschnitt #Rationalitäten und Technologien), um daraufhin im Abschnitt #„Mit Ideen und Beispielen zum Erfolg“!? eine Hinführung zum Untersuchungsfeld zu leisten, indem ich die Erwartungen, die Inhalte sowie die Herstellungs- und Anwendungsbereiche von Best Practices verständlicher mache. Im Anschluss daran können so die unterschiedlichen regierungstechnischen Funktionen von Best Practices aufgedeckt und analysiert werden, wobei sich vier zentrale Wirkungsbereiche von Best Practices herauskristallisieren: Die „Möglich-Macher-Funktion“, die „Währungs-Funktion“, die „Agenda-Setting-Funktion“ und die „Ergebnis-Funktion“ (Abschnitt #„Gebt uns gute Beispiele!“). Am Ende des Kapitels reflektiere ich die gewonnenen Erkenntnisse, indem ich den Gründen für die häufige Immobilität von Best Practices nachgehe und für ein verbessertes Verständnis der Regierungstechnologie Best Practice eine stärkere Betonung praxistheoretischer Aspekte vornehme (Abschnitt #Reflexion).

## RATIONALITÄTEN UND TECHNOLOGIEN

> „Technologies of Government" […] refers to the vast assemblage of techniques, devices, tools, instruments, materials and apparatuses that render rationalities operable […].
> *(Lövbrand und Stripple 2014: 33)*

Dass der technologischen Dimension von Praxisregimen eine besondere Bedeutung zukommt, weil erst die charakteristischen Techniken, Instrumente und Mechanismen und deren Anwendung dazu führen, dass Praxisregime Wirkung erzielen können, habe ich bereits im Kapitel #Das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" betont. Was genau unter dieser technologischen Dimension eines Praxisregimes zu verstehen ist und welche Implikationen die konzeptionelle Rahmung von Best Practices als Regierungstechnologie mit sich bringt, ist dabei noch offen geblieben. Bevor ich mich nun konkret mit dem Problemlösungsmechanismus „Best Practice" und seinen Funktionen und Wirkungen auseinandersetze, vertiefe ich daher die Analysekategorie der Regierungstechnologien, deren Bedeutung bisher nur angerissen wurde. Damit lassen sich dann die gewonnenen empirischen Erkenntnisse, die im Laufe dieses Kapitels ausgearbeitet werden, konzeptionell einordnen und die Beziehung von Rationalitäten (Kapitel #New Public Climate Management) und Regierungspraktiken (dieses Kapitel) wird dadurch besser verständlich.

Wie ich im Kapitel #Die Kunst, den Klimawandel zu regieren erläutert habe, bietet die Gouvernementalitätsperspektive – gepaart mit dem Konzept des Praxisregimes – einen geeigneten Zugang zur Erforschung von Best Practices, weil sie einen Schwerpunkt auf die Analyse von konkreten Regierungspraktiken legt: den sogenannten *Regierungstechnologien* bzw. *Regierungstechniken*.[2] Unter Regierungstechnologien und Regierungstechniken fasse ich im Rahmen dieser Arbeit all jene praktischen Mittel, mithilfe derer das Problem Klimawandel in Kommunen gelöst bzw. bearbeitbar gemacht werden soll; Best Practices stellen dabei nur eine von vielen Regierungstechnologien dar. Der Begriff der Technologien bezieht sich dabei nicht nur im alltagsweltlichen Sinn auf materielle Hilfsmittel, sondern allgemein auf „die Verfahren und Techniken, die in einem bestimmten ‚Realitätsbereich' zur Anwendung kommen und die das Wissen über diese ‚Realität' und den praktischen Umgang mit ihr prägen" (Mattissek 2008: 39). Dean (1999: 212) versteht daran anknüpfend

2 Die Begriffe Regierungs*technologie* bzw. Regierungs*technik* werden im Zuge dieser Arbeit weitestgehend synonym verwendet.

unter Techniken und Technologien der Regierung die vielfältigen und diversen Mittel, Mechanismen und Instrumente, durch die ein Regieren ermöglicht wird. Dazu zählen laut Dean (ebd.) bspw. die Art und Weise, Informationen zu sammeln, darzustellen, zu speichern und zu verbreiten, aber auch Formen der Architektur und der Aufteilung des Raumes (z.B. Raumplanung), Arten der quantitativen und qualitativen Berechnung, Ausbildungsformen und ähnliches. Typischerweise wirken verschiedene Regierungstechniken an der Gestaltung sozio-technischer Systeme mit. Sie bilden dabei die logistischen und infrastrukturellen Antriebskräfte und lenken das moralische und politische Verhalten der beteiligten Akteure durch spezifische Leistungskriterien. Dementsprechend beschreiben Rose und Miller (1992: 175) Regierungstechnologien als „[...] complex of mundane programmes, calculations, techniques, apparatuses, documents and procedures through which authorities seek to embody and give effect to governmental ambitions".

Die Analyse von Best Practices als Regierungstechnologie – die bestimmte Arten von Interventionen als geeignet, legitim oder effektiv im kommunalen Klimaschutz kommuniziert – liefert ein erläuterndes Rahmenwerk für die Tatsache, dass Entscheidungsprozesse weniger in einer rationalen Berechnung von Alternativen, sondern eher in politischen Rationalitäten wurzeln, die mit bestimmten Annahmen über das Funktionieren von sozialen Systemen und Vorstellungen von geeigneten Steuerungsansätzen einhergehen (Keskitalo 2010; Keskitalo et al. 2012). Wie ich im vorhergehenden Kapitel #New Public Climate Management gezeigt habe, sorgen Regierungsrationalitäten zwar dafür, dass nur bestimmte Technologien und Praktiken als geeignet für eine erfolgreiche Problemlösung angesehen werden – im Klimaschutzmanagement wären dies bspw. $CO_2$-Bilanzen, Szenarienberechnungen, Beteiligungsverfahren, Stakeholderanalysen oder eben die Nutzung von Best Practices –; aber erst Regierungstechnologien sorgen dafür, dass eben diese Rationalitäten und ihre politischen Programme umgesetzt werden können.

„If political rationalities render reality into the domain of thought, […] ‚technologies of government' seek to translate thought into the domain of reality, and to establish ‚in the world of persons and things' spaces and devices for acting upon those entities of which they dream and scheme." (Miller und Rose 1990: 8)

Um also von „Regierung" sprechen zu können, muss eine Regierungsrationalität wie das kommunale Klimaschutzmanagement in konkrete politische Praxis überführt werden. Miller und Rose (1990: 14) betonen aber auch, dass politische Programme und Regierungsrationalitäten niemals eins zu eins mithilfe von Regierungstechnologien in die Realität übersetzt werden können. Vielmehr beeinflussen und bedingen sich diese Kategorien gegenseitig. Das heißt, dass politische Programme oder Regierungsstrategien nicht zuerst existieren und Regierungstechniken daraufhin entwickelt

werden, um deren Ziele zu erreichen, sondern im Gegenteil stellen Regierungstechnologien selbst oft Vehikel zur Einführung von Managementhandeln in die kommunale Verwaltung dar (Braun 2014). Best Practices als Regierungstechniken verleihen den politischen Programmen und Rationalitäten somit nicht nur ihre konkrete Gestalt, machen sie sichtbar und erlauben ihnen gleichzeitig eine Ausdehnung und Verbreitung durch Raum und Zeit, sondern sie tragen auch zur Neugestaltung der Grundlagen und Rationalitäten der Regierung bei. Wie ich schon im Kapitel #Kommunen im Klimawandel beschrieben habe, sind die Zusammenhänge von Problematisierungen, Rationalitäten und Technologien nicht als linear, sondern zirkulär und interdependent zu verstehen. Lemke (2007: 62) hebt dementsprechend hervor, dass „Technologien […] Rationalitäten nicht aus[drücken], sondern sie […] eine eigene Materialität [haben], so dass sie für unterschiedliche Ziele eingesetzt werden und verschiedene Bedeutungen annehmen können – abhängig von ihrer Artikulation innerhalb spezifischer Rationalitäten".

Das Verhältnis von Rationalitäten zu Technologien ist somit kein Automatismus: Zwischen beiden Kategorien entstehen immer gegenseitige Anpassungen und mitunter Konflikte, die schließlich auch zum Scheitern des Programms führen können. Rose et al. (2006) weisen zudem auf die relative Autonomie der Praktiken gegenüber den Programmen hin, die dazu führe, dass politische Rationalitäten einem ständigen Veränderungsdruck unterliegen; daher müssten beide Analyseeinheiten als kontingent und sich gegenseitig bedingend verstanden werden. Die Regierungstechnik „Best Practice" kann somit nicht einfach als Frage der Umsetzung von idealen Schemata – wie dem Klimaschutzmanagement – in der Praxis verstanden werden (Miller und Rose 1990). Unerwartete Probleme können z.B. aufgrund dessen auftreten, dass Technologien oft für eigene Zwecke genutzt werden oder sie auf polit-administrative Hürden wie Unterfinanzierung, persönliche Animositäten oder Rivalitäten zwischen Abteilungen treffen, die eine reibungslose Umsetzung von Best Practices behindern. Darum ist es wichtig, Regierungsversuche weniger in Bezug auf ihren Erfolg zu verstehen, und stattdessen stärker die Schwierigkeiten in den Blick zu nehmen, die in der Operationalisierung auftreten. Regieren muss als eine Aktivität von ständigem Experimentieren, Erfinden, Misserfolg, Kritik und Anpassung verstanden werden (Miller und Rose 1990). Wenn wir die chaotische Arbeit hinter den Kulissen sowie die unsichtbare Politisierung des kommunalen Klimaschutzes ignorieren, riskieren wir, das Regieren durch Best Practices weit kohärenter und unumstrittener darzustellen, als es tatsächlich ist (Walters 2012).

Dieses Kapitel #Best Climate Practices will daher nachvollziehen, wie der Regierungsprozess im kommunalen Klimaschutz mithilfe von guten Praxisbeispielen konkret gestaltet wird, um den Diskurs des Klimaschutzmanagements und das Prinzip der Nachahmung – die Regierungsrationalitäten – in die Regierungspraxis zu überführen und zu verwirklichen. Mein Hauptanliegen ist es, die Produktion, die Inhalte sowie die Anwendung und Funktionen von Best Practice-Modellen als Instrumente

und Techniken der Regierung, die auf angewandter Forschung und alltäglichen Praktiken beruhen und die darauf ausgerichtet sind, einen Anspruch über „guten" Klimaschutz zu formulieren, zu identifizieren, zu erforschen und zu erläutern (Voß und Freeman 2016). Mein besonderes Interesse gilt dabei in erster Linie den Praktiken hinter den guten Praktiken, die überhaupt erst dafür Sorge tragen, dass Best Practice als Regierungstechnologie funktionieren kann.

## „MIT IDEEN UND BEISPIELEN ZUM ERFOLG"[3] !?

Bevor die Nutzungs- und Verbreitungspraktiken von Best Practices im kommunalen Klimaschutz analysiert und damit die Funktionen und Interessen von und an guten Praxisbeispielen offengelegt werden können, muss zunächst deutlich gemacht werden, was in diesem Praxisregime unter „Best Practice" verstanden wird, welche Erwartungen an diese Regierungstechnik gestellt werden, wie welches (Praxis-)Wissen durch welche Akteure zu einer „Best Climate Practice" gemacht wird und in welchem Kontext diese dann überhaupt zur Anwendung kommt. Stellen wir uns dazu folgendes gängiges Szenario vor: Eine Kommune hat über das BMUB Fördermittel für eine Klimawandelanpassungsstrategie und einen neuen Klimaanpassungsmanager bewilligt bekommen. Im Förderzeitraum von drei Jahren müssen die Konzepterstellung sowie die Umsetzung erster Maßnahmen erfolgen. In Ausnahmefällen ist eine zweijährige Anschlussförderung möglich. Klimawandelanpassung ist in der betreffenden Kommune, wie in vielen anderen Kommunen auch, aber noch ein neues Thema. Mit Fragen wie der klimabedingten Zuwanderung von neuen Arten, der klimafreundlichen Nachverdichtung der Innenstadt oder dem Umgang mit stärkeren Windlasten und Spontanhochwasserereignissen hat man sich bisher kaum auseinandergesetzt. Nach ein bis zwei Jahren der Konzepterstellung bleibt also nicht mehr viel Zeit für die Umsetzung konkreter Maßnahmen. Umso wichtiger ist nun *Erfahrungswissen*: Welche Maßnahmen sind geeignet? Für welche Maßnahmen kann zusätzliche Förderung beantragt werden? Wie funktioniert die Projektmittelabwicklung? Wie könnte eine Beschlussvorlage für den Gemeinderat aussehen? Was funktioniert, was nicht? Welche Fehler sind vermeidbar? Antworten und Ideen auf diese Fragen sollen Best Practice-Beispiele geben, damit das Klimawandelanpassungskonzept nicht nur erfolgreich entwickelt, sondern auch umgesetzt werden kann. Die Sachgebietsleiterin für Klimaschutz einer Masterplankommune beschreibt den Nutzen von Best Practice-Beispielen in diesem Zusammenhang wie folgt:

3 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 2015a: 6.

„Es ist nicht so, dass wir das machen [mit Best Practices zu arbeiten], um unglaublich abzukürzen […], vielleicht eher, um den eigenen Horizont zu erweitern, also um Ideen zu finden und vor allen Dingen auf Vorerfahrungen zurückzugreifen, was wirklich funktioniert, dass man sich nicht in falsche Richtungen bewegt und dadurch vielleicht Geld verliert oder sich unglaublich anstrengt. Wir haben ja bestimmte Ziele, […] die wir erreichen wollen und haben dann eigentlich tatsächlich keine Zeit, uns erst in falsche Richtungen zu bewegen und ich glaube, da hilft es schon, von anderen zu lernen, was funktioniert hat […] und dadurch dann letztlich möglichst effizient zu arbeiten mit der schmalen Zeit, die wir dann im Endeffekt ja doch haben. Wenn wir nur drei Jahre haben und uns erst lange damit beschäftigen: Was machen wir überhaupt? Was könnte überhaupt interessant werden? Dann sind Best Practices tatsächlich ein Beschleuniger, wenn wir uns von anderen was abgucken oder eben mit anderen austauschen und die Irrwege versuchen zu minimieren, so würde ich mal sagen. […] Also es ist letztlich dann eine Frage der Effizienznutzung von Ressourcen.“ (IK-20, 2017: 30)

Doch schon in dieser Aussage zeigen sich erste Widersprüche: Laut der Masterplanmanagerin geht es nicht in erster Linie um Abkürzung und Beschleunigung, sondern um Ideen und Vorerfahrungen. Dann betont sie aber doch wieder die Effizienzsteigerung durch Zeit- und Geldersparnis mittels Best Practices. Was die Befragte hier genau unter „Best Practice“ versteht, bleibt unklar. Dabei ist dieses Beispiel kein Einzelfall: Meine Gesprächspartner verstehen unter „Best Practice“ teilweise recht unterschiedliche oder gar konträre Sachverhalte. Bereits im Kapitel #Begriffsgeschichte und Definition bin ich von konzeptioneller Seite her auf die begriffliche Unschärfe in Bezug auf Best Practices eingegangen. Doch auch auf der Anwendungsebene innerhalb des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz“ lässt sich ein Mangel an begrifflicher Klarheit feststellen. Vergleicht man die Aussagen der 39 Befragten, werden implizit drei unterschiedliche, zum Teil sogar widersprüchliche Dimensionen im anwendungsbezogenen Best Practice-Begriff deutlich, die von den jeweiligen Akteuren häufig nicht explizit artikuliert werden. Aus den Antworten der Gesprächspartner auf die Frage, was „Best Practice“ für sie oder ihn konkret bedeutet, lässt sich folgende Differenzierung ableiten:

1. *Best Practice als gutes Praxisbeispiel*: Sehr häufig werden mit Best Practices einfach „erfolgreiche“ Praxisbeispiele assoziiert. Dabei handelt es sich um ein klar abgrenzbares und zielgerichtetes Projekt (eindeutige Zielgruppe; trägt zur Erreichung der gesteckten Klimaziele bei), welches nachweisbar *funktioniert* und relativ einfach *umsetzbar* ist. Die verbreiteten Lösungen sind marktreif bzw. wirtschaftlich sowie gesellschaftspolitisch etabliert bzw. *akzeptiert*. Praxisbeispiele sind *kontextspezifisch*, das heißt generell nicht eins zu eins kopierbar, aber *übertragbar* bzw. an neue Kontexte anpassbar. Hauptzweck guter Praxisbeispiele ist die Vermittlung von *Erfahrungs-* oder *Prozesswissen*,

sodass andere Akteure daraus *lernen* können, wie bspw. die Leiterin der Klimaschutzleitstelle in Hannover betont: „[Best Practice heißt] voneinander lernen. Ganz praktisch am konkreten Projekt. Vieles kann ich auch im Internet nachlesen aber die viel wichtigere Information dazu erhalte ich häufig durch das persönliche Gespräch: Was ist schief gegangen? Denk daran, mach das auf gar keinen Fall! Oder bei uns sind die Bedingungen ein bisschen anders, das muss angepasst werden. Ganz praktisch: Wie hast du das gemacht? Wie hast du das ausgerechnet?“ (IK-8, 2015: 23) Exemplarisch für eine Best Practice als gutes Praxisbeispiel kann in diesem Zusammenhang der Hessentag 2013 gelten, der von der Stadt Kassel klimafreundlich organsiert wurde, wofür die Stadt 2014 im Rahmen des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz“ ausgezeichnet wurde (SK: KK 2015b: 100ff.)

2. *Best Practices als Blaupause*: Die Erwartungen, die an Best Practices gestellt werden und die sich stark in der Rationalität des Prinzips der Nachahmung widerspiegeln, entsprechen hingegen häufig einem anderen Bild von Best Practices: dem als Blaupause. Werden Best Practices nicht als Beispiele, sondern als Blaupausen verstanden, dann steht ihre *Kopierbarkeit* im Fokus. Blaupausen sind *simple* Maßnahmen oder *einfache* Projekte, die leicht zu übertragen und zu *skalieren* sind. Blaupausen sind im Gegensatz zu Beispielen *hochmobil* und lassen sind anhand eines *Skripts* vermeintlich schnell „abarbeiten“. Blaupausen sind *standardisiert* und konfektioniert. Es geht also weniger darum, aus ihnen zu lernen, sondern eher mittels Anleitung eine bereits existierende Vorgehensweise möglichst eins zu eins anzuwenden. Best Practice heißt dann: „mit einfachen Mitteln viel erreichen“ (IK-9, 2015: 59). Es „[…] ist eine einfache Maßnahme, die ist kosteneffizient, die ist einfach übertragbar und die ist überall anwendbar“ (IK-4, 2015: 32), wie z.B. ein Thermographie-Spaziergang, der Hauseigentümern mithilfe einer Wärmebildkamera energetische Schwachstellen in ihrer Gebäudehülle aufzeigen soll (Universität Kassel 2017: 18f.).
3. *Best Practices als Leuchttürme*: Der Begriff „Best Practice“ suggeriert durch das vorangestellte Adjektiv „best“ aber auch, dass es sich dabei um besonders *innovative*, herausragende oder gar *visionäre* Maßnahmen handelt. Nicht selten werden Best Practices daher von einigen Akteuren mit Modell-, Pilot- oder Demonstrationsprojekten gleichgesetzt, wobei Best Practices ein *experimenteller* und eher *risikobehafteter* Charakter zugeschrieben wird. In diesem Verständnis handelt es sich bei Best Practices meist um Prestigeprojekte, die oft nur unter speziellen *Sonderbedingungen* (Fördermittel, Sponsoring, Forschungsprojekt, Wahlkampf etc.) entstehen konnten. „Sie ist zumindest in erster Phase, sag ich mal, innovativ […] und einzigartig, weil sie ein Alleinstellungsmerkmal hat. Das heißt […] es ist nicht gleich unter Gleichen, sondern besser als andere.“ (IB-4, 2015: 7) Als Beispiel für eine Best Practice als

> Leuchtturm kann der „B.A.U.M. Zukunftsfonds“ gelten, bei dem in drei deutschen Kommunen die Umsetzung eines neuen Investitions- und Finanzierungsmodells zur Durchführung von Energie- und Ressourceneffizienzmaßnahmen getestet wurde. Das Pilotprojekt wurde unter anderem im bundesweiten Innovationswettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ prämiert.[4]

Im kommunalen Klimaschutzmanagement spielen alle drei Dimensionen von Best Practices eine Rolle, wobei die Vorstellung von Best Practices als Blaupause am ehesten der Rationalität des NPM entspricht und sich in der starken Betonung des Prinzips der Nachahmung ausdrückt. Viele Klimaschutzmanager wünschen sich auch konkret kopierbare, einfach übertragbare Lösungen (Blaupausen), um ihre knappen Ressourcen effektiver einsetzen und eine größere Wirkung erzielen zu können. Im Masterplan-Programm gab es bspw. zunehmend den Wunsch nach „konfektionierten“ Maßnahmen, die einfach von anderen Kommunen zu übernehmen sind (F-171213-Bensheim). Das Verständnis von Best Practices als „beste“ Lösung, die das Ergebnis eines experimentellen Prozesses ist und damit einen hohen Innovationsgehalt hat, wodurch sie Vorbildwirkung und Modellcharakter entfalten kann, steht gedanklich der TM-Rationalität näher, die davon ausgeht, dass durch erfolgreiche Experimente in Nischen systemische Veränderungen erzielt werden können. Doch beide genannten Ausprägungen von Best Practices – die der Blaupause und die des Leuchtturms – sind in der Praxis eher selten. Schaut man sich Best Practice-Beispiele in Datenbanken, Publikationen oder auf Konferenzen an, handelt es sich meist weder um Blaupausen noch um Leuchttürme, sondern unter dem Label „Best Practice“ werden einfach mehr oder weniger gelungene Praxisbeispiele präsentiert. Spreche ich im Rahmen dieser Arbeit also von Best Practice, meine ich damit ein „Praxisbeispiel“ und keine Blaupause oder Leuchtturm. Je nachdem, wer welches Praxiswissen als Best Practice verbreitet, wie diese Best Practice aufbereitet und dargestellt wird und welche Funktion die Best Practice einnimmt, kann sich die Bedeutung zur einen oder anderen Seite (Blaupause oder Leuchtturm) verschieben, wie ich im Folgenden zeige.

Grundlegend für eine Analyse der Wirkungen und Funktionen von Best Practices als Regierungstechnologie des kommunalen Klimaschutzmanagements ist zunächst ein tieferes Verständnis ihres Entstehungsprozesses. Erst wenn klar ist, wie und durch welche Akteure Best Practices identifiziert und selektiert werden und welches (Praxis-)Wissen dabei zu einer „Best Climate Practice“ gemacht wird, kann man ihren Einfluss und ihre Rolle tatsächlich aufarbeiten. Wie Best Practices im alltäglichen Regierungshandeln eingesetzt werden, hängt auch davon ab, wer das jeweilige Beispiel wie und unter welchen Umständen produziert hat. Denn wie Mössner (2016:

4 www.klimaschutz.de/projekt/baum-zukunftsfonds-pilotprojekt-drei-kommunen

972) betont, muss das Entwickeln, Fördern, Verbreiten und Implementieren von Best Practices als ein Prozess verstanden werden, in dem politische Macht gewonnen wird, um zu entscheiden, auszuschließen und Hegemonien zu konstruieren. Es geht mir daher im Folgenden darum zu zeigen, wie aus einem alltäglichen Regierungshandeln eine Best Practice des kommunalen Klimaschutzes gemacht wird und welche Akteure maßgeblich an diesem Herstellungsprozess beteiligt sind.

Wie ich bereits im Kapitel #Den guten Praktiken auf der Spur beschrieben habe, sollten laut Theorie mithilfe von Beobachtungen und Untersuchungen diverser erfolgreicher Einzelpraktiken induktiv verallgemeinerbare Prinzipien identifiziert werden – die Best Practices (hier im Sinne einer Blaupause) – durch die Verwaltungsprozesse verbessert und effizienter gestaltet werden können. Diese Abstraktion der vielen Erfahrungen aus unterschiedlichen Projekten in eine Handlungsanleitung, die Best Practice-Blaupause, soll durch systematischen Vergleich erzielt werden – entweder mithilfe des quantitativ-mikro-ökonomischen Ansatzes oder des qualitativen Case Study-Ansatzes[5] (vgl. Kapitel #Begriffsgeschichte und Definition). In jedem Fall geht es darum, eine Reihe an komplexen Beziehungen zwischen unterschiedlichen Akteuren, Interessen und Materialien zu entflechten, das heißt zu bestimmen, was im Rahmen der jeweiligen Best Practice zu inkludieren und was zu exkludieren ist. Die Stabilisierung von alltäglichen Regierungspraktiken in einer Best Climate Practice erfordert eine spezifische Rahmung, die zwangsläufig zu Ausschlüssen bestimmter Aspekte führt (Blok 2011). Diese Rahmung wird hauptsächlich durch Think-Tanks, Berater, NGOs, Forschungsinstitute und vergleichbare epistemische Communities, die sich mit der Übertragung, Übersetzung und Promotion politischer Skripte befassen – die sogenannte *Consultocracy* – vorgenommen. Aber auch Lokalpolitiker, Verwaltungsangestellte, Planer und andere Praktiker können zu wichtigen Akteuren der Identifizierung, Hervorbringung und Mobilisierung von Best Practices werden. Auf Kongressen, Tagungen und Konferenzen sowie in Büchern, Broschüren und Fachzeitschriften – den *Microspaces of Globalization* – werden die einflussreichsten Politikideen in angewandten Praxisbeschreibungen mobilisiert und veröffentlicht, um bestimmte Maßnahmen und Modelle als Best Practices zu verbreiten und die Vernetzung zwischen den Akteuren zu stärken (MacLeod 2013). Daher ist

5 Ein gutes Beispiel für diesen Case Study-Ansatz ist die Broschüre „Klimaschutz leicht gemacht – von Erfolgsbeispielen lernen: Leitfaden zur Umsetzung kommunaler Klimaschutzprojekte“. Hier versucht die Universität Kassel, aus den vielen Praxisbeispielen der Kommunen, die am Projekt „RegioTwin“ teilgenommen haben, verallgemeinerbare und kopierbare Maßnahmen-Leitfäden zu entwickeln. Die Maßnahmen werden vom zeitlichen Vorlauf über Personal- und Finanzaufwand bis hin zur Umsetzung Schritt für Schritt erklärt, damit sie als Blaupause genutzt werden können (Universität Kassel 2017).

im Folgenden detaillierter zu beleuchten, wie Best Practices im kommunalen Klimaschutz identifiziert, welche als die „besten" und nachahmenswertesten Praktiken ausgewählt und welche Selektionskriterien dabei herangezogen werden.

In der Praxis dominiert der bereits erwähnte Case Study-Ansatz: Experten von kommunalen Städtenetzwerken, aus Forschungseinrichtungen, Behörden und Ministerien oder von Beratungsfirmen suchen in Datenbanken, im Internet, auf Konferenzen, in der Literatur oder durch persönliche Gespräche nach Beispielen, die als Best Practices geeignet erscheinen. Nach der Identifikation und Auswahl passender Maßnahmen erfolgt meist die Beschreibung auf Aufbereitung als nachahmenswertes Praxisbeispiel (und weniger als Blaupause), von dem andere Kommunen lernen oder welches sie eventuell direkt anpassen und übernehmen können. Doch der Prozess geht weitaus weniger systematisch vonstatten, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Denn genau wie der kommunale Klimaschutz ist auch die Best Practice-Produktion keine Daueraufgabe, sondern in den meisten Fällen an die Durchführung von Projekten oder Beauftragungen geknüpft (vgl. #Best Practices als Projektergebnis). Das heißt, die finanziellen, personellen und zeitlichen Kapazitäten für die Best Practice-Aufbereitung sind limitiert. Die große Anzahl an klimaaktiven Kommunen – durch die NKI wurden in Deutschland zwischen 2008 und 2016 mehr als 10.000 Projekte in etwa 3000 Kommunen gefördert; auf europäischer Ebene haben sich im Rahmen des Konvents der Bürgermeister mehr als 7.500 Kommunen dazu verpflichtet, bis 2030 ihre THG-Emissionen um mindestens 40 Prozent zu reduzieren (BMUB 2017b) – macht eine systematische qualitative oder quantitative Analyse von Beispielen und eine Ableitung kopierbarer Rezepte nahezu unmöglich.

„Entweder prüfe ich jede Maßnahme empirisch nach, und bei den Massen an Kommunen und den Massen an Maßnahmen halte ich das für fast ausgeschlossen, dass sich jemand mal die Mühe gemacht hat und sich jede einzelne Maßnahme vor Ort angeguckt hat, mit einem vertieften Interview, mit drei bis vier Leuten gesprochen hat und auch dann noch mit den Betroffenen gesprochen hat und das am besten nochmal statistisch ausgewertet hat. […] Das halte ich für ausgeschlossen." (IB-2, 2015: 81)

Wie schon Lindblom (1959) erkannte, zeichnet sich eine Entscheidungsfindung in der öffentlichen Verwaltung, bei Behörden und Ministerien also eben nicht durch eine methodische Analyse und den konsequenten Vergleich der optimalen Lösungen aus; weder mithilfe eines quantitativen noch qualitativen Ansatzes. Stattdessen verläuft der Steuerungsprozess sehr viel pragmatischer und intransparenter. Dasselbe gilt für die Identifikation und Erarbeitung guter Praxisbeispiele: Anstelle von umfassenden empirischen Recherchen finden auch hier „successive limited comparisons" (Lindblom 1959: 87) statt. Man wählt also entweder Beispiele, die man schon kennt und bei denen bereits Kontakte und Informationen vorliegen; man stößt rein zufällig

auf ein gutes Beispiel oder aber man produziert Best Practices aus den eigenen, laufenden Projekten selbst. Hier wird die Spannung deutlich zwischen dem theoretischen Modell der systematischen Identifizierung durch kontinuierlichen und umfassenden Vergleich möglichst vieler Maßnahmen und Prozesse, aus denen ein Prinzip, Modell oder Blaupause abgeleitet werden soll, und der tatsächlichen Regierungspraxis, in der es kaum möglich ist, solch umfangreiche Recherchen und Analysen zu betreiben. Daher münden gute Praxisbeispiele selten in standardisierte und konfektionierte Maßnahmen, sondern eher in Beschreibungen erfolgreich durchgeführter Projekte, die dann als „Best Practice" bezeichnet werden. Dazu erklärt der Geschäftsführer eines Städtenetzwerks das gängige Vorgehen:

„Also es gibt jetzt keinen systematischen Prozess. […] Es gibt natürlich den Fall, wo wir aus direkten Gesprächen auf irgendeiner Konferenz oder Treffen von irgendetwas erfahren oder eine Präsentation sehen, wo wir denken: Das könnten wir auch benutzen für unsere Konferenz. [W]enn wir auf einer Klimakonferenz dann so eine Präsentation laufen haben mit Beispielen, da haben wir das auch schon einmal gemacht, dass wir viele Kommunen direkt angeschrieben haben: Hier, gebt uns euer bestes Beispiel; ohne zu konkretisieren, in welchem Bereich. Dann gibt es auch Beispiele, die in Fachzeitschriften kursieren, in der Öffentlichkeit […], und dann versuchen wir natürlich die Kommunen direkt anzusprechen. […] Insofern sind die Wege sehr unterschiedlich, wie die Best Practices zu uns gelangen. Wie gesagt, wenn wir irgendwo eine Publikation machen wollen, dann fragen wir natürlich systematisch ab. Aber oft ist es eben auch Zufall, oder eben durch die Vernetzung." (IN-2, 2016: 21)

Wie ein einfaches Praxisbeispiel zu einer „Best Climate Practice" gemacht wird, ist gleichzeitig immer auch abhängig von der Art des „Produzenten": Handelt es sich um ein TMN, ein Forschungsinstitut mit Mandat eines Bundes- oder Länderministeriums bzw. einer Kommune oder um ein Beratungsunternehmen mit Beauftragung durch eine Kommune oder ein Ministerium? Die Interessen und Motivationen der Best Practice-Identifikation und -Verbreitung können ganz unterschiedlich sein. Hauptakteure in der Best Practice-Produktion im kommunalen Klimaschutz sind TMNs. Es gibt nicht nur zahlreiche kommunale Netzwerke im Klimaschutzbereich[6], sondern sie haben auch alle zum Ziel, die kommunalen Maßnahmen und Aktivitäten durch Internetpräsenz, Konferenzen, Tagungen, Workshops, Webinare, Publikationen, Handbücher, Online-Tools, Datenbanken usw. sichtbar zu machen. Im Fall internationaler Städtenetzwerke für den Klimaschutz spielen Best Practices (insbesondere als Leuchttürme), sowie ihre Aufbereitung und Verbreitung eine besonders

6 U.a. Energy Cities, ICLEI, C40, Klima-Bündnis, Konvent der Bürgermeister, R20, The Climate Group, Resilient Cities sowie Arbeitsgruppen in Eurocities, Metropolis, Allianz in den Alpen, Union of the Baltic Cities.

wichtige Rolle. Zum einen basiert das gesamte System der Städtenetzwerke auf der Idee des Erfahrungsaustauschs, womit die Identifikation und Vermittlung von Best Practices zu einer Schlüsselleistung dieser Organisationen wird. Zum anderen dient das gesammelte und kommunizierte Wissen in Form von Best Practice-Publikationen, -Datenbanken oder -Präsentationen auch der Profilierung der eigenen Organisation sowie der Mitglieder und der politischen Einflussnahme.

„[T]he whole system is based on the idea that you share your good practices and experience or even some internal documents you might have or specific experience with different projects, different stakeholders. […] Sharing the best practice and case studies is one of our core models and we do it by connecting cities directly as well as by sharing case studies and producing good practices guides." (IN-6, 2016: 10)

Gleichzeitig handelt es sich bei TMNs in der Regel um gemeinnützige Organisationen, was bedeutet, dass man in großem Maß auf Projektfinanzierung angewiesen ist. Dementsprechend werden Best Practices und Fallstudien häufig im Rahmen von drittmittelfinanzierten Projekten[7] entwickelt, wie zwei Städtenetzwerke betonen:

„[…] the way that the case study series has developed has been quiet pragmatic and related to resources as well, because as an organisation we are project-funded, we are non-profit […]. So we don't have huge amounts of finance to be able to say: ok, every member of ours gets a Case Study, because we simply don't have the resources, but when we have projects, funded projects that then are maybe thematic, then part of those will be to develop good practice examples." (IN-5, 2016: 21)
„Most of the time it's through projects that we create best practices with some of our member cities." (IN-3, 2016: 62)

Dies kann in Konsequenz dazu führen, dass die Verfügbarkeit von Best Practices thematisch eingeengt wird, weil die Praxisbeispiele dementsprechend nur im spezifischen Themenfeld der geförderten Projekte entstehen können. Falls ein TMN also

7 Beispiele: (1) „Living Streets Project": Unter Leitung des Netzwerks Energy Cities mit den Partnerstädten Brüssel, BE; La Rochelle, FR; Zadar, HR; Milton Keynes, UK; Turin, IT; Ivanic-Grad, HR und Rotterdam, NL; finanziert durch das EU LIFE-Programm; Laufzeit 01.05.16–30.06.18; www.energie-cites.eu/LIFE-Living-Streets-lead;
(2) „URBAN LEDS": Unter Leitung von UN-HABITAT und ICLEI mit den Partnerstädten Recife und Fortaleza, BR; Thane und Rajkot, IN; Steve Tshwete und KwaDukuza, ZA; Balikpapan und Bogor, ID; finanziert durch das EU EuropeAid-Programm; Laufzeit 01.03.12–01.03.16; http://urbanleds.iclei.org.

besonders erfolgreich in der Einwerbung von Fördermitteln im Bereich der Energieeffizienz in Gebäuden ist, gibt es konsequenterweise besonders viele gute Praxisbeispiele aus diesem Bereich, die verbreitet werden. Hinzu kommt, dass die Projekte nie mit allen Mitgliedern durchgeführt werden, sondern sich ein Konsortium aus einigen wenigen Mitgliedskommunen gemeinsam mit dem TMN als Organisation um Mittel bewirbt. So kann es passieren, dass insbesondere solche Praktiken als die besten dargestellt werden, die von den Kommunen stammen, die schon häufig in Förderprojekte eingebunden waren. Machen sich TMNs abseits von Förderprojekten auf die Suche nach guten Praxisbeispielen, z.B. für Konferenzbeiträge, Publikationen oder eine Onlinedatenbank, gehen die Verantwortlichen in der Regel zuerst auf die Kommunen zu, zu denen sie bereits enge Kontakte pflegen und von denen sie schon gute Praxisbeispiele kennen.

„[…] in terms of the good or best practices finding a balance between a case that's particularly relevant as being pioneering or interesting in that particular region, in that particular context and then also somehow globally relevant. But I would say […] the criterion is also knowing that we have good contacts in the city that can actually give us good information. Sometimes that might also be the decision between one case that […] objectively might be slightly better, but if we know that it is going to be difficult to actually get information, then we may go with the other one for also resources constraints and also because we do want to focus on bringing out the actual lessons." (IN-5, 2016: 25)

Insgesamt handelt es sich damit um ein proaktives Vorgehen seitens der TMNs; dass sich Mitgliedskommunen selbst mit einem Praxisbeispiel oder einer Fallstudie direkt an die Netzwerke wenden, kommt kaum vor, wie der Geschäftsführer eines Städtenetzwerks erklärt:

„Dass die jetzt etwas hierher schicken oder anrufen, das ist eher selten. Sondern es ist eher so, dass wenn man fragt: ‚Was macht ihr im Klimaschutz?' – ‚Ja wir machen gar nichts.' – ‚Ja also und was ist das?' – ‚Achso ja, das.' – ‚Das ist doch Klimaschutz!' – ‚Ja, das ist schon so selbstverständlich für uns.' Das hat dann für die, die da involviert sind, gar nicht mehr so eine große Bedeutung, und wenn man das aber in andere Situationen bringen würde, dann ist das doch sehr innovativ." (IN-2, 2016: 21)

Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass die Identifikation, Erstellung und Verbreitung von Best Practices ein hochgradig politischer und kontingenter Prozess ist. Wie erkennbar wurde, werden nicht unbedingt die innovativsten oder wirksamsten Beispiele ausgewählt, sondern die, die die meisten *Co-Benefits* mit sich bringen. Also z.B. die, die sich am schnellsten zusammentragen lassen, die am besten zu einem bestimmten Thema passen oder die sich am besten kommunizieren lassen. Dahinter liegt demnach keine neutral-analytische Entscheidung auf Faktenbasis, sondern eine

strategische Kalkulation und Abwägung kontextspezifischer Kriterien. Außerdem ist man stets auf die Kooperation mit der jeweiligen Kommune als Best Practice-Quelle angewiesen und auch dort spielen interne Machtfragen und politische Befindlichkeiten eine Rolle.

„A main problem of good practice production is, that it is very time consuming. Especially for the type of good practice documentation that we want to do, because we do them with our members and we really strive to get their input and their endorsement. This takes time, just because they have to go through whatever political things and it also takes effort from my side. So we are not like a research institution [which] just can write something and then that's fine." (IN-5, 2016: 17)

Neben den TMNs sind Forschungsinstitute und Beratungsunternehmen zentrale Akteure der Best Practice-Produktion. Sie gehen dabei ganz ähnlich vor, allerdings mit dem Unterschied, dass es sich bei deren Projekten um Beauftragungen mit konkreten (politischen) Anforderungen handelt. Das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) wurde vom BMUB bspw. damit beauftragt, das „Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz" (SK:KK) ins Leben zu rufen, welches möglichst viele deutsche Kommunen zum Klimaschutzhandeln bewegen und dahingehend beraten soll. Zu diesem Zweck wird bspw. eine umfangreiche Onlinedatenbank mit „Praxisbeispielen" gespeist mit dem Ziel, eine möglichst große Bandbreite an Beispielen bieten zu können. Das heißt, man sucht gezielt nach Beispielen aus allen geographischen Kontexten Deutschlands, allen Kommunengrößen, diversen Zielgruppen usw. Die Sammlung der Beispiele erfolgt hier meist über eigene Veranstaltungen oder die systematische Recherche in der Förderdatenbank des BMUB. Der Erfolg der Maßnahmen wird durch Rücksprache mit dem PtJ, dem Fördermittelabwickler des BMUB, gegengeprüft (F-150423-Dresden). Auch hier geht es weniger um die tatsächlich „besten" Praktiken: Politisches Kalkül bzw. spezifische Anforderungen führen dazu, dass eine Best Practice nicht unbedingt das meiste $CO_2$ einsparen muss oder eine radikal neue Lösung präsentiert. Wichtiger ist hier, ob das Beispiel aus einer bestimmten Region kommt oder aus einer schrumpfenden Kommune oder aus einer mit Haushaltssicherung, um zeigen zu können, dass es für jeden Kontext ein gutes Beispiel gibt. Hier zeigt sich auch, wie durch Best Practices Differenz lokal produziert wird: Das Aufdecken von Praktiken der Klassifizierung und Bewertung von Best Practices legt Prozesse der Grenzziehung zwischen einfachen Klimaschutzmaßnahmen und den „besten" bzw. „nachahmenswertesten" Klimaschutzmaßnahmen offen. Meine Untersuchung von 151 guten Praxisbeispielen der Onlinedatenbank der NKI ergab bspw., dass nur sieben Kommunen mit mehr als einem Praxisbeispiel aufgeführt wurden. Die 151 Beispiele verteilen sich zudem recht ausgeglichen bzgl. der

Kommunengröße (Tabelle 10). Die Darstellung in einer Karte (Abbildung 16) verdeutlicht bildlich, dass die breite Abdeckung möglichst aller Regionen mit guten Praxisbeispielen ein wesentliches Kriterium bei der Fallauswahl zu sein schien.

*Tabelle 10: Verteilung der „guten" Praxisbeispiele (gefördert durch die NKI) nach Kommunengröße.*

| Anzahl der Praxisbeispiele | Kommunengröße |
|---|---|
| **23** | Bis 10.000 Einwohner |
| **36** | 10.001-50.000 Einwohner |
| **31** | 50.001-150.000 Einwohner |
| **22** | 150.001-500.000 Einwohner |
| **10** | Mehr als 500.000 Einwohner |
| **29** | (Land-)Kreise und Regionen mit 50.000-3.500.000 Einwohner |

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Datenbank „Praxisbeispiele von A-Z" (www.klimaschutz.de/praxisbeispiele).

*Abbildung 16: Räumliche Verteilung „guter" Praxisbeispiele (gefördert durch die NKI).*




Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Datenbank „Praxisbeispiele von A-Z (www.klimaschutz.de/praxisbeispiele).

Die Frage nach den Kriterien, also nach welchen Maßstäben die Beispiele bewertet werden und entschieden wird, ob sie zur Nachahmung empfohlen werden und damit das Label „Best Practice" verdienen, wird hier zentral. Einige der Zitate und das Beispiel der Datenbank haben bereits anklingen lassen, dass die Auswahlkriterien recht variabel sind, je nachdem, was man mit dem Best Practice-Beispiel zeigen will, wie auch eine TMN-Vertreterin betont:

„[…] it depends on the topic and the project. [For example] for this type of cases we want to be sure, […] that this was not just a project in one department, but that is was something that was actually a collaborative and integrated approach between different departments; that can be a criterion. Or a criterion could also be that for these particular cases we want to see examples of how the city worked together with the national government […]." (IN-5, 2016: 25)

Im Fall der Best Practice-Produktion im Rahmen von Wettbewerben scheint dies auf den ersten Blick anders zu sein: In der Dokumentation zum Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2009" des BMUB steht in Bezug auf die Auswahlkriterien: „Wichtige Entscheidungskriterien waren unter anderem die Effizienz in Bezug auf den Klimaschutz, die Übertragbarkeit auf andere Kommunen sowie der Innovationscharakter unter Berücksichtigung der individuellen lokalen Gegebenheiten." (SK: KK 2010: 12)

Hauptkriterien wären hier also die Klimaschutzwirksamkeit, der relative Innovationsgrad sowie das Nachahmungspotenzial bzw. die Modellfunktion der Maßnahme. Doch auf den zweiten Blick wird klar, dass eine quantitative Bewertung des Innovationsgrades oder der Übertragbarkeit kaum möglich ist, und selbst die Klimaschutzwirksamkeit der Aktivitäten lässt sich nur in einem Teil der Beispiele durch $CO_2$-Einsparungen ausdrücken. Der Auswahlprozess, der ein Praxisbeispiel zu einem guten oder nachahmenswerten Beispiel – einer Best Practice – macht, ist daher wenig standardisiert und kaum objektiv nachvollziehbar, wie der Projektleiter eines Forschungsinstitutes erklärt:

„Warum wählt ihr denn das eine [Beispiel] und warum wählt ihr das andere nicht aus? Das hängt auch mit ganz vielen Sachen zusammen. Einerseits kann die Beschreibung besser sein, andererseits kann was Innovatives auch mal spannend sein. Es kann sein, dass du die Leute auch mal irgendwie beurteilen willst: Was ist der größte Fortschritt in den letzten zwei, drei Jahren gewesen? Und nicht das immer derjenige, der eh immer schon die ganzen Preise einheimst [, wieder die Auszeichnung bekommt]. Also es ist jetzt nicht so wie die Champions League im Fußball, wo sich dann irgendwie die beste Mannschaft oft durchsetzt, sondern es ist durchaus ein variableres Spiel." (IB-4, 2015: 35)

Der Entstehungsprozess von Best Practices bewegt sich damit in einer intransparenten Grauzone. Es gibt weder im Rahmen von Wettbewerben noch in der Arbeit von Städtenetzwerken, Forschungsinstituten oder Beratungsunternehmen ein allgemeines Indikatorenset, nach dem Maßnahmen beurteilt werden. Den Best Practices für eine klimaneutrale Stadtentwicklung fehlen meist explizite, ganzheitliche Bewertungen. Daher ist es schwierig, im Fall von Best Practices eindeutig zwischen tatsächlichen Ergebnissen und politischen Aussagen zu unterscheiden (Mössner 2016), wie auch eine Masterplanmanagerin kritisiert:

„Ich würde jetzt einfach mal behaupten, […] da gibt es gar keine echten Kriterien, sondern […] die verschiedensten Gremien, die sagen: Oh das ist jetzt ein Best Practice! Und das hängt oft damit zusammen, ob die Darstellung gut ist und es alles schön bunt ist, dann beeindruckt das, und wenn dann noch dabei steht, man hat tausend Leute erreicht, dann beeindruckt das noch mehr und es wird gar nicht die Qualität nachgefragt oder dafür gibt es einfach zu wenig Kriterien." (IK-19, 2017: 46)

Daher sind viele Klimaschutzmanager Best Practice-Beispielen gegenüber kritisch eingestellt, da sie zum einen der Meinung sind, dass die Entscheider über oder Produzenten von Best Practices – z.B. Veranstaltungsorganisatoren, Herausgeber von Publikationen oder Fördermittelgeber – die Beispiele oftmals nur schlecht beurteilen können, da sie in der Regel praxisfern angesiedelt sind und sich mit den Abläufen und Herausforderungen in Kommunen nur eingeschränkt auskennen (IK-18, 2017). Zum anderen ließen sich die Best Practice-Produzenten zu oft von dem „schönen Schein" bzw. der Außenwirkung einzelner Maßnahmen blenden, da es keine objektive Entscheidungsgrundlage gäbe, wie ein Mitarbeiter des Energiereferats einer MPK erklärt:

„Also zum einen hat es sehr viel mit Zufall zu tun: Wer ist wann an welchem Ort? Wirklich Zufälle und unheimlich viel macht die Kommunikation aus. Also ich wäre ganz, ganz kritisch, diese These zu unterschreiben, das sind wirklich die „besten" Praktiken, die sich verbreiten, sondern es sind die, die am besten kommuniziert werden. [M]an erhöht natürlich die Wahrscheinlichkeit, dass sich was verbreitet, indem man auf möglichst vielen Events auftaucht, das präsentiert, das probiert über die Städtenetzwerke zu streuen, und dann glaube ich ist noch ein wesentlicher Aspekt, dass es öffentlichkeitswirksam ist […], weil im Endeffekt geht's unheimlich viel auch um Stadtmarketing und das, was man nach außen kommunizieren kann. Es sind also eher diese Dinge und bei weitem nicht die, das müsste man definieren, was sind wirklich die besten, aber in Hinsicht auf $CO_2$-Einsparung etc. würde ich jetzt nicht sagen, dass es da die besten Praktiken sind, die sich verbreiten. Und wieder halt Personen. Also irgendwie Zufall, Kommunikation, und diese Personen, an denen natürlich wieder ein Netzwerk dran hängt, und denen dann auch Vertrauen geschenkt wird, die charismatisch sind und die vielleicht auch Einfluss auf verschiedenen Ebenen haben, um das noch weiter zu streuen." (IK-15, 2016: 25)

Nimmt man an dieser Stelle die bisher gewonnen Erkenntnisse zu den verschiedenen Dimensionen von Best Practices (als praktisches Beispiel, als Blaupause und als Leuchtturm) sowie zu deren Produktionsbedingungen und -prozessen zusammen, lassen sich vier Arten der Best Practice-Entstehung erkennen:

1. *Zufall*: Wie von mir ausführlich beschrieben, entstehen die meisten Best Practices eher zufällig. Entweder werden Praxisbeispiele im Rahmen von geförderten Projekten erarbeitet oder Experten der *Consultocracy* „stolpern" zufällig über gute Beispiele in persönlichen Gesprächen, auf Konferenzen oder lesen davon, oder aber man kennt bereits einige geeignete Kandidaten für potentielle Best Practice-Beispiele aus der eigenen Arbeit und spricht diese gezielt an, wenn man Informationen für neue Aktivitäten (Konferenzen, Publikationen, Datenbanken etc.) benötigt.
2. *Selbstläufer*: Es gibt eine Reihe an Praktiken, die aus sich selbst heraus eine Ausstrahlung und Anziehungskraft entwickeln, ohne dass externe Akteure wie TMNs, Forschungsinstitute, Beratungsunternehmen, Fördermittelgeber oder kommunale Klimaschutzmanager selbst gezielt zur Verbreitung beitragen. Ein Beispiel dafür aus dem Masterplanprogramm 100% Klimaschutz ist der „Klimapakt Flensburg", hinter dem die Idee steht, kommunalen Klimaschutz in einen privaten Verein auszulagern und so zu verstetigen und von politischen Einflüssen unabhängig zu machen. Die Idee verbreitete sich schnell und in einigen weiteren MPKs (z.B. Bensheim, Burbach, Kreis Steinfurt) wurden daraufhin ebenfalls Vereine zur Verstetigung gegründet.
3. *Vom Fördermittelgeber gewollt*: Insbesondere im Rahmen von drittmittelfinanzierten Projekten oder Förderprogrammen bestehen spezifische Interessen des Geldgebers, wodurch bestimmte thematische, räumliche oder methodische Kriterien gesetzt und so gezielt Best Practices produziert und verbreitet werden. Als Beispiel kann hier die NKI-Datenbank „Praxisbeispiele von A-Z" gelten.
4. *Vom Klimaschutzmanager promotet*: In einigen Fällen sorgen engagierte Klimaschutzmanager dafür, dass ein eigenes Projekt zu einem Best Practice-Beispiel wird, indem er oder sie das Beispiel proaktiv in Städtenetzwerken streut, auf Konferenzen präsentiert, bei Wettbewerben einreicht oder auf andere Art und Weise verstärkt kommuniziert und verbreitet.

Nachzuverfolgen, wie Wissen über Klimagovernance in Form von Best Practices generiert wird, heißt – vorläufig zusammengefasst – zu zeigen, dass es eine Politik der Produktion von Wissen über eben jene Politik zu erkennen gilt. Oder wie Voß und Freeman (2016: 25) schreiben: „Knowing governance, no matter how, is never a neutral observation, but always a selective reduction of complexity, a simplified and

partial version of political reality.“ In Bezug auf den Entstehungs- und Auswahlprozess von Best Practices muss man festhalten, dass der kritische Leser oder Beobachter stets für sich selbst entscheiden muss, was in welchem konkreten Zusammenhang für ihn oder sie eine Best Practice ist, weil eine Best Practice an sich nicht existiert; sie wird immer erst durch unterschiedliche Akteure mit eigenen Interessen zu einer gemacht (IN-1, 2015). Der Prozess der Qualifizierung lokaler Praxiserfahrungen als anerkannte Best Practices involviert diverse Akteure mit multiplen polit-strategischen Interessen, wobei das Adjektiv „gute“ oder „beste“ stets eine politisch konstruierte Eigenschaft ist (vgl. auch Bruno 2009 zu „Benchmarking“).

Nachdem ich Herstellungsprozesse sowie zentrale Akteure nachvollziehen und identifizieren konnte, stellt sich außerdem die Frage nach den thematischen Inhalten und Wissensformen sogenannter Best Practice-Beispiele. Es geht mir darum aufzuzeigen, welches Wissen zu einer Best Climate Practice gemacht wird und wie dieses Wissen aufbereitet wurde. Dazu beziehe ich mich hauptsächlich auf die quantitative Auswertung von Praxisbeispielen aus Onlinedatenbanken sowie Publikationen von Forschungsinstituten mit ministerialer Beauftragung und kommunalen Städtenetzwerken im Klimaschutzbereich (TMNs), da sich textbasierte Best Practice-Beispiele inhaltlich besser untersuchen lassen als mündliche Präsentationen (zum methodischen Vorgehen vgl. Kapitel #Projektdesign). Ergänzend dazu greife ich auf Interviewdaten und Beobachtungen zurück.

Bei den knapp 370 Best Practice-Beispielen aus drei Onlinedatenbanken, zwei Publikationen und einer Leitfadenserie des C40-Netzwerks handelt es sich zu je etwa einem Drittel um (1) rein technische Maßnahmen, wie z.B. Heizpumpentausch, Erneuerung der Heizungsanalage, energetische Sanierung auf Passivhausstandard oder Umrüstung auf LED-Beleuchtung, (2) um Klimaschutz oder Klimaanpassungskonzepte sowie andere Strategien, z.B. in Bezug auf Mobilität, Tourismus etc. und (3) um „weiche“ Maßnahmen, dazu zählen Bildungsprojekte, Kampagnen, Bürgerbeteiligung usw. (vgl. Anhang C). Die untersuchten Beispiele sind thematisch vielfältig und decken damit ein recht breites Spektrum ab, was auch von verschiedenen TMN-Vertretern und Klimaschutzmanagern bestätigt wurde.

„I’d say in general […] as much technical good practice and case studies on, for example, how to deliver a financing model for energy efficiency in buildings, how to deliver BRT [Bus Rapid Transit] systems. The sharing might be around best approaches or on how to involve stakeholders and encourage participation of citizens.“ (IN-6, 2016: 31)

Auffällig ist aber, dass grundlegende Änderungen individuellen Verhaltens, visionäre technische Neuerungen oder die Einführung neuer Gesetze oder Maßnahmen, die zu Veränderungen im bestehenden Wirtschaftssystem führen, nicht durch Best Practice-Beispiele kommuniziert werden. So ist bspw. weder Suffizienz – also ein möglichst

geringer Rohstoff- und Energieverbrauch – durch Konsumverzicht oder Entschleunigung Thema, noch innovative rechtliche bzw. gesetzliche Maßnahmen oder neue Finanzierungsmechanismen. Eine Ausnahme bildet das C40-Netzwerk, das insbesondere im Themenbereich Klimafinanzierung sehr aktiv ist und einige Best Practice-Beispiele zu innovativen Finanzierungslösungen publiziert. Ansonsten wird aber vor allem solches Praxiswissen in Best Practices verbreitet, das den Logiken des Klimaschutzmanagements entspricht. Exemplarisch dafür steht die Tatsache, dass nur etwa 35 Prozent der von mir analysierten Beispiele abgeschlossene Einzelmaßnahmen darstellen, die eigentlich leichter zu übertragen sein sollten als ganze Strategien oder Programme. Es wäre zu erwarten gewesen, dass diese Einzelmaßnahmen in Best Practice-Beispielen stärker kommuniziert werden.

Etwa 20 Prozent der Best Practice-Beispiele beschreiben dagegen konkret den Erstellungsprozess von Klimaschutzkonzepten oder die Einführung eines Klimaschutzmanagements. Diese Prozesse sind sehr individuell und kontextspezifisch, daher sind sie nur schwer übertragbar. Herausgeber dieser Art von Best Practice-Beispielen ist hauptsächlich das SK:KK, das im Auftrag des BMUB Kommunen dazu motivieren soll, im Klimaschutz aktiv zu werden. Die Best Practices zu Klimaschutzkonzepten sollen zum einen die Vorteile eines durch den Bund geförderten kommunalen Klimaschutzes kommunizieren sowie zum anderen ein Bild davon vermitteln, wie erfolgreicher kommunaler Klimaschutz aussieht: Nämlich ein systematisches Klimaschutzmanagement, das auf einer Analyse des Status quo, messbaren Zielen und konkreten Maßnahmen beruht. Die Best Practices dienen also nicht unbedingt dazu, ein Klimaschutzkonzept zu kopieren, sondern es geht darum, das Klimaschutzmanagement an sich als Best Practice zu vermitteln; also zu zeigen, wie guter kommunaler Klimaschutz aussehen soll.

In Bezug auf die Darstellungsweise ergab die Durchsicht der Praxisbeispiele ebenfalls einige überraschende Erkenntnisse. In Anbetracht dessen, dass Messbarkeit (von THG-Einsparungen, des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, der Energieeinsparungen etc.) in der Klimapolitik im Allgemeinen und im Klimaschutzmanagement im Speziellen eine herausragende Bedeutung hat, fällt auf, dass 55 Prozent der Best Practice-Beschreibungen sich kaum auf Zahlen, Daten und Fakten beziehen und dieser quantitative Aspekt eher eine untergeordnete Rolle in der Darstellung spielt. Dies mag damit zusammenhängen, dass etwa 40 Prozent der Schilderungen extrem vage bleiben, da ihr Textumfang weniger als eine DIN-A4-Seite beträgt. Interessant ist auch, dass im Vergleich zur starken Betonung der Übertragbarkeit und des Nachahmungspotenzials in den politischen Förderprogrammen dieser Aspekt in den Best Practice-Beispielen selbst kaum thematisiert wird; nur rund 20 Prozent der Beispiele sprechen einen möglichen Maßnahmentransfer bzw. die Möglichkeit der Kopie und Anpassung an. Hier zeigt sich erneut, dass Best Practices weniger als praktisch abzuarbeitende und kopierbare Blaupausen fungieren (sollen), sondern dazu dienen, bestimmte Vorstellungen eines optimalen kommunalen Klimaschutzes zu verbreiten.

Dies bestätigt sich auch in folgendem Sachverhalt: Obwohl sich die Mehrheit der Klimaschutzmanager ausdrücklich für Erfahrungswissen und Praktiken „hinter" den Best Practices interessiert, sind um die 80 Prozent der Best Climate Practices reine Erfolgsgeschichten, die keinerlei Hintergrundinformationen zu Hürden, Herausforderungen oder Problemen während des Umsetzungsprozesses bereitstellen – Informationen, an denen die Verantwortlichen in den jeweiligen Kommunen besonders interessiert sind. Außerdem – möglicherweise noch gravierender – nennen weniger als die Hälfte der Beispiele überhaupt eine Kontaktperson für persönliche Nachfragen, wodurch dieses Defizit hätte ausgeglichen werden können. Dabei veralten Best Practice-Beschreibungen schnell, besonders in einem so dynamischen Politikfeld mit seinen zahlreichen und stetigen technologischen und regulatorischen Neuerungen, sodass selbst bei Nennung eines Ansprechpartners dieser möglicherweise schon gar nicht mehr erreichbar ist und das Erfahrungswissen bereits verloren ging. Damit büßen Best Practices an regierungstechnischer Nützlichkeit ein, wie die folgende Aussage der Leiterin einer Klimaschutzleitstelle verdeutlicht:

„[M]an kann viele Best Practices im Internet finden und das ist auch schon mal eine gute Grundlage für unsere Arbeit, aber üblicherweise handelt es sich bei Projekten, die veröffentlicht werden, nur um die Erfolgsstory. In meinen Netzwerken, wo ich seit vielen Jahren Mitglied bin und Vertrauen haben, bekomme ich die guten Informationen. Dann will ich richtig wissen, was steckt dahinter, warum hat das geklappt oder wo waren die Probleme oder wo sind die Stolpersteine und das kriege ich nur im persönlichen Gespräch raus." (IK-8, 2015: 32)

Insgesamt sind Praxisbeispiele in spezifischen thematischen Publikationen (z.B. mit Fokus auf kleinen Kommunen, kostengünstigen Maßnahmen, partizipativen Maßnahmen) von Forschungsinstituten wie dem DIFU zwar am ausführlichsten und aussagekräftigsten. Trotzdem sind auch sie nicht auf Replizierbarkeit der jeweiligen Maßnahme ausgerichtet, sondern es geht auch hier in erster Linie um die Vermittlung und Verbreitung der Rationalität des Klimaschutzmanagements und der Kreierung des Bildes vom „guten" kommunalen Klimaschutz durch „gute" Praxisbeispiele. Beispiele in Onlinedatenbanken sind hingegen sehr viel kompakter oder auch nur überblicksartig dargestellt. Der Fokus liegt hier eher darauf, die Vielzahl der aktuellen Aktivitäten im kommunalen Klimaschutz aufzuzeigen. Veröffentlichungen durch TMNs sind insgesamt weniger detailliert und dienen eher der Außendarstellung des Netzwerks und seiner Mitglieder (vgl. Abschnitt #Best Practices als kommunale Währung).

Um Best Practices nun als eine bestimmte Art des Denkens und Handelns, das genutzt wird, um Klimawandel in Kommunen zu regieren, kritisch untersuchen zu können, ist es neben den dahinterliegenden Interessen, der Entstehung und den Inhalten auch notwendig, empirisch zu erforschen, wie diese Regierungstechnik in der Praxis angewandt wird. Die Wirkung von Regierungstechniken hängt nämlich immer

vom Kontext ihres Einsatzes ab, während sie zugleich bezüglich des Ziels ihrer Verwendung ambivalent sind. Best Practices kommen in ganz unterschiedlichen Kontexten zur Anwendung – ob auf Konferenzen präsentiert, in Workshops als Diskussionsgrundlage genutzt, in Webinaren zur Veranschaulichung eingesetzt, vor Ort während einer „Study-Tour" gezeigt, in einer Datenbank gelistet, in Handbüchern, Leitfäden, Fachzeitschriften publiziert oder in persönlichen Gesprächen auf Vernetzungstreffen ausgetauscht – und werden für unterschiedliche Zwecke eingesetzt, wie ich im nächsten Unterkapitel herausarbeite.

Wie schon die große Anzahl von Best Practices zu Klimaschutzkonzepten zeigt, sind Klimaschutzkonzepte oder Masterpläne das wichtigste Steuerungsinstrument im kommunalen Klimaschutz. Durch sie ist ein Großteil der Regierungshandlungen in der jeweiligen Kommune bereits vorgegeben. Gerade in der Konzepterstellung, die meistens von Forschungsinstituten, Ingenieurbüros oder anderen Beratungsunternehmen durchgeführt wird, kommen Best Practices in großem Umfang zum Einsatz, wie eine Klimaschutzmanagerin kritisch anmerkt:

„Die meisten Kommunen basieren ihre Klimaschutzarbeit auf Konzepten. Und ich glaube, dass in diesen Konzepten, also ohne jetzt jemandem auf den Schlips zu treten, aber diese Konzepte, die beinhalten halt oftmals Copy-Paste. […] Die normalen Klimaschutzkonzepte sind doch recht einheitlich. Und ich glaube, dass gerade diese Ingenieurbüros, dass die eine große Nachfrage nach Best Practices haben." (IK-18, 2017: 16)

Aus bereits existierenden Praxisbeispielen wird dann von den Experten ein „neues" Konzept zusammengestellt und Maßnahmenvorschläge auf die örtlichen Gegebenheiten angepasst. Die umfassende Recherche und Zusammenführung von Praxisbeispielen in den verschiedenen Handlungsfeldern in der Erstellung von Klimaschutzkonzepten ist somit ein Hauptanwendungsbereich von Best Practices. Gleichzeitig werden durch diese Nutzung von Praxisbeispielen überhaupt erst Best Practices geschaffen, indem Experten bestimmte Beispiele als vorbildlich und nachahmenswert identifizieren und diese dann als Maßnahmenvorschlag in ihre Konzepte aufnehmen. Dazu ein Auszug aus dem Frankfurter Masterplan:

„Nachdem in Kapitel 3 die Ausgangslage im Verkehrssektor dargestellt wurde, erfolgt in diesem Kapitel die Vorstellung von Maßnahmen zur Reduktion der Pkw-Dichte, dem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und der Erhöhung des Fahrradfahreranteils am Modal Split. Diese orientieren sich an ausgewählten nationalen und internationalen „Best-Practice" Beispielen, die sich auf Frankfurt am Main übertragen lassen." (Schumacher 2015: 14)

Das Regierungshandeln der Klimaschutzmanager ist dementsprechend stark von diesen Konzepten, deren Zielvorgaben und Maßnahmenlisten geprägt; ihre Hauptaufgabe ist es, diese zu erfüllen und umzusetzen, wie mir von mehreren Gesprächspartnern geschildert wurde:

„Also grundsätzlich ist es ja so, und das ist, glaube ich, bei allen Masterplankommunen und Klimaschutzkommunen mit Konzepten [so]: Du hast ja eigentlich schon deine eigenen Maßnahmen erarbeitet. Du hast ja schon eine Maßnahmenliste, die wurde ja schon erstellt. […] Zum einen bist du also dabei, das umzusetzen. Zum anderen schaust du auch viel: Was machen die anderen? Was kann man hier umsetzen?“ (IK-13, 2016: 39)

„Was man natürlich beachten muss, ist der zeitliche Rahmen, den man sich selber gesetzt hat. […] Man muss gucken: Was gibt der Masterplan vor? Was nehme ich mir für dieses Jahr vor? Man hat dann im Prinzip schon einen festen Rahmen, und da ist vielleicht hier und da mal noch eine Lücke, wo Luft ist, dass man da noch an was Neues denken kann. Aber in der Regel ist es doch eher so, dass man sich vielleicht irgendwo über gute Beispiele informiert auf einer Veranstaltung und die kommen nicht direkt zum Tragen. […] Sondern man setzt sich das dann vielleicht für nächstes Jahr mal auf die Agenda oder für übernächstes Jahr, weil, wie gesagt, holterdiepolter in der Verwaltung leider überhaupt nichts funktioniert.“ (IK-18, 2017: 24)

Die Maßnahmenumsetzung geschieht meist dennoch weniger systematisch, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Trotz Maßnahmenliste, Strategie und Zielvorgaben findet die Maßnahmenumsetzung oft „aus dem Bauch heraus“ statt (F-160616-Marburg). Klimaschutzmanager können oft nicht einfach schrittweise eine Liste an Maßnahmen abarbeiten, sondern müssen eine eher problemorientierte Herangehensweise verfolgen, da sie auf äußere bspw. politische Einflüsse reagieren müssen, statt dass sie proaktiv agieren und selbst eine Agenda vorgeben könnten. So kann es vorkommen, dass durch die Auflage einer neuen Förderlinie plötzlich ergänzende Finanzierung zur Verfügung steht und man kurzfristig auf dieses Möglichkeitsfenster reagieren muss. Best Practice-Beispiele von bekannten und vertrauten Kommunen sind hier die erste Informationsquelle, um handlungsfähig zu sein. Auch der Wechsel eines Bürgermeisters oder eines Dezernenten kann zu neuen thematischen Priorisierungen führen, wie eine Klimaschutzbeauftragte betont:

„Es gibt Sachen, das wollen sie [Lokalpolitiker] und da ist dann egal, was es kostet. Und Sachen, die sie nicht wollen, das können Sie totdiskutieren. Aber Sachen, wo sie meinen, da können sie sich positionieren, gerade jetzt vor der Wahl, [die werden dann durchgedrückt]. Es ist ein schwieriges Feld, […] man kann mit einer Maßnahme locker durchgehen und mit der gleichen Maßnahme einen Monat später völlig auf die Nase fallen.“ (IK-11, 2016: 12)

Das heißt, Möglichkeitsfenster müssen bedient werden und eine gewisse Flexibilität muss stets gewährleistet sein. Hierbei kommen wieder die Best Practice-Beispiele ins Spiel, da man auch nach der Konzepterstellung weiter in der Lage sein muss, schnell auf sich ändernde Rahmenbedingungen, neue thematische Schwerpunkte oder politische Veränderungen zu reagieren. Während des regionalen Klimagipfels in Rheine 2015 z.B. erläuterte mir eine Klimaschutzmanagerin ihr Vorgehen folgendermaßen: „Wenn jetzt ein neues Thema auf die Agenda kommt, z.B. grüne IT, und wir entscheiden uns in dem Bereich tätig zu werden, dann schaue ich mir schon zuerst die Datenbanken und Broschüren durch, was es da in anderen Kommunen schon gibt. Man guckt sich eben was voneinander ab." (F-150312-Rheine) Und eine Klimaschutzbeauftragte erklärt:

„Ich habe es in einem anderen Projekt erlebt, wir wollten eigentlich für einen Ortsteil ein Nahwärmenetz mit Biomassekraftwerk im Ort errichten […]. Da kam dann ein Landwirt [zu der Veranstaltung]: ‚Ich baue eine Biogasanlage! Wäre das nicht was, die Wärme mit im Ort unterzubringen?' Und da hat sich dann plötzlich ein großes Projekt [ergeben]. Auf einer anderen Veranstaltung habe ich dann einen Ansprechpartner und Beispielprojekte gefunden und über das Internet noch weiter recherchiert. So habe ich mir die Referenten für Bürgerinformationsveranstaltungen rausgesucht. Da sind die Best Practice-Beispiele super, auch, um dann Informationen an die Bürger weiterzugeben. Dann können die Akteure nämlich direkt erzählen: ‚Wie war es denn?' Und das glauben die Leute einem eher, als wenn von der Verwaltung einer kommt und theoretisch was erzählt." (IK-11, 2016: 32)

Unabhängig von der Bedeutung von Best Practices für die flexible Reaktion auf unvorhergesehene Veränderungen kann es auch Raum im „Alltagsgeschäft" für neue Ideen abseits vorgefertigter Maßnahmenlisten geben. Auch dann werden Best Practices gezielt genutzt, um die eigenen Ideen abzugleichen mit bereits Vorhandenem, wie man mir bei weiteren Gesprächen erklärte:

„Da habe ich gedacht: ‚Wir haben im Landkreis kein eigenes Bioenergiedorf, obwohl wir da eigentlich ziemlich viele Kandidaten hätten.' Und dann denke ich manchmal auch so: ‚Och, was machen wir denn jetzt als nächstes? Ah, das ist ja interessant! Komm, das machst du jetzt!' Also dann gehst du mal hin und fragst: ‚Warum haben wir sowas nicht und können das nicht machen?' Und da denke ich dann auch: ‚Ja, da gibt es doch so einen Goldstandard', und dann gucke ich mir das Buch an und dann fahren wir mal alle nach Jühnde [Bioenergiedorf in Niedersachsen bei Göttingen] und schauen, wie weit die da jetzt sind und wie so die Normen sind, wie man sowas am besten macht." (IK-3, 2015: 31)

„Wenn ich eine Idee habe, […] dann gehe ich aktiv auf die Suche [nach Beispielen]: Was gibt es da schon? Passt das zu uns, was die Stadt Hannover z.B. dazu gemacht hat? Es kann aber auch sein, dass die Idee zu mir kommt: Wir treffen uns zu einem Thema, meinetwegen mit den Masterplankommunen, oder mit anderen Arbeitsgruppen, und dann werden Dinge vorgestellt

und dann denke ich: ‚Oh! Das wäre auch gut für uns!' Das passiert aber nicht über die Darstellung in einem Best Practice-Atlas. Das ist nur wichtig, wenn ich an sich schon irgendeine Idee im Kopf habe. Dann gehe ich gucken: Was gibt es? Wie kann ich das, was ich auch im Kopf habe, adaptieren, verbessern? Das andere passiert über Austausch." (IK-2, 2015: 24)

Es wurde bereits erwähnt, dass sich der kommunale Klimaschutz aufgrund der Fördermechaniken stark in Projekten organisiert. Aus dieser zeitlichen Befristung resultiert eine große personelle Fluktuation. Hinzu kommt, dass befristete und meist schlecht bezahlte Klimamanagementstellen eher junge, unerfahrene Bewerber anziehen. Diese „Neulinge" sind auf Hilfestellungen angewiesen. Best Practice-Beispiele sollen ihnen „Zeit und Frust ersparen" (IK-5, 2015: 38). Neu eingestellte Klimaschutzmanager ohne oder mit nur wenig Berufserfahrung sehen in den Praxisbeispielen Vorbilder oder Modelle für eigene Aktivitäten oder auch einfach Möglichkeiten, sich zu informieren, was in den verschiedenen Themenbereichen „State of the Art" ist, um dann „aus verschiedenen guten Beispielen anderer Kommunen [ihr] eigenes Projekt" (IK-18, 2017: 16) zusammenzustellen.

„[…] wenn du neu reinkommst und du überlegst dir, was kann ich jetzt hier machen vor Ort? Da habe ich mir wirklich überlegt, die Dinge, die jetzt andere Städte, andere Masterplankommunen gemacht haben, umgesetzt haben, die dort funktionieren, die können vielleicht auch hier funktionieren. Es ist ja eigentlich auch so angedacht, dass wir da einen Erfahrungsaustausch machen und uns eben Best Practice-Beispiele angucken. Ich habe mir z.B. diesen ‚Klimapakt Flensburg' genommen und habe jetzt versucht, zu überprüfen, ob wir das hier übernehmen könnten. […] Für mich war es von Anfang an klar, ich versuche mir möglichst Anregungen zu holen in Städten, die schon weiter sind, oder bei Leuten, die schon länger in dem Thema drin sind als ich persönlich. […] Von daher ist das ein Stück weit auch meine Arbeitsphilosophie." (IK-1, 2015: 11)

Zusätzlich ist die Arbeitskraft in den Klimaschutzabteilungen durch die Freiwilligkeit des kommunalen Klimaschutzes und die limitierten Mittel generell begrenzt, sodass viel mit Praktikanten gearbeitet wird. Auch hier kommen Best Practice-Beispiele zum Einsatz: Damit die Praktikanten auch ohne große Erfahrungen und in einem kurzen Zeitraum arbeiten können, sollen sie häufig simple Best Practice-Beispiele abarbeiten – wie z.B. den Aufbau eines Aktionsstands in der Einkaufsstraße zum Tausch von Plastiktüten gegen Baumwolltaschen[8] –, wofür sie einfach einer Anleitung folgen, ohne dass das Team damit einen großen Betreuungsaufwand hätte.

8 Praxisbeispiel der Stadt Detmold „Kein Plastik mehr – kein Plastik Meer": Aktionsstand, an dem Plastiktüten gegen Baumwolltaschen getauscht werden (www.klimaschutz.de/sites/default/files/practice_example/praxisbeispiel_detmold.pdf).

## „GEBT UNS GUTE BEISPIELE!“[9]

Sowohl die Nachfrage nach Best Practice-Beispielen als auch das Angebot ist im kommunalen Klimaschutz enorm. Die Überschrift dieses Unterkapitels ist dabei nur eines von vielen Zitaten, anhand derer ich beobachten konnte, dass aktiv „gute Beispiele“ gefordert werden. Anstelle von Strategiepapieren wollen die Klimaschutzmanager lieber wissen, was praktisch funktioniert. Dazu – sagen sie – braucht man gelungene Umsetzungsbeispiele. Sie wollen an Beispielen erfahren, wie man die mannigfaltigen Bausteine umsetzen kann. Die Beschreibung der verschiedenen Anwendungsbeispiele und -kontexte hat gezeigt, dass Best Practice-Beispiele nicht nur unterschiedliche Bedeutungen annehmen, sondern auch verschiedene Funktionen beim Regieren des Klimawandels in Kommunen einnehmen können. Nachdem ich im Abschnitt #„Mit Ideen und Beispielen zum Erfolg“?! zunächst in das Feld der Best Practice-Beispiele mit ihrer Entstehung, ihren Inhalten, Interessen und Anwendungsbereichen eingeführt habe, analysiere ich nun das Funktionieren der Regierungstechnik „Best Practice“ in ihren unterschiedlichen Ausprägungen. Neben der Funktion als reine Informationsquelle konnte ich durch die Auswertung und Kodierung des erhobenen Materials vier Hauptfunktionen von Best Practices als Regierungstechnologie des kommunalen Klimaschutzmanagements identifizieren:

1. Best Practices als *Möglich-Macher*
2. Best Practices als kommunale *Währung*
3. Best Practices als Instrument des polit-strategischen *Agenda-Settings*
4. Best Practices als *Projektergebnis*

Die Grenzen zwischen diesen Funktionen sind fließend, das heißt, dasselbe Best Practice-Beispiel kann in verschiedenen Kontexten für unterschiedliche Ziele eingesetzt werden. Es gibt also keine spezifischen *Typen* von Best Practices, die jeweils nur als Argumentationshilfe, nur zur Imageaufwertung, nur als Lobbying-Werkzeug oder nur der Legitimation und Dokumentation von Projektergebnissen dienen. Dabei sind durchaus weitere Funktionen denkbar, insbesondere, wenn man den Untersuchungsrahmen auf andere Politikfelder oder andere geographische Kontexte außerhalb von Deutschland und der EU ausweitet.

9 F-171213-Bensheim

### Best Practices als „Möglich-Macher“

Als wichtigste Funktion stellte sich die Nutzung von Best Practices zur Inspiration, Motivation und Mobilisierung verschiedener Akteure innerhalb und außerhalb der kommunalen Verwaltung heraus. Klimaschutzmanager verwenden Best Practices in diesem Sinne als „Möglich-Macher“, insbesondere zur Überwindung mentaler Barrieren, also um Zweifel, Bedenken oder Vorbehalte gegen bestimmte Maßnahmen anhand gelungener Praxisbeispiele zu entkräften, aber *ohne* diese Beispiele unbedingt direkt zu übertragen, anzupassen oder nachzuahmen. Damit schließt sich diese Funktion an das Verständnis von Best Practices als „gutes Praxisbeispiel“ an (vgl. Abschnitt #„Mit Ideen und Beispielen zum Erfolg“?!): „[Best practices are] for anyone who still doubt: Prove that you can do something at the local level and that it can change the global situation. That’s the main function of best practices.“ (IN-3, 2016: 56)

Illustrative Beispiele erfolgreicher Praxis zeigen, wie kommunaler Klimaschutz vor Ort funktioniert. Eine ihrer Hauptfunktionen ist daher, die Vielfalt existierender und funktionierender Lösungen sichtbar zu machen und weniger die Abarbeitung einzelner Modellprojekte oder -prozesse (sogenannter Blaupausen). Damit übernehmen Best Practices eine wichtige Funktion innerhalb des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz“, denn sie machen Klimawandel als Regierungsobjekt für die involvierten Akteure sichtbar und verstehbar; sie legen fest, welche Klimaprobleme zu lösen sind und geben Methoden der Problemlösung vor. Dieser Aspekt der Sichtbarkeit ist zentral, nicht nur, weil er den Möglichkeitshorizont der Akteure erweitert, sondern weil er gleichzeitig *ermöglichend* wirkt. Das ist von großer Bedeutung, weil – wie ein junger Klimaschutzmanager zu Bedenken gibt – „vieles […] auch als Spinnerei abgetan wird, und wenn ich dann aber argumentieren kann, in einer anderen Stadt funktioniert so etwas ähnliches schon konkret, dann habe ich natürlich eine viel bessere Argumentationsgrundlage [gegenüber meinem Dezernenten].“ (IK-1, 2015: 90)

Auch Cidell (2015) identifiziert in ihrer Forschung zur Kommunalpolitik im Bereich grüner Gebäude die Bedeutung dieses „everyone else is doing it“-Arguments (ebd.: 572), um Aktivitäten in der eigenen Kommune zu stimulieren. Abgesehen davon, dass Best Practices den Klimaschutzmanagern den Rücken stärken und ihnen eine Übersicht über die vielfältigen Lösungsansätze verschaffen, sind gute Praxisbeispiele auch für die politische Führungsebene elementar. Für diese Akteursgruppe dienen sie vor allem als Entscheidungshilfe. Die Themenbereiche und Herausforderungen, denen sich Kommunen widmen müssen, wachsen stetig und sind außerdem zunehmend komplexer. Input und Anleitung seitens Länder- oder Bundesebene ist oft minimal, sodass gute Praxisbeispiele von und Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen an Bedeutung gewinnen; sie bieten Orientierung und begrenzen den

Raum des Möglichen (IK-5, 2015). Zudem sind viele (Lokal-)Politiker oft keine Experten in Fragen des kommunalen Klimaschutzes, z.B. im Bereich energetische Sanierungsmaßnahmen oder industrielle Abwärmenutzung. Sie sind daher auf Beispiele und Inspirationen anderer Kommunen angewiesen, wie man mir sowohl seitens der Städtenetzwerke als auch seitens der Klimaschutzmanager verdeutlichte:

„For them to be inspired by what others are doing and to see the replicability, that all this could actually work in my city as well and for them to want to make it happen in their own city." (IN-5, 2016: 12)
„Unsere Nachhaltigkeitsreferentin hat letztes Jahr bei einer Konferenz […] gesehen, dass es einen Glühbirnenaustausch in Osnabrück gab. Die hat das gesehen, hat das super gefunden und hat gesagt: ‚Können wir sowas nicht auch machen?'" (IK-13, 2016: 29)

Ähnliches gilt auch für die Überzeugung und Aktivierung von Kollegen, anderen Abteilungen und Referaten, Bürgern, Vereinen oder lokalen Unternehmen – auch hier werden Best Practices als Motivationsinstrument, Mutmacher und Vermittler angewandt. Nicht notwendigerweise mit dem Ziel, eine spezifische Best Practice auch hier einzuführen, sondern um überhaupt allgemeine Klimaschutzaktivitäten anzustoßen. Denn gute Praxisbeispiele können allgemein die Akzeptanz der verschiedenen Zielgruppen für Klimaschutzmaßnahmen erhöhen, da sie mentale Barrieren abbauen, indem sie zeigen, dass visionäre Lösungen an anderen Orten bereits funktionieren oder dass manche Interventionen auch schon mit kleinem Budget realisierbar sind. Eine Orientierung an Best Practice-Modellen legitimiert die Entscheidungen von politischen Entscheidern (Tews et al. 2003). Im Endeffekt haben Best Practices also die Eigenschaft, wahrgenommene Risiken, die neuen oder innovativen Maßnahmen üblicherweise zugeschrieben werden, diskursiv zu minimieren (IK-4 und IK-6, 2015).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die „Möglich-Macher-Funktion" von Best Practices damit korreliert, was Foucault (in Dreyfus und Rabinow 1982) als „regieren" bezeichnet: die Strukturierung und Gestaltung des Feldes möglicher Handlungen von Subjekten. In anderen Worten: ein „Management der Möglichkeiten". Best Climate Practices tragen als gute Praxisbeispiele einerseits zur Repräsentation und zum Wissen über effektives Klimaschutzmanagement bei, andererseits ermöglichen sie Interventionen, die das Phänomen Klimawandel auf kommunaler Ebene bearbeitbar machen sollen. Als Regierungstechnik des kommunalen Klimaschutzmanagements machen Best Practices diese Möglichkeiten sichtbar und für die verschiedenen Akteure mit Klimaschutzauftrag nutzbar. Damit tragen sie tatsächlich zur Operationalisierung der Regierungsrationalität des Klimaschutzmanagements bei, indem sie Kommunen zu einem gewissen Grad die Implementierung identifizierter Lösungsansätze oder deren Beschleunigung ermöglichen. Somit leisten Best Practices in dieser Funktion einen Beitrag zur Erreichung der kommunalen Klimaziele, auch wenn dies nicht notwendigerweise durch die Replizierung einer Maßnahme,

sondern durch die Nutzung eines Best Practice-Beispiels als Argumentationshilfe geschieht.

### Best Practices als kommunale Währung

> Und was wir daraus [aus den Best Practices] ableiten, ist ein bisschen unsere *Währung*; also, es ist so ein bisschen die Bestätigung, die uns sonst keiner gibt. *(IK-3, 2015: 27)*

Interessanterweise beschrieben sowohl einige Berater als auch einige Klimaschutzmanager Best Practices als eine Art alternative „Währung" für oder als „Produkte" von Kommunen. Dazu muss angemerkt werden, dass Kommunen laut Verfassung keinen realen monetären Gewinn erzielen dürfen, bspw. durch die Veräußerung innovativer Projektideen, Lösungsansätze oder Methoden.[10] Alle Ergebnisse, die durch Fördermittel erzielt wurden, sind Allgemeingut und „gehören" nicht dem „Erfinder" oder „Produzenten", also hier der Kommune. Mit dem Empfang von Fördermitteln verpflichtet sich die Kommune zur freiwilligen Weitergabe von Projektergebnissen und Informationen, damit andere davon profitieren, lernen und gegebenenfalls die Lösung adaptieren können; ganz im Sinne des Prinzips der Nachahmung. In der Kommunalrichtlinie (BMUB 2016b: 28f.) ist dazu Folgendes festgehalten:

„Die Antragsteller bzw. Zuwendungsempfänger erklären sich damit einverstanden, dass das Bundesumweltministerium: […]
d) die Daten des Zuwendungsempfängers für die Auswertung der Förderaktivitäten, für die Öffentlichkeitsarbeit oder für die Zusammenarbeit mit anderen durch das Bundesumweltministerium geförderte Vorhaben an durch das Ministerium beauftragte oder geförderte Organisationen weitergibt.
Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich: […]
g) Unterlagen zu bewilligten Fördervorhaben zur Verfügung zu stellen, damit diese im Internet oder in einer internetbasierten Projektdatenbank dargestellt werden können."

10 In den Gemeindeordnungen der deutschen Bundesländer finden sich Vorschriften, die im Anschluss an §67 der Deutschen Gemeindeordnung (DGO, vom 30.01.1935) der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen bestimmte Grenzen setzen. Rein erwerbswirtschaftliche Betätigung mit der Gewinnerwirtschaftung als einzigem Zweck ist den kommunalen Unternehmen z.B. gänzlich untersagt.

Kommunen dürfen also kein Geld damit verdienen, indem sie innovative oder effektive „Produkte“ entwickeln, was durchaus als problematisch wahrgenommen wird:

„Es wird vorausgesetzt, dass wir bereitwillig alles, was wir erarbeitet haben, einfach so allen geben, die mal eben anrufen. […] Also ich will dann gerne auch Sachen rausgeben, aber ich würde dann eigentlich gerne auch mal etwas zurück haben dafür. Vielleicht sogar auch mal eine Rechnung schreiben und nicht nur: ‚Wir erwähnen euch in der Pressemitteilung‘.“ (IK-3, 2015: 24)

Wenn sie aber für einige ihrer Lösungsansätze das Label „Best Practice“ erhalten – falls sie bspw. einen Preis für eine Maßnahme gewinnen, zu einer Konferenz eingeladen werden, wo sie dann eine Lösung präsentieren sollen oder wenn eine ihrer Initiativen in einer Broschüre als gutes Praxisbeispiel publiziert wird – verdienen sie Ansehen und Sichtbarkeit. Das kann wiederum dazu führen, dass sie leichter neue Fördermittel einwerben können und so schließlich doch finanziellen Gewinn daraus schlagen oder ihre politische Einflussnahme steigern können. Ein Mitarbeiter eines Forschungsinstitutes bringt es wie folgt auf den Punkt: „Ein Unternehmen verkauft sein Produkt und Masterplan-Kommunen veräußern ihr Projekt durch Anerkennung. Die Währung ist also eine andere.“ (IB-4, 2015: 26)

Best Practices dienen Kommunen in diesem Kontext als Kommunikationsmittel, um ihre erfolgreichen Klimaschutzmaßnahmen einem größeren Publikum zu vermitteln. Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit sind – kaum überraschend – ein wesentlicher Aspekt von Best Practices; ganz nach dem alten PR-Motto: „Tue Gutes und spreche darüber.“

„Nach eigenen Angaben wird Hannover öffentlich als ‚Klimaschutzkommune‘ wahrgenommen. Dies gründet auf diversen Anfragen für Vorträge und Teilnahmen an Exkursionen zu ausgewählten Klimaschutzprojekten der Stadt Hannover. Darüber hinaus wird die Stadt kontinuierlich in Klimaschutz-Veröffentlichungen mit Projekten erwähnt. Die Klimaallianz Hannover 2020 hat im Jahr 2010 einen Preis für herausragende Klimaschutzkonzepte erhalten.“ (Riedel und Lund 2013: 4)

Wie auch Cidell (2015) anhand ihrer empirischen Daten verdeutlicht, sehen sich Lokalpolitiker gerne an der Spitze einer Bewegung und mögen es daher, wenn ihre Kommunen Best Practices – am besten im Sinne von „Leuchttürmen“ – entwickeln und verbreiten. Doch Best Practices bieten nicht nur für Kommunen einen Mehrwert. Auch TMNs nutzen Best Practices als eine Art Währung: Zum einen dienen sie ebenfalls der Selbstdarstellung und Profilierung des eigenen Netzwerkes: „[…] profiling [our organisation] as a network that […] really does have these pioneers in sustainability [by showing our members’ best practices].“ (IN-5, 2016: 27)

Zum anderen sind sie ein „Produkt“ bzw. eine „Dienstleistung“ für die Mitglieder des Netzwerkes, die sie als Gegenleistung für ihren Mitgliedsbeitrag erhalten.

„Of cause, that [best practice production and dissemination] is an argument for membership. That’s one of the main things we do for members: to promote their activities and their actions and choices. We offer them all our communication support like website, blog, social media, newsletter and more structured information like case study database. Yes, this is one of our services we offer to our members of course. It’s a way for us of being attractive as a network.“ (IN-3, 2016: 46)

Auch Macmillen und Stead (2014: 84) stellen in einer Ära von wettbewerbsorientierter und finanziell unsicherer kommunaler Verwaltung eine enge Verbindung von Best Practices zu Selbstdarstellung und Eigenwerbung fest. Bestimmte Politiken oder Praktiken als die „besten“ zu repräsentieren wird so zu einem strategischen Schachzug, um das Image einer Kommune aufzubessern oder sich in bestimmten Bereichen zu profilieren, wodurch sowohl neue Fördermittel als auch politische Unterstützung generiert werden können.

„Dadurch, dass die Produkte [der Kommune] diesen hohen Bekanntheitswert haben [durch das Label Best Practice] und sich auf dem ‚Markt‘ durchgesetzt haben, können sie mit dem Produkt auch die Kommune als Marke transportieren und so einen Mehrwert des ‚Herstellers‘ [= Kommune] suggerieren, was die Neueinspeisung von Kapital aus Förderprogrammen hier stark erhöhen kann.“ (IB-4, 2015: 26)

Einladungen zu Konferenzen oder Veröffentlichungen in Publikationen oder im Internet sind aber nicht nur eine Frage der Steigerung der Sichtbarkeit der Kommune, sondern sorgen auch dafür, dass die jeweilige Kommune als besonders kompetent, verantwortungsbewusst und vorbildlich wahrgenommen wird. In der Publikation zum Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ des BMUB liest sich das wie folgt: „Die Gewinner sind Leuchttürme des kommunalen Klimaschutzes: Die herausragenden Leistungen, die sie vollbringen, zeugen von Engagement, Kreativität und erfolgreicher Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure.“ (SK: KK 2011: 5)

Best Practices als kommunale Leuchtturmprojekte bringen die Exzellenz kommunalen Handelns und die Fähigkeit der Vorbild-Kommunen, replizierbare und skalierbare Lösungen zu entwickeln, an die Öffentlichkeit. Von anderen Kommunen kopiert zu werden ist gleichzeitig ein starkes Argument dafür, dass Fördermittel in dieser Kommune sinnvoll investiert wurden, und erleichtert zudem den Nachweis einer positiven Klimawirkung.[11]

11 Während des Vernetzungstreffens der Masterplan-Kreise präsentierte ein Landkreis unter Anwesenheit des Fördermittelgebers eine Folie, auf der alle Maßnahmen aufgelistet waren,

„Mit Blick auf die Anschlussförderung […] möchte man sich nochmal besonders gut präsentieren, um auch sagen zu können: Wir verdienen es auch die nächsten zwei Jahre, als Best Practice-Lieferanten für die neuen Kommunen zu dienen. […] Mit Best Practices kann man eben dem […] Fördermittelgeber darstellen: Wir sind eine wertvolle Bereicherung, weil wir bestimmte Sachen machen. Wenn man in bestimmten Projekten sich immer wieder mal in der Öffentlichkeit zeigt und sagt, wir machen das, wir machen das, wir machen das – […] und dann auch sagen, das machen wir am besten." (IB-2, 2015: 73)

Dieser verstärkte Einsatz von Best Practices zur kommunalen Eigenwerbung führt aber auch dazu, dass „gute Praxis kein Scheitern kennt" (IK-4, 2015: 54). Best Practice-Beschreibungen – ob gedruckt, online oder mündlich präsentiert – reflektieren so gut wie nie die Probleme und Hürden, die jedes neue Projekt bewältigen muss; ganz egal, wie erfolgreich es letztendlich sein wird. Unzählige Arbeitsstunden, die in Telefonate oder Netzwerkaktivitäten investiert werden mussten, werden bspw. meist systematisch verschwiegen. Der ganze Prozess wird geschönt, sodass viele Best Practice-Darstellungen aus Sicht vieler Klimaschutzmanager zu simplem Stadtmarketing verkommen.

„Das verschwimmt natürlich auch sehr schnell im Stadtmarketing. Ich meine, jede Stadt, die irgendetwas ausprobiert […] und dafür Geld ausgibt, muss natürlich vor den eigenen Bürgern, vor der politischen Opposition und so weiter auch immer rechtfertigen, wofür dieses Geld ausgegeben wurde. Was natürlich aber auch dazu führt, dass dann auch mittelprächtig funktionierende Maßnahmen als das Nonplusultra dargestellt werden." (IK-1, 2015: 108)

Die „Währungs-Funktion" zeigt nicht nur, wie eine Regierungstechnik für andere Zwecke eingesetzt wird als für jene, die in politischen Programmen primär verfolgt werden – also Prestige und Einfluss statt Nachahmung und Einsparungen –, sondern auch, dass es sogar zu gänzlich konträren Ergebnissen kommen kann. Auf der Suche nach Finanzierung und Anerkennung passiert es nicht selten, dass Kommunen lieber versuchen, „das Rad neu zu erfinden", statt existierende Lösungen zu kopieren und anzupassen (IB-6, 2016).

---

die andere Kommunen bis dahin vom betreffenden Landkreis übernommen hatten (F-150313-Rheine).

### Best Practices zum polit-strategischen Agenda-Setting

Best Practices spielen nicht nur eine wichtige Rolle in der Außendarstellung und Eigenwerbung sowie für die interne und externe Überzeugungsarbeit, sondern auch in der politischen Themensetzung und Lobbyarbeit. Best Practices bieten hier ein Mittel, um durch ihre „strategischen und prosaischen Eigenschaften" kommunalen Klimaschutz zu ermöglichen (Stripple und Bulkeley 2014a). Gleichzeitig tragen Best Practice-Beispiele dazu bei, dass bestimmte Formen der Steuerung, des Wissens und Praktiken (eben die „besten") im kommunalen Klimaschutz dominieren und andere in der Folge marginalisiert werden. Daher sollte die Erstellung und Verbreitung guter Praxisbeispiele verstanden werden als „[…] a process which empowers some but disadvantages others, ‚putting alternative visions of the future outside the bounds of policy discussion'" (Moore 2013: 2374).

Dabei sind Best Practices (sowohl als Praxisbeispiele wie auch als Leuchttürme) für Kommunen und ihre kommunalen Netzwerke ein Vehikel, um Klimaschutz als wichtigen Einflussbereich kommunalen Handelns darzustellen. Indem Kommunen durch Best Practices zeigen und verbreiten können, welche erfolgreichen und wirksamen Maßnahmen bereits umgesetzt werden, tragen sie dazu bei, Klimawandel als kommunales Politikproblem zu redefinieren sowie mehr Einfluss und Macht in diesem Feld zu erlangen (Bulkeley 2005). Macmillen und Stead (2014) beschreiben Best Practices in einem ähnlichen Sinne als Mittel zur „Diskursmanipulation", weil dadurch, dass bestimmte Praktiken als die „besten" definiert werden, politische Akteure Debatten subtil beeinflussen sowie den Charakter und die Wahrnehmung eines Politikproblems verändern können. Das ist auch einer der Hauptgründe, warum TMNs in der Produktion und Verbreitung von Best Practice-Beispielen so aktiv sind: Best Practices sind nicht nur eine Dienstleistung für die Mitgliedskommunen – wie in ihrer Währungs-Funktion verdeutlicht –, sondern auch

„[…] very useful to convince upper level of governments, like regional, national or European levels, to convince them that increasing local capacity is the key. […] That's also a way to convince them [upper levels of government] of the importance of local actions and then consequently of the importance of giving more power to the local level." (IN-3, 2016: 58)

Es wurde schon angedeutet, dass Best Practices für Kommunen einen Türöffner zum Eintritt in politische Arenen darstellen können, die ihnen sonst verwehrt blieben. Hat man – insbesondere durch Leuchtturmprojekte – Bekanntheit als Vorbildkommune erlangt, erhält man z.B. Einladungen zur COP oder zu Konsultationen auf Bundes- oder Länderebene, um die guten Praxisbeispiele vorzustellen und Erfahrungen von der Umsetzungsseite einzubringen. So kommt es, dass eine 2000-Einwohner-Ge-

meinde wie Enkenbach-Alsenborn auf Bundesebene als Vorreiterkommune wahrgenommen wird; eine deutsche Stadt wie Flensburg mit 85.000 Einwohnern zu den internationalen Klimaverhandlungen über das Durban-Protokoll eingeladen oder eine hessische Masterplankommune auf landespolitischer Ebene in die Klimapolitik eingebunden wird:

„Und mittlerweile bin ich auch als Vertreter in dem Steuerungskreis für die Entwicklung des hessischen Klimaschutzplanes. Da sind wir der einzige Kommunalvertreter in diesem Gremium, wenn man jetzt mal von solchen Verbänden wie Städteverbund oder so was absieht. Das heißt, diese Modellregion oder dieses Vorweggehen mit Modellprojekten ermöglicht dann einem auch auf ganz anderen Ebenen dann noch mal Prozesse zu initiieren oder mit zu steuern, sodass man auch das Gefühl hat, dass das auf der lokalen Ebene oder auf der regionalen Ebene die richtigen Richtungen einschlägt." (IK-4, 2015: 14)

Diese Agenda-Setting-Funktion ist dementsprechend wichtig für Pionier-Kommunen und TMNs, die Best Practice-Beispiele einsetzen, um ihre Ideen und Visionen von „gutem" Klimaschutz zu verbreiten. Die Stadt Heidelberg betont in ihrem „Masterplan 100% Klimaschutz" bspw. Folgendes:

„**Strategiesäule 2: Als Best Practice-Stadt Unterstützung des Landes einwerben.** Einfluss auf Landesentscheidungen können sich vor allem Kommunen erwerben, die selbst aktiv sind und gute Beispiele vorweisen können. Im Rahmen der Baden-Württemberger Bildungsplanreform 2015 werden derzeit die Inhalte der Bildungspläne für die allgemeinbildenden Schulen überarbeitet. Wie stark Prinzipien der BNE dort verankert werden, hat großen Einfluss auf die schulische Bildung in Heidelberg. Deshalb sollte dieser Prozess intensiv beobachtet werden und bei Bedarf mit Vorschlägen und Beispielen unterstützt werden." (Eisenmann et al. 2014: 121; Hervorhebungen im Original)

Als „Best-Practice-Kommune" wahrgenommen zu werden, macht unterschiedliche politische Arenen für Kommunen als politische Akteure zugänglich. Gleichzeitig kann Bewegung in politische Diskussionen gebracht werden, indem durch Best Practices gezeigt wird, dass unterschiedlichste Lösungen vor Ort bereits funktionieren (vgl. „Möglich-Macher-Funktion"). Denn politische Entscheidungen hängen nicht nur von Visionen, sondern auch von konkreten Praktiken ab. Insbesondere TMNs kommunizieren daher stetig die innovativen Lösungsansätze ihrer Mitgliedskommunen an die nationalstaatliche, die EU- oder auch die internationale Politikebene, um die Implementierung von (in ihren Augen) notwendigen regulatorischen Rahmenwerken anzuregen, mehr finanzielle Unterstützung zu fordern oder einfach, um Kommunen als relevante Klimaschutzakteure zu positionieren. Mit Best Practices wollen

die Kommunen und ihre Netzwerken zeigen, welche Technologien, Methoden, Prozesse und Verfahren die richtigen sind, denen man nacheifern sollte, damit die Klimaziele erreicht werden können.

„Best practice examples provide visibility to all these local, concrete actions and clearly support our vision: Our vision for decentralised energy systems and capacity building for municipalities at local level. All what we think that leads to the low-carbon transition of Europe." (IN-3, 2016: 40)

Auch in ihrer Funktion als Lobbying-Instrument spielen die tatsächliche Nachahmung von Best Practices als Blaupause und die Steigerung von Effektivität und Effizienz in den Arbeitsabläufen und im Ressourceneinsatz nur eine untergeordnete Rolle. Stattdessen treten polit-strategische Interessen – weit entfernt vom praktischen, alltäglichen Regieren und Verwalten in der Kommune – in den Vordergrund. Anstelle eines systematischen Abarbeitens oder Adaptierens erfolgreicher Lösungen finden Best Practices Anwendung in politischen Ränkespielen sowie zur Beeinflussung und Rekonfiguration von Machtbeziehungen. Damit sind sie fester Bestandteil und wesentliches Element der Macht-Wissen-Komplexe innerhalb des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz".

### Best Practices als Projektergebnis

Über Best Practices (und verwandte Regierungstechniken wie Fallstudien) werden große Mengen an Wissen produziert. Zum einen wird dieses Wissen, wie von mir im vorherigen Abschnitt verdeutlicht, von einzelnen Kommunen oder kommunalen Netzwerken zum polit-strategischen Agenda-Setting genutzt, was den Zusammenhang von Macht und Wissen anhand von Best Practices nochmals praktisch veranschaulicht: Um Visionen, Strategien und Konzepte zur klimafreundlichen Umgestaltung kommunaler Wirklichkeiten entwickeln und lobbyieren zu können, sind die Kommunen und deren Verbünde zum einen auf Wissen, das durch Instrumente wie Best Practices generiert wird, angewiesen. Zum anderen spielt das Wissen selbst eine gewichtige Rolle für die Organisationen, die an seiner Produktion beteiligt sind: TMNs, Forschungsinstitute oder Beratungsfirmen steigern ihre Glaubwürdigkeit bzw. Legitimität, indem sie zahlreich praktisches Wissen erheben und zusammenstellen und daraus verallgemeinerbare Empfehlungen ableiten, die sie „veräußern" können. Über mehr oder besseres Wissen im kommunalen Klimaschutz zu verfügen, kann zu einem komparativen Vorteil gegenüber Wettbewerbern führen und auch die politische Stellung der Organisation als Ganzes verbessern (IN-2, 2016; siehe auch Courtright 2004; Webber 2015). Hier wird die enge Verknüpfung zur Währungs-Funktion von Best Practices deutlich.

Zu guter Letzt sollte aber nicht ausgeblendet werden, dass Best Practices auch eine sehr pragmatische, weniger strategische Seite aufweisen. Ich habe bereits erwähnt, dass Klimaschutz als freiwillige kommunale Aufgabe stark auf Förderprogramme angewiesen ist. In ihrer Währungs-Funktion werden Best Practices z.B. in der Antragstellung oft strategisch eingesetzt und kommuniziert, um neue Fördermittel einzuwerben, wie mir von Klimaschutzmanagern berichtet wurde und wie es auch die Förderkriterien des BMUB einfordern.

„Aber ich merke, wie […] stark dieses Argument ist. Also wenn man jetzt wirklich, einen Projektantrag schreibt, und da ist immer auch dieses Kapitel, ist einfach gewollt – egal [ob] auf nationaler oder internationaler Ebene: Replikation und Skalierbarkeit. Und da führen wir natürlich immer dieses Beispiel ‚Energiesparservice' an, weil das halt so ein Leuchtturm ist, wo man zeigen kann, hier, das ist [bei uns vor Ort] entstanden und wir sind fähig zu replizieren." (IK-15, 2016: 9)

„Als besonders förderwürdig werden Projekte eingeschätzt, die den Wissens- und Kapazitätstransfer zwischen einzelnen Kommunen sowie deren Entscheidungsträgern fördern, so dass erfolgreiche Modelle und Lösungen des kommunalen Klimaschutzes verstärkt in die Breite getragen werden können." (BMUB 2017a: 3)

Best Practices werden jedoch nicht nur in der Fördermittelakquise eingesetzt. Aufgrund der Abhängigkeit von Förderprojekten wird kommunaler Klimaschutz häufig zu einem „Kurzzeitprojekt", das am Förderende zu nachweisbaren Ergebnissen geführt haben sollte. Und hier kommen wieder Best Practices als Praxisbeispiele ins Spiel: Viele Fördermittelgeber fordern Beschreibungen von Best Practices oder auch ausführlichere Fallstudien zur Darstellung der Projektergebnisse am Ende des Förderzeitraums. Damit werden sie zu einem Werkzeug der Ergebnisdokumentation sowie des Controllings, das insbesondere von Städtenetzwerken zur Legitimation der Fördermittelvergabe und -verwendung genutzt wird.

„For most of the projects you have to have a production of case studies; it's often asked as a deliverable of your projects." (IN-3, 2016: 68)

„It's one of the project deliverables to write case studies. So that's why we then have, we might have several series that might just focus on renewable energies and then we identify cases around. […] Case studies often capture the actual activity of the project that has been funded, and then it's also helping them actually to report and document what the actual outcomes were." (IN-5, 2016: 27)

Das heißt, am Ende fast jeden Förderprojektes steht eine Broschüre mit guten Praxisbeispielen, Fallstudien, Handbüchern oder Praxisleitfäden oder auch Onlinedatenbanken, weil der Fördermittelgeber konkrete Ergebnisse erwartet, die kommunizierbar und potenziell übertragbar sind. Denn gemäß dem Prinzip der Nachahmung lohnt

sich die Förderung Einzelner nur dann, wenn es weitere Nachahmer gibt, damit mehr Wirkung erzielt werden kann. Damit Nachahmung aber überhaupt möglich wird, braucht man verschriftlichte Informationen, z.B. in Form von Best Practice-Beschreibungen. Deshalb wird die Produktion von Praxisbeispielen seitens der Fördermittelgeber bzw. -abwickler auch so forciert.

„[…] [I]m Rahmen der Antragsprüfung gucken wir auch nochmal: Ist wirklich der Aufbau des Projektes so, dass andere davon lernen können, dass andere das nachahmen können? Das heißt, Mittel dafür sind z.B., dass Handbücher erarbeitet werden, dass Anleitungen oder Formatvorlagen für Materialien, für Veranstaltungen, für alles Mögliche, also dass so Vorlagen erarbeitet werden und der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden; meistens über die Internetseite, manchmal auch über Broschüren oder so. Wir versuchen schon, die Projekte so zu gestalten, dass die auch so durchgeführt werden, dass solche Sachen dann eine große Rolle spielen." (IP-2, 2017: 7)

Ein hochinteressanter Fall, der die Bedeutung der „Ergebnis-Funktion" von Best Practices äußerst deutlich machte, ergab sich am Ende der Förderphase des Masterplanprogramms 100% Klimaschutz. Während der letzten beiden Vernetzungstreffen der MPKs 2017 in Flensburg und Frankfurt am Main fragten die teilnehmenden Kommunen verstärkt danach, wie es mit ihnen weitergehen soll und was der strategische Plan des BMUB nach Ablauf des Förderzeitraums vorsieht. Das BMUB hat keine weitergehenden Pläne nach Ablauf der Projektlaufzeit hat, denn das Programm ist dann abgeschlossen. Das BMUB möchte den MPKs jedoch durch die Ausrichtung einer Abschlussveranstaltung mit kommunalpolitischen Entscheidungsträgern und die Veröffentlichung einer Broschüre entgegenkommen. Jede Kommune soll auf zwei Doppelseiten ihr bestes bzw. erfolgreichstes Beispiel vorstellen, mit dem Ziel, interessierten Bürgern und anderen Kommunen zu zeigen, was geleistet wurde und was gelungen ist. Dabei geht es nicht darum, noch bestehende Hemmnisse aufzuzeigen oder Erkenntnisse weiterzugeben und konkrete Forderungen daraus abzuleiten. In ihrer „Ergebnis-Funktion" tragen Best Practices dazu bei – wie dieses Beispiel aus dem Masterplan-Programm illustriert – eine Illusion des Gelingens zu (re-)produzieren: Die „guten" Beispiele zeigen ja, dass alles gut läuft (vgl. auch Depolitisierung durch Best Practices in Kapitel #Zum transformativen Potenzial von Best Practices).

„Dieser Best Practice-Ansatz basiert ein bisschen auf der Faulheit der Fördermechanik […]. […] Es [ist] ein Trick, um seine Berichte oder das was man erarbeitet […], schneller fertig zu kriegen oder überhaupt ein Ergebnis zu erzielen. Oder überhaupt irgendwas zu machen. […] Ich habe es so kennengelernt: Man macht irgendwie, wenn man ein Projekt macht oder so, ja dann macht man am Ende noch irgendwie ein Kapitel zu Best Practices rein und dann ist es aber auch schön." (IK-3, 2015: 18)

***

Nimmt man die Erkenntnisse aus den vorhergehenden Abschnitten #„Mit Ideen und Beispielen zum Erfolg“?! und #„Gebt uns gute Beispiele!“ zusammen, zeigt sich, dass die Forderung nach Best Practice-Beispielen unterschiedliche Gründe hat. Erstens ist Klimaschutz keine kommunale Pflichtaufgabe, was dazu führt, dass Lokalpolitiker sämtliche Aktivitäten besonders kritisch bewerten. Klimaschutzmanager stehen mit ihren Maßnahmen unter einem hohen Legitimationsdruck und die Kosten-Nutzen-Effizienz der Interventionen muss positiv darstellbar sein. Bereits anderswo erfolgreich durchgeführte Projekte, die als Best Practices kommuniziert und verbreitet werden, lassen sich häufig einfacher argumentieren und legitimieren. Da andernorts bereits Ergebnisse und Wirkungen erzielt wurden, kann der Nutzen besser dargestellt werden (vgl. „Möglich-Macher-Funktion“). Zweitens ergibt sich aus der Freiwilligkeit des kommunalen Klimaschutzes in Deutschland eine starke Abhängigkeit von Fördermitteln anderer politischer Ebenen. Ergebnis davon ist ein stark projektbasiertes Arbeiten mit eingeschränkten Zeit- und Finanzressourcen. Dies führt zusätzlich zu befristeten, unsicheren und stark fluktuierenden Personalsituationen, sodass eigene Expertise und Erfahrung nur begrenzt zur Verfügung stehen. Von guten Praxisbeispielen erwartet man, im vorgegebenen Zeitraum einfacher Ergebnisse erzielen zu können (vgl. „Währungs-Funktion“ und „Ergebnis-Funktion“). Drittens kommt die Neuartigkeit und Komplexität des Politikfelds „kommunaler Klimaschutz“ hinzu: Technologien und Lösungsansätze befinden sich im Fluss und verändern sich ständig. Es gibt daher einen konstanten Informationshunger der beteiligten Akteure nach potenziellen Lösungen und Handlungsmöglichkeiten. Gleichzeitig bietet sich eben dadurch den verschiedenen Akteuren auch die Möglichkeit, ihre Lösungen mittels Best Practice-Beschreibungen als die nachahmenswertesten zu kommunizieren (vgl. „Agenda-Setting-Funktion“).

## REFLEXION

Die bisherigen Untersuchungen haben gezeigt, dass die Idee der Nachahmung von Best Practices zur Optimierung des kommunalen Regierungshandelns nicht nur zentrales Element aktueller politischer Rationalitäten des kommunalen Klimaschutzes ist, sondern Best Practices auch im Klimaschutzmanagement stark nachgefragt und angewandt werden. Doch würden sich die politischen Programme eins zu eins in kommunale Regierungspraxis übersetzen lassen, müsste die Hauptfunktion von Best Practices die Kopie erfolgreicher Maßnahmen sein, die unter Umständen nur noch lokal leicht angepasst würden. Das heißt, Best Practices würden vornehmlich als Blaupausen aufgefasst und auch so angewandt. Dies ist allerdings nur selten der Fall.

Zwar gab es in den beiden von mir erforschten Fallbeispielen gelungene Fälle von gezielter Maßnahmenkopie[12], dies stellt jedoch eher die Ausnahme als die Regel dar. Anstatt wie von politischen Gestaltern, Beratern und auch Wissenschaftlern erwartet, werden Best Practices nicht hauptsächlich zur Kopie oder Anpassung erfolgreicher Beispiele – als Blaupause – genutzt, sondern, wie ich durch die Analyse der Hauptfunktionen gezeigt habe, vornehmlich für andere Zwecke – wie die Mobilisierung von Stakeholdern, zur Legitimation von Entscheidungen, zu Dokumentationszwecken, zum Stadtmarketing oder zum Lobbying – eingesetzt.

Diese Erkenntnis ist deshalb so wichtig, weil dadurch klar wird, dass Best Practices im Gegensatz zur Rationalität des Prinzips der Nachahmung die Transformation zur klimaneutralen Gesellschaft kaum durch Nachahmung beschleunigen und damit nicht zu einem Wandel in Politik, Infrastruktur, Wirtschaft und Verhalten anregen können, da der Großteil der Best Practice-Beispiele immobil bleibt – weshalb sie von anderen Wissenschaftlern auch als „sticky“ oder „place-bound“ (Bulkeley 2006; Webber 2015; Szulanski 1996) bezeichnet werden. Praktische Gründe für die Immobilität von Best Practice-Beispielen liegen insbesondere in den unterschiedlichen Interessen von Best Practice-Produzenten und -Konsumenten. Die Hauptakteure in der Best Practice-Identifikation, -Aufbereitung und -Verbreitung – Forschungsinstitute, Ministerien, Beratungsunternehmen und TMNs – sind überwiegend an allgemein anwendbarem, objektivem Wissen, aus welchem evtl. übergeordnete Prinzipien ableitbar sind, interessiert. Dieses dekontextualisierte und „ortlose“ Wissen, so die Annahme, sei dann einfacher in andere Kontexte und Lokationen zu transferieren.

„There is a need for analyses making sense of the disparate actions. It’s about maybe creating some kind of collective intelligence. You have one action plus one action plus one action but it doesn’t necessarily make sense if you just keep them like disparate actions. […] it’s also somehow making synthesis of several alone standing measures and derive a principle out of it.“ (IN-3, 2016: 48)

12 Ein Beispiel für einen erfolgreichen Übertrag ist die Stromfresser-Kampagne der Stadt Rheine (entwickelt 2009), die vom LK Marburg-Biedenkopf aufgegriffen und weiterentwickelt wurde und dann auch von der Gemeinde Enkenbach-Alsenborn übernommen wurde. Im Rahmen der Kampagne wird in den privaten Haushalten der Kommune nach den ältesten Elektrogeräten gesucht (z.B. Kühlschrank, Waschmaschine, Staubsauger etc.). Der Besitzer des ältesten Geräts gewinnt dann ein neues, energieeffizientes Gerät. Die Idee hat sich mittlerweile deutschlandweit verbreitet und wurde von vielen Kommunen nachgeahmt.

Die Praktiker hingegen sind an subjektivem Prozess- und Hintergrundwissen mit Ortsbezug interessiert (vgl. auch Vreugdenhil et al. 2012). Von Best Practice-Beispielen erwarten sie Hintergrundinformationen und persönliche Erfahrungen, um aus diesen lernen zu können, damit entweder existierende Maßnahmen angepasst oder auf deren Basis neue Maßnahmen entwickelt werden können, was wiederum den Aspekt der Nachahmung in der Regierungspraxis gegenüber der Regierungsrationalität in den Hintergrund rückt. Die Erwartungshaltung ist damit eher auf Lernerfahrungen und nicht auf reines Wiederholen und Nachahmen von Patentlösungen ausgerichtet.

„Was mich interessiert ist, wie muss ich so einen Prozess angehen? Wen muss ich einbinden? Wie kann ich dafür sorgen, dass es funktioniert? Oder auch, was mir auch bei einigen Projekten aufgefallen ist: Lohnt sich der Aufwand? Steht der Aufwand in irgendeinem Verhältnis zum Ertrag? Und wie dick sind die Bretter, die ich dafür bohren muss?“ (IK-16, 2016: 47)

„[Es geht darum,] einen Prozess nachzuvollziehen, den jemand anderes gemacht hat, also wie geht man jetzt an ein Problem ran? Und wenn man irgendwo eine gute Lösung gefunden hat, das ist das eine, dann kann man diese Lösung übernehmen. Das andere ist aber, kann man von dem Prozess lernen? Guck mal da, die haben alle Stakeholder einbezogen am Anfang, die haben eine gemeinsame Vision entwickelt, die haben Barrieren identifiziert, die haben Lösungen für jede Barriere entwickelt, und dann ist gar nicht die Lösung so wichtig, sondern dieser Prozess, und ich glaube, wenn jemand wirklich diesen Prozess repliziert, dann ist das viel, viel nachhaltiger als die Lösung, weil wenn man die Lösung repliziert, versteht man den Prozess nicht […]. Diese Lösung kann man nur für ein begrenztes Anwendungsfeld nutzen, aber den Prozess, wenn man das mal verstanden hat, dann kann man das für Mobilität, für Gebäude, für alles halt verwenden […].“ (IK-15, 2016: 29)

Das Ergebnis dieser Konzentration seitens der Best Practice-Produzenten auf „hartem“ anstelle von „weichem“ Wissen, das darüber hinaus Probleme und Herausforderungen des Implementierungsprozesses verschweigt, ist, dass eine gezielte Nachahmung von Best Practices nur selten stattfindet. Das nötige Wissen – persönliche Erfahrungen, Informationen zu Problemen und Barrieren usw. – fehlt zum Großteil in den Best Practice-Beschreibungen. Eine Gesprächspartnerin kritisiert daher:

„If you look at a best practice description it is really hard to find the information that is useful if you are trying to replicate this example in your city. The most important information is mostly missing: What is the business model? What are the main barriers one has to face in implementing it? Who and how was the project financed? Who are the crucial actors to have on board?“ (IK-17, 2016: 13)

Da eine Replizierung und Skalierung von Best Practice-Beispielen – wie von den Best Practice-Produzenten erhofft – in der kommunalen Praxis nur schwer umzusetzen ist, nehmen gute Praxisbeispiele überwiegend polit-strategische Regierungsfunktionen ein: um politische Interventionen zu legitimieren, verschiedene Akteursgruppen zu überzeugen, die Politik auf anderen Ebenen zu beeinflussen, das Image der Stadt zu pflegen und neue finanzielle Mittel einzuwerben. Dies wiederum reduziert die Potenziale für ein vertieftes Lernen in Bezug auf Know-how, prozess- und anwendungsorientiertem Wissen, das für die Erreichung der Klimaziele aus Sicht der Klimaschutzmanager unerlässlich ist. Die Regierungstechnologie Best Practice scheitert somit zumindest teilweise an der Operationalisierung der Hauptziele der politischen Rationalitäten und Programme: der Replikation und dem Up-scaling erfolgreicher Pilotprojekte zur Optimierung und Effizienzsteigerung des Regierungshandelns, damit der Wandel hin zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit beschleunigt werden kann. So wird wiederholt deutlich, dass Regierungstechnologien nicht einfach Ausdruck oder Effekt ihrer Rationalitäten und Programme sind, sondern ihrer eigenen Logik folgen und so für verschiedene Zwecke eingesetzt werden können – und dabei unterschiedliche Bedeutungen annehmen können. Zur Steigerung des transformativen Potenzials von Best Practices müsste man sich dagegen stärker auf die Praktiken hinter den Erfolgsgeschichten konzentrieren mit ihren Problemen, Hürden und Misserfolgen, die der erfolgreichen Umsetzung vorausgingen. Mehr Aufmerksamkeit sollte daher den Stillständen, Misserfolgen und Spannungen der alltäglichen Politikgestaltung geschenkt werden (Webber 2015).

Deshalb erachte ich es auch für wenig zielführend – wie Dean (1999) vorschlägt –, unter Regierungstechnologien nur organisierte, auf ein bestimmtes strategisches Ziel ausgerichtete Formen der Regierungspraxis zu fassen. Damit geraten nämlich weniger systematische Praktiken und Routinen – Gespräche, Telefonate, Lesen, Recherchen, Vorträge usw. –, die Teil der praktischen Ausgestaltung von Regierung sind, aus dem Blickfeld. Doch auch diese routinierten und weniger strategischen Vorgehensweisen wirken an der Erschaffung, der Transformation oder Stabilisierung des Praxisregimes und seiner Regierungsobjekte mit, indem sie zur Übersetzung von Regierungsrationalitäten in die Praxis beitragen. Eine erweiterte praxistheoretische Betrachtung über die rein strategische Regierungspraxis in Form von Regierungstechnologien hinaus ist an dieser Stelle hilfreich, um das Verhältnis zwischen dem Ziel der systematischen Nachahmung durch Best Practice-Blaupausen und den tatsächlich stattfindenden Nachahmungsprozessen mittels Praxisbeispielen besser einordnen zu können.

„Die Nachahmung kann erzwungen werden oder spontan sein, gewählt oder unbewußt [sic!], mehr oder weniger schnell, immer breitet sie sich jedoch regelmäßig aus wie eine Lichtwelle oder ein Termitenstamm.“ (Tarde [1890] 2009: 26)

Ob sich der kommunale Klimaschutzmanager bewusst oder unbewusst an einen Vortrag auf einer Konferenz erinnert, gezielt nach Beispielen und Vorbildern in Drucksachen oder Onlinedatenbanken sucht oder auch nur an eine Unterhaltung mit einem Kollegen zurückdenkt und daraufhin handelt – z.B. ein neues Projekt initiiert, ein Bürgerforum ins Leben ruft oder eine andere Methode der Kosten-Nutzen-Berechnung anwendet: Klimaaktive Kommunen agieren nie in einem Vakuum. Sie greifen stets auf Ressourcen aus anderen Kommunen zurück und geben selbst bereitwillig Informationen weiter. Man baut also immer auf bestehendem Wissen und Verbindungen auf und verändert diese aufgrund neuer Erkenntnisse oder Beziehungen (Cidell 2015). Es sind somit stets bewusste oder unbewusste Nachahmungsprozesse im Gang.

„Ich sage mal […] in unserem Arbeitsfeld, wo immer etwas Neues und Innovatives entsteht, [hat] das Lernen von anderen eine sehr große Bedeutung. […] Wir arbeiten ja in einem Bereich, wo wir mit den guten Ideen kein Geld verdienen, sondern wo wir uns wünschen, dass die guten Ideen aufgenommen werden und jeder, der eine gute Idee hat und sie auch umgesetzt hat und darüber berichtet, möchte damit zum Nachahmen anregen. Ich glaube, dass unser ganzes Leben so funktioniert: indem ich was Neues mache, was Innovatives, was Außergewöhnliches – was nicht Standard ist – damit sammele ich Erfahrungen – positive und negative. Wobei die negativen nicht im Internet zu finden sind; die sind aber häufig genauso wichtig.“ (IK-8, 2015: 23)

Auch wenn die Regierungstechnologie Best Practice – die systematische Kopie bzw. Anpassung erfolgreicher Praxisbeispiele von einer Kommune zur anderen – nicht die intendierte Wirkung als Blaupause entfaltet und andere Funktionen als die erwarteten erfüllt, spielt Nachahmung in der Regierungspraxis eine zentrale Rolle. Eine stärker praxeologische Perspektive kann den verengten Fokus des Konzepts der Regierungstechnologie sinnvoll erweitern und so dazu beitragen, die Bedeutung von Nachahmung innerhalb des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz“ besser zu verstehen. Als eine grundlegend relationale Perspektive geht die Praxistheorie davon aus, dass jedwede Praxis „von der Existenz anderer, auch vergangener Praktiken abhängig [ist], an die sie anschließt und im Verhältnis zu denen sie überhaupt erst Bedeutung erlangt“ (Schäfer 2016: 138). In jeder Praktik verbirgt sich also ein Stück Nachahmung. Schon Ende des 19. Jahrhunderts entwirft der französische Wissenschaftler Gabriel de Tarde mit dem Werk „Les Lois de l’Imitation“ (1890) ein soziologisches Programm, das die Gesellschaft als Nachahmungsphänomen entwirft. Nachahmung muss daher als „Schlüssel zur Enträtselung des Sozialen“ verstanden werden (Leys 2009: 63):

„[…] eine Gesellschaft [ist] eine Gruppe von Menschen […], die untereinander viele durch Nachahmung *oder durch Gegen-Nachahmung* [*contre-imitation*][13] hervorgebrachte Ähnlichkeiten aufweisen." (Tarde [1890] 2009: 13; Hervorhebungen im Original)

Indem Tarde die Nachahmung als Kern der Gesellschaft definiert („Sie [die Gesellschaft] ist Nachahmung." (Tarde [1890] 2009: 95), rückt er die Frage, wie es dazu kommt, dass sich kollektive Vorstellungen, Ideen und Wissensformen oder auch Absichten, Praktiken und Routinen verbreiten, ins Zentrum des Forschungsinteresses. Dabei geht es ihm nie um ein stabiles und fixiertes Objekt, das kopiert wird, sondern stattdessen um die „unzähligen Praktiken der Nachahmung" (Borch und Stäheli 2009: 10). Dies macht Tardes „Theorie der Nachahmung" äußerst fruchtbar in der Auseinandersetzung mit der Entstehung, der Anwendung, den Funktionsweisen und der Verbreitung von Best Practice-Beispielen, denn auch meine Ergebnisse haben gezeigt, dass es beim Regieren durch Best Practices nur äußerst selten um die systematische Kopie oder Anpassung eines stabilen Modellprojektes oder -prozesses geht, sondern um die dahinterliegenden, unzähligen Praktiken, die ein Lernen und Übertragen auf den eigenen Kontext ermöglichen. Nachahmung artikuliert sich also weniger im gezielten Abarbeiten, Kopieren oder Anpassen einer Blaupause oder eines Handlungsleitfadens, sondern geschieht ständig in den mannigfaltigen Alltagsroutinen, ohne dass sich die Akteure dessen völlig bewusst sind. Wenn man also in Konsequenz jedwede Praktik „als sich wiederholende, als wiederholte und als wiederholbare Formationen" (Schäfer 2016: 155) begreift – Praktiken also immer als Nachahmungen bereits zuvor aus- und aufgeführter Handlungen konzipiert –, bilden Praktiken auch einen sozial verfügbaren Vorrat an möglichen Handlungen, an denen sich Subjekte orientieren, an die sie anschließen und auf die sie sich beziehen können. Meine Ausführungen zur „Möglich-Macher-Funktion" von Best Practices zeigen genau diese Eigenschaft von guten Praxisbeispielen auf: Best Practices repräsentieren einen Pool an denkbaren und realisierbaren Maßnahmen und Lösungen in Bezug auf spezifische Probleme.

„Die wirklichen Ursachen der Veränderung […] bestehen aus einer Kette von allerdings sehr zahlreichen Ideen, die jedoch verschieden und diskontinuierlich sind, obwohl sie durch noch viel zahlreichere Nachahmungshandlungen, deren Vorbild sie darstellen, miteinander verbunden werden." (Tarde [1890] 2009: 26)

13 Nach Tarde ([1890] 2009: 12f.) gibt es zwei Arten der Nachahmung: entweder genau das Gleiche zu tun, also das Vorbild zu kopieren, oder aber genau das Gegenteil zu tun, was er als „Gegen-Nachahmung" bezeichnet.

Nachahmung ist somit immer sowohl ereignishaft als auch strukturschaffend. Die Wiederholung und Nacherzählung von Best Practice-Beispielen führt dann nicht nur zur Institutionalisierung bestimmter Überzeugungen und Praktiken, sondern bietet auch Möglichkeiten für Experimente und Veränderungen (Cidell 2015): „Best Practice Beispiele sind […] Denkanstöße und alles andere haben wir selbst entwickelt. Wir […] haben uns […] ausgetauscht, aber das was hier so entstanden ist, […] ist alles auf unserem Mist gewachsen, auf gut Deutsch." (IK-10, 2016: 68)

Davon ausgehend, dass Nachahmung keine spezifische Funktion von Best Practices, sondern eine Grundvoraussetzung jeglicher (Regierungs-)Praxis ist und Praktiken nur bestehen können, „wenn und solange sie verstanden und in hinreichend anschlussfähiger Weise ausgeführt werden" (Schäfer 2016: 142), stellt sich die Frage, wie und ob gesellschaftliche Veränderung durch Best Practices entstehen kann. Im Anschluss an die These, dass gesellschaftliche Strukturen durch „differentielle Wiederholungen" (Moebuis 2009: 256) sowohl entstehen als auch durch diese verändert werden, müssen Best Practice-Beispiele auf ihre Ereignishaftigkeit und die Fähigkeit, sozio-technische Strukturen zu schaffen, hin untersucht werden. Ich schlage daher vor, die wirklichkeitsproduzierende Dimension von Best Practices unter dem Aspekt der Performativität im nachfolgenden Kapitel #„Best Practice ist eine Geschichte" genauer zu beleuchten.

# „Best Practice ist eine Geschichte“[1]

> […] power works in part through its ability to name, to define, and to describe certain people and places both as different from others, and in a way that excluded other definitions. […] power rests on the performative authority with which it can define, repeatedly, certain places and people in particular ways.
> *(Gregson und Rose 2000: 439)*

Juni 2015: Im Besprechungszimmer der dortigen Abteilung für „Klimaschutz, Umwelt und Energie“ erklärt mir ein Masterplanmanager sein ganz eigenes regierungstechnisches Vorgehen:

„Ich habe mir kräftig […] Best Practice-Beispiele von dem Masterplantreffen in Berlin angeguckt […], das ist sozusagen mein eigener Masterplan, den ich entwickelt habe. Und zwar hab ich mir da eine ganze Reihe von Best Practice-Beispielen abgeguckt und habe versucht, die irgendwie zusammenzufügen. […] [I]ch habe mir gedacht, […] wenn du neu reinkommst und du überlegst dir: Was kann ich jetzt hier machen vor Ort? Da hab ich mir dann wirklich überlegt, die Dinge, die jetzt andere Städte, andere Masterplankommunen gemacht haben, umgesetzt haben, die dort funktionieren, die können vielleicht auch hier funktionieren. […] [I]st ja eigentlich auch so angedacht, dass wir da einen Erfahrungsaustausch machen und uns Best Practice-Beispiele angucken – und da habe ich mir dann z.B. diesen ‚Klimapakt Flensburg‘ genommen und habe versucht zu überprüfen, ob wir das hier übernehmen könnten. Allerdings – weil unsere Kommune natürlich auch nur halb so groß ist wie Flensburg – kam hier relativ schnell die Idee auf, dass wir das gleich als Klimapakt für den ganzen Landkreis umsetzen. Aber schon so ähnlich: eben auch als Verein, wo dann Unternehmen, Vereine, Institutionen und auch Bürger als Fördermitglieder […] Mitglied werden könnten. […] und das habe ich jetzt noch verbunden mit der Klimabotschafterkampagne aus Osnabrück, weil ich das ganz interessant fand, wie die das gemacht haben. Einfach sehr niedrigschwellig zu sagen, ich kann

1 IK-6, 2015: 63.

ganz einfache Maßnahmen machen – Energiesparlampen oder LED-Birnen statt Glühbirnen oder irgendwie Kurzstrecken per Fahrrad usw., die haben da ja so sechs, sieben Maßnahmen auf ihrer Liste – die man dann verkünden kann, dass man die jetzt macht, und dann ist man eben ‚Klimabotschafter'. Und da habe ich dann überlegt, wie kann man diese beiden Aspekte miteinander verbinden? […] Und das ist jetzt unser Plan, dass wir versuchen, die Unternehmen, die ja praktisch Beiträge für den Klimapakt zahlen sollen, dass wir die dahin bewegen, dass wir zu denen sagen: ‚Ihr könnt euren Mitgliedsbeitrag, den ihr zahlen müsst, ein bisschen reduzieren, wenn ihr unseren ‚Klimabotschaftern' Vergünstigungen anbietet'." (IK-1, 2015: 5-13)

Die Geschichte zeigt zum einen, wie tief sich teilweise die Regierungsrationalität des Prinzips der Nachahmung in individuelle Regierungspraxis einschreibt und zum anderen, dass selbst „normale" Wiederholungsvorgänge nicht ohne „Erfindungen" auskommen. Als der Bensheimer Klimaschutzbeauftragte gezielt versuchte, Best Practices – als *wiederholbare* Praxisformationen – von ihrem ursprünglichen Kontext zu lösen und mit neuen Kontexten zu verbinden, hatte dies zwangsläufig eine Verschiebung der Praxis zur Folge und ein gesellschaftlicher Veränderungsprozess wurde initiiert. Gleichzeitig verdeutlicht diese Geschichte auch, dass jede Innovation – wie der „Klimapakt" aus Flensburg oder die „Klimabotschafter" aus Osnabrück – fast automatisch einen neuen Nachahmungsfluss anregt, deren Quelle die Neuerung ist (Borch und Stäheli 2009: 16). Für Tarde ([1890] 2009: 10) ist deshalb selbst der größte Nachahmer gleichzeitig auch immer ein Erneuerer und im Umkehrschluss Neuerung ohne Nachahmung überhaupt nicht möglich. Schäfer (2016: 140) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ein „Ereignis, das sich wiederholt, […] insofern nicht dasselbe [ist], als sich die Bedingungen, unter denen es auftritt, bei seinem Wiederauftritt verändert haben". Die Möglichkeit für politischen Wandel ist also bereits in der Nachahmung als Praxis angelegt (Cidell 2015): „[…] because performances occur within messy and complex social spaces, they can never be exactly replicated. Paradoxically, then, besides fixing or institutionalizing certain beliefs and practices, repetition and recounting also offer opportunities for experimentation and change." (Livesey et al. 2009: 427)

Damit wird ein Denken in Möglichkeiten und Kontingenzen eingeführt; oder mit den Worten Tardes ([1890] 2009: 31): „Die Wiederholungen gibt es also um der Variationen willen." Das heißt, dass jede umgesetzte Praktik und jedes Ereignis nur eine Möglichkeit von vielen ist. Durchfließt ein Nachahmungsstrom diesen Pool an Möglichkeiten, so können diese aufeinandertreffen und durch eine Rekombination Neuerungen hervorbringen, die aber bereits zuvor in den Möglichkeiten selbst enthalten waren (Borch und Stäheli 2009: 17).

„[…] wir haben dann das Prinzip der Nachahmung auch auf kleineren Ebenen, also Prozessinnovation, also Neukombination von Sachen, oder Isolation von Sachen, die noch nicht gemacht worden sind. Das ist eigentlich auch ein kreativer Prozess, wo wir sagen, das haben wir durchaus ein paar Mal geschafft, auch nachweislich, dass Leute auf uns zugekommen sind und das nachahmen wollen.“ (IK-3, 2015: 24)

Was aus diesem Gesprächsauszug noch nicht ersichtlich wird, ist die Tatsache, dass sich das Material der Nachahmung – im vorliegenden Fall der „Klimapakt“ bzw. die „Klimabotschafter“ als Best Practice-Beispiele – oft als „widerborstig“ erweist und sich einer perfekten Kopie „widersetzt“ (Borch und Stäheli 2009: 16). Zwar findet sich auf der Tagesordnung der 52. öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Bensheim am 1. Februar 2016 unter Punkt vier die Ankündigung der „Gründung des Klimapakts Bergstraße e.V. und Mitgliedschaft der Stadt Bensheim“ (Stadt Bensheim 2016: 1) sowie auch in der Koalitionsvereinbarung von CDU, Grünen und „Bürgern für Bensheim“ vom April 2016 die Zusage, „[d]en Klimapakt Bergstraße e.V. gemeinsam mit weiteren Kommunen und dem Kreis Bergstraße auf[zu]bauen“ (Grüne Liste Bensheim 2016: 8). Doch als ich den Masterplanmanager im November 2017 auf dem letzten MPK-Vernetzungstreffen wiedersehe, erklärt er mir, der Klimapakt Bergstraße sei bisher nicht umgesetzt worden und damit faktisch gescheitert (F-171115-Frankfurt). Wie im vorherigem Kapitel #Best Climate Practices verdeutlicht, sind Best Practices häufig „sticky“ und „place-bound“, das heißt, eine tatsächlich Zirkulation und Mobilisierung von Best Practices bleibt oft aus. Nachahmung ist folglich ein durchaus politischer sowie mühsamer und keineswegs ein natürlicher Homogenisierungsprozess. Differenz muss deshalb in einem dynamischen Konzept von Nachahmung, so wie ich es gebrauche, stets mitgedacht werden, weil Instabilität immer Teil jeder noch so stabilen Wiederholung ist. Veränderungen sind somit substanzieller Teil eines jeden Nachahmungsprozesses.

Meine stärker praxeologische Konzeption von Praxisregimen beleuchtet daher nicht nur „die Dauer, Stabilität und Ausdehnung spezifischer Praktiken, die konkreten Mechanismen, von denen ihre Wiederholung abhängig ist“ (Schäfer 2016: 142), sondern richtet den Blick gleichermaßen auf mögliche Verschiebungen oder Zusammenbrüche von Regierungspraktiken mit dem Ziel, sowohl die stabilisierende als auch die transformative Kraft von Nachahmung am Beispiel des Regierungsinstruments Best Practice analytisch zu erfassen. Dies wiederum wirft die Frage auf, wie Best Practices überhaupt politisch wirkmächtig werden, das heißt, inwiefern Best Practices tatsächlich sowohl zu einem bestimmten Verständnis als auch zu einer bestimmten Praxis von „gutem“ kommunalem Klimaschutz beitragen. Diese Frage beleuchte ich im Folgenden unter zwei verschiedenen Aspekten genauer.

Erstens kommt ihrer sprachlichen Ausbuchstabierung eine besondere Bedeutung zu, da es sich bei Best Practice-Beispielen um eine textbasierte Regierungstechnik handelt (im Gegensatz zu kalkulativen Techniken wie z.B. $CO_2$-Bilanzierungen oder

Kosten-Nutzen-Berechnungen). Die Regierungstechnologie „Best Practice“ verbindet auf besondere Weise Praxis und Diskurs. Regierungspraktiken werden in schriftliche Form gegossen, die wiederum dazu dienen soll, wiederholende Praktiken anzuregen. Damit möchte ich keine Unterscheidung zwischen Praxis und Diskurs einführen, sondern im Gegenteil betonen, dass beide nicht zu trennen sind. Eine Erweiterung der gouvernementalen Analyse um eine performativitätstheoretische Perspektive ist daher hier sinnvoll, um den wirklichkeitskonstituierenden Charakter von Best Practices besser greifen zu können. Eine performativitätstheoretische Perspektive konzipiert Sprache nicht rein beschreibend oder rechtfertigend, sondern vielmehr *wirklichkeitsschaffend*. Kommunaler Klimaschutz wird hier zu einem Beispiel dafür, wie ein Feld der politischen Intervention *aufgeführt* wird, statt dass es von vorneherein vorgegeben wäre. Es wird durch eine Vielzahl an Aktivitäten (wie z.B. die Identifizierung, Verbreitung und Nutzung von Best Practices) und durch eine Vielzahl von Akteuren (Kommunen, Berater, Forschungseinrichtungen, Ministerien u.v.m.), die einander verstärken, produziert und reproduziert, wobei es in diesem gesamten Re-Produktionsprozess stets Momente der Veränderung gibt (Cidell 2015).

Zweitens stellt sich unter dem Aspekt der politischen Wirkmächtigkeit von Best Practices die Frage nach den Wechselwirkungen und Anpassungsleistungen, die zwischen Rationalitäten und Technologien entstehen. Hauptziel des Best Practice-Ansatzes ist es, aus der Summe einzelner Praktiken allgemeingültige Prinzipien abzuleiten. Diese Best Practice-Prinzipien können sich dann zu einem Modell oder Standard weiterentwickeln und dadurch bestehende Regierungsrationalitäten entweder stabilisieren und unterstützen oder aber auch infrage stellen und Veränderungsdruck aufbauen. Es ist daher zu diskutieren, inwiefern Best Practices zu Systemwandel[2] und Veränderung anregen können oder ob sie stattdessen zu einer *Depolitisierung* des Politikfeldes beitragen, dadurch dass sie Diskussionsraum beschneiden und Alternativlösungen marginalisieren. Eine solche eher machtkritische Analyse von Best Practices kann zeigen, dass das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“ stets als Ergebnis der Privilegierung bestimmter Stimmen und der Negierung anderer verstanden werden muss.

2 Wenn ich von „System“ spreche, geht es mir nicht um Wallerstein’sche oder (neo-)marxistische Konnotationen, sondern ich verwende den Begriff in Anlehnung an die *Sustainability Transition Studies* und die Multi-Level-Perspektive, die die Gesellschaft als komplexes sozio-technisches System konzipieren (vgl. dazu Kapitel #Transition Management und #Zum transformativen Potenzial von Best Practices).

## ZUR PERFORMATIVITÄT VON BEST PRACTICES

> The process of production of „good practices“ is at once regulative (influencing cognitive frames, rules and collective representations) and constitutive (producing social relations and identities).
> *(Vettoretto 2009: 1079)*

Will man herausfinden, auf welche Art und Weise eine Gesellschaft mit dem Thema Klimawandel umgeht, muss man den Blick auf das Set an Prozessen richten, welches bestimmte Realitäten produziert. Best Practice-Beispiele und deren Erarbeitung, Verbreitung und Nutzung bieten dafür einen geeigneten Ansatz, denn Regierungspraxis basiert auf einem bestimmten Verständnis davon, was es heißt, politisch zu handeln und wie dies am effektivsten zu tun sei. Regieren ist also angewiesen auf Wissen über den zu regierenden Raum, die Ressourcen, die dazu notwendig sind, und auf Wissen über die Interessen der involvierten Akteure. In dieser Hinsicht sind Best Practice-Beispiele ein wesentliches Regierungsinstrument, da sie Ansprüche darüber aufstellen bzw. Standards setzen, wie effektive Regierungsabläufe oder -interventionen idealerweise auszusehen haben (Voß und Freeman 2016). Umso relevanter ist daher, nicht nur ihre verborgenen Voraussetzungen, ihre Unzulänglichkeiten, ihre unrealistischen Erwartungen und unklaren Definitionen kritisch zu analysieren – wie ich es in den Kapiteln #Den guten Praktiken auf der Spur und #Best Climate Practices getan habe –, sondern auch die Art und Weise zu betrachten, in der sie dazu beitragen, den kommunalen Klimaschutz zu verändern und zu strukturieren. Best Practices tun dies, indem sie kontinuierlich Beispiele eines erfolgreichen Klimaschutzmanagements über verschiedene Kanäle verbreiten, sodass zumindest die grundlegenden Annahmen und Kategorien des Klimaschutzmanagements – Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes, Identifizierung von „Change Agents“, Beteiligungsverfahren, Einstellung eines Klimaschutzmanagers, ständiges Controlling und Monitoring usw. – performativ geworden sind. Indem durch Best Practice-Beispiele zunächst häufig Praxis- und Erfahrungswissen dekontextualisiert und entpersonalisiert wird, also in generalisierbare Prinzipien übersetzt wird, entsteht neues „Best Practice-Wissen“, welches wiederum die Regierungspraxis beeinflusst. Die zentrale Frage, die im Folgenden behandelt wird, ist daher, wie Regierungswissen durch Best Practices hervorgebracht wird und wie Best Practices die Regierungspraxis beeinflussen. Es gilt dabei herauszufinden, wie Best Practices zur Etablierung bestimmter Repräsentationen von politischer Realität beitragen und wie sie epistemische Autorität schaffen, indem sie die Kategorien, Daten und Werkzeuge bereitstellen, durch die politische Praxis gestaltet

wird; und wie Best Practices auf diese Weise am Aufbau politischer Ordnung mitwirken. Kurz gesagt: „This then shifts the question to how […] policy blueprints are produced and circulated and how they gain authority." (Simons 2016: 178)

Mit der Aufbereitung, Verbreitung und Nutzung von Best Practices ist ein diskursiver Prozess verbunden, der nicht nur neues Wissen über ein Politikproblem kreiert, sondern auch die Natur und Interpretation des Problems selbst mitgestaltet (Bulkeley 2006). Das heißt, schon die Auswahl, die Verschriftlichung oder mündliche Präsentation und Veröffentlichung von Best Practice-Beispielen ist kein neutraler Akt der Beschreibung, sondern bereits Teil der politischen Regierungspraxis, indem innerhalb des Praxisregimes akzeptierte Möglichkeiten artikuliert werden und darüber bestimmt wird, was im Rahmen der dominanten Regierungsrationalität als *wahr* bzw. *gut* oder *falsch* bzw. *schlecht* zu gelten hat (Dzudzek 2016; vgl. auch Kapitel #„Mit Ideen und Beispielen zum Erfolg"?!). (Kommunale) Regierungen können sich sogar gezwungen sehen, mit einer Blaupause zu arbeiten, die einen Best Practice-Status innehat und auch von anderen Regierungen genutzt wird. Ein Regieren durch Best Practices kann daher auch als eine besondere Form von „government at a distance" (Miller und Rose 1990: 9) aufgefasst werden: Best Practices prägen aufgrund ihrer epistemischen und kosmopolitischen Autorität nicht nur das Verhalten der involvierten Akteure, sondern beeinflussen auch die politische Entscheidungsfindung – auch von außerhalb des traditionellen Einflussbereichs. Durch „reiterative und zitathafte Praktiken" (Butler 1993: 2) werden Best Practice-Erzählungen zelebriert und zementiert, wobei das „Gute" oder „Beste", das darin beschrieben wird, Realität wird. „Storytelling" durch Best Practices trägt so dazu bei, bestimmte Visionen von kommunalem Klimaschutz – wie das Klimaschutzmanagement – zu institutionalisieren:

„The stories that they [best practices] generate help institutionalize the new understandings and practices that they bring to life – […] for example, particular notions of sustainable farming, an innovative organizational form […], and other new practices of sustainability […]." (Livesey et al. 2009: 425)

Best Practices sind in diesem Zusammenhang, wie einleitend erwähnt, als *performativ* zu verstehen, da sie als Handlungsgrundlage dienen, mithilfe derer soziale Wirklichkeit geschaffen wird. In Bezug auf Best Practices lassen sich unterschiedliche Aspekte von Performativität untersuchen: zum einen, wie Best Practices als Aussagesysteme durch ihre Wiederholbarkeit in unterschiedlichen Settings Wirkung entfalten. Hier könnte man z.B. untersuchen, wie sich eine bestimmte Best Practice – wie etwa der „Klimapakt" aus Flensburg – durch kontinuierliche Artikulation in Wort und Schrift als vorbildlich und nachahmenswert manifestiert und dadurch auch Regierungspraktiken im kommunalen Klimaschutz anderswo anleitet und verändert, wie zu Beginn dieses Kapitels illustriert. Zum anderen kommt der Inszenierung, das

heißt der praktischen Aus- und Aufführung von Wirklichkeit, aus performativitätstheoretischer Perspektive eine besondere Bedeutung zu. Wird die Rationalität des Klimaschutzmamagents hierbei als eine Art Skript verstanden, das in der Arena des Praxisregimes aufgeführt wird, dann dienen Best Practices als einzelne (Text-)Bausteine dieses Skripts, die die Inszenierung ermöglichen. Da es mir in meiner Arbeit weniger um einzelne Best Practices und deren Replizierbarkeit und Wirkmächtigkeit, sondern um das Konstrukt „Best Practice“ als Regierungstechnologie des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz“ geht, interessiere ich mich stärker dafür, wie Best Practices dazu beitragen, dass die Rationalität des Klimaschutzmanagements lokal reproduziert wird. Dazu gilt es herauszufinden, welche Aspekte von Best Practices performativ werden – Inhalte, Akteure, Verfahrensweisen, Institutionen oder auch bestimmte Vorannahmen.

Wie ich im Kapitel #„Mit Ideen und Beispielen zum Erfolg“?! gezeigt habe, werden Best Practices durch Prozesse der Selektion, Auslassung und Exklusion performativ hervorgebracht und tragen so zur Unterscheidung zwischen vorbildlichen Klimaschutzmaßnahmen und scheinbar weniger wirksamen Interventionen bei. Wie Modelle und Theorien beschreiben daher auch Managementmethoden wie Best Practices nicht nur soziale Realität, sondern sind auch maßgeblich an deren Hervorbringung beteiligt (Law 2007): „Thus, knowledge production, maintenance, and use are not only epistemic issues; they are simultaneously ontological endeavors. They are acts of making, rather than merely depicting, what is at stake, and, in this sense, they are performative to the core.“ (Passoth und Rowland 2006: 38)

Der Philosoph John L. Austin, Begründer der Sprechakttheorie, führte den Begriff der Performativität ein, um zu verdeutlichen, dass Sprache nicht nur eine repräsentative, sondern auch eine wirklichkeitsschaffende Funktion besitzt (Austin [1950] 2010); das heißt, statt die Wirklichkeit „da draußen“ nur wiederzugeben, konstituiert Sprache sie gleichermaßen. Heute hat sich Performativität zu einer „kulturtheoretischen Grundperspektive“ weiterentwickelt (Boeckler und Strüver 2011: 664)[3], die sich mit den Effekten sozialen Handelns auseinandersetzt.

3 Austins spezifisches Begriffsverständnis hat in der jüngeren sozial- und kulturwissenschaftlichen Rezeption eine starke Ausweitung erfahren. Ausgehend von kritischen Gender Studies (u.a. Butler 1993; Sedgwick 1994) kommt die Perspektive des Performativen aktuell insbesondere in Studien zur Ökonomisierung und Vermarktlichung (u.a. Berndt und Boeckler 2007, 2009; Callon 1998; Çalışkan und Callon 2009, 2010; Ouma 2015) sowie in der Geographie (u.a. Bialasiewicz et al. 2007; Gregson und Rose 2000; Kaiser und Nikiforova 2008; Nash 2000) zur Anwendung. Doch auch in der Sprachphilosophie, der Soziologie, der Ethnologie und weiteren sozialwissenschaftlichen Disziplinen findet das Konzept der Performativität Beachtung. Die politische Dimension von Performativität ist allerdings ein bisher untererforschtes Gebiet.

„Performativity must be understood not as a singular or deliberate ‚act', but, rather, as the reiterative and citational practice by which discourse produces the effects that it names." (Butler 1993: 2)

Austin ([1950] 2010) unterscheidet zudem zwei Formen von Performativität, die sich in *illokutionären* und *perlokutionären* Sprechakten äußern (siehe dazu auch Butler 2010). Der Unterschied liegt darin, dass illokutionäre Sprechakte direkt Realitäten schaffen, perlokutionäre Sprechakte hingegen ihre Wirkung erst unter bestimmten Bedingungen und Voraussetzungen entfalten. Eine Entschuldigung ist ein passendes Beispiel für einen illokutionären Sprechakt: Entschuldige ich mich mündlich oder schriftlich nach einem Streit bei der betroffenen Person (vielleicht noch verbunden mit einer Umarmung oder einem Geschenk), dann schaffe ich dadurch sofort soziale Realität – an sich braucht es keine weiteren Bedingungen oder Voraussetzungen für den Akt der Entschuldigung. Best Practices hingegen sind ein Beispiel für einen perlokutionären Akt. Um einen performativen Effekt durch ein Best Practice-Beispiel zu erzielen – das heißt, dass die beschriebene Praktik als die aktuell beste, effektivste oder innovativste Praktik zur Lösung eines spezifischen Problems angesehen und akzeptiert wird –, reicht es nicht, dass ein Klimaschutzmanager einmal während einer Konferenz sein Praxisbeispiel präsentiert. Damit dieses Beispiel politisch wirkmächtig werden kann, muss es von weiteren Akteuren, wie Forschungsinstituten, Städtenetzwerken, Beratungsunternehmen oder Ministerien durch weitere Publikationen aufgegriffen und verbreitet werden oder am besten noch nachweislich von anderen Kommunen kopiert werden. Das heißt, eine Best Practice muss immer wieder in performativen Akten wiederholt werden, um aufrechterhalten werden zu können. Eine politische Maßnahme oder Intervention wird also nicht durch ein einmaliges Ereignis zu einer Best Practice, sondern muss permanent rekommuniziert werden, um politisch wirkmächtig werden zu können.

„The point is not simply that such an ‚effect' is compounded through repetition, but that reiteration is the means through which that effect is established anew, time and again. To understand how this happens more specifically, one would have to, with adequate time, consider the relation between processes of reiteration, re-establishment, and sedimentation in order to sort out the paradox of a process that achieves its effects in both regenerative and accumulative ways." (Butler 2010: 149)

Im Mittelpunkt einer Perspektive des Performativen steht also gemeinhin die Frage, auf welche Weisen gesellschaftliche Phänomene hergestellt werden und wie sie sich verändern. Performativität ist daher ein wichtiges konzeptionelles Werkzeug, um soziale Praktiken, die als selbstverständlich angesehen werden, zu denaturalisieren (Gregson und Rose 2000). Wesentliche Ziele einer Analyse des performativen Charakters bestimmter sozialer Praktiken sind laut Butler (2010) erstens, einer Art des

Positivismus entgegenzuwirken, der dazu führt, dass wir Untersuchungen mit einem bereits vorgefertigtem Verständnis von Kategorien wie Staat, Wirtschaft, Geschlecht oder eben auch Klimaschutz beginnen; zweitens geht es darum, solche Kategorien als sozial konstruiert zu verstehen und unsere Aufmerksamkeit auf die vielfältigen Mechanismen dieser Konstruktion zu lenken; und drittens gilt es, diese Konstruktionsprozesse und ihre ontologischen Effekte – das heißt, die Schaffung sozialer Realität – oder viertens deren sozialbindende Konsequenzen zu beschreiben. Beim Konzept der Performativität handelt es sich also um eine wissenschaftliche Perspektive, die sich mit „verborgenen Herstellungsleistungen sozialer Wirklichkeit“ durch alltägliche *Praktiken* beschäftigt (Berndt und Boeckler 2007: 215f.). Regierungshandeln wird aus dieser Perspektive zu einem performativen Set materieller und symbolischer Praktiken (Blok 2011). Zwar kommt hierbei der Sprache als konstitutive Kraft eine besondere Bedeutung zu, aber erst soziale, linguistische und körperliche Ausdrucksformen zusammen machen eine Äußerung zu einer performativen (Butler 2010). Was Individuen tun und sagen, also aufführen, ist intrinsisch verbunden mit den zitierenden Praktiken, die Diskurse reproduzieren und/oder verändern (Gregson und Rose 2000). An der praktischen Verwirklichung von gesellschaftlicher Realität sind neben dem Menschen nämlich zumeist auch unzählige „nichtmenschliche, sozio-technische Akteure mit handlungsgenerierenden Kompetenzen beteiligt“ (Boeckler und Strüver 2011: 665).

„[…] [I]nstruments are not just discursive or cognitive constructs; they have a material existence. Instrumental knowledge of governance is embedded in and constitutive of a set of aligned practices, skilled bodies, specifically configured tools, supportive data, and organizational infrastructures.“ (Voß 2016: 144)

Der Regierungstechnologie Best Practice einen performativen, wirklichkeitskonstituierenden Charakter zuzuschreiben, heißt dementsprechend anzuerkennen, dass Regierungstechnologien wie Best Practices keine objektiven Instrumente sind, weil sie aktiv an der Schaffung, Veränderung und Mobilisierung von politischer Autorität sowie von politischen Subjekten und Objekten, die sie adressieren, beteiligt sind. Best Climate Practices gestalten den kommunalen Klimaschutz entscheidend mit, statt nur zu beschrieben, welche Maßnahmen bereits erfolgreich durchgeführt wurden. Gleichzeitig gilt es aber auch, Transformation, Veränderung und Differenz stets mitzudenken, denn ausgehend von einer Performativitätsperspektive tendieren Theorien, Methoden und Modelle zwar dazu, das Phänomen, das sie beschreiben oder erklären, erst hervorzubringen, doch sie können auch jederzeit damit scheitern und so zu unintendierten Effekten führen. Oder in den Worten von Butler (2010: 152): „[…] it is only under certain kinds of conditions, and with no degree of predictability that theoretical models successfully bring into being the phenomenon they describe. […] And this means that fallibility is built into the account of performativity.“

Bereits durch die Selektion und Analyse eines Beispiels als „gute Praxis“ wird der gewählte Fall stark beeinflusst und wirkmächtig (Veselý 2011). Dies kann dazu führen, dass die untersuchten Praktiken erst durch ihre Aufführung als Best Practice „besonders“ werden und nicht schon von vorneherein einen gut funktionierenden Mechanismus darstellen. Durch die Wiederholung der identifizierten Best Practices – z.B. in Datenbanken und Broschüren oder auf Tagungen und Konferenzen – werden gute Praktiken, laut Overman und Boyd (1994), erst *wahr gemacht* und legitimiert. Vermehrtes Sprechen über und Verbreiten von guten Praktiken führen dann dazu, dass diese sich normalisieren und immer öfter reproduziert werden, was den performativen Effekt noch verstärkt (Bulkeley 2006; Moore 2013).

„Im Grunde genommen [ist es] immer das gleiche in abgewandelter Form. Wenn man so sagt, eine Energiekommune hat jetzt eine Holzhackschnitzelanlage usw., dann kann ich nur sagen: Seit 2003 machen wir Holzhackschnitzelanlagen! Es ist immer alles in irgendeiner Art und Weise neu wieder aufgerollt und dargestellt. Aber im Prinzip bin ich der Meinung, besonders was jetzt so ins Bauliche geht oder sowas, das ist immer wieder das gleiche, es kommt nichts Neues. […] Diese Best Practices – ich kann mich da nur wiederholen – das sind immer wieder alte Sachen irgendwie aufgehübscht. Ich habe in der letzten Zeit nichts Neues mehr gesehen.“ (IK-10, 2016: 71-82)

Best Practices stehen zudem häufig auf der Prioritätenliste von politischen oder verwaltungstechnischen Führungskräften; das kann dazu führen, dass Best Practices funktionieren, weil sie funktionieren *sollen*. Sie ziehen mehr Geld und mehr Aufmerksamkeit auf sich als alternative Praktiken und erhalten dadurch schnell den Charakter einer *self-fullfilling prophecy,* statt zu wirklichem Fortschritt oder Innovationen beizutragen (Overman und Boyd 1994).

„Man muss da unterscheiden zwischen dem echten Einlösen und diesem sozialen Artefakt. Also wir können uns jetzt alle gemeinsam einreden, dass wir ein Reallabor sind und dann sind wir auch eins. Und so fühle ich mich auch gerade. Wir ziehen das jetzt einfach durch, wir schreiben jetzt überall rein, dass wir ein Reallabor sind, und wenn wir es oft genug geschrieben haben, dann kriegen wir auch Geld dafür und dann sind wir auch eins.“ (IK-3, 2015: 8-10)

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Wolman und Kollegen (2004: 992), wenn sie Folgendes feststellen:

„Policy makers incessantly search for best practices, and perceptions are frequently used to identify places where one can learn about what works in […] urban public policies. However, there is little formal evaluation of policy innovations or experiments. Therefore, identifying best practices is, by necessity, an exercise in informal polling. The reputations of practices in those places with positive perceptions will snowball as observers become self-referential. […]

What becomes known as best practice may, in reality, be the manifestation of the best advertising and most effective programmatic or municipal spin doctoring.“

Durch die Benennung, Wiederholung und Nacherzählung diverser Maßnahmen als Best Practices erscheinen diese und die jeweilige Kommune als Quelle des Praxisbeispiels als „besser“ im Vergleich zu anderen Maßnahmen und Kommunen. Durch die Aufführung von Best Practices gegenüber anderen Kommunen, den eigenen Mitarbeitern und der Lokalpolitik wird ein kommunales Image als „Best Practice-Stadt“ gepflegt, also das einer innovativen und führenden Kommune (vgl. „Währungs-Funktion“ im Kapitel #„Gebt uns gute Beispiele!“). Die Kommune mag zwar als eine territoriale Einheit „existieren“, ihr Status als Ort mit bestimmten Eigenschaften, einer Geschichte und einem Ruf wird jedoch kontinuierlich aufgeführt und erneuert durch Instrumente wie Best Practices.[4] Gleichzeitig helfen die guten Praxisbeispiele dabei, die kommunale Ebene als geeignetes Level der Klimagovernance zu festigen (vgl. Cidell 2015 sowie Kapitel #Klimawandel als kommunales Aufgabenfeld und Abschnitt zur „Agenda-Setting-Funktion“ im Kapitel #„Gebt uns gute Beispiele!“). Der performative Charakter von Best Practices macht deutlich, warum Kommunen so interessiert sind an der Verbreitung und Nutzung von Best Practice-Beispielen und erklärt auch, warum das Bekanntsein als „Best Practice-Kommune“ und das kontinuierliche Verbreiten von erfolgreichen kommunalen Praxisbeispielen wichtiger ist für die Kommunen als die eigentliche Nutzung von Best Practices als Blaupause.

Best Practices sind also keine passiven Instrumente, die gesammelt in einer Werkzeugkiste auf ihre Anwendung warten. Vielmehr handelt es sich um komprimierte Wissenspakete, die in und durch ein soziales Netzwerk, bestehend aus verschiedenen Akteuren aus Wissenschaft, Politik, Politikberatung, Verwaltung und Wirtschaft, produziert werden. Diese Akteure kreieren durch Best Practices eine polit-epistemische Kultur, indem sie eine bestimmte Realität der Governance schaffen und inszenieren (Voß 2016): „[…] the actual role of professionals and experts in policymaking is probably more prescriptive than operational. The setting of standards of good practice is a large part of what professionalism means.“ (Anderson 1978: 24)

In Best Practices wird Wissen über Klimagovernance dadurch materialisiert und stabilisiert, dass es in verschiedenen Formen festgehalten und eingeschrieben wird. Damit werden sie zum wichtigen Teil der Produktionsinfrastruktur von autoritativem Klimagovernance-Wissen (Simons 2016). Voß (2016: 129) betont daher, dass Regierungstechnologien wie Best Practices nicht die Aspekte einer natürlich gegebenen politischen Realität widerspiegeln, sondern stattdessen diese politische Realität „programmieren“:

4 Auch Orte müssen in diesem Zusammenhang als performativ verstanden werden (vgl. z.B. Gregson und Rose 2000).

„Instruments do not *mirror* aspects of a naturally given political reality; they *programme* the doing of a particular political reality. Making knowledge about them is a process of constructing political order in correspondence with a model that describes it. It can thus be said that the articulation of instrumental models is itself a form of governing, a fundamental, ontological mode of governing that works by suggesting realities of governance for collective enactment." (ebd.: 129; Hervorhebung im Original)

Für eine Analytik der Regierung bedeutet dies, dass das Verhältnis von Rationalitäten zu Technologien nicht einseitig, sondern wechselseitig ist. Zwar geben Rationalitäten vor, welche Methoden der Problemlösung als geeignet und rational erscheinen; gleichzeitig gehen diese Regierungstechniken aber eine Wechselwirkung mit den dominanten Rationalitäten ein, sodass in perlokutionär-performativen Prozessen die Rationalitäten reiteriert und damit stabilisiert oder angegriffen und verändert werden können. An einem praktischen Beispiel soll nun verdeutlicht werden, wie sich die politischen Rationalitäten des kommunalen Klimaschutzes und die Regierungstechnologie Best Practice gegenseitig beeinflussen und anpassen.

„Es gibt Begriffe, […] die stehen immer drin, wenn es irgendwie darum geht, irgendwo Geld zu beantragen, oder wenn man so Stichworte bringen muss, dann fallen die auch. Wir benutzen die auch. Also wir haben jetzt als Lieblingsvokabel *Reallabor*. […] Dabei muss man unterscheiden zwischen dem echten Einlösen und diesem sozialen Artefakt. Also wir können uns jetzt alle gemeinsam einreden, dass wir ein ‚real lab' sind […], wir schreiben jetzt überall rein, dass wir ein Reallabor sind, und wenn wir es oft genug geschrieben haben, dann kriegen wir auch Geld dafür und dann sind wir auch eins." (IK-3, 2015: 6-10)
„Reallabor! […] Wenn du das in einen Antrag reinschreibst, dann kriegst du den Antrag. […] Innovation, Reallabor – haste nicht gesehen. Man muss nur wissen, welche Modeworte man reinschreibt." (IK-6, 2015: 71-75)

Die Herausforderung für Klimaschutzmanager ist – wie diese beiden Zitate verdeutlichen –, dass sie, wenn sie weiterhin Fördergelder bekommen wollen, eine Sprache benutzen können müssen, die bei den Förderinstitutionen auf ein offenes Ohr trifft; das heißt, sie müssen nicht nur gehört, sondern auch verstanden werden und ihre Überzeugungen und Vorstellungen von gutem Klimaschutz denen der Förderinstitutionen entsprechen. Best Practice-Beispiele helfen ihnen dabei, den gewünschten, durch die Fördermittelgeber vorgegebenen Diskurs – also die politischen Rationalitäten – zu rezitieren, um zu zeigen, dass die betreffende Kommune diese programmatischen Logiken erfüllen bzw. umzusetzen kann, um sich so eine Weiterfinanzierung der Klimaschutzaktivitäten zu sichern. In den Anträgen und Best Practice-Beschreibungen werden daher gezielt Begrifflichkeiten dieses Diskurses, wie bspw. Reallabor, Innovation, Effizienz, Transformation, Experimentieren etc. (vgl. Kapitel #Klima\Wandel ist regierbar), genutzt, auch wenn die Praxis vor Ort häufig anders

aussieht. Existierende Praktiken und Vorgehensweisen werden oft einfach „umbenannt“, damit sie sich in die aktuellen Logiken einpassen lassen. Doch Best Practices wirken nicht nur performativ durch ihre Wiederholung in Einzelsettings, sie tragen auch dazu bei, dass die Inhalte des Klimaschutzmanagement-Skripts praktisch inszeniert und dadurch wirkmächtig werden. Dies lässt sich an verschiedenen Punkten beispielhaft festmachen:

- Ausgangspunkt der Klimaschutzmanagement-Rationalität ist, dass Klimawandel grundsätzlich systematisch steuerbar ist. In ihrer Funktion als „Möglich-Macher“ unterstreichen Best Practices diese Annahme, indem sie die vielfältigen und erfolgreichen Beispiele für eine solche scheinbar gelungene Steuerung aufzeigen und verbreiten.
- Im Kapitel #Kommunen im Klimawandel habe ich herausgearbeitet, dass Klimawandel als Multi-Level-Governance-Problem artikuliert wird. Staatliche Institutionen und insbesondere die kommunale Verwaltung werden dabei – ganz im Sinne der NPM-Logik – als notwendig für ein erfolgreiches Klimaschutzmanagement erachtet. In ihrer „Agenda-Setting“-Funktion sorgen Best Practices mit zahlreichen Beispielen dafür, dass Kommunen als zentrale und effektive Akteure des Klimaschutzes kommuniziert werden. Die Inszenierung von Best Practices trägt so zu einer regierungspraktischen Reskalierung der Klimagovernance bei.
- Basierend auf Annahmen des NPM und des TM werden Innovation und Experimentierfreudigkeit als wichtige Elemente des Klimaschutzmanagements aufgefasst. Best Practices, die als Leuchtturmprojekte verbreitet werden, repräsentieren kommunale Innovation, Exzellenz und Risikobereitschaft und dienen diesen Vorreiterkommunen als kommunale „Währung“.
- Best Practices spiegeln das Primat des systemischen und integrierten Denkens im kommunalen Klimaschutzmanagement wider – ersichtlich daran, dass sich die Mehrheit (64 Prozent) der von mir analysierten Best Practices auf die Darstellung holistischer Programme anstelle von Einzelmaßnahmen fokussiert. Die im Kapitel #„Mit Ideen und Beispielen zum Erfolg“?! aufgezeigte inhaltliche Vielfalt von Best Practices im kommunalen Klimaschutz trägt zugleich dazu bei, dass die Gesellschaft als „sozio-technisches System“ aufgefasst wird und Wandel nur gelingen kann, wenn gleichermaßen technische wie verhaltensorientierte Maßnahmen umgesetzt werden.
- Knapp 20 Prozent der von mir analysierten Best Practices promoten Klimaschutzkonzepte und das Klimaschutzmanagement als gutes Praxisbeispiel. Damit werden – analog zum TM-Zyklus – die Problemanalyse, die Visions- und Transformationspfadentwicklung sowie die Stelle des Klimaschutzmanagers als zentrale Elemente eines erfolgreichen Klimaschutzmanagements aufgeführt.

- Ein Großteil der Best Practices übermittelt die Botschaft, dass sich Klimaschutz auch ökonomisch rechnet. Dadurch stützen sie argumentativ die Problematisierung des Klimawandels als ökonomisches Problem sowie die Annahme des NPM, das Hauptproblem in der Verwaltung sei mangelnde Effizienz und Effektivität.

Diese Liste ließe sich sicherlich noch weiter fortführen. Was jedoch bereits jetzt ersichtlich ist, ist die Tatsache, dass Best Practice-Beispiele anstelle einer objektiven Beschreibung selektive und machtvolle Interpretationen eines optimalen kommunalen Klimaschutzmanagements liefern und signifikant zur Aufführung und Operationalisierung der Klimaschutzmanagement-Rationalität beitragen. Best Practices sind daher nicht als neutrale Werkzeuge aufzufassen, mithilfe derer Regierungsakteure effektiv die Durchführung eines optimalen Klimaschutzmanagements lernen könnten, sondern sie lassen bestimmte Vorannahmen und Logiken performativ werden. Aus der relativen Autonomie der Regierungstechniken gegenüber den Regierungsrationalitäten innerhalb eines Praxisregimes können sich aber auch Reibungspunkte und Freiräume ergeben, in denen alternative Regierungsweisen verhandelt oder hegemoniale Technologien für alternative Zwecke verwendet werden können. Dies geschieht auch im Fall der Regierungstechnik Best Practice: Anstatt systematische Nachahmungsprozesse zur Verbesserung bestehender Regierungsweisen anzuregen – wie es die Rationalität des Klimaschutzmanagements vorsieht –, werden Best Practices als Regierungstechnologie polit-strategisch dazu eingesetzt, bestimmte Kommunen und ihre Maßnahmen sichtbar zu machen und als vorbildhaft darzustellen („Währungs-Funktion“); bestimmte Themen auf die politische Agenda zu bringen bzw. zu etablieren („Agenda-Setting-Funktion“); argumentativ politische oder mentale Barrieren zu überwinden, um bestimmtes Regierungshandeln überhaupt zu ermöglichen („Möglich-Macher-Funktion“); oder scheinbar erfolgreiches Klimaschutzhandeln zu dokumentieren und zu verbreiten („Ergebnis-Funktion“). Die ursprünglich rational-dominante „Kopie-Funktion“ von Best Practices wird in der alltäglichen Anwendung von anderen Funktionen überlagert, die ihrerseits die Rationalität des Klimaschutzmanagements sowohl teilweise reproduzieren als auch karikieren – z.B. wenn „das Rad gezielt neu erfunden“ wird, um sein „eigenes“ Produkt zu kreieren („Währungs-Funktion“). Ein Praxisregime kann somit nicht als fix bezeichnet werden, sondern es ist im Zusammenspiel von Rationalitäten und Technologien durch ständigen Wandel gekennzeichnet. Die schriftlichen und mündlichen Darstellungen von Maßnahmen als Best Practices, die der Förderprogrammatik entsprechen, sind daher keine rein replikativen Ereignisse, sondern beinhalten auch stets Neuerungen (insbesondere durch Rekombinationen), sodass in der Wiederholung von Best Practice-Geschichten stets auch Potenzial für eine Veränderung dieser Rationalitäten mitangelegt ist (Gregson und Rose 2000).

## ZUM TRANSFORMATIVEN POTENZIAL VON BEST PRACTICES

> Government seeks to manage grievances, problems and demands in a way that does not disturb the dominant order.
> *(Stephan et al. 2014: 70)*

Der Begriff „Transformation“ bzw. „transformativer Wandel“ avancierte in der letzten Dekade zu einem „Buzzword“ in der Klimapolitik: Klimaschutz wird nicht mehr als eines von vielen Umweltthemen, sondern als ein notwendiger *sozio-technischer Transformationsprozess* betrachtet, was sich bspw. auch in den Titeln der WBGU-Hauptberichte „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (2011) und „Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte“ (2016) wiederfindet. Unter transformativem Wandel wird ein praktisch-strategischer Prozess verstanden, der „revolutionäre“ oder „radikale“ Veränderungen des Gesellschaftssystems bewirken soll. Es handelt sich dabei insofern um einen „systemischen“ Ansatz, als in holistischer Art und Weise auf unterschiedlichsten Maßstabsebenen sowohl infrastrukturelle, technologische, politische und wirtschaftliche als auch identitäre, verhaltensorientierte, handlungsorientierte und emotionale Veränderungen angeregt werden sollen (vgl. auch Abschnitt #Transition Management).

Ausgehend von meinem Interesse an Best Practices als zentrale Regierungstechnologie des kommunalen Klimaschutzes stellt sich in diesem Zusammenhang zwangsläufig die stärker normativ konnotierte Frage, inwiefern Best Practices programmatische Realitäten des kommunalen Klimaschutzes durch politische Praxis ausschließlich reproduzieren und damit im Sinne eines TM systemstabilisierend wirken, oder ob sie auch zu einem Wandel dieser Rationalitäten beitragen können und somit soziale Wirklichkeit bzw. das „System“ auch transformieren (können). Aus dieser normativen Perspektive sollten wissensbildende Prozesse wie die Erstellung, Verbreitung und Nutzung von guten Praxisbeispielen so gestaltet sein, dass gesellschaftlicher Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz nicht nur sichtbar, sondern auch realisierbar wird. Im folgenden Abschnitt diskutiere ich daher das transformative Potenzial von Best Practices für einen klimaneutralen Systemwandel (*Sustainability Transition*), insbesondere in Anbetracht der zahlreichen depolitisierenden Elemente, die ein Regieren durch Best Practices offensichtlich mit sich bringt.

Das Prinzip der Nachahmung beruht auf der Annahme, dass gesellschaftlicher Wandel strategisch gesteuert werden und Transformation insbesondere durch erfolgreiche Veränderungsmuster und Beispiele, die räumlich breit diffundiert und skaliert

wurden, initiiert bzw. beschleunigt werden kann (vgl. Kapitel #Klima\Wandel ist regierbar). Obwohl weiterhin unklar ist, wie „transformativ" Best Practices tatsächlich wirken, sind die an sie gestellten Erwartungen sehr hoch:

„[I]t is something that can help drive down the costs and help some cities to skip the long kind of history of development that European cities have passed through: Shenzhen, […] which is a big city in the south of China, is a good example. Instead of passing through the history of development […] they are adapting the good practices from all over the world […]; they are leading on clean energy vehicles for example, […] they are aiming to have all their buses and taxis transformed to renewables by next year." (IN-6, 2016: 37)

Das vorhergehende Kapitel hat gezeigt, dass die Technologien, Methoden, Prozesse und Verfahren, welche als Best Practice-Beispiele verbreitet werden, meist weniger innovativ, alternativ und transformativ sind, als man erwarten könnte: Die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes, die Umrüstung auf LED-Beleuchtung, die Sanierung auf Passivhausstandard oder die Einrichtung von Klima-Werkstätten zur Bürgerpartizipation sind keine wirklich umwälzenden Maßnahmen. Obwohl die TM-Logik davon ausgeht, dass gesellschaftlicher Wandel insbesondere durch innovative, experimentelle Pilotprojekte angeregt wird, repräsentieren Best Practices in der Regierungspraxis doch vielmehr aktuelle Standards und sind nicht wirklich „revolutionär" (Radaelli 2004; Veselý 2011).

„In dem Fall des Wettbewerbs ‚Klimaaktive Kommune' wählt z.B. das BMUB gemeinsam mit dem DIFU die Gewinner aus. Und es ist unwahrscheinlich, dass eine aktivistische ‚gute Praxis' da jemals gewinnen wird: ‚Da haben wir mal einen Protest gemacht gegen die Autoindustrie, das war super!' Glaube ich nicht. Also es muss schon *systemkonform* sein." (IB-1, 2015: 134)

Insbesondere die Erkenntnisse bezüglich der Best Practice-Produktion und der -Inhalte haben verdeutlicht, dass Best Practice-Beispiele kaum zu einer signifikanten Erneuerung von Prozessen und Technologien oder strukturellem Wandel beitragen. Nicht die innovativsten, radikalsten Ideen bzw. die Maßnahmen mit dem größten THG-Minderungspotenzial werden als Best Practices ausgewählt und verbreitet, sondern die, die am öffentlichkeitswirksamsten sind, die sich am besten kommunizieren lassen, die am einfachsten umzusetzen sind, zu denen am meisten Daten vorliegen, die am günstigsten zu implementieren sind oder die andere individuelle Kriterien erfüllen (vgl. Kapitel #„Mit Ideen und Beispielen zum Erfolg"?!).

„Es gibt gewisse Standards und die Best Practice-Beispiele werden danach ausgewählt, wie nah sie an diesen Standard rankommen. […] Best Practice-Beispiele sind nicht so stark, dass sie diese Standards beeinflussen können. Es ist eher so, dass man versucht, mit seinen guten Beispielen möglichst nah an diesen Standard ranzukommen. […] Daher bin ich nicht davon

überzeugt, dass die Wirkung von diesem Best Practice-Austausch so groß ist, wie man sich das wünscht.“ (IB-5, 2015: 8; 18)

Das kann sogar dazu führen, dass sinnvolle Weiterentwicklungen oder Innovationen ausgebremst werden und sich stattdessen Standardlösungen weiter verfestigen (Veselý 2011; Moore 2013). Anstatt Kreativität und Erfindungsgeist zu fördern, indem mit verschiedenen Lösungsoptionen experimentiert wird, kann ein Regieren durch Best Practices auch im Gegenteil zu weniger ambitionierten und weniger transformativen Maßnahmen führen.

„Meiner Meinung nach braucht man für Transformation Mut zum Risiko, Innovation und Kreativität. Zu einem gewissen Grad kann das natürlich Kreativität fördern, indem man sich Anreize woanders holt. Zu einem gewissen Grad kann es aber auch einfach dann bequem sein und Kreativität hemmen, indem man einfach was woanders Erprobtes übernimmt, ohne sich wirklich die Mühe zu machen, ob es passt. […] Zwar ist jedes Mal, wenn man verbreitet oder repliziert, schon auch die Möglichkeit da, dass jemand Neues einfach drauf guckt und der einen anderen Hintergrund hat und das irgendwie neu kombiniert, seine Ideen mit der Idee auf der anderen Seite. Was dagegen spricht ist natürlich, dass es immer stärker ein Produkt wird, was ganz klar spezifiziert ist, und vielleicht gibt’s dann auch Vorgaben […] und das kann die Weiterentwicklung hemmen.“ (IK-15, 2016: 21; 27)

Das transformative Potenzial von Best Practices wird zudem durch ihre „Währungs-Funktion“ geschmälert (vgl. Kapitel #„Gebt uns gute Beispiele!“). Es besteht die Gefahr, dass Kommunen, die sehr wirksam Öffentlichkeitsarbeit betreiben, vermehrt Auszeichnungen erhalten und ihre Maßnahmen öfter als Best Practices etikettiert werden als die Aktivitäten anderer Kommunen, die zwar ebenso gut oder vielleicht sogar besser sind, aber weniger effektives Marketing betreiben (IN-2, 2016). Hinzu kommt, dass

„Klimaschutz […] eine freiwillige Aufgabe ist und jede Stadt vor der Herausforderung steht, sich besonders zu profilieren. Weil Klimaschutz eine freiwillige Leistung ist, muss man gewisse Alleinstellungsmerkmale suchen. Wenn ich andere Bereiche sehe, z.B. Lärmschutz oder Luftreinhalteplanung, da gibt es Pflichtaufgaben und da ist gar nicht so sehr im Fokus, wie die öffentliche Wahrnehmung ist, sondern es ist stärker an den Umweltqualitätsstandards ausgerichtet. Und da habe ich zurzeit sogar den Eindruck, dass da Maßnahmen öfter übertragen werden als im kommunalen Klimaschutz, weil die Herausforderungen eines Alleinstellungsmerkmales und der öffentlichen Wahrnehmung nicht so stark [sind] wie im kommunalen Klimaschutz […]. Weil jeder Klimamanager muss sich auch immer rechtfertigen und muss ein gutes Standing in der Verwaltung haben und wenn er, ich sag mal jetzt überspitzt gesagt, nur die Projekte aus der Nachbarschaft überträgt, dann ist natürlich die Gefahr da, wo ist das Alleinstellungsmerkmal?“ (IK-21, 2017: 84)

Dass hauptsächlich solche Interventionen, die aktuelle politische oder technologische Standards widerspiegeln, als Best Practices bezeichnet werden sowie dass einige Kommunen in der Außendarstellung erfolgreicher sind als andere beschneidet gleichzeitig die „Möglich-Macher-Funktion“ von Best Practices (vgl. Kapitel #„Gebt uns gute Beispiele!“). Wenn die Vielfalt an Maßnahmen, die als Best Practices angesehen werden, zu stark eingeschränkt ist, dann gibt es auch weniger Möglichkeiten der Inspiration und der Diskussion.

„Through the occlusion of the plurality of possible strategies and projects, depoliticised representations of climate change are not only a potential obstacle to tackling it effectively, but also hamper the democratic debate that is needed.“ (Kenis und Mathijs 2014: 173)

Viele Klimaschutzmanager berichteten mir von ihrem Eindruck, dass sich die Maßnahmen, die als Best Practice verbreitet werden, sehr stark wiederholen und nur wenige tatsächliche Neuerungen kommuniziert werden, wie diese Klimaschutzbeauftragte auf den Punkt bringt:

„Im Prinzip ist das Rad erfunden. Wir machen im Prinzip alle das gleiche. Wenn jemand kommt und sagt, […] wir machen jetzt Energieeinsparungen in Kitas und Schule. Da denke ich dann immer, das gibt es schon seit 20 Jahren. […] Es gibt für eine Kommune nicht so viele Hebel, um etwas zu machen und insofern machen wir schon alle das gleiche. Und das Voneinander-Lernen findet nur im ganz geringen Umfang statt. […] Es gibt gar nicht mehr so viel Neues, was man machen kann und transferieren kann. Also ist das Potential ziemlich abgegrast.“ (IK-16, 2016: 35; 67)

Insgesamt scheinen Best Practice-Beispiele also Visionen hervorzubringen, die den gesellschaftlichen Status quo eher zementieren, indem die einzelnen Maßnahmen in den Beschreibungen von ihren Störfällen, Problemen und Konflikten befreit werden und stattdessen als Zusammenspiel von reibungslos ineinandergreifenden Komponenten dargestellt und so in nachahmenswerte Situationen umgewandelt werden. Ein „Weiter so“ erscheint möglich, wenn nur ausreichend Best Practices umgesetzt werden, die viele der Probleme abmildern oder gar lösen. In der Literatur werden Best Practices daher häufig auch *depolitisierende* Effekte zugeschrieben: „[S]ocietal depoliticisation revolves around a focus on core business, efficiency, and best practice which inevitably tends to depoliticise many of the values and principles that originally informed the organization.” (Wood und Flinders 2014: 160)

Depolitisierung ist dabei nicht gleichbedeutend mit dem Verschwinden von Politik an sich, sondern meint vielmehr die Transformation von Politik, die zu einer Auflösung des Politischen führt. Das post-politische, konsensuale Politikarrangement hat das Politische dabei zunehmend auf eine manageriale Form des Regierens reduziert

(Swyngedouw 2009). Damit ist gemeint, dass Regieren zu einer „techno-managerialen Praxis“ (Swyngedouw 2016) wird, die Gesellschaft auf eine solche Weise steuert, ohne dass Logiken und Routinen des bestehenden gesellschaftspolitischen Systems und seiner konstitutiven Machtverhältnisse verändert werden müssen. Das kommunale Klimaschutzmanagement als machtvolle Form der Governance kann als solch eine techno-manageriale Regierungspraxis verstanden werden, die das gegenwärtige Verwaltungshandeln in Bezug auf den Klimaschutz prägt.

„Depoliticization […] involves all counter-strategies which seek to conceal the contingency of reality, sew the gaps in hegemonic discourses and channel dislocations in such a way that fundamental social structures remain untouched.“ (Stephan et al. 2014: 70)

Der post-politische Zustand basiert auf Konsensbildung, Kollaboration und Pragmatismus, die Politik zu einer technischen, projektfokussierten Aktivität jenseits von Konflikten machen. Durch die Einführung von Managementtechniken wie Best Practices, Benchmarking und kalkulativen Regierungstechniken wie Kosten-Nutzen-Berechnungen soll sowohl verwaltungsintern als auch -extern gezeigt werden, wie effektiv Politikinterventionen wirken (Raco und Lin 2012). Die aktive Konstruktion von Konsens ist dabei zentral, damit Machtgefüge, Konflikte und Exklusionen unsichtbar werden und Politik so durch ein Set an technischen Praktiken, Wissensformen und Institutionen das Politische – den Raum der Uneinigkeit – einzudämmen vermag (Barry 2002; Bruno 2009).

Klimapolitik bspw. wird hauptsächlich durch einen wissenschaftlichen Konsens legitimiert (vgl. Kapitel #Klimawandel als Politikproblem), der sich in einen politischen Konsens übersetzt (Swyngedouw 2009). Konsens wird am effektivsten durch solche Urban Governance-Techniken hergestellt, die bestimmte Rationalitäten unterstützen, indem sie spezifische Handlungsweisen als selbstverständlich erscheinen lassen (Davidson und Iveson 2014). Best Practices können als eine solche Regierungstechnik angesehen werden, denn der Best Practice-Ansatz basiert auf der Idee der Effizienz und Beschleunigung der Umsetzung von Maßnahmen – einhergehend mit der Beschneidung des Raums für Diskussionen (vgl. auch Bruno 2009 zu „Benchmarking“). Wie im Kapitel #Zur Performativität von Best Practices gezeigt, kann die diskursive Verknüpfung von bestimmten Praktiken mit den Bezeichnungen „best“ oder „good“ dazu führen, dass diese mehr oder weniger als gegeben hingenommen und als „gut an sich“ aufgefasst werden. Damit repräsentieren Best Practice-Beispiele sedimentierte Strukturen eines Diskurses, die als selbstverständlich angesehen und dadurch hegemonial werden, sodass sie nicht mehr hinterfragt werden: „Once a discourse is settled, it excludes some notions and ideas, and thus gives rise to an antagonistic outside as the necessary ‚Other‘ of social life.“ (Stephan et al. 2014: 69)

Eine solche Praktik verliert damit ihr politisches Element, was auch dazu führen kann, dass sinnvolle Weiterentwicklungen und Innovationen ausbleiben und sich stattdessen Mittelweg-Lösungen etablieren (Moore 2013; Veselý 2011). So kann man ein Regieren durch Best Practices auch als „governing through a stage-managed consensus" (MacLeod 2011: 2632) verstehen, wodurch bestimmte Interventionen zum „Common Sense" und Diskussionen auf ein Minimum beschränkt werden. Politik wird dadurch auf die Verwaltung und das Management von Prozessen reduziert, deren Parameter durch konsensuales Wissen definiert werden.

Den Politikfeldern Klimawandel und Nachhaltigkeit wird eine besonders starke Anfälligkeit für solch eine post-politische Darstellung attestiert (Swyngedouw 2009, 2010, 2013; Raco und Lin 2012; MacLeod 2013; Rosol 2013; Davidson und Iveson 2014; Kenis und Lievens 2014; Kenis und Mathijs 2014; Stephan et al. 2014; Mössner 2016). Die ökologische Krise bzw. der Klimawandel bedroht jedes und jeden – in der Konsequenz stünden Nachhaltigkeits- und Klimaziele jenseits jedweder Anfechtung, insbesondere, wenn das Credo lautet: Wir brauchen keine endlosen politischen Debatten, sondern sofortiges Handeln, um die drohende Klima-/Umwelt-Katastrophe zu verhindern oder wenigstens abzumildern. Umwelt- und Klimaschutz wird daher häufig als generell erstrebenswert angesehen und gilt als gesamtgesellschaftlich akzeptiert, was sich auch in der umfassenden Förderpraxis ausdrückt, wie ein Klimaschutzmanager zu bedenken gibt:

„Seitdem es in Deutschland die Kommunalrichtlinie gibt, und man das Geld sozusagen hinterher geschmissen kriegt, habe ich festgestellt, dass es eigentlich fast ein bisschen weniger Spaß macht, weil, im Grunde kann ja keiner was gegen Klimaschutz haben. Keiner sagt mehr: ‚Wir müssen RWE entmachten!' Das […] hat sich irgendwie erledigt; Atomenergie ist auch abgeschaltet und wir sind jetzt auf der Ebene, dass wir darüber reden, ja, so langweilige Sachen, wie: ‚Wir sanieren mal unsere Fenster'. Also wir sind jetzt auf der praktischen Ebene angekommen." (IK-3, 2015: 16)

Die Debatten, die geführt werden, drehen sich nur noch darum, welche Managementtechniken und Technologien zum Einsatz kommen sollten, wie das Timing ihrer Implementierung aussehen soll und wie die Interessen der relevanten Stakeholder am besten zu berücksichtigen sind (Swyngedouw 2013).

„There is indeed a widespread consensus that the (urban) environmental condition needs to be taken seriously and that appropriate managerial-technological apparatuses can and should be negotiated to avoid the urban maelstrom sinking into catastrophe, socioenvironmental degradation and possibly disintegration. At the same time, of course, there is hegemonic consensus that no alternative to liberal-global hegemony is possible." (Swyngedouw 2009: 608)

Die Regierung des Klimawandels wird so – analog zur Problematisierung als MLG-Problem – zu einer stakeholderbasierten Handlungsweise, im Zuge derer nationale, regionale oder kommunale Regierungsakteure gemeinsam mit Experten, Nichtregierungsorganisationen und anderen „verantwortlichen“ Partnern kooperieren und diskutieren, wobei jedoch irreversible Entscheidungen vermieden werden (MacLeod 2013; Swyngedouw 2010). Best Practices werden in diesem Zusammenhang zu einem Vehikel, das bestimmte Maßnahmen und Akteure befähigt und andere benachteiligt. Einerseits wird politisch relevantes Wissen als Erfolg bzw. vorbildliches Praxisbeispiel gerahmt, das in andere Orte exportiert und aufgenommen werden sollte, während andererseits alternative Zukunftsvisionen als außerhalb der Grenzen der politischen Diskussion definiert werden (Moore 2013). Best Practices sind daher ein Mittel, den Raum der möglichen politischen Interventionen zu definieren und festzulegen, welche Lösungsstrategien denkbar sind und welche nicht. Damit tragen sie zur allgemeinen Konsensbildung bei und machen das Regieren zu einer technischen, projektfokussierten Aktivität jenseits von Konflikten (vgl. Bruno 2009).

Obwohl Best Practices unbestreitbar depolitisierende Effekte haben, halte ich es für wenig zielführend, die Konstruktion von Konsens und die gleichzeitige Marginalisierung von Dissens durch Best Practices schlicht als Teil einer zwangsläufigen Depolitisierung der Klimagovernance zu verstehen. Statt einen generellen Trend hin zu post-politischen Formen der Governance festzustellen, sollten die konkreten Prozesse und Implikationen depolitisierender Momente in der Klimagovernance stärker untersucht und infrage gestellt werden. Apokalyptische Visionen und neue Großerzählungen vom Ende der Politik und der Demokratie an sich – wie sie von einigen Autoren evoziert werden (z.B. in Swyngedouw 2010) –, halte ich für kontraproduktiv, da hier unvermeidliche Brüche, Widersprüche und Widerstände ausgeblendet werden, sodass letztendlich unklar bliebt, wie diese depolitisierenden Prozesse aufgehalten, umgekehrt oder bekämpft werden können. Best Practices haben nämlich nicht nur depolitisierende Effekte. Zwar lassen sich viele Elemente eines post-politischen Zustands im kommunalen Klimaschutzmanagement finden: Politische Fragen werden zu technischen Fragen; die Diskussion darüber, wie und was zu regieren ist sowie über die möglichen Verteilungseffekte einzelner Maßnahmen wird mit Verweisen auf Fachwissen und Experten beschnitten und Bürger werden zur Partizipation ermutigt, wobei der Handlungsspielraum stark limitiert ist (Li 2007). Doch wo (kommunaler) Klimaschutz nach außen hin als gewollt und konsensual erscheint, ist er auf der Arbeitsebene ein stark umkämpftes Politikfeld (F-150312-Rheine). Die Produktion verschiedener kommunaler klimapolitischer Pfade durch Best Climate Practices mündet nicht automatisch in objektive Anleitungen für eine klimafreundliche Stadt, sondern Best Practices spiegeln einen dezidiert politischen Prozess wider – wie im Verlauf des vorhergehenden Kapitels (#Best Climate Practices) gezeigt wurde. Dies macht die scheinbar stabile post-politische Situation fragil: Was auf den

ersten Blick nach einer einfachen Frage des optimalen Managements und des Wissenstransfers aussieht, die politische Diskussionen erstickt, kann schnell zu (bspw. technischen oder wissenschaftlichen) Veränderungen und Ereignissen führen, die eine einzelne Maßnahme oder auch ein ganzes Politikfeld wieder repolitisieren können (Stephan et al. 2014). Momente der Schließung und der Öffnung des politischen Diskurses durch Best Practices sind folglich oftmals gleichzeitig zu beobachten. Einerseits ist es möglich, dass etwa in Folge der Verbreitung guter Praxisbeispiele neue Akteure – auch außerhalb der kommunalen Verwaltung – für den kommunalen Klimaschutz aktiviert und mobilisiert werden (vgl. Kapitel #Best Practices als „Möglich-Macher“) und die politische Debatte dadurch auch in andere Gesellschaftsbereiche getragen wird. Andererseits kann es genauso passieren, dass einzelne Akteure wie Umweltaktivisten von der Debatte ausgeschlossen werden, weil sie von den bereits zirkulierenden Best Practices marginalisiert werden. Best Practices bringen durchaus Möglichkeiten der Re-Politisierung mit sich. Progressive Akteure, seien es besonders engagierte Kommunen und/oder Klimaschutzmanager, kritische Forschungseinrichtungen, aktivistische NGOs, Stiftungen, Städtenetzwerke, Bürgerinitiativen oder ähnliche Akteursgruppen, können durch geschickte Öffentlichkeitsarbeit mithilfe guter Praxisbeispiele alternative Visionen einer klimafreundlichen Gesellschaft verbreiten helfen und damit tatsächlich systemischen Wandel anregen. Insbesondere durch ihre „Agenda-Setting-Funktion“ (vgl. Kapitel #Best Practices zum polit-strategischen Agenda-Setting) können durch Best Practices zwar neue Themen Eingang in den politischen Diskurs finden, gleichzeitig kann aber durch die definitorische Macht von Best Practices auch der Eintritt alternativer Maßnahmen oder Vorgehensweisen in die Sphäre des politisch Möglichen und Denkbaren verhindert werden. In Bezug auf ihre politischen Effekte sind Best Practices daher als höchst ambivalent und nicht nur einseitig als depolitisierend einzustufen.

Auch der scheinbar breit akzeptierte Konsens, den Klimawandel bekämpfen zu müssen, der vermeintlich zu einer Depolitisierung des Politikfeldes beiträgt, funktioniert dabei nur auf einer diskursiven Meta-Ebene. Sobald abstrakte Klimaziele mit konkreten Maßnahmen unterfüttert werden sollen, regt sich sowohl in der Bundes- als auch in der Lokalpolitik schnell Widerstand. Auch wenn sich die politischen Akteure meist darin einig sind, „dass Klimawandel menschengemacht ist und dass man was dagegen machen sollte, heißt das ja noch lange nicht, dass man sagt, man sollte unbedingt 2 GW Solarspeicher bauen oder einen neuen Staudamm errichten oder […] bestimmte Straßenführungen abschaffen. […] Klimaschutz stößt immer dann auf Grenzen, wenn Leute in ihren Befindlichkeiten und Abläufen gestört werden […]: Warum sollen wir das jetzt auch noch machen? Warum denn jetzt hier? Warum nicht da?“ (IB-2, 2015: 62). Die kommunalen Klimaschutzmanager erleben diese Politisierung auf Maßnahmenebene tagtäglich, was ihre Arbeit häufig behindert: „Wenn wir 5 Millionen Euro für eine Straße brauchen, dann ist das kein Thema, aber wenn

wir 50.000 Euro für Klimaschutz wollen, dann ist das ein Riesenthema.“ (F-150505-Berlin)

„[G]erade im Bund […] ist Klimapolitik ein Schlachtfeld, wo es natürlich auch um Machtinteressen geht, um Geld geht, um Energiepolitik, die Interessen der Energiekonzerne geht, wo es [um] Milliardensummen geht am Ende. […] ständig versuchen irgendwelche Interessengruppen, die Klimaziele, die schon längst verabredet sind, wieder zu Fall zu bringen, und andere würden gerne sagen, das reicht überhaupt nicht aus, wir müssen viel strengere Klimaziele beschließen. […] Diese Schlachten, die werden […] auch auf kommunaler Ebene ausgefochten. Gerade wenn es um konkrete Maßnahmen geht, die auch hier in die Mobilitätsschiene gehen, wo man sagt, sollen wir jetzt den Autoverkehr hier mal einschränken in irgendeiner Form? Sollen wir hier mal zusätzliche Parkgebühren erheben, um das Fahrradfahren attraktiver zu machen? Da wird es dann ganz schwierig. Da wird dann Klimapolitik auch auf kommunaler Ebene schnell zu einem Schlachtfeld.“ (IK-1, 2015: 62; 64)

Auf vielen Vernetzungstreffen wurde immer wieder die Lokalpolitik als größter Bremser in den Klimaschutzbemühungen genannt. Eine Politisierung ist seitens der Klimaschutzmanager unerwünscht. Doch gerade weil Klimaschutz ein hochpolitisches Thema ist, sind Best Practices für die kommunalen Klimaschutzmanager so wichtig, da sie mit ihnen gezielt die politische Diskussion zu beschneiden und Überzeugungsarbeit zu leisten versuchen. Dies verdeutlicht, dass langsame und zögerliche Transformationsprozesse nicht notwendigerweise aus einem Mangel an Wissen darüber resultieren, wie bessere Lösungen geschaffen werden können – wovon die Regierungsrationalität des kommunalen Klimaschutzmanagements ausgeht (Bulkeley 2006). Best Practices sind dann auch nicht als Schlüsselressource zur Unterstützung strukturierter Lernprozesse für Entscheidungsträger, sondern als polit-strategische Regulierungstechnologie zu verstehen, die für unterschiedliche Ziele innerhalb des bestehenden Praxisregimes eingesetzt wird. Der Fakt, dass das alltägliche Regieren des Klimawandels weit von dem Ideal des Klimaschutzmanagements entfernt ist, verdeutlicht, dass sich die Regierungspraxis im Gegensatz zur Regierungsrationalität – die sich vom Einsatz der Regierungstechnik Best Practice ein rationales, systematisches Vorgehen mit dem Ziel der Effizienzsteigerung und Beschleunigung erhofft – durch individuelle Interessen, Überzeugungen, Vertrauen und Affinitäten auszeichnet. In der praktischen Politikgestaltung suchen die kommunalen Klimamanager nicht systematisch nach rationalen und optimalen Lösungen durch Best Practices und sie versuchen auch nicht, diese strategisch zu replizieren. Stattdessen tun sie das, was ihnen möglich ist, um in einem herausfordernden Umfeld und mit beschränkten Mitteln zu bestehen (Forester 1984).

„Policy is not made once and for all; it is made and re-made endlessly. Policy-making is a process of successive approximation to some desired objectives in which what is desired itself continues to change under reconsideration. Making policy is at best a very rough process." (Lindblom 1959: 86)

Auch wenn (oder gerade weil) Best Practices durch ihre performativen Eigenschaften einen gewichtigen Anteil an der Konstruktion sozialer Wirklichkeit im kommunalen Klimaschutz haben, ist ihr transformatives Potenzial eher gering – also ihre Fähigkeit, systemischen Wandel anzuregen bzw. zu beschleunigen. Zwar tragen Best Practices dazu bei, die Objekte und Prozesse, die sie beschreiben, zu institutionalisieren und evozieren damit ein Bild darüber, wie kommunaler Klimaschutz idealerweise auszusehen hat. Dies ist jedoch insofern problematisch, als Best Practices damit bestehende Vorstellungen und Herangehensweisen verfestigen, statt Neuerung und Wandel hervorzubringen. Der in der TM-Theorie angestrebte beschleunigte Wandel durch optimiertes Management und Wissensdistribution bleibt damit aus: „Zwar sind die Beispiele eine Inspiration, doch reichen sie nicht aus" (Institut dezentrale Energietechnologien 2014: 12), denn „es handelt sich um Einzelmaßnahmen, die normalerweise nicht aufeinander abgestimmt sind. Jede [Best Practice] deckt sicher Einsparpotenziale auf, aber sinnvoller wäre ein strategischer Ansatz" (IK-18, 2017: 48-49). Gute Praxisbeispiele an sich haben dem Problem Klimawandel nur wenig entgegenzusetzen:

„Ich fürchte, dass die Rolle [von Best Practices] oft überschätzt wird. […] Es ist zwar ein nützliches Element, […] und ich finde, […] von der eigentlichen Aktivität von der Kommune sollte es vielleicht 10 bis 20 Prozent in Anspruch nehmen und dann ist es glaube ich sehr nützlich und viel mehr wird es auch nicht bringen an beeinflussbaren Effekten. Das heißt jetzt zwar nicht gleich 10 Prozent $CO_2$-Einsparung, aber von dem, was die Kommune erreichen kann, haben solche Aktionen tatsächlich ihren gewissen Anteil und weil er ja relativ einfach zu erzielen ist, ist es schon viel wert, aber ich würde die Effekte jetzt insgesamt nicht so sehr hoch einschätzen." (IK-19, 2017: 56)

Will man gesellschaftlichen Wandel herbeiführen, steht man vor sehr komplexen, umfassenden Aufgaben und Zusammenhängen. Ein LED-Tauschtag[5] z.B. ist zwar

5 Die Idee eines LED-Tauschtages ist, dass jeder, der eine alte Glühbirne abgibt, dafür kostenlos eine LED-Leuchte erhält. Damit sollen Vorurteile abgebaut und die Marktdurchdringung der LED-Technik beschleunigt werden, um Strom(-kosten) und CO2 einzusparen. Ausgehend vom LK Osnabrück hat sich diese Maßnahme schnell deutschlandweit als Best Practice-Beispiel verbreitet, u.a. in Neumarkt i.d. Oberpfalz, Uelzen, Bad Rothenfelde, Herford, Melle, Lüdenscheid und dem Odenwaldkreis.

schnell, einfach und kostengünstig zu kopieren und durchzuführen, „[a]ber sich ausschließlich darauf zu verlassen und zu sagen: In Zukunft braucht man nur noch Klimaschutzmanagerinnen, die im Jahr zwölf Best Practices umsetzen – das […] wäre unwirksam“ (IK-19, 2017: 50). Transformation und Wandel zu ermöglichen ist keine Frage der Replikation oder des Transfers von *Lessons Learnt* aus individuellen Einzelprojekten. Es geht vielmehr um die Erkenntnis, dass bestehende Ansätze zur politischen Steuerung des Klimawandels eben erst jene fragmentarischen Reaktionen hervorgebracht haben und dass dieser Steuerungsprozess an sich grundlegend geändert werden muss, will man über den Status quo hinausgehende Veränderungen erzielen – wie auch der Stillstand bei der bundesweiten Emissionsreduktion deutlich macht (Bulkeley 2013). „[L]etztendlich ist Politikwechsel das einzige, was wirklich einen transformativen Wandel hervorrufen kann.“ (IB-7, 2016: 23)

„[Zwar] können auch lokale Initiativen, einzelne Beispiele, einzelne Projekte […] einen transformativen Charakter haben, solange es [aber] nicht in einen politischen Rahmen gegossen und festgehalten wird, kann das aber nur […] in einem kleineren Wirkungskreis passieren. Wenn es wirklich darum geht, eine Gesellschaft zu verändern, dann brauchen wir einen Politikwechsel. Und dann brauchen wir Gesetze, die es uns ermöglichen, diesen neuen Weg wirklich beizubehalten.“ (IB-7, 2016: 23)

„[E]ine Identifizierung allgemeingültiger Praktiken und eine Unterstützung der Umsetzung durch den Gesetzgeber wäre hilfreich, um wirklich dauerhafte Erfolge erzielen zu können. Ein erster Schritt in diese Richtung war die Einführung der Klimaschutzrichtlinie, die allerdings gesetzlich bindend ausgestaltet sein müsste.“ (IK-18, 2017: 64)

Bei alldem sollte man die Bedeutung des Erzählens mittels Best Practices als wirklichkeitskonstituierendes Mittel der Wiederholung und Benennung aber nicht unterschätzen (Cidell 2015). Denn die Betonung der Wirkung von Sprache und Narration hebt die aktive und konstitutive Fähigkeit der Subjekte hervor, sich selbst und die Gesellschaft zu verändern (Livesey et al. 2009). Die Herausforderung in der Identifikation, Selektion, Aufbereitung und Verbreitung von Best Practices wäre dann nicht so sehr, konformistisch und konsensual zu beschreiben, wie aktuelle Lösungen aussehen und funktionieren, sondern auch verstärkt darüber zu berichten, wie Veränderung gelingen kann, welche Hürden dabei zu überwinden sind und wie in der Konsequenz die Zukunft aussehen könnte.

„[…] [N]ew understandings and practices of sustainability are brought into being and institutionalized through the stories that they generate. […] It suggests the need to consider the potentially world-changing effects of stories that we choose to tell.“ (Livesey et al. 2009: 423)

Man sollte sich also darüber im Klaren sein, „dass die Bekanntmachung guter Praktiken sehr wichtig ist“ (IK-18, 2017: 64) und die potenziell weltverändernden Effekte der zahlreich erzählten Best Practice-Geschichten auch mitgedacht werden müssen. Statt aber lediglich zu dokumentieren, was bereits gelingt und geleistet wird, müsste stärker aufgezeigt werden, wo es noch Hemmnisse, Hürden und Widerstände gibt, damit tatsächlich alternative Lösungen entwickelt werden können und politischer Druck aufgebaut wird. Aktuell wirken Best Practices politisch häufig wie ein Beruhigungsmittel anstatt wie ein Motor des Wandels.

## FAZIT: „KLIMASCHUTZ LEICHT GEMACHT – VON ERFOLGSBEISPIELEN LERNEN“[6]?

Flensburg im Mai 2017: Das „Masterplan 100% Klimaschutz“-Programm neigt sich dem Ende zu. Zum vorletzten Mal kommen die Masterplanmanager der 19 Kommunen zusammen, um sich unter der Leitung des IFEU gezielt auszutauschen und zu vernetzen. Wie immer sind auch Vertreter des Fördermittelgebers (BMUB) und des PtJ (verantwortlich für die fachliche und administrative Bearbeitung der Förderanträge) anwesend. Im Verlauf der sechs vergangenen Jahre seit Beginn des Förderprogramms hat die Rolle von Best Practices stetig an Bedeutung gewonnen: Bei diesem 11. Vernetzungstreffen in Flensburg befassten sich allein drei Tagesordnungspunkte nur mit der Vorstellung „guter Praxisbeispiele“ – aus anderen Förderprogrammen, aus den MPKs selbst und in Form einer Aufbereitung in einer neuen Broschüre des SK:KK. Die Aufbereitung und Verbreitung von Best Practices ist damit zu einem wesentlichen Teil des Klimaschutzmanagements im Masterplanprozess geworden. Dies wird von den MPKs jedoch ambivalent gesehen. In der Diskussion darüber, wie der Masterplan-Prozess nach Ende der Förderung verstetigt werden soll, kommt die Frage auf, was für strategische Ziele das BMUB mit der Förderung verfolgt hat. In das „Masterplan 100% Klimaschutz“-Programm ist viel Geld geflossen, doch die Kommunen sind der Meinung, dass der angestoßene Prozess „auch ganz schnell wieder auf null zurückfallen kann“ (F-170518-Flensburg), wenn die Strukturen nicht nachhaltig gesichert würden. Zwar konnte man die MPKs als Know-how-Träger und Leuchttürme des kommunalen Klimaschutzes aufbauen, doch eine Strategie zum Transfer oder der Nutzung der gewonnenen Erkenntnisse wurde bisher nicht entwickelt. Auf die Forderung seitens der Kommunen nach einem konkreten Output am Ende der Förderung 2018 antwortet der Vertreter des BMUB: „Was mir sehr gut gefällt, sind die guten Praxisbeispiele, ich würde daher vorschlagen, dass wir die Best

6 Universität Kassel (2017): Titel.

Practices aus den MPKs sammeln und in einer Publikation des BMUB zusammenführen“ (F-170518-Flensburg).

Obwohl die Nachfrage nach erfolgreichen Maßnahmen- und Umsetzungsbeispielen nach wie vor bei allen Beteiligten hoch ist, macht sich Enttäuschung bezogen auf diesen Vorschlag breit. Nach einigem mürrischen Gemurmel meldet sich eine Masterplanmanagerin zu Wort und lässt verlauten, dass das Letzte, was jetzt gebraucht werde, noch mehr Best Practice-Beispiele seien. Ziel müsste es jetzt sein, aus den MPKs als verstreute einzelne Leuchttürme eine Strategie abzuleiten und damit in die Breite zu gehen, Bilanz zu ziehen nach sechs Jahren und Zukunftsvisionen aufzuzeigen. Dazu brauche es keine Best Practices, sondern einen systemischen Ansatz und eine eindeutige politische Botschaft. Die Masterplanmanagerin macht deutlich: „Wir brauchen hier nicht die tausendste Best Practice-Broschüre. Aber vielleicht brauchen Sie [das BMUB] sowas?“ Seitens des BMUB reagiert man konsterniert: „Was ist denn Ihr Gegenvorschlag? Mit so einer Broschüre machen wir uns doch nichts kaputt!“ (F-170518-Flensburg).

Mit Rückblick auf die Einleitung dieser Arbeit verdeutlichen die Eindrücke des MPK-Vernetzungstreffens noch einmal, wie dringend es angesichts der ambivalenten Einstellung der beteiligten Akteure zu Best Practices ein Verständnis davon braucht, wie das Managementtool zu seiner exponierten Stellung gekommen ist, wie und warum Best Practices zum Regieren genutzt werden und welchen Beitrag sie für einen transformativen Wandel leisten (können). Ziel der vorliegenden Arbeit war daher, herauszufinden, welche Rolle die Selektion, Aufbereitung, Verbreitung und Anwendung von Best Practice-Beispielen in der alltäglichen Regierungspraxis des kommunalen Klimaschutzes spielen. Dabei ging es um die Erforschung der praktischen Prozesse und Techniken des Regierens von Klimawandel in Kommunen, die in bisherigen Studien kaum Beachtung fanden. Zu Beginn meiner Arbeit stellte ich daher die Frage, *wie auf kommunaler Ebene versucht wird, Klimawandel durch Best Practice-Beispiele regierbar zu machen*. Mein Erkenntnisinteresse richtete sich dabei auf die dahinterstehenden Logiken, Wissensformen, Produktionsbedingungen, Funktionen und Wirkmächtigkeiten in den alltäglichen Steuerungsprozessen, in denen Best Practices zur Anwendung kommen. Um diese Frage bearbeiten zu können, habe ich Best Practices als spezifische Regierungstechnologie konzipiert, die zusammen mit bestimmten Arten der Problematisierung, bestimmten Regierungsrationalitäten, spezifischen Politikprogrammen und weiteren Regierungstechniken das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“ bilden. Mit der Orientierung an einer „governmentality in action“ (Murdoch 2004) und der Konzeptualisierung von kommunalem Klimaschutz als Praxisregime grenzte ich diese Arbeit von gouvernementalen Studien ab, die in ihrer Analyse die Kategorien der politischen Rationalitäten und Programme gegenüber den Regierungstechnologien und -praktiken privilegieren, was zu einer Überabstraktion des Untersuchungsfeldes führen kann (Kapitel #Die Kunst, den Kli-

mawandel zu regieren). Dem wirkte ich gezielt entgegen, indem ich in meiner Analyse des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz“ das Verhältnis von Problematisierungen, Rationalitäten und Technologien und deren Wirkungen als interdependent und zirkulär herausarbeitete. Dazu gliederte ich meine Ausgangsfrage in vier Teilfragestellungen:

1. *Kapitel #Kommunen im Klimawandel – Problematisierung*: Durch welche Artikulationen wird Klimawandel zu einem Problem lokaler Regierung gemacht?
2. *Kapitel #New Public Climate Management – Rationalitäten und Programme*: Auf welchen Rationalitäten beruht das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“ und welche politischen Programme werden daraus abgeleitet, um das Problem „Klimawandel“ in Kommunen regierbar zu machen?
3. *Kapitel #Best Climate Practices – Technologien*: Wie und warum hat sich die Managementmethode „Best Practice“ als eine hegemoniale Regierungstechnologie im Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“ etablieren können?
4. *Kapitel #„Best Practice ist eine Geschichte“ – Machteffekte*: Wie werden „Best Climate Practices“ politisch wirkmächtig und welche politischen Effekte zeitigen sie?

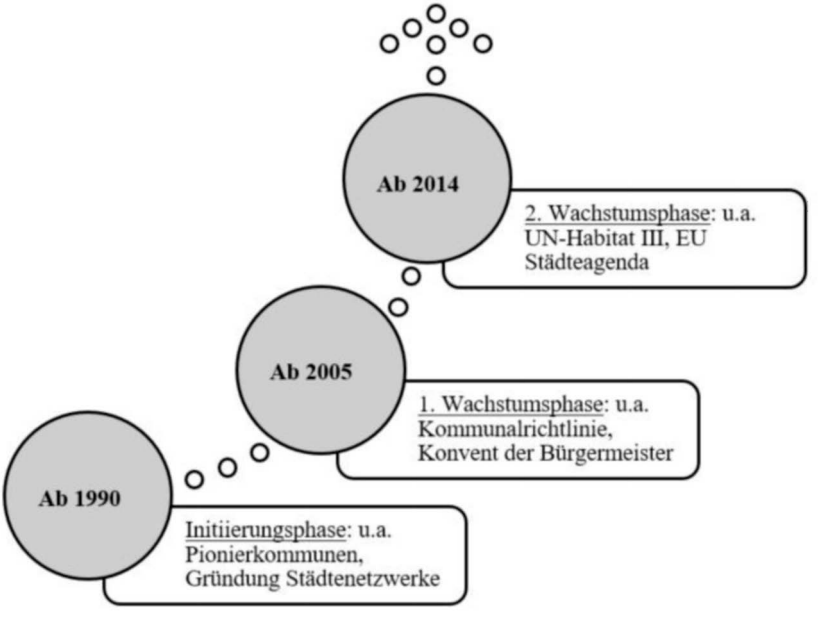
Abschließend fasse ich nun zunächst die zentralen Ergebnisse meiner Arbeit zusammen. Im Anschluss an die Beantwortung meiner Leitfragen ziehe ich ein kritisches Resümee, bevor ich einen Ausblick auf weiterführende Fragen eröffne und damit Impulse für weitere Forschung in diesem Bereich gebe.

## Zusammenfassung

Die Geschichte von Best Practices als Regierungstechnik des kommunalen Klimaschutzes beginnt mit der Frage, wie und warum Klimawandel zu einem Problem lokaler Regierung wurde. Mittels einer historischen Analyse der Klimawissenschaft und ihrer politischen Institutionalisierung konnte ich zunächst zeigen, wie sich der Klimawandel seit Ende der 1970er Jahre von einem rein wissenschaftlichen Objekt zu einem politisch anerkannten Problem wandelte. So wurde erkennbar, dass der Klimawandel kein „naturgegebenes“ Problem ist, sondern als Effekt historischer Prozesse, Praktiken und Strategien zu verstehen ist (Kapitel #Klimawandel als Politikproblem). In einem Zeitraum von etwa 30 Jahren hat sich der kommunale Klimaschutz von einem Randthema, das von einigen wenigen Pionieren freiwillig vorangetrieben wurde, zu einem etablierten Teil der formal-globalen Klimagovernance entwickelt, der heute international, national und regional explizit gefördert wird. Da-

bei ließen sich drei Wellen der Problematisierung ausmachen, die zu einer zunehmenden Reskalierung der Klimagovernance auf die kommunale Ebene führten, wie in Abbildung 17 grob zusammengefasst (Kapitel #Klimawandel als kommunales Aufgabenfeld). Durch die Identifikation der zentralen Argumentationsstränge, die eine Reskalierung des Klimaproblems ermöglichten, kam ich zu dem Ergebnis, dass vornehmlich das Zusammenspiel dreier unterschiedlicher Artikulationen den Klimawandel zu einem Problem lokaler Regierung machte.

*Abbildung 17: Phasen der Problematisierung des Klimawandels als kommunales Problem.*




Quelle: Eigene Darstellung.

Erstens, die Problematisierung des Klimawandels als *MLG-Problem* (Kapitel #Klimapolitik als MLG-Problem), wodurch zum einen die *Glokalität* und Komplexität einer potenziellen Steuerung des Klimawandels betont wird und die zum anderen dazu führt, dass Klimawandel als kooperativ-steuerbare Querschnittsaufgabe artikuliert wird, die einer systematischen Problemlösung bedarf. Im Zuge der Problematisierung als MLG-Problem lässt sich feststellen, dass aktuell vermehrt technokratische Steuerungs- und Managementmodelle mit einem Fokus auf politischem Konsens, kollektiver Problemlösung sowie Koordination und Kooperation im Klimaschutz priorisiert werden.

Zweitens werden Städte sowohl als Ursache als auch als Betroffene – noch wichtiger aber als Lösung für den Klimawandel problematisiert (Kapitel #Die Stadt als Ursache, Betroffene und Lösung für das Klimaproblem). *Städte* gelten als *Motoren einer grünen Transformation*, da (a) die fortschreitende Urbanisierung zu tiefgreifenden Veränderungen in Weltgesellschaft und -wirtschaft führen wird, (b) Bereiche der Stadtentwicklung wie Mobilität, gebaute Umwelt, Energieproduktion und -versorgung sowie Infrastruktur als zentrale Handlungsfelder mit signifikanten Hebelwirkungen für eine grüne Transformation gelten und (c) die Stadt Raum für innovative Pilotprojekte und „Change Agents" bietet, die die Transformation „von unten" vorantreiben sollen.

Drittens wird *Klimaschutz als ökonomische Chance* (Kapitel #Klimawandel als ökonomisches Problem) für regionale Entwicklung und als Motor der lokalen Wertschöpfung problematisiert. Mittels größerer Effizienz und verstärkten Innovationen soll die Wirtschaft dekarbonisiert werden, während die Strukturen und Funktionen des aktuellen Wirtschaftssystems beibehalten werden sollen. Die Artikulation des Klimaschutzes als eine Innovations- und Wirtschaftsstrategie erklärt, warum sich Klimaschutz hauptsächlich auf zwei Pfeiler stützt: den Ausbau der erneuerbaren Energien, der als kommunale Einnahmequelle und Jobmotor dient, sowie die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz, die den kommunalen Haushalt durch Einsparungen entlasten soll. Diese unterschiedlichen Formen der Problematisierung werden von den Akteuren des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz" unterschiedlich stark aufgegriffen. In der kommunalen Praxis (Kapitel #Klimawandel als Problem kommunaler Praxis) bspw. wird Klimawandel hauptsächlich als ökonomisches Problem artikuliert und auf die MLG-Debatte wird insbesondere dann zurückgegriffen, wenn man entweder die Wichtigkeit der kommunalen Ebene betonen will oder aber die eigenen Handlungsmöglichkeiten relativieren möchte. Generell zeigen meine Untersuchungen, dass jede Kommune unterschiedliche Antworten auf scheinbar ähnliche Probleme gibt, weil sie das Problem „Klimawandel" jeweils in verschiedenen Bereichen des politischen Diskurses lokalisiert (vgl. auch Heinelt und Lamping 2015; Zimmermann et al. 2015; Mattissek und Sturm 2017; Sturm und Mattissek 2018).

Eng verknüpft mit den Problematisierungsformen sind die Vorstellungen darüber, wie idealerweise ein Problem bearbeitet und gelöst werden sollte. Im Zuge meiner zweiten Teilfragestellung habe ich im Kapitel #New Public Climate Management daher herausgearbeitet, auf welchen politischen Rationalitäten das Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" beruht und welche konkreten politischen Programme daraus abgeleitet werden, um das Problem „Klimawandel" in Kommunen regierbar zu machen. Durch die Analyse von Interviewmaterial, Feldnotizen und programmatischen Dokumenten zu meinen beiden Fallbeispielen, dem „Masterplan 100% Klimaschutz"-Programm und dem Transition Cities-Projekt des Climate-KIC (Kapitel #Po-

litische Programme), kam ich zu dem Schluss, dass sich im kommunalen Klimaschutz mit dem „Klimaschutzmanagement“ eine spezifische Regierungskunst herausgebildet hat, die sich wesentlich auf Annahmen und Logiken des *New Public Management* (NPM) und des *Transition Management* (TM) stützt. Innerhalb des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz“ hat sich dadurch eine eigene Sprache mit spezifischen Begrifflichkeiten herausgebildet, die den Klimawandel sowie eine gesellschaftliche Transformation als systematisch steuerbar deutet. Die deutlich erkennbare Einschreibung von Elementen des NPM und TM – wie bspw. die Rhetorik eines systemischen Denkens, die Fokussierung auf quantitative Daten und die Sicherstellung der Messbarkeit der Wirkungen, ein Denken und Arbeiten in PDCA-Zyklen, die Betonung des Vernetzungsgedankens usw. – in die Richtlinien und Förderprogramme zeigt, wie mithilfe von bestimmten Wissensformen und Rationalitäten versucht wird, Klimawandel und die angestrebte Nachhaltigkeitstransformation regierbar zu machen (Kapitel #Klima\Wandel ist regierbar).

Die dominierenden relationalen, kontingenten und normativen Rationalitäten bestimmen die Bewertungsmaßstäbe des Klimaschutzmanagements – Effizienz, Innovation, Skalierbarkeit, Messbarkeit, Vergleichbarkeit, Replizierbarkeit –, an denen politisches Handeln ausgerichtet wird. *Aktuell gilt als politisch rational, dass Klimawandel kommunal gemanagt werden kann*, dass die Ausschöpfung von Effizienzpotenzialen zu einer optimierten Steuerung führen wird, dass eine Beschreibung von Zielpfaden das Regierungshandeln strukturieren kann und dass eine bessere Vernetzung, mehr Erfahrungsaustausch, eine umfassende Informationsgrundlage sowie eine breite Streuung dieser Information zu mehr Effizienz, mehr Effektivität und schlussendlich zu wirkungsoptimiertem Klimaschutz im Sinne eines systematischen Klimaschutzmanagements führen (Kapitel #Die Regierungsrationalität das Klimaschutzmanagements 1). Die Popularität der Regierungstechnologie „Best Practice“ erklärt sich gemäß der Rationalität des Klimaschutzmanagements dadurch, dass erstens Kommunen als „Lernräume“ zu verstehen sind, die voneinander profitieren können, wenn sie miteinander kooperieren und Informationen bereitwillig weitergeben; zweitens, dass durch den Vergleich und den Austausch mit anderen Kommunen ein Handlungs- und/oder Veränderungsdruck stimuliert wird, der zur Wirkungsmaximierung führt; drittens, dass sowohl Fehler vermieden als auch Kosten und Mühen gespart werden können, wenn Best Practices systematisch repliziert und adaptiert werden; und viertens, dass die Nachahmung von Best Practices dadurch schließlich zu gesellschaftlichem Wandel führen kann. Diese Rationalität des „Prinzips der Nachahmung“ schlägt sich insofern im Regierungshandeln nieder, als das Hauptaugenmerk der deutschen Förderlandschaft auf umfassender Information für Kommunen über mögliche Förderung oder nachahmenswerte Maßnahmen, auf Vernetzungsveranstaltungen und -projekte für klimaaktive Kommunen, auf kommunalen Wettbewerben

im Klimaschutz und auf Exzellenzinitiativen zur Hervorbringung vorbildlicher Maßnahmen und Strategien liegt (Kapitel #Die Regierungsrationalität das Klimaschutzmanagements 2 und #Implikationen einer besonderen Form des Klimaschutzes).

Die Hypothese, die sich aus dieser Rationalität des Klimaschutzmanagements ableiten lässt, lautet, dass mangelnde Effizienz im Verwaltungshandeln und mangelnde Informationen bzw. Wissen auf eine prinzipielle kommunale Lernfähigkeit und Kooperationsbereitschaft treffen. Best Practices erscheinen vor diesem Hintergrund als geeignetes Instrument, um eine Brücke zwischen Ineffizienz und fehlendem Wissen einerseits sowie Lernfähigkeit und Kooperationsbereitschaft andererseits zu bilden. Eine befriedigende Antwort darauf, warum sich Best Practices als eine dominante Regierungstechnologie im Praxisregime „kommunaler Klimaschutz" etabliert haben, liefert diese Annahme jedoch nicht. Meine Untersuchungen ergaben diesbezüglich, dass die Hauptgründe für die große Nachfrage sowie die ständige Produktion und Verbreitung von Best Practice-Beispielen im kommunalen Klimaschutz im bestehenden fragmentierten und *projektbasierten Ansatz der politischen Steuerung* selbst zu finden sind. Die aktuelle Form des kommunalen Klimaschutzes – ein freiwilliges Klimaschutzmanagement – schafft Konditionen, die Standardlösungen und Lernerfahrungen unverzichtbar machen. Statt proaktiv agieren zu können, bleibt häufig nur ein *Reagieren* auf sich ändernde (politische) Umstände. Die Gestaltung des kommunalen Klimaschutzes als *freiwillige Managementaufgabe*, die von staatlicher Projektförderung abhängig ist, führt zu *knappen Personal- und Finanzressourcen*, schafft einen ständigen *Zeit- und politischen Legitimationsdruck* und limitiert so die Möglichkeit der kommunalen Verwaltungen, tatsächlich langfristige und umwälzende Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.

Gleichzeitig wurde jedoch deutlich, dass weder die Ansprüche noch die Nachfrage von kommunalen Klimaschutzmanagern nach Best Practice-Blaupausen oder nach konkretem Erfahrungswissen befriedigt werden können. Dafür gibt es zwei Gründe: erstens die Entstehungsbedingungen von Best Practices. In den meisten Fällen steckt hinter der Aufbereitung von Best Practice-Beispielen *keine systematische Analyse* mit dem Ziel, aus verschiedenen Einzelmaßnahmen einen konkreten Handlungsleitfaden zu entwickeln oder persönliche Erfahrungen zu vermitteln. Stattdessen verfolgen die Best Practice-Produzenten (Berater, Forschungsinstitute, Behörden, Städtenetzwerke, Ministerien, Kommunen usw.) *eigene (politische) Interessen*. Lern- und Nachahmungsaspekte werden durch diese Interessenpolitik in der Best Practice-Herstellung marginalisiert. Zweitens zeigt sich auch in den Inhalten, dass weder die Übertragbarkeit noch der Innovationscharakter eine große Rolle in der Darstellung von Best Practices spielen. Obwohl thematisch durchaus vielfältig, dienen Best Practices vornehmlich der *Illustration und Verbreitung der Regierungsrationalität des Klimaschutzmanagements* als dem „richtigen" kommunalen Klimaschutz (Kapitel #„Mit Ideen und Beispielen zum Erfolg"?!).

Die Attraktivität und zentrale Bedeutung von Best Practices als Regierungstechnologie des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz“ erklärt sich also weniger durch deren Potenzial zur Vermittlung von Handlungsrezepten oder der Ermöglichung von Prozesslernen, sondern in ihrer flexiblen Einsetzbarkeit für unterschiedlichste Interessen. Im Kapitel #„Gebt uns gute Beispiele!“ habe ich die verschiedenen Funktionen herausgearbeitet, die Best Practices beim Regieren des Klimawandels auf kommunaler Ebene einnehmen. Da eine Replizierung von Best Practice-Beispielen aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer Inhalte in der kommunalen Praxis nur schwer umsetzbar ist, nehmen gute Praxisbeispiele überwiegend polit-strategische Regierungsfunktionen ein. Neben der Stillung des allgemeinen Informationshungers, die ein relativ junges und dynamisches Politikfeld immer mit sich bringt, konnte ich vier Funktionen von Best Practices identifizieren, mithilfe derer auf kommunaler Ebene versucht wird, Klimawandel regierbar zu machen. Erstens die „Möglich-Macher-Funktion“, die es Klimaschutzmanagern und anderen „Change Agents“ sowohl erlaubt, politische Interventionen zu legitimieren, als auch verschiedene Akteursgruppen vom Klimaschutzhandeln zu überzeugen und zu aktivieren. Zweitens die „Währungs-Funktion“, die der Verwaltung dabei hilft, das Image der Kommune zu pflegen und neue finanzielle Mittel einzuwerben. Drittens die „Agenda-Setting-Funktion“, bei der nicht nur Kommunen, sondern insbesondere Städtenetzwerke versuchen, die Politik auf anderen Ebenen durch eigene Praxisbeispiele zu beeinflussen. Und viertens die „Ergebnis-Funktion“, die von verschiedenen Institutionen sowohl dazu eingesetzt wird, kontinuierlich mehr Wissen zu generieren und zu sammeln, als auch Projektergebnisse zu dokumentieren und kontrollieren zu können, wodurch über Best Practice-Beschreibungen häufig eine „Illusion des Gelingens“ kreiert wird.

Die Analyse zeigte aber auch, dass auch wenn die Regierungstechnologie Best Practice nicht die intendierte Wirkung als Blaupause entfaltet und andere Funktionen als die erwarteten erfüllt, Nachahmung in der Regierungspraxis doch eine zentrale Rolle spielt. Wie jede soziale Praktik baut auch das Regieren immer auf bestehendem Wissen und Verbindungen auf, verändert diese aber auch aufgrund neuer Erkenntnisse oder Beziehungen. *Regieren ist ohne Nachahmung weder möglich noch denkbar.* Diese Nachahmung geschieht jedoch weniger bewusst durch die Regierungstechnologie „Best Practice“, als vielmehr unbewusst durch weniger systematische Praktiken und Routinen – persönliche Gespräche, Internetrecherchen oder kollegialen Austausch. Auch diese weniger strategischen Vorgehensweisen wirken entscheidend an der Erschaffung, der Transformation oder Stabilisierung des Praxisregimes und seiner Regierungsobjekte mit (Kapitel #Reflexion).

Mit der Frage, inwiefern Best Practices zu einer Transformation oder Stabilisierung des Praxisregimes „kommunaler Klimaschutz“ beitragen, habe ich mich im letzten Kapitel auseinandergesetzt. Die Frage danach, wie Best Practices Wirkung entfalten und welche politischen Effekte durch sie gezeitigt werden, ist deshalb so wich-

tig, weil der kommunale Klimaschutz – gerade aufgrund seiner Freiwilligkeit – politisch umstritten ist und unter ständigem Legitimationsdruck steht. Mithilfe einer performativitätstheoretischen Perspektive auf Best Practices konnte ich zeigen, dass *gute Praxisbeispiele stärker durch ihre kontinuierliche diskursive Wiederholung und Verbreitung anstatt durch ihre praktische Umsetzung wirkmächtig werden*. Gemäß ihrer „Agenda-Setting" und „Ergebnis-Funktion" schaffen Best Practices Realität darüber, wie effiziente, nachahmenswerte Regierungsabläufe idealerweise auszusehen haben. Damit tragen sie maßgeblich zur *Reproduktion der polit-epistemischen Kultur des kommunalen Klimaschutzmanagements* bei und helfen, deren Visionen zu institutionalisieren (Kapitel #Zur Performativität von Best Practices). Als wortwörtliche *Textbausteine* zur Inszenierung des Klimaschutzmanagement-Skripts dienen Best Practices den dominanten Akteuren dazu, *aktuelle Strukturen und etablierte Lösungen zu verfestigen* („Sichern des Status quo"), anstatt radikale Innovationen zu verbreiten. Damit unterstützen sie die techno-manageriale Regierungsform des Klimaschutzmanagements, die eine Steuerung ohne strukturelle Veränderungen anstrebt. Best Practices kreieren durch ihre „Möglich-Macher-Funktion" Konsens und tragen zur Auflösung des Politischen bei, indem Diskussionen beschnitten werden. Auch in ihrer „Ergebnis-Funktion" tragen sie zur Depolitisierung des Politikfeldes bei, indem sie suggerieren, dass umfassender gesellschaftlicher Wandel nicht nötig sei, da bereits genug getan werde. Best Practices zeitigen jedoch *nicht ausschließlich depolitisierende Effekte*, sondern können im Gegenteil den Raum des Politischen sowohl schließen als auch öffnen – z.B. durch ihre „Agenda-Setting-Funktion". Das transformative Potenzial von Best Practices hängt somit davon ab, wer welche Geschichten am wirkungsvollsten verbreiten kann (Kapitel #Zum transformativen Potenzial von Best Practices).

## Schlussfolgerungen

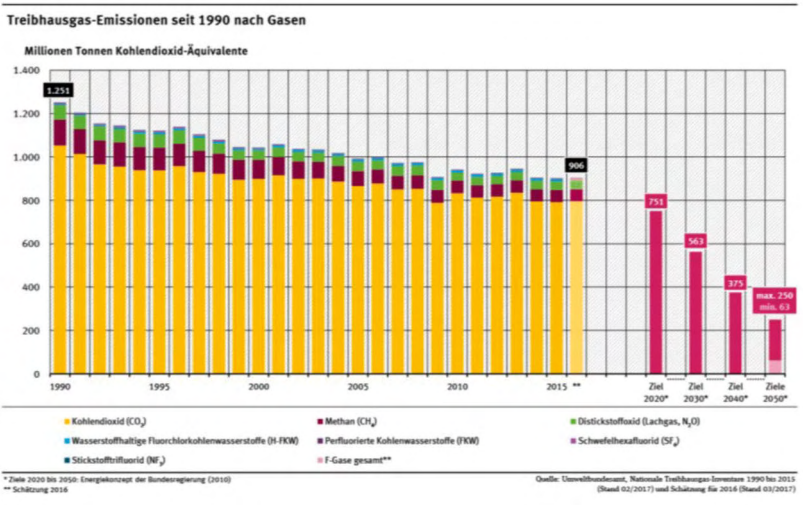
Was bedeuten diese Erkenntnisse im Hinblick auf meine initialen Eindrücke aus Brüssel, wo postuliert wurde, dass die Weitergabe von kommunalem Wissen und die Verbesserung des Erfahrungsaustauschs zwischen Städten und Kommunen sowie die Replizierung bewährter Verfahren *der* Schlüssel für die anvisierte Nachhaltigkeitstransformation auf kommunaler Ebene sei? Sind Fortschritte im Hinblick auf klimaneutrale Kommunen tatsächlich eine Frage der Übernahme und Verbreitung von Best Practices? Zumindest innerhalb Deutschlands sehen sich die Kommunen bezüglich des Klimawandels tatsächlich mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Es gibt außerdem schon viele gute Beispiele für erfolgreichen Klimaschutz auf kommunaler Ebene. Der Trugschluss ist jedoch, dass die Replikation erfolgreicher Praktiken zu Skaleneffekten und zu signifikanten Einsparungen von Zeit, Geld und Personal führt. Klimaschutz wird nicht wesentlich leichter, wenn man aus Best Practices lernt, sofern

das jeweilige Beispiel das überhaupt hergibt. *Für eine klimafreundliche Stadtentwicklung sind weder Standardlösungen noch Königswege verfügbar*. Mehr Informationen führen nicht zu größerer Effizienz im Verwaltungshandeln und führen daher auch nicht zwangsläufig zu mehr Klimaschutz. Was nämlich sehr schnell erkennbar wird, ist, dass es im kommunalen Klimaschutz *kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsmanko* gibt.

In Deutschland sind über 450 Klimaschutzmanager tätig, dazu noch unzählige Energiemanager, Klimawandelanpassungsmanager, Masterplanmanager, Quartiersmanager und Regionalmanager. Es gibt also für fast alles einen Manager, *seit 2009 aber stagnieren die THG-Emissionen in Deutschland bzw. steigen sogar wieder leicht an* (Abbildung 18). Selbst in vielen MPKs, den „Speerspitzen“ (IB-2, 2015) des deutschen kommunalen Klimaschutzes, steigen die Emissionen trotz ambitionierten Zielen, 400-seitigen Klimaschutzkonzepten, hochengagierten Masterplanmanagern, umfassenden Maßnahmenplanungen, politischen Beschlüssen, intensiver interkommunaler Vernetzung und großzügiger finanzieller Förderung des Bundes weiter an. Trotz dieser exzellenten Voraussetzungen in den MPKs, auf die andere Kommunen neidvoll blicken, wird auch hier der *Klimaschutz immer wieder aufs Neue in Frage gestellt* und manche Kommunen kämpfen nur noch um den Stillstand – das heißt, das Erreichte wenigstens sichern zu können (F-171116-Frankfurt). Und obwohl allen Beteiligten klar ist, was zu tun ist – die Klimaschutzkonzepte und Masterpläne sagen es uns: 100 Prozent erneuerbare Energien (= Kohleausstieg), Ende des Verbrennungsmotors und mehr Suffizienz statt nur Effizienz – *kann ein kommunales Klimaschutzmanagement nur wenig erreichen, wenn kein klarer politischer Willen für solche umwälzenden Veränderungen gegeben ist*. Die mehrwöchigen Sondierungen und das schlussendliche Scheitern der „Jamaika-Koalition“ 2017, das u.a. auf eine verfehlte Einigung in der Klimapolitik zurückzuführen ist, zeigt – genauso wie die Tatsache, dass Deutschland im Gegensatz zu Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien, Mexiko sowie 15 weiteren Staaten nicht Teil der globalen Allianz für den Kohleausstieg geworden ist –, dass dieser Wille zu tatsächlichen Veränderungen aktuell keine Mehrheit in Deutschland findet. Auch wenn in den nächsten acht Jahren weitere 22.000 Projekte und knapp 700 Millionen Euro[7] für den kommunalen Klimaschutz eingesetzt werden, können diese auf absehbare Zeit wohl keinen transformativen Wandel auslösen.

7 Diese Summe bzw. diese Anzahl an Vorhaben wurde seit 2008 durch die NKI des BMUB gefördert (BMUB 2017b).

*Abbildung 18: Entwicklung der THG-Emissionen in Deutschland seit 1990.*




Quelle: Umweltbundesamt (UBA) 2017.

Im Praxisregime „kommunaler Klimaschutz“ gibt es zwar eine gemeinsame Vision (Klimaneutralität bzw. die jeweiligen Klimaziele), doch es liegen keine breitakzeptierten Lösungsstrategien vor, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Best Practices spiegeln diesen Zustand wider: Sowohl im Entstehen als auch in ihrem Wirken sind sie pluralistisch, zufällig, ambivalent und teilweise chaotisch und damit paradoxerweise ein wichtiger Teil dieses Managementsystems, das den kommunalen Klimaschutz in Deutschland prägt. An die Stelle einer „großen Erzählung“ (Lyotard 1999), einem allgemeingültigen, absoluten Bekenntnis zu radikalen Veränderungen in konkreten Zeiträumen – wie es 2011 nach Fukushima mit dem Atomausstieg bis 2022 gelang –, treten Best Practices: *Viele kleine Geschichten, die unterschiedliche Erklärungsmodelle anbieten und statt tiefgreifenden Innovationen eine Rekombination oder neue Anwendung vorhandener Ideen propagieren*. Einerseits schaffen Best Practices so eine diskursive Vielfalt, die ihren eigenen Regeln der Konstitution und Verknüpfung von Aussagen folgt und auch mit eigenen Rationalitäten und Normativität einhergehen kann. Andererseits spiegeln Best Practices bestehende Kriterien des „guten“ Regierens wider, präsentieren im Zuge dessen positive oder negative Modelle und kreieren so einen Standard, an dem Leistungen gemessen werden können. *Trotz der Pluralität an Geschichten vermitteln Best Practices in erster Linie die bestehenden Normen und Regeln der dominierenden Regierungsrationalität*. Da das Klimaschutzmanagement vornehmlich darauf abzielt, bestehende Strukturen und Prozesse zu optimieren und effizienter zu gestalten, anstatt sie grundlegend zu transformieren,

*wirkt auch die Regierungstechnologie „Best Practice“ legitimierend und überzeugend anstatt transformativ und kreativ erneuernd*.

Schlussendlich hat meine Arbeit verdeutlicht, dass zu den Hauptgründen des Erfolgs der Regierungstechnik “Best Practices” folgende fünf Punkte zählen (vgl. Vettoretto 2009): Erstens die radikale *Unsicherheit in Bezug auf das Phänomen „Klimawandel“, die kognitive und symbolische sowie materielle Ressourcen fordert*, die Best Practices anbieten (vgl. Kapitel #Klimawandel als Politikproblem). Zweitens eine pluralistische, multiskalare und nicht-hierarchische *Klimagovernance, die einvernehmliche weiche Regulierungs- und Planungsinstrumente sowie einen politischen Konsens erfordert*, der insbesondere durch interaktive und kommunikative Prozesse wie den Best Practice-Austausch konstruiert wird (vgl. Kapitel #Klimapolitik als MLG-Problem). Drittens, sorgt die große Vielfalt divergierender politischer Rahmenbedingungen im politisch hochsensiblen Politikfeld „Klimawandel“ dafür, dass die *Bedeutung von Kontext- und Erfahrungswissen* (in Form von Best Practices) *zunimmt* (vgl. Kapitel #Die Regierungsrationalität des Klimaschutzmanagements 1 und #„Mit Ideen und Beispielen zum Erfolg“?!). Viertens, macht die *wachsende Bedeutung von interkommunalen Vergleichen und Evaluationen* im Angesicht der Vielzahl von Erfahrungen – in Zeiten unterschiedlicher kultureller und kognitiver Rahmenbedingungen in Europa – und der gleichzeitige *Wunsch, eine gemeinsame Perspektive für eine kohärentere Planung und Politikgestaltung zu finden*, die diese Unterschiede erheblich berücksichtigen könnte, ein Regieren durch Best Practices attraktiv (vgl. Kapitel #Klima\Wandel ist regierbar). Fünftens werden Best Practices – wie bereits von mit anhand der unterschiedlichen Funktionen aufgezeigt – als *strategische und symbolische Ressourcen* genutzt; insbesondere als lokale Strategien der politischen Legitimation, zum Fundraising und Place-Marketing und zum politischen Lobbying (vgl. Kapitel #„Gebt uns gute Beispiele!“).

Auch wenn das Potenzial für rasche Verbesserungen bei Energieeffizienz, im Verkehr, der Nutzung erneuerbarer Energien usw. durch die Diffusion und Adaption guter Praxisbeispiele eher gering ist, sollte die Wirkmächtigkeit der Regierungstechnologie „Best Practice“ nicht unterschätzt werden. Meine Untersuchungen zeigen, dass sich die Regierungstechnologie „Best Practice“ durchaus über ihre verschiedenen Funktionen von ihrer Rationalität des „Prinzips der Nachahmung“ emanzipieren und ein Eigenleben entfalten kann, was schlussendlich auch zur schrittweisen Veränderung der dominanten Rationalität des Klimaschutzmanagements führen kann. Wenn es gelingt, aus Best Practices Geschichten zu machen, die nicht nur beschreiben, „was schon alles Tolles vor Ort passiert“ (F-171116-Frankfurt) und damit eine Illusion des Gelingens erschaffen, sondern die auch von den nötigen Voraussetzungen, Hürden, Problemen, Herausforderungen und Momenten des Scheiterns erzählen, dann könnte die Pluralität der Geschichten mehr Wirkung entfalten. *Best Practice-Beispiele (nicht Blaupausen oder Leuchttürme) sind unverzichtbar angesichts des Bedarfs an lokal und regional unterschiedlichen Strategien und Lösungen, die nicht*

*nur zugelassen, sondern auch unterstützt werden müssen. Die Kunst ist, diese Geschichten zu erkennen, sie freizulegen und zu erzählen, sodass aus Worten anderswo auch Taten folgen können*. Ein intelligentes Storytelling bisher unterrepräsentierter Akteure, z.B. durch Pionierkommunen selbst, Bürgerinitiativen, Stiftungen, engagierte Unternehmen usw. könnte die Macht der Geschichten und deren transformatives Potenzial besser entfalten.

## Impulse und Ausblick

Aus den empirischen Erkenntnissen dieser Arbeit lassen sich vier Beiträge zur wissenschaftlichen Weiterentwicklung ableiten, die ich zum Abschluss kurz skizziere und damit Impulse für weiterführende Forschung geben möchte. Erstens ist es durch meine Arbeit gelungen, die *klassische Best Practice-Forschung* (BPR) für weitere konzeptionelle Zugänge zu öffnen. Die gouvernementale Perspektive ermöglicht es, die Best Practice-Forschung auf eine fundiertere theoretische Basis zu stellen und durch diese Re-Konzeptualisierung bisher unbeleuchtete Machtaspekte in den Blick zu nehmen. Das Stellen anderer Fragen – nicht „wie kann man am effektivsten und objektivsten eine Best Practice identifizieren?“, sondern „wie und aufgrund welcher Interessen werden Best Practices gemacht?“; nicht „wie kann ein Regieren durch Best Practices optimiert werden?“, sondern „welche Implikationen bringt ein Regieren durch Best Practices mit sich?“; und nicht „wie kann man Informationen in Best Practices am besten vermitteln und verbreiten?“, sondern „wie und warum werden Best Practices im Regierungshandeln eingesetzt?“ – ermöglicht, transparent zu machen, wie aus diffusen Einzelpraktiken strukturierte, nachahmenswerte und modellhafte Praktiken gemacht werden. So konnte ich zeigen, dass ein evidenzbasiertes, rationales Regieren bzw. Steuern, wie es in der BPR angenommen wird, in der alltäglichen Regierungspraxis praktisch keine Rolle spielt und stattdessen die Bedeutung von Erfahrungswissen für das Lösen alltäglicher Regierungsprobleme hervorheben.

Zweitens habe ich mit meiner Konzeption von Best Practices als Ausdruck des Zusammenspiels von Rationalitäten und Praktiken der Klimagovernance einen wichtigen Beitrag zu den *Climate Governmentality Studies* geleistet, indem ich die Arbeiten von Bulkeley (2006) und Moore (2013) konsequent weitergedacht habe. Mit dem Fokus auf die Regierungstechnologie „Best Practice“ konnte ich empirisch veranschaulichen, wie und warum bestimmte Formen des Wissens und der Praxis die Klimapolitik auf der kommunalen Ebene dominieren. Das junge Feld der Klimagouvernementalität konnte ich insbesondere dahingehend bereichern, als dass ich eine Regierungstechnik nicht in Bezug auf die durch sie ausgelösten Subjektivierungsprozesse hin untersucht habe, sondern stattdessen herausgearbeitet habe, wie Best Practices dazu beitragen, Klimawandel als Regierungsobjekt zu konstruieren und be-

stimmte Problemlösungsmechanismen zu seiner Bekämpfung in Kommunen als geeignet erscheinen zu lassen. Durch das Arbeiten mit dem Analyserahmen des Praxisregimes konnte ich außerdem nicht nur zeigen, wie heterogene sozio-politische Elemente – wie Praktiken, Texte, materielle Form, Machttechniken und Wege der Problematisierung – zusammenhängen und sich in einem Praxisregime formieren, sondern auch, wie diese in eine relativ stabile raum-zeitliche Regierungsweise münden, anstatt wie bisher lediglich verschiedene Regierungsweisen der Klimagovernance zu identifizieren und lose aneinanderzureihen.

Drittens liefert meine Forschung zur Regierbarkeit des Klimawandels durch gute Praxisbeispiele auf kommunaler Ebene Anstöße für die *Urban Climate Governance*-Forschung. Die kritische Auseinandersetzung mit den Institutionen, Akteuren und Prozessen der politischen Steuerung des Klimawandels auf kommunaler Ebene macht eine Refokussierung der *Urban Climate Governance*-Forschung dringend notwendig, um ein besseres Verständnis davon zu erlangen, wie Klimawandel in Kommunen regiert wird. Drei Punkte lassen sich aus meiner Arbeit ableiten: (1) Statt sich nur mit Städten und Metropolen zu befassen, bedarf es mehr Untersuchungen zu Regierungsprozessen im ländlichen Raum und den Interdependenzen mit Regierungsprozessen auf übergeordneten politischen Ebenen. (2) Statt sich vornehmlich mit „innovativen“ Governance-Mechanismen zu beschäftigen, braucht es mehr Erkenntnisse über die etablierten, profaneren Regierungstechniken des kommunalen Klimaschutzes wie Städtepartnerschaften, Städtewettbewerbe oder Politikbeiräte. (3) Gleiches gilt für die Akteure: Statt sich hauptsächlich auf *Transnational Municipal Networks* zu fokussieren, muss mehr Aufmerksamkeit auf die Rolle von sogenannten „Experten“ und Expertentum (z.B. Ingenieurbüros, Politikberater, Forschungsinstitute) gerichtet werden, die die Regierungsprozesse des kommunalen Klimaschutzes wesentlich beeinflussen.

Viertens hält meine Arbeit neue Impulse für die *Sustainability Transition Studies* und das *Transition Management* bereit. Meine empirischen Erkenntnisse leisten einen wichtigen Beitrag zu der Frage, wie „urban transition policies“ vor Ort gestaltet und praktisch umgesetzt werden. Der dominante Fokus auf nationale, historische Fallstudien in den *Sustainability Transition Studies* hat dazu geführt, dass bisher nur wenig über die Praktikalitäten eines *Transition Management in Action* bekannt ist.[8] Meine umfangreichen Beobachtungen, Gespräche und Praktika haben gezeigt, dass ein systematisches *Transition Management* in der kommunalen Regierungspraxis mit zahlreichen Hürden konfrontiert ist und dass ein strategisches Vorgehen aufgrund fehlender Finanz-, Personal- und Zeitkapazitäten stark limitiert ist, wodurch stattdessen opportunistische Vorgehensweisen („muddling through“) vorherrschen. Damit

8 Zu den wenigen Ausnahmen zählen Arbeiten wie die von Avelino (2009); Loorbach und Rotmans (2010); Loorbach et al. (2016); Nagorny-Koring und Nochta (2018).

müssen die Bedeutung und der Einfluss sogenannter „Experimente“ auf den Transformationsprozess infrage gestellt werden. Regierungshandeln lässt sich nur schwer in ein systematisches Management überführen und bleibt stattdessen in seinen organischen, chaotischen und kontingenten Eigenschaften verhaftet. Eine weitere Erforschung der praktischen Anwendung und Umsetzung eines *Transition Managements* auf kommunaler Ebene ist daher dringend erforderlich.

Es gibt also einigen Bedarf an weiterführender Forschung in allen vier Forschungsfeldern. Doch auch in Bezug auf das Regieren durch Best Practices sind einige Fragen offengeblieben. Ich bin der Überzeugung, dass andere konzeptionelle Zugänge zu anderen Schwerpunkten und neuen Erkenntnissen führen können. Ich möchte daher abschließend auf drei wichtige „Baustellen“ hinweisen. (1) Anwendungs- und praxisbezogen wäre es von herausragender Bedeutung, entweder *Alternativen zum dominierenden Best Practice-Ansatz* zu erforschen und zu entwickeln oder aber Vorschläge zu erarbeiten, wie der bestehende Ansatz so gestaltet werden kann, dass ein Lernen aus Praxisbeispielen gefördert wird (siehe als ersten Ansatz dazu Boulanger und Nagorny 2018). (2) Im Sinne einer verstärkt anwendungsorientierten Forschung wäre es außerdem von großem Interesse, einzelne Best Practices, die entweder mobil geworden sind und ein starkes Replikationspotenzial entwickelt haben oder aber solche, die „gescheitert“ sind, das heißt sich nicht weiter verbreitet haben und nicht kopiert wurden, in Fallstudien zu untersuchen und die Gründe herauszuarbeiten, die jeweils zur Verbreitung oder zur „Stickiness“ der jeweiligen Praktik geführt haben. Für ein solches „Follow-the-Practice“ böte sich insbesondere eine *Mobile Policy*-Perspektive bzw. Konzepte des Politiklernens an. (3) Fraglich ist auch geblieben, ob sich die gewonnenen Erkenntnisse auf *andere geographische Kontexte und andere Politikfelder* übertragen lassen. Daher wären weitere Analysen bezüglich des Best Practice-Transfers vom Globalen Norden zum Globalen Süden bzw. umgekehrt und auch innerhalb des Globalen Südens dringend notwendig. Gleiches gilt für andere Politikfelder, die z.B. nicht der „Freiwilligkeit“ unterliegen: Lassen sich hier ähnliche oder gänzlich andere Regierungsfunktionen von Best Practices feststellen?

Es sind jedoch nicht nur die die vielfältigen Fragestellungen und möglichen konzeptionellen Zugänge, die das Regieren durch Best Practices so interessant machen. *Die Frage der Regierbarkeit gesellschaftlicher Transformationsprozesse hin zu mehr Nachhaltigkeit und geeigneter Problemlösungsmechanismen, um dieses Ziel zu erreichen, ist von höchster gesellschaftspolitischer Relevanz***.** Die Forschung zu den aktuellen Regierungstechniken kann damit nicht nur einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Forschungslandschaft leisten, sondern hat durch eine Kommunikation über die *Scientific Community* hinaus mithilfe praxisrelevanter Botschaften auch das Potenzial, an der aktuellen oder zukünftigen Politikgestaltung mitzuwirken. Auch hier geht es darum, als Wissenschaftler die „richtigen“ Geschichten mit gesellschaftlicher Relevanz erzählen zu können.

# Literatur


Acuto, Michele (2013): The new climate leaders? In: *Rev. Int. Stud.* 39 (04), S. 835-857. DOI: 10.1017/S0260210512000502

Agrawal, Arun (2005): Environmentality. In: *Current Anthropology* 46 (2), S. 161-190. DOI: 10.1086/427122

Alkemeyer, Thomas; Buschmann, Nikolaus (2016): Praktiken der Subjektivierung – Subjektivierung als Praxis. In: Hilmar Schäfer (Hg.): Praxistheorie. Bielefeld: transcript Verlag.

Allison, Maria; Hartley, Jean; Charteris, Sue (2000): Generating and sharing better practice. Reports from the Better Value Development Programme Workshops, April-October 1999. London: DETR.

America's Pledge on Climate (Hg.) (2017): California Governor Jerry Brown and Michael Bloomberg Launch „America's Pledge". Online verfügbar unter www.americaspledgeonclimate.com zuletzt geprüft am 31.08.2017.

Ammons, David N.; Roenigk, Dale J. (2014): Benchmarking and Interorganizational Learning in Local Government. In: *Journal of Public Administration Research and Theory* 25 (1), S. 309-335. DOI: 10.1093/jopart/muu014

Anderson, Charles W. (1978): The Logic of Public Problems. Evaluation in Comparative Policy Research. In: Douglas E. Ashford (Hg.): Comparing public policies. New concepts and methods. Beverly Hills: Sage Publications (Sage yearbooks in politics and public policy), S. 19-41.

Andonova, Liliana B.; Betsill, Michele M.; Bulkeley, Harriet (2009): Transnational Climate Governance. In: *Global Environmental Politics* 9 (2), S. 52-73. DOI: 10.1162/glep.2009.9.2.52

Andonova, Liliana B.; Mitchell, Ronald B. (2010): The Rescaling of Global Environmental Politics. In: *Cambridge Revs. of Int. Affairs* 35 (1), S. 255-282. DOI: 10.1146/annurev-environ-100809-125346

Angotti, Tom; Irazábal, Clara (2017): Planning Latin American Cities. Dependencies and „Best Practices". In: *Latin American Perspectives* 44 (2), S. 4-17. DOI: 10.1177/0094582X16689556

Arrhenius, Svante (1896): XXXI. On the influence of carbonic acid in the air upon the temperature of the ground. In: *Philosophical Magazine and Journal of Science* 41 (251), S. 237-276. DOI: 10.1080/14786449608620846

ARTS project (Hg.) (2016): How to accelerate sustainability transitions? Messages for local governments and transition initiatives. EU (Transition Read, 6). Online verfügbar unter http://acceleratingtransitions.eu/publications/ zuletzt geprüft am 17.01.2018.

Austin, John L. ([1950] 2010): Zur Theorie der Sprechakte. (How to do things with words). Stuttgart: Reclam.

Avelino, Flor (2009): Empowerment and the challenge of applying transition management to ongoing projects. In: *Policy Sci* 42 (4), S. 369-390. DOI: 10.1007/s11077-009-9102-6

Babiker, Mustafa H.; Jacoby, Henry D.; Reilly, John M.; Reiner, David M. (2002): The evolution of a climate regime. Kyoto to Marrakech and beyond. In: *Environmental Science & Policy* 5 (3), S. 195-206. DOI: 10.1016/S1462-9011(02)00035-7

Bache, Ian; Flinders, Matthew (Hg.) (2004): Multi-level Governance: Oxford University Press.

Bäckstrand, Karin (2004): Scientisation vs. Civic Expertise in Environmental Governance. Eco-feminist, Eco-modern and Post-modern Responses. In: *Environmental Politics* 13 (4), S. 695-714. DOI: 10.1080/0964401042000274322

Bäckstrand, Karin (2008): Accountability of Networked Climate Governance. The Rise of Transnational Climate Partnerships. In: *Global Environmental Politics* 8 (3), S. 74-102. DOI: 10.1162/glep.2008.8.3.74

Bäckstrand, Karin; Elgström, Ole (2013): The EU's role in climate change negotiations. From leader to ‚leadiator'. In: *Journal of European Public Policy* 20 (10), S. 1369-1386. DOI: 10.1080/13501763.2013.781781

Bäckstrand, Karin; Lövbrand, Eva (2006): Planting Trees to Mitigate Climate Change. Contested Discourses of Ecological Modernization, Green Governmentality and Civic Environmentalism. In: *Global Environmental Politics* 6 (1), S. 50-75. DOI: 10.1162/152638006775991911

Bai, Xuemei; Roberts, Brian; Chen, Jing (2010): Urban sustainability experiments in Asia. Patterns and pathways. In: *Environmental Science & Policy* 13 (4), S. 312-325. DOI: 10.1016/j.envsci.2010.03.011

Bakker, Karen (2010): The limits of ‚neoliberal natures'. Debating green neoliberalism. In: *prog hum geogr* 34 (6), S. 715-735. DOI: 10.1177/0309132510376849

Barber, Benjamin R. (2014): If mayors ruled the world. Dysfunctional nations, rising cities. New Haven, London: Yale University Press.

Barber, Benjamin R. (2017): Cool cities. Urban sovereignty and the fix for global warming. New Haven, London: Yale University Press.

Bardach, Eugene (1994): Comment. The Problem of „Best Practice“ Research. In: *Journal of Policy Analysis and Management* 13 (2), S. 260-268. DOI: 10.2307/3325011

Bardach, Eugene (2003): Creating Compendia of „Best Practice“. In: *Journal of Policy Analysis and Management* 22 (4), S. 661-665. DOI: 10.1002/pam.10160

Bardach, Eugene (2012): A practical guide for policy analysis. The eightfold path to more effective problem solving. Los Angeles: SAGE.

Barnett, Clive (2013): Problematizations: Situating Contemporary Urban Thought. Annual Meeting of the Association of American Geographers. Chicago, 2013.

Barnett, Jon (2008): The Worst of Friends. OPEC and G-77 in the Climate Regime. In: *Global Environmental Politics* 8 (4), S. 1-8. DOI: 10.1162/glep.2008.8.4.1

Barry, Andrew (2002): The anti-political economy. In: *Economy and Society* 31 (2), S. 268-284. DOI: 10.1080/03085140220123162

Bendixsen, Synnove; Guchteneire, Paul de (2003): Best practices in immigration services planning. In: *J. Pol. Anal. Manage.* 22 (4), S. 677-682. DOI: 10.1002/pam.10163

Bennett, Colin J.; Howlett, Michael (1992): The lessons of learning. Reconciling theories of policy learning and policy change. In: *Policy Sci* 25 (3), S. 275-294. DOI: 10.1007/BF00138786

Benz, Arthur; Kemmerzell, Jörg; Knodt, Michèle; Tews, Anne (2015): The trans-local dimension of local climate policy. Sustaining and transforming local knowledge orders through trans-local action in three German cities. In: *Urban Research & Practice* 8 (3), S. 319-335. DOI: 10.1080/17535069.2015.1051380

Benz, Arthur; Lütz, Susanne; Schimank, Uwe; Simonis, Georg (Hg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Berkers, Eric; Geels, Frank W. (2011): System innovation through stepwise reconfiguration. The case of technological transitions in Dutch greenhouse horticulture (1930-1980). In: *Technology Analysis & Strategic Management* 23 (3), S. 227-247. DOI: 10.1080/09537325.2011.550392

Berndt, Christian; Boeckler, Marc (2007): Kulturelle Geographien der Ökonomie. Zur Performativität von Märkten. In: Christian Berndt und Robert Pütz (Hg.): Kulturelle Geographien. Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn. Bielefeld: transcript (Kultur und soziale Praxis), S. 213-258.

Berndt, Christian; Boeckler, Marc (2009): Geographies of circulation and exchange. Constructions of markets. In: *prog hum geogr* 33 (4), S. 535-551. DOI: 10.1177/0309132509104805

Bernstein, Lenny (2008): Climate Change 2007: Synthesis report. Geneva: IPCC. Online verfügbar unter www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr.pdf zuletzt geprüft am 06.10.2017.

Betsill, Michele; Bulkeley, Harriet (2004): Transnational Networks and Global Environmental Governance. The Cities for Climate Protection Program. In: *Int Studies Q* 48 (2), S. 471-493. DOI: 10.1111/j.0020-8833.2004.00310.x

Betsill, Michele; Bulkeley, Harriet (2006): Cities and the Multilevel Governance of Global Climate Change. In: *Global Governance: A Review of Multilateralism and International Organizations* 12 (2), S. 141-159.

Bialasiewicz, Luiza; Campbell, David; Elden, Stuart; Graham, Stephen; Jeffrey, Alex; Williams, Alison J. (2007): Performing security. The imaginative geographies of current US strategy. In: *Political Geography* 26 (4), S. 405-422. DOI: 10.1016/j.polgeo.2006.12.002

Biermann, Frank (2005): Between the USA and the South. Strategic choices for European climate policy. In: *Climate Policy* 5 (3), S. 273-290. DOI: 10.1080/14693062.2005.9685558

Blok, Anders (2011): Clash of the eco-sciences. Carbon marketization, environmental NGOs and performativity as politics. In: *Economy and Society* 40 (3), S. 451-476. DOI: 10.1080/03085147.2011.574422

Blok, Anders (2014): Experimenting on Climate Governmentality with Actor-Network Theory. In: Johannes Stripple und Harriet Bulkeley (Hg.): Governing the climate. New approaches to rationality, power and politics. New York, NY: Cambridge Univ. Press, S. 42-58.

Boeckler, Marc; Strüver, Anke (2011): Geographien des Performativen. In: Hans Gebhardt, Rüdiger Glaser, Ulrich Radtke und Paul Reuber (Hg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. 2. Aufl. Heidelberg: Spektrum Akad. Verl., S. 663-667.

Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hg.) (2009): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Borch, Christian; Stäheli, Urs (2009): Einleitung. Tardes Soziologie der Nachahmung und des Begehrens. In: Christian Borch und Urs Stäheli (Hg.): Soziologie der Nachahmung und des Begehrens. Materialien zu Gabriel Tarde. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 1882), S. 7-38.

Borins, Sandford F. (1998): Innovating with integrity. How local heroes are transforming American government. Washington, D.C: Georgetown University Press.

Boston, Jonathan; Martin, John; Pallot, June; Walsh, Pat (1998): Public Management. The New Zealand Model. Auckland: Oxford Univ. Press.

Boulanger, Saveria; Nagorny, Nanja (2018): Replication vs Mentoring. Accelerating the spread of Good Practices for the Low-Carbon Transition. In: *International Journal of Sustainable Development & Planning* 13 (2), S. 316-328. DOI: 10.2495/SDP-V13-N2-316-328

Boyd, Emily; Ghosh, Aditya (2013): Innovations for Enabling Urban Climate Governance. Evidence from Mumbai. In: *Environ Plann C Gov Policy* 31 (5), S. 926-945. DOI: 10.1068/c12172

Brand, Peter (2007): Green Subjection: The Politics of Neoliberal Urban Environmental Management. In: *Int J Urban & Regional Res* 31 (3), S. 616-632. DOI: 10.1111/j.1468-2427.2007.00748.x

Brannan, Tessa; Durose, Catherine; John, Peter; Wolman, Harold (2008): Assessing Best Practice as a Means of Innovation. In: *Local Government Studies* 34 (1), S. 23-38. DOI: 10.1080/03003930701770405

Braun, Bruce P. (2014): A new urban dispositif? Governing life in an age of climate change. In: *Environ. Plann. D* 32 (1), S. 49–64. DOI: 10.1068/d4313

Bretschneider, Stuart; Marc-Aurele, Frederick; Wu, Jiannan (2005): „Best Practices" Research. A Methodological Guide for the Perplexed. In: *Journal of Public Administration Research and Theory* 15 (2), S. 307-323. DOI: 10.1093/jopart/mui017

Breuer, Franz (2010): Reflexive Grounded Theory. Eine Einführung für die Forschungspraxis. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 1832).

Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas (Hg.) (2012): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. 6. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 1490).

Brundtland, Gro Harlem (1987): Our Common Future. Oxford: Univ. Press (Oxford paperbacks).

Brunnengräber, Achim; Walk, Heike (Hg.) (2007): Multi-Level-Governance. Klima-, Umwelt- und Sozialpolitik in einer interdependenten Welt. Baden-Baden: Nomos (Schriften zur Governance-Forschung, 9).

Bruno, Isabelle (2009): The „Indefinite Discipline" of Competitiveness Benchmarking as a Neoliberal Technology of Government. In: *Minerva* 47 (3), S. 261-280. DOI: 10.1007/s11024-009-9128-0

Bührmann, Andrea D.; Schneider, Werner (2008): Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse. Bielefeld: transcript (Sozialtheorie).

Bulkeley, Harriet (2005): Reconfiguring environmental governance: Towards a politics of scales and networks. In: *Political Geography* 24 (8), S. 875-902. DOI: 10.1016/j.polgeo.2005.07.002

Bulkeley, Harriet (2006): Urban sustainability: learning from best practice? In: *Environment and Planning A* 38 (6), S. 1029-1044. DOI: 10.1068/a37300

Bulkeley, Harriet (2010): Cities and the Governing of Climate Change. In: *Annual Review of Environment and Resources* 35 (1), S. 229-253. DOI: 10.1146/annurev-environ-072809-101747

Bulkeley, Harriet (2013): Cities and climate change. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge (Routledge critical introductions to urbanism and the city).

Bulkeley, Harriet; Betsill, Michele (2005): Rethinking Sustainable Cities: Multilevel Governance and the ‚Urban' Politics of Climate Change. In: *Environmental Politics* 14 (1), S. 42-63. DOI: 10.1080/0964401042000310178

Bulkeley, Harriet; Betsill, Michele (2013): Revisiting the urban politics of climate change. In: *Environmental Politics* 22 (1), S. 136-154. DOI: 10.1080/09644016.2013.755797

Bulkeley, Harriet; Castán Broto, Vanesa (2013): Government by experiment? Global cities and the governing of climate change. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 38 (3), S. 361-375. DOI: 10.1111/j.1475-5661.2012.00535.x

Bulkeley, Harriet; Castán Broto, Vanesa; Edwards, Gareth (2012): Bringing climate change to the city: towards low carbon urbanism? In: *Local Environment* 17 (5), S. 545-551. DOI: 10.1080/13549839.2012.681464

Bulkeley, Harriet; Castán Broto, Vanesa; Edwards, Gareth A. S. (2015): An urban politics of climate change. Experimentation and the governing of socio-technical transitions. Milton Park, Abingdon, Oxon: Routledge.

Bulkeley, Harriet; Castán Broto, Vanesa; Hodson, Mike (Hg.) (2013): Cities and low carbon transitions. London, New York: Routledge (Routledge studies in human geography, 35).

Bulkeley, Harriet; Kern, Kristine (2006): Local Government and the Governing of Climate Change in Germany and the UK. In: *Urban Studies* 43 (12), S. 2237-2259. DOI: 10.1080/00420980600936491

Bulkeley, Harriet; Schroeder, Heike (2012): Beyond state/non-state divides: Global cities and the governing of climate change. In: *European Journal of International Relations* 18 (4), S. 743-766. DOI: 10.1177/1354066111413308

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hg.) (2015): Die Zukunftsstadt: $CO_2$-neutral, energie-/ressourceneffizient, klimaangepasst und sozial. Berlin. Online verfügbar unter www.nationale-plattform-zukunftsstadt.de/NPZ_Langfassung_FINA.pdf zuletzt geprüft am 25.09.2015.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (1997): Arbeits- und Planungshilfe für den kommunalen Klimaschutz fertiggestellt. Bundesumweltministerin Merkel legt Leitfaden „Klimaschutz in Kommunen" vor: Neuer Förderschwerpunkt „Kommunaler Klimaschutz" geplant. Bonn. Online verfügbar unter https://www.bmub.bund.de/presse/pressemitteilungen/pm/artikel/arbeits-und-planungshilfe-fuer-den-kommunalen-klimaschutz-fertiggestellt/ zuletzt geprüft am 09.02.2017.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (Hg.) (2011): Klimaschutz und Wachstum. Deutschlands Aufbruch ins Zeitalter der er-

neuerbaren Energien. Berlin. Online verfügbar unter https://naturwissenschaften.bildung-rp.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/broschuere_klima_wachstum_bf.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2012): 19 Kommunen gewinnen BMU-Förderpreis „Masterplan 100% Klimaschutz“. Berlin. Online verfügbar unter www.bmub.bund.de/pressemitteilung/19-kommunen-gewinnen-bmu-foerderpreis-masterplan-100-klimaschutz/ zuletzt geprüft am 06.10.2017.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hg.) (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Leipzig. Online verfügbar unter www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nationale_Stadtentwicklung/leipzig_charta_de_bf.pdf zuletzt geprüft am 17.01.2018.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hg.) (2015a): Die Nationale Klimaschutzinitiative. Daten | Fakten | Erfolge | 2015. Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2015b): Merkblatt Förderung von Masterplan-Kommunen: Hinweise zur Antragstellung. Online verfügbar unter www.klimaschutz-niedersachsen.de/_Resources/Persistent/12bf6e391ab67312adf9c7ab1d3fd6904ba2f8b5/2015-04-16_Merkblatt_Masterplan_Richtlinie.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2015c): Richtlinie zur Förderung von Klimaschutz in Masterplan-Kommunen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Online verfügbar unter https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/gesamter_richtlinientext.pdf zuletzt geprüft am 06.12.2017.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2016a): Das Klima schützen, Kommunen fördern. Die Kommunalrichtlinie. Berlin. Online verfügbar unter www.klimaschutz.de/sites/default/files/page/downloads/bmub-krl_broschuere_2016.pdf, zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2016b): Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). Kommunalrichtlinie, vom 22.06.2016. Online verfügbar unter www.klimaschutz.de/sites/default/files/160622_KRL_Text.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2017a): Förderaufruf für innovative Klimaschutzprojekte im Rahmen der Nati-

onalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, vom 02.05.2017. Online verfügbar unter www.ptj.de/lw_resource/datapool/_items/item_5385/frderaufruf_innovative_klimaschutzprojekte.pdf zuletzt geprüft am 06.10.2017.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hg.) (2017b): Nationale Klimaschutzinitiative. Zahlen und Fakten. Online verfügbar unter www.klimaschutz.de/zahlen-und-fakten zuletzt geprüft am 06.10.2017.

Burchell, Graham; Gordon, Colin; Miller, Peter (Hg.) (1991): The Foucault effect. Studies in governmentality. Chicago, Ill.: Univ. of Chicago Press.

Busch, Henner (2015): Linked for action? An analysis of transnational municipal climate networks in Germany. In: *International Journal of Urban Sustainable Development* 7 (2), S. 213-231. DOI: 10.1080/19463138.2015.1057144

Butler, Judith (1993): Bodies That Matter. On the Discursive Limits of „Sex". New York, London: Routledge.

Butler, Judith (2010): Performative Agency. In: *Journal of Cultural Economy* 3 (2), S. 147-161. DOI: 10.1080/17530350.2010.494117

Çalışkan, Koray; Callon, Michel (2009): Economization, part 1. Shifting attention from the economy towards processes of economization. In: *Economy and Society* 38 (3), S. 369-398. DOI: 10.1080/03085140903020580

Çalışkan, Koray; Callon, Michel (2010): Economization, part 2. A research programme for the study of markets. In: *Economy and Society* 39 (1), S. 1-32. DOI: 10.1080/03085140903424519

Callendar, Guy Stewart (1938): The artificial production of carbon dioxide and its influence on temperature. In: *Quarterly Journal of the Royal Meteorological Society* 64 (275), S. 223-240. DOI: 10.1002/qj.49706427503

Callon, Michel (1998): An Essay on Framing and Overflowing. Economic Externalities Revisited by Sociology. In: *The Sociological Review* 46, S. 244-269. DOI: 10.1111/j.1467-954X.1998.tb03477.x

Castán Broto, Vanesa; Bulkeley, Harriet (2013): A survey of urban climate change experiments in 100 cities. In: *Global Environmental Change* 23 (1), S. 92-102. DOI: 10.1016/j.gloenvcha.2012.07.005

Cattaneo, Claudio; D'Alisa, Giacomo; Kallis, Giorgos; Zografos, Christos (2012): Degrowth futures and democracy. In: *Futures* 44 (6), S. 515-523. DOI: 10.1016/j.futures.2012.03.012

Chakrabarti, Vishaan (2013): A country of cities. A manifesto for an urban America. New York, NY: Metropolis Books.

Chan, Sander; Brandi, Clara; Bauer, Steffen (2016): Aligning Transnational Climate Action with International Climate Governance. The Road from Paris. In: *RECIEL* 25 (2), S. 238-247. DOI: 10.1111/reel.12168

Charmaz, Kathy (2000): Grounded Theory Methodology. Objectivist and constructivist qualitative methods. In: Norman K. Denzin und Yvonna S. Lincoln (Hg.): Handbook of qualitative research. 2. ed. Thousand Oaks, Calif.: SAGE, S. 509-535.

Charmaz, Kathy (2005): Grounded Theory in the 21st century. Applications for advances social justice studies. In: Norman K. Denzin und Yvonna S. Lincoln (Hg.): The Sage handbook of qualitative research. 3. Aufl. Thousand Oaks, Calif.: SAGE, S. 507-535.

Charmaz, Kathy (2006): Constructing Grounded Theory. A Practical Guide Through Qualitative Analysis. London: Sage Publications Ltd (Introducing Qualitative Methods Series).

Charmaz, Kathy (2011): Grounded Theory konstruieren. Unter Mitarbeit von Antony J. Puddephatt. In: Günther Mey und Katja Mruck (Hg.): Grounded Theory Reader. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 89-107.

Cidell, Julie (2015): Performing leadership. Municipal green building policies and the city as role model. In: *Environ Plann C Gov Policy* 33 (3), S. 566-579. DOI: 10.1068/c12181

Climate Mayors (Hg.) (2017): 279 Climate Mayors across the United States now committed to adopting the Paris Agreement Goals in their cities. Online verfügbar unter www.lamayor.org/279-climate-mayors-across-united-states-now-committed-adopting-paris-agreement-goals-their-cities zuletzt geprüft am 31.08.2017.

Climate-KIC (Hg.) (2015): Australia and New Zealand look at EU innovation model for help in fight against climate change. Online verfügbar unter www.climate-kic.org/news/australia-and-new-zealand-look-at-eu-innovation-model-for-help-in-fight-against-climate-change/ zuletzt geprüft am 31.08.2017.

Climate-KIC (Hg.) (2016): The A to Z of Climate Innovation. Local. Online verfügbar unter www.climate-kic.org/climateatoz zuletzt geprüft am 31.08.2017.

Cloutier, Geneviève; Joerin, Florent; Dubois, Catherine; Labarthe, Martial; Legay, Christelle; Viens, Dominique (2014): Planning adaptation based on local actors' knowledge and participation. A climate governance experiment. In: *Climate Policy* 15 (4), S. 458-474. DOI: 10.1080/14693062.2014.937388

Cook, Ian R. (2008): Mobilising Urban Policies. The Policy Transfer of US Business Improvement Districts to England and Wales. In: *Urban Studies* 45 (4), S. 773-795. DOI: 10.1177/0042098007088468

Courtright, Christina (2004): Which Lessons Are Learned? Best Practices and World Bank Rural Telecommunications Policy. In: *The Information Society* 20 (5), S. 345-356. DOI: 10.1080/01972240490507983

D'Alisa, Giacomo; Maria, Federico de; Kallis, Giorgos (Hg.) (2015): Degrowth. A vocabulary for a new era. New York, NY: Routledge.

Daly, Herman E. (Hg.) (1973): Toward a steady-state economy. San Francisco: Freeman.

Darier, Éric (Hg.) (1999): Discourses of the environment. Oxford u. a.: Blackwell.

Davidson, Mark; Iveson, Kurt (2014): Recovering the politics of the city. In: *prog hum geogr* 39 (5), S. 543-559. DOI: 10.1177/0309132514535284

Dean, Mitchell (1999): Governmentality. Power and rule in modern society. London: SAGE.

Death, Carl (2014): The Limits of Climate Governmentality. In: Johannes Stripple und Harriet Bulkeley (Hg.): Governing the climate. New approaches to rationality, power and politics. New York, NY: Cambridge Univ. Press, S. 77-91.

Demeritt, David; Nobert, Sebastien (2014): Models of best practice in flood risk communication and management. In: *Environmental Hazards* 13 (4), S. 313-328. DOI: 10.1080/17477891.2014.924897

DGO, vom 30.01.1935 (1935): Deutsche Gemeindeordnung. Online verfügbar unter www.verfassungen.de/de/de33-45/gemeindeordnung35.htm zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Deutscher Bundestag (1991): Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt. Naturschutz und Reaktorsicherheit. zu dem dritten Bericht der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“. Drucksache 12/1136, 10.09.1991. Online verfügbar unter http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/011/1201136.pdf zuletzt geprüft am 26.10.2016.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (Hg.) (2016): Ausgezeichnete Praxisbeispiele. Kommunaler Klimaschutz 2015: Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Urbanistik. Köln. Online verfügbar unter www.klimaschutz.de/sites/default/files/page/downloads/wettbewerbsflyer_2015_barrierefrei_0.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Dolowitz, David (1997): British Employment Policy in the 1980s. Learning from the American Experience. In: *Governance* 10 (1), S. 23-42. DOI: 10.1111/0952-1895.271996027

Dolowitz, David; Marsh, David (1996): Who Learns What from Whom: a Review of the Policy Transfer Literature. In: *Political Studies* 44 (2), S. 343-357. DOI: 10.1111/j.1467-9248.1996.tb00334.x

Dolowitz, David; Marsh, David (2000): Learning from Abroad. The Role of Policy Transfer in Contemporary Policy-Making. In: *Governance* 13 (1), S. 5-24.

Dombrowski, Kathrin (2010): Filling the gap? An analysis of non-governmental organizations responses to participation and representation deficits in global climate governance. In: *Int Environ Agreements* 10 (4), S. 397-416. DOI: 10.1007/s10784-010-9140-8

Dowling, Robyn (2010): Geographies of identity. Climate change, governmentality and activism. In: *prog hum geogr* 34 (4), S. 488-495. DOI: 10.1177/0309132509348427

Dreyfus, Hubert L.; Rabinow, Paul (1982): Michel Foucault. Beyond structuralism and hermeneutics. Chicago: Univ. of Chicago Press.

Dzudzek, Iris (2016): Kreativpolitik. Über die Machteffekte einer neuen Regierungsform des Städtischen. Bielefeld: transcript (Sozial- und Kulturgeographie, 13).

Dzudzek, Iris; Lindner, Peter (2015): Performing the Creative-Economy Script: Contradicting Urban Rationalities at Work. In: *Regional Studies* 49 (3), S. 388-403. DOI: 10.1080/00343404.2013.847272

Eden, Sally (2014): Making Carbon Calculations. In: Johannes Stripple und Harriet Bulkeley (Hg.): Governing the climate. New approaches to rationality, power and politics. New York, NY: Cambridge Univ. Press, S. 111-126.

Eisenmann, Lothar; Pehnt, Martin; Dünnebeil, Frank; Kutzner, Frank; Hertle, Hans; Paar, Angelika et al. (2014): Konzept für den Masterplan 100 % Klimaschutz für die Stadt Heidelberg. Endbericht. Hg. v. ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg. Heidelberg. Online verfügbar unter www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-656386139/heidelberg/Objektdatenbank/31/PDF/Energie%20und%20Klimaschutz/31_pdf_Masterplan%20Bericht%20und%20Ma%C3%9Fnahmen.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Elwyn, Glyn; Taubert, Mark; Kowalczuk, Jenny (2007): Sticky knowledge: a possible model for investigating implementation in healthcare contexts. In: *Implementation science: IS* 2 (44), S. 1-8. DOI: 10.1186/1748-5908-2-44

Emelianoff, Cyria (2014): Local Energy Transition and Multilevel Climate Governance. The Contrasted Experiences of Two Pioneer Cities (Hanover, Germany, and Vaxjo, Sweden). In: *Urban Studies* 51 (7), S. 1378-1393. DOI: 10.1177/0042098013500087

EU (2016): Städteagenda für die EU. Pakt von Amsterdam. EU. Amsterdam. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/policy/themes/urban-development/agenda/pact-of-amsterdam.pdf zuletzt geprüft am 27.11.2017.

EU; ICLEI – Local Governments for Sustainability (Hg.) (1994): Charter of European Cities & Towns Towards Sustainability. Aalborg. Online verfügbar unter www.sustainablecities.eu/fileadmin/repository/Aalborg_Charter/Aalborg_Charter_English.pdf zuletzt geprüft am 17.01.2018.

Evans, James (2011): Resilience, ecology and adaptation in the experimental city. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 36 (2), S. 223-237. DOI: 10.1111/j.1475-5661.2010.00420.x

Evans, James; Karvonen, Andrew (2013): Living Laboratories for Sustainability. Exploring the Politics and Epistemology of Urban Transitions. In: Harriet Bulkeley, Vanesa Castán Broto und Mike Hodson (Hg.): Cities and low carbon transitions. London, New York: Routledge (Routledge studies in human geography, 35), S. 126-141.

Evans, James; Karvonen, Andrew; Raven, Rob (Hg.) (2016): The Experimental City. London, New York: Routledge Taylor and Francis Group (Routledge research in sustainable urbanism).

Everts, Jonathan; Lahr-Kurten, Matthias; Watson, Matt (2011): Practice matters! Geographical inquiry and theories of practice. In: *Erdkunde* 65 (4), S. 232-334. DOI: 10.3112/erdkunde.2011.04.01

Fairbrass, J.; Jordan, A. (2004): Multi-level Governance and Environmental Policy. In: Ian Bache und Matthew Flinders (Hg.): Multi-level Governance: Oxford University Press, S. 147-164.

Fischer, Annett; Kallen, Carlo (1997): Klimaschutz in Kommunen. Leitfaden zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Klimakonzepte. Hg. v. Deutsches Institut für Urbanistik (Difu). Berlin.

Flohn, Herrmann (1941): Die Tätigkeit des Menschen als Klimafaktor. In: *Zeitschrift für Erdkunde* 9, S. 13-22.

Forester, John (1984): Bounded Rationality and the Politics of Muddling Through. In: *Public Administration Review* 44 (1), S. 23-31. DOI: 10.2307/975658

Foucault, Michel (1995): Discipline and punish. The birth of the prison. Second Vintage Books edition. New York, NY: Vintage Books.

Foucault, Michel (1996a): Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Ducio Trombadori. Übersetzt von Horst Brühmann. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1274).

Foucault, Michel (1996b): Diskurs und Wahrheit. Die Problematisierung der Parrhesia: 6 Vorlesungen, gehalten im Herbst 1983 an der Universität von Berkeley/Kalifornien. Hg. v. Joseph Pearson. Berlin: Merve Verlag (Internationaler Merve-Diskurs, 197).

Foucault, Michel (2005a): Die Sorge um die Wahrheit. In: D. Defert und F. Ewald (Hg.): Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Michel Foucault, Bd. 4. 4 Bände (1980-1988, 4), S. 823-836.

Foucault, Michel (2005b): Polemik, Politik und Problematisierungen. In: D. Defert und F. Ewald (Hg.): Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Michel Foucault, Bd. 4. 4 Bände (1980-1988, 4), S. 724-734.

Foucault, Michel (2005c): Subjekt und Macht. In: D. Defert und F. Ewald (Hg.): Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Michel Foucault, Bd. 4. 4 Bände (1980-1988, 4), 269-294.

Foucault, Michel (2012): Die Gouvernementalität. In: Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. 6. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 1490), S. 41-67.

Foucault, Michel; Faubion, James D. (Hg.) (2000): Power. New York: New Press (Essential works of Foucault 1954-1984, Vol. 3).

Foucault, Michel; Rabinow, Paul (1997): Ethics: Subjectivity and Truth. Essential works of Foucault 1954-1984. 3 Bände. New York: New Press (1).

Foucault, Michel; Senellart, Michel (Hg.) (2008): The birth of biopolitics. Lectures at the Collège de France, 1978-79. Collège de France. New York: Picador (Lectures at the Collège de France).

Foucault, Michel; Senellart, Michel; Ewald, François; Fontana, Alessandro (Hg.) (2007): Security, territory, population. Lectures at the Collège de France, 1977-78. Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan.

Foucault, Michel; Sennelart, Michel (Hg.) (2004): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977-1978. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (Geschichte der Gouvernementalität).

Fourier, Jean Baptiste (1824): Remarques Générales sur les Températures du Globe Terrestre et des Espaces Planétaires. In: *Annales de Chimie et de Physique* 27, S. 136-167.

Francis, Graham; Holloway, Jacky (2007): What have we learned? Themes from the literature on best-practice benchmarking. In: *International Journal of Management Reviews* 9 (3), S. 171-189. DOI: 10.1111/j.1468-2370.2007.00204.x

Franziskus; Marx, Reinhard; Emunds, Bernhard (2015): Die Enzyklika „Laudato Si". Über die Sorge für das gemeinsame Haus. Freiburg im Breisgau: Herder.

Füller, Henning; Marquardt, Nadine (2009): Gouvernementalität in der humangeographischen Diskursforschung. In: Georg Glasze (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld: transcript (Sozialtheorie), S. 83-106.

Füller, Henning; Marquardt, Nadine (2010): Die Sicherstellung von Urbanität. Innerstädtische Restrukturierung und soziale Kontrolle in Downtown Los Angeles. Münster, Westf: Westfälisches Dampfboot (Raumproduktionen, 8).

Geels, Frank W. (2002): Technological transitions as evolutionary reconfiguration processes. A multi-level perspective and a case-study. In: *Research Policy* 31 (8-9), S. 1257-1274. DOI: 10.1016/S0048-7333(02)00062-8

Geels, Frank W. (2005): The dynamics of transitions in socio-technical systems. A multi-level analysis of the transition pathway from horse-drawn carriages to automobiles (1860-1930). In: *Technology Analysis & Strategic Management* 17 (4), S. 445-476. DOI: 10.1080/09537320500357319

Geels, Frank W. (2006a): Major system change through stepwise reconfiguration. A multi-level analysis of the transformation of American factory production (1850-1930). In: *Technology in Society* 28 (4), S. 445-476. DOI: 10.1016/j.techsoc.2006.09.006

Geels, Frank W. (2006b): The hygienic transition from cesspools to sewer systems (1840-1930). The dynamics of regime transformation. In: *Research Policy* 35 (7), S. 1069-1082. DOI: 10.1016/j.respol.2006.06.001

Geels, Frank W. (2007): Analysing the breakthrough of rock'n'roll (1930-1970). Multi-regime interaction and reconfiguration in the multi-level perspective. In:

*Technological Forecasting and Social Change* 74 (8), S. 1411-1431. DOI: 10.1016/j.techfore.2006.07.008

Geels, Frank W. (2009): Foundational ontologies and multi-paradigm analysis, applied to the socio-technical transition from mixed farming to intensive pig husbandry (1930-1980). In: *Technology Analysis & Strategic Management* 21 (7), S. 805-832. DOI: 10.1080/09537320903182280

Geels, Frank W. (2013): The role of cities in technological transitions. Analytical clarifications and historical examples. In: Harriet Bulkeley, Vanesa Castán Broto und Mike Hodson (Hg.): Cities and low carbon transitions. London, New York: Routledge (Routledge studies in human geography, 35), S. 13-28.

Geels, Frank W.; Raven, Rob (2006): Non-linearity and Expectations in Niche-Development Trajectories. Ups and Downs in Dutch Biogas Development (1973-2003). In: *Technology Analysis & Strategic Management* 18 (3-4), S. 375-392. DOI: 10.1080/09537320600777143

Gertler, Meric (2009): Taylorism. In: Derek Gregory (Hg.): The dictionary of human geography. 5. Aufl. Malden, MA: Blackwell, S. 741-742.

Getz, Daphne; Goldberg, Itzhak (2016): Best Practices and Lessons Learned in ICT Sector Innovation. A Case Study of Israel. World Bank. Washington, DC (WDR 2016 Background Paper).

Giest, Sarah; Howlett, Michael (2013): Comparative Climate Change Governance. Lessons from European Transnational Municipal Network Management Efforts. In: *Env. Pol. Gov.* 23 (6), S. 341-353. DOI: 10.1002/eet.1628

Glaser, Barney G. (1998): Doing grounded theory. Issues and discussions. Mill Valley, Calif.: Sociology Press.

Glaser, Barney G. (2011): Der Umbau der Grounded-Theory-Methodologie. Unter Mitarbeit von Judith A. Holton. In: Günther Mey und Katja Mruck (Hg.): Grounded Theory Reader. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 137-161.

Glaser, Barney G.; Strauss, Anselm L. (1967): The discovery of grounded theory. Strategies for qualitative research. New Brunswick: Aldine.

Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2006): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (BBLehrbuch).

Goldsmith, Edward; Allen, Robert (Hg.) (1972): Blueprint for survival. Boston: Houghton Mifflin.

Gray, Virginia (1973): Innovation in the States. A Diffusion Study. In: *Am Polit Sci Rev* 67 (04), S. 1174-1185. DOI: 10.2307/1956539

Gregson, Nicky; Rose, Gillian (2000): Taking Butler elsewhere. Performativities, spatialities and subjectivities. In: *Environ. Plann. D* 18 (4), S. 433-452. DOI: 10.1068/d232

Grubb, Michael; Yamin, Farhana (2001): Climatic Collapse at The Hague. What Happened, Why, and Where Do We Go From Here? In: *Int Affairs* 77 (2), S. 261-276. DOI: 10.1111/1468-2346.00191

Grüne Liste Bensheim (2016): Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, GLB und BfB für die Wahlperiode 2016-2021. Bensheim. Online verfügbar unter http://gruene-bensheim.de/wp-content/uploads/2016/04/2016-04-20-Koalitionsvereinbarung.pdf zuletzt geprüft am 07.11.2017.

Gupta, Joyeeta (2007): The multi-level governance challenge of climate change. In: *Environmental Sciences* 4 (3), S. 131-137. DOI: 10.1080/15693430701742669

Gustavsson, Eva; Elander, Ingemar; Lundmark, Mats (2009): Multilevel governance, networking cities, and the geography of climate-change mitigation. Two Swedish examples. In: *Environ. Plann. C* 27 (1), S. 59-74. DOI: 10.1068/c07109j

Hajer, Maarten (2016): Foreword. In: James Evans, Andrew Karvonen und Rob Raven (Hg.): The Experimental City. London, New York: Routledge Taylor and Francis Group (Routledge research in sustainable urbanism), S. xvii-xix.

Hakelberg, Lukas (2011): Governing Climate Change by Diffusion. Transnational Municipal Networks as Catalysts of Policy Spread. Hg. v. Forschungszentrum für Umweltpolitik. Freie Universität Berlin. Berlin (FFU-Report, 08). Online verfügbar unter https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/19850 zuletzt geprüft am 28.04.2016.

Hakelberg, Lukas (2014): Governance by Diffusion: Transnational Municipal Networks and the Spread of Local Climate Strategies in Europe. In: *Global Environmental Politics* 14 (1), S. 107-129. DOI: 10.1162/GLEP_a_00216

Hall, Peter A. (1993): Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain. In: *Comparative Politics* 25 (3), S. 275-296. DOI: 10.2307/422246

Hammer, Stephen; Kamal-Chaoui, Lamia; Robert, Alexis; Plouin, Marissa (2011): Cities and Green Growth. A Conceptual Framework (OECD Regional Development Working Papers, 2011/08). Online verfügbar unter www.oecd.org/cfe/regional-policy/49330120.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Hansestadt Rostock (Hg.) (2013): Masterplan 100% Klimaschutz für die Hansestadt Rostock. Rostock. Online verfügbar unter http://rathaus.rostock.de/sixcms/media.php/144/Masterplan_20140403.pdf zuletzt geprüft am 31.08.2017.

Hargreaves, Tom (2014): Smart Meters and Governance of Energy Use in the Household. In: Johannes Stripple und Harriet Bulkeley (Hg.): Governing the climate. New approaches to rationality, power and politics. New York, NY: Cambridge Univ. Press, S. 127-143.

Hartley, Jean; Allison, Maria (2002): Good, Better, Best? Inter-organizational learning in a network of local authorities. In: *Public Management Review* 4 (1), S. 101-118. DOI: 10.1080/14616670110117332

Heinelt, Hubert; Lamping, Wolfram (2015): Introduction. How to explain differences in urban strategies and measures to deal with climate change. In: *Urban Research & Practice* 8 (3), S. 275-282. DOI: 10.1080/17535069.2015.1051383

Herrschel, Tassilo (2013): Competitiveness AND Sustainability: Can ‚Smart City Regionalism' Square the Circle? In: *Urban Studies* 50 (11), S. 2332-2348. DOI: 10.1177/0042098013478240

Hillebrandt, Frank (2014): Soziologische Praxistheorien. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Hodson, Mike; Marvin, Simon (Hg.) (2014a): After sustainable cities? London: Routledge.

Hodson, Mike; Marvin, Simon (2014b): Introduction. In: Mike Hodson und Simon Marvin (Hg.): After sustainable cities? London: Routledge, S. 1-9.

Hoffman, Andrew J.; Woody, John G. (2008): Climate change. What's your business strategy? Boston, Mass.: Harvard Business School Pr.

Holzinger, Katharina; Jörgens, Helge; Knill, Christoph (2007): Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 38/2007).

Hoornweg, Daniel Arthur (Hg.) (2011): Cities and climate change. Responding to an urgent agenda. Urban Research Symposium. Washington, D.C: World Bank (Urban development series). Online verfügbar unter http://elibrary.worldbank.org/doi/book/10.1596/978-0-8213-8493-0 zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Hoppe, Robert; Wesselink, Anna (2014): Comparing the role of boundary organizations in the governance of climate change in three EU member states. In: *Environmental Science & Policy* 44, S. 73-85. DOI: 10.1016/j.envsci.2014.07.002

Hughes, Sara; Chu, Eric K.; Mason, Susan G. (Hg.) (2018): Climate Change in Cities. Innovations in Multi-Level Governance. Cham: Springer International Publishing (The Urban Book Series).

Hulme, Mike (2011): Why we disagree about climate change. Understanding controversy, inaction and opportunity. 5. Aufl. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Institut dezentrale Energietechnologien (Hg.) (2014): 100ee-Regionen in Deutschland, Europa und der Welt. Unter Mitarbeit von Pia Buschmann, Peter Moser, Steafanie Roth und Katharina Schenk. Kassel. Online verfügbar unter www.100-ee.de/fileadmin/redaktion/100ee/Downloads/broschuere/Good-Practice_Broschuere_Inhalt_Web.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (Hg.) (1992): Climate change. The 1990 and 1992 IPCC assessments, IPCC first assessment report overview and policymaker summaries and 1992 IPPC supplement. Genf. Online verfügbar unter www.ipcc.ch/publications_and_data/publications_and_data_reports.shtml#.UkQMq2fQNBk zuletzt geprüft am 17.01.2018.

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (Hg.) (1995): IPCC Second Assessment Climate Change 1995. Genf. Online verfügbar unter www.ipcc.ch/pdf/

climate-changes-1995/ipcc-2nd-assessment/2nd-assessment-en.pdf zuletzt geprüft am 31.08.2017.

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (Hg.) (2001): Climate Change 2001. Genf. Online verfügbar unter www.grida.no/publications/267 zuletzt geprüft am 31.08.2017.

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (Hg.) (2007): Climate Change 2007. Genf. Online verfügbar unter www.ipcc.ch/publications_and_data/publications_ipcc_fourth_assessment_report_synthesis_report.htm zuletzt geprüft am 31.08.2017.

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (Hg.) (2016): 43rd Session of the IPCC. Decisions adopted by the Panel. IPCC. Nairobi. Online verfügbar unter www.ipcc.ch/meetings/session43/p43_decisions.pdf zuletzt geprüft am 26.10. 2016.

Jagers, Sverker C.; Stripple, Johannes (2003): Climate Governance Beyond the State. In: *Global Governance* 9 (3), S. 385-399. DOI: 10.2307/27800489

James, Oliver; Lodge, Martin (2003): The Limitations of ‚Policy Transfer' and ‚Lesson Drawing' for Public Policy Research. In: *Political Studies Review* 1 (2), S. 179-193. DOI: 10.1111/1478-9299.t01-1-00003

Janković, Vladimir; Bowman, Andrew (2014): After the green gold rush: the construction of climate change as a market transition. In: *Economy and Society* 43 (2), S. 233-259. DOI: 10.1080/03085147.2013.791511

Johnson, Craig; Toly, Noah J.; Schroeder, Heike (Hg.) (2015): The Urban Climate Challenge. Rethinking the Role of Cities in the Global Climate Regime. Hoboken: Taylor and Francis (Cities and Global Governance).

Jones, Andrew; Murphy, James T. (2011): Theorizing practice in economic geography. Foundations, challenges, and possibilities. In: *Progress in Human Geography* 35 (3), S. 366-392. DOI: 10.1177/0309132510375585

Jörgensen, Kirsten; Jogesh, Anu; Mishra, Arabinda (2015): Multi-level climate governance and the role of the subnational level. In: *Journal of Integrative Environmental Sciences* 12 (4), S. 235-245. DOI: 10.1080/1943815X.2015.1096797

Juncker, Jean-Claude (2015): State of the Union 2015. Time for Honesty, Unity and Solidarity. EU Kommission. Brüssel, 2015. Online verfügbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-15-5614_en.htm, zuletzt geprüft am 25.09. 2015.

Kaiser, Robert; Nikiforova, Elena (2008): The performativity of scale. The social construction of scale effects in Narva, Estonia. In: *Environ. Plann. D* 26 (3), S. 537-562. DOI: 10.1068/d3307

Kallis, Giorgos; Kerschner, Christian; Martinez-Alier, Joan (2012): The economics of degrowth. In: *Ecological Economics* 84, S. 172-180. DOI: 10.1016/j.ecolecon. 2012.08.017.

Karvonen, Andrew; van Heur, Bas (2014): Urban Laboratories. Experiments in Reworking Cities. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 38 (2), S. 379-392. DOI: 10.1111/1468-2427.12075

Katz, Bruce; Bradley, Jennifer (2013): The Metropolitan Revolution. How Cities and Metros Are Fixing Our Broken Politics and Fragile Economy. Washington: Brookings Institution Press.

Kegelmann, Jürgen (2007): New Public Management. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Stadtforschung aktuell).

Kemp, René; Loorbach, Derk; Rotmans, Jan (2007): Transition management as a model for managing processes of co-evolution towards sustainable development. In: *International Journal of Sustainable Development & World Ecology* 14 (1), S. 78-91. DOI: 10.1080/13504500709469709

Kenis, Anneleen; Lievens, Matthias (2014): Searching for ‚the political' in environmental politics. In: *Environmental Politics* 23 (4), S. 531-548. DOI: 10.1080/09644016.2013.870067

Kenis, Anneleen; Mathijs, Erik (2014): Climate change and post-politics: Repoliticizing the present by imagining the future? In: *Geoforum* 52, S. 148-156. DOI: 10.1016/j.geoforum.2014.01.009

Kern, Kristine (2000): Die Diffusion von Politikinnovationen. Umweltpolitische Innovationen im Mehrebenensystem der USA. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Gesellschaftspolitik und Staatstätigkeit, 17).

Kern, Kristine; Bulkeley, Harriet (2009): Cities, Europeanization and Multi-level Governance: Governing Climate Change through Transnational Municipal Networks. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 47 (2), S. 309-332. DOI: 10.1111/j.1468-5965.2009.00806.x

Keskitalo, E. Carina H. (Hg.) (2010): Developing Adaptation Policy and Practice in Europe: Multi-level Governance of Climate Change. Dordrecht: Springer Science + Business Media B.V.

Keskitalo, E. Carina H.; Juhola, Sirkku; Baron, Nina; Fyhn, Håkon; Klein, Johannes (2016): Implementing Local Climate Change Adaptation and Mitigation Actions. The Role of Various Policy Instruments in a Multi-Level Governance Context. In: *Climate* 4 (1), S. 1-11. DOI: 10.3390/cli4010007

Keskitalo, E. Carina H.; Juhola, Sirkku; Westerhoff, Lisa (2012): Climate change as governmentality. Technologies of government for adaptation in three European countries. In: *Journal of Environmental Planning and Management* 55 (4), S. 435-452. DOI: 10.1080/09640568.2011.607994

Kieselbach, Janne A. (2017): Benjamin R. Barber. If Mayors Ruled the World. In: Frank Eckardt (Hg.): Schlüsselwerke der Stadtforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 15-29.

Kind, Christian; Protze, Nele; Rothballer, Carsten (2013): Klimaschutz trotz knapper Kassen. Ein Handbuch für die Kommunalverwaltung. Hg. v. Umweltbundesamt

(UBA). Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter www.adelphi.de/de/system/files/mediathek/bilder/handbuch_klimaschutz-trotz-knapper-kassen_online-version_1.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Kirton, John J.; Kokotsis, Ella (2015): The global governance of climate change. G7, G20, and UN leadership. Farnham, Surrey, England, Burlington: Ashgate (Global environmental governance).

Kitchin, Rob; Lauriault, Tracey P.; McArdle, Gavin (2015): Knowing and governing cities through urban indicators, city benchmarking and real-time dashboards. In: *Regional Studies, Regional Science* 2 (1), S. 6-28. DOI: 10.1080/21681376.2014.983149

Kivimaa, Paula; Hildén, Mikael; Huitema, Dave; Jordan, Andrew; Newig, Jens (2017): Experiments in climate governance – A systematic review of research on energy and built environment transitions. In: *Journal of Cleaner Production* 169, S. 17-29. *DOI:* 10.1016/j.jclepro.2017.01.027

Klöppel, Ulrike (2010): Foucaults Konzept der Problematisierungsweise und die Analyse diskursiver Transformationen. In: Achim Landwehr (Hg.): Diskursiver Wandel. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Interdisziplinäre Diskursforschung), S. 255-263.

Kortelainen, Jarmo; Rytteri, Teijo (2016): EU policy on the move – mobility and domestic translation of the European Union's renewable energy policy. In: *Journal of Environmental Policy & Planning* 19 (4), S. 360-373. DOI: 10.1080/1523908X.2016.1223539

Krampe, Linda; Lettow, Mareike; Nagel, Anna L.; Krüger, Christine; Schäfter, Stefanie; Buchheit, Gerte (2015): Kleine Kommunen – Groß im Klimaschutz. Die Förderung kleiner und mittlerer Kommunen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative. Hg. v. Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK: KK). Deutsches Institut für Urbanistik (Difu). Berlin. Online verfügbar unter www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Bilder_Unterseiten/BMU/Laendliche_Raeume/broschuere_kleine_kommunen_gross_im_klimaschutz.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Künkel, Jenny (2015): Urban Policy Mobilities versus Policy Transfer. In: *sub\urban: Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 3 (1), S. 7-24.

Kusno, Abidin (2011): The green governmentality in an Indonesian metropolis. In: *Singapore Journal of Tropical Geography* 32 (3), S. 314-331. DOI: 10.1111/j.1467-9493.2011.00440.x

Landkreis Marburg-Biedenkopf (Hg.) (2013): Masterplan 100% Klimaschutz für den Landkreis Marburg-Biedenkopf. Marburg. Online verfügbar unter http://klimaschutz.marburg-biedenkopf.de/uploads/Content/PDF/Masterplan/Masterplanbericht_ohne_AP.pdf zuletzt geprüft am 27.11.2017.

Landkreis Osnabrück (Hg.) (2014): Masterplan 100% Klimaschutz Landkreis Osnabrück. Jetzt. Hier. Wir. Osnabrück. Online verfügbar unter www.landkreis-osna

brueck.de/sites/default/files/downloads/masterplan_abschlussberichtdez2014.pdf zuletzt geprüft am 27.11.2017.

Lane, Jan-Erik (2000): New public management. London: Routledge.

Latouche, Serge (2010): Degrowth. In: *Journal of Cleaner Production* 18 (6), S. 519-522. DOI: 10.1016/j.jclepro.2010.02.003

Law, John (2007): After method. Mess in social science research. London: Routledge (International library of sociology).

Lee, Taedong (2013): Global Cities and Transnational Climate Change Networks. In: *Global Environmental Politics* 13 (1), S. 108-127. DOI: 10.1162/GLEP_a_00156

Lee, Taedong; Koski, C. (2015): Multilevel governance and urban climate change mitigation. In: *Environment and Planning C: Government and Policy* 33 (6), S. 1501-1517. DOI: 10.1177/0263774X15614700

Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Hamburg: Argument-Verl.

Lemke, Thomas (2001): Gouvernementalität. In: Marcus S. Kleiner (Hg.): Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken. Frankfurt/Main: Campus (Campus Studium), S. 108-122.

Lemke, Thomas (2002): Foucault, Governmentality, and Critique. In: *Rethinking Marxism* 14 (3), S. 49-64. DOI: 10.1080/089356902101242288

Lemke, Thomas (2007): Gouvernementalität und Biopolitik. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Lemke, Thomas (2011): Foucault, governmentality, and critique. Boulder, Colo: Paradigm Publ (Cultural politics & the promise of democracy).

Lemke, Thomas; Krasmann, Susanne; Bröckling, Ulrich (2012): Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. 6. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 1490), S. 7-40.

Lenton, Timothy M.; Held, Hermann; Kriegler, Elmar; Hall, Jim W.; Lucht, Wolfgang; Rahmstorf, Stefan; Schellnhuber, Hans Joachim (2008): Tipping elements in the Earth's climate system. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 105 (6), S. 1786-1793. DOI: 10.1073/pnas.0705414105

Levallois, Clément (2010): Can de-growth be considered a policy option? A historical note on Nicholas Georgescu-Roegen and the Club of Rome. In: *Ecological Economics* 69 (11), S. 2271-2278. DOI: 10.1016/j.ecolecon.2010.06.020

Leventon, Julia; Dyer, Jen C.; van Alstine, James D. (2015): The private sector in climate governance. Opportunities for climate compatible development through multilevel industry-government engagement. In: *Journal of Cleaner Production* 102, S. 316-323. DOI: 10.1016/j.jclepro.2015.04.125

Leys, Ruth (2009): Meads Stimmes. Nachahmung als Grundlage oder Der Kampf gegen die Mimesis. In: Christian Borch und Urs Stäheli (Hg.): Soziologie der Nachahmung und des Begehrens. Materialien zu Gabriel Tarde. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 1882), S. 62-106.

Li, Tania Murray (2007): Practices of assemblage and community forest management. In: *Economy and Society* 36 (2), S. 263-293. DOI: 10.1080/03085140701254308.

Liebknecht, Wilhelm ([1872] 2012): Kleine politische Schriften. Hamburg: Tredition Classics.

Liem, Arief Darmanegara; McInerney, Dennis M. (Hg.) (2008): Teaching and learning. International best practice. ebrary, Inc. Charlotte, N.C: Information Age Pub (Research on sociocultural influences on motivation and learning, 8).

Lindblom, Charles E. (1959): The Science of „Muddling Through". In: *Public Administration Review* 19 (2), S. 79-88. DOI: 10.2307/973677

Livesey, Sharon M.; Hartman, Cathy L.; Stafford, Edwin R.; Shearer, Molly (2009): Performing Sustainable Development Through Eco-Collaboration. The Ricelands Habitat Partnership. In: *Journal of Business Communication* 46 (4), S. 423-454. DOI: 10.1177/0021943609338664

Local Government Climate Roadmap Secretariat (2016): Progress of the global climate advocacy under the Local Government Climate Roadmap since 2007. Hg. v. ICLEI – Local Governments for Sustainability. Bonn. Online verfügbar unter www.iclei.org/climate-roadmap/about-us/timeline-2007.html zuletzt geprüft am 26.10.2016.

Lockwood, Michael; Davidson, Julie (2010): Environmental governance and the hybrid regime of Australian natural resource management. In: *Geoforum* 41 (3), S. 388-398. DOI: 10.1016/j.geoforum.2009.12.001

Loorbach, Derk (2007): Transition management. New mode of governance for sustainable development. Utrecht: Internat. Books.

Loorbach, Derk (2010): Transition Management for Sustainable Development. A Prescriptive, Complexity-Based Governance Framework. In: *Governance* 23 (1), S. 161-183. DOI: 10.1111/j.1468-0491.2009.01471.x

Loorbach, Derk; Rotmans, Jan (2010): The practice of transition management. Examples and lessons from four distinct cases. In: *Futures* 42 (3), S. 237-246. DOI: 10.1016/j.futures.2009.11.009

Loorbach, Derk; Wittmayer, Julia M.; Shiroyama, Hideaki (2016): Governance of Urban Sustainability Transitions. European and Asian Experiences. Tokio: Springer Japan. (Theory and Practice of Urban Sustainability Transitions, 1).

Lövbrand, Eva; Stripple, Johannes (2014): Bringing Governmentality to the Study of Global Climate Governance. In: Johannes Stripple und Harriet Bulkeley (Hg.): Governing the climate. New approaches to rationality, power and politics. New York, NY: Cambridge Univ. Press, S. 27-41.

Lövbrand, Eva; Stripple, Johannes; Wiman, Bo (2009): Earth System governmentality. In: *Global Environmental Change* 19 (1), S. 7-13. DOI: 10.1016/j.gloenvcha.2008.10.002

Lovell, Heather (2010): Governing the carbon offset market. In: *WIREs Clim Change* 1 (3), S. 353-362. DOI: 10.1002/wcc.43

Lovell, Heather (2013): Climate change, markets and standards. The case of financial accounting. In: *Economy and Society* 43 (2), S. 260-284. DOI: 10.1080/03085147.2013.812830

Lovell, Heather (2015): The making of low carbon economies. London: Routledge.

Luke, Timothy W. (1995): On Environmentality. Geo-Power and Eco-Knowledge in the Discourses of Contemporary Environmentalism. In: *Cultural Critique* (31), S. 57-81. DOI: 10.2307/1354445

Lyotard, Jean-François (1999): Das postmoderne Wissen. Ein Bericht. Wien: Passagen-Verl. (Edition Passagen, 7).

MacLeod, Gordon (2011): Urban Politics Reconsidered. Growth Machine to Post-democratic City? In: *Urban Studies* 48 (12), S. 2629-2660. DOI: 10.1177/0042098011415715

MacLeod, Gordon (2013): New Urbanism/Smart Growth in the Scottish Highlands: Mobile Policies and Post-politics in Local Development Planning. In: *Urban Studies* 50 (11), S. 2196-2221. DOI: 10.1177/0042098013491164

Macmillen, James (2010): ‚Best Practice' and Sustainable Mobility. a critical realist account. Masterthesis. University of Southampton, Southampton. School of Geography. Online verfügbar unter http://eprints.soton.ac.uk/171965/ zuletzt geprüft am 06.03.2017.

Macmillen, James; Stead, Dominic (2014): Learning heuristic or political rhetoric? Sustainable mobility and the functions of ‚best practice'. In: *Transport Policy* 35, S. 79-87. DOI: 10.1016/j.tranpol.2014.05.017

Mahony, Martin (2015): Climate change and the geographies of objectivity. The case of the IPCC's burning embers diagram. In: *Trans Inst Br Geog* 40 (2), S. 153-167. DOI: 10.1111/tran.12064

Markard, Jochen; Raven, Rob; Truffer, Bernhard (2012): Sustainability transitions. An emerging field of research and its prospects. In: *Research Policy* 41 (6), S. 955-967. DOI: 10.1016/j.respol.2012.02.013

Marks, Gary (1993): Structural Policy and Multilevel Governance in the EC. In: Alan Cafruny und Glenda Rosenthal (Hg.): The State of the European Community. New York: Lynne Rienner, S. 391-410.

Mason, Jennifer (2002): Qualitative researching. 2. Aufl. London, Thousand Oaks, Calif.: Sage Publications.

Mattissek, Annika (2008): Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte. Bielefeld: transcript (Urban studies).

Mattissek, Annika; Pfaffenbach, Carmella; Reuber, Paul (2013): Methode der empirischen Humangeographie. Braunschweig: Westermann Schulbuchverlag (Das Geographische Seminar, 20).

Mattissek, Annika; Sturm, Cindy (2016): Transformation nationaler Klima- und Energiepolitik in städtischen Kontexten. Stadtplanung im Spannungsfeld von politischem Diskurs und Regierungspraktiken. In: *pnd online* (1), S. 1-9.

Mattissek, Annika; Sturm, Cindy (2017): How to make them walk the talk. Governing the implementation of energy and climate policies into local practices. In: *Geogr. Helv.* 72 (1), S. 123-135. DOI: 10.5194/gh-72-123-2017

McCann, Eugene (2008): Expertise, Truth, and Urban Policy Mobilities. Global Circuits of Knowledge in the Development of Vancouver, Canada's ‚four Pillar' Drug Strategy. In: *Environ. Plann. A* 40 (4), S. 885-904. DOI: 10.1068/a38456

McCann, Eugene (2011): Points of Reference. Knowledge of Elsewhere in the Politics of Urban Drug Policy. In: Eugene McCann und Kevin Ward (Hg.): Mobile urbanism. Cities and policymaking in the global age. Minneapolis: University of Minnesota Press (Globalization and community, 17), S. 97-121.

McCann, Eugene; Ward, Kevin (Hg.) (2011): Mobile urbanism. Cities and policymaking in the global age. Minneapolis: University of Minnesota Press (Globalization and community, 17).

McGuirk, Pauline; Bulkeley, Harriet; Dowling, Robyn (2014a): Practices, programs and projects of urban carbon governance: Perspectives from the Australian city. In: *Geoforum* 52, S. 137-147. DOI: 10.1016/j.geoforum.2014.01.007

McGuirk, Pauline; Dowling, Robyn; Brennan, Clare; Bulkeley, Harriet (2015): Urban Carbon Governance Experiments. The Role of Australian Local Governments. In: *Geographical Research* 53 (1), S. 39-52. DOI: 10.1111/1745-5871.12098

McGuirk, Pauline; Dowling, Robyn; Bulkeley, Harriet (2014b): Repositioning urban governments? Energy efficiency and Australia's changing climate and energy governance regimes. In: *Urban Studies* 51 (13), S. 2717-2734. DOI: 10.1177/0042098014533732

Meadows, Dennis; Meadows, Donella; Zahn, Erich; Milling, Peter (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst.

Meijer, Albert; Bolívar, Manuel Pedro Rodríguez (2016): Governing the smart city. A review of the literature on smart urban governance. In: *Intnl. Review of Administrative Sciences* 82 (2), S. 392-408. DOI: 10.1177/0020852314564308

Methmann, Chris Paul (2010): ‚Climate Protection' as Empty Signifier. A Discourse Theoretical Perspective on Climate Mainstreaming in World Politics. In: *Millennium* 39 (2), S. 345-372. DOI: 10.1177/0305829810383606

Methmann, Chris Paul (2013): The sky is the limit. Global warming as global governmentality. In: *European Journal of International Relations* 19 (1), S. 69-91. DOI: 10.1177/1354066111415300

Methmann, Chris Paul (2014): We are all green now. Hegemony, governmentality and fantasy in the global climate polity. Dissertation. Universität Hamburg, Hamburg. Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2014/6730/ zuletzt geprüft am 06.10. 2017.

Mey, Günther; Mruck, Katja (Hg.) (2011): Grounded Theory Reader. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Miller, Peter (2001): Governing by numbers. Why calculative practices matter. In: *Social Research* 68 (2), S. 379-396. DOI: 10.1002/9780470774274.ch10

Miller, Peter; Rose, Nikolas (1990): Governing economic life. In: *Economy and Society* 19 (1), S. 1–31. DOI: 10.1080/03085149000000001

Mix, Ulrich; Herweijer, Michael (Hg.) (1996): 10 Jahre Tilburger Modell. Erfahrungen einer öffentlichen Verwaltung auf dem Weg zum Dienstleistungscenter. Bremen, Boston: Sachbuchverl. Kellner (PraxisReihe VerwaltungsReform, 2).

Moebuis, Stephan (2009): Imitation, differentielle Wiederholung und Iterabilität. Über einige Affinittäten zwischen Poststrukturalistischen Sozialwissenschaften un den „sozialen Gesetzen" von Gabriel Tarde. In: Christian Borch und Urs Stäheli (Hg.): Soziologie der Nachahmung und des Begehrens. Materialien zu Gabriel Tarde. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 1882), S. 255-279.

Montero, Sergio (2017): Worlding Bogotas Ciclovia. From Urban Experiment to International „Best Practice". In: *Latin American Perspectives* 44 (2), S. 111-131. DOI: 10.1177/0094582X16668310

Moore, Susan (2013): What's Wrong with Best Practice? Questioning the Typification of New Urbanism. In: *Urban Studies* 50 (11), S. 2371-2387. DOI: 10.1177/0042098013478231

Morseletto, Piero; Biermann, Frank; Pattberg, Philipp (2017): Governing by targets. Reductio ad unum and evolution of the two-degree climate target. In: *Int Environ Agreements* 17 (5), S. 655-676. DOI: 10.1007/s10784-016-9336-7

Mössner, Samuel (2016): Sustainable Urban Development as Consensual Practice. Post-Politics in Freiburg, Germany. In: *Regional Studies* 50 (6), S. 971-982. DOI: 10.1080/00343404.2015.1102875

Murdoch, Jonathan (2004): Putting discourse in its place. Planning, sustainability and the urban capacity study. In: *Area* 36 (1), S. 50-58. DOI: 10.1111/j.0004-0894. 2004.00304.x

Myers, Stephanie; Smith, Hayden; Martin, Lawrence (2004): Conducting Best Practices Research. Public Affairs Working Paper. University of Central Florida. Center for Community Partnerships College of Health & Public Affairs.

Nagorny, Nanja (2014): Produkt Klima. Zur Performativität ökonomischer Ansätze in der Klimapolitik. Saarbrücken: AV Akademikerverlag.

Nagorny-Koring, Nanja; Nochta, Timea (2018): Managing Urban Transitions in Theory and Practice. The Case of the Pioneer Cities and Transition Cities Projects. In: *Journal of Cleaner Production* (175), S. 60-69. DOI: 10.1016/j.jclepro.2017.11.072

Nash, Catherine (2000): Progress reports, Performativity in practice. Some recent work in cultural geography. In: prog hum geogr 24 (4), S. 653-664. DOI: 10.1191/030913200701540654

Nasiritousi, Naghmeh; Hjerpe, Mattias; Linnér, Björn-Ola (2016): The roles of non-state actors in climate change governance. Understanding agency through governance profiles. In: Int Environ Agreements 16 (1), S. 109-126. DOI: 10.1007/s10784-014-9243-8

Neu, Urs (2011): Der Treibhauseffekt in Medien und Politik. In: Hans Gebhardt, Rüdiger Glaser, Ulrich Radtke und Paul Reuber (Hg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. 2. Aufl. Heidelberg: Spektrum Akad. Verl., S. 1198-1205.

Nevens, Frank; Frantzeskaki, Niki; Gorissen, Leen; Loorbach, Derk (2013): Urban Transition Labs. Co-creating transformative action for sustainable cities. In: Journal of Cleaner Production 50, S. 111-122. DOI: 10.1016/j.jclepro.2012.12.001

Nevens, Frank; Roorda, Chris (2014): A climate of change. A transition approach for climate neutrality in the city of Ghent (Belgium). In: Sustainable Cities and Society 10, S. 112-121. DOI: 10.1016/j.scs.2013.06.001

New York State (Hg.) (2017): New York Governor Cuomo, California Governor Brown, and Washington Governor Inslee Announce Formation of United States Climate Alliance. Online verfügbar unter www.governor.ny.gov/news/new-york-governor-cuomo-california-governor-brown-and-washington-governor-inslee-announce zuletzt geprüft am 31.08.2017.

Nitsch, Joachim (2016): Die Energiewende nach COP 21. Aktuelle Szenarien der deutschen Energieversorgung. Kurzstudie für den Bundesverband Erneuerbare Energien e.V. Stuttgart. Online verfügbar unter http://www.bee-ev.de/fileadmin/Publikationen/Studien/Joachim_Nitsch_Energiewende_nach_COP21_Langversion.pdf zuletzt geprüft am 01.02.2017.

Oberthür, Sebastian (2011): Global Climate Governance after Cancun. Options for EU Leadership. In: The International Spectator 46 (1), S. 5-13. DOI: 10.1080/03932729.2011.567900

OECD (2002): OECD Best Practices for Budget Transparency. In: OECD Journal on Budgeting 1 (3), S. 7-14. DOI: 10.1787/budget-v1-art14-en

OECD (2008): World Energy Outlook 2008: OECD. Online verfügbar unter http://site.ebrary.com/lib/alltitles/docDetail.action?docID=10267596 zuletzt geprüft am 16.01.2018.

OECD (2010): Cities and Climate Change: OECD Publishing. Online verfügbar unter http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/governance/cities-and-climate-change_9789264091375-en#.WhvjZVXiaYk zuletzt geprüft am 27.11.2017.

OECD (2012): Best practices in local development. Paris: OECD (Local economic and employment development).

OECD; International Energy Agency (2012): Deploying Renewables. Best and Future Policy Practice. Paris: OECD Publishing. Online verfügbar unter http://gbv.eblib.com/patron/FullRecord.aspx?p=882123 zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Oels, Angela (2005): Rendering climate change governable. From biopower to advanced liberal government? In: Journal of Environmental Policy & Planning 7 (3), S. 185-207. DOI: 10.1080/15239080500339661

Oels, Angela (2013): Rendering climate change governable by risk. From probability to contingency. In: Geoforum 45, S. 17-29. DOI: 10.1016/j.geoforum.2011.09.007

Okereke, Chukwumerije; Bulkeley, Harriet; Schroeder, Heike (2009): Conceptualising Climate Governance beyond the International Regime. In: Global Environmental Politics 9 (1), S. 58-78.

Ouma, Stefan (2015): Assembling Export Markets. The Making and Unmaking of Global Food Connections in West Africa. Hoboken: Wiley (RGS-IBG Book Series).

Overman, Sam; Boyd, Kathy (1994): Best Practice Research and Postbureaucratic Reform. In: Journal of Public Administration Research and Theory 4 (1), S. 67-84.

Oxford University Press (Hg.): Oxford English Dictionary. Online verfügbar unter www.oed.com/

Pachauri, Rajendra K.; Mayer, Leo (Hg.) (2015): Climate change 2014. Synthesis report. Intergovernmental Panel on Climate Change. Geneva, Switzerland: Intergovernmental Panel on Climate Change. Online verfügbar unter www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/syr/SYR_AR5_FINAL_full_wcover.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Pagel, Christoph (2012): Oberhausen. die Stadt, die von innen stirbt. Höchste Verschuldung in Deutschland. In: Focus-Online 2012, 09.05.2012. Online verfügbar unter http://www.focus.de/politik/deutschland/nrw-wahl/hoechste-verschuldung-in-deutschland-oberhausen-die-stadt-die-von-innen-stirbt_aid_749397.html zuletzt geprüft am 09.02.2017.

Passoth, Jan-Hendrik; Rowland, Nicholas (2006): Modeling the State. An Actor-Network Approach. In: Jan-Peter Voß, Dierk Bauknecht und René Kemp (Hg.): Reflexive governance for sustainable development. Cheltenham, U.K, Northampton, Mass: Edward Elgar, S. 37-61.

Paterson, Matthew; Stripple, Johannes (2010): My Space. Governing individuals' carbon emissions. In: Environ. Plann. D 28 (2), S. 341-362. DOI: 10.1068/d4109.

Patton, Michael Quinn (2002): Qualitative research and evaluation methods. 3. Aufl. Thousand Oaks, Calif.: Sage Publications.

Peck, Jamie (2011): Geographies of policy: From transfer-diffusion to mobility-mutation. In: Progress in Human Geography 35 (6), S. 773-797. DOI: 10.1177/0309132510394010

Peck, Jamie; Theodore, Nikolas (2015): Fast policy. Experimental statecraft at the tresholds of neoliberalism. Minneapolis, Minnesota, London, England: University of Minnesota Press.

Piattoni, Simona (2010): The theory of multi-level governance. Conceptual, empirical, and normative challenges. Oxford: Oxford University Press.

Porter, Nadia; Claassen, Maarten; Timmermans, Jos (2015): Transition experiments in Amsterdam. Conceptual and empirical analysis of two transition experiments in the WATERgraafsmeer program. In: Technological Forecasting and Social Change 90, S. 525-537. DOI: 10.1016/j.techfore.2014.02.010

Projektträger Jülich (PtJ) (Hg.) (2017): Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Bundesweite Förderprogramme – Beratung und Begleitung. Berlin. Online verfügbar unter https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/Klimaflyer_8S_2017_bf_0.pdf zuletzt geprüft am 31.08.2017.

PwC (Hg.) (2012): Too late for two degrees? Low carbon economy index 2012. Online verfügbar unter https://www.pwc.com/gx/en/sustainability/publications/low carbon-economy-index/assets/pwc-low-carbon-economy-index-2012.pdf zuletzt geprüft am 31.08.2017.

Raco, Mike; Lin, Wen-I (2012): Urban sustainability, conflict management, and the geographies of postpoliticism. A case study of Taipei. In: Environ. Plann. C 30 (2), S. 191-208. DOI: 10.1068/c1199

Radaelli, Claudio (2004): The diffusion of regulatory impact analysis – Best practice or lesson-drawing? In: European Journal of Political Research 43 (5), S. 723-747. DOI: 10.1111/j.0304-4130.2004.00172.x

Rave, Tilmann (2016): Diffusion von Politikinnovationen im Mehrebenensystem der Energiewende. Erkenntnisse aus drei kommunalen Fallstudien. Unter Mitarbeit von Jutta Albrecht. München (ifo Forschungsberichte, 74). Online verfügbar unter www.leibniz-energiewende.de/fileadmin/user_upload/fv-energiewende/Bilder/Downloads/ifo_Forschungsberichte_74_2016_Rave_Energiewende.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Raven, Rob; Geels, Frank W. (2010): Socio-cognitive evolution in niche development. Comparative analysis of biogas development in Denmark and the Netherlands (1973-2004). In: Technovation 30 (2), S. 87-99. DOI: 10.1016/j.technovation.2009.08.006

Reckwitz, Andreas (2002): Toward a Theory of Social Practices. A Development in Culturalist Theorizing. In: European Journal of Social Theory 5 (2), S. 243-263. DOI: 10.1177/13684310222225432

Reckwitz, Andreas (2016): Praktiken und ihre Affekte. In: Hilmar Schäfer (Hg.): Praxistheorie. Bielefeld: transcript Verlag.

Riedel, Arne; Lund, Sabine (2013): Strategische Weiterentwicklung der Nationalen Klimaschutzinitiative. Kurzbericht II: Hannover. Hg. v. Ecologic Institute. Berlin.

Riedel, Arne; Schock, Michael; Gugel, Benjamin (2014a): Strategische Weiterentwicklung der Nationalen Klimaschutzinitiative. Kurzbericht III: Landkreis Steinfurt. Hg. v. Ecologic Institute. Berlin.

Riedel, Arne; Schock, Michael; Lund, Sabine; Gugel, Benjamin (2014b): Strategische Weiterentwicklung der Nationalen Klimaschutzinitiative. Kurzbericht III: Rheine. Hg. v. Ecologic Institute. Berlin.

Robinson, Jennifer (2015): ‚Arriving At' Urban Policies. The Topological Spaces of Urban Policy Mobility. In: Int J Urban & Regional Res 39 (4), S. 831-834. DOI: 10.1111/1468-2427.12255

Rogers, Everett M. ([1962] 1995): Diffusion of innovations. 4. Aufl. New York, NY: Free Press.

Rose, Nikolas; Miller, Peter (1992): Political Power beyond the State. Problematics of Government. In: The British Journal of Sociology 43 (2), S. 173-205.

Rose, Nikolas; O'Malley, Pat; Valverde, Mariana (2006): Governmentality. In: Annu. Rev. Law. Soc. Sci. 2 (1), S. 83-104. DOI: 10.1146/annurev.lawsocsci.2.081805.105900

Rose, Richard (1991): What is Lesson-Drawing? In: Journal of Public Policy 11 (1), S. 3-30. DOI: 10.1017/S0143814X00004918

Rose, Richard (1993): Lesson-drawing in public policy. A guide to learning across time and space. Chatham NJ: Chatham House.

Roseberry, Wendy (1996): Best Practice in Gender. World Bank. Washington, DC (Africa Region Findings & Good Practice Infobriefs, 1).

Rösler, Cornelia (Hg.) (2011): Klimaschutz in Kommunen. Praxisleitfaden. Deutsches Institut für Urbanistik. Berlin.

Rosol, Marit (2010): Public Participation in Post-Fordist Urban Green Space Governance. The Case of Community Gardens in Berlin. In: Int J Urban & Regional Res 34 (3), S. 548-563. DOI: 10.1111/j.1468-2427.2010.00968.x

Rosol, Marit (2013): Vancouver's „EcoDensity" Planning Initiative: A Struggle over Hegemony? In: Urban Studies 50 (11), S. 2238-2255. DOI: 10.1177/0042098013478233

Rosol, Marit (2015): Governing cities through participation – a Foucauldian analysis of CityPlan Vancouver. In: Urban Geography 36 (2), S. 256-276. DOI: 10.1080/02723638.2014.952542

Rotmans, Jan; Kemp, René; van Asselt, Marjolein (2001): More evolution than revolution. Transition management in public policy. In: Foresight 3 (1), S. 15-31. DOI: 10.1108/14636680110803003

Rotmans, Jan; Loorbach, Derk (2009): Complexity and Transition Management. In: Journal of Industrial Ecology 13 (2), S. 184-196. DOI: 10.1111/j.1530-9290.2009.00116.x

Roy, Ananya; Ong, Aihwa (Hg.) (2011): Worlding cities. Asian experiments and the art of being global. ebrary, Inc. Malden, Mass: Wiley-Blackwell (Studies in urban and social change).

Rühle, Alex (2017): Können Städte die Welt retten? Städte boykottieren die Politik von Donald Trump und kämpfen gegen korrupte Banken. Sie könnten die besseren Staaten sein – wenn sie mehr Macht bekommen. In: Süddeutsche Zeitung 2017, 08.07.2017. Online verfügbar unter www.sueddeutsche.de/kultur/megacities-koennen-staedte-die-welt-retten-1.3572781 zuletzt geprüft am 14.08.2017.

Rutherford, Stephanie (2007): Green governmentality. Insights and opportunities in the study of nature's rule. In: Progress in Human Geography 31 (3), S. 291-307. DOI: 10.1177/0309132507077080

Rutland, Ted; Aylett, Alex (2008): The work of policy. Actor networks, governmentality, and local action on climate change in Portland, Oregon. In: Environ. Plann. D 26 (4), S. 627-646. DOI: 10.1068/d6907

Saed (2012): Introduction to the Degrowth Symposium. In: Capitalism Nature Socialism 23 (1), S. 26-29. DOI: 10.1080/10455752.2011.648836

Sassen, Saskia (2009): Cities are the Center of our Environmental Future. In: Surveys and Perspectives Integrating Environment and Society (SAPIENS) 2 (3), S. 1-8.

Schäfer, Hilmar (2016): Praxis als Wiederholung Das Denken der Iterabilität und seine Konsequenzen für die Methodologie praxeologischer Forschung. In: Hilmar Schäfer (Hg.): Praxistheorie. Bielefeld: transcript Verlag.

Schatzki, Theodore R. (1996): Social practices. A Wittgensteinian approach to human activity and the social. Cambridge: Cambridge University Press.

Schatzki, Theodore R. (2016): Praxistheorie als flache Ontologie. In: Hilmar Schäfer (Hg.): Praxistheorie. Bielefeld: transcript Verlag.

Schechtman, Judd (2015): Best Practices for Cost-Efficient Coastal Climate Change Adaptation After Damaging Storms. In: Journal of the American Planning Association 80 (4), S. 336-337. DOI: 10.1080/01944363.2014.991616

Schedler, Kuno; Proeller, Isabella (2011): New public management. 5., korr. Aufl. Bern, Stuttgart: UTB (UTB-Public Management, Betriebswirtschaft, 2132).

Schipper, Sebastian (2013): Genealogie und Gegenwart der „unternehmerischen Stadt". Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main 1960-2010. Münster: Westfälisches Dampfboot (Raumproduktionen, 18).

Schneider, François; Kallis, Giorgos; Martinez-Alier, Joan (2010): Crisis or opportunity? Economic degrowth for social equity and ecological sustainability. Introduction to this special issue. In: Journal of Cleaner Production 18 (6), S. 511-518. DOI: 10.1016/j.jclepro.2010.01.014

Schrape, Jan-Felix (2014): Kurze Einführung in die Multi-Level Perspective. Universität Stuttgart. Online verfügbar unter https://gedankenstrich.org/wp-content/uploads/2014/11/Kurze-Einf%C3%BChrung-in-die-Multi-Level-Perspective.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Schreurs, Miranda (2008): From the Bottom Up. Local and Subnational Climate Change Politics. In: The Journal of Environment & Development 17 (4), S. 343-355. DOI: 10.1177/1070496508326432

Schreurs, Miranda; Tiberghien, Yves (2007): Multi-Level Reinforcement. Explaining European Union Leadership in Climate Change Mitigation. In: Global Environmental Politics 7 (4), S. 19-46. DOI: 10.1162/glep.2007.7.4.19

Schroeder, Heike; Burch, Sarah; Rayner, Steve (2013): Novel Multisector Networks and Entrepreneurship in Urban Climate Governance. In: Environ Plann C Gov Policy 31 (5), S. 761-768. DOI: 10.1068/c3105ed

Schumacher, Ernst Friedrich (1973): Small is beautiful. Economics as if people mattered. Reiss. New York NY: Blond & Briggs.

Schumacher, Patrick (2015): Generalkonzept im Rahmen des Masterplans „100% Klimaschutz“ der Stadt Frankfurt am Main. Unter Mitarbeit von Kilian Stroh, Marlen Schurig, Charlotte Ellerbrok, Andreas Ramonat und Sascha Link. Fraunhofer-Institut für Bauphysik IBP. Kassel. Online verfügbar unter www.masterplan100.de/fileadmin/user_upload/content/pdf/20150520_Generalkonzept_IBP_final.pdf zuletzt geprüft am 27.11.2017.

Sedgwick, Eve Kosofsky (1994): Tendencies. London: Routledge.

Sending, Ole Jacob; Neumann, Iver (2006): Governance to Governmentality. Analyzing NGOs, States, and Power. In: Int Studies Q 50 (3), S. 651-672. DOI: 10.1111/j.1468-2478.2006.00418.x

Sennekamp, Fabian (2013): Kommunaler Klimaschutz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. akteurszentrierte Analyse anhand des Fallbeispiels Freiburg im Breisgau. Dissertation. Universität Freiburg, Freiburg im Breisgau. Institut für Physische Geographie und Kulturgeographie.

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK: KK) (2010): Kommunaler Klimaschutz 2009. Wettbewerb > Die Preisträger und ihre Projekte. Hg. v. Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK: KK). Deutsches Institut für Urbanistik (Difu). Köln. Online verfügbar unter https://difu.de/publikationen/2010/kommunaler-klimaschutz-2009.html zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK: KK) (Hg.) (2011): Kommunaler Klimaschutz 2010. Wettbewerb > Die Preisträger und ihre Projekte.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu). Köln. Online verfügbar unter https://difu.de/publikationen/2011/kommunaler-klimaschutz-2010.html zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK: KK) (Hg.) (2013): Kommunaler Klimaschutz 2012. Wettbewerb > Die Preisträger und ihre Projekte. Köln. Online verfügbar unter https://difu.de/publikationen/2013/kommunaler-klimaschutz-2012.html zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK: KK) (Hg.) (2015a): 16 Wege für Kommunen im Klimaschutz. Praxisbeispiele. Deutsches Institut für Urbanistik (Difu). Berlin. Online verfügbar unter https://difu.de/publikationen/2015/16-wege-fuer-kommunen-im-klimaschutz.html zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK: KK) (Hg.) (2015b): Kommunaler Klimaschutz 2014. Wettbewerb > Die Preisträger und ihre Projekte. Köln. Online verfügbar unter www.klimaschutz.de/sites/default/files/page/downloads/Wettbewerbsflyer_KommunalerKlimaschutz_2014_barrierefrei.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz (Hg.) (2012a): Erfolgreich CO2 sparen in Kommunen. Praxisbeispiele. Deutsches Institut für Urbanistik (Difu). Köln. Online verfügbar unter https://difu.de/publikationen/difu-berichte-22012/erfolgreich-co2-sparen-in-kommunen.html zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz (Hg.) (2012b): Kommunaler Klimaschutz 2011. Wettbewerb: Die Preisträger und ihre Projekte. Köln. Online verfügbar unter https://difu.de/publikationen/2012/kommunaler-klimaschutz-2011.html zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Shore, Cris; Wright, Susan (2015): Governing by numbers. Audit culture, rankings and the new world order. In: Social Anthropology/Anthropologie Sociale 23 (1), S. 22-28. DOI: 10.1111/1469-8676.12098

Shove, Elizabeth; Walker, Gordon (2007): CAUTION! Transitions ahead: politics, practice, and sustainable transition management. In: Environ. Plann. A 39 (4), S. 763-770. DOI: 10.1068/a39310

Silomon-Pflug, Felix; Heeg, Susanne (2013): Neoliberale Neuordnung städtischer Verwaltungen am Beispiel des Liegenschaftsfonds Berlin. In: Geographische Zeitschrift 101 (3-4), S. 184-200.

Simons, Arno (2016): Fact-making in Permit Markets. Document Networks as Infrastructures of Emissions Trading. In: Jan-Peter Voß und Richard Freeman (Hg.): Knowing Governance. London: Palgrave Macmillan UK, S. 177-192.

Sinning, Heidi; Steil, Christiane; Kreft, Holger (2011): Klimaschutz in Städten und Gemeinden optimieren. Kommunales Klimaschutzmanagement als Strategie. Ein Handlungsleitfaden. Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation der FH Erfurt. Erfurt (ISP-Schriftenreihe, 3). Online verfügbar unter www.

coaching-kommunaler-klimaschutz.net/fileadmin/inhalte/Dokumente/Toolpool/Leitfaden_KlimaschutzinStaedten_2011.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Smedby, Nora (2016): Assessing local governance experiments for building energy efficiency - the case of Malmo, Sweden. In: Environment and Planning C: Government and Policy 34 (2), S. 299-319. DOI: 10.1177/0263774X15614176

Snowden, Dave J. (2003): Managing for Serendipity. Or why we should lay off „best practice“ in KM. In: ARK Knowledge Management 6 (8), S. 1-6.

Stadt Bensheim (2016): Einladung Haupt- und Finanzausschuss. Bensheim. Online verfügbar unter www.bensheim.de/fileadmin/media/bensheim/03-Rathaus-Politik/Politik/Sitzungsrunde/Einladung_HFA_Februar_2016.pdf zuletzt geprüft am 07.11.2017.

Stadt Osnabrück (Hg.) (2014): Masterplan 100 % Klimaschutz Osnabrück. Osnabrück. Online verfügbar unter www.osnabrueck.de/fileadmin/user_upload/Daten_Fakten_Gutachten_Masterplan_100__Klimaschutz__P005462053_.pdf zuletzt geprüft am 31.08.2017.

Stadt Rheine (Hg.) (2013): Wir Wollen weniger erreichen. Wir haben einen Plan. Masterplan 100% Klimaschutz für Rheine. Vom Modell zur Masse. Rheine. Online verfügbar unter http://www.unser-plan.de/wp-content/uploads/2016/07/MasterplanRheine_131212final_überarbeitet.pdf zuletzt geprüft am 31.08.2017.

Stead, Dominic (2012): Best Practices and Policy Transfer in Spatial Planning. In: Planning Practice and Research 27 (1), S. 103-116. DOI: 10.1080/02697459.2011.644084

Stead, Dominic (2013): Climate Change, Sustainability and Urban Policy. Examining the Validity and Function of Best Practices. In: Jörg Knieling und Walter Leal Filho (Hg.): Climate Change Governance. Berlin, Heidelberg: Springer, S. 243-258.

Stephan, Benjamin; Rothe, Delf; Methmann, Chris Paul (2014): Third Side of the Coin. Hegemony and Governmentality in Global Climate Politics. In: Johannes Stripple und Harriet Bulkeley (Hg.): Governing the climate. New approaches to rationality, power and politics. New York, NY: Cambridge Univ. Press, S. 59-76.

Stern, Nicholas (2006): The Stern Review on the Economic Effects of Climate Change. In: Population & Development Review 32 (4), S. 793-798. DOI: 10.1111/j.1728-4457.2006.00153.x

Stern, Nicholas (2009): A blueprint for a safer planet. How to manage climate change and create a new era of progress and prosperity. London: Bodley Head.

Strauss, Anselm (2011): „Forschung ist harte Arbeit, es ist immer ein Stück Leiden damit verbunden. Deshalb muss es auf der anderen Seite Spaß machen.“ Unter Mitarbeit von Heiner Legewie und Barbara Schervier-Legewie. In: Günther Mey und Katja Mruck (Hg.): Grounded Theory Reader. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 69-78.

Strauss, Anselm; Corbin, Juliet (1996): Grounded theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz.

Stripple, Johannes; Bulkeley, H. (2014a): Introduction. On Governmentality and Climate Change. In: Johannes Stripple und Harriet Bulkeley (Hg.): Governing the climate. New approaches to rationality, power and politics. New York, NY: Cambridge Univ. Press, S. 1-23.

Stripple, Johannes; Bulkeley, Harriet (Hg.) (2014b): Governing the climate. New approaches to rationality, power and politics. New York, NY: Cambridge Univ. Press.

Strübing, Jörg (2008): Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Qualitative Sozialforschung, 15).

Sturm, Cindy; Mattissek, Annika (2018): Energiewende als Herausforderung für die Stadtentwicklungspolitik. Eine diskurs- und gouvernementalitätstheoretische Perspektive. In: Olaf Kühne und Florian Weber (Hg.): Bausteine der Energiewende. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 109-128.

Swyngedouw, Erik (2004): Globalisation or ‚glocalisation'? Networks, territories and rescaling. In: Cambridge Revs. of Int. Affairs 17 (1), S. 25-48. DOI: 10.1080/0955757042000203632

Swyngedouw, Erik (2009): The Antinomies of the Postpolitical City. In Search of a Democratic Politics of Environmental Production. In: Int J Urban & Regional Res 33 (3), S. 601-620. DOI: 10.1111/j.1468-2427.2009.00859.x

Swyngedouw, Erik (2010): Apocalypse Forever?: Post-political Populism and the Spectre of Climate Change. In: Theory, Culture & Society 27 (2-3), S. 213-232. DOI: 10.1177/0263276409358728

Swyngedouw, Erik (2013): The Non-political Politics of Climate Change. In: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies 12 (1), S. 1-8. Online verfügbar unter www.acme-journal.org/vol12/Swingedouw2013.pdf.

Swyngedouw, Erik (2016): Unlocking the mind-trap. Politicising urban theory and practice. In: Urban Studies 54 (1), S. 55-61. DOI: 10.1177/0042098016671475

Szulanski, Gabriel (1996): Exploring internal stickiness. Impediments to the transfer of best practice within the firm. In: Strategic Management Journal 17 (S2), S. 27-43. DOI: 10.1002/smj.4250171105

Szulanski, Gabriel (2011): Sticky knowledge. Barriers to knowing in the firm. London, Thousand Oaks: Sage Publications (Sage strategy series).

Tarde, Gabriel de ([1890] 2009): Die Gesetze der Nachahmung. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1883).

Taylor, Frederick Winslow (Hg.) ([1913] 1995): Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung. Weinheim: Beltz.

Tedesco, Carla (2010): EU and Urban Regeneration ‚Good Practices' Exchange. From Download to Upload Europeanization? In: Hamedinger und Wolffhardt (Hg.): The Europeanisation of Cities. Policies, Urban Change, and Urban Networks. Amsterdam: Techne Press (European Urban Research Series), S. 183-195.

Tews, Kerstin; Busch, Per-Olof; Jörgens, Helge (2003): The diffusion of new environmental policy instruments. In: Eur J Political Res 42 (4), S. 569-600. DOI: 10.1111/1475-6765.00096

Thompson, Philip; O'Brien, Robert (1966): Das Wetter. Amsterdam: Time-Life International.

Timmermans, Stefan; Tavory, Iddo (2012): Theory Construction in Qualitative Research. From Grounded Theory to Abductive Analysis. In: Sociological Theory 30 (3), S. 167-186. DOI: 10.1177/0735275112457914

Toly, Noah J. (2008): Transnational Municipal Networks in Climate Politics. From Global Governance to Global Politics. In: Globalizations 5 (3), S. 341-356. DOI: 10.1080/14747730802252479

Torney, Diarmuid (2016): The global governance of climate change. G7, G20, and UN leadership. In: International Affairs 92 (5), S. 1272-1273. DOI: 10.1111/1468-2346.12725

Transition Cities (2013): Project Proposal for Climate-KIC Innovation and Pathfinder Projects. Business Plan 2013.

Transition Cities (2016): Transition Cities User Manual. Climate Challenge Clusters & System Innovation Mapping. EIT Climate-KIC. Birmingham.

Tretter, Eliot (2013): Sustainability and Neoliberal Urban Development: The Environment, Crime and the Remaking of Austin's Downtown. In: Urban Studies 50 (11), S. 2222-2237. DOI: 10.1177/0042098013478234

Turnheim, Bruno; Geels, Frank W. (2012): Regime destabilisation as the flipside of energy transitions. Lessons from the history of the British coal industry (1913-1997). In: Energy Policy 50, S. 35-49. DOI: 10.1016/j.enpol.2012.04.060

Turnheim, Bruno; Geels, Frank W. (2013): The destabilisation of existing regimes. Confronting a multi-dimensional framework with a case study of the British coal industry (1913-1967). In: Research Policy 42 (10), S. 1749-1767. DOI: 10.1016/j.respol.2013.04.009

Turnhout, Esther; Neves, Katja; Lijster, Elisa de (2014): ‚Measurementality' in Biodiversity Governance. Knowledge, Transparency, and the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (Ipbes). In: Environ. Plann. A 46 (3), S. 581-597. DOI: 10.1068/a4629

Turnhout, Esther; Skutsch, Magaret; Koning, Jessica de (2015): Carbon accounting. In: Eva Lövbrand und Karin Backstrand (Hg.): Research handbook on climate governance. Cheltenham, UK: Edward Elgar Publishing, S. 366-376.

Tyndall, John (1861): The Bakerian Lecture. On the Absorption and Radiation of Heat by Gases and Vapours, and on the Physical Connexion of Radiation, Absorption, and Conduction. In: Philosophical Transactions of the Royal Society of London 151, S. 1-36.

Umweltbundesamt (UBA) (Hg.) (2017): Treibhausgas-Emissionen in Deutschland. Online verfügbar unter https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-4 zuletzt geprüft am 16.01.2018.

UN-Habitat (Hg.) (1997): Best Practices and Local Leadership Programme. Online verfügbar unter http://mirror.unhabitat.org/content.asp?cid=374&catid=34&typeid=24&subMenuId=0 zuletzt geprüft am 31.08.2017.

UN-Habitat (2011): Cities and climate change. London: Earthscan (Global report on human settlements, 2011). Online verfügbar unter https://unhabitat.org/books/cities-and-climate-change-global-report-on-human-settlements-2011 zuletzt geprüft am 16.01.2018.

United Nations (Hg.) (1992): United Nations Framework Convention on Climate Change. Rio de Janeiro. Online verfügbar unter http://unfccc.int/files/essential_background/background_publications_htmlpdf/application/pdf/conveng.pdf zuletzt geprüft am 31.08.2017.

United Nations (Hg.) (2015): Sustainable Development Goals. 17 goals to transform our world. Online verfügbar unter www.un.org/sustainabledevelopment/ zuletzt geprüft am 17.01.2018.

United Nations Population Funds (UNFPA) (Hg.) (2007): Unleashing the Potential of Urban Growth. New York, NY (State of world population). Online verfügbar unter www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/695_filename_sowp2007_eng.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Universität Kassel (Hg.) (2017): Klimaschutz leicht gemacht – von Erfolgsbeispielen lernen. Leitfaden zur Umsetzung kommunaler Klimaschutzprojekte. Kassel. Online verfügbar unter www.regiotwin.de/fileadmin/redaktion/regiotwin/mediathek/Klimaschutz_leicht_gemacht.pdf zuletzt geprüft am 27.11.2017.

Unmüßig, Barbara; Sachs, Wolfgang; Fatheuer, Thomas (Hg.) (2012): Kritik der grünen Ökonomie. Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zur Ökologie, 22). Online verfügbar unter http://www.boell.de/de/content/kritik-der-gruenen-oekonomie-impulse-fuer-eine-sozial-und-oekologisch-gerechte-zukunft zuletzt geprüft am 16.01.2018.

van den Bosch, Suzanne (2010): Transition experiments. Exploring societal changes towards sustainability. Rotterdam: Erasmus Univ.

van den Bosch, Suzanne; Rotmans, Jan (2008): Deepening, Broadening and Scaling up. A Framework for Steering Transition Experiments. Knowledge Centre for Sustainable System Innovations and Transitions (KCT). Delft.

van der Heijden, Jeroen (2016): Experimental governance for low-carbon buildings and cities. Value and limits of local action networks. In: Cities 53, S. 1-7. DOI: 10.1016/j.cities.2015.12.008

van Doren, Didi; Driessen, Peter; Runhaar, Hens; Giezen, Mendel (2016): Scaling-up low-carbon urban initiatives. Towards a better understanding. In: Urban Studies. DOI: 10.1177/0042098016640456

Verbong, Geert; Geels, Frank W. (2007): The ongoing energy transition. Lessons from a socio-technical, multi-level analysis of the Dutch electricity system (1960-2004). In: Energy Policy 35 (2), S. 1025-1037. DOI: 10.1016/j.enpol.2006.02.010

Verbong, Geert; Geels, Frank W.; Raven, Rob (2008): Multi-niche analysis of dynamics and policies in Dutch renewable energy innovation journeys (1970-2006). hype-cycles, closed networks and technology-focused learning. In: Technology Analysis & Strategic Management 20 (5), S. 555-573. DOI: 10.1080/09537320802292719.

Vereinte Nationen (Hg.) (1992): Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung. Rio de Janeiro. Online verfügbar unter www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf zuletzt geprüft am 09.02.2017.

Veselý, Arnošt (2011): Theory and Methodology of Best Practice Research. A Critical Review of the Current State. In: Central European Journal of Public Policy 5 (2), S. 98-117.

Vettoretto, Luciano (2009): A Preliminary Critique of the Best and Good Practices Approach in European Spatial Planning and Policy-making. In: European Planning Studies 17 (7), S. 1067-1083. DOI: 10.1080/09654310902949620

Victor, Peter A. (2012): Growth, degrowth and climate change. A scenario analysis. In: Ecological Economics 84, S. 206-212. DOI: 10.1016/j.ecolecon.2011.04.013

Voß, Jan-Peter (2016): Realizing Instruments. Performativity in Emissions Trading and Citizen Panels. In: Jan-Peter Voß und Richard Freeman (Hg.): Knowing Governance. London: Palgrave Macmillan UK, S. 127-153.

Voß, Jan-Peter; Bauknecht, Dierk; Kemp, René (Hg.) (2006): Reflexive governance for sustainable development. ebrary, Inc. Cheltenham, U.K, Northampton, Mass: Edward Elgar.

Voß, Jan-Peter; Freeman, Richard (2016): Introduction. Knowing Governance. In: Jan-Peter Voß und Richard Freeman (Hg.): Knowing Governance. London: Palgrave Macmillan UK, S. 1-33.

Voß, Jan-Peter; Smith, Adrian; Grin, John (2009): Designing long-term policy. Rethinking transition management. In: Policy Sci 42 (4), S. 275-302. DOI: 10.1007/s11077-009-9103-5

Voytenko, Yuliya; McCormick, Kes; Evans, James; Schliwa, Gabriele (2016): Urban living labs for sustainability and low carbon cities in Europe. Towards a research

agenda. In: Journal of Cleaner Production 123, S. 45-54. DOI: 10.1016/j.jclepro.2015.08.053

Vreugdenhil, Heleen; Taljaard, Susan; Slinger, Jill H. (2012): Pilot projects and their diffusion. A case study of integrated coastal management in South Africa. In: International Journal of Sustainable Development 15 (1/2), S. 148-172. DOI: 10.1504/IJSD.2012.044039

Walker, Jack L. (1969): The Diffusion of Innovations among the American States. In: Am Polit Sci Rev 63 (03), S. 880-899. DOI: 10.2307/1954434

Walters, William (2012): Governmentality. Critical encounters. London: Routledge (Critical issues in global politics, 3).

Ward, Kevin (2006): ‚Policies in Motion', Urban Management and State Restructuring. The Trans-Local Expansion of Business Improvement Districts. In: Int J Urban & Regional Res 30 (1), S. 54-75. DOI: 10.1111/j.1468-2427.2006.00643.x

Ward, Kevin (2011): Policies in Motion and in Place. The Case of Business Improvement Districts. In: Eugene McCann und Kevin Ward (Hg.): Mobile urbanism. Cities and policymaking in the global age. Minneapolis: University of Minnesota Press (Globalization and community, 17), S. 71-95.

Webber, Sophie (2015): Mobile Adaptation and Sticky Experiments. Circulating Best Practices and Lessons Learned in Climate Change Adaptation. In: Geographical Research 53 (1), S. 26-38. DOI: 10.1111/1745-5871.12102

Weber, Melanie (2007): Wahrnehmung globaler Umweltprobleme. Eine mehrdimensionale Betrachtung am Beispiel Klimawandel. In: Achim Brunnengräber und Heike Walk (Hg.): Multi-Level-Governance. Klima-, Umwelt- und Sozialpolitik in einer interdependenten Welt. Baden-Baden: Nomos (Schriften zur Governance-Forschung, 9), S. 189-206.

Weir, Lorna (2008): The Concept of Truth Regime. In: Canadian Journal of Sociology 33 (2), S. 367-389.

WeltN24 GmbH (Hg.) (2015): Wanka: Probleme in Städten nicht mit Verboten lösbar. Wissenschaftsjahr 2015 widmet sich Leben in Metropolen. Online verfügbar unter http://www.welt.de/newsticker/news1/article135913053/Wanka-Probleme-in-Staedten-nicht-mit-Verboten-loesbar.html zuletzt geprüft am 26.10.2016.

Wenzel, Mira; Riedel, Arne; Schock, Michael; Gugel, Benjamin (2014): Strategische Weiterentwicklung der Nationalen Klimaschutzinitiative. Kurzbericht IV: Burbach. Hg. v. Ecologic Institute. Berlin.

While, Aidan; Jonas, Andrew E. G.; Gibbs, David (2004): The environment and the entrepreneurial city: searching for the urban ‚sustainability fix' in Manchester and Leeds. In: Int J Urban & Regional Res 28 (3), S. 549-569. DOI: 10.1111/j.0309-1317.2004.00535.x

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin. Online verfügbar unter www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation/ zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2016): Der Umzug der Menschheit: die transformative Kraft der Städte. Zusammenfassung. Berlin. Online verfügbar unter www.wbgu.de/hg2016 zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Wolf, Simon (2013): Climate Politics as Investment. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Wolman, Harold (1992): Understanding Cross National Policy Transfers. The Case of Britain and the US. In: Governance 5 (1), S. 27-45. DOI: 10.1111/j.1468-0491.1992.tb00027.x

Wolman, Harold; Ford, Coit; Hill, Edward (1994): Evaluating the Success of Urban Success Stories. In: Urban Studies 31 (6), S. 835-850. DOI: 10.1080/00420989420080701

Wolman, Harold; Hill, Edward W.; Furdell, Kimberly (2004): Evaluating the success of urban success stories. Is reputation a guide to best practice? In: Housing Policy Debate 15 (4), S. 965-997. DOI: 10.1080/10511482.2004.9521528

Wolman, Harold; Page, Ed (2002): Policy Transfer among Local Governments: An Information-Theory Approach. In: Governance 15 (4), S. 477-501. DOI: 10.1111/1468-0491.00198

Wood, Matt; Flinders, Matthew (2014): Rethinking depoliticisation. Beyond the governmental. In: Policy & Politics 42 (2), S. 151-170.

World Bank Group (2012): Global Investment Promotion Best Practices 2012. Washington, DC. Online verfügbar unter http://documents.worldbank.org/curated/en/532231468343733823/main-report zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Yamin, Farhana; Depledge, Joanna (2004): The international climate change regime. A guide to rules, institutions and procedures. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Zeppel, Heather (2013): The ICLEI Cities for Climate Protection Programme. Local Government Networks in Urban Climate Governance. In: Timothy Cadman (Hg.): Climate Change and Global Policy Regimes. Towards Institutional Legitimacy. New York: Palgrave Macmillan (International Political Economy Series), S. 217-231.

Ziesing, Hans-Joachim (2010): Masterplan 100% Klimaschutz. Auf dem Weg zur Null-Emissions-Kommune. Strategiepapier im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Hg. v. Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu). Heidelberg. Online verfügbar unter https://www.ptj.de/lw_resource/datapool/_items/item_6255/hintergrundpapier_masterplan.pdf zuletzt geprüft am 16.01.2018.

Zimmermann, Karsten; Boghrat, Jasmin; Weber, Meike (2015): The epistemologies of local climate change policies in Germany. In: Urban Research & Practice 8 (3), S. 303-318. DOI: 10.1080/17535069.2015.1051379

# Anhang

## A LISTE DER BEOBACHTUNGSSETTINGS

| Nr. | Beobachtungssetting | Datum | Ort |
|---|---|---|---|
| 1 | Workshop Good Practice im Kommunalen Klimaschutz | 04/2014 | Köln |
| 2 | Transition Cities Meeting | 11/2014 | Valencia |
| 3 | Climate-KIC MTH Plattform Event | 12/2014 | Brüssel |
| 4 | Transition Cities Meeting | 01/2015 | Brüssel |
| 5 | Regionaler Klimagipfel | 03/2015 | Rheine |
| 6 | Forschungspraktikum bei ecologic | 03-04/2015 | Berlin |
| 7 | Transition Cities Meeting | 04/2015 | Birmingham |
| 8 | Internationale Jahreskonferenz Klima-Bündnis | 04/2015 | Dresden |
| 9 | 7. Vernetzungstreffen Masterplan-Kommunen 100% Klimaschutz | 05/2015 | Berlin |
| 10 | Transition Cities Meeting | 06/2015 | Breslau |
| 11 | Forschungspraktikum bei adelphi | 09-11/2015 | Berlin |
| 12 | ICCA Konferenz | 10/2015 | Hannover |
| 13 | Transition Cities Meeting | 03/2016 | Breslau |
| 14 | Vernetzungstreffen der hessischen Klimaschutzmanager | 03/2016 | Fronhausen |
| 15 | Metropolitan Solutions Messe | 06/2016 | Berlin |

| | | | |
|---|---|---|---|
| 16 | 8. Vernetzungstreffen der Masterplan-Kommunen 100% Klimaschutz | 06/2016 | Marburg |
| 17 | Auftaktveranstaltung Masterplan-Kommunen 100% Klimaschutz (2. Runde) | 07/2016 | Berlin |
| 18 | Transition Cities Meeting | 11/2016 | Frankfurt |
| 19 | 10. Vernetzungstreffen der Masterplan-Kommunen 100% Klimaschutz | 12/2016 | Bensheim |
| 20 | 1. Tandem-Treffen der Masterplan-Kommunen 100% Klimaschutz (2012 + 2016) | 12/2016 | Mainz |
| 21 | POCACITO Webinar: International Best Practices of Low Carbon Urban Initiatives | 12/2016 | online |
| 22 | 10. Klimaschutzkonferenz des DStGB | 03/2017 | Bonn |
| 23 | 11. Vernetzungstreffen der Masterplan-Kommunen 100% Klimaschutz | 05/2017 | Flensburg |
| 24 | 2. Tandem-Treffen der Masterplan-Kommunen 100% Klimaschutz (2012 + 2016) | 11/2017 | Frankfurt |
| 25 | 12. Vernetzungstreffen der Masterplan-Kommunen 100% Klimaschutz | 11/2017 | Frankfurt |

## B LISTE DER GEFÜHRTEN INTERVIEWS

| Nr. | Interviewte*r | Datum | Dauer | Form |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Think Tank/Politikberatung | 17.03.15 | 75min | persönlich |
| 2 | Think Tank/Politikberatung | 26.03.15 | 50min | persönlich |
| 2b | Think Tank/Politikberatung | 01.04.15 | 80min | persönlich |
| 3 | Think Tank/Politikberatung | 02.04.15 | 60min | persönlich |
| 4 | Bundesumweltministerium | 04.05.15 | 45min | persönlich |
| 5 | Klimaschutzbeauftragter MPK | 11.06.15 | 90min | persönlich |
| 6 | Masterplanmanagerin | 17.06.15 | 65min | persönlich |
| 7 | Masterplanmanager | 17.06.15 | 105min | persönlich |
| 8 | Forschungsinstitut | 19.06.15 | 85min | persönlich |
| 9 | Masterplanumsetzungsmanager | 18.08.15 | 80min | persönlich |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 10 | Klimaschutzmanagerin MPK | 28.08.15 | 110min | persönlich |
| 11 | Städtenetzwerk | 12.10.15 | 60min | persönlich |
| 12 | Klimaschutzmanager MPK | 15.10.15 | 80min | persönlich |
| 13 | Koordinatorin Klimaschutzleitstelle MPK | 03.11.15 | 50min | persönlich |
| 14 | Leiterin Klimaschutzleistelle MPK | 18.11.15 | 75min | persönlich |
| 15 | Leiterin Klimaschutzleitstelle MPK | 18.11.15 | 45min | persönlich |
| 16 | Think Tank/Politikberatung | 26.11.15 | 40min | persönlich |
| 17 | Klimaschutzmanagerin und Klimaschutzbeauftragter RegioTwin-Kommune | 20.01.16 | 60min | persönlich |
| 18 | Städtenetzwerk | 26.01.16 | 80min | persönlich |
| 19 | Klimaschutzbeauftragte RegioTwin-Kommune | 28.01.16 | 45min | persönlich |
| 20 | Städtenetzwerk | 10.02.16 | 65min | Skype |
| 21 | Städtenetzwerk | 16.02.16 | 50min | persönlich |
| 22 | Masterplanmanagerin | 29.02.16 | 50min | persönlich |
| 23 | Städtenetzwerk | 01.03.16 | 70min | persönlich |
| 24 | Klimaschutzmanager MPK | 02.03.16 | 70min | persönlich |
| 25 | Masterplanmanagerin und Abteilungsleiter Klimaschutz und Energie | 03.03.16 | 65min | persönlich |
| 26 | Forschungsinstitut | 14.04.16 | 45min | persönlich |
| 27 | Climate-KIC Manager MPK | 07.06.16 | 60min | persönlich |
| 28 | Klimaschutzbeauftragte RegioTwin-Kommune | 10.06.16 | 60min | persönlich |
| 29 | Städtenetzwerk | 05.07.16 | 60min | Skype |
| 30 | Direktorin Klima & Energie Think Tank/Politikberatung | 28.07.16 | 75min | telefonisch |
| 31 | Think Tank/Politikberatung | 07.09.16 | 20min | telefonisch |
| 32 | Forschungsinstitut | 13.01.17 | 40min | telefonisch |
| 33 | Klimamanagerin MPK | 27.01.17 | 35min | telefonisch |
| 34 | Leiterin Energiereferat MPK | 02.02.17 | 45min | telefonisch |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 35 | Sachgebietsleitung Masterplan und Klimaschutz | 03.02.17 | 40min | telefonisch |
| 36 | Klimaschutzmanagerin Mobilität und Kommunikation und Klima-schutzmanager MPK | 10.02.17 | 50min | telefonisch |
| 37 | PtJ Fachbereich Kommunen und Bildung | 08.06.17 | 30min | telefonisch |

## C ÜBERBLICK BEST PRACTICE-DATENBANK-ANALYSE

*Tabelle 11: Quantitative Auswertung der Best Practice-Datenbank-Analyse (n=368).*

| **Kategorie** | | **Anzahl** |
|---|---|---|
| Art des Beispiels | Einzelmaßnahme | 131 |
| | Holistischer/integrierter Ansatz | 237 |
| | | |
| Art der Maßnahme | technische Maßnahme | 135 |
| | nicht-technische Maßnahme | 72 |
| | sozio-technische Maßnahme | 123 |
| | regulatorische Maßnahme | 13 |
| | Finanzierungsmaßnahme | 25 |
| | | |
| Detailgrad | vage Beschreibung | 151 |
| | semi-detaillierte Beschreibung | 142 |
| | detaillierte Beschreibung | 75 |
| | | |
| Übertragbarkeit | Übertragbarkeit thematisiert | 78 |
| | Übertragbarkeit nicht-thematisiert | 290 |
| | | |
| Zahlen & Fakten | kaum zahlenbasierte Beschreibung | 204 |
| | zahlenbasierte Beschreibung | 138 |
| | zahlenfokussierte Beschreibung | 26 |
| | | |
| Kontaktperson | Kontaktperson genannt | 171 |

| | | |
|---|---|---|
| | Kontaktperson nicht genannt | 197 |
| | | |
| Storytelling | Erfolgsgeschichte | 279 |
| | Barrieren werden erwähnt | 83 |
| | Barrieren stehen im Mittelpunkt | 6 |

Quelle: Darstellung aufgrund eigener Datengrundlage.

## D ÜBERBLICK DOKUMENTENANALYSE

*Tabelle 12: Art und Anzahl der analysierten Dokumente (n=140).*

| **Kategorie** | **Anzahl** |
|---|---|
| Kurzberichte Masterplanprogramm | 55 |
| (Best Practice) Broschüren „kommunaler Klimaschutz | 24 |
| Masterpläne | 19 |
| Protokolle MPK-Vernetzungstreffen | 12 |
| Wettbewerbsdokumentationen | 11 |
| Richtlinien & Merkblätter | 6 |
| Chartas & Positionspapiere | 6 |
| Kommunale Klimaschutzpläne | 4 |
| Strategiepapiere & Studien | 3 |

Quelle: Darstellung aufgrund eigener Datengrundlage.

# Soziologie




Sighard Neckel, Natalia Besedovsky, Moritz Boddenberg, Martina Hasenfratz, Sarah Miriam Pritz, Timo Wiegand

**Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit**

**Umrisse eines Forschungsprogramms**

Januar 2018, 150 S., kart.
14,99 € (DE), 978-3-8376-4194-3
E-Book kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation
PDF: ISBN 978-3-8394-4194-7
EPUB: ISBN 978-3-7328-4194-3

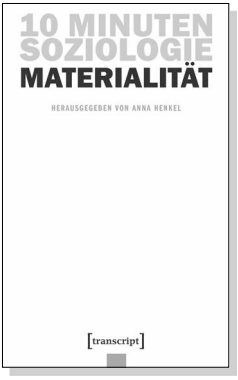



Sabine Hark, Paula-Irene Villa

**Unterscheiden und herrschen**

**Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart**

2017, 176 S., kart.
19,99 € (DE), 978-3-8376-3653-6
E-Book
PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3653-0
EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3653-6




Anna Henkel (Hg.)

**10 Minuten Soziologie: Materialität**

Juni 2018, 122 S., kart.
15,99 € (DE), 978-3-8376-4073-1
E-Book: 13,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4073-5

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

# Soziologie



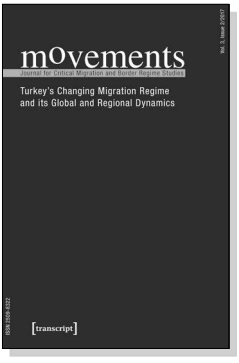

Robert Seyfert, Jonathan Roberge (Hg.)
**Algorithmuskulturen**
**Über die rechnerische Konstruktion der Wirklichkeit**

2017, 242 S., kart., Abb.
29,99 € (DE), 978-3-8376-3800-4
E-Book kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation
PDF: ISBN 978-3-8394-3800-8
EPUB: ISBN 978-3-7328-3800-4




Andreas Reckwitz
**Kreativität und soziale Praxis**
**Studien zur Sozial- und Gesellschaftstheorie**

2016, 314 S., kart.
29,99 € (DE), 978-3-8376-3345-0
E-Book: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3345-4




Ilker Ataç, Gerda Heck, Sabine Hess, Zeynep Kasli,
Philipp Ratfisch, Cavidan Soykan, Bediz Yilmaz (eds.)
**movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies**
**Vol. 3, Issue 2/2017:**
**Turkey's Changing Migration Regime and its Global and Regional Dynamics**

2017, 230 p., pb.
24,99 € (DE), 978-3-8376-3719-9

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de**